From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library

By his Wife

S332Gd

Deutschland und die große Politik anno 1913.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF TORONTO

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin

175420
4/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1914.

H. T. GERRANS,
WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

2. Januar 1913: Beerdigung des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter in Stuttgart.
3. Januar: Ultimatum der Balkanverbündeten an die Türkei.
4. Januar: Rußland schlägt Österreich-Ungarn gleichzeitige Demobilisierung vor.
Tod des Generalfeldmarschalls Grafen Alfred von Schlieffen.
5. Januar: G. von Jagow wird zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt.

---

8. Januar 1913.

Der Anfang des neuen Jahres hat bisher keine Entscheidung in der Frage gebracht, ob wir vor einer Fortsetzung des Balkankrieges oder vor Abschluß eines definitiven Friedens stehen. Das Markten auf den Konferenzen in London findet nach orientalischen Methoden statt, so daß man an das Treiben auf den Bazaren Konstantinopels oder im Gostiny Dwor in Petersburg erinnert wird. Im Augenblick stehen beide Teile in dem Stadium, da Käufer und Verkäufer, der Bietende und der Fordernde erklären, daß das Geschäft infolge der unberechtigten Hartnäckigkeit des anderen Teils nicht zustandekommen könne. Man geht auseinander und kehrt schließlich aus eigener Initiative zurück, oder wird auch zurückgerufen, und das Ende ist, daß man sich leidlich befriedigt trennt. In London ist die Stellung der Türkei entschieden die ungünstigere. Die Vertreter der vier Königreiche ballen zwar in der Tasche die Faust gegeneinander, sind aber einig in betreff der Pauschalforderung, die sie an die Türkei stellen und werden namentlich von Rußland und Frankreich dabei unterstützt. So bringt jetzt die „Nowoje Wremja" aus Paris die Nachricht, daß (im Widerspruch zu der ursprünglichen Haltung, die Herr Ssasonow in der Frage Adrianopels einnahm) jetzt ein sehr energischer Druck von der russischen Diplomatie in Konstantinopel ausgeht, um die Abtretung Adrianopels an Bulgarien zu erzwingen. Im Grunde ist das nicht wunderbar und nur das Vorspiel späterer Erfahrungen, die der Türkei noch bevorstehen. Es liegt im unverkennbaren Interesse Rußlands, Bulgarien dauernd bei guter Laune zu erhalten. Man fürchtet

die kühle Interessenpolitik des Zaren Ferdinand und hat von früher her in lebendiger Erinnerung, daß die Bulgaren „auch anders können". Auch muß angenommen werden, daß die russische Drohung, auf die wir nach den von der „Nowoje Wremja" gebrauchten Ausdrücken schließen müssen, im Einverständnis mit dem alliierten Frankreich erfolgt ist, und das führt zu sehr bedeutsamen Folgerungen. Bisher scheint es noch sicher, daß für den Fall, daß der Krieg um Adrianopel wieder ausbrechen sollte, die Türkei mit der bisherigen Koalition ihrer Gegner zu rechnen haben wird. Über die Frage aber, ob sie dieser Kombination gewachsen ist, gehen offenbar in Konstantinopel selbst die Ansichten auseinander. Ein Ministerwechsel an der hohen Pforte scheint bevorzustehen; die Jungtürken möchten ihr arg gesunkenes Ansehen durch einen letzten Kampf wieder auffrischen, der — vielleicht — zu günstigeren Friedensbedingungen führen könnte. Der alte kluge Abdul Hamid, der in seiner neuen Residenz weniger hermetisch abgeschlossen wird, als früher in Adrianopel, soll kürzlich gesagt haben: „Da haben sie (die Jungtürken) die Balkanallianz zustandekommen lassen, die ich mein Leben lang verhindert hatte." Er sprach offenbar von sich, als ob er bereits nicht mehr zu den Lebenden gehörte. Einem Besucher aber soll er gesagt haben:

„An dem Tage, da ich die Konstitution von 1908 annahm, habe ich einen Bleistift ergriffen und auf einer Karte des Reichs, in Gegenwart des Scheik ül Islam, in dessen Hände ich den Eid auf die Verfassung leistete, einen Strich gezogen und gezeigt, was die Türkei durch das neue Regiment verlieren würde. Das war die Grenze, die wir morgen erhalten werden, und ich habe sie so gezogen vor vier und einem halben Jahre."

Nun ist es gewiß nicht richtig, daß die Verfassung das Signal für den Angriff der Balkanchristen war. Die Schuld daran trägt die Unfähigkeit der Männer, welche die neue Zeit, die anbrach, nicht zu nutzen verstanden, welche die Verfassung durch die tyrannische Mitregierung ihrer Geheimkomitees fälschten, die Machtmittel der Türkei desorganisierten und die Korruption lebendig hielten, die der Schandfleck des alten Systems war. Die neuen Ärzte waren nicht besser als die alten. Weder in Tripolis, noch in Arabien, noch in Albanien zeigten sie sich den Schwierigkeiten gewachsen, sie verstanden weder zu siegen noch zu versöhnen und hatten ihre Kräfte, die militärischen, die finanziellen und die mora-

lischen bereits halb erschöpft, als die letzte Entscheidung, der Kampf um Sein oder Nichtsein, ihnen aufgezwungen wurde. Nun stehen wir vor der allerletzten Entscheidung, und als Vorspiel laufen Nachrichten über drohende Meutereien unter den Truppen der Tschataldschalinie, über eine Petition um Rücktritt des Oberkommandierenden und über eine Ministerkrisis ein. Es ist kläglich. Helfen läßt sich nur dem, der sich selbst zu helfen weiß.

Nicht ohne Pessimismus läßt sich auch die Haltung Serbiens verfolgen, dessen Größenwahn Österreich in die Notwendigkeit kostspieliger Rüstungen versetzte und zugleich das sich als bedroht stellende russische Reich zu Gegenrüstungen veranlaßte. Was nun das letztere betrifft, so ist es vielleicht an der Zeit, daran zu erinnern, daß die deutsch-russische Krisis des Jahres 1887 zu den vom Reichskanzler Fürsten Bismarck im Reichstage am 6. Februar ausgesprochenen Satz führte, daß Truppenaufstellungen eine Erscheinung seien, über die man nicht kategorische Erklärungen fordern dürfe, sondern denen gegenüber man Zurückhaltung und Vorsicht beobachten müsse. Dieser Satz hat seither in der Praxis des politischen Lebens, man könnte beinahe sagen, völkerrechtliche Geltung gewonnen. Derartige Anfragen werden nicht mehr gestellt, sie hätten auch, wenn sie gestellt worden wären, sowohl zu einem deutsch-russischen, wie zu einem deutsch-französischen Kriege ohne Zweifel längst geführt. Nun wissen wir nicht, ob die österreichischen Rüstungen, die notorisch im Zusammenhang mit der Balkankrisis standen, zu derartigen Anfragen russischerseits geführt haben. Nach Meldungen, die von Zeitungsagenturen erst verbreitet und dann dementiert wurden, sollte man es fast annehmen, zumal ihnen die aufgeregte und aufreizende Tätigkeit der russischen Presse und der Slawenkomitees parallel ging. Aber offiziell sind sie jedenfalls nicht an die Öffentlichkeit getreten, und wir haben alle Ursache anzunehmen, daß eine Verschärfung der Weltlage, wie sie sich andernfalls ergeben würde, heute als ganz unwahrscheinlich betrachtet werden kann. Was wirklich Sorge macht, ist das intransigente und provokatorische Verhalten Serbiens, das sich von Petersburg unterstützt weiß und von Tag zu Tag anspruchsvoller wird. Gerade zur rechten Zeit ist daher eine sehr lehrreiche Broschüre von Leopold Mandl erschienen: „Österreich-Ungarn und Serbien nach dem Balkankriege. Materialien zum Verständnis der Beziehung Serbiens zu Österreich." Wien 1912.

Es geht daraus mit nicht widerlegbarer Sicherheit hervor, daß Serbien in jeder Hinsicht der provozierende, und zwar in Rechnung auf einen Weltkonflikt und auf den Zerfall Österreichs, der aus Grundsatz provozierende Teil ist. Der jetzige serbische Minister des Innern Stojan Protitsch formuliert den serbischen Standpunkt folgendermaßen:

„Solange Österreich-Ungarn das bleibt, was es heute ist, ist es unmöglich, mit ihm gute Beziehungen zu unterhalten. Österreich-Ungarn will Großmacht bleiben, aber seine Zusammensetzung macht es zum Vaterlande einer ganzen Reihe von verschiedenen Nationalitäten mit ausgesprochener Individualität. Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz zu übernehmen."

In betreff des von Serbien beanspruchten albanesischen Gebiets stellt Mandl an der Hand der Untersuchungen von Prof. Baldacci fest, daß, um sich eine serbische Bevölkerung von 47 000 Seelen anzugliedern, Serbien die Annexion von 800 000 mohammedanischen und katholischen Albanesen und von 280 000 Bulgaren fordert, von welchen die letzteren mit dem Königreich Bulgarien schon seit Jahrzehnten in organischer Verbindung stehen. Zur Charakteristik der inneren Zustände Serbiens wird an der Hand des letzterschienenen serbischen Jahrbuchs aufgeführt, daß von 1897—1909, bei einer Bevölkerung von 2 700 000 Seelen, in jedem Jahre 669 Personen durch Mörderhand ums Leben kamen, während, dank der österreichischen Herrschaft, unter der serbisch-kroatischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina im Jahresdurchschnitt 23—24 Morde stattfinden. Zu dem Kulturhochmut, mit dem die Serben, trotz ihrer 83,6 v. H. Analphabeten, auf die weit kräftigere Rasse der Albanesen hinabsehen, liegt also wahrlich kein Grund vor.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle eingehend den Inhalt der Broschüre zu besprechen, aber wir geben dem Verfasser durchaus recht, wenn er das Ergebnis seiner Prüfung der serbischen Verhältnisse und Ansprüche schließlich dahin zusammenfaßt, daß es sich nicht bei der Regelung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien darum handelt,

„ob Serbien einen Adriahafen erhält oder nicht, ob Serbien Albanien zerstückeln darf und die Albanesen ausrotten, ob es endlich seine

Hand auf alle Verkehrswege legen darf, welche der österreichisch-ungarische Handel auf dem Balkan braucht, sondern um die Beseitigung eines organischen Gegensatzes, hervorgerufen durch die destruktive serbische Staatspraxis, die das vermeintliche Recht des Schwachen auf Nachsicht in der internationalen Politik zu systematischen Herausforderungen und berechneten Schädigungen des starken Nachbarn benutzt, und dessen Recht auf legale und friedliche Nachbarschaft negiert".

Es ist mehr als ein rein österreichisches, es ist ein europäisches Interesse, daß diesem Treiben, an dessen Leitung wir die noch unbestraften Mörder des Königs Alexander und der Königin Draga beteiligt finden, mit fester Hand der Riegel vorgeschoben wird.

Es ist nun gewiß kein Zufall, daß das von Protitsch formulierte Programm der Teilung Österreichs in seine Bestandteile von dem „Zentral-Slawischen Komitee" in Form eines Aufrufs veröffentlicht und in Paris durch die Zeitung „Le cri d'Alarme" sowie in Moskau durch den „Golos Moskwy" weiterverbreitet worden ist. In diesem Aufruf heißt es:

„Das Zentralkomitee in Österreich, bestehend aus kroatischen, ungarischen, tschechischen und polnischen Patrioten, verdammt die sinnlose Tyrannei der österreichischen Regierung, die unter dem Einfluß eines unsinnigen Egoismus und falsch verstandener dynastischer Interessen ganz Europa in einen erbarmungslosen, unnötigen und verbrecherischen Krieg stürzt.

Das Zentralkomitee wendet sich an die gesamte zivilisierte Welt und bittet um Hilfe zu seiner vornehmsten Aufgabe: Böhmen, Kroatien, Ungarn und Polen in Frieden von Österreich zu trennen, wie es in Schweden und Norwegen geschehen ist.

Unterstützen die Mächte diese Sache, so wird sie ohne Blutvergießen vor sich gehen, und die vier erwähnten Völker verpflichten sich, der habsburgischen Monarchie eine Milliarde zu zahlen, als Entschädigung für Annahme der Königskrone statt der Kaiserkrone. Die Unabhängigkeit Böhmens, Kroatiens, Ungarns und Polens wäre eine feste Bürgschaft für Erhaltung des europäischen Friedens.

Die russischen, italienischen, rumänischen und serbischen Nationalitäten, die jetzt unter österreichischem Joch stehen, fallen ihren Staaten zu.

Österreich, das vier Reiche gefangen hält, die eine glänzende Geschichte haben, das vier unabhängigen Staaten Stücke ihres Fleisches aus dem lebendigen Leibe gerissen hat, ist die dauernd kranke Stelle Europas.

Das Komitee stellt den Zentralbund dieser vier dar; er verpflichtet sich alle Streitigkeit auf der Haager Konferenz zu schlichten, und seine 3 Millionen Soldaten gegen jeden Störer des europäischen Friedens zu wenden. Von jetzt ab verspricht der Zentralbund seine volle Unterstützung der Tripleentente und dem Balkanbunde.

Da die österreichische Zensur alle Aufrufe des Zentralkomitees vernichtet, bittet letzteres und bevollmächtigt das Balkankomitee, das seinen Sitz in Paris hat, sein (des Komitees) Vertreter vor der zivilisierten Welt zu sein und ihm bei seiner humanen und gerechten Aufgabe beizustehen. Es lebe Serbien, das für seine Freiheit und seine Gesamtnationalität eintritt.

Es lebe Frankreich, das die Völker gelehrt hat, ihre Freiheit zu erkämpfen."

Die beiden Schlußsätze verraten den Ursprung des Aufrufs, an dem gewiß weder Ungarn, noch Tschechen, Kroaten und Polen beteiligt sind. Er ist dem Hirn eines von Stojan Protitschs Ideen begeisterten Serben entsprungen und gehört direkt ins Irrenhaus.

Das Tollste aber ist wohl, daß das Pariser „Journal", wie der „Golos Moskwy" meldet, die im Aufruf niedergelegten Gedanken als einen Plan des Erzherzogs Franz Ferdinand wiedergibt!

Offenbar sind es politische Fieberanfälle, an denen man in Serbien leidet, es wäre daher höchlichst zu bedauern, wenn die Konferenz der Botschafter in London ihnen nicht kühlende Umschläge verordnen wollte.

Die englischen Zeitungen weisen, soweit sie uns zu Gesicht gekommen sind, sämtlich als auf eine erfreuliche Tatsache auf die merkliche Besserung hin, die sich in den deutsch-englischen Beziehungen vollzogen hat. Auch wir freuen uns darüber, erkennen darin aber erst einen Anlauf zum Guten. Es ist bisher im wesentlichen bei guten Worten aus dem Kreise derjenigen Patrioten in beiden Reichen gekommen, die ohnehin das politische Zusammengehen Englands und Deutschlands als ein erstrebenswertes Ziel verfolgen. Die öffentliche Meinung kommt hüben und drüben solchen Bemühungen heute mit weit größerer Sympathie entgegen, als es früher und nament-

lich während der Marokkokrise der Fall war. Zu tatsächlichen und greifbaren Ergebnissen aber haben die guten Worte bisher nicht geführt, und die merkwürdige Entgleisung, die sich der Marineminister Churchill am Neujahrsabend während der Homeruledebatten zuschulden kommen ließ, hat bei uns doch sehr befremdlich gewirkt. Auch die „P. T.-A." hat darüber berichtet und den Vorgang ausführlich wiedergegeben, während die Parlamentsberichte der liberalen englischen Zeitungen sehr rasch darüber hinweggehen. Es handelte sich um die Stimmung in Ulster; der Führer der Unionisten, Bonar Law, hatte gesagt, er glaube, daß die Leute von Ulster lieber die Regierung eines fremden Landes annehmen, als sich dem Regiment der Nationalisten unterwerfen würden. Hierauf erhob sich Churchill, um zu erwidern. Er wurde mit lauten Rufen: „Überläufer" (rat), „Verräter", „Fort in die Admiralität" empfangen, kam aber zu Wort und sagte, er wolle die Aufmerksamkeit des Hauses darauf richten, daß der Führer der Opposition gesagt habe, daß die Loyalisten von Ulster lieber von einer fremden Macht annektiert werden möchten, als Untertanen der britischen Krone zu bleiben. Diese offenbare Entstellung rief bei den Unionisten lebhaften Widerspruch hervor, worauf Churchill seine Worte in der entstellten Form noch einigemal wiederholte und sich dabei in immer größere Aufregung hineinredete, bis er schließlich ausrief: „Jetzt haben wir die letzte Drohung der Konservativen gehört! Ulster will lieber deutsch werden." Ein Sturm der Entrüstung auf den Bänken der Opposition folgte, und es dauerte geraume Zeit, bis Lord Winterton auf Churchills Rede antworten konnte, indem er ihm zurief: „Warum sagen Sie deutsch? Ein verantwortlicher Minister und eine solche Äußerung! Was wird man in Berlin dazu sagen?" Die Aufregung wurde hierauf so groß, wie man es seit vielen Jahren im Unterhause nicht erlebt hatte. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen, alles schrie durcheinander, und der Sprecher mußte immer wieder eingreifen, um die Ruhe herzustellen, damit Lord Winterton seine Rede fortsetzen konnte. Er sagte weiter, daß die Herausforderung Deutschlands in einer solchen Form von einem Minister geradezu unverzeihlich sei! Andere Redner sprachen sich in ähnlicher Weise aus. Das ist verächtlich, rief Captain Craig Churchill zu, worauf dieser erwiderte: „Wenn ich auf Ihre Meinung etwas gäbe, dann würde ich mich verächtlich machen." Der Tumult

dauerte noch einige Zeit, bis die Abstimmung über ein Amendement der Opposition mit den üblichen 97 Stimmen Majorität von der regierenden Partei abgelehnt wurde.

Was man in Berlin dazu sagen wird? Nun, daß Mr. Churchill uns als ein Hitzkopf bekannt ist, dem die Worte durchgehen, und daß wir im übrigen uns freuen, einmal die Unionisten als unsere Verteidiger auftreten zu sehen.

12. Januar 1913: Demission des französischen Kriegsministers Millerand.
14. Januar: Wiederwahl der Präsidenten von Kammer und Senat: Deschanel und Dubost in Frankreich.

---

15. Januar 1913.

Auch in den letzten acht Tagen sind die Vertreter der Großmächte, ohne jede Ausnahme, redlich bemüht gewesen, zum Frieden zu arbeiten. Sie sind aber überall auf die größten Schwierigkeiten gestoßen. So wie die Dinge liegen, hat es sich bisher als unmöglich erwiesen, die Formel zu finden, welche die Ansprüche des Balkanblocks und die Zugeständnisse, zu denen die Türkei bereit ist, durch ein Kompromiß ausgleicht. Ob die Vorstellungen, welche die Großmächte in Konstantinopel zu machen beschlossen haben, die Türkei zum Nachgeben in der Hauptfrage „Adrianopel" bewegen werden, steht nicht fest, und es wäre müßig, darüber Vermutungen anzustellen. Die Entscheidung muß in allernächster Zukunft fallen. Auch über die Motive, welche die Mächte zu diesem Schritte bewogen haben, läßt sich nur das eine sagen, daß das Ziel Erhaltung des Friedens ist, der, wenn er nicht erreicht werden und die Feindseligkeiten zwischen der Türkei und den Bundesgenossen wieder beginnen sollten, auch für weitere Kreise gefährdet werden könnte. Der „Temps" hat in Bestätigung einer Vermutung, die wir vor acht Tagen aussprachen, die jetzt wohl als Tatsache hinzunehmende Nachricht gebracht, daß Rußland in Konstantinopel erklärt habe, es könne für den Fall eines Wiederausbruches des Krieges nicht für seine Neutralität einstehen. Da der „Temps" doch wohl nur solche Nachrichten vom Quai d'Orsay erhält, deren Veröffentlichung dort gewünscht wird, gewinnt die Mitteilung entschieden an Bedeutung. Es ist ein Druck in Form einer nur schwach verhüllten Drohung. Die österreichisch-russischen Verhandlungen über beiderseitige allmähliche Demobilisierung (eine eigentliche Mobilmachung hat übrigens auf keiner von beiden Seiten stattgehabt, Ruß-

land begnügt sich, seine Reservisten nicht zu entlassen, Österreich steht nur Serbien gegenüber in Kriegsstärke) haben trotz der sehr freundschaftlichen Form, in der die Aussprache stattfand, eine Wandlung des militärischen Status quo nicht zur Folge gehabt, aber es bedeutet gewiß eine Wendung zum Bessern, daß Serbien sich bereitgefunden hat, die von ihm an der Adria okkupierten Punkte zu räumen, freilich erst nach geschlossenem Definitivfrieden.

Dazu kommt die lange vorhergesehene und jetzt aktuell gewordene Schwierigkeit der Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien. König Karl hat, als die Allianz der vier Könige den Krieg gegen die Türkei aufnahm, ihre Hoffnungen durch sein Eingreifen nicht illusorisch machen wollen. Der Erfolg aber hat weitergeführt, als diese Hoffnungen ursprünglich gingen, und der nächste und dauernde Nachbar Rumäniens, das Zartum Bulgarien, eine geographische und strategische Stellung gewonnen, von der die rumänischen Staatsmänner und das rumänische Volk, das einmütig zu ihnen steht, beansprucht, daß sie durch Kompensationen an Rumänien einigermaßen ausgeglichen werde. Eine Rektifizierung der durch den Berliner Kongreß geschaffenen Grenze ist das Ziel, und da sie naturgemäß nur auf Kosten des vergrößerten Bulgariens stattfinden kann, hat dieses Opfer zu bringen, die aber ganz außer Verhältnis zu dem Gewinn stehen, der ihm zufällt. Silistria, eine günstigere Grenze an der Dobrudscha, das sind, abgesehen von den Garantien, die für die Rechtssicherheit und die Nationalität der Kutzowalachen gefordert werden, die Wünsche Rumäniens.

Schwierigkeiten bietet weiter die Richtung der Ostgrenze Albaniens, der Anspruch Montenegros auf Skutari, das sich ebenso hartnäckig und heldenmütig verteidigt wie Adrianopel, und endlich die Frage der Inseln. Die Botschafterreunion scheint darin einmütig zu sein, daß die zur Verteidigung der Dardanellen unentbehrlichen Inseln, Samothrake, Imbros, Lemnos, Tenedos der Türkei bleiben und ebenso die wichtigsten Inseln, die die kleinasiatischen Küsten beherrschen. Daß Griechenland den Rest erhält, ist in hohem Grade wahrscheinlich, abgesehen von Thasos, das die Bulgaren sich nicht entgehen lassen wollen. Daß Kreta griechisch wird, kann nicht mehr zweifelhaft sein, und ist sehr erfreulich, da damit säkulare Schwierigkeiten gehoben werden. Aber es scheint noch nicht festzustehen, ob und eventuell welche

Bedingungen an diesen Gewinn für Griechenland geknüpft werden. Nun wirft, im Zusammenhang mit der wirklichen oder angeblichen Drohung Rußlands in Konstantinopel, der „Economist" die Frage auf, was geschehen solle, wenn die nach Asien zurückkehrenden türkischen Truppen ihre Niederlagen in Europa durch Niedermetzelung der Armenier in Kleinasien rächen sollten. Wir hoffen, daß diese Frage müßig bleiben wird; es wäre eine Art Selbstmord, den die Türkei dadurch begehen würde. Sie hat das dringendste Interesse, dafür Sorge zu tragen, daß den Armeniern kein Haar gekrümmt wird und die Kurden — ihre alten Feinde — in Zaum gehalten werden. Denn ein Massaker dürfte, wie der „Economist" annimmt und wie auch wahrscheinlich ist, ein Einschreiten Rußlands zur Folge haben. Sei die Folge Besitzergreifung türkischen Gebiets, so trete die englisch-türkische Konvention vom 4. Juni 1878 in Kraft, die, falls Batum, Ardahan, Kars oder irgendein anderer Platz von Rußland behalten werden, oder irgendein Versuch in irgendwelcher künftigen Zeit von Rußland gemacht werden sollte, irgendwelche anderen Territorien Sr. Majestät des Sultans in Asien in Besitz zu nehmen, als diejenigen, die durch den endgültigen Friedensschluß festgesetzt werden, England verpflichtet, sich Sr. Majestät dem Sultan anzuschließen und ihn mit Gewalt der Waffen zu verteidigen. Artikel 2 sagt danach, daß der Sultan England verspreche, die notwendigen Reformen einzuführen, über die beide Mächte sich verständigen würden und dafür gestatte, daß Zypern von England okkupiert und verwaltet werde. Da nun durch den Berliner Kongreß Ardahan, Kars und Batum an Rußland überwiesen wurden, erlosch die Verpflichtung Englands in betreff dieser Orte, aber die weitere Verpflichtung blieb, die Besitznahme andrer Orte, auch wenn es sich nur um einen Versuch handle, nicht zu dulden.

Der „Economist" weist nun auf die nicht eingehaltene Verpflichtung der Türkei hin, Reformen einzuführen, was aber von Sir Edward Grey nie verlangt wurde, so daß er sich genötigt fühlen könnte, russischen Übergriffen entgegenzutreten. „Economist" meint, daß England dabei von keiner Kontinentalmacht unterstützt werden würde, und nur Rußland in der Lage sei, mögliche Gewalttaten gegen die Armenier zu verhindern. Er hofft aber, daß bei den jetzigen russisch-englischen Beziehungen der casus foederis nicht in Frage kommen werde und daß die nichteingeführten Reformen England einen Aus-

weg bieten könnten (the Anglo-Turkish Convention might be evaded). Man möge ein neues russisch-englisches Abkommen schließen, das Rußland das Recht gäbe, die Türkei in Asien zu „beschützen", wogegen man fordern könnte, daß Rußland das alte Abkommen (gemeint ist das Abkommen von 1907) ehrlich ausführe (shall honestly carry out the old one).

Das mag vielleicht praktisch sein, ruft aber im Hinblick auf die Heiligkeit des Vertragsrechts ernste Bedenken hervor. Kann England gegen ein eventuelles Vordringen in Kleinasien keinen Schutz gewähren, so fällt auch die Voraussetzung, unter der es sich Cypern hat überliefern lassen. Offenbar ist der „Economist" durch sein humanes Interesse für die Armenier auf einen falschen Strang geraten. Die Türkei wird, wie wir voraussetzen, selbst den Armeniern Schutz sichern, zumal sie weiß, wieviel für sie davon abhängt. Sich unter russischen Schutz gegen sich selbst zu stellen, wäre wohl der letzte Schritt, zu dem sie sich entschließen würde.

Der Besuch des russischen Kriegsministers Sſuchomlinow in Paris ist von ihm benutzt worden, um durch eine Unterredung, die er einem Redakteur des „Temps" gewährte, die Beunruhigung der öffentlichen Meinung Frankreichs über angeblich unzureichende russische Kriegsvorbereitungen zu beseitigen. Das Resultat der Auskünfte, die der Minister gab, faßt der „Temps" dahin zusammen, daß die militärische Lage Rußlands jetzt ausgezeichnet sei. Die aktive und offensive Kraft der Armee sei gestärkt, der Mobilisierungsplan einfacher und wirksamer geworden, die europäische Armee völlig unabhängig von allem, was sich in Asien abspiele. Seit sechs Jahren sei die gesamte Artillerie reformiert, die Versorgung mit Munition der der übrigen Mächte gleich, werde sie aber bald übertroffen haben, in der Ausbildung der Truppen geschehe das höchst Erreichbare. Man habe dreijährige Dienstzeit und vierjährige für die Kavallerie und Artillerie, endlich er, Sſuchomlinow, finde bei all seinen Kollegen im Kabinett die hingebendste Hilfe.

Das ist gewiß ein erfreuliches Bild und es war um so notwendiger, es in dem arg nervös gewordenen großen Publikum zu verbreiten, als in Paris die ungünstigsten Gerüchte umliefen. Der bekannte polnische Historiker und Publizist Waliszewski hat in der „Nowoje Wremja" vom 11. Januar in einem Pariser Brief sich zum Wortführer dieser

Beunruhigten gemacht. Er habe, schreibt er, eine neue Partei gegründet, die Partei: „heute" im Gegensatz zu der in Rußland regierenden Partei: „morgen". Das wird exemplifiziert an der Verstimmung der Franzosen darüber, daß Rußland die Gelegenheit, die sich biete, nicht nütze, da doch sie selbst zu allem bereit seien. Es wird dabei mit den Herrn Ssasonow und Kokowzew scharf ins Gericht gegangen und ausgeführt, daß bei dieser Politik die Tripleentente in ihrem Fundament zerstört werde.

„Das mag falsch sein, und es ist schon traurig, daß so gedacht werden kann. Aber das ist nicht alles. Die Franzosen waren bereit, nicht nur für unsere Interessen im Orient einzutreten, sondern auch für Beleidigungen, die uns zugefügt werden. Frankreich findet aber die Beleidigungen, die uns von Österreich angetan werden, unerträglich. Von Tag zu Tag sehen die Franzosen, wie Österreich droht, wie es uns die Faust gerade vors Gesicht hält. Und wenn wir auf diese Drohungen mit einer partiellen Mobilisierung geantwortet haben, so wurden wir offenbar dazu von Österreich genötigt, und das sollte doch ein Grund sein, dafür Genugtuung zu fordern. Millionen wurden vergeudet, Hunderttausende zu den Fahnen gerufen, das alles darf nicht umsonst geschehen sein und muß bezahlt werden. Wir aber antworten den Franzosen:

Ihr irrt, wir sind gar nicht beleidigt. Nitschewo!

Sie entgegnen:

Aber wir fühlen uns beleidigt. Jetzt sind es schon zwei Monate, daß wir es kaum ertragen, das Blut siedet in unsern Adern.

Und sie fügen hinzu:

Wenn Ihr so geduldig seid, wenn es sich um Euch selbst handelt, werdet Ihr schwerlich empfindlicher sein, wenn die Beleidigung uns Franzosen trifft. Wenn es Deutschland eines schönen Tages einfällt, Truppen an unserer Grenze zu mobilisieren, so werdet Ihr Euch wahrscheinlich auf Euer Beispiel berufen und uns raten, die Herausforderung ruhig hinzunehmen. Das verstehen wir aber nicht, das ist gegen unsere Natur. Und so werden wir im entscheidenden Augenblick allein bleiben.

Ich wiederhole, was ich in den verschiedensten Kreisen zu hören bekommen habe. Und wenn ich darauf antworte, daß wir unsre Abrechnung mit Österreich nur aufschieben, und daß kein einziger von uns die quälenden, demütigenden Stunden vergessen wird, die wir jetzt

durchleben, entgegnen mir die Franzosen: — Ja, morgen werdet Ihr auf die Beleidigung antworten, während Eure Wange von dem Backenstreich, den Ihr empfangen habt, heute glüht.

Das ist es, was mich veranlaßt hat, die Partei „heute" zu gründen. Und ich bin überzeugt, daß Ihr alle ihr früher oder später beitreten werdet; sonst, wenn wir stets alles auf morgen verschieben, riskieren wir, unwiederbringlich die große Zukunft zu verspielen, die von Rechts wegen uns gehören muß."

Damit schließt Herr Waliszewski seinen Aufruf, denn das ist es, und niemand wird bezweifeln, daß es ihm ernst mit seiner Entrüstung darüber ist, daß der große Krieg, den er als Entscheidung ersehnt, immer wieder verschoben wird. Er kombiniert die Revanchelust der Franzosen mit dem alten Haß der Polen und Russen.

Wenn nun die oben angeschlagenen Töne seit Jahren, namentlich aber in den letzten zwei Monaten, immer wieder aus der französischen und russischen Presse und aus den Organen des polnischen Deutschenhasses zu uns herüberklingen, wie kann sich der Leiter der auswärtigen Politik Rußlands darüber wundern, daß diese Stimmen nicht unbemerkt verhallen? Er hat mich kürzlich durch ein Petersburger Telegramm der „Kölnischen Zeitung" apostrophieren lassen, und mir vorgeworfen, daß ich seine Friedenspolitik störe. Nicht ich störe sie, es sind die Organe seiner Presse und der Presse des französischen Bundesgenossen, denen die Tatsachen und Urteile entnommen sind, über die er sich erregt. Daß wir in Deutschland diesem Treiben gegenüber Ohren und Augen verschließen, ist mehr als sich verlangen läßt. Ich habe einen sehr bestimmten Eindruck von Herrn Ssasonows Friedenspolitik und habe volles Verständnis für die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, ob er aber stark genug ist, um mit der Partei „heute" fertig zu werden, das kann nur die Zukunft lehren.

In Frankreich ist kurz vor der an diesem Freitag, dem 17. Januar, stattfindenden Präsidentenwahl der Zwischenfall Paty de Clam eingetreten, der zu einem neuen Opfer der unsterblichen Dreyfusaffäre geführt hat: Herr Millerand hat sein Kriegsministerium freiwillig niederlegen müssen. Der Ruf, den er zurückläßt, ist, daß er ein tüchtiger Mann war, und der Anlaß seines Rücktritts zeigt, daß er den nicht eben häufigen Mut hatte, Verantwortung zu übernehmen

und zu tragen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir ihn in nicht zu ferner Zukunft auf dem Ministersessel wiederfinden.

Zurzeit hat Frankreich wieder Schwierigkeiten in Marokko. Dieses Mal schwärmen die Wespen um Mogador herum. Im Norden und Osten glaubt man sie vertrieben zu haben. Aber der Süden ist „en pleine revolte".

„Auflus, der uns verraten hat, hat sich Guelluli und Heiba angeschlossen. Die Haiba im Verein mit den Guellul haben das ganze Land im Süden."

Der General Brulard der mit 5 Bataillonen, 7 Sektionen Mitrailleusen, 5 Sektionen Gebirgsartillerie, 4 Sektionen Feldartillerie und 2 Schwadronen nach Süden aufbricht, werde eine schwere Aufgabe haben. Neue Verstärkungen sollen abgewartet werden. Auch in Algier haben Kämpfe stattgefunden, aber dort ist der Erfolg stets auf seiten der Franzosen, die auf ihren vortrefflichen Reitkamelen leicht alle Terrainschwierigkeiten überwinden. In Marokko ist die Aufgabe, der Gegner Herr zu werden, weit schwieriger und das Volk kriegerischer. Immerhin klingt es überraschend, daß Tafilet noch immer der Ausgangspunkt feindseliger Araberexpeditionen ist.

Unter die Panama-Zollfrage hat der Präsident der Columbia-Universität Nickolas Murray Butler dem „New York World", bereits am 18. Dezember 1912, eine Zuschrift zugehen lassen, die in Hinblick auf den augenblicklichen Stand der Frage, auch jetzt noch von Interesse ist. Er schreibt: Ich meine, daß es eine weise Politik wäre, wenn der Kongreß der Vereinigten Staaten in der Panama-Zollfrage schleunigst den unweisen, auch nicht zu verteidigenden Beschluß rückgängig machen wollte, durch den er eine indirekte Subsidie (d. h. durch Kanalzölle) einem legalisierten Monopol (d. h. der Küstenschiffahrt) verliehen hat.

Sollte der Kongreß auf dieser Subsidie für ein Monopol bestehen, nicht nur in Widerspruch zu einer gesunden Staatspolitik, sondern zu unsern legalen und moralischen nationalen Verpflichtungen, so würden wir als Nation dauernd entehrt, wenn wir ablehnen sollten, den Grundsätzen von Recht und Billigkeit entsprechend, die rechtliche Entscheidung über den Meinungsunterschied, der zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien über Auslegung des Hay-Pauncefote-Vertrages besteht, einem internationalen Schiedshof zu überlassen. Der Ver-

trag zog speziell und bestimmt die Möglichkeit unserer Souveränität über den Kanal und den Bau desselben aus öffentlichen Mitteln in Betracht. Durch den Wortlaut unseres 1908 mit Großbritannien geschlossenen Vertrages, sind wir, in bestimmten Ausdrücken, gebunden jede Differenz über Auslegung von Verträgen einem internationalen Schiedsspruch zu unterwerfen.

Die Behauptung, daß wir den Kanal besitzen und ihn mit unserem Gelde gebaut haben, und tun können, was wir wollen, ist nicht richtig. Wir haben das Recht, den Kanal zu bauen, gekauft, mit der hypothekarischen Verpflichtung, die Schiffahrt aller Länder zu gleichem Recht zu behandeln. Es gibt aber unter uns Leute, die jetzt gewaltsam die hypothekarische Verpflichtung zu beseitigen trachten, und so, in einer Frage nationalen und internationalen Interesses, eine unehrenhafte Handlung begehen wollen, die sie in ihren privaten Angelegenheiten keinen Augenblick in Betracht ziehen würden.

Eine Krisis macht zurzeit die konservative Partei in England durch. Ihr Führer, Mr. Bonar Law, hatte vor den letzten Wahlen öffentlich das bindende Versprechen gegeben, daß, wenn die Partei wieder ans Ruder kommen sollte, sie einen Antrag auf Vorzugs- und Schutzzolltarife nicht einbringen werde, ohne vorher durch ein Referendum sich über den Willen der Nation unterrichtet zu haben. Im November vorigen Jahres hat er nun, wie es heißt, unter dem Einfluß von Austen Chamberlain, diese Zusage rückgängig gemacht, und als kürzlich bei der Nachwahl in Bolton die Wahrscheinlichkeit dafür zu sprechen schien, daß der Tag, der die Unionisten ans Ruder bringen könnte, vielleicht nicht fernliege, fand innerhalb der Partei eine Art Rebellion statt, die stetig an Boden gewann. Es stellte sich nämlich heraus, daß innerhalb der Partei sehr viel mehr Freihändler vorhanden waren, die von Getreidezöllen, wie sie Bonar Law im Sinn hatte, nichts wissen wollten, als die Führer der Partei Law und Lansdowne geahnt hatten. Solange das Referendum in Aussicht stand und eine baldige Entscheidung nicht erwartet wurde, hatten sie geschwiegen. Jetzt erhoben sie ihre Stimme, erst im „Liverpool Courier", dann in anderen von Lord Northcliffe abhängigen Blättern, die „Times" miteingeschlossen. Von dort ging die Bewegung in Kreise der unionistischen Parlamentsmitglieder über. 232 Mitglieder des Unterhauses richteten ein Schreiben an Bonar Law und verlangten von ihm, daß er den Antrag

auf Getreidezölle bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen zurückstellen solle. Das hieß mit anderen Worten, er solle sein rückgängig gemachtes Versprechen, ein Referendum über diese Frage einzuholen, wieder in Kraft treten lassen. Natürlich ist die Verlegenheit groß, und man weiß nicht, wie ein für den Führer annehmbarer Ausweg gefunden werden soll, wenn nicht etwa zu Balfour zurückgegriffen wird, der prinzipieller Gegner der Chamberlainschen Ideen ist. Daran aber ist nicht zu denken. Der gut orientierte Londoner Korrespondent der „Débats" klagt über das geringe Interesse, das heute in England inneren Fragen entgegengebracht werde. An dem vorliegenden Konflikt ist es wieder lebendig geworden, und wie es scheint, zum Vorteil der Liberalen oder doch wenigstens der Freihändler, d. h. aller zur regierenden Partei gehörenden Engländer, plus den Freihändlern unter den Unionisten. Damit wäre das Chamberlainsche Programm endgültig gefallen.

Zum Schluß folgende ungemein interessante historische Notiz, die der Sonntagsnummer des „Temps" entnommen ist: „Wenn die russische Regierung nicht 1890 die Verpflichtungen gekündigt hätte, die sie 1884 in Skiernewice Deutschland gegenüber auf sich genommen, und 1887 in Berlin auf drei Jahre erneuert hätte, so hätte die französisch-russische Allianz 1891 nicht abgeschlossen werden können."

Wenn das richtig sein sollte, wäre damit einer der schwersten Vorwürfe weggeräumt worden, die gegen den Reichskanzler Grafen Caprivi erhoben worden sind.

---

22. Januar 1913.

Eine denkwürdige Woche liegt hinter uns. Hat sie auch keine Entscheidung auf dem Balkan gebracht, so ist sie dank den Bemühungen der Botschafterreunion, doch in Frieden hingegangen, und was durch gute Ratschläge erreicht werden konnte, ist nach beiden Seiten, der türkischen wie nach der der Balkanverbündeten, so weit erreicht worden, daß noch heute die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß ein Friedensschluß nahe bevorsteht. Die Kollektivnote der Großmächte hat die Grenzen nicht überschritten, welche die Neutralität gebot. Es hat auch keine Flottendemonstration stattgefunden, wie sie von seiten der Mächte der Tripleentente in Aussicht genommen wurde. Die Erwägung, daß Neutralitätsverpflichtungen mit solchen Kundgebungen nicht vereinbar sind, weil sie stets die Bedeutung eines politischen Druckes und einer schlecht verhüllten Drohung tragen, hat schließlich überwogen. Nun geht freilich wiederum die Nachricht durch unsere und auch durch die ausländischen Zeitungen, daß Rußland trotzdem direkt mit Drohungen in Konstantinopel vorgegangen sei. Eine offizielle oder offiziöse Bestätigung ist aber nicht erfolgt, und so wollen wir bis auf weiteres annehmen, daß es sich um eine Erfindung oder Übertreibung handelt, wie sie im Orient nicht eben selten in erregten Zeiten verbreitet werden. Tatsache ist jedoch, daß Rußland schon lange seine Kriegsflotte im Schwarzen Meer aktionsbereit hält, und daß es für den Fall eines Wiederausbruchs des Krieges, wenn — was doch unwahrscheinlich ist — die Verbündeten geschlagen werden sollten, seine Neutralität kündigen könnte, gehört durchaus nicht zu den politischen Unmöglichkeiten. Unsicher ist auch der Ausgang der rumänisch-bulgarischen Verhandlungen. Die bulgarische Regierung hat es bisher nicht verstanden, sich den Ruf der Zuverlässigkeit zu sichern. Auch die eignen

Verbündeten trauen ihr nicht und es läßt sich nie recht erkennen, wohin ihr Weg geht. Vielleicht war die Politik, wie König Ferdinand sie seit seinem Regierungsantritt geführt hat, durch die Unsicherheit des Bodens, auf dem er stand, geboten, volles Vertrauen hat sie ihm aber an keiner Stelle erworben und das mag es erklären, wenn in Bukarest der Verdacht entstehen konnte, daß Bulgarien die Entscheidung hinziehen wolle bis nach Abschluß des Friedens mit der Türkei, um dann die Verhandlungen mit Rumänien abzubrechen und, in Hoffnung auf den Druck, den die erregte öffentliche Meinung Rußlands ausüben werde, die rumänischen Kompensationsforderungen rund abzuschlagen. Aber das wäre unter allen Umständen ein höchst gefährliches Spiel und wir wollen hoffen, daß es dahin nicht kommen wird. Sorge macht endlich noch immer die albanische Frage; doch weisen nicht zu übersehende Symptome darauf hin, daß Rußland nicht mehr so intransigent wie früher zur Frage steht, Skutari den Albanern zu lassen. Denn der Leitstern der russischen Balkanpolitik führt ohne Zweifel dahin, den Österreichern das Mindestmaß an Einfluß auf dem Balkan zu lassen. Da Serbien und Montenegro ohnehin zu Rußland neigen, wäre es allerdings ein nicht unwichtiger Gewinn, auch Albanien durch ein Zugeständnis von der Bedeutung Skutaris zu sich herüberzuziehen. Das läßt sich aber von seiten Rußlands um so eher tun, als man in Petersburg weiß, daß Österreich unter allen Umständen darauf bestehen wird, daß Skutari albanisch wird. Auf der russischen Schüssel präsentiert, soll der Bissen noch schmackhafter werden.

Das zweite wichtige Ereignis der vorigen Woche war die Annahme der Homerule Bill in dritter Lesung durch das Unterhaus. Irland wird fortan sein eigenes Parlament zur Vertretung der eigenen Interessen haben. Es sind jetzt 113 Jahre hingegangen, seit das letzte irische Parlament im Januar 1800 zusammentrat. Drei Jahre vorher mißlang der Versuch von Hoche, Irland zu befreien und damit der englischen Macht einen tödlichen Streich zu versetzen. Das Unrecht, das seither durch weitere drei Menschenalter an Irland verübt wurde, suchte Gladstone durch seine Politik gutzumachen; er scheiterte 1893, nachdem das Unterhaus ihm Homerule bewilligt hatte, am Widerspruch des Oberhauses, und das ist der Grund gewesen, weshalb der jetzige Führer der Iren, Redmond, dem liberalen Kabinett seinen Beistand nur um den Preis der Veto Bill verkaufte, die es den Lords unmöglich gemacht hat, Homerule nochmals zu verwerfen. Daß die protestantische

Provinz Ulster noch Schwierigkeiten machen wird, ist freilich nicht ausgeschlossen, an eine bewaffnete Erhebung aber glauben wir um so weniger, als an eine Vergewaltigung der Protestanten durch die Katholiken und der Engländer durch die Iren nicht gedacht werden kann. Dagegen werden die Kautelen nicht fehlen, auch sind die Iren durch eine lange Leidensschule so weit erzogen, daß sie gewiß alles vermeiden werden, was ihre politischen Errungenschaften in Frage stellen könnte. Das Wesentliche ist, daß sie jetzt Herren auf dem eigenen Boden werden, und daß ein säkulärer Haß seinem Ende entgegensieht. Die Unionisten haben mit ihrem Widerspruch eine schlechte Sache vertreten, und es scheint, daß ihre Aussichten, die zeitweilig günstig lagen und eine Wiederkehr zur Macht in Aussicht stellten, durch die Ungeschicklichkeit ihres Führers, Bonar Law, erheblich gesunken sind. Offenbar sind die Hoffnungen nicht erfüllt worden, die an seine Begabung geknüpft wurden, als man ihm die führende Stellung in der Partei zuwies. Er ist am 15. Januar genötigt worden, sich zu dem Versprechen zu bequemen, daß er, wenn die Regierung wieder den Unionisten zufalle, Zölle auf Lebensmittel nicht ohne die Nation zu befragen, einführen werde. Mit dieser Erklärung aber ist das gesamte Chamberlainsche Programm gefallen und die Aufrechterhaltung des Freihandels für England gesichert. Was das unter den besonderen Verhältnissen Englands zu bedeuten hat, zeigt eine interessante Studie von Mr. Hirst im „Economist" vom 18. Januar, die den Handel von Bristol zum Gegenstande hat, von dem ein Fünftel in die Nordsee und die Ostsee geht oder von dort herkommt, obgleich der Hafen sein Gesicht nach Westen kehrt. Hirst knüpft daran die folgende, uns angehende Betrachtung:

„Unglücklicherweise" würde bei dem jetzigen Stande des Völkerrechts — woran die Schuld der Hartnäckigkeit unseres Auswärtigen Amtes zufällt — dieser ganze wertvolle Handel weggenommen, vernichtet oder brachgelegt werden, wenn es zu einem Krieg mit Deutschland käme. Unsere Marineexperten sagen uns, der Krieg werde ohne vorherige Anzeige ausbrechen, und die Admiralität rühmt sich, daß sie für diesen Fall jederzeit bereit sei. Vortrefflich, wie wird es aber den Schiffseigentümern und der Fracht gehen? Die britische Regierungspolitik bedroht alle Kauffahrer der Feinde mit Wegnahme, und die Prisen sollen nicht für den Vorteil des Publikums, nicht zur Tilgung

von Abgaben oder Schulden verkauft werden, nicht um den Verlust unserer Schiffseigentümer und ihre Versicherungskosten zu decken, sondern um Prämien den glücklichen Kapitänen zu zahlen, welche die Prise gemacht haben.

Die deutsche Regierung hat auf der letzten Haager Konferenz für den Antrag der Vereinigten Staaten gestimmt, der Handelsschiffe kriegführender Mächte vor Wegnahme sichern wolle. Da aber unsere Regierung ihn ablehnte, fiel der Antrag. Wir können daher ganz sicher sein, daß, wenn dieser „unvermeidliche" Krieg — ist es nicht verbrecherisch und wahnsinnig, von einem unvermeidlichen Krieg mit unserem besten Kunden zu reden — ausbricht, es keine „Gnaden Tage" geben wird. Jedes britische Schiff nebst Ladung würde in deutschen Häfen genommen und konfisziert werden, und jedes britische Schiff in Nord- und Ostsee deutschen Kreuzern verfallen..."

Aus der Antwort, die Minister Churchill auf eine Anfrage Lord Beresfords gegeben hat, ergibt sich, daß England am 1. April 1914 (die „Australia" und zwei „Nelsons" mitgerechnet) 32 Dreadnoughts gegen Deutschlands 21, und daß zwischen dem 1. April 1914 und 1. April 1915 England 6 Dreadnoughts gegen 2 deutsche fertiggestellt haben wird. Das ist allerdings, wie der „Economist" dazu bemerkt, „far ahead of requirements", weit über Bedarf, und müßte jeden Einsichtigen davon überzeugen, daß an diesem „unvermeidlichen" Kriege, wenn er einmal kommen sollte, jedenfalls nicht Deutschland die Schuld tragen wird.

Wir kommen zum dritten kapitalen Ereignis der Woche, der Entscheidung über die Präsidentschaftswahl in Versailles. Herr Poincaré ist gewählt worden und wird am 18. Februar im Elysée die Gemächer beziehen, in denen sieben Jahre lang in aller Stille Herr Fallières gewaltet hat. Trotz der heftigen Opposition, die Poincarés Wahl zu vereiteln suchte, — Herr Combes und Herr Clemenceau führten den Reigen, und Herr Pams ward ihr Auserkorener, — läßt sich wohl sagen, daß die ungeheure Majorität der Franzosen den Ausfall der Wahl billigt. Der neue Präsident ist in der Vollkraft der Jahre; wie fast alle Staatsmänner Frankreichs, ehemaliger Advokat von Ruf, er ist Finanzminister, Handelsminister, Minister des Auswärtigen und Ministerpräsident gewesen, offenbar in allen Sätteln gerecht, und wie auch die nichtfranzösische Welt erfahren hat, klug und vorsichtig in der Politik.

Nun liegt auf der Hand, daß ein solcher Mann keine Neigung haben kann, die sehr einflußreiche Stellung des Ministerpräsidenten mit der, freilich auf sieben Jahre gesicherten, Stellung eines „Grand Electeur" zu vertauschen, denn das war doch die Rolle, die seit den Tagen Grévys die Präsidenten der französischen Republik gespielt haben. Die Ausnahmen unter ihnen sind nur scheinbare Ausnahmen gewesen, bis auf Casimir Périer, der sein Amt niederlegte, weil er eben mehr sein wollte als Figurant. Nun ist seit geraumer Zeit bereits, wie an dieser Stelle mehrfach hervorgehoben worden ist, in den großen Pariser Blättern darauf hingewiesen worden, daß der Einfluß des Präsidenten auf die innere und äußere Politik des Landes eine Stärkung erfahren müsse. Man scheint dabei nicht an eine Veränderung der Verfassung zu denken, sondern an eine Anwendung der durch die Verfassung dem Präsidenten offengelassenen Möglichkeiten. Die französische Verfassung von 1875 ist im wesentlichen eine Zusammenstellung der Gesetze, die das Septennat organisierten. Diese Gesetze sind aber vor ihrer Annahme diskutiert und ihrem Inhalte nach erläutert worden, und das gibt der Auslegung ein weites Feld. Wenn es z. B. in der Verfassung heißt: „Der Präsident der Republik verhandelt und bestätigt die Verträge (le président de la république négocie et ratifie les traités)", so kann das sehr viel und sehr wenig heißen, je nachdem der Präsident den Begriff des négocier auffaßt. Der Wortlaut würde ihm weder verbieten, die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen, noch ihr Detail an sich zu ziehen, und er könnte dadurch die Stellung des Ministers des Auswärtigen empfindlich herabdrücken. Ebenso bestimmt die Verfassung ausdrücklich, daß es im Belieben des Präsidenten liegt, Verträge der Kammer vorzuenthalten. Der Präsident kann ein von beiden Kammern beschlossenes Gesetz ihnen zur Beratung zurückschicken, ein Recht, von dem die Präsidenten nie Gebrauch gemacht haben, das aber doch eine wesentliche Machtbefugnis gibt; er kann, was ebenfalls nie geschehen und auch schwieriger durchzuführen ist, die Kammer auflösen, wenn er die Zustimmung des Senats dazu gewinnt. Endlich schließt die Verfassung es nicht aus, daß in besonderen Fällen (wenn der Ministerrat erklärt: „que les questions soulevées se rattachent à la politique générale et engagent la responsabilité du chef de l'Etat") der Präsident in der Kammer das Wort ergreifen kann, u. a. auch bei der Verhandlung von Interpellationen und von Petitionen, die sich auf die auswärtige Politik beziehen. Das

gibt doch ein ziemlich weites Feld der Wirksamkeit für einen Mann von Tatkraft und Ehrgeiz, und wir haben den Eindruck, als ob Herr Poincaré ein solcher Mann ist. Eine andere Frage freilich ist, ob und wie Frankreich einen Willen, der nicht mit dem der Pariser Boulevardpresse identisch ist, zu ertragen vermag. Es wird nicht ohne Interesse sein, es zu beobachten. Einen Beweis seiner politischen Klugheit hat Herr Poincaré bereits dadurch gegeben, daß er durch Niederlegung der Ministerpräsidentschaft sich auf einen Monat allen Anfechtungen und aller Verantwortung entzogen hat. Präsident Fallières hat, ohne Zweifel auf Poincarés Rat, Briand mit Bildung des neuen Kabinetts betraut. Wie es zusammengesetzt sein wird, läßt sich noch nicht absehen, daß Briand scheitern sollte, ist jedoch höchst unwahrscheinlich.

Eine außerordentlich interessante Nachricht kommt aus Petersburg. Der Führer der mongolischen Gesandtschaft, Fürst Tsiu-Wau-Chan do dordschi, hat mit Herrn Ssasonow verhandelt und der „Nowoje Wremja" einen ausführlichen Bericht über seine Mission und ihre Erfolge gegeben. Die Summe der Verhandlungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß er Rußland gebeten hat, das Protektorat über das ganze Gebiet nördlich und westlich der großen chinesischen Mauer zu übernehmen, beiläufig bemerkt, umfaßt es ein Territorium von 2 787 600 qkm, wozu, falls Ostturkestan und die Dsungarei mit einbegriffen sein sollten, weitere 1 426 000 qkm hinzukämen. Das russische Protektorat wird zunächst unter der Fahne „freundschaftlicher Beziehungen" geltend gemacht werden, die formelle internationale Anerkennung der „Unabhängigkeit" der Mongolei werde schließlich von selbst kommen, obgleich Frankreich sie bisher, wie selbstverständlich ist und seinen Beziehungen zu China entspricht, noch verweigert. Eine besondere diplomatische Vertretung für die Mongolei erklärt Herr Ssasonow für unnötig, da ja Herr Korostowetz in Urga seinen Sitz habe; ob ein Vertreter der Mongolei nach Petersburg kommen solle, wollte er noch überlegen. Dagegen hat er dem Fürsten Tsiu-Wau-Chan Waffen, Munition und russische Instruktoren versprochen. Dann fuhr der Fürst wörtlich fort:

„Unsere buddhistische Religion verbietet uns, Blut zu vergießen, und deshalb wünschen wir keinen Krieg. Wir wünschen in Frieden zu gedeihen unter dem mächtigen Schutz Rußlands. Wir müssen unsere

Volksbildung, Gewerbe und Handel entwickeln. Wir brauchen eine Eisenbahn von Urga nach Kiachta (NB. das alte russische Projekt) Handelsstraßen und Chausseen zunächst nach Uljüsutai und zu anderen Grenzgebieten und Telegraphen durch die ganze Mongolei. In allen diesen Dingen versprach uns Herr Ssasonow die volle Mitwirkung der russischen Regierung."

Über eine mongolische Bank sollen noch Verhandlungen mit Herrn Kokowzew geführt werden. So werden russische Wünsche unter mongolischer Firma an die Öffentlichkeit gebracht. Die ganze „Freiheitsbewegung" der Mongolen ist ja russischen Ursprungs, ein Musterstück intriganter orientalischer Politik, die im Effekt in einen Länderraub ausmündet, für den es keinen anderen Vorwand gab, als die Schwäche Chinas infolge der großen Revolution, der die Mandschudynastie zum Opfer fiel. Es ist ein Seitenstück zu der mit gleicher Unbedenklichkeit fortgesetzten Politik der Demoralisierung und Entmannung Persiens, bei der alle Begriffe politischer Rechtlichkeit schließlich über Bord geworfen worden sind. In der „Times" vom 18. Januar erinnert eine Zuschrift von H. F. B. Lynch, der den nahen Orient kennt wie wenige, an die Rede Sir Edward Greys vom 14. Dezember 1911, in der er von der Politik des Aufbaus sprach (constructive policy), die England und Rußland in Persien verfolgten; seither sind die Zustände immer unerträglicher geworden. Herr Monard, der die Finanzen in Ordnung bringen sollte, hat sie völlig zugrunde gehen lassen, die Bachtiaren verlangen Löhnung und können nicht bezahlt werden, aus demselben Grunde streiken jetzt die Beamten des Ministeriums des Innern, das Ministerium selbst ist völlig machtlos, und den Russen verdächtig. Es hat den unerhörten Mut gehabt, ihnen die Konzession zu einer Eisenbahn Dschulfa—Täbris—Urmia zu verweigern und wird daher als jungtürkisch und russophob bezeichnet. Von der Gewährung dieser Konzession aber haben Rußland und England einen Vorschuß auf eine spätere größere Anleihe abhängig gemacht, die über die Verlegenheiten des Augenblicks hinweghelfen könnte. Wohlverstanden nicht weiter, denn der Ausgang kann kein anderer sein als der Übergang zu neuen schwereren Verlegenheiten, bis endlich der Augenblick kommt, da den Verzweifelten die Annektierung durch den mächtigen Nachbarn wie eine Erlösung erscheint. Lynch vergleicht die Lage Persiens mit der

eines Mannes, der seinen Kopf aus dem Wasser hervorstecken will, aber immer aufs neue niedergedrückt wird. Unzweifelhaft muß er ersticken. Neuerdings taucht die Nachricht auf, daß Rußland und England sich über eine Teilung Persiens verständigt hätten. Vielleicht ist es nicht mehr als ein Gerücht, aber wenn in England kein Frontwechsel stattfindet, wird dies der Ausgang sein.

23. Januar 1913: Staatsstreich in Konstantinopel: Absetzung Kiamils, Mahmud Schefket P. Großwesir, der Generalissimus Nasim P. von Enver Bei erschossen.
26. Januar: Verhaftung von 193 Anhängern Kiamils.
27. Januar: Geburtstag Kaiser Wilhelms.
Drei italienische Panzerschiffe dampfen ins ägäische Meer ab.
28. Januar: Unruhen in der Tschataldscha-Armee.

---

29. Januar 1913.

Man könnte darüber im Zweifel sein, welche der beiden türkischen Revolutionen von weittragenderer Bedeutung gewesen ist, die Julirevolution des Jahres 1908 oder die Januarrevolution des Jahres 1913. Im Jahre 1908 fand die Revolution im Gegensatz zum absolutistischen Regiment Abdul Hamids und in der trügenden Hoffnung statt, durch die Einführung europäischer Verfassungsformen das Reich zu regenerieren und zugleich eine Versöhnung zwischen dem regierenden Osmanentum und der regierten Herde der slavischen und griechischen Untertanen des Reichs herbeizuführen. Die Hoffnung ging weiter dahin, daß es gelingen werde, das Eingreifen der großen Mächte und die mörderische Rivalität der Bulgaren, Griechen und Serben in Mazedonien zum Stehen zu bringen. Nach all diesen Richtungen hat es furchtbare Enttäuschungen gegeben. Nach einem kurzen Rausche mußten all die optimistischen Träume verfliegen. In dem neuen bulgarischen Königreiche organisierte sich der kraftvollste Gegner unter den ehemaligen Vasallenstaaten der Türkei zu immer bedrohlicher anwachsender Macht. Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, die der Türkei nichts Reales an Besitz und Macht nahm, ihr vielmehr den Sandschak Novibazar wiederbrachte, führte zu einem schlechtüberlegten Konflikt mit Österreich-Ungarn, die Schwierigkeiten, durch welche der serbische Übermut sich bemühte, die bosnisch-herzegowinische Frage zu einer europäischen Konfliktsfrage aufzubauschen, wurden mit Schadenfreude verfolgt, und was seither geschah, läßt sich nur als eine ununterbrochene Kette politischer Torheiten bezeichnen, die allmählich alle Fundamente

der Großmachtstellung der Türkei unterhöhlten. Man hatte die Formen des politischen Lebens übernommen, durch welche das Abendland sich selbst regiert, ohne ihr Wesen sich aneignen zu können. Es wurde in Wirklichkeit nichts besser als der Schein. Die Armee verfiel trotz der deutschen, die Marine trotz der englischen Instrukteure. In der Verwaltung machten sich alle Sünden des alten Regiments wieder breit, die Finanzen gingen darnieder, die Wirren in Mazedonien wurden blutiger und bedrohlicher als je, man verstand nicht, sich neue Freunde zu erwerben und entfremdete sich sogar Albanien, das bisher zu den festesten Säulen des Reichs gehört hatte. Die Diplomatie versagte völlig, als es darauf ankam, die Bildung des Balkanbündnisses zu verhindern, auf das, wie schon Abdul Hamid gewußt hatte, die russische Politik hinarbeitete, und ebenso versagte sie in Arabien, wo die besten türkischen Regimenter sich in völlig nutzlosen Kämpfen verbluteten. Sie versagte in Tripolis zu einer Zeit, wo das Aufgeben dieses verlorenen Postens noch eine rettende Wendung hätte bringen können — kurz, es gibt keinen Fehler, der inmitten des keinen Augenblick ruhenden Haders der Parteien nicht gemacht worden wäre.

Sultan Mahmud V. aber ist das Haupt des Reiches, nicht der Führer der Nation geworden. Seit er am 27. April 1909 den Thron des Bruders bestieg, haben andere geboten, nicht er, und so ist schließlich das Verhängnis gekommen, das nach all den Niederlagen der Türkei keine andere Wahl zu lassen schien, als den unrühmlichen Frieden zu schließen, dessen Bedingungen die Balkanföderation gebieterisch vorschrieb. Was danach bei der Türkei in Europa bleiben sollte, war nur noch die demütigende Stellung eines Türhüters an den Meerengen. Adrianopel und Skutari sollten trotz ihrer heldenmütigen Verteidigung aufgegeben werden, und die Reunion der Botschafter in London riet der Pforte nachdrücklich, die Annahme dieser Bedingungen nicht weiter hinauszuschieben. Die großen Mächte vertraten dabei das dringende Interesse, das Feuer am Balkan zu ersticken, damit es nicht weiter um sich greife. Und so fügte sich die Pforte. Am 22. Januar verständigten sich der Sultan, der Scheik ul Islam und der türkische Ministerrat darauf hin, dem Rat zu folgen, ihren Frieden mit den vier Königreichen zu schließen und Adrianopel nebst dem Teil der ägäischen Inseln, den die Mächte der Türkei absprachen, den siegreichen Gegnern zu überlassen. Am 23. haben die zu einer Nationalversammlung berufenen türkischen

Notabeln diesen Entschluß gutgeheißen und am 24. wollte die Pforte die offizielle Note überreichen, in welcher sie von dieser Entscheidung den Mächten Mitteilung machte. An eben diesem Tage aber ist der Staatsstreich Enver Beis erfolgt, durch den alle die mühsam erreichten Vereinbarungen der Londoner Konferenzen zerrissen wurden. Kiamil Pascha hat als Großwesir zurücktreten müssen, Schefket Pascha, der im April 1909 die mazedonische Armee gegen Konstantinopel führte, hat seinen Platz eingenommen, Nasim Pascha, der Kriegsminister der türkischen Niederlagen, ist im Getümmel erschossen worden, und die neue Parole lautet: Kein Friede ohne Adrianopel und ohne die Inseln für die Türkei.

Was das bedeutet, wissen wir noch nicht. Die Version, daß auf dieser Grundlage neue Verhandlungen angeknüpft werden sollen, kann nur trügerisch sein. Sie scheint nicht mehr zu bedeuten, als daß die Formen gewahrt werden sollen, und daß Schefket und Enver Bei noch Zeit brauchen, um ihre Partei zu organisieren und sie vorzubereiten für den Kampf auf Leben und Tod, um den allein es sich handeln kann, wenn der Staatsstreich vom 28. nicht ausmünden soll in eine unwürdige Farce. Daß aber die Jungtürken lieber sterben wollen als einen ruhmlosen Erstickungstod zu erleiden, wie er der Türkei ohne Zweifel droht, das verstehen wir wohl. Auch wäre der Verlust von Adrianopel und selbst von Konstantinopel, wenn er nach ruhmvollem Kampfe erfolgt, ein Ausgang, der aller Wahrscheinlichkeit nach der Türkei in Asien ihre Zukunft sichern würde. Retten die Türken ihre Ehre, so bleibt ihnen die führende Stellung im Islam, die sonst Gefahr läuft, verloren zu gehen. Es ist danach die Regeneration denkbar, deren sie so dringend bedürfen, und unter rechter Führung könnte das nicht von ihnen, sondern von den Mongolen zur Einöde gemachte Vorderasien wieder zu Glanz und Wohlstand gedeihen.

Im „Journal" werden über die jetzige Lage der Türkei die Erwägungen eines patriotischen Türken veröffentlicht, der sich ganz direkt dahin ausspricht, daß der Verlust von Konstantinopel, dessen Besitz die physische und moralische Verweichlichung der Osmanen zur Folge gehabt habe, vielleicht die Rettung der Türkei wäre.

„Lest unsre Geschichte: Was waren die Türken in den Tagen ihrer Größe? Krieger, Barbaren, Zerstörer, aber sie waren ehrliche Leute, die gerade dachten und handelten. Als aber diese Horden von 100 000

Mann in Byzanz eindrangen, in diese weibische, wollüstige, innerlich verfaulte Stadt, wo selbst an heiliger Stätte Männer und Frauen sorgsam voneinander ferngehalten werden mußten, da ergab sich aus dieser ungeheuerlichen Verbindung das heutige Osmanische Reich..."

Gewiß, für die Sünden, die politischen und ethischen, die sich aus dieser Verbindung ergeben haben, büßt die Türkei, und es gibt politische und ethische Sünden, die nur der ruhmvolle Kampf, der das Leben einsetzt und hinzugeben bereit ist, tilgen kann. In solcher Lage aber ist die Türkei, und deshalb sehen wir in dem Entschluß Enver Beis und seiner Freunde eine rettende Tat. Nicht weil wir glauben, daß sie der Türkei ihren europäischen Besitzstand retten muß, sondern weil wir keinen andern Weg sehen, auf dem sie sich von der die Völker tötenden Umarmung der Ehrlosigkeit retten könnte.

Wir halten es für selbstverständlich, daß dieser Kampf zwischen Türken und Balkanstaaten ohne das Eingreifen einer der großen Mächte sich vollziehen muß. Es wäre das Gegenteil von „fair play", wenn es anders geschehen sollte, und würde die große Gefahr weiterer, viel schwererer Verwicklungen nach sich ziehen. Alle Vorteile liegen zudem bei den vier Alliierten, und wenn sie das Kreuz auf der Hagia Sophia wieder aufrichten können, liegt kein moralisch zu rechtfertigender Grund vor, es ihnen zu wehren. Der politische Gedanke, aus Konstantinopel eine Freistadt zu machen, ein Gedanke, den bekanntlich der erste Napoleon in seinen Verhandlungen mit Alexander von Rußland sehr nachdrücklich vertreten hat, widerspricht niemandes Interesse, und dasselbe gilt von der völkerrechtlichen Neutralisierung der Meerengen, sobald sie nicht mehr in türkischen Händen sein sollten. In Rußland wird jetzt die Parole ausgegeben, daß Bosporus und Dardanellen den Handelsschiffen aller Mächte für Kriegs- und Friedenszeiten freigegeben werden müßten, Einfahrt und Ausfahrt dagegen nur russischen Kriegsschiffen zu gestatten wäre. So führt, auf eine Anregung des „Temps" weiter bauend, der „Golos Moskwy" aus. Aber das ist eine Lösung, die uns heute ebenso unwahrscheinlich vorkommt, wie sie es 1841, 1856, 1871 und 1878 war. Zunächst aber sind noch Konstantinopel und die Meerengen in türkischen Händen. Die Entscheidung, ob der Kampf wiederaufgenommen wird, könnte bereits gefallen sein, wenn diese Zeilen unsern Lesern zugehen. Es ist eine

große, weltgeschichtliche Entscheidung, vor der wir stehen, und unter allen Umständen leitet sie eine neue Periode in der Geschichte Europas und Asiens ein. Die für die Türkei gefährlichste Wendung aber wäre ein Hinausschieben der Entscheidung, bis Adrianopel durch Hunger zur Kapitulation gezwungen wird, und zweitens ein neuer Ausbruch des Haders in der Hauptstadt oder in der Armee.

In Frankreich hat sich inzwischen die Konstituierung des Ministeriums Briand vollzogen. Der „Manchester Guardian" charakterisiert es folgendermaßen: „Kein früheres Ministerium ist so stark finanziell gefärbt gewesen wie das von Herrn Briand und keins hat soviel farblose Politiker enthalten." Von den 16 Ministern sind zehn Kollegen des künftigen Präsidenten der Republik Poincaré gewesen, fünf Minister haben, was ja für Frankreich charakteristisch ist, neue Portefeuilles übernommen. Herr Steeg, vor drei Jahren noch entschiedener Gegner Briands, ist aus dem Ministerium des Innern wieder zum Unterrichtsministerium zurückgekehrt, Guisthan, der zuletzt Unterrichtsminister war, hat den Handel übernommen. Die Herren Bourgeois, Delcassé, Lebrun haben überhaupt abgelehnt, der neuen Kombination anzugehören. Um das Ministerium des Auswärtigen zu besetzen, hat sich Briand erst an Bourgeois, dann an Pichon und Ribot gewandt, um schließlich Herrn Jonnart zu gewinnen, den Schwiegersohn des steinreichen Abgeordneten von Lyon, Herrn Maquard, der der katholisch-klerikalen Richtung angehört, während Herr Etienne, Direktor der großen Omnibusgesellschaft, der jüdisch-antiklerikalen Richtung angehört; er gilt als eine Autorität in kolonialen Fragen, ganz wie Jonnart, der zweimal Gouverneur von Algier gewesen ist. Der Justizminister Barthou ist konservativ, von Herrn Klotz, der das Finanzministerium behalten hat, nimmt man an, daß er mit Hilfe des Senats das Zustandekommen eines Einkommensteuergesetzes verhindern wird. Die Herren Baudin und Morel endlich gelten für ganz unbedeutend. Es ist also ein weiter Unterschied im Vergleich zum starken Ministerium Poincaré, und nicht auszuschließen, daß ihm diese Kombination ganz recht ist, wenn er, wie ziemlich allgemein angenommen wird, den Einfluß des Präsidenten der Republik erheblich zu stärken beabsichtigt. Übrigens hat das Kabinett Briand den wichtigen Erfolg gehabt, in der Sitzung am letzten Freitag eine Majorität von 324 Stimmen zu gewinnen. Gegner waren die vereinigten

Sozialisten (socialistes unifiés) und die etwa 100 Köpfe zählenden Anhänger von Combes.

In England wird die parlamentarische Lage immer unklarer. Es ist Bonar Law wider Erwarten gelungen, seine Partei zusammenzuhalten, und neuerdings schwirren in Zusammenhang mit den letzten Parlamentsdebatten Gerüchte über einen möglichen Zusammenbruch des jetzigen Kabinetts herum. Es ist unter diesen Umständen von Interesse, kennen zu lernen, was Bonar Law in seinem und Lord Lansdownes Namen vor einer zahlreichen Versammlung der Partei als offizielles Parteiprogramm dargelegt hat.

Unsere Politik — sagte er — ist nicht nur in imperialistischen Fragen völlig bestimmt, sondern auch in betreff der gesamten Fragen der Tarifreform besteht jetzt in der ganzen Partei eine Einmütigkeit, wie sie niemals bestanden hat, seit diese Kontroverse aufkam. Wir werden einen Tarif, einen maßvollen Tarif, geringer als in irgendeinem industriellen Lande der Welt, auf fremde Manufakturwaren auflegen. Wir werden auch den Dominien der Krone auf unsren Märkten eine Bevorzugung gewähren, die größte Bevorzugung (preference) die möglich ist, ohne durch neue Abgaben die Nahrungsmittel zu treffen. Das ist eine große Sache; es ist das, was die Dominien mit Selbstregierung seit mehr als 25 Jahren von uns verlangt haben. Während der Konferenz von 1907 wurden ihre Wünsche in einer Resolution formuliert, die einmütig von jedem einzelnen von ihnen angenommen wurde. Diese Resolution lautete wörtlich so: „Daß die ersten Minister der Kolonien die Regierung Seiner Majestät ehrerbietigst ersuchen, im Vereinigten Königreich den Produkten und Manufakturen der Kolonien eine Vorzugsbehandlung zu gewähren, entweder durch Erlaß oder durch Befreiung von Abgaben, die jetzt oder in Zukunft auferlegt werden." Seit mehr als einer Generation ist diese Bitte uns bei jeder Gelegenheit von jeder unserer Kolonien vorgebracht worden, seit mehr als einer Generation ist sie ihnen verweigert worden; wir werden sie ihnen gewähren. (Lauter Beifall.) Das ist der vitale Unterschied zwischen uns und unsren Gegnern. Sie sind noch immer entschlossen, die Tür geschlossen, verriegelt und versperrt zu halten, wir sind entschlossen, sie bei erster Gelegenheit zu öffnen. (Beifall.) Als diese Resolution 1907 vorgebracht wurde, ward die jetzige Regierung gebeten, sie wenigstens zu erwägen. Sie lehnte ab, und den Grund gab Mr. Asquith an. Er sagte so: „Das bedeutet, daß

wir die Frage erwägen sollen, ob wir die Fremden und die Kolonien verschieden behandeln sollen, wir sind der Meinung, daß wir nicht in der Lage sind, es zu tun." (Gelächter und Zischen.) Nun, wir sind in der Lage, es tun zu können. Die Kolonien haben alle gewünscht, und wir wünschen es auch, daß in Handel und Wandel, und in allem übrigen, jeder Teil des Reiches jeden andern Teil anders (on different terms) und besser behandele, als die ganze übrige Welt. Wir werden deshalb das Prinzip der Bevorzugung einführen."

Kommen die Unionisten ans Ruder, so kann kein Zweifel sein, daß sie das Programm durchführen. Aber schwere Kämpfe wird es gewiß kosten.

Zurzeit macht der Commonwealth von Südafrika eine politische Krisis durch. Wir erinnern uns, daß Botha als Ministerpräsident zurücktrat, gleich danach aber die Neubildung des Kabinetts übernahm und es ohne seinen bisherigen Kollegen, den General Herzog, wieder konstituierte. Es haben nun Neuwahlen stattgefunden, in welchen die Anhänger von Herzog sämtlich gewählt worden sind, was zu nicht geringem Teil der Unterstützung Christian de Wets zu danken war, der, obgleich er sich vom politischen Leben fernhielt, großes Ansehen hat und einen weiten Einfluß ausübt. Herzog vertritt die sprachlichen Interessen der Buren mehr als Botha und gilt auch als unentbehrlich, um die Eingeborenenfrage zu lösen. Das Parlament ist am 24. eröffnet worden und es scheint fraglich, ob Botha sich unter diesen Verhältnissen wird behaupten können. Das Günstigste wäre natürlich, wenn Herzog und Botha sich aussöhnten, aber zurzeit scheint keine Aussicht dafür vorhanden.

Auf den Kabinettswechsel in Japan fällt allmählich mehr Licht. Der Mikado selbst hat zum Sturz Sajonjis beigetragen, indem er den Genro, den Rat der Alten, unterstützte, um der Parteipolitik des Parlaments einen festeren Willen entgegenzusetzen als Sajonji ihn zeigte. Von Katsura erwartet man eine energischere und würdigere Politik und schärferes Vertreten der nationalen Interessen. Ein Schritt nach dieser Richtung ist es, daß die Fragen, welche die Sicherheit des Reiches betreffen, einem Kaiserlichen Rat der Nationalverteidigung übertragen worden sind. Die Leitung der auswärtigen Politik ist dem früheren japanischen Botschafter in London, Koto, zugewiesen worden. Wenn daraus geschlossen wird, daß er unbedingt den englischen Interessen

ergeben sei, so scheint dies Urteil verfrüht. Japan hat noch immer rücksichtslos die eigenen Ideen vertreten, und die Lage im fernen Osten hat sich in jüngster Zeit so erheblich modifiziert, daß uns eine Wandlung der japanischen Politik nicht unwahrscheinlich ist. Nach welcher Seite hin, wagen wir nicht vorher zu sagen, wenngleich neuerdings Symptome vorliegen, die auf ein Abrücken von Rußland hinweisen.

Die mongolische Politik Chinas beginnt mit größerer Bestimmtheit sich gegen den Chutuchta zu wenden. Juanschikai verweigert entschieden die Anerkennung der Unabhängigkeit der Mongolei.

Ein Telegramm der „Nowoje Wremja" berichtet, daß eine Abteilung chinesischer Truppen in das Fürstentum Tzsän-Sunit eingedrungen sei und zwei mongolische Fürsten festgenommen habe. Die Fürstentümer Tzun (Osten) und Barun Sunit liegen in der inneren oder südlichen Mongolei, und gehören zum Bestand des Reiches des Chutuchta.

30. Januar 1913: Die Balkanstaaten kündigen der Türkei den Stillstand.
31. Januar: Das englische Oberhaus lehnt die Homerule-Bill ab.
1. Februar: Tod des Botschafters z. D. von Holleben.
Die Delegierten Serbiens und Griechenlands verlassen die Londoner Konferenz.
3. Februar: Sendung des Prinzen Hohenlohe mit einer Botschaft Kaiser Franz Josefs nach Petersburg.
Die Bulgaren nehmen die Beschießung Adrianopels wieder auf.

---

5. Februar 1913.

Es wird noch eine Abrechnung zwischen dem christlichen Europa, soweit es nicht die Grundlagen der christlichen Humanität verleugnet, und dem ruchlosen, aller Kultur und Menschlichkeit hohnsprechenden Treiben der mit den bulgarischen und serbischen Heeren marschierenden oder ihren Spuren folgenden Banden, den Komitadschis, kommen müssen, die schlimmer als die Hyänen überall da gehaust haben, wo Wehrlose das Unglück hatten, in ihre Hände zu fallen. Zu unserer Genugtuung hat Italien die Initiative ergriffen, um eine Untersuchung der Greuel zu verlangen, die von diesen Unmenschen auf albanischem, mazedonischem und thrazischem Boden verübt worden sind. Sir Edward Grey hat sich auf eine Anfrage des Unterhauses hinter ein „ignoramus" zurückgezogen, obgleich es seine Pflicht gewesen wäre, zu wissen, und England ja sonst nicht zu schweigen pflegt, wenn es sich darum handelt, die Verletzung der Fundamente menschlicher Sittlichkeit zu geißeln.

Dr. Ernst Jaeckh hat sich in seinem Buch: „Deutschland im Orient nach dem Balkankrieg" (Martin Mörikes Verlag, München 1913) das Verdienst erworben, an der Hand der Mitteilungen glaubwürdiger Zeugen die Tatsachen ans Licht zu ziehen, die sich zur Schande der Menschheit in diesem entsetzlichsten aller Kriege vollzogen. So widerwärtig es ist, können wir es nicht umgehen, einen, wenn auch nur knappen, Auszug der Aussagen deutscher Zeugen: Beamte, Pastoren, Frauen, über das wiederzugeben, was sie mit eigenen Augen gesehen haben, und was, wie Dr. Jaeckh versichert, durch amtliche Dokumente und Photographien bestätigt wird.

„Was jetzt die Bulgaren treiben," heißt es in einem dieser deutschen Briefe, „übersteigt ums Zehnfache alle Türkengreuel, und man könnte glauben, die Tage der Hunnen seien wiedergekehrt, oder man lebte in den schlimmsten Zeiten des 30jährigen Krieges. Es ist immer die gleiche Geschichte: was man von Männern in Dörfern und Städten findet, wird erbarmungslos totgeschlagen; Frauen und Mädchen werden geschändet, die Dörfer werden ausgeraubt und verbrannt, und was das Schwert und die Kugel noch verschont, rafft Hunger und Frost hinweg."

Das wird dann an einer Reihe von Beispielen gezeigt:

„In dem Dorf Petropo wurden zwei junge Mädchen vor den Augen ihrer Mutter vergewaltigt; diese konnte es nicht anschauen, sie ergriff eine Flinte und schoß. Es war das Signal eines furchtbaren Blutbades. Man sammelte alle Frauen und Mädchen, schloß sie in das Café des Dorfes ein und zündete es an. Alle kamen unter herzzerreißendem Schreien in den Flammen um."

Dieser Fall ist aber typisch. Er wird noch teuflischer, wo, wie es die Bande von Tono Nekolow und Dede Dontscho tat, an den unglücklichen Opfern vorher die christliche (!!) Taufe vollzogen wurde. In dem Dorfe Esehkeli bei Kilikisch hat man zehn junge Mädchen schließlich lebendig begraben. Eine österreichische Dame schreibt ihrem Bruder aus Kawalla u. a.:

„Leute, die kein anderes Verbrechen begangen hatten, als Mohammedaner zu sein, und zwar die Vornehmsten der Stadt, wurden gefangen genommen und ohne Prozedur auf die grausamste Art hingerichtet. Um Mitternacht wurden die Gefangenen geweckt, bis auf Hemd und Unterhosen entkleidet, je drei und drei zusammengebunden, zuerst mit dem Bajonett in alle Weichteile... gestochen, sodann die Gewehrkolben umgedreht und die armen Teufel niedergeschlagen wie die tollen Hunde. Da waren alle Alters- und Rangklassen vertreten. Die erste Nacht wurden 39 hingerichtet, die zweite 15 usw. ... In Serres setzten sich die Türken zur Wehr und schossen zwei Soldaten nieder. Da zog deren Offizier die Uhr und sagte: „Jetzt ists 4 Uhr, bis morgen um 4 Uhr könnt ihr mit den Türken machen was ihr wollt!" Diese Bestien ermordeten in den 24 Stunden 1200, nach anderen gar 1900 Türken..."

Unzweifelhaft hat der Kreuzzugsaufruf des Zaren Ferdinand mit schuld an diesen Scheußlichkeiten. Oberst Veit erzählt, daß die

Komitadschis sämtliche mohammedanischen Niederlassungen zwischen Tschataldscha und Adrianopel niederbrannten.

„Es steht heute kein Haus, keine Hütte mehr, alles ging in Flammen auf, ein schauriges Bild scheußlichsten Vandalismus, menschenleer und öde, das schöne Land auf ein Menschenalter hin verödet! Die einzigen Lebenden sind die Hunde, sie bellen aus den Trümmern des Elends den Menschen an, den Urheber dieses wahnsinnigen Werkes. Viele Tausende verarmter Familien wanderten aus, ihre kümmerliche Habe mit Weib und Kind und Büffelwagen durch den Kot bis vor die Tore Konstantinopels ziehend, wo jetzt der Hunger sie quält. Kein Laut der Verzweiflung, kein Schrei der Verwünschung, kein Betteln nach Brot, von Maiskolben sich kümmerlich ernährend, das Elend vor Augen, wenn ihnen nicht geholfen wird! In Büjük Kardistan traf ich selbst Dutzende von türkischen Verwundeten, die die fliehende Truppe nicht hatte mitnehmen können, von bulgarischen Patrouillen schwer verstümmelt — ein entsetzlicher Anblick! Wir Offiziere haben manchem Kriegskorrespondenten erzählt: In flammender Schrift sollten Sie diese Greuel über die Erde verkünden..."

Dagegen sind alle Berichte des Lobes der Türken voll, so die des Hauptmanns Rein und des Professors Dühring. Der letztere sagt, da er von den Türken spricht, „dieses brave, ehrliche, gute und tapfere Volk", und schließt mit den Worten: „Der europäischen Kultur sind sie nicht gewachsen, sie gehen neben ihr und an ihr zugrunde. Hoffen wir, daß es der Türkei in Kleinasien vergönnt sei, eine Wiedergeburt zu feiern, zu der im Volke alle Möglichkeiten und Gaben liegen: denn der Türke ist fromm, treu, ehrlich, einfach und tapfer". Hauptmann Rein aber faßt sein Urteil in das Bismarcksche Wort zusammen: „Der Türke ist der einzige Gentleman des Ostens."

Was an Tatsachen — von denen hier nur ein kleiner Teil wiedergegeben ist — mitgeteilt wird, ist in der Tat entsetzlich, und wir verstehen den Ruf, mit dem Dr. Jaeckh das Kapitel abschließt, das von diesen Dingen handelt: „Regt sich in ganz Europa immer noch keinerlei Wille — keine Hand der Humanität, keine Stimme der Zivilisation? Angesichts solcher documents humains — oder richtiger: inhumains! Angesichts der photographischen Beweise!"

Nun, uns erscheint es unglaublich, daß es sich nicht regen sollte, und daß die italienische Initiative wirkungslos verklingen könnte, trotz

des schützenden Mantels, mit dem Rußland bemüht ist, die Frevel seiner bulgarischen und serbischen Schützlinge zu decken, trotz des Schweigens der französischen Presse, und trotz der eisigen Kälte, mit der Sir Edward Grey seinen Ohren verbietet zu hören und seinen Augen zu sehen. Vielleicht finden die Friedensgesellschaften hier ein fruchtbareres Feld ihrer Tätigkeit, als in den Bemühungen, das utopische Ziel eines Weltfriedens zu erreichen, für den alle Voraussetzungen fehlen. Was in den letzten Monaten sich auf der Balkanhalbinsel vollzogen hat, verlangt eine Sühne, und die Bulgaren, Serben und Griechen müssen durch die Kraft der öffentlichen Meinung der Welt genötigt werden, über sich selbst zu Gericht zu sitzen. Eben jetzt hat König Peter von Serbien jenen Obersten Popowitsch in der serbischen Armee reaktiviert, der als einer der Mörder des Königs Alexander und der Königin Draga auf Verlangen Englands Hof und Armee verlassen mußte; vielleicht steht er jetzt vor Adrianopel, wo aller Wahrscheinlichkeit nach Raum für weitere Heldentaten zu finden sein wird.

Inzwischen hat die Balkantragödie sich weiterentwickelt. Was sich im Innern von Konstantinopel und im Lager von Tschataldscha abgespielt hat, wissen wir nur durch unsichere Gerüchte, und wir hoffen, daß sie sich nicht bewahrheiten werden. Denn was könnte unpatriotischer und törichter sein als Hader, da der Feind vor den Toren steht! Aber sicher ist, daß Schefket Pascha Großwesir ist, daß ein neuer Oberkommandierender, Izzet Pascha, die Truppen führen wird und daß die letzte Entscheidung naht. Der Waffenstillstand ist heute, Montag, bereits abgelaufen, nachdem das sehr weitgehende Entgegenkommen der Pforte von den Balkandelegierten abgelehnt und die Verhandlungen für abgebrochen erklärt wurden. Dann haben die Mächte noch einen Vorschlag gemacht, der den Türken eine Möglichkeit offen ließ, sich, soweit ihre religiösen Interessen mitspielten, zufriedenzugeben. Die Bulgaren sollen sich damit einverstanden erklärt haben. Die Antwort der Türken kennen wir nicht, aber ich muß gestehen, daß trotz allen Unheils, das es für die Türkei in Europa nach sich ziehen kann, nur die Behauptung ihres letzten Angebots — und sie kam sehr weit entgegen — der einzige würdige Ausgang zu sein scheint. Enver Bei hat bei seinem Staatsstreich nicht allein gestanden, und die Verantwortung für den Tod Nasims trifft nicht ihn allein, sondern ebenso diejenigen, die zu ihm und hinter ihm standen. Für all diese Männer gibt es einen anderen

Ausgang nicht, als den letzten Kampf, und wenn das Volk und die Armee nicht mit ihnen gehen wollen, dann haben sie falsch gerechnet und das Spiel, dessen Einsatz ihre eigene Ehre und die Ehre ihrer Nation war, ist verloren. Es mag sehr unpolitisch sein, so zu denken, und noch unpolitischer, so zu schreiben, aber es ist eine ehrliche Überzeugung, die ausgesprochen sein will. Das moralische Recht war auf seiten der Verbündeten, solange es ihr Ziel war, sich den alten Boden ihrer Vorväter zurückzuerobern — nach allem, was geschehen ist, haben sie dieses Recht ersäuft in dem unschuldigen Blut, das sie barbarisch vergossen haben. Wie wäre es denkbar, daß man sie ohne Aufsicht und strengste Kontrolle auf den blutigen Wegen, die sie gehen, weiterschreiten ließe? Und schon naht die Nemesis, und wenn nicht alles trügt, werden sie diese Nemesis gegenseitig aneinander vollziehen. Der Friede, der geschlossen wird — und ein Friedensschluß wird schließlich kommen —, wird der Anfang neuer Wirren sein, und wenn trotz allem der Balkanbund fortbestehen sollte, wird es ein Bund von Feinden sein, die des Augenblicks harren, um übereinander herzufallen.

Ob das Handschreiben Kaiser Franz Josefs, an dessen friedfertiger Gesinnung kein Zweifel sein kann, zu einer Entspannung führt, müssen schon die nächsten Tage zeigen. In Rußland finden wir Anzeichen einer entgegengesetzten Strömung. Das wundertätige Heiligenbild des Potschajewklosters, das nur 8 km von der österreichischen Grenze bei Ostrog in Wolhynien liegt, und im südwestlichen Rußland hochverehrt wird, ist nach Shitomir übergeführt worden. Es besteht aber, wie der „Golos Moskwy" mitteilt, ein Allerhöchster Befehl aus den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, durch den bestimmt wird, daß im Fall von Verwicklungen an der Westgrenze, das Heiligenbild nach Shitomir oder nach Kursk geführt werden solle. Auf eine Anfrage des Metropoliten Antoni von Wolhynien, ob er im Hinblick auf die Zustände an den Grenzen das Bild nach Kursk oder nach Shitomir schicken solle, hat der heilige Synod sich in Beziehung zu den betreffenden Instanzen (Kriegsministerium und Auswärtiges Amt?) gesetzt, und den Metropoliten beauftragt, das Bild nach Shitomir überzuführen. Shitomir liegt bekanntlich der Grenze weit näher als Kursk, was dafür zu sprechen scheint, daß man eine tiefer ins Land dringende Invasion nicht fürchtet. An sich ist die ganze Affäre höchst lächerlich.

Inzwischen hetzt die „Nowoje Wremja" weiter gegen Österreich

und gegen uns. Sie verbreitet die Nachricht, daß Österreich im Begriff sei, sich Albaniens zu bemächtigen, versucht Mißtrauen zwischen Österreich und Italien zu erregen und gleichzeitig den Türken zu insinuieren, daß sie an Rußland den einzigen aufrichtigen Freund hätten, während Deutschland, das durch den Freiherrn v. Wangenheim die neue Doktrin von der Unantastbarkeit Kleinasiens verbreite, sich tatsächlich bereits zum Herrn von Anatolien und Mesopotamien gemacht habe. „Die verlogenen Freunde der Türkei — so schreibt dieses edle Blatt — führen das Reich zur Erschöpfung seiner staatlichen Kräfte. Für einen Quadratzoll Landes, das die Türkei durch ihre Hilfe bei Adrianopel behalten soll, wird sie Quadratkilometer in Kleinasien hergeben müssen." Sogar der oberste Rat von „Einheit und Fortschritt" sei entrüstet über diese eigennützige Politik Deutschlands, auf dessen Antrieb die Türkei diesen unglücklichen Krieg auf sich genommen habe!!

Es ist schwer, schamloser zu verleumden und zu verdrehen, aber auch das hat die „Nowoje Wremja" zustandegebracht, in dem sie mit folgenden Sätzen ihre Ausführungen schließt: „Sie (die Türken) haben beschlossen, zu verlangen, daß Deutschland nicht nur von der Integrität Kleinasiens rede, sondern selbst allen Anschlägen auf die Integrität Anatoliens entsage. Dazu wird sich Deutschland natürlich nicht verstehen. Und dann bleibt den Türken nur übrig, ihre Schlüsse daraus zu ziehen."

Zu den neuesten Blüten der russischen Phantasie gehört die folgende Erzählung des „Swet", die den Russen beweisen soll, daß v. der Goltz Schuld am Tode Nasim Paschas trage: „v. der Goltz versammelte alle seine früheren Adjutanten, Mahmud Schefket Pascha, Enver Bei und Jsset Bei und brachte sie zum deutschen Botschafter v. Wangenheim. Alle flüsterten zusammen, und der Umsturz war an demselben Tage verwirklicht. Enver Bei begab sich aus der deutschen Botschaft direkt zur Pforte, erschoß Nasim Pascha und stürzte den alten Kiamil. Jetzt hat sich das alles mit voller Klarheit herausgestellt. Es ist sogar bekannt, welche Wiener Bank das Unternehmen finanziert hat." Wir können diese interessante Nachricht noch dahin ergänzen, daß v. der Goltz die Nacht vor dem Staatsstreich benutzte, um auf dem neuesten „Zeppelin" nach Konstantinopel zu fliegen und daß er, nachdem er dort seine Aufgabe erfüllt hatte, auf dem Rückflug Adrianopel, dank der ungeheuren Vorräte, die er mit sich führte, auf mehrere Monate verproviantierte. Von dem „Rußkoje Slowo" erfahren wir, daß Juanshikai auf unsere

Unterstützung rechnet, um die Russen in der Mongolei zu bekämpfen. Da wird uns wohl nichts übrigbleiben, als den Feldmarschall auch nach China fliegen zu lassen, um die armen Chinesen, die gewiß mit Spannung auf unsere Hilfe warten, nicht zu enttäuschen. Es ist in Summa ein klägliches Treiben, und wenn das die Mittel sind, die man in Rußland braucht, um eine patriotische Bewegung in Szene zu setzen, kann sie schwerlich von eigener Flamme glühen.

Auf einem „slavischen Diner", das kürzlich in Petersburg stattfand, sind diese Töne gleichfalls angeschlagen worden; die österreichischen und deutschen Intrigen gaben den vornehmsten Stoff für die Reden, was freilich nicht ausschloß, daß auch die Griechen heftig wegen ihrer Feindseligkeit gegen die russischen Mönche auf dem Athos angegriffen wurden.

Auch das gehört wohl mehr der russischen Phantasie als der Wirklichkeit an, daß der warme Strom Kurosio, dem Japan sein herrliches Klima dankt, sich von der Ostküste Japans entfernt habe und nutzlos im Stillen Ozean seinen Segen vergeude. Japan bekomme immer mehr das Klima der Ostküste des asiatischen Kontinents mit seinem eisigen Winter und seinem glühenden Sommer. Dieser metereologischen Wandlung gehe aber eine politische parallel, die es wahrscheinlich mache, daß Japan eine zweite Auflage der französischen Revolution von 1789 erleben werde. Das alles wird in vollem Ernst dem russischen Leser vorgeführt, der darin eine göttliche Strafe für die Niederlagen erblicken soll, die Rußland so unverdient 1904 und 1905 erlitten hat.

Nebenher aber geht die Kampagne weiter, durch welche, unter dem lauten Beifall der russischen Presse, die finnländische Verfassung zerstört wird. Die Verurteilung der 23 Mitglieder des Wyborger Hofgerichts durch das Petersburger Bezirksgericht zu je einem Jahr und vier Monaten Gefängnis und zur Unfähigkeit, zehn Jahre lang im Staats- oder Kommunaldienst ein Amt zu bekleiden, ist eine Etappe im Kampfe der Finnländer um ihr gutes Recht, das durch das sogenannte Gleichberechtigungsgesetz vom 20. Januar 1912 verfassungswidrig außer Kraft gesetzt wurde. Die 23 tapferen Männer, die ihrer Überzeugung ihre Freiheit geopfert haben, werden einen Ehrenplatz in den Erinnerungen der Nation behalten, während der eine, der den Mut nicht fand, zu tun wie sie, der Hofgerichtspräsident Malin, wie ein altfinnisches Blatt treffend bemerkt, ein „politisch toter Mann" ist. Er wird wohl

gut daran tun, sich für die Zukunft in Rußland eine Stellung zu suchen, wo man solche Männer zu schätzen weiß. Die Frage ist nur, ob es unter solchen Verhältnissen gelingen wird, ein neues Hofgericht zustande zu bringen.

In Wilna hat sich jetzt ein Prozeß abgespielt, der die Fälschung von 72 Reifezeugnissen feststellte. Während der Revolution und vor derselben ist der Vertrieb solcher Fälschungen sehr ausgedehnt gewesen. Man nahm jedoch an, daß man dieses gefährlichen Treibens Herr geworden sei. Offenbar ist das eine Täuschung gewesen und die Mutmaßung liegt nahe, daß es sich ebenso mit anderen Symptomen der Demoralisation verhält, die scheinbar verschwunden waren, aber bald hier, bald dort zutage treten. Es ist ein ganz ungeheueres Material, das die russischen Zeitungen über das Fortleben der latenten Revolution zusammentragen. Man liest leicht darüber hinweg und ist, dank einer sehr geschickten Reklame, die von Frankreich und von England ausgeht, zumeist aber geschäftliche Zwecke verfolgt, bei uns gewohnt, die inneren Verhältnisse Rußlands sehr rosig zu beurteilen. Wer genauer hinsieht, wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß es Schein, nicht Wirklichkeit ist, was uns vorgeführt wird.

Die neueste Frucht des russisch-englischen Abkommens von 1907 ist wiederum ein Aufstand Salar ud Dowlehs, der großen Umfang anzunehmen droht und offenbar nicht die letzte Prüfung sein wird, die dem unglücklichen Lande droht. Inzwischen aber benutzt Rußland die schwere Krisis, welche die Türkei durchlebt, um die Grenzregulierung zu erzwingen, die bestimmt ist, das Gebiet des Urmiasees in russische Hände zu spielen. Difficile est satyram non scribere!

6. Februar 1913: Niederlage der Türken vor Gallipoli.
Vertagung des japanischen Parlaments.
7. Februar: Aufhebung der französischen Gesandtschaft in Tanger.
9. Februar: Rede Kaiser Wilhelms in der Aula der Berliner Universität.
10. Februar: Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg.
Pronunziamento Felix Diaz' gegen den mexikanischen Präsidenten Madero.
12. Februar: Admiral Jamamoto wird japanischer Ministerpräsident.

---

12. Februar 1913.

Die Äußerung des Großadmirals v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstags, daß das Verhältnis 10 zu 16 der Flottenstärke Deutschlands zu England durchaus annehmbar sei, hat in Frankreich in den Kreisen, die einen dauernden Gegensatz zwischen uns und den Engländern als eine notwendige Grundlage der französischen Interessenpolitik zu betrachten gewohnt sind, lebhaft beunruhigt. Der „Temps" hat sich redlich bemüht, diese Sorgen zu zerstreuen und in einem langatmigen Artikel ausgeführt, wie alle Versuche, die seit Jahren gemacht worden sind, die alten Gegensätze auszugleichen, scheiterten, die Tirpitzsche Erklärung daher völlig nichtssagend sei. Sie bedeute höchstens, daß Deutschland keine neue Flottenvorlage vorbereite, was man in England natürlich mit Vergnügen höre. Aber zwischen den Zeilen liest man deutlich: es darf zu einer Verständigung zwischen ihnen nicht kommen, wir werden es nicht zulassen und dafür Sorge tragen, daß die Kluft offen bleibt, die sie trennt. Es ist ganz die Haltung der „Nowoje Wremja" in Anlaß des Handschreibens Kaiser Franz Josefs an den Zaren. Sie fürchtet, daß die Initiative der Monarchen den europäischen Krieg, auf den sie mit allen Mitteln hinarbeitet, verhindern könnte. Die deutsche „Petersburger Zeitung" referiert über den jüngsten Leitartikel des russischen Chauvinistenblattes folgendermaßen: „Heute beschäftigt sie (die „Nowoje Wremja") nur eine Sorge: England werde sich am Ende am Kriege nicht beteiligen. Es könnte sich leicht auf den Standpunkt stellen: mögen sich Deutschland und Österreich-Ungarn auf der

einen Seite, Rußland und Frankreich auf der andern Seite nur gegenseitig schwächen — wer auch der Sieger sei, England hat nur Vorteil davon." Die „Nowoje Wremja" wendet nun ihre ganze Überredungskraft an, um England davon zu überzeugen, daß es viel praktischer sei, sich auf die Seite von Rußland und Frankreich zu stellen. Denn nur die Beteiligung Englands entscheide sicher über den Erfolg des Krieges. Andernfalls aber würde Deutschland derartig an Macht gewinnen, daß es Europa beherrscht und England gefährlich wird: „Wenn der europäische Krieg entbrannt ist — was natürlich Gott verhüten möge! —, scheint uns eine aktive Beteiligung Englands unerläßlich."

Die „Petersburger Zeitung" bemerkt hierzu: „Welch ein Abgrund von Heuchelei tut sich in dem Zwischensatz der „Nowoje Wremja" „was Gott verhüten möge" auf!" Wir sehen keinen Unterschied zwischen ihrer Tätigkeit und der des „Temps": Sie haben seit Jahren beide alles irgend mögliche getan, um bestehende Gegensätze zu schärfen und klopfenden Herzens von Tag zu Tag auf den Erfolg gewartet. Die große Gelegenheit, welche der Balkankrieg bietet, soll nicht verloren gehen, und weil sie sehr wohl wissen, daß die eigenen Kräfte nicht reichen, richten sich die flehenden Blicke auf England, das heute umschmeichelt wird, um morgen darauf hingewiesen zu werden, daß unter den Sammetpfötchen auch scharfe Klauen herausgestreckt werden können. Das Schärfste, was gegen England auf europäischem Boden gesagt worden ist, kann alle acht Tage in den Waverley-Artikeln des „Eclair" „l'Angleterre inconnue" gelesen werden; man muß zu den Ausführungen der russischen Zeitungen in den Jahren 1904 und 1905 zurückgreifen, um einen gleich tiefgehenden Engländerhaß zu finden. „Unsere geschworenen Feinde" schrieb die „Nowoje Wremja" damals (18. Mai 1905), und wer sich erinnert, daß die englisch-russische Verständigung des Jahres 1907 zur Basis den asiatischen Statusquo hatte, kann schwer ohne Ironie den heutigen Status Asiens anschauen. Der „Manchester Guardian" vom 8. Februar hat sich der Mühe unterzogen, die asiatische Politik Rußlands, wie sie in den letzten Jahren sich gestaltet hat, seinen Lesern vorzuführen. Er geht von der Lage aus, wie sie zu Ende des japanischen Krieges geworden war. Damals warf der Friedensschluß Rußland auf die nördliche Mandschurei und auf den im Winter geschlossenen Hafen von Wladiwostok zurück. Seither aber habe Rußland den Marsch nach Süden wieder mit voller

Energie aufgenommen. Die Bestimmungen des englisch-russischen Abkommens über Afghanistan seien heute ein toter Buchstabe, da der Emir das Abkommen niemals anerkannt habe und Rußland sich daher nicht gebunden fühle, die Politik der Entsagung einzuhalten, die der Vertrag ihm auferlegt. Nordpersien liege in russischen Händen, und nach allem, was in den letzten Jahren geschehen sei, könne man den Russen unmöglich glauben, wenn sie versichern, daß sie ihre Truppen am liebsten aus Persien zurückziehen würden. Sie hätten es auch fertiggebracht, das Foreign Office davon zu überzeugen, daß es ein Vorteil für England wäre, wenn Rußland möglichst nahe an die Tore Indiens heranrücke. Dann sei die Reihe an China gekommen. Die Schwächung Chinas durch die Revolution wurde benutzt, um, wie sie sagen, auf die Bitte mongolischer Fürsten die Unabhängigkeit der Mongolei anzuerkennen und mit der neuen mongolischen Regierung einen Vertrag abzuschließen, der die Provinz in Abhängigkeit von Rußland brachte und es wiederum von der entgegengesetzten Seite her an die Grenzen Chinas führt. Von Urga aus aber hätten sich die russischen Blicke auf Lhassa gerichtet, und nicht ohne Mitwirkung Rußlands sei jetzt ein Vertrag zwischen Tibet und der Mongolei geschlossen worden, in dem beide gegenseitig ihre Unabhängigkeit von China anerkennen. „So weit ist Rußland in den letzten sechs Jahren auf Kosten Persiens und Chinas vorgedrungen, und — fügt der „M. G." hinzu — auf Kosten Englands."

Daß die Mongolen „einmütig" ihren Willen ausgesprochen hätten, von China loszukommen, sei eine Unwahrheit, „is, of course, untrue". Der Reihe der Fürsten und Häuptlinge, die Rußland für sich aufführe, könne China eine weit größere Zahl von Fürsten entgegenhalten, die unter der chinesischen Republik leben wollen, unter Aufrechterhaltung der Autonomie, die sie von jeher genossen haben. Eine Bitte um Unabhängigkeit habe überhaupt nicht stattgefunden, und die Aktion Rußlands gehe nicht nur darauf aus, in möglichster Eile die Mongolei als eine Macht anzuerkennen, die berechtigt ist, Verträge abzuschließen, sondern Garantien gegen das Vordringen chinesischer Truppen und sogar chinesischer Kolonisten zu gewähren. Über die Absichten Rußlands bestehe keinerlei Zweifel. Es komme ihm darauf an, die chinesische Kolonisation vom Amurgebiet und von den Grenzen Sibiriens fernzuhalten; die Lage habe sich bereits so völlig geändert, daß, wenn die vor

fünf Jahren geplante Bahn von Kalgan (nördlich von Peking) durch die Mongolei an die Grenzen Sibiriens zur Ausführung gelangt wäre, man damit eine chinesische Bahn geschaffen hätte, jedenfalls keine russische. Jetzt werde aber die Bahn eine russische sein, und der russische Gesandte in Peking arbeite bereits darauf hin, sie zu erhalten. So werde die Gefahr, die von der strategischen mandschurischen Bahn drohte, verwirklicht werden und noch näher an China heranrücken. Wenn Sir Edward Grey behaupte, das alles sei bereits durch den Vertrag von 1881 ausbedungen worden, so treffe das nicht zu. Das Novum liege in den Rechten, die Rußland sich ausbedungen habe, unter Ausschluß aller anderen, und gegen diese müsse protestiert und der Vertrag nicht anerkannt werden. England und Japan wenigstens seien verpflichtet, gleiches Recht in Handel und Wandel und den Statusquo in Ostasien aufrechtzuerhalten.

„Wäre die Mongolei durch eine Erhebung aus eigener Kraft unabhängig geworden, so wären wir berechtigt gewesen, vom neuen Staat billige und gleichberechtigte Behandlung unseres Handels zu verlangen. Jetzt aber, da die Integrität Chinas unter Förderung durch eine auswärtige Macht bedroht wird, da Rußland seine Hand auf beides, das Territorium und den Handel großer und wichtiger Provinzen legt, welche Bedeutung haben da noch unsere Verträge? Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Statusquo wesentlich verändert ist, und daß Rußland eine bevorzugte und privilegierte Stellung im mongolischen Handel einnimmt. Werden wir uns damit begnügen, die Tatsache lediglich als eine Nachricht zur Geschichte des russischen Handels zu notieren?"

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das geschehen. Rußland ist in Mittelasien, wenn man von China absieht, völlig unangreifbar, und China befindet sich nicht in der Lage, russischen Truppen ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen, geschweige denn aggressiv vorzugehen. Es wird sich begnügen, seine mongolischen Fürsten möglichst straff am Zügel zu halten und langsam, aber sicher, seine Kolonisten nach Osten vorzuschieben. Schließlich kommt dann die Zeit, da trotz allem die Mongolei, soweit sie kulturfähig ist, eine chinesische Bevölkerung haben wird. Das läßt sich nach den Erfahrungen, die Rußland in seinen Grenzgebieten macht, mit voller Bestimmtheit vorhersehen. Es mag viel Zeit hingehen, bis dieses Ziel erreicht sein wird, aber wir glauben nicht,

daß der Ausgang sich abwenden läßt. Der Russisch-Japanische Krieg hat den Anstoß gegeben, wir stehen jetzt vor seinen logischen Konsequenzen.

Einen anderen Standpunkt, als der „M. G." nimmt die „Times" ein. Sie ist geneigt, anzuerkennen, daß die Chinesen durch Verstöße gegen den Vertrag von 1881 den Russen Vorwände zu ihrer Aktion in der Mongolei gegeben hätten, und räumt auch ein, daß das staatliche Interesse Rußlands einen Pufferstaat nach der chinesischen Seite hin fordern könne. Auch die chinesische Einwanderung von Sibirien fernzuhalten, sei ein Bestreben, das sich vom russischen Standpunkt aus billigen lasse. Dagegen will das große Cityblatt nichts von dem mongolisch-tibetanischen Vertrage wissen. Der Besuch von Dordshiew als Vertreter des Dalai-Lama von Lhassa erregt ihr höchstes Mißtrauen, und ihre Forderungen münden in den Satz aus, daß es nötig sei, einen mit entsprechenden Vollmachten ausgestatteten Residenten nach Lhassa zu schicken, damit die englischen Interessen dort zur Geltung kommen. Offenbar macht sich hier eine gewisse Gereiztheit geltend, und die Wahrscheinlichkeit weist auf eine Revision des russisch-englischen Vertrages von 1907 hin, der faktisch in eine Teilung Zentralasiens in zwei neue Einflußsphären ausmünden könnte. Aber man fragt sich, ob solche Neubildungen Aussicht auf Bestand haben können, und uns will im Hinblick auf die Zukunft scheinen, daß auch hier der chinesische Faktor unterschätzt wird.

Übrigens sind die Nachrichten, welche uns russische Quellen aus dem Amurgebiet zutragen, nichts weniger als erfreulich. Wladiwostok macht eine schwere Finanzkrisis durch. Die Stadt zehrte von den riesigen Summen, welche das Marineministerium für die Anlagen im fernen Osten verwandte. Mit dem Moment, wo die Aufgaben gelöst schienen und die Zahlungen des Staates wegblieben, trat die Krisis ein. Voriges Jahr kamen noch 15 Mill. Rbl. für den Bau von Kasernen, und man rechnet darauf, daß noch zwei bis höchstens drei Jahre gleich hohe Zahlungen folgen werden. Dann aber wird es am Ende sein. Die Fischerei ist ganz in japanische Hände übergegangen, alle Handarbeit ist in chinesischen Händen, und sie wegzuschaffen, hat man schließlich aufgegeben, weil man sie nicht zu ersetzen vermag. In Chabarowsk und in Blagoweschtschensk hat man sie auf bestimmte Stadtteile beschränkt, aber es fragt sich, ob dieses System sich auf die Dauer wird behaupten lassen;

sie zu ersäufen, wie es im Sommer 1900 in Blagoweschtschensk geschah[1]), und wie Wereschagin, der berühmte Maler, uns so drastisch erzählt hat, empfiehlt sich heute, da die Augen der Welt so aufmerksam auf den fernen Osten gerichtet sind, nicht sonderlich, und deshalb glauben wir, daß Rußland sich mit seiner mongolischen Politik eine Zuchtrute bindet. Aber so sehr die auswärtige Politik Rußlands in den führenden Organen der Petersburger und Moskauer Presse angegriffen wird, so sehr billigt sie das Vorgehen gegen China, Persien, Tibet und den Plan der persisch-indischen Bahn und trotz aller Versicherungen, die offiziell und offiziös gegeben werden, daß die Artikel dieser Presse völlig bedeutungslos seien, und die Regieruug fest und sicher ihre eigenen Wege gehe, lehrt uns doch jeder Tag, wie groß dieser Einfluß ist. Vor acht Tagen ging durch die gesamte Presse die Nachricht, daß die Regierung die „Slavenbankette" verboten habe. Heute lesen wir in der „Nowoje Wremja":

„Am Donnerstag fand das übliche „Slavendiner" statt. Es hat sich erwiesen, daß das Verbot ein bloßes Mißverständnis der Polizei war und danach hat der Minister des Innern ein großes „Slavenbankett" genehmigt, das Sonntag, den 27. Januar/10. Februar stattfindet. Der Präsident, General Skugarewski, teilte am Donnerstag mit, daß das Verbot rückgängig gemacht worden sei, wozu Graf Bobrinski die Initiative ergriffen habe. Gegenstand der Reden am Sonntag sollen nur die russisch-slavischen Beziehungen und die slavischen Aufgaben der russischen Diplomatie sein. Ein Herr Brjäntschaninow, der eben von einer Reise durch Europa heimkehrt, berichtete über seine Unterredungen mit englischen und französischen Politikern und Staatsmännern. England, sagte er, ist für den Kriegsfall fest entschlossen, uns zu helfen und wird uns nicht verhindern, uns Konstantinopels zu bemächtigen; denn die Engländer sind zur Erkenntnis gekommen, daß es am besten ist, wenn Konstantinopel Rußland gehört. Herr Brjäntschaninow erklärte diese neue Haltung Englands damit, daß die Engländer eingesehen hätten, daß die Türken die Stadt nicht lange behaupten könnten, daß sie für Bulgarien zu groß sei, die Bulgaren auch nicht stark genug wären, Konstantinopel zu halten, Deutschland wolle man natürlich nicht heranlassen, Rußland aber werde jetzt von England nicht gefürchtet.

[1]) Siehe Deutschland und die große Politik, S. 32—36.

Man müßte den günstigen Augenblick jedoch benutzen, denn die Lage könnte sich ändern. Zurzeit wünsche England ein starkes Rußland, und ebenso denke Frankreich, daß Rußland keinerlei Schwierigkeiten auf dem Balkan in den Weg legen werde. Man wundere sich nur, daß die russische Politik so unschlüssig sei und den Deutschen und Österreichern unnötige Vorteile zuwende."

Die weiteren Ausführungen — die wir nach einem eingehenden Referat der „Nowoje Wremja" wiedergeben — erklärten, daß die Autonomie Albaniens den russischen Interessen widerspreche und Österreich von dorther sein Netz auswerfen werde, um den Handel der gesamten slavischen Welt und Rußlands einzufangen. Die Schlußresolution verurteilte in den kräftigsten Ausdrücken die russische Diplomatie, deren Fehler die heldenmütigen Balkanslaven mit ihrem Blut gutmachen mußten, und sprach die Hoffnung aus:

„Daß unsere Diplomatie sich endlich erinnern möge, daß ihr Patriotismus ein russischer sein muß und kein europäischer, daß sie Rußland und dem Slaventum zu dienen hat, nicht Europa, und daß sie ihre Anstrengungen nicht daran zu setzen hat, die Türkei zu schützen, Rumänien zu belohnen, und den Appetit Österreich-Ungarns nach Annexionen zu befriedigen, sondern so zu handeln, daß die gesamte slavische Welt wie ein Mann ihr zustimme und daß die vollen Früchte der Siege auch den Siegern zufallen."

Es wurden danach 27 Personen zur Organisation des Banketts vom 10. Februar ernannt, von dem wir wohl noch zu hören bekommen werden. Offenbar ist die russische Regierung nicht in der Lage, gegen diese Töne aufzukommen. Dagegen hat sie vier Zeitungen konfiszieren lassen, welche die Finnländer beglückwünschten, weil ein Sozialdemokrat zum Präsidenten des Finnischen Landtags gewählt worden ist; sie hat die Petersburger Morgenzeitung („Utro") mit 300 Rubel gebüßt, weil sie den Anarchisten Krapotkin in Anlaß seines 70. Geburtstages feiert und im Charkowschen den Erfolg gehabt, bei einem Bauern eine Niederlage von 19 Bomben zu entdecken. Gewiß sind das nicht erfreuliche Symptome. Wir rechnen zu ihnen auch die Erklärungen, die der Unterrichtsminister Kassso über die vielbesprochene Affäre der Untersuchung über die Schülerversammlungen im Witmerschen Gymnasium in Petersburg abgab. Die Verhaftungen wurden in der gesamten Presse als Willkürakte oder bedauerliche Mißgriffe gebrandmarkt, sie sind jedoch

mit großer Milde gehandhabt worden und die Untersuchung ergab, wie der Minister ausführt, daß die jungen Leute systematisch zu revolutionärer Gesinnung geschult werden. Derartige Schülerverbindungen hätten sich im ganzen Lande gebildet. In Poltawa seien in den Lokalen dieser Verbindungen Aufrufe zum Sturz der Regierung aufgefunden worden, in Odessa habe es zehn illegale Zirkel von Studenten, Schülern und Schülerinnen gegeben, die in Verbindung mit bekannten Rechtsanwälten standen und in denen das Judentum eine Rolle spielte. Die Regierung könne einen solchen Feldzug gegen die Schule nicht zulassen, und nicht dulden, daß revolutionär geschulte Leute in die Universitäten eintreten.

Nun kann über die humane Gesinnung des Ministers Kassso kein Zweifel bestehen, auch ist mit einer vor wenigen Jahren noch undenkbaren Milde gegen diese irregeführten Schüler und Schülerinnen verfahren worden, aber es liegt auf der Hand, daß ihr Treiben nicht geduldet werden darf. In der Duma aber, wie in der Presse fällt alles über den Minister her, und es kann wohl die Frage aufgeworfen werden, ob diese Haltung nicht ein Beweis dafür ist, daß neben der politisch-nationalistischen Bewegung, eine revolutionäre hergeht, die nur der Gelegenheit harrt, sich Luft zu machen?

Auf dem Balkan ist bis zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, eine Entscheidung nicht gefallen. Es hat jedoch den Anschein, als sei eine Wendung zum Vorteil der Türken eingetreten. Aber die Berichte vom Kriegsschauplatz sind widerspruchsvoll, und der Gang der diplomatischen Verhandlungen ist nicht zu übersehen. Vielleicht stehen wir plötzlich vor vollendeten Tatsachen. Über die Antwort, die der Fürst Hohenlohe aus Petersburg nach Wien bringt, ist gleichfalls nichts bekannt, aber der Gesamteindruck weist nicht darauf hin, daß der Krieg noch lange dauern wird. Die Erschöpfung der Finanzen macht sich überall geltend.

Seit am 22. Mai 1911 der hochverdiente greise Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko, Porfirio Diaz, durch eine Revolution gezwungen wurde, sein Amt niederzulegen, um dem Ehrgeiz Maderos Platz zu schaffen, befindet sich Mexiko in einem Zustande chronischer Revolutionen. Jetzt ist Präsident Madero gestürzt worden, und ein andrer Diaz, ein Neffe Porfirios, ist aus dem Gefängnis zum Präsidenten proklamiert worden. Wie fest seine Stellung

ist, läßt sich nicht erkennen, wohl aber, daß der Bürgerkrieg aller Wahrscheinlichkeit nach eine Fortsetzung finden wird, und daß damit, infolge der außerordentlichen großen wirtschaftlichen Interessen fremder Mächte, zumal der Vereinigten Staaten von Nordamerika, ein Eingreifen von außen her nicht auszuschließen ist.

Auch in Japan ist eine Bewegung im Gange, die einen revolutionären Charakter anzunehmen droht. Sie richtet sich gegen das Ministerium Katsura, und will im Gegensatz zu dem überwiegenden Einfluß des Rats der Alten, des Genro, dem Parlament die Leitung der Geschicke Japans übertragen. Der neue Kaiser hat schwere Anfänge.

15. Februar 1913: In Kreta wird mit Genehmigung der Schutzmächte die griechische Flagge gehißt.
17. Februar: Die rumänisch bulgarischen Verhandlungen werden abgebrochen.
18. Februar: Raimond Poincaré übernimmt die Präsidentschaft der französischen Republik.

---

19. Februar 1913.

Man soll sich darüber nicht täuschen: Die politische Lage ist ernst, und der letzte Grund der berechtigten Unruhe, mit der wir die Ereignisse verfolgen, liegt in der Ermutigung, welche die auf einen Krieg hinarbeitende kleine Partei der Hetzer in der russischen Presse von den offiziellen Kreisen Petersburgs erhalten hat. Zwar wir glauben nicht, daß Herr Ssasonow einen Krieg wünscht. Aber auch er ist genötigt, vor der von ihm so häufig verleugneten Partei der „Nowoje Wremja" und ihrer Hintermänner zu kapitulieren, und seine steten Hinweise auf den Druck der „öffentlichen Meinung" Rußlands, von denen jeder zu hören bekommt, der mit ihm in Berührung tritt, können wohl als der Beweis der ratlosen Schwäche gelten, die das Auswärtige Amt schließlich genötigt hat, sich der „Nowoje Wremja" gegenüber schachmatt zu bekennen.

Was hinter uns liegt, ist der Abschluß der Mission Hohenlohes, dessen Abreise von den Triumphrufen der wieder gestatteten Slavenbankette begleitet wurde. Der überschwengliche Artikel des „Wiener Fremdenblattes" hat nur Hohn hervorgerufen, und die Antwort der „Rossija", deren geschickte Ironie wohl verstanden wurde, hat die Vorstellung befestigt, daß Fürst Hohenlohe mit leeren Händen nach Wien zurückgekehrt ist. Schon auf dem zweiten Slavenbankett ließ sich die ungeheuer gehobene Stimmung dieser Kreise nicht verkennen. Sie waren alle erschienen, die Gutschkow, Menschikow, Bobrinski, Lawrow, Wergun und wie sie nur heißen, und begannen mit Absendung eines Telegramms an den Zaren, in dem sie erklärten, daß sie jederzeit bereit seien, ihr Leben für die Ehre des Vaterlandes einzusetzen, oder, wie der erste Redner erläuterte, für die Ehre und

das Prestige Rußlands unter den Slaven. Diese Einleitungsrede schloß mit einem Pereat (figürlich) auf diejenigen Parteien, die aus engen Parteiberechnungen den Krieg und das Erwachen des russischen Nationalgefühls fürchten. Dann folgte ein Pole, der gegen den Pangermanismus wetterte und riet, sich auf dem Boden der Gerechtigkeit den Polen zu nähern; als dritter sprach Graf Bobrinski, dessen Geschlecht bekanntlich direkt auf die Kaiserin Katharina II. zurückgeht, von der Hohenlohe-Woche und dem geheimnisvollen Brief des Kaisers Franz Josef, dessen Ziel es gewesen sei, wiederum, wie in Reichstadt und Mürzsteg, eine Teilung des Balkans in eine russische und eine österreichische Einflußsphäre herbeizuführen. Das solle jedoch nicht geschehen, und Serbien könne überzeugt sein, daß Rußland nicht zulassen werde, daß es wegen der Erfolge Bulgariens geschädigt werde. Herr Lawrow, der nun das Wort erhielt, wies darauf hin, daß das Drama am Balkan erst jetzt ernstlich beginne. Er hoffe, daß nunmehr die Diplomatie den Ton anschlagen werde, der allein dem Geist und der Macht Rußlands entspreche. Wergun nahm das Nationalitätsprinzip zum Thema, das auch für Rußland Anwendung finden müsse. Noch lebten vier Millionen Kleinrussen in Galizien, der Bukowina, in Ungarn, die für den russischen Namen, für ihren Glauben und ihre Sprache zu leiden hätten, wie die ersten christlichen Märtyrer. Der uns schon bekannte Herr Brjäntschaninow verlangte Vertreibung der Türken aus Europa und schloß mit der Versicherung, daß auf die Hohenlohe-Woche die Skobelew-Woche folgen werde.

Vom „Temps" erfahren wir, daß außer an den Zaren auch Telegramme an die Monarchen der verbündeten Staaten geschickt worden sind, wobei nicht ausgeschlossen scheint, daß auch M. Fallières diese Auszeichnung erfahren hat, was für ihn gewiß ein hübscher Abschluß seiner Präsidentenlaufbahn wäre. Die Resolution der Versammlung schloß mit folgenden ausdrucksvollen Worten:

„Wir weisen energisch den Gedanken zurück, daß revolutionäre Unordnungen im Kriegsfalle möglich seien, das ist eine des russischen Volkes unwürdige Beleidigung, und wir versichern, daß das russische Volk den Krieg nicht wünscht, aber ihn auch nicht fürchtet. Wir versichern, daß es mit der Würde und den Interessen Rußlands nicht vereinbar ist, vor Österreich-Ungarn zurückzuweichen oder die Türkei vor völliger Zerstörung zu schützen."

Am folgenden Tage erhielt dann der Vorsitzende des Banketts, General Skudorewski, die folgende Antwort des Zaren, die ihm der General Kotschubey überbrachte: „Der Kaiser hat mir den Befehl gegeben, seinen Dank allen Anwesenden des slavischen Banketts für die Gefühle auszudrücken, die sie in betreff ihrer slavischen Brüder geäußert haben." Der Eindruck dieser Antwort war ein ungeheurer, und die Schlüsse, die aus ihr gezogen wurden, doch höchst beachtenswert. Die „Nowoje Wremja" folgert daraus, daß ihre Politik stets die Nikolaus II. gewesen sei. Sie geht aber noch weiter:

„Fortan wird niemand mehr sagen dürfen, daß die auswärtigen Angelegenheiten unseres Vaterlandes — nicht unsere Angelegenheiten sind. Wir sind überzeugt, daß der großmütige Selbstherrscher das Vertrauen nicht zu bedauern haben wird, das er in die russische Gesellschaft setzt. Eine Kaisermacht, die sich nicht nur auf stumme Unterwürfigkeit, sondern auf das bewußte Empfinden des Volkes gründet, wächst nicht nur gewaltig an moralischer Bedeutung, sondern auch an materieller Macht. Die Diplomatie, der die technische Ausführung der Anweisungen des obersten Führers des russischen Landes zufällt, wird durch allgemeine Anerkennung ein neues und mächtiges Werkzeug ihrer vielfältigen Aufgaben finden.

Die öffentliche Meinung Rußlands ist in ihren Wünschen nicht völlig befriedigt durch die Richtung, welche die Tätigkeit unsres Auswärtigen Amtes zurzeit entfaltet. Erwünscht wären feste Entschlüsse, wie die vitalen Interessen des Reichs sie verlangen, und eine Sprache, die unsrer Würde als Staat entspricht. In ihrer Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Diplomatie waren alle russischen Männer aller politischen Schattierungen fast einmütig. Ein unbedeutender Teil der Presse bemühte sich, die patriotische Erregung der russischen Gesellschaft in falschem, ja sogar in verbrecherischem Lichte darzustellen.

Speziell uns (die „Nowoje Wremja") beschuldigte man, den Ansichten und Entscheidungen des Monarchen zuwiderzuhandeln. Das Telegramm des Kaisers bezeugt, daß unsre Gedanken von denen nicht abgewichen sind, die in einem großen Herzen reiften. In den Worten über das Mitgefühl mit unsren Brüdern, die heroisch am Balkan kämpfen, hat der oberste Führer der Geschicke Rußlands nicht ein Vergehen erblickt, sondern den Anlaß zu einer gnädigen Antwort.

Die slavische Sache hört auf, eine fremde zu sein, es ist unsre

Sache, eine Sache, in der untrennbar die Macht und das Volk zusammenfließen. Die wohltätigen Folgen werden nicht ausbleiben und in einer allgemeinen Beruhigung Europas ihren Ausdruck finden."

Nun, das letztere ist gewiß nicht der Fall; die Folge ist eine allgemeine Beunruhigung, da die Politik, welche die „Nowoje Wremja" und ihre Gönner und Nachläufer vertreten, noch allezeit Rußland und denen, die mit Rußland zu rechnen hatten, Unheil gebracht hat.

Aber auch die anderen Blätter schlagen denselben Ton an. Die „Rjetsch", eine Gegnerin der „Nowoje Wremja", kommt zum Ergebnis, man müsse aus dem Telegramm des Zaren schließen, daß die Reise des Fürsten Hohenlohe ein Fiasko war. Es hat dann acht Tage danach ein „Slavendiner" stattgefunden, auf dem ein Herr Deinicke (offenbar ein russifizierter Deutscher, das sind stets die schlimmsten Hetzer!) die Brandrede hielt. Er führte aus, wie Rußland seit 40 Jahren das Opfer der Politik Europas gewesen sei. Europa habe alle Anstrengungen darangesetzt, um Rußland vom nahen Orient nach dem fernen Osten abzulenken. Zu diesem Zwecke habe Deutschland die gelbe Gefahr ausgeheckt. Rußland werde aber nicht von der gelben Gefahr, sondern von der germanischen Gefahr bedroht. Es handle sich jetzt nicht um den Zusammenbruch der Türkei, sondern um den Ansturm Deutschlands, welches in Sorgen sei, daß Rußland aus seinen Windeln und aus der Vormundschaft Europas sich freimachen könnte. Mit aller Macht werfe man sich Rußland entgegen, das ebenso wie die Slaven verhindert werde, ans Mittelmeer zu gelangen, das ist an den Mittelpunkt des Weltverkehrs. Um nicht später von den Deutschen erwürgt zu werden, müsse man mit ihnen Krieg führen, denn nach drei bis vier Jahren werde sonst der Angriff bestimmt von ihnen ausgehen und Rußlands Lage dann schlimm sein. Jetzt aber sei es die stärkere Macht und deshalb solle es heißen: „Fort mit den Zugeständnissen und vorwärts in den Krieg."

In der „Nowoje Wremja" vom 16. Februar wird das Urteil über die Mission Hohenlohe folgendermaßen zusammengefaßt:

„Der praktische Schluß aus den ausgetauschten Liebenswürdigkeiten ist einfach. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist durch die grenzenlose Nachgiebigkeit der russischen Diplomatie dazu veranlaßt, zum Entschluß gekommen, ihr vorzuschlagen, daß sie jeder Teilnahme an den Balkanangelegenheiten entsagen solle. Diese Forderung hat

die Schale der Geduld zum Überfließen gebracht. Die glänzende Antwort darauf war der bekannte Dank an das slavische Bankett. Die Werkzeuge mußten der Politik steten Zurückweichens entsagen, die unveränderlichen historischen Aufgaben Rußlands betonen und erklären, daß Rußland fest entschlossen sei, sie aufrechtzuerhalten. Unser Auswärtiges Amt stand bis in die letzte Zeit hinein im scharfen Gegensatz zur öffentlichen Meinung. Die psychologische Wendung, die in der hochoffiziösen Mitteilung der „Rossija" Ausdruck fand, verspricht, daß dieser verderbliche Gegensatz aufhören wird. Eine Diplomatie, die den nationalen staatlichen Instinkt nicht anfeindet, sondern sich auf ihn stützt, kann auf besten Erfolg ihrer Bestrebungen rechnen. Wir hoffen, daß diese Übereinstimmung von Dauer sein wird."

Nun wird man mit Recht sagen: Das sind Worte. Wie steht es mit den Tatsachen? Sie sind nicht viel beruhigender. Von einer Minderung der bereits zum Teil vollzogenen Mobilisierung ist keine Rede. Vielmehr hat Rußland seine ersten und zweiten Reserven zurückbehalten, General Rennenkampf hat das Kommando über die fünf Armeekorps erhalten, die an der Westgrenze aufgestellt sind. Sein Hauptquartier ist Wilna. Den Beamten der Regierung, der Stadtverwaltung und den Ritterschaften der Ostseeprovinzen ist amtlich die Frage zur Beantwortung gestellt worden, wohin sie sich im Kriegsfall mit ihren Familien zurückzuziehen gedenken, und wo sie die öffentlichen Gelder unterzubringen beabsichtigen. Es scheint, daß ihnen der Dnjepr als westlichster Aufenthaltsort bestimmt ist. Es scheinen noch andere Dinge vorzugehen, die auf sonderbare Kriegspläne deuten. Die russischen Zeitungen brachten und der hiesige „Lokalanzeiger" wiederholte die Nachricht, daß der Gouverneur von Kurland die Redaktionen sämtlicher Zeitungen aufgefordert habe, die durch das Gerücht eines unmittelbar bevorstehenden Krieges aufgeregte Bevölkerung zu beruhigen. Die von den militärischen Autoritäten angekündigte Mobilisierung trage nur den Charakter einer Übung, und es sei keine Ursache, sich zu ängstigen und das Geld aus den Sparkassen zu ziehen.

Auch das ist charakteristisch, daß der Redakteur des offiziellen russischen „Staatsanzeigers", Herr Baschmakow, vor die Wahl gestellt wurde, entweder seine Stellung aufzugeben oder seine Agitation in der Slavenfrage einzustellen. Offenbar hielt der Minister des Innern Maklakow es nicht für opportun, offiziell zu sagen, was man den Slaven-

banketten gestattete. Herr Baschmakow hat es aber vorgezogen, auf sein Amt zu verzichten, was gewiß sehr ehrenhaft ist und von fester Gesinnung zeugt, anderseits aber beweist, wie hoch die Flut gestiegen ist. Nichts spricht dafür, daß sie ihren Höhepunkt erreicht hat. In neuer Gestalt taucht der alte Gedanke von den bedrohten Grenzmarken Rußlands wieder auf. Vom äußersten Norden bis an die Ufer des Schwarzen Meeres seien sie bedroht. Im Norden säßen die von schwedischem Patriotismus glühenden Finnländer, danach die Esten, die den Stempel zeigten, den die baltischen Ritterschaften ihnen aufgedrückt hätten, die Letten, welche Deutsche und Russen gleich haßten, die halbpolonisierten Litauer, die geschlossene polnische Bevölkerung des Zartums Polen, endlich das bunte Gemenge der Moldauer, Griechen, Armenier, Slaven, alle überdeckt durch eine Wolke von Deutschen. Das ergebe eine höchst schwierige politische und strategische Aufgabe.

Mit besonderem Nachdruck wird bei den gefährlichen deutschen Kolonisten verweilt und mit wahrem Ingrimm dargelegt, wie stark ihre Stellung in Wolhynien geworden sei. Das einzige Mittel, die Gefahr, die Rußland in diesen Grenzgebieten drohe, zu beseitigen, sei, den Fremden, speziell den Deutschen, die russischen Untertanen deutscher Herkunft mit eingeschlossen, jede Form der Erwerbung von Grundbesitz, sei es durch Kauf oder Pacht oder auf irgendeinem andern Wege, unmöglich zu machen. Der Grundbesitz müsse russisches Privileg bleiben, und nur mit Tschechen, Bulgaren, Serben und Galiziern solle man Ausnahmen machen. So führt eine L. S. gezeichnete Zuschrift der „Nowoje Wremja" vom 10. Februar aus. In derselben Nummer finden wir eine Swojak gezeichnete Korrespondenz aus Lemberg, die darauf hinweist, daß die Polen (natürlich unter Österreichs Führung) alle Vorbereitungen getroffen hätten, Rußland nicht nur das gesamte Zartum Polen, sondern dazu noch die Ukraine zu entreißen. Die österreichische Regierung wende ungeheure Summen daran, einen neuen polnischen Aufstand vorzubereiten. Für 15 Kronen könne jeder Pole ein Manlichergewehr kaufen. Große Waffentransporte, sogar Maschinengewehre würden von Krakau und Tarnow aus über die russische Grenze geschafft, und unbehindert zögen österreichische Agitatoren durchs Land.

Schon das wird genügen, um den Geist zu kennzeichnen, in dem gegen Österreich agitiert wird, um die Volksleidenschaften zu erregen. In Wirklichkeit erregt sich aber nicht das Volk, sondern das, was man

in Rußland die Gesellschaft, die obschtschestwo nennt, die Rhetoren der Bankette, an deren Pathos sich die Zuhörer erhitzen und vor deren Zeitungsartikeln die regierende Bureaukratie zittert. Wie sie es gewesen sind, die den Krieg von 1877/78 gemacht haben, so bereiten sie jetzt einen neuen Krieg vor. Es wäre sehr merkwürdig, wenn sie ihr Ziel nicht erreichen sollten. Frankreichs sind sie sicher, da Frankreich gezwungen ist, mit ihnen zu gehen, nebenher aber hoffen sie, und sprechen es auch offen aus, daß England zu ihnen stehen werde. „Die Deutschen", schreibt die „Nowoje Wremja" unter Hinweis auf die Reden Churchills, „sind nicht um einen Schritt einer Verständigung mit England nähergekommen."

Aber auch andere Stimmen, und zwar aus dem englischen Lager, werden laut. In dem neuesten Artikel von Waverley im „Eclair" finden wir die folgenden treffenden Bemerkungen:

„Von dem Vertrage vom 8. April 1904, der mit so unglaublicher Leichtfertigkeit abgeschlossen worden ist, sind der Reihe nach alle Verwicklungen ausgegangen, die Europa in Unruhe versetzt haben: Algeciras, Agadir, Tripolis, der Balkankrieg, das Verschwinden der Türken aus Europa, ihre bevorstehende Zerstückelung in Asien, und der große Kampf zwischen Germanen und Slaven, der sich notwendig daraus wird ergeben müssen, das sind die Früchte dieser kurzsichtigen Politik." Er geht darauf zur Stellung Englands in der Tripleentente über, und das führt ihn zu den folgenden Schlüssen: ein einigermaßen gründlicher Einblick in die Fortschritte Rußlands im fernen Osten und in der Mongolei im speziellen, dazu eine Prüfung der Lage Indiens, sollte zur Erkenntnis führen, daß England fortan sehr vorsichtig sein muß, und daß die Tripleentente nicht völlig die Resultate gebracht hat, die das Land (d. h. England) erwartete, und die es, wie ich behaupte, berechtigt war, zu erwarten. Ich bin in betreff der Tripleentente stets der Meinung des Admirals Mahan gewesen: Sie hat kein dauerhaftes Fundament, sie verbindet für den Augenblick für ein gemeinsames Sonderinteresse Nationen, deren allgemeine Interessen einander entgegengesetzt sind. Eine Gruppierung, die England und Rußland einschließt, kann nur von Dauer sein, wenn der eine Partner sich demütig dem andern fügt. Ich glaube nicht, daß Rußland nach dieser letzteren Rolle strebt, ich hoffe aufrichtig, daß England sie nie übernehmen wird. Eine solche Verbindung muß früher oder später ein schlechtes Ende nehmen, und die beste

Aussicht auf Erhaltung des europäischen Friedens liegt in einer deutsch-englischen Verständigung."

Das ist sehr richtig und heute mehr als je läßt sich mit voller Bestimmtheit sagen, daß, falls England vor Ausbruch des drohenden Krieges erklärt, daß es unter allen Umständen neutral bleiben werde, der Krieg lokalisiert bleiben wird.

Zu all diesen, auf die Psyche des heutigen Rußland einwirkenden Faktoren kommt noch die Rechnung der Serben, die dahin geht, daß Rußland sie unter keinen Umständen im Stiche lassen werde, wenn sie wegen Albaniens mit Österreich aneinander kommen sollten. Endlich wird auf die bulgarisch-rumänischen Gegensätze spekuliert. Irgendwo werde der Brandstoff weiterzünden und für die große Abrechnung zwischen Slaven und Germanen, denn das bleibt das Leitmotiv, den nötigen Anlaß geben. Es ist, in Summa, ein gewissenloses und gefährliches Spiel mit furchtbar hohem Einsatz. Wie unter solchen Verhältnissen über irgendwelche Fragen, die mit unserer Wehrkraft in Zusammenhang stehen, gemarktet werden kann, ist uns völlig unverständlich.

Auf dem Kriegsschauplatz ist es noch zu keiner Entscheidung gekommen. Enver Bei ist an der mangelhaften Leistungsfähigkeit der türkischen Marine mit seinem Landungsversuch gescheitert; vor Tschataldscha und Gallipoli ist die Lage unklar. Skutari, Adrianopel, Janina setzen ihren heldenmütigen Widerstand fort.

In China spitzen sich die Gegensätze zu Rußland und zur Mongolei zu. In Mexiko dauert der blutige Bürgerkrieg fort. Das englische Parlament ist bis zum 6. März vertagt. Herr Maxse von der „National Review", der seit Anfang des Jahrhunderts alles Denkbare getan hat, um die deutsch-englischen Beziehungen durch raffinierte Verleumdungen zu vergiften, scheint endlich der Nemesis verfallen zu sein. Er hat Mitgliedern des liberalen Kabinetts den Vorwurf in den Spalten seiner „Review" gemacht, daß sie in unehrenhafter Weise mit Marconiaktien spekuliert haben, und muß nun Rede und Antwort stehen.

Zum Schluß sei auf einen wichtigen Artikel der „African Mail" vom 14. Februar hingewiesen. Er wendet sich gegen das von der spanischen Regierung einem Don Pedro Arriola Bongoa für 22 Jahre verliehene Monopol der Exploitierung der Ölpalme auf Fernando Po. Die „African Mail" macht mit Recht darauf aufmerksam, daß dadurch

die auf der Insel bestehenden deutschen und englischen Firmen schwer geschädigt werden, und schlägt vor, daß die deutschen und englischen Handelskammern in dieser Frage Hand in Hand gehen sollten. „Beide, Großbritannien und Deutschland, sind daran interessiert, daß die tropischen Regionen der Welt dem Handel aller Staaten offenbleiben, und hier gibt es einen Anlaß zur Kooperation für die Handelswelt wie für die Politik. Es mag erwähnt werden, daß, als Lord Granville die Notifikation vom spanischen Protektorat über Fernando Po erhielt, er es anerkannte: „ohne Präjudiz bestehender Rechte dritter."" Der Gedanke war, daß die Rechte des internationalen Handels gewahrt bleiben sollten.

Die kanadische Kammer hat die 35 Millionen bewilligt, welche das Ministerium Borden für den Bau von Dreadnoughts verlangte. Die Majorität betrug 32 Stimmen.

19. Februar 1913: Huerta nimmt den Präsidenten Madero gefangen und wird zum provisorischen Präsidenten von Mexiko proklamiert.
23. Februar: Präsident Madero und Vizepräsident Suarez bei einem Befreiungsversuch erschossen.
24. Februar: Verhaftung von Frau Pankhurst.

---

26. Februar 1913.

Es läßt sich mit aller Bestimmtheit behaupten, daß die Lage heute weniger bedrohlich aussieht als vor acht Tagen. Unzweifelhaft hat das Zusammenwirken der deutschen und englischen Diplomatie sehr wesentlich dazu beigetragen. Daß Bulgarien und Rumänien sich bereit gefunden haben, die Entscheidung ihrer Streitigkeiten der Mediation des Konzerts der Großmächte zu übertragen, ist eine Folge der Tatsache, daß England und Deutschland in gleicher Richtung wirkten, und hat zu recht erheblichen Modifikationen des Programms geführt, das als das russische angesehen werden mußte. Man darf heute erwarten, daß Silistria in nicht allzu ferner Zukunft rumänisch sein wird, daß Skutari Albanien zufällt, gegen dessen staatliche Auferstehung von keiner Seite mehr ernstlicher Widerspruch erhoben wird, und auch über die Abgrenzung Ost-Albaniens, unter billiger Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse bereitet sich eine Verständigung vor. Daß die Türkei ihren asiatischen Besitzstand, einen Teil der Inseln mit eingeschlossen, voll behaupten wird, kann ebenfalls mit Sicherheit angenommen werden. Abgesehen von Rußland, das seine historische Mission auf Türkisch-Armenien und die Zone ausdehnt, in der es den Türken verboten hat, den Bau ihrer Eisenbahnen mit pekuniärer Unterstützung ausländischen Kapitals fertigzustellen, verlangt das Interesse aller Mächte, daß das Territorium der Türkei in Vorderasien nicht angetastet werde. Dort hat sie ihre Zukunft, und diese Zukunft kann glänzend sein, wenn sie es versteht, ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen den osmanischen und arabischen Elementen herzustellen, wozu gerade jetzt die Aussichten günstig sind, und wenn sie

zweitens die ungeheuren natürlichen Schätze des Landes systematisch zu heben vermag, endlich wenn sie den christlichen Bevölkerungsschichten das Maß an Selbstbestimmung läßt, dessen sie bedürfen und das zu besitzen ihr gutes Recht ist.

An politisch uneigennützigen Helfern, die in Förderung einer Sanierung der Türkei ihr eigenes Interesse mit denen des türkischen Staates verbinden, wird es nicht fehlen. Die Schwierigkeit liegt in dem Rest von Besitz, der der Türkei auf europäischem Boden bleibt. Wie auch der Ausgang der notwendig gewordenen Liquidation sei, d. h. wie viel neben Konstantinopel—Gallipoli der Türkei noch bleiben mag, ob ganz Adrianopel oder nur ein Teil der Stadt, immer bleibt die Lage höchst prekär. Rußland ist eben jetzt im Begriff, den Hafen von Nikolajew weiter auszubauen, seine Befestigungen zu verstärken und seine Werften für den Bau der großen Kriegsflotte zu erweitern, die bestimmt ist, das Schwarze Meer zu beherrschen und sich, wenn die Stunde schlägt, den Zugang ins Mittelmeer zu erzwingen. Es ist nicht daran zu denken, daß es darauf verzichtet, den Teil seiner „Mission", der in Konstantinopel ausmündet, zur Ausführung zu bringen. Nur der Zeitpunkt, wann es geschehen soll, steht nicht fest und kann nur durch die politische Gesamtlage Europas bestimmt werden. Das alte Rezept Nikolaus I., daß Rußland stets der beste Freund der Türkei scheinen müsse, um die Möglichkeit zu gewinnen, durch gute Ratschläge ein Erstarken und Gesunden des „kranken Mannes" zu verhindern, läßt sich heute nicht mehr brauchen, weil der Patient den Glauben an den Arzt verloren hat. Auch täuscht man sich in Konstantinopel über die Gefahr nicht, die von dieser Seite droht. Sie ist fast unabwendbar und die Position der Türkei auf europäischem Boden kann nur als eine Gnadenfrist gelten, die nebenher noch die Gefahr in sich schließt, daß, je länger sie dauert, um so größer die Gewißheit ist, daß jedes weitere Jahr europäischer Staatlichkeit, mit einer Schwächung des asiatischen Fundaments erkauft wird. Das mag sehr pessimistisch klingen, hat aber alle historische Wahrscheinlichkeit für sich. Die russische Regierung vertritt offenbar die Politik des langsamen Tempos. Ob auch die öffentliche Meinung Rußlands, oder was sich dafür ausgibt, das ist eine andere Frage, die wir geneigt sind zu verneinen. Aber nicht eigentlich darin liegt der Schwerpunkt der orientalischen Frage von heute. Der Balkankrieg hat ihr eine neue Wendung gegeben. Es ist nicht mehr,

wie in den letzten anderthalbhundert Jahren, die Frage der Verdrängung der Türkei aus Europa, sondern sie hat sich, weit mehr als je vorher, zu einer russisch-österreichischen zugespitzt, deren Austragung wohl vertagt, aber nicht ohne einen Entscheidungskampf aus der Welt geschafft werden kann. Die heute noch nicht ausgeglichenen Grenzfragen Ipek, Diakowa, Skutari, Janina, Adrianopel, ja selbst Konstantinopel, sind nicht das Wesentliche, sondern die andere weit wichtigere Frage, die vor nicht allzulanger Zeit recht brutal, aber treffend von der „Nowoje Wremja" dahin formuliert wurde, daß Rußland durch die jetzt mächtig emporgestiegenen Balkanstaaten ein Heer von 500 000 kriegserfahrenen und kriegstüchtigen Soldaten gewonnen habe, mit denen es, wenn es nötig werden sollte, die Österreicher in der Flanke angreifen könne. Außer auf Bulgaren, Serben und Montenegriner, rechnet man aber, der gemeinsamen Konfession wegen, auch auf Rumänien, und wenn man dem Könige Karol den Feldmarschallstab in sein Palais brachte, geschah es gewiß nicht, damit er ihn gegen Bulgarien brauche. Die russische Politik arbeitet vielmehr darauf hin, Rumänien in jenen slavischen Bund der rechtgläubigen Balkanstaaten hineinzuziehen, dessen Bestimmung es sein soll, einmal die österreichisch-ungarischen Slaven zu befreien.

Das sind keine Hypothesen, sondern auf die Gegenwart übertragene alte Grund- und Leitsätze der slavischen Politik Rußlands, die schon in den Tagen Peters des Großen im Keime vorhanden waren, von Katharina II. aufgenommen wurden — man denke nur an Potemkins Königreich Dazien, dessen Kern Moldau und Walachei sein sollten — und die seither nie aus dem slavischen Programm Rußlands ganz verschwunden sind. Wir meinen also, mit Abschwächung der türkischen Seite der orientalischen Frage, hat die österreichische an Intensität und Aktualität gewonnen, und weil die österreichischen Politiker das einsehen, haben sie so nachdrücklich auf Begründung eines selbständigen Albaniens bestanden, und traten sie so zäh dafür ein, diesem neuen Staate Grenzen zu sichern, in denen er leben und wachsen kann.

Uns scheint aus dem Zusammenhang dieser Probleme für die innere Politik Österreich-Ungarns sich die Notwendigkeit eines weit festeren Zusammenschlusses der beiden Reichshälften zu ergeben. In Ungarn muß der verderbliche und beide Teile schwächende, in sich undurchführbare Versuch einer Madjarisierung der Deutschen

entschlossen aufgegeben werden, damit beide Nationalitäten Hand in Hand gehen, wenn die von Ost und Süd drohende Gefahr anrückt. Der frühere Minister Weckerle hat eben jetzt ähnlichen Gedanken in diplomatischerer Form energischen Ausdruck gegeben. Möchten sie Beherzigung und Erfüllung finden.

Das slavische Diner vom 19. Februar, dem am 27. ein drittes slavisches Bankett folgen wird, ist wiederum politisch recht charakteristisch gewesen. Zunächst kam ein Telegramm des Königs von Montenegro (der übrigens auch mit dem „Temps" in telegraphischer Korrespondenz steht), dann redete der zurückgetretene Redakteur des „Regierungsanzeigers", Baschmakow, und versprach, sich jetzt rückhaltlos der slavischen Sache zu widmen. Der Hauptredner aber war wiederum Herr Brjäntschaninow, der von einer Agitationsreise aus dem Gouvernement Pskow kam, wo er den Bauern Vorträge über die slavische Frage gehalten hatte. Sein Thema auf dem Slavendiner war der König Karl von Rumänien, „der nie Sympathien für die Slaven hatte", hinter dem aber nur die Minorität der Rumänen stehe. Es knüpften sich daran allerlei bösartige Ausfälle, die wir übergehen, und der Schluß war eine Resolution, welche die Haltung Rumäniens scharf tadelt und erklärte, daß es jetzt nicht die Aufgabe der russischen Diplomatie sei, die Bulgaren zum Nachgeben zu bewegen, sondern vielmehr ihre ganze internationale Macht daran zu setzen, um Rumänien zum Verzicht auf bulgarisches Territorium zu vermögen, damit das rumänische Volk seine historische Aufgabe erfülle und eine enge bulgarisch-rumänische Freundschaft geknüpft werde, trotz des kleinen Haufens von Leuten, die darauf ausgehen, Rumänien und Bulgarien zu größerem Ruhme des Hauses Habsburg zu verfeinden. In diesen Kreisen hat sich offenbar nicht die geringste Wandlung der Gesinnung vollzogen.

Inzwischen hat Staatssekretär v. Jagow sehr erfreuliche Mitteilungen über unsere Beziehungen zu England gemacht und damit einen sympathischen Widerhall in der englischen Presse hervorgerufen. Ministerpräsident Kokowzew hat Erklärungen abgegeben, welche die Aussichten auf Erhaltung des Friedens gesteigert haben, und gleich erfreulich war die Rede des italienischen Ministers des Auswärtigen, San Giuliano, über die Stellung Italiens zu seinen Verbündeten und zur Mittelmeerfrage, die wohl als eine direkte

Antwort auf den französischen Ausspruch die Mittelmeermacht zu sein, zu verstehen ist. Es liegt in der Tat so, daß nach Lösung der tripolitanischen Frage Italien fester an den Dreibund herangerückt ist, als es vorher der Fall war, ganz wie nach endgültiger Lösung der Gleichung Marokko—Ägypten auch England nicht mehr durch die Rücksichtnahme auf die französische Politik gebunden ist, die bis vor kurzem die Haltung des „Foreign office" bestimmte.

Seit dem 18. Februar ist Herr Poincaré Präsident der französischen Republik, er wird es bis 1920 bleiben, falls ihn nicht, wie Grévy, die Kammern zum zweitenmal küren sollten. Seine Botschaft ist in Frankreich mit viel Beifall aufgenommen worden, weil Herr Poincaré es verstand, die Töne anzuschlagen, die man in Frankreich zu hören liebt. Auch das wurde nicht mißverständlich angedeutet, daß er seine Präsidentschaft nicht als eine bloß dekorative, wie sein Vorgänger aufzufassen gedenke. Er wird ohne Zweifel von den Rechten, die ihm die Verfassung läßt, Gebrauch machen. Wir sind in unsrer mehrfach ausgesprochenen Ansicht, daß Frankreich in ihm einen Herren bekommt, noch bestärkt worden, nachdem wir die Botschaft gelesen haben. Nicht ganz unbedenklich ist das hier und da durchschlagende rhetorische Pathos. Es fehlt weder die Erinnerung an die „grausamen Prüfungen von 1870" noch die Versicherung, daß „une France diminuée, une France exposée par sa faute à des défis ou à des humiliations, ne serait plus la France", worüber sich doch nur lächeln läßt, wenn man an den Verlauf der französischen Geschichte denkt; und dasselbe gilt von den folgenden Phrasen. Der „Spectator" vom 22. Februar, der die Botschaft analysiert, meint, sie sei aufreizend „a stirring one" und versichert, daß er heroischen Phrasen dieser Art wenig Geschmack abgewinnen könne („we confess to disliking heroics of this general character"). Endlich prognostiziert er einen Kampf zwischen Ministerium und Präsidenten, wobei seine Sympathien auf seiten des opponierenden Premiers sein würden. Aber solange Herr Briand Ministerpräsident ist, wird das gewiß nicht geschehen.

Schärfer noch als der „Spectator" geht der „Manchester Guardian" ins Gericht mit der Botschaft des Präsidenten, die den Zusammenhang der Ernennung Delcassés als Botschafter nach Petersburg mit den angekündigten Rüstungen Frankreichs beleuchtet. Poincarés Aufgabe in Rußland werde sein, die Allianz fester zu schließen, um ein mili-

tärisches Gleichgewicht herbeizuführen. Dieses Bemühen sei zwar rührend, helfe aber nicht über die Tatsache hinweg, daß eine Bevölkerung von 38 Millionen nicht eine stehende Armee haben könne wie eine Nation von 67 Millionen. Man könne nicht beweisen, daß 2 gleich 3 sei „It can not be done". Wenn Deutschland jetzt seinerseits die Dienstzeit auf drei Jahre erhöhen wollte, müßten die Franzosen vier bis fünf Jahre in Baracken leben. Es sei traurig, daß eine Nation von dem Genie Frankreichs mit dem Kopfe gegen die Wand renne. Es gebe zwei Wege, um, trotz der numerischen Schwäche, die Lage zu ändern. Der eine, den Delcassé vertrete, wolle durch Abschluß von Allianzen ein Gegengewicht gegen die Macht schaffen, die er zunächst fürchte. Die Alliierten würden aber natürlich ein möglichst starkes Frankreich haben wollen, und ihm immer neue Opfer auferlegen; der andere Weg liege in einer radikalen Wandlung der Kriegspolitik Frankreichs, d. h. in Beschränkung der Rüstungen auf rein defensive Zwecke, eine Wendung, die Jaurès verlange. Die künstliche politische Kombination, die Delcassé schaffen wolle, habe notwendig eine Minderung der Unabhängigkeit Frankreichs zur Folge. Umsonst leisten Völker einander keine Dienste, und wenn Rußland sich dazu verstehe, Frankreichs physische Kraft zu stärken, so werde es dafür Opfer von der moralischen Kraft Frankreichs verlangen, denn in dem Maße, wie Frankreich von der russischen Allianz Nutzen ziehen wolle, müßte es sich dem Willen Rußlands zu Dienst stellen. Dann aber würde Frankreich erst recht — um die Worte des Präsidenten zu brauchen — „une France diminuée" werden. Der „Manchester Guardian" erinnert darauf an das Wort Cannings, daß die englische Politik eine Politik der Neutralität sein müsse, — es gebe zwei Bedingungen dieser Neutralitätspolitik. Die erste wäre, den Franzosen die Versicherung zu geben, daß es Englands Interesse sei (und, wie er glaube, auch Frankreichs), zu einer Verständigung (agreement) mit Deutschland zu gelangen, und daß Englands Freundschaft mit Deutschland, wenn sie erreicht werden sollte, ebensowenig eine feindselige Front gegen Frankreich habe, wie die Freundschaft mit Frankreich gegen Deutschland. Die zweite Bedingung aber wäre, daß ebensowenig wie England von Frankreich verlange, daß es seine Interessen den englischen unterordne, Frankreich erwarten dürfe, die englische Politik in französische Bahnen zu lenken. England habe erkannt, daß sein alter Gegensatz gegen Frankreich ein

Fehler war, und habe nicht die Absicht, denselben Fehler jetzt Deutschland gegenüber zu wiederholen. Es sei nützlich, das mit voller Bestimmtheit auszusprechen.

Das alles ist vortrefflich, und wir hätten uns noch mehr gefreut, es aus dem Munde von Sir Edward Grey zu hören. Leider ist wenig Aussicht, daß französische Staatsmänner diese Argumentation verstehen. Die Ernennung Delcassés nach Petersburg kann dafür als Beweis dienen. Sie ist wahrscheinlich bestimmt, aus der russisch-französischen Defensivallianz eine Offensiv- und Defensivallianz zu machen. Was die französischen Blätter als Grund für die Abberufung Herrn George Louis' angeben, ist bewußte Unwahrheit. Die russische Regierung wünschte schon im Mai vorigen Jahres seine Abberufung, weil Herr Iswolski fand, daß er in Petersburg nicht energisch genug den offensiven Gedanken der Allianz vertrat. In Delcassé erwartete er einen Gesinnungsgenossen zu finden. Daher auch der Beifall der chauvinistischen Blätter Rußlands.

Eine Pariser Korrespondenz des „Manchester Guardian" vom 24. Februar, dessen Betrachtungen wir oben darlegten, behandelt die Frage Louis-Delcassé von anderm Ausgangspunkte aus, und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen: Bezeichnend wie die Ernennung von Delcassé, aber noch weit bedeutsamer, ist die Beseitigung von Louis. Sie zeigt, wie Iswolski die Politik Frankreichs leitet. Die Legende von Poincaré, die speziell in England so populär war, stellt ihren Helden als den „starken Mann" dar. Herr Poincaré ist ohne Zweifel ein Mann voller Ehrgeiz, keineswegs aber ein Mann von großer Entschlußfähigkeit und von Charakter, und die Politik Frankreichs während der Balkankrisis emaniert weit mehr aus der Rue Grenelle, in der Iswolski wohnt, als aus dem Quai d'Orsay.

Sonderbar, daß die glühenden Patrioten, die so viel von der Notwendigkeit reden, daß Frankreich stark sein müsse und unabhängig, allezeit bereit gewesen sind, sich einer auswärtigen Kontrolle unterzuordnen. In den jungen Tagen der russischen Allianz, den glücklichen Tagen von Felix Faure und Méline, war Frankreich tatsächlich in die Stellung einer russischen Dependenz hinabgesunken. Der russische Botschafter brauchte nur die Ausweisung eines Ausländers zu verlangen, so wurde sein Wunsch sofort erfüllt. Pariser Concierges standen in Diensten der russischen Geheimpolizei, unter Zustimmung der französischen Auto-

ritäten, und überreichten ihren Brotgebern die Korrespondenz der Mieter, denen sie erst nach erfolgter Öffnung pflichtschuldigst wieder zugestellt wurde. Wir sind nicht ganz in diese Zeit zurückgefallen, aber mit dem Wiederaufleben des Chauvinismus lebt auch der russische Einfluß wieder auf.

Es wäre müßig, zu bestreiten, daß die aggressiven Tendenzen, die Frankreich zeigt, die Lage beunruhigend machen; Herrn Poincarés Botschaft bestand nur aus den üblichen Gemeinplätzen dieser Gattung, aber sie schlug eine chauvinistische Note an und das militärische Programm wie die Besetzung der Petersburger Botschaft, dient dafür als Beleg. Die Wirkung dieser Tendenz auf die Börse war, daß die meisten Obligationen sanken und die französische Rente auf 8877 fiel; es wurde keinerlei Geschäft abgeschlossen. Die chauvinistische Propaganda der beiden letzten Jahre hat ihr Werk getan, und jedermann ist nervös. Aber es liegt kein Anlaß vor, die Lage zu pessimistisch zu beurteilen, denn die Nervosität ist grundlos, und man darf hoffen, daß nach nicht allzu langer Zeit der gesunde Verstand des französischen Volkes sich wieder aufrichten wird. Während der Balkankrisis ist die deutsche Regierung so friedfertig gewesen, als eine Regierung irgend sein konnte, und in betreff der militärischen Forderungen Deutschlands haben die französischen Chauvinisten sich bei sich selber zu bedanken, wie die „Droits de l'Homme" heute ausführen. Diese Gentlemen haben sich ungeheuer damit amüsiert, Elsaß und Lothringen auf der Bühne zurückzuerobern (drei Pariser Theater bringen täglich Stücke, die einen deutsch-französischen Krieg darstellen), und patriotischen Gesängen in den Konzerthäusern zu applaudieren; es ist zu bedauern, daß sie von hoher Stelle aus so lebhaft ermuntert worden sind."

Der blutige Ausgang der Revolution in Mexiko führt infolge des Verschwindens der Brüder Madero vielleicht zu einer Verständigung der einander bekämpfenden Parteien. Sicher aber ist das keineswegs und falls die Wirren sich erneuern sollten, könnte infolge der ungeheuren materiellen Interessen, welche die Vereinigten Staaten in Mexiko zu schützen haben, eine Intervention, auf die Präsident Taft jetzt zu verzichten erklärt hat, doch nicht zu umgehen sein.

In Japan ist nun doch der Genro es gewesen, aus dessen Schoß der neue Ministerpräsident Jamamoto und sein Kabinett hervorgegangen ist. Damit läßt sich hoffen, daß ruhigere Zeiten eintreten werden.

28. Februar 1913: Albanerkongreß in Triest.
2. März: Absetzung des griechischen Bürgermeisters von Rhodos.
4. März: Wilson tritt die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten an.

---

5. März 1913.

Es ist wohl an der Zeit, daran zu erinnern, daß ziemlich genau vor zehn Jahren, nämlich am 13. Februar 1903, als infolge der gemeinsamen Aktion Englands und Deutschlands in der Venezuelafrage sich ein wahrer Sturm in der englischen Presse gegen das Zusammenwirken beider Mächte erhob, Mr. Balfour mit bitterem Ernst auf die Gefahr dieses Treibens aufmerksam machte. Er schloß eine Rede, die nach Inhalt und Form noch heute Bewunderung verdient, damals mit den Worten:

„Was Venezuela betrifft, so geht das vorüber und unser Verhalten wird auch die schärfste Prüfung nicht fürchten, aber im Hinblick auf die Zukunft bin ich voll Unruhe, wenn ich denke, wie leicht es ist, das Feuer internationaler Eifersucht zu schüren, und wie schwer es fällt, es wieder zu löschen."

Das Jahrzehnt, das seither hingegangen ist, hat die Wahrheit dieses Satzes wahrlich bestätigt, und wenn wir heute hüben und drüben bemüht sind, alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um das Feuer dieser internationalen Eifersucht zu ersticken, verhehlen wir uns nicht, daß wir dem Ziel zwar nähergekommen sind, es aber noch nicht erreichen konnten. Erscheinungen, wie die im buchstäblichen Sinne des Wortes aus der Luft gegriffenen Befürchtungen, daß deutsche Luftschiffe in feindseliger Absicht über England schweben und die Sicherheit seiner friedlichen Bewohner gefährden, geben doch zu ernsten Bedenken Anlaß. Sie zeigen, daß eine plötzlich auftretende Erregung auch besonnenen Köpfen die Besinnung rauben, und sie zu unüberlegten Beschlüssen führen kann. Daß bei derartigen Halluzinationen der erste Gedanke zu einem heimtückischen Anschlag Deutschlands führt, ist das Bedenkliche

und Traurige, weil damit der Beweis erbracht ist, wie tief jene zehnjährige Verdächtigungskampagne in der Gedankenwelt des durchschnittlichen Engländers Wurzel gefaßt hat. Man fragt sich, wie lange sie noch nachwirken, und als Hindernis sich denjenigen in den Weg werfen wird, die sich die Aufgabe gestellt haben, der Einsicht Boden zu schaffen, daß die natürlichen Interessen beider, Deutschlands und Englands, dahin führen müßten, daß sie Hand in Hand, sich gegenseitig fördernd, an den großen Kulturaufgaben arbeiten, welche die Gegenwart ihnen stellt. Wenn einmal der Tag kommt, daß die deutsche Luftflotte, auf eine Einladung der englischen Regierung ihren Weg von Berlin nach London nimmt, nicht um kriegerische Manöver vorzuführen, sondern um der Welt zu beweisen, daß das unermeßliche Gebiet der Luft als ein neuer Weg der fortschreitenden Kultur erworben ist, dann werden wir auch glauben dürfen, daß der unsinnige Hader, der lähmend die beiden führenden Nationen germanischer Rasse voneinander fernhält, endgültig überwunden ist. Diesen Tag aber hoffen wir trotz allem noch zu erleben.

Der „Manchester Guardian", dessen gesunde politische Richtung wir je länger je mehr schätzen lernen, hat in Anlaß einer Anfrage, welche die „National Defence Association" in einem offenen Schreiben an Mr. Asquith richtet, darauf hingewiesen, daß die heute in England weit verbreitete Vorstellung, daß Englands militärische Aufrüstung den schwierigen Zeitverhältnissen nicht mehr entspreche, auf die große Wandlung zurückgeführt werden müsse, die sich in der Grundrichtung der englischen Politik seit den Tagen Salisburys vollzogen hat. Der „Verein für Nationalverteidigung" habe in jenem offenen Briefe hervorgehoben, „daß in den letzten Jahren steigende Verpflichtungen und Gefahren sich gehäuft hätten" („increased obligations and risks have been accumulating during the last few years"), und die „Times" kommentierte durch ihren militärischen Korrespondenten, Oberst Repington, diese Lage folgendermaßen:

„Wir haben zwischen zwei Politiken zu wählen. Entweder wir gehen mit einer Gruppe, unterstützen sie in Kriegs- und Friedenszeiten, und werden dafür von ihr unterstützt, oder wir stehen außerhalb aller Gruppierung und suchen unseren Vorteil bei einer Koalition. Wir können nicht zugleich beide Wege gehen. Wenn es bekannt wäre, oder auch nur geglaubt würde, daß England gegen seine Freunde in Kriegs-

zeiten falsch sein wird, so wäre die britische Staatskunst völlig entwaffnet; es ist aber Voraussetzung eines Gruppensystems, daß die Mächte, die eine Gruppe bilden, zu einander stehen."

Der „Manchester Guardian" ist mit dieser Fragestellung durchaus einverstanden. Die steigenden Verpflichtungen und Gefahren seien, vom Standpunkte der „Times" aus, Folgen der „ententes" mit Frankreich und Rußland. Weil Lord Salisburys „splendid isolation" aufgegeben sei, brauche England eine größere Armee; daraus folge, daß auf die obige Anfrage des „Vereins für Nationalverteidigung", nunmehr das „Cabinet Committee of Defence" feststellen müßte, „ob unsere „ententes" mit Frankreich und Rußland uns verpflichten, sie militärisch in Kriegszeiten zu unterstützen, und ob sie uns in neue Verpflichtungen und Gefahren geführt haben, die eine Vergrößerung unserer Armee notwendig machen. Das Ergebnis dieser Feststellung aber müßte dem Parlament und dem Lande vorgelegt werden." Gewiß, das wäre nicht nur für England, sondern für die gesamte Weltpolitik von größter Bedeutung und würde nach allen Richtungen eine Klärung der Gesamtlage nach sich ziehen, die, wie sich vorhersehen läßt, über Krieg und Frieden in der gegenwärtigen Weltkrisis entscheiden würde. Der „Manch. Guardian" faßt seine Überzeugung in betreff dieses Problems wie folgt zusammen:

„Die Verteidigung des Landes gegen eine Invasion ist Pflicht aller Bürger, und wenn es direkt bewiesen werden kann, daß der einzige Weg, auf dem sich das erreichen läßt, die Wehrpflicht oder doch die Ausbildungspflicht ist, so werden wir für die Wehrpflicht als für den einzigen Ausweg eintreten. Selbst wenn nicht erwiesen werden kann, daß die Wehrpflicht notwendig ist, müßten die Liberalen durchaus eine klarere Politik in betreff der Territorialmacht verfolgen und wir heißen die Anfrage willkommen, weil sie, wie wir meinen, die Liberalen davon überzeugen wird, daß ein passives Verteidigen des Prinzips der Freiwilligen nicht genügt und durch eine positive konstruktive Politik ergänzt werden muß. Aber das durchschlagende Motiv derjenigen, welche für die Wehrpflicht eintreten, ist nicht das Bedürfnis der Landesverteidigung, sondern das Bedürfnis einer gewissen auswärtigen Politik. Sie brauchen Wehrpflicht zu Hause im Interesse einer auswärtigen Politik, die nicht die der Liberalen, und, wie wir glauben, auch nicht die der liberalen Regierung ist. Wie kann das Land mit einer Politik

sympathisieren, die gegen sich selbst nicht aufrichtig ist. Was können die Liberalen anderes tun, als auf das Entschiedenste gegen Vorschläge zu opponieren, die, wie sie glauben, ihrem Vaterlande mit schwerem oder tödlichem Verderben drohen."

Diese Betrachtung ist von Wichtigkeit, weil sie, ohne ihn direkt zu nennen, doch denjenigen Punkt trifft, der zurzeit als für den Weltfrieden entscheidend angesehen werden muß. Es hängt allerdings alles daran, ob die Tripleentente einen Charakter angenommen hat, der England verpflichtet, an einem Kriege der „Gruppe" teilzunehmen. Ist das der Fall, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir in nicht allzu ferner Zukunft den Krieg der beiden „Gruppen" erleben; schon die bloße Möglichkeit des Mitwirkens von England macht ihn wahrscheinlich und hat den gewaltigen Anlauf zu neuen Rüstungen zur Folge gehabt, unter dessen Eindruck heute Europa steht. Das Zusammenstehen von England und Deutschland hat mehr als alles übrige dazu beigetragen, daß der Balkankrieg bisher nicht in eine weitergreifende Katastrophe ausmünden durfte, aber wir sehen nicht, daß die Kraft dieser Cooperation ad hoc, in ihren Wirkungen weiter reicht. Die gewaltigen Anstrengungen, die Deutschland heute macht, sind keine müßigen Improvisationen. Sie sind die Folge sehr genauer Kenntnis der Strömungen, welche heute die Politik unserer Nachbarn im Osten wie im Westen bestimmen, und über deren Feindseligkeit wir die Illusionen nicht teilen, auf die man in englischen Kreisen stößt, die uns wohlgesinnt sind. Sie lassen sich in die Formel „Deutsch-englisch-französische Freundschaft" zusammenfassen und rechnen nicht mit der Tatsache, daß die russisch-französische „Allianz" eine Kombination mit aggressiver Spitze ist, die sich ausdrücklich gegen uns richtet, und zwar so, daß sie die Franzosen nach Berlin und zur Gewinnung der 1870 verlorenen Gebiete führen soll, die Russen über Berlin nach Wien, zur „Befreiung" der österreichischen Slaven. Für erreichbar aber hält man das eine Ziel wie das andere nur, wenn England als tatsächlicher Bundesgenosse an diesem Kriege gegen Mitteleuropa teilnimmt.

So liegen die Dinge, wenn man sie des Schleiers der unaufrichtigen Phrasen entkleidet, die sie umhüllen. Deutschland, und wie wir zu wissen glauben, auch die ungeheuere Mehrheit der Engländer ist friedlich gesinnt. Handel und Industrie Englands, die selbst von einem Kriege, der ihren Schiffen und den Armeen Frankreichs und Rußlands den Sieg

bringen sollte, schwer geschädigt werden müssen, setzen ihren vollen Einfluß daran, sich von ihm fernzuhalten; aber solange sie keine unzweideutige Erklärung ihrer Regierung vor dem Parlament erhalten können, daß England unter allen Umständen neutral bleibt, besteht die Kriegsgefahr fort. Sie ist für den Augenblick vertagt, weil wir mit unserer Heeresverstärkung weit früher fertig sein werden, als jene — beseitigt wird sie erst sein, wenn Petersburg und Paris genötigt sind, sich zu sagen, daß das Foreign office mehr ist als eine Filiale der Sängerbrücke oder des Quay d'Orsay.

Daß in Petersburg eine zum Kriege treibende Partie an der Arbeit ist, unterliegt keinem Zweifel. Sie wird von den Großfürsten Peter und Nikolai Nikolajewitsch geführt, hat ihr Organ in der „Nowoje Wremja" und deren Zweigblättern, wird in den Slavenkomitees gepflegt und bekommt in Herrn Delcassé den Bundesgenossen, den sie sich lange gewünscht hat.

„In Europa", schreibt Herr Menschikow in seinem letzten Leitartikel, „haben wir durchaus mit keiner andern Macht abzurechnen, als mit Österreich, und in Asien nur mit China. Und deshalb werden wir früher oder später — Gott gebe in einem günstigen Augenblicke — mit diesen beiden Mächten Krieg führen müssen. Diese traurige Notwendigkeit muß man im Auge behalten und sich auf sie vorbereiten. Wenn die Gerüchte von der sich anbahnenden gleichzeitigen Demobilisierung Österreichs und Rußlands zutreffen sollten, so wird es nicht überflüssig sein, erstens mit großem Mißtrauen zu verfolgen, ob Österreich auch ausführt, was es verspricht, und zweitens zu erwägen, ob wir im Hinblick auf die chinesischen Provokationen gut tun, unsern Säbel an die Wand zu hängen. Man stelle sich vor, daß wir in Europa demobilisieren, China seine Truppen aus der Mandschurei zurückzuziehen genötigt wird, und dann plötzlich Österreich wieder mobilisiert. Es scheint mir vernünftiger, noch eine Zeitlang unter Waffen zu bleiben, die Balkankrise zu kraftvollem Abschluß zu bringen, und erst dann zu glauben, daß wir im fernen Osten mehr oder minder freie Hand haben."

Überhaupt ist es in der Presse dieser Richtung jetzt an der Tagesordnung, Österreich geringschätzig zu behandeln, „das durch Uneinigkeit im Innern zerklüftet ist, an nationalen Gegensätzen, ökonomischer Zerfahrenheit, finanziellem Zusammenbruch und militärischer Unfähigkeit leidet" („Nowoje Wremja" vom 27. Februar), während der russischen

Diplomatie „ein gewaltiges Reich von unerschöpflicher Lebenskraft, eine große Armee, die danach lechzt, ihren Ruhm wiederherzustellen, und die rückhaltlose Unterstützung zweier Großmächte zur Verfügung steht und dazu noch das heroische Bündnis der Balkanvölker". Natürlich mündet auch diese Betrachtung in Seitenhiebe auf die russische Diplomatie aus, die trotzdem mit Hilfe all dieser Herrlichkeiten nichts zu erreichen vermöge; aber es ist auch hier charakteristisch, mit welcher Sicherheit auf die Hilfe Englands gerechnet wird. Der „Golos Moskwy" aber berichtet unter der Spitzmarke: „Zusammenbruch der österreichischen Armee", daß massenhaft Ruthenen und Polen als Deserteure die russische Grenze überschreiten, weil sie die strenge Disziplin, schlechte Ernährung und die Tätlichkeiten in der mobilisierten österreichischen Armee nicht zu ertragen imstande sind. Es arbeitet eben alles auf dasselbe Ziel hin, und auch die lange Depesche, durch welche sich der „Temps" am 1. März die Bildung von drei neuen russischen Armeekorps melden ließ, trägt denselben Charakter: übertreibend und aufreizend.

Trotz alledem glauben wir behaupten zu dürfen, daß wir, wenngleich nicht auf lange, ruhigeren Zeiten entgegengehen. In Rußland will man in der Serie der Feierlichkeiten nicht gestört werden, die mit dem 300jährigen Jubiläum der Dynastie der Romanows verbunden sein wird. Auf dem Balkan ist die Sehnsucht nach Frieden allseitig. Die serbischen und bulgarischen Bauern wollen ihre Felder bestellen, alle, die Türken mit eingeschlossen, leiden unter einem Geldmangel, dem vor Abschluß des Krieges nicht abgeholfen werden kann. Der Nachwinter ist augenscheinlich kalt, die Wege sind für Menschen und Fuhrwerk fast unmöglich zu gebrauchen, die Bergströme sind gefährlich geworden und alle Verbindungen so sehr erschwert, daß die Versorgung der Truppen bedenklich darunter zu leiden hat. Wenn es dennoch bisher nicht gelungen ist, eine Verständigung zwischen der Türkei und ihren Gegnern herbeizuführen, liegt es wohl vornehmlich an der Forderung der Verbündeten auf Erstattung ihrer Kriegskosten. Sie werden sich darin finden müssen, darauf zu verzichten. Die weiten Gebiete, die ihnen zufallen, gelten als Ersatz.

Eine erfreuliche Erscheinung in Frankreich ist, daß die Pariser Geschworenen den Mut gefunden haben, vier der Automobilbanditen zum Tode zu verurteilen. Ein Gegenstück dazu ist die entschlossene Parteinahme der Engländer gegen den immer mehr an Wahnsinn

grenzenden Unfug der Suffragetten. Sie können keine Versammlungen mehr zustande bringen und die Urteilssprüche der englischen Richter werden immer härter. So läßt sich hoffen, daß auch diese Krankheit einer überreifen sozialen Entwicklung allmählich überwunden werden wird.

Am 4. März hat Präsident Wilson sein Amt im Weißen Hause zu Washington angetreten. Staatssekretär des Auswärtigen wird der Protagonist der demokratischen Partei Bryan.

Die Lage in China zeichnet ein Korrespondent des „Economist", der seit Jahren Land und Leute kennt, und zurzeit in Peking lebt, recht pessimistisch. Er meint, es werden noch Jahre hingehen, ehe die Verhältnisse des Augenblicks in gefestigte Zustände ausmünden, und schildert eingehend die Intrigen, welche sich so lange der Verwirklichung der 25-Millionen-Pfund-Anleihe entgegengestemmt haben. Die Verständigung wäre, dank dem einträchtigen Vorgehen der Vertreter Englands und Deutschlands schon vor geraumer Zeit perfekt geworden, wenn nicht im letzten Augenblick „on Franco-Russian grounds" der französische Gesandte sein Veto eingelegt hätte. Dort im fernen Osten glaubte man, daß Frankreich überhaupt kein Geld für China hergeben wolle, weil es sich mit einem großen Finanzunternehmen im nahen Orient trage, und wie man in deutschen Kreisen annahm, noch in diesem Jahr einen Angriff gegen Deutschland unternehmen wolle. So weit sind die Gerüchte von der kombinierten französisch-russischen Feindseligkeit gegen Deutschland gedrungen!

Die Wahlen zur chinesischen Nationalversammlung sind erfolgt, und es sind vornehmlich drei Aufgaben, welche diese Versammlung vor allem zu lösen haben wird: die Wahl des Präsidenten und die Bestimmung seiner Amtsgewalt; Definition der Beziehungen der Zentralgewalt zu den Provinzen; endlich Feststellung eines für das gesamte Reich geltenden Abgabensystems.

Was das erste betrifft, so hält jener Korrespondent, trotz zahlreicher Feinde, die Juan hat, für wahrscheinlich, daß die Wahl auf ihn und nicht auf den Kandidaten des Südens, Tong-Shao-Si, fällt; für eine möglichst große Autonomie der Provinzen treten Canton, Kiangsi und Ankin ein, dazu, wenn auch nicht in gleicher Entschiedenheit, Kukien und Hunan. Über das einzuführende Abgabensystem stehe noch nichts fest, jedenfalls sei nicht daran zu denken, daß die Anleihe von 25 Millionen den Bedürfnissen Chinas genügen werde.

6. März 1913: Dreihundertjahrfeier der Romanows.
Janina kapituliert vor dem griechischen Kronprinzen.
7. März: Vertagung des englischen Parlaments bis zum 10. März.
9. März: Tod des Fürsten Hermann zu Hohenlohe-Langenburg.
11. März: Österreich und Rußland verständigen sich auf Minderung der Grenztruppen.

---

12. März 1913.

Aus der Reihe der Gedenktage, die das Eintreten Preußens in den großen Kampf um die Befreiung des Vaterlandes kennzeichnen, hat Kaiser Wilhelm sinnigerweise den Geburtstag der Königin Luise, der ja zugleich Stiftungstag des eisernen Kreuzes ist, gewählt, um ihn zu dem Gedenktage zu erheben, an den die Erinnerung der gegenwärtigen Generation und kommender Geschlechter anknüpfen wird, wenn sie der großen Zeit gedenkt, die nach schweren Jahren der Fremdherrschaft und französischen Übermuts, der Freiheit eine Gasse brach und der kommenden Einigung Deutschlands das Fundament legte, auf dem der stolze Bau des Deutschen Reichs für alle Zeit errichtet werden sollte. Die Königin Luise hat den Glauben an die Stunde der Befreiung in heißem Herzen lebendig erhalten; die Frucht ihrer Tränen und ihrer Zuversicht ist das Erbe, das wir überkommen haben, ein Erbe, das ihr großer Sohn und seine Paladine, herrlicher als sie ahnen konnte, ausbauten, und das nun zu wahren und gegen alle Welt zu behaupten, unsere Aufgabe ist. Wir feiern den Tag in Zeiten einer politischen Schwüle, wie sie den Befreiungskriegen vorausgegangen ist, und die Forderungen, die heute an uns gerichtet werden, können sehr wohl dahin ausmünden, daß unsere gesamte Kraft darangesetzt werden muß, um dem von Ost und West drohenden Sturm siegreich die Stirn zu bieten. Daß wir mit dieser Möglichkeit, um nicht zu sagen Wahrscheinlichkeit, zu rechnen haben, kann heute nicht mehr zweifelhaft sein. In Frankreich ist der Gedanke der Revanche seit den Tagen Boulangers nie lebendiger gewesen als heute, in Rußland arbeitet eine Koterie gewissenloser Politiker daran,

der friedlichen Gesinnung des Zaren und seiner vornehmsten Berater, Kokowzew und Ssasonow, ihren Willen aufzunötigen und jenen Kampf zwischen Slaven und Germanen zu erzwingen, von dem ihre hochmütige Phantasie die endliche Zertrümmerung Deutschlands und Österreich-Ungarns erwartet, dank der Unterstützung Frankreichs und der Mithilfe Englands, auf die sie rechnen, als sei das Kriegsbündnis bereits zum Abschluß gelangt. Es ist der alte Traum, für den Bakunin bereits 1848 sich auf dem Kongreß der slavischen Revolutionäre in Prag begeisterte, und der seither in wechselnden Formen immer aufs neue lebendig wurde. Er lebt heute wie damals, und aus dem offiziellen und nichtoffiziellen Jubel, der das 300jährige Jubiläum der Romanows begleitet, klingt mißtönend der Ruf des Hasses hervor, der uns und dem österreichischen Nachbarn gilt und sich mit ausschweifenden Plänen verbindet, die einerseits auf den Besitz Konstantinopels gerichtet sind, anderseits die Beherrschung des fernen Ostens als selbstverständliches Ziel der russischen Politik ins Auge fassen. Man glaube nicht, daß hier mehr gesagt wird als der Wirklichkeit entspricht. Über die Richtung der französischen Gedanken ist man bei uns im allgemeinen leidlich unterrichtet. Das mindeste, was ihnen als notwendige Leistung unsererseits erforderlich scheint, ist ein Plebiszit in Elsaß-Lothringen, das, wie sie erwarten, sich für den Anschluß an Frankreich ausspricht — so schreibt Herr René Pinon in seinem Buch „l'Allemagne et la France". Noch patriotischere Köpfe denken an die Rheingrenze, alle aber sind darin einig, daß nichts geschehen dürfe, was als eine Anerkennung des Frankfurter Friedens betrachtet werden könnte.

Daß der Lothringer Poincaré in diesen Gedanken lebt, kann kaum bezweifelt werden, nachdem er Herrn Delcassé als Botschafter nach Petersburg geschickt hat, der zu der allgemeinen Revanche noch eine persönliche zu nehmen hat, ganz wie Herr Iswolski, den, als er noch in Petersburg die auswärtige Politik Rußlands leitete, die Partei der Kadetten als ihren Mann in Anspruch nahm. Wir wissen auch, daß es in Frankreich eine Reihe von Politikern gibt, die aufrichtig einen wirklichen Frieden mit Deutschland wünschen. Aber gerade diese Männer sind tatsächlich ohne Einfluß und genötigt, mit ihren Ansichten vor der Öffentlichkeit zurückzuhalten. Man mag es bedauern, aber es ist eine Tatsache, und wenn wir unser Urteil über die Richtung der auswärtigen Politik Frankreichs zusammenfassen sollen, scheint uns sicher, daß die

heute regierenden Kreise entschlossen sind, sich unter allen Umständen jeder Kombination anzuschließen, die eine gegen Deutschland gerichtete Spitze hat und Aussicht auf den Revanchekrieg bietet. Auch das ist sicher, daß sie dabei auf die Unterstützung Englands rechnen. Es ist ohne jede Wirkung geblieben, daß der „Manchester Guardian" in einem vom 4. März datierten Leitartikel erklärte:

„Der schlimmste Dienst, den wir Frankreich leisten könnten, wäre, Hoffnungen zu unterstützen, die sich nicht verwirklichen werden, daß nämlich Frankreich auf aktive englische Hilfe in seinen Streitigkeiten mit Deutschland rechnen kann, gleichviel ob sie gerecht oder ungerecht sind. Wir werden gerade genug damit zu tun haben, unsere eignen Interessen zu verteidigen, ohne uns um Nervenkrankheiten des europäischen Gleichgewichts zu kümmern." („To encourage her (France) in hopes, which will not be realised.")

Das hindert aber den „Temps" nicht, am 10. März zu erklären, „si une guerre générale éclatait, ce sont les forces solidaires des deux alliances qu'il faudrait considérer". Er weiß es eben besser, und der Besuch von Churchill in Toulon und Paris scheint ihn noch weiter in seiner Zuversicht bestärkt zu haben. Auch hierin gehen „Temps" und „Nowoje Wremja" brüderlich Hand in Hand.

Während diese Zeilen geschrieben wurden, ist das englische Parlament mit einer Thronrede König Georgs eröffnet worden, an die sich eine Debatte knüpfte, die der Führer der Opposition, Bonar Law, eröffnete und die eine Erklärung des Premierministers Asquith über die Lage der auswärtigen Politik, speziell soweit die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel mitspielen, zur Folge hatte. Der Gesamteindruck, den wir davon gewonnen haben, ist ein entschieden erfreulicher. Der Abschnitt der Thronrede, der die Beziehungen Englands zu den fremden Mächten formuliert, stammt wohl bestimmt aus der Feder von Sir Edward Grey. Er ist, ebenso wie die Rede des Premierministers, optimistisch, läßt aber keinen Zweifel darüber, daß immer noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Weit eingehender war die Rede von Mr. Asquith, die, wie alle Äußerungen dieses hervorragenden Staatsmannes, an Klarheit nichts zu wünschen übrigließ, wenngleich die in Fluß begriffenen Ereignisse seiner Offenheit Schranken setzen mußten. Es wird, nachdem der Wortlaut dieser Rede veröffentlicht ist, genügen, die für die prinzipielle Stellung Englands bedeutsamen Er-

klärungen nochmals zu unterstreichen. Asquith erklärte, daß die politische Gruppierung der Mächte dieselbe geblieben sei und daß England an der Entente mit Frankreich und Rußland festhalte und auch ferner festhalten werde. Das haben alle Kenner der politischen Weltlage nicht anders erwarten können, und es war eine erfreuliche Zutat zu dieser Erklärung, daß der Minister hervorhob, daß das Zusammenarbeiten Englands und Deutschlands auf dem Boden des orientalischen Problems gegenseitiges Vertrauen hervorgerufen habe, das, wie er unter dem Beifall des Hauses (dem wir uns herzlich anschließen) sagte, „zwischen den beiden großen Nationen andauern" werde. Er knüpfte daran Worte sehr warmer Anerkennung für Sir Edward Grey, die wir uns gleichfalls aneignen möchten, und die durchaus mit den Eindrücken übereinstimmen, die, soweit wir erfahren konnten, in den leitenden Kreisen Deutschlands vorherrschen. Dagegen können wir uns der Ansicht nicht anschließen, die der Minister über die zusehends herzlicher gewordenen Beziehungen zwischen den Gruppen (Tripleentente und Dreibund) machte. Das kann nur, und auch nicht ohne Einschränkung, von den Beziehungen gelten, die offiziell von Regierung zu Regierung gehen. Zusehends herzlicher sind im Volksempfinden die Beziehungen zu England geworden, in Frankreich hat die Animosität gegen Deutschland nicht abgenommen, sondern zugenommen, und von „Herzlichkeit" kann ebensowenig die Rede sein, wie von den Empfindungen, welche die öffentliche Meinung Rußlands in erster Linie Österreich, in zweiter uns gegenüber hegt. Die Tatsache, daß Deutschland, in seiner Stellung zwischen Rußland und Frankreich, sich genötigt gesehen hat, seine militärische Aufrüstung erheblich zu verstärken, kann als Beweis dafür dienen, daß unsere Regierung mit diesen Stimmungs- und Gesinnungsfaktoren als mit realen Tatsachen rechnet, und daß es sich nicht um Maßregeln handelt, die gegen eingebildete Gefahren gerichtet sind.

Es wird wichtig sein, zu verfolgen, welchen Eindruck die Rede von Asquith in Paris, Petersburg und Moskau machen wird, speziell die Erklärung des Ministers, „daß es nicht wahr sei, daß England unter der Verpflichtung stehe, eine bedeutende bewaffnete Macht zur Vornahme von Operationen nach Europa zu entsenden". Irren wir nicht, so wird daraus der Schluß gezogen werden, daß da der Minister nicht den gleichen Vorbehalt in betreff der Flotte gemacht habe, Ruß-

land und Frankreich im Kriegsfall auf diese rechnen können, und darauf allein kommt es ihnen an.

Wie die Stimmung in diesen Kreisen ist, hat eine Versammlung der Aktionäre der „Nowoje Wremja" gezeigt, die am 3. März in Petersburg stattfand. Es handelte sich darum, festzustellen, welche Richtung das Blatt in der auswärtigen Politik einhalten solle. Für eine kriegerische Haltung traten die folgenden Herren ein: Alexander Stolypin, der Bruder des ermordeten Ministerpräsidenten, der Leitartikler der „Nowoje Wremja", Jegorow, der Dumaabgeordnete Schubinsky und, sehr nachdrücklich, der ehemalige Führer der Oktobristen, Gutschkow. Für eine gemäßigtere Haltung sprach dagegen Menschikow. Gutschkow hat auch kürzlich im politischen Klub eine kriegerische Rede gehalten. Bestimmend sind für ihn sehr starke patriotische Impulse und eine verzehrende Lust an Abenteuern, die er vor Jahren durch seine Teilnahme am Burenkriege betätigte, den er im Lager der Buren mitmachte. Nachdem er bei den Wahlen zur vierten Duma durchgefallen ist und damit politisch ausgespielt hat, stürzt er sich jetzt mit besonderem Eifer in den kriegerischen Patriotismus. Ist nun auch sein persönlicher Anhang nicht zahlreich, so läßt sich doch vorhersehen, daß seine außerordentliche Energie ihn zu einem treibenden Faktor machen wird. Diese chauvinistische Richtung gewinnt stetig an Boden unter den Oktobristen und es ist gewiß ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß Stolypin es wagen durfte, dem Minister des Auswärtigen, Sjasonow, in sehr derben Ausdrücken zu erklären, daß „die Diplomaten machen und sagen könnten, was ihnen beliebe, Rußland werde ihre Politik nicht zulassen."

Menschikows journalistischer Ehrgeiz geht dahin, in den Spalten der „Nowoje Wremja" selbständige Politik zu machen. Daher seine relative Friedfertigkeit, welche die Parole ausgibt, sich zunächst auf Österreich zu konzentrieren und Deutschland zu schonen. Deutschland werde Österreich gar nicht energisch unterstützen, die habsburgische Monarchie aber sei militärisch, politisch und finanziell bankerott. Man hört wieder das Schlagwort, das vor dem japanischen Kriege ausgegeben wurde: Wir werden sie mit unseren Mützen zudecken! Das ist die Stimmung, die namentlich in den Kreisen der Gardeoffiziere zu finden ist.

Die Verhandlungen der Konferenz der Aktionäre haben dann

sofort ihr Echo in der Presse gefunden. Der „Golos Moskwy" leitartikelt über „das kleinlaut gewordene Deutschland" und über den Zusammenbruch Österreichs.

„Deutschland", so heißt es in dem ersten dieser Artikel, „beginnt zu erkennen, daß es isoliert ist, erdrückt von kolossalen Abgaben, bewaffnet bis zu den Zähnen, aber ohne Bundesgenossen und von Nachbarn umgeben, die infolge der provozierenden deutschen Politik, sich sehr mißtrauisch zeigen. Die Stellung Deutschlands wird noch dadurch erschwert, daß Deutschland arm an barem Kapital ist, daß Handel und Industrie daher von russischen und französischen Depots in den deutschen Banken abhänge und dabei drohe die Armeereform dem Volke neue unerschwingliche Lasten aufzulegen."

Es sei daher kein Wunder, daß in der Presse und in der Gesellschaft immer häufiger Stimmen gegen das Bündnis mit Österreich auftreten, von dem nur Österreich Vorteil habe.

„Es wird nur kurze Zeit hingehen — und dann hört man wahrscheinlich in den hiesigen offiziösen Kreisen wiederum die süßen Reden von der „traditionellen russisch-deutschen Freundschaft"."

Herr Menschikow vergleicht die jetzige Lage Rußlands mit der zu Anfang des 17. Jahrhunderts beim Aufkommen der Romanows. Die Rolle Polens, das damals der gefährlichste Feind Moskaus war, habe Österreich-Ungarn übernommen, die der Schweden — Deutschland, und die des Khans der Krim China und Japan. Er hofft, daß im Laufe der Zeit das neue Rußland mit Deutschen und Mongolen ebenso aufräumen werde, wie die Romanows es mit Schweden, Polen und Tataren der Krim getan haben. Bei aller Friedensliebe Rußlands glaube er aber nicht, daß ein Krieg mit Österreich und mit China sich vermeiden lasse.

„Wie der erste Zar der Romanows den Polen Weiß-Rußland und Klein-Rußland entreißen mußte, so werden unsere Nachkommen den Österreichern Rot-Rußland, das Erbe des Hlg. Wladimir, entreißen müssen, das noch immer in österreichischer Gefangenschaft schmachtet. Man kann große historische Aufgaben langsam lösen, man darf sie aber nicht vergessen. Ob der Krieg mit Österreich in diesem Sommer ausbricht, oder 1915, oder vielleicht 1925 — immer müssen wir uns für den großen Zweikampf (?) vorbereiten mit dem ganz bestimmten Ziel — zu siegen."

Während so Menschikow sein „gemäßigtes" Programm darlegt, faßt Herr Jegorow den Stier an den Hörnern. Er verlangt, unter bitteren Vorwürfen gegen die unfähige russische Diplomatie, daß der jetzige, unvergleichlich günstige Augenblick benutzt werde, und Rußland sich Konstantinopels und der Dardanellen bemächtige; in einem andern Artikel eifert er dagegen, daß Rußland sich mit Österreich über eine Demobilisierung verständigen wolle.

Damit haben unsere Leser Proben der Stimmung, die in den leider sehr einflußreichen Kreisen der russischen Nationalisten vorherrscht. Es geht bereits das Gerücht, daß die Stellung von Kokowzew und Ssasonow erschüttert sei, und gleichzeitig wird eine angebliche Äußerung des Zaren kolportiert, der gesagt haben soll, er wünsche wohl den Frieden zu erhalten, aber seine Wünsche gingen meist nicht in Erfüllung.

Überhaupt sind die Untertöne, die aus dem Jubel der Romanowfeier zu uns herübertönen, nichts weniger als erfreulich. Die Amnestie befriedigt offenbar nicht. Es waren sehr viel weitergehende Befreiungen von Strafen für politische Verbrecher erwartet worden, das Gnadenmanifest gewährt aber nur Strafmilderungen und wird, wie die Organe der Opposition behaupten, noch dazu parteiisch ausgelegt. In Petersburg haben am 5. März Umzüge von Arbeitern mit roten Fahnen unter Absingung revolutionärer Lieder stattgefunden. Aus Charkow wird vom 8. März gemeldet, daß massenhafte Haussuchungen bei Arbeitern und „Intelligenten" stattgefunden hätten, um den Vorbereitungen für einen Kongreß der Delegierten südrussischer Arbeiterorganisationen auf die Spur zu kommen.

Nebenher geht eine reaktionäre Strömung, die von dem Bischof Nikon in einer Zuschrift an den „Kolokol" „über eine würdige Romanowfeier" dahin zusammengefaßt wird, daß das russische Volk und vor allem die sogenannte Intelligenz noch lange nicht reif seien für die Freiheiten, die ihnen verliehen wurden. Das Steuer des russischen Lebens sei nach rechts und zurückzuwenden. Fort mit den Freiheiten! Ein Fest werde es für Rußland sein, wenn es befreit werde „von diesem verfluchten undurchdringlichen Nebel, diesem echten Freimaurerliberalismus, diesen lügnerischen Freiheiten, die das Volk unter die Knechtschaft der Juden bringen, von all diesen Hirngespinsten der Juden und ihren das Vaterland verratenden Mitläufern..." Es ist aber zu be-

denken, daß unter diesen erregten Phrasen die Beseitigung der geltenden Verfassung zu verstehen ist, und die Aufhebung der Gewissensfreiheit, die ohnehin eng genug begrenzt worden ist, seit alle nichtgriechisch-orthodoxen Konfessionen offiziell nur noch als geduldete Kirchen gelten. Unzweifelhaft aber würde der Versuch, die Gedanken Nikons ins Leben zu führen, eine neue Revolution in Rußland zur Folge haben, und die könnte leicht gefährlicher und blutiger werden als die erste gewesen ist.

So kommen wir denn zum Schluß, daß jene Dreihundertjahrfeier der Dynastie, nach außen wie nach innen, unter wenig erfreulichen Auspizien vor sich geht. Man wird den Ausgang abwarten müssen, um die Folgen zu übersehen. Zunächst will uns scheinen, daß dank der einhelligen Bemühungen der Diplomatie der Großmächte Aussicht vorhanden ist, daß das politische Gewitter, das im Orient aufstieg, sich wieder verzieht. Aber es ist keineswegs ausgeschlossen, daß es sich wieder an anderer Stelle zusammenballt, und dann mit Blitz und Donnerschlag niedergeht.

Von den Differenzen über die Lösung des Balkanproblems ist noch keine endgültig gelöst. Die Wahrscheinlichkeit spricht für ein griechisches Saloniki, ein albanisches Skutari, ein bulgarisches Adrianopel und ein serbisches Ipek. Janina haben die Griechen durch einen Sturmangriff, der sowohl ihrer Tapferkeit, wie der Umsicht ihrer Führung zur Ehre gereicht, für sich erobert. Korfu ist ihnen bereits zugefallen, so daß jetzt in der Tat ein politisch lebensfähiges Griechenland Wirklichkeit wird. Was man danach den Griechen wünschen muß, ist eine Minderung des Parteihaders, den die radikale Verfassung des Landes systematisch großgezogen hat. Vielleicht wird einmal Held Constantin der Mann sein, die Zügel schärfer anzuziehen und dem Lande eine Regierung zu geben, die zugleich stark und gerecht ist und die Grenzen zwischen Zügellosigkeit und Freiheit aufrechtzuerhalten vermag.

In Konstantinopel sieht es traurig aus. Die Schäden eines niedergehenden Regiments machen sich nach allen Seiten hin geltend. Ihnen gegenüber bleibt die Tapferkeit der Soldaten und der Festungskommandanten machtlos. Ihr Schicksal kann bereits als besiegelt gelten. Der Druck von außen macht sich, wie wir gleich zu Anfang vorhersahen, bereits geltend. In der persischen Grenzfrage, in der das Recht, so weit

wir sehen, ganz auf türkischer Seite war, müssen sie wieder einem kombiniert englisch-russischen Druck nachgeben. Es scheint auch, daß die Russen bereits in Kleinasien der Konzessionen für strategische Bahnen sicher sind, welche die Türkei ihnen bisher immer versagte. Es werden noch viele andere Forderungen folgen, welche die Türkei ebenfalls nicht zu verweigern imstande sein wird. Sie hat den heroischen Entschluß nicht finden können, sich auf Vorderasien zurückzuziehen, und muß nun die Folgen der Schwäche ihrer europäischen Stellung tragen. In Konia oder Damaskus wäre sie stärker gewesen als in Stambul.

Die Thronrede hat auch das Attentat berührt, das den Vizekönig von Indien, Lord Hardinge, am 23. Dezember vorigen Jahres betroffen hat und dabei der zahlreichen Ergebenheitskundgebungen gedacht, die aus Indien dem Könige zugegangen sind. Leider mehren sich jedoch die Anzeichen, daß die nationale Bewegung der Hindus einen anarchischen und terroristischen Charakter anzunehmen beginnt. Die in Bombay erscheinende „Times of India" berichtet von einer Reihe von Morden, die im neuen Jahre stattgefunden haben, und wie es scheint, meist gegen Polizeibeamte gerichtet waren. Der Gouverneur von Ostbengalen hat es für notwendig befunden, mit seinem Rat (Governor in Council) über entsprechende Schutzmaßregeln in Erwägung zu treten. Diese revolutionären Organisationen haben offenbar ihre Zentren im Auslande. Die an der Universität von Kalifornien, Berkeley, erscheinende Zeitung „Braß Packs" berichtet über eine Sitzung der „Young India Association" vom 25. Januar, auf der Professor Henry Morse Stephens, der die indische Unabhängigkeitsbewegung fördert, eine Rede hielt, die mit der ernsten Mahnung schloß, „daß Unabhängigkeit niemals durch Anarchie und Bombenwerfen errungen werden könne". Dagegen erhoben sich laute Proteste der Hindus, die für die Methoden eintreten, die der Redner verurteilte, und sich damit als Anhänger terroristischer Gewalttaten bekannten. Die „Braß Packs" ziehen daraus mit Recht den Schluß, daß für Vereinigungen wie die „Hindu National Association" kein Raum in einer amerikanischen Universität sei. Professor Morse Stephens ist Historiker, und da die Universität an B. Ide Wheeler ihren Präsidenten hat, kann kein Zweifel sein, daß diesem Unfug der Hindus ein Ende gemacht wird.

---

13. März 1913: Wiederausbruch der Revolution in Mexiko.
15. März: Die Griechen besetzen Samos.
18. März: Die Griechen besetzen Valona.

---

19. März 1913.

Wir freuen uns, einmal auf eine sehr beachtenswerte russische Stimme hinweisen zu können, welche die Frage der russisch-deutschen Beziehungen unparteiisch und vom historischen Boden der hinter uns liegenden Tatsachen ausgehend behandelt, um die auch bei uns häufig aufgeworfene Frage zu beantworten, was denn die eigentliche Ursache der in Rußland gegen das Deutsche Reich und die Deutschen ohne Zweifel vorhandene Animosität sei. In der historischen Zeitschrift „Istoritscheski Westnik" hat Herr M. W. Stanislawski unter dem Titel: „Rußland und Deutschland 1862—1912" eine Studie veröffentlicht, die diesem Problem gewidmet ist, dem sich eine politische Aktualität gewiß nicht absprechen läßt. Der Verfasser, der als Kind, d. h. vor 52 Jahren, in Deutschland gelebt und in unserer Mitte 23 Jahre verbracht hat, ist seither aber fast ohne Unterbrechung in Rußland geblieben. Er erinnert daran, wie man in der Periode, die der Einigung Deutschlands vorherging, in Rußland gewohnt war, den deutschen Nachbar als eine quantité négligeable zu betrachten. Dem Durchschnittsrussen habe der Deutsche als dumm, stumpfsinnig und geizig gegolten, die Deutschen, die nach Rußland kamen, waren ihm Hungerleider, die sich an dem reich besetzten, russischen Tisch sattessen wollten. Die Deutschen dagegen zuckten die Achseln über die Verderbtheit und Lasterhaftigkeit der russischen Bevölkerung bis in ihre Spitzen hinein. Nach 1866 sei die Geringschätzung zwar geschwunden, aber sie habe sich, seit am 4. September 1870 in Paris die Republik proklamiert wurde und Deutschland trotzdem den Krieg fortsetzte, in Haß verwandelt, der alles umfaßte, was in Rußland den liberalen und radikalnihilistischen Kreisen angehörte. Man sah in dem Kriege Deutschlands gegen das republikanische Frankreich „ein qualifiziertes Attentat gegen

die Heiligtümer der gesamten Menschheit". Die Presse verlangte einstimmig ein Eintreten Rußlands zugunsten Frankreichs, und konnte es dem Kaiser Alexander II., der doch durch die Bauernbefreiung von 1861 sich ein unsterbliches Verdienst um Rußland erworben hatte, niemals verzeihen, daß er damals nicht ihre Wege gegangen ist. Der Ausgang des Berliner Kongresses hatte dann eine zweite Eruption des deutschfeindlichen russischen Patriotismus zur Folge, aber — sagt Stanislawski — „wer weiß denn nicht, wie zweifelhaften Charakters der damalige Patriotismus der Mehrzahl der Russen war. Gewiß, die Erbitterung über die Deutschen war groß, das ist richtig, aber sie war vor dem Berliner Kongreß fast noch heftiger. Sie kristallisierte sich um die dem gesamten radikalen Europa verhaßte monumentale Figur Bismarcks, den man in Rußland sich bemühte, als einen von der gesamten zivilisierten Welt verachteten preußischen Araktschejew darzustellen". Die vergötterten Idole der Petersburger Salons wie aller Wirtshausbesucher waren damals: Leon Gambetta, Jules Favre, Henri Rochefort und die übrigen Revolutionäre zweiten Grades aller Länder und Völker, während man gegen Bismarck den lächerlichen Vorwurf erhob, daß er der böse Dämon sei, der Alexander II. in die Bahnen absolutistischen Regiments zurückzuführen bemüht sei. Am höchsten stieg die Feindschaft gegen Deutschland in den achtziger Jahren. Alles Unheil, jeder plötzliche Tod bekannter Politiker, wurde hinterlistigen Anschlägen Bismarcks zugeschrieben, und da sich damit die Theorie von der quantité négligeable des Nachbars jenseits des Niemen nicht kombinieren ließ, fand man — wie Stanislawski ausführt — eine neue Formel: Man strich Deutschland aus der Reihe der Kulturstaaten. Als 1887 Déroulède in Petersburg weilte, wurde z. B. die Frage aufgeworfen: Was haben sie der Welt gegeben? Und der Chor der Tagesblätter antwortete: Absolut gar nichts! Was aber brachten sie speziell Rußland? Und die einmütige Antwort lautet: Nur Schaden! Durch welche nützlichen Erfindungen haben sie sich unsterblich gemacht? „Sie haben das Faustrecht und die Erbswurst erfunden!"

Stanislawski bemerkt dazu, er erfinde und übertreibe nichts, es sei eine Photographie der Wirklichkeit, die er bringe, das, was er gehört und gesehen habe! Jeder, der diese Zeiten in Rußland miterlebt hat, kann ihm das bestätigen. In den Tagen der Verbrüderung zu Kronstadt, Toulon und Paris steigerte man sich in Rußland bis zur völligen Ne-

gierung der deutschen Wissenschaft, Kunst und Literatur, es gäbe nichts mehr, was man in Rußland von ihnen lernen könne.

Völlig lächerlich erschienen Äußerungen des deutschen Patriotismus. Man folgte dabei dem von Frankreich gegebenen Beispiel. Seit die Operette „Le petit Faust" in Paris stürmischen Beifall fand, wurde „le faterland" ein geflügeltes Wort, das in Rußland begierig aufgenommen und das Ziel unzähliger Späße wurde, während gleichzeitig die „Patrie française" und der „Patriot" Déroulède Gegenstand staunender Bewunderung waren. Stanislawski entwirft darauf ein Bild der Eindrücke, die er nach 25jähriger Abwesenheit in Deutschland gewonnen habe, und wir haben allen Grund, mit seiner, für russische Leser bestimmten Darstellung zufrieden zu sein. Sie ist bis auf einzelne Irrtümer sehr treffend. Mit dem Bilde, das er sich von der politischen Weltlage macht, wollen wir nicht rechten. Er vertritt die Ansicht, daß Deutschland nur einen natürlichen Feind habe, und das sei England; unsere Leser wissen, daß wir ganz anderer Ansicht sind. Aber es läßt sich nur wünschen, daß Herrn Stanislawskis Ausführungen in Rußland Eindruck machen, was leider keineswegs wahrscheinlich ist. Gerade in den letzten acht Tagen hat die „Nowoje Wremja" wahre Orgien ihrer Feindseligkeit gefeiert, und wir haben alle Ursache, anzunehmen, daß ihr Einfluß und die Zahl ihrer Anhänger im Wachsen ist. Die gegen den Minister des Auswärtigen, Ssasonow, gerichteten Angriffe dauern unentwegt fort und bewegen sich in der unsern Lesern bekannten Richtung, d. h. man wirft ihm die Preisgebung der Interessen der Südslaven vor, für die er bekanntlich mit größerer Hartnäckigkeit eintritt, als dem Frieden auf der Balkanhalbinsel förderlich ist, so daß man sich dem Eindruck nicht entziehen kann, daß die wütenden Deklamationen der Petersburger und Moskauer Presse ihn weiter vordrängen, als seiner ruhigen staatsmännischen Einsicht entspricht. Mit diesen Angriffen auf Ssasonow verbindet sich ein immer heftiger werdender Vorstoß gegen den Ministerpräsidenten Kokowzew, wobei sich die „Nowoje Wremja" mit den Organen der Rechten zusammenfindet. Das Bedenkliche dabei ist, daß, wenn man Herrn Menschikow Glauben schenken darf, diese Aktion von zwei Ministern, den Herren N. A. Maklakow und A. Kriwoschein, unterstützt wird. Neuerdings wird dazu geflissentlich das Gerücht verbreitet, daß Graf Witte im Begriff sei, wieder an die Spitze der Reichspolitik gestellt zu werden. Das wäre ein böses Symptom

hoch hinaufreichender Intriguen, die in das Gebiet der inneren Politik hinüberspielen, das eine kaum minder kritische Lage zeigt als das der auswärtigen Politik, und in höchst charakteristischer Weise in diese hineingreift.

Wir denken dabei an den Verlauf des 300-Jahrjubiläums der Dynastie oder vielmehr an das Jubiläum der vor 300 Jahren auf den Thron erhobenen Dynastie der Romanows. Die Festtage, so wie sie sich in Petersburg unter ganz ungewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln abgespielt haben, trugen mehr den Charakter eines Parteifestes als den eines Volksfestes. Das mag notwendig gewesen sein, aber es ist traurig, wenn es wirklich notwendig war. Jedenfalls regen sich die Elemente, die man zu fürchten Anlaß hat. Die zahlreichen, durch das ganze Reich gehenden Verhaftungen, die jedoch meist von kurzer Dauer waren, zeugen von der Sorge der Polizei und die schon vor der Ermordung Stolypins aufgeworfene Frage: quis custodiet custodes? wird wiederum laut. In Livland sind zehn Anarchisten verhaftet worden, bei denen Explosivgeschosse und verbotene Literatur gefunden wurde („Golos Moskwy" vom 14. März), das Kiewer „Eisenbahnpanama" hat ungeheuere Dimensionen angenommen und wieder einmal gezeigt, daß es gewisse sittliche Krankheiten in Rußland gibt, die nicht auszurotten sind.

Eine Not, die aber in ganz Rußland schwer empfunden wird, ist die wachsende Zahl und die steigende Frechheit der Landstreicher. Die „Nowoje Wremja" vom 18. März entwirft davon das folgende Bild:

„In den größten Zentren wird noch von der Polizei einige Aufsicht über sie geübt. Auf dem Lande aber ist die Bevölkerung wehrlos der Plünderung durch die Landstreicher (Hooligans sagt man in Rußland) preisgegeben. Es gibt dort keinerlei Polizei. Der geringste Ärger veranlaßt die Landstreicher, Korn, Heu, Stroh, die Häuser niederzubrennen, sie greifen zum Messer aus bloßem Übermut und Raufluft. Ganz Rußland stöhnt und wird von dieser Hefe des Volkes terrorisiert. Ihr Beispiel ist aber ansteckend. Die jungen Leute, welche sehen, daß die Frechheit der Landstreicher ganz unbestraft bleibt, geben sich der Zügellosigkeit und dem Nichtstun hin. Messer, Feuer, Schwefelsäure — das sind die Werkzeuge ihrer Ausschreitungen. Das Gesetz stellt diesen Herren keine Schranken. Sie werden von den Geschworenen freigesprochen und wenn zufällig einer schuldig befunden wird, so erwartet

ihn keine schwere Strafe, sondern das humane russische Gefängnis mit seiner erhöhten Beköstigung und mit der rührenden Fürsorge für seine Gesundheit. Viele Semstwos verlangen Körperstrafen für diese Zerstörer der gesellschaftlichen Ordnung und Sicherheit, denn man glaubt mit Recht, daß sie nur durch Furcht in gesetzlichen Schranken erhalten werden können. Dazu entschließen sich aber weder Duma noch Regierung..."

Die Amnestie, deren Formulierung über den Kopf des Ministerpräsidenten erfolgte, hat gerade zahlreiche Gefangene dieser Kategorie wieder der Freiheit zurückgegeben und damit diese Landplage zeitweilig gesteigert; erst neue Ausschreitungen, die zu neuen Verhaftungen führen, können die Sicherheit einigermaßen wieder herstellen.

Eine andere, die öffentliche Meinung Rußlands erregende Frage, die jedoch bereits in das Feld der auswärtigen Politik hineingreift, ist die polnische. Daß man wegen der nationalen Bewegung in Russisch-Polen und in Litauen, sowie in der Ukraine Besorgnisse hegt, ist nicht zu bezweifeln. Auch kommen die Gegensätze in der Presse zu recht scharfem Ausdruck; sie milderten sich jedoch infolge der antisemitischen Wendung, welche der polnische Nationalismus annahm, weil er in diesem Punkt sich mit dem russischen Nationalismus begegnete. Aber außerhalb des Königreichs Polen geht die Regierung sehr scharf gegen das Polentum vor; so ist noch jüngst im Gouvernement Minsk eine geheime polnische Schule aufgehoben worden, und der Besitzer des Hauses, in dem der Unterricht stattfand, sowie die Eltern der Schüler sind zur Rechenschaft gezogen worden, während der Lehrer es vorzog, flüchtig zu werden; in den ukrainischen Buchhandlungen aber sind sämtliche von dem unierten Bischof geweihten Christus- und Marienbilder konfisziert worden. Das entspricht zwar Tendenzen, die bis in die Tage Nikolaus I. zurückgehen, steht aber im Zusammenhang mit angeblichen Plänen einer Wiederherstellung Polens, mit der Konzentrierung österreichischer Truppen in Galizien und mit der Agitation, die von Rußland aus mit Beschuldigungen gegen die galizischen Polen vorgeht, weil sie — um mit der „Nowoje Wremja" zu reden — das unschuldige galizisch-russische Volk verfolgen und terrorisieren. Das ist auch nach der zwischen der russischen und österreichischen Regierung abgeschlossenen Vereinbarung über eine Demobilisierung an den galizischen Grenzen nicht besser geworden. Während die russische Presse bisher die Aufstellung Öster-

reichs in Galizien als eine furchtbare, die Sicherheit des Reiches bedrohende Gefahr darstellte, heißt es heute: in Galizien hätte die österreichische Regierung so viele Truppen aufstellen können als ihr irgend beliebte, da sie für niemanden furchtbar oder gefährlich gewesen wären. Sie hätten nur die Bedeutung einer Vogelscheuche, nicht einer Gefahr gehabt. In Wirklichkeit habe Rußland nichts anderes getan, als Österreich von der Notwendigkeit befreit, sich in Galizien zu ruinieren, und es den Habsburgern möglich gemacht, noch mehr Truppen nach Serbien zu werfen. Die Kanzleinotiz, daß Österreich sich mit keinen aggressiven Plänen trage, sei nichts anderes als die Gutheißung einer österreichischen Lüge durch das Auswärtige Amt Rußlands usw.

Parallel mit diesen Ausführungen, die darauf berechnet sind, die Erbitterung gegen die galizischen Polen lebendig zu erhalten, Herrn Ssasonow zu diskreditieren und den Konflikt mit Österreich nicht ruhen zu lassen, geht von Paris aus das Bemühen, die polnische Frage als solche den Russen als eine Gefahr vorzuführen, die von Deutschland und Österreich geschürt werde. Ein Wiener Brief des „Journal des Débats", der vom 10. März datiert wird, beginnt mit einer Schilderung der militärischen Vorbereitungen, welche die Polen für bestimmt ins Auge gefaßte Möglichkeiten treffen. Die konservativen Polen verfolgten die Absicht, durch Freischaren die reguläre österreichische Armee zu unterstützen, die radikalen Parteien dagegen wollten „passer la frontière et envahir la Pologne russe, avec l'armée austrohongroise ou sans elle", beide Gruppen aber versicherten, daß sie im Einverständnis mit dem österreichischen Generalstabe stünden. Unter dem Schein, von diesen gefährlichen Plänen abzuraten, knüpft sich hieran eine fein ausgeklügelte Verdächtigung Deutschlands und Österreichs.

„Wenn", so heißt es in diesem Wiener Brief, „nach einem siegreichen Kriege Österreich-Ungarn das ganze Königreich annektieren könnte, würden die Polen dabei vielleicht ihre Hoffnungen erfüllt sehen. Zu den neun Millionen Galiziern kämen dann elf Millionen russischer Polen, so daß die Polen dann im Gleichgewicht zu dem ungarischen und dem deutschen Element stehen würden, und der Trialismus sich verwirklichen ließe. Diese Aussicht könne sich aber nicht verwirklichen, weil Deutschland, das heute bereits zwei Millionen Deutsche sehr geschickt in Russisch-Polen untergebracht habe (très savamment

distribués), das nordöstliche Polen, Warschau mit eingeschlossen, für sich beanspruche (!!) und den Österreichern nur einige südliche Gouvernements nebst Wolhynien und Podolien lassen werde. Das schließliche Resultat würde also ein Erfolg des Germanismus sein.

Der Verfasser des Briefes deutet darauf an, daß die „brutale Politik Preußens" dem neoslavischen Gedanken auf polnischem Boden günstige Aussichten eröffnet habe, und wirft die nach Petersburg gerichtete Frage auf, ob die russische Regierung nicht gut täte, ihre Haltung den Polen gegenüber zu ändern. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre es vorteilhaft, wenn die polnische Frage befreit werde von sentimentalen, humanitären und eng kirchlichen Bedenken, und für sich, als politische Frage, vom Standpunkt der Rechte, Pflichten und Interessen des russischen Staates und des russischen Volkes behandelt werde.

Das ist also in Summa ein Bemühen, den polnischen Gedanken, den — was gewiß nicht wahr ist — angeblich Österreich gegen Rußland auszuspielen gedenkt, in den Dienst Rußlands gegen Österreich und vielleicht gegen Preußen zu stellen, ein Gedanke, der für einen Franzosen im Hinblick auf die alliance franco-russe nicht übel ausgeführt ist.

Zunächst glauben wir jedoch, daß trotz all dieser Zukunftstifteleien, die immerhin die Bedeutung haben, zu zeigen, wie ungeheuer groß die Verwicklungen sind, die der Zusammenbruch der türkischen Macht nach sich ziehen kann, der Friede uns gewahrt bleibt, wenngleich bis zur Stunde noch keinerlei endgültige Entscheidung über Krieg und Frieden auf dem Balkan gefallen ist. Aber es scheint, als ob die von uns vor acht Tagen gekennzeichnete russische Partei der Kriegshetzer um jeden Preis ihren Krieg haben will. Wenn nicht in Europa, so doch in Asien, wenn nicht gegen Österreich, so wenigstens gegen die Chinesen. Die augenblickliche Lage wird von dem in chinesischen Angelegenheiten meist sehr gut unterrichteten „Golos Moskwy" folgendermaßen gezeichnet:

„Wir dürfen die Augen vor der uns aus Asien drohenden Gefahr nicht schließen. China bereitet sich unzweideutig auf einen Angriff vor. Ist die chinesische Armee noch in einer Periode der Organisation, so ist sie doch stark genug, um unserm Einfluß in der Mongolei einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zuzufügen, wenn wir den Ansturm nicht rechtzeitig zurückschlagen."

Offenbar werde China sich nicht in den Verlust der Mongolei finden.

Bei Beratung der mongolischen Frage in Peking hätten sieben Generale von zehn sich für sofortige Ausrüstung einer Militärexpedition in die Mongolei ausgesprochen, und es sei der merkwürdige Beschluß gefaßt worden, den russischen Gesandten zu veranlassen, an der Beseitigung des russisch-mongolischen Vertrages mitzuwirken. Schließlich sei der Kriegszug auf das Frühjahr verschoben worden, und nach einem Monat werde es losgehen.

Alle Mitteilungen über militärische Dislokationen seien deshalb verboten worden. Bei Kobdo ständen einige tausend Mann chinesischer Truppen, eine größere Zahl von Truppen nördlich von Kalgan, alle mit deutschen Waffen. Zwischen Tai Juanfu und Sutschau seien 70 Bataillone kriegsbereit, während die russischen Instruktoren bisher nicht mehr als drei Sotnien regulärer mongolischer Truppen formiert hätten. Daß sie Widerstand leisten könnten, sei ausgeschlossen, und Rußland nach Artikel 3 des russisch-mongolischen Vertrages verpflichtet, die Mongolen vor einem Angriffe der Chinesen zu schützen. Aber das Kriegsministerium in Petersburg scheine noch immer die Lage nicht für ernst zu halten.

Vielleicht hat aber das Kriegsministerium, und nicht der „Golos Moskwy" recht. Wir können darüber nicht entscheiden, glauben aber schon jetzt vorauszusehen, daß, wenn es zu einem russisch-chinesischen Kriege kommen sollte, die jetzigen Kriegshetzer Deutschland die Schuld daran zuschieben werden, ganz wie es 1904 der Fall war, als der japanische Krieg ausbrach.

Zum Schluß sei noch einmal auf die Bedeutung der Erklärung von Asquith hingewiesen, daß England keine Verpflichtung übernommen habe, eine Kontinentalmacht im Kriegsfalle durch Sendung englischer Truppen zu unterstützen. In Frankreich hat die Kundgebung mehr Aufsehen gemacht als bei uns, weil man dort seit 1905 auf Grund der Erklärung Delcassés mit Bestimmtheit am Glauben festhielt, im Kriegsfall auf 150 000 Mann englischer Truppen rechnen zu können. Das ist zwar an sich nicht viel, wenn man nur die Zahl ins Auge faßt, sehr viel jedoch im Hinblick auf alle die Voraussetzungen, die damit im Zusammenhang stehen.

Die entsetzliche Kunde von der Ermordung König Georgs I. von Griechenland, den nach 50jähriger Regierung die Hand, wir wissen noch nicht welchen Mörders, hinweggerafft hat, nachdem eben die siegreichen

Waffen seines Sohnes dem nationalen Ehrgeiz der Nation die höchsten Wünsche erfüllt hatten, wird nicht allein das griechische Volk in Trauer versetzen. Drei Herrscherhäuser trauern mit, das dänische, dem er entsprossen ist, das russische, dem seine Gattin entstammt, und unser deutsches Kaiserhaus, das dem jetzigen Könige die Gemahlin gegeben hat.

König Georg, der in schwerer Stunde die Last der griechischen Krone auf sich genommen, hat durch ein halbes Jahrhundert in Treue Leid und Freud mit seinem Volke geteilt; gewiß ein gnädiger König, dem das Geschick der griechischen Nation vor allem am Herzen lag und der, was er vermochte, getan hat, es zum Guten zu wenden. Wir können nicht glauben, daß ein Grieche der Mörder gewesen sein könnte. Es ist ein tragischer Ausgang, und wir wünschen dem griechischen Volke, daß es sich nun um so fester um den jetzigen König, Konstantin I., schare, und in ihm und seinem Hause die Stütze finde, deren Land und Volk in der jetzigen schweren Zeit mehr als je bedürfen.

19. März 1913: Ermordung König Georgs von Griechenland.
21. März: König Konstantin von Griechenland legt den Eid auf die Verfassung ab.
Konstituierung des Ministeriums Barthou in Frankreich.
24. März: Delcassé in Petersburg.
26. März: Die Bulgaren nehmen Adrianopel ein.

---

26. März 1913.

Noch stehen wir unter dem erschütternden Eindruck, den die Ermordung König Georgs in aller Welt gemacht hat. Das ruchlose Verbrechen ist, wie wir hoffen, der letzte Ausläufer der Königsmorde, welche die Schande des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts bilden. In Deutschland sind die ihr Ziel nicht erreichenden Attentate von Hoedel und Nobiling Symptome einer zum Glück überwundenen ethischen Krankheitsperiode gewesen. Die großartige soziale Gesetzgebung Kaiser Wilhelms I. und ihr Ausbau bis in die Gegenwart hinein hat dem deutschen Sozialismus seinen anarchistischen Giftzahn genommen. Auf slavischem, halbslavischem und romanischem Boden aber wirkt das aus sozialistischen Wurzeln aufsprießende Gift des Anarchismus fort, und weder in Frankreich, noch in Rußland, noch in Spanien und Portugal ist es erstorben. Alexander I., Carlos von Portugal, König Humbert sind ihm zum Opfer gefallen, in Frankreich Sadi Carnot, in Österreich die Kaiserin Elisabeth, überall aber läßt sich der Zusammenhang verfolgen, der die Mörder ihre Rechtfertigung in Doktrinen suchen ließ, die auf dem Boden des Sozialismus entstanden und zu anarchistischen Anschauungen auswuchsen. Auch jener Schinos, dessen Opfer König Georg wurde, rühmte sich, Sozialist zu sein, und fand darin die Rechtfertigung seiner Tat. Es war ein öder, verkommener Mann, der den Begriff des Vaterlandes ebenso über Bord geworfen hatte, wie die heilige Scheu, die in aller Welt das Staatsoberhaupt schirmt. Wir fühlen keinen Beruf, seine Psyche zu analysieren. Wahrscheinlich wird die Gerichtsverhandlung die völlige sittliche Inhaltslosigkeit des Mannes dartun.

Außer den Tränen, die dem Könige nachgeweint werden, wird die Tat des Mörders keine Spuren hinterlassen. Auf den Thron des alternden Königs ist in voller Manneskraft sein Sohn, König Konstantin, getreten, mit dem frischen Lorbeer von Janina um seine Stirn, zu einer Zeit, die dem griechischen Volke zum erstenmal seit seinen Freiheitskämpfen die Aussichten auf eine gesunde Entwicklung bietet, nachdem die erfüllbaren Ziele seines nationalen Ehrgeizes ihm heute so gut wie gesichert sind. Aber gewiß ist es eine noch unklare und verantwortungsvolle Zeit, in welcher der König sein Regiment beginnt, und der beste Rat, der ihm gegeben werden kann, ist wohl der, möglichst bald für Griechenland den Abschluß des Friedens zu suchen und, wie man in Frankreich sagt, „de tirer son épingle du jeu".

Die Gefahr der Lage liegt in der Überschätzung, mit der die verbündeten Balkankönige die von ihnen errungenen Erfolge betrachten, und der Hochmut, der sie glauben läßt, daß sie über den Kopf der Großmächte hinweg und gegen deren Willen rücksichtslos ihre eigenen Wünsche durchzwingen können. Sie rechnen auf den politischen Gegensatz der russisch-französisch-englischen und der deutsch-österreichisch-italienischen Kombination und übersehen dabei, daß hier wie dort die betreffenden Regierungen den ernsten Willen haben, zu verhindern, daß aus dem Feuer auf dem Balkan ein Weltbrand entsteht, der, wenn er ausbrechen sollte, gerade für die vier Königreiche die schwerste Heimsuchung bringen müßte. Es liegt aber tatsächlich so, daß die sehr lebendigen Sympathien, die in der ersten Periode des Krieges in weiten Kreisen den Völkern entgegengetragen wurden, die ein vor einem halben Jahrtausend verlorenes Gebiet mit großer Tapferkeit zurückzugewinnen strebten und im wesentlichen auch dieses Ziel erreichten, von Woche zu Woche abnehmen.

Einmal hat die entsetzliche Grausamkeit, mit der diese Kriegszüge geführt worden sind, mit Recht in aller Welt Entrüstung hervorgerufen. Was Serben, Bulgaren und Montenegriner sich haben zuschulden kommen lassen, schreit in der Tat zum Himmel und verlangt eine Sühne, welche die Regierungen dieser Staaten, wenn sie ihre Stellung in der Reihe der europäischen Mächte in Ehren einnehmen wollen, der Welt noch schuldig sind. Zweitens ist es kein Geheimnis, daß die Bundesgenossen von heute gestern noch Todfeinde waren, und daß nichts dafür spricht, daß diese Feindschaft überwunden ist. Endlich ist die Unver-

frorenheit beispiellos, mit der diese Zaunkönige, die erst, abgesehen von Griechenland, seit wenigen Jahren in ihren Königsnestern sitzen, es wagen, sich über den Willen Europas hinwegzusetzen. Die Art und Weise, wie zumal Montenegro und Serbien vorgehen und die Londoner Konferenz zum Narren halten, ist völlig unerträglich und läßt sich nur aus der Hoffnung erklären, die man in Cetinje und Belgrad auf die Elemente richtet, die von Petersburg und Paris her zum Kriege drängen. Diese Kriegstreiber, der „Temps" mit seinen macchiavellistischen Artikeln in Frankreich, die „Nowoje Wremja" in Rußland, die ihre Federn in dieselben Gifttöpfe tauchen, sind aber nicht mit den Regierungen dieser Länder identisch; hinter ihnen stecken Instinkte, nicht ein schlagfertiger Wille, und wenn diese Instinkte sich als die durchschlagenden Faktoren der großen Politik beider Reiche erweisen sollten, dürfte — wie es schon mehr als einmal in nicht zu weit zurückliegender Vergangenheit der Fall gewesen ist — der Ausgang für sie ein wenig erfreulicher sein.

Da wir schreiben, ist die Lage die, daß Österreich sich zu dem schwerwiegenden Zugeständnis entschlossen hat, Djakowa dem serbischen Anteil zufallen zu lassen und daß dagegen Rußland sich bereitgefunden hat, Skutari als Teil des künftigen Albanien anzuerkennen. Die Frage, ob dieses Albanien ganz selbständig werden oder unter nomineller türkischer Oberhoheit bleiben wird — was natürlich nur ein Übergangsstadium sein könnte —, scheint noch nicht endgültig entschieden. Ebenfalls unentschieden ist die Kompensation, welche Rumänien zur Sicherung seiner Haltung dem vergrößerten Bulgarien gegenüber verlangt und um seiner Selbsterhaltung willen verlangen muß. Die Differenz, auf die es vornehmlich ankommt, betrifft Silistria; eine Botschafterkonferenz in Petersburg soll darüber die Entscheidung fällen. In welcher Weise sie erfolgen soll, scheint noch nicht festzustehen. Die Regel auf derartigen Konferenzen pflegt die Entscheidung durch Einstimmigkeit zu sein, ist diese nicht zu erreichen — was wir bedauern würden —, so stehen wahrscheinlich die Stimmen drei zu drei einander gegenüber, und dann bliebe nichts übrig, als daß Bulgarien und Rumänien die Differenz durch gegenseitige Konzessionen oder, falls die nicht zu erlangen sind, durch die Entscheidung der Waffen ausgleichen; so sehr das zu beklagen wäre, ist es doch unendlich einem Konflikt vorzuziehen, der die großen Mächte in Mitleidenschaft zöge.

Fast scheint es nun, als ob es Montenegro gelingen sollte, mit Unterstützung Serbiens einen solchen Konflikt zu konstruieren. Den Serben mag dabei vorschweben, daß sie 1909 dieses Ziel fast erreicht hätten. Es ist höchst bedenklich, daß sie jetzt, nachdem ihnen die Beschlüsse der Londoner Konferenz wohl bekannt sind, die Montenegriner bei der Beschießung von Skutari unterstützen; noch bedenklicher aber wäre es, wenn sie an dem von den Montenegrinern beabsichtigten Sturm auf Skutari teilnehmen sollten. König Nikita aber hat durch Ablehnung der sehr berechtigten Forderungen Österreichs (Abzug der Nichtkombattanten aus Skutari, unparteiische Untersuchung des Herganges bei Ermordung des Franziskanerpaters Palitsch, Einstellung der Zwangsbekehrung von Katholiken, Genugtuung für die völkerrechtswidrige Behandlung des österreichischen Dampfers „Skodra") es dahin gebracht, daß eine österreichische Flotte in den dalmatinischen Gewässern kreuzt, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß Italien sich dieser Maßregel früher oder später anschließen wird. Es wundert uns nicht, daß die französische und die russische Presse mit großer Leidenschaft gegen Österreich Partei ergreift; wir wollen abwarten, wie Herr Pichon und Herr Ssasonow Stellung nehmen. Am „Vorabende" eines russisch-österreichischen Krieges, wie die „Nowoje Wremja" ausführt, stehen wir jetzt, da zwischen beiden Mächten soeben erst die Vereinbarung über Demobilisierung an der galizischen Grenze abgeschlossen worden ist, jedenfalls noch nicht. Es wird darauf ankommen, was Österreich nach Ablehnung seiner Forderungen tun wird; daß es sie rückgängig macht, ist ausgeschlossen, und uns scheint, daß es die Aufgabe der russischen Diplomatie sein wird, Montenegro dadurch zur Vernunft zu bringen, daß es ihm durch eine öffentliche Erklärung klarmacht, daß in diesem Falle auf russische Unterstützung nicht zu rechnen ist. Damit bietet sich eine Gelegenheit, wie sie günstiger nicht sein könnte, um zu beweisen, daß die Herren Kokowzew und Ssasonow trotz allem stärker sind als die „Nowoje Wremja" und ihre „Unterhembden", wie Luther zu sagen pflegte.

In Hinblick auf die Spannung der allgemeinen Lage ist das Urteil eines holländischen Großkaufmanns von Interesse, das vom „Economist" mitgeteilt wird. Der Gewährsmann dieser vortrefflichen Wochenschrift ist der Ansicht, daß die Anzeichen eines englisch-deutschen Rapprochement (das vor einem Jahr undenkbar schien) der einzig befriedigende Ausblick in der internationalen Politik sei. Wenn Englands Einfluß in

Paris „gehörig gebraucht" werde, könne er zu einer großen und dauernden Wohltat für Europa werden. Die Vorurteile und das Mißtrauen großer Nationen gehen, seiner Ansicht nach, auf die Einseitigkeit gewisser meist gelesener Zeitungen zurück. Dann sagt er wörtlich:

„Ich habe gefunden, daß in Deutschland erstens die feste Überzeugung vorherrscht, daß unter dem Regime Poincaré ein Angriff von seiten Frankreichs zu erwarten sei, daß zweitens in Deutschland keinerlei Absicht, irgendwelchen Staat anzugreifen, vorhanden ist, und daß drittens der Verdacht gegen die wahren Absichten Englands stetig abnimmt. Es wird einige Zeit dauern, bis das Übel, welches durch das marokkanische imbroglio hervorgerufen wurde, ausgerottet sein wird. Anderseits ist in Frankreich keine Neigung zum Kriege, außer bei einer großen Anzahl von Hitzköpfen, die bisher an die tätige Hilfe von England glaubten, eine Vorstellung, die wahrscheinlich durch Asquiths ablehnende Erklärung beseitigt wurde; aber weitverbreitet ist die Vorstellung, daß Deutschland sich für einen Angriff vorbereitet. Diese Vorstellung, die in den Tagen von Agadir auftauchte, wurde von da ab von der Presse eifrig genährt und hat, was Frankreich zur Ehre gereicht, zu einer Hebung des Selbstvertrauens und des Patriotismus geführt. Diese ehrenwerte Empfindung gereicht dem Lande zum besten, solange sie bezweckt, Demütigungen abzuwehren, aber sie kann gefährliche Leidenschaften entwickeln, wenn sie von unverantwortlichen Politikern mißleitet wird."

Die Schlußausführung mündet in den England erteilten Rat aus, das Mißtrauen zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen und sie und Rußland zu veranlassen, von weiteren Rüstungen abzusehen. Der Rat ist gewiß gut, bis auf weiteres seine Ausführung jedoch aussichtslos, denn die Gefahr liegt weniger darin, daß ein Angriff von seiten Frankreichs zu erwarten ist, als in der Verpflichtung Frankreichs, der russischen Politik unter allen Umständen Gefolgschaft zu leisten. Die Wendung der russischen Politik aber ist infolge der Schwäche der Regierung unberechenbar, und die Zuversicht, daß man unter allen Umständen auf die Hilfe der englischen Flotte rechnen könne, unausrottbar. Das ist noch kürzlich in einem Vortrag zum Ausdruck gekommen, den Herr Doliwo-Dobrowolski in der Gesellschaft für Verbreitung militärischer Kenntnisse zu St. Petersburg gehalten hat und den die „Nowoje Wremja" vom

21. März inhaltlich mitteilt. Der Redner kam zum Schluß, daß der Krieg in allernächster Zukunft ausbrechen werde und daß Rußland sich mit dem Ausbau seiner Flotte beeilen müsse.

Nun ist am 24. März eine zweite Erklärung von Asquith erfolgt, deren Wortlaut zu wichtig ist, um nicht auch an dieser Stelle wiederholt zu werden. Der Premierminister sagte:

„England ist durch keine geheime oder dem Parlament unbekannte Verpflichtung gezwungen, an irgendeinem Kriege teilzunehmen. Mit anderen Worten: Wenn ein Krieg zwischen europäischen Mächten entsteht, so gibt es keine nichtveröffentlichten Abmachungen, welche die Freiheit der Regierung und des Parlaments beschränken und sie hindern, sich zu entscheiden, ob England an dem Kriege teilnehmen soll, oder nicht. Welcher Gebrauch von Armee und Flotte gemacht würde, falls Regierung und Parlament beschlössen, an dem Kriege teilzunehmen, darüber kann aus offensichtlichen Gründen vorher keine öffentliche Erklärung abgegeben werden."

Diese Erklärung, an der zu deuteln uns nicht loyal erscheint, ist durchaus befriedigend. Sie widerlegt die Legende von bestehenden geheimen Kriegsverträgen Englands mit Frankreich, und konstatiert im übrigen nur, was selbstverständlich ist: daß nämlich eine Großmacht wie England im Kriegsfall ihren Interessen nachgehen wird. Welches diese Interessen sind, darüber entscheiden Regierung und Volksvertretung und darin hat alle Welt sich zu finden.

Nach der Haltung der russischen Presse zu urteilen, läßt sich nicht bezweifeln, daß die Wahl Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik und die Ernennung Delcassés zum Botschafter in Petersburg dort die Kriegslust erheblich erhöht hat. Über den so überraschend schnell erfolgten Zusammenbruch des Kabinetts Briand, dessen Fall doch ein Schlag ins Gesicht Poincarés war, liegen ausführliche russische Berichte noch nicht vor. Doch läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß man nunmehr auch dem Ministerium Barthou die besten Seiten abgewinnen wird, zumal Herr Pichon sich in seiner vieljährigen Stellung als Minister des Auswärtigen in Rußland Sympathien erhalten hat. Wie sich Herr Delcassé in die Stellung finden wird, Pichons Untergebener zu sein, wollen wir abwarten; aber Herr Delcassé ist so vielseitig, daß die Russen ihn auch als Experten in Marineangelegenheiten zu Rat ziehen könnten, und dazu sei er ihnen bestens

empfohlen. Einen langen Bestand glaubt man weder in Frankreich noch anderswo diesem Kabinett zusichern zu können.

Daß die Kriegsrufe der russischen Zeitungen gegen China übertrieben sind, scheint mit Sicherheit aus den Berichten englischer Zeitungen hervorzugehen. Offenbar sind die Chinesen damit beschäftigt, den Angriff, der von den Russen in Bewegung gesetzten und bewaffneten mongolischen Reiter abzuwehren, die den chinesischen Händlern und Ansiedlern gefährlich werden. Zum Kriegführen mit einer Großmacht wie Rußland fehlt es den Chinesen an Geld. Anderseits ist die Abneigung der russischen Truppen gegen einen Krieg mit den Gelben außerordentlich groß. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, ist in mehreren Regimentern die Parole im Umlauf: Nach Asien ziehen wir nicht! Man hat trotz allem den japanischen Krieg noch in böser Erinnerung. Auch verlautet neuerdings, daß infolge der Reise Sunyatsens nach Tokio — wo er übrigens in ganz ungewöhnlicher Weise gefeiert worden ist — eine chinesisch-japanische Allianz sich vorbereitet, was trotz des russisch-japanischen Vertrags keineswegs auszuschließen ist. Nur wird die noch nicht erfolgte Anerkennung der chinesischen Republik vorausgegangen sein müssen. Daß Sunyatsen im Auftrage von Juanschikai nach Japan gereist ist, kann als Tatsache angenommen werden.

Ein neues Bild gibt das Austreten der Vereinigten Staaten aus der Gruppe der sechs Mächte, mit denen die große chinesische Anleihe negotiiert wurde. Präsident Wilson hat es so gewollt, und es fragt sich nun, ob nicht das amerikanische Privatkapital an die Stelle der offiziellen Teilnahme Amerikas treten wird, und zwar gegen Konzessionen, die, wie es heißt, die chinesische Regierung nicht abgeneigt sein soll, ihnen und japanischen Kapitalisten zu erteilen. Das könnte dann die Folge haben, daß das ganze Konsortium auseinanderfällt.

Die Gerüchte von der bevorstehenden Rückkehr des Schah nach Persien wollen nicht verstummen, und nach früheren Erfahrungen hält man es nicht für unmöglich, daß er wiederum das Glück hat, von den russischen Autoritäten zu Wasser und zu Lande nicht bemerkt zu werden. Herr Poklewski-Kosell wird, wie die „Nowoje Wremja" behauptet, Teheran verlassen und nach derselben Quelle vielleicht durch Herrn Etter, den russischen Botschaftsrat in London,

der zurzeit den erkrankten Botschafter Grafen Benckendorff vertritt, ersetzt werden. Die Stellung des letzteren wiederum wird Herrn Iswolski zugedacht.

Die inneren Angelegenheiten Rußlands sind nach wie vor unerquicklich. Die Rechte arbeitet auf die Auflösung der vierten Duma hin wozu zunächst nicht viel Aussicht ist, was aber viel böses Blut macht. Man will sie durch eine bloß beratende Versammlung ersetzen. Große Erbitterung herrscht über die drakonische Handhabung der Zeitungszensur, die der neue Minister des Innern, Maklakow, noch zu verschärfen beabsichtigen soll, endlich über die Erweiterung der Befugnisse der Polizei, um das Unwesen der Hooligans einzuschränken. Letzteres wird zwar gebilligt, aber man findet wohl nicht mit Unrecht, daß es mitunter schwer sein dürfte, einen russischen Gentleman, der in heiteren Stunden zuviel getrunken hat, von einem Hooligan zu unterscheiden, und fürchtet, Brutalitäten der Polizei ausgesetzt zu werden. Es ist darüber zu sehr stürmischen Szenen in der Duma gekommen, und da die Zahl der eingeschriebenen Redner sehr groß ist, werden weitere Stürme wohl folgen. Wichtiger ist, daß — wie wir einer „lettre de Russie" der „Débats" entnehmen —, der Zusammentritt eines russischen Konzils und die Wahl eines russischen Patriarchen nunmehr gesichert ist. Seit 1906 wird darauf hingearbeitet, und es wird ein Ereignis nicht nur für die russische, sondern für die gesamte orientalische Kirche sein, wenn ein russischer Patriarch in Moskau residieren wird.

27. März 1913: Zar Ferdinand zieht in Adrianopel ein.
28. März: Die Mächte verlangen von Montenegro Aufhebung der Belagerung von Skutari.
31. März: Die Montenegriner nehmen die Beschießung von Skutari wieder auf.
Kollektivnote der Mächte an die Pforte.
Petersburger Konferenz in der rumänisch-bulgarischen Streitfrage.
2. April: Sendung des Kreuzers „Breslau" nach Antivari.

---

2. April 1913.

Aus der an wichtigen Tatsachen reichen hinter uns liegenden Woche seien zunächst die beiden großen politischen Reden hervorgehoben, die Sir Edward Grey und Mr. Churchill vor dem Unterhause des englischen Parlaments gehalten haben. Beide Staatsmänner haben, ob nun mit Recht oder Unrecht, lange für entschiedene Gegner Deutschlands gegolten. Wir stellen mit besonderm Vergnügen fest, daß ein freundschaftlicher Ton uns aus ihren letzten Kundgebungen entgegenklang, und es ist unsere Absicht nicht, irgend etwas zu sagen, was diesen guten Eindruck stören könnte. Im Gegenteil, wir glauben mit guten Gründen beweisen zu können, daß bei uns Regierung und öffentliche Meinung das ihrige getan haben, um zu diesem Ergebnis zu gelangen. Ein großer und bedeutsamer Teil der öffentlichen Meinung Englands ist uns dabei entgegengekommen und wir möchten — wie wir es schon früher mehr als einmal getan haben — mit besonderm Nachdruck darauf hinweisen, daß den Worten Sir Edward Greys während des ganzen Verlaufs der jüngsten orientalischen Krisis Taten vorausgegangen sind, die erkennen ließen, daß es ihm allerdings darum zu tun war, den bedrohten Weltfrieden aufrechtzuerhalten, und daß er keine Schritte getan hat, über die wir uns zu beklagen Ursache hätten. Deutschland und England haben während der letzten sechs Monate ehrlich zusammengearbeitet, und das sollte auf keiner von beiden Seiten vergessen werden.

Die Beurteilung, der Sir Edward Grey die Lage unterzog, vor der Europa am 25. März stand, war in allen Punkten sachlich zutreffend, vorsichtig erwogen und bestimmt in Hervorhebung der entscheidenden

Gesichtspunkte. In ihrer Direktion läßt sie sich auch heute noch billigen; aber neue Tatsachen sind hinzugetreten: Die noch währende Unentschiedenheit über das Schicksal Skutaris und über die letzten Entschließungen König Nikolaus' von Montenegro, dessen Temperament auch das nicht ausschließt, was Grey eine „verbrecherische Torheit" nannte, der Fall von Adrianopel, die Kämpfe bei Tschataldscha und die mit diesen beiden Tatsachen in Verbindung stehende Möglichkeit fernerer Kämpfe, die zum Eindringen der Bulgaren in Konstantinopel führen können, der fortbestehende Gegensatz zwischen den Beschlüssen der Botschafterkonferenz in London und den Ansprüchen der Sieger: Grenzlinie Enos—Ergene—Midia oder Enos—Midia, Kriegsentschädigung oder nicht, endlich die noch nicht ausgetragenen Differenzen zwischen Rumänien und Bulgarien, das alles spricht dafür, daß Sir Edward Grey durchaus recht hatte, wenn er sagte, daß alle Berechnungen — und er rechnet vorsichtig und aus voller Kenntnis — über den Haufen geworfen werden können. Dabei aber hat er den unsrer festen Überzeugung nach bedeutsamsten Faktor, die völlige Unsicherheit über die nächsten Entschlüsse Rußlands, noch gar nicht in Betracht gezogen. Er hat es offenbar nicht tun wollen; denn daß er das wirkliche Verhältnis der Machtfaktoren in Petersburg nicht kennen sollte, halten wir für völlig ausgeschlossen. Da es für uns noch weit wichtiger ist als für England, behalten wir uns vor, im weiteren Verlauf unsrer heutigen Betrachtung näher darauf einzugehen. Zunächst aber wenden wir uns der Rede Mr. Winston Churchills zu. Auch in den Ausführungen dieses Ministers hat es an freundlichen Worten für uns nicht gefehlt, und es hat uns namentlich gefreut, daß er von der sichtlichen und fühlbaren Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland sprach. Aber das hilft uns doch nicht darüber hinweg, daß der Grundgedanke, der durch alle seine Ausführungen ging, der war, daß Deutschland eine Gefahr für England bedeute. Dem muß doch mit aller Entschiedenheit entgegengehalten werden, daß er gegen ein Gebilde seiner eigenen Phantasie kämpft. Deutschland ist zu keiner Zeit seiner tausendjährigen Geschichte eine Gefahr für England gewesen, und das will doch etwas sagen, wenn man bedenkt, daß alle andern Großmächte Englands Weltstellung und sogar einen Inselbesitz bedroht haben. Die Tatsache ist weltkundig und braucht nicht erst belegt zu werden. Ebenso weltkundig ist für jeden, der sich die

Mühe gibt, einen Einblick in deutsche Verhältnisse zu gewinnen, daß bei uns kein Mensch Lust hat, England zu bedrohen. Vielmehr ist die Richtung des politischen Denkens bei uns, daß ein Zusammengehen von England und Deutschland gewünscht und erstrebt wird, weil wir einen vernünftigen Grund für eine Gegnerschaft nicht kennen, wohl aber hundert Gründe für ein Zusammenstehen. Wir weisen daher die Vorstellung von der deutschen Gefahr als ein wesenloses Gespenst zurück.

Ein zweiter, in seinen Konsequenzen gefährlicher Irrtum von Churchill ist es, daß er völlig von der politischen und geographischen Lage absieht, in der wir uns bewegen müssen. Das Deutsche Reich ist zwischen zwei alliierten Mächten im Osten und Westen eingeschlossen, über deren Feindseligkeit gegen uns kein Zweifel besteht, die beide Land- und Seemächte sind, und gerade jetzt die größten Anstrengungen machen, beide Waffen und neuerdings auch die dritte für den Luftkrieg zur höchsten Vollkommenheit zu führen; unsere Rüstungen gelten der Abwehr dieser Gegner, die jederzeit zu Feinden werden können, nicht England, es sei denn, daß es uns angreifen wolle. Es will uns aber scheinen, daß, abgesehen von diesen unbestreitbaren Tatsachen, die wir bedauern wiederholen zu müssen, nachdem sie hundertmal gesagt worden sind, England sich selber den denkbar schlechtesten Dienst leistet, indem es diesem Phantom der deutschen Gefahr nachjagt, und darüber vitale englische Interessen in den Hintergrund treten läßt. Die Krisis im fernen Osten, die im Zusammenhang mit dem Niedergang der Türkei akut gewordene Frage der Zukunft Indiens, die zentralasiatische Frage, endlich die Entwicklung der großen Kolonien, das alles sind doch Probleme, die für die Zukunft Großbritanniens wichtiger sein dürften als das Ziel, das Mr. Winston Churchill sich gestellt, wenn er „in allen europäischen Angelegenheiten zu intervenieren" sich als Ideal der englischen Politik vorstellt. Eine solche Interventionspolitik wollte seinerzeit Kaiser Nikolaus I. von Rußland verfolgen; er bekannte sich auch zum Grundsatz, stets der Feind derjenigen von zwei Mächten zu sein, von der ein Angriff ausgehe und maßte sich in seiner mechanischen Weltanschauung die Entscheidung darüber an, was Angriff und was Abwehr sei, was in den meisten Fällen überhaupt nicht zu entscheiden ist. Es hat nur wenige Kriege gegeben, in welchen beide Teile sich nicht für die angegriffenen hielten. Was endlich den Feiertag im Schiffsbau betrifft, so wird sich vielleicht davon reden lassen, wenn Mr. Winston

Churchill die Zustimmung Rußlands und Frankreichs zu dieser neuen treuga Dei bringt, wozu die Aussicht nur gering zu sein scheint. Das „Journal des Débats", das die Frage erwägt und eine lange Reihe von Einwendungen vorbringt, die einen allgemeingültigen Charakter haben, gelangt schließlich zu folgendem Ergebnis: „Comme les précédentes manifestations du même ordre, l'appel de M. Winston Churchill doit rester lettre morte. Il contredit la nature même des choses." In der Tat läßt sich genau mit denselben Argumenten eine Jahrespause für den Bau von Luftschiffen vorschlagen. Aber wer würde darauf eingehen?

In Frankreich hat das kaum ins Leben gerufene Ministerium Barthou seinen ersten Pyrrhussieg errungen, mit 225 Stimmen gegen 162. Aber es haben 200 Stimmenthaltungen stattgefunden, und seine Zukunft scheint unsicher. Die Reklame für den Präsidenten Poincaré ist danach mit verstärktem Eifer wieder aufgenommen worden, aber wenn sein zweites Ministerium ebenso schnell fallen sollte, wie das erste, wird sich nicht verkennen lassen, daß er die glückliche Hand nicht hat, die man bei ihm vermutete. Frankreich erhält jetzt, wie mit großer Bestimmtheit versichert wird, einen neuen russischen Botschafter in der Person des bisherigen russischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Kokowzew, den man offenbar wegen seiner finanziellen Fähigkeiten nach Paris versetzen will, zumal es einen Platz für ihn in Rußland kaum gibt. Noch wissen wir nicht, wer sein Nachfolger werden wird. Man nennt den Grafen Witte, aber das ist schon so häufig geschehen, daß sich erst daran wird glauben lassen, wenn er in Amt und Würden ist. Herr Iswolski soll Nachfolger des Grafen Benckendorff werden. Über die Lage in Rußland geht uns von einem patriotischen Russen, an dessen Möglichkeit und Fähigkeit, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind, ebensowenig gezweifelt werden kann, wie an seinem guten Willen, die Schäden zu bekämpfen, die er zeichnet, die folgende Darstellung zu:

„Das bekannte, von Marx ausgegangene Schlagwort: Proletarier aller Völker vereinigt euch! hat in neuerer Zeit in Rußland eine ganz charakteristische Erweiterung erfahren. Die Proletarier und Anhänger des Umsturzes auf anarchischer Grundlage suchen jetzt alle Kräfte, die ihnen zur Verwirklichung ihrer utopischen Ziele brauchbar erscheinen, heranzuziehen. So suchen sie die dynamische Wirkung des Deutschen-

hasses in Rußland sich dienstbar zu machen. Niemand wünscht bei uns so sehnlichst einen kriegerischen Zusammenstoß mit Deutschland, als die sozialrevolutionären und die anarchistisch gesinnten Kreise. Die Anhänger der slavophilen Richtung und die überzeugten Feinde Deutschlands wünschen den Krieg, weil sie allen Ernstes glauben, daß nur ein glänzender Sieg über Deutschland alles über Rußland eingebrochene Ungemach wie mit einem Zauberschlage beseitigen werde. Auch träumen sie von Milliardenkontributionen, bei deren Verteilung unter die einzelnen Verwaltungszweige auch ihnen ein Anteil nicht entgehen werde. Ihrer unumstößlichen Meinung nach ist ein Krieg mit Deutschland die einzige Panazee, um die gesamte slavische Welt von dem Druck zu befreien, der seit einem Jahrhundert auf ihr lastet. Ganz anders kalkulieren und hoffen die revolutionären Organisationen. Ihnen dient der Krieg zum Signal, sich bereitzuhalten. Mit verhaltenem Atem werden sie die vom Kriegsschauplatze einlaufenden Nachrichten verfolgen. Nach der ersten authentischen Bestätigung einer Niederlage bricht der Sturm mit Gewalt los. Unsere bodenlos feige, in sybaritischem Wohlleben physisch und moralisch degenerierte höhere Gesellschaft mit den verbuhlten Weibern an der Spitze wird kopfüber die Flucht ergreifen, ihnen wird der Allerhöchste Hof, wo es von charakterlosen, Generalsuniformen tragenden, sporenklirrenden und neurasthenischen Weibern wimmelt, nachfolgen, und bald wird Europa in Kenntnis gesetzt werden, daß in Rußland eine sozialdemokratische Republik mit Herrn Jessen, Miljukow oder Nabokow an Stelle der Monarchie getreten ist. In der Phantasie unserer radikal-anarchistischen Sippe treibt aber noch eine andere Version ihren unheimlichen Spuk. Man rechnet auch mit einem eventuellen Sieg des mit Frankreich und England vereinigten Rußland über den verhaßten deutschen Feind. Dann werde die Monarchie in Deutschland zusammenbrechen und einer Föderation von Republiken Platz machen. Der deutschen Katastrophe werde die Österreichs, Italiens, Spaniens und der Balkanstaaten folgen, und mit dem dann allein übriggebliebenen monarchischen Rußland, hofft man danach leicht fertigzuwerden."

Des weiteren wird dann ausgeführt, daß die Kaiserin-Witwe die Urheberin der zum politischen Kredo erhobenen Feindschaft gegen Deutschland sei. Sie glaube, daß dadurch der Haß der russischen „Intelligenz" gegen die herrschende Dynastie abgelenkt werden könne,

und trage die Hauptschuld daran, daß der Draht zwischen Berlin und Petersburg abgerissen sei. Ihrem Einfluß zumal sei es zuzuschreiben, daß nach jeder Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Nikolaus II. die Presse sofort wieder Mißtrauen verbreite und in offen feindseligen Ton zurückfiel."

Wir brechen hier mit der Wiedergabe dieses gewiß höchst lehrreichen Briefes ab, dessen Inhalt mit allem stimmt, was uns aus anderer Quelle bekannt ist. Sehr merkwürdig ist nun, daß die Organe der slavophilen Richtung, die „Nowoje Wremja" stets an der Spitze, nach dem Fall von Adrianopel immer deutlicher mit dem bekanntlich von der russischen Diplomatie als unleidlich bezeichneten Gedanken hervortreten, daß Konstantinopels Einnahme und die Vertreibung der Türken nach Asien den Abschluß der bulgarischen Siegeslaufbahn bilden müsse. Ebenso ermuntern sie, im Gegensatz zur Haltung des offiziellen Rußland, Montenegro zur Fortsetzung des Kampfes um Skutari. Eine Momentphotographie dieser Bestrebungen gibt der Bericht der „Nowoje Wremja" vom 28. März über das letzte Slavenbankett.

Wir setzen diesen Bericht in seinem vollen Wortlaut her:

„In Anlaß des Falles von Adrianopel hat das heutige Slavenbankett alle vorausgegangenen übertroffen. Es waren über 100 Teilnehmer am Diner, einige mußten wegen Platzmangels umkehren, andere hatten bereits gegessen und fanden einen Platz an den Ecken des Saales. Es präsidierte General Skugarewski. Er brachte den Toast auf die glänzenden Erfolge der bulgarischen und serbischen Waffen aus, der von lautem Hurra! des ganzen Gasthofes begleitet wurde. Redner gab es viele. D. N. Wergun sprach in Anlaß der letzten Nachrichten aus Österreich, über die Verfolgung der rechtgläubigen Geistlichkeit in Galizien. Über die jetzige Lage der slavischen Angelegenheiten sprachen die Herren Dainiku und Korablew.

Oberst Baljäsny und andere lasen Gedichte vor. Das war eine Erholung zwischen den Reden.

Der russische General Popowitsch, ein Montenegriner, sprach über Skutari, und las den Brief eines angesehenen Montenegriners vor, in welchem kategorisch erklärt wird, daß, wenn Rußland Montenegro verlasse, Montenegro allein den Krieg gegen Österreich und die Türkei weiterführen werde. Die Montenegriner hätten ihre Ehre nicht verloren und würden all ihre Habe, Frauen und Kinder, ihre alten Eltern

opfern und lieber sterben, als sich der Sklaverei der Usurpatoren beugen. Diese Vorlesung wurde durch lauten Beifall belohnt.

Herr Engelhard wies darauf hin, daß Turgenjew nicht umsonst in seinem „Vorabend" den Helden Insarow gezeichnet habe: Er habe erkannt, welches Heldentum in denen ruhe, die wir herablassend „Bratushki" (kleine Brüder) nennen.

A. W. Wassiljew sprach sich dahin aus, daß die Türkei auf Asien zurückgeworfen werden müsse. Europa wisse das sehr wohl, und wenn es auf jede Weise die Türkei stütze, geschehe es nur, um Rußland Schwierigkeiten zu bereiten, das „erfundene" Albanien aber sei notwendig, um einen Herd für Unruhen zu schaffen, die von dem hinterlistigen Feinde gegen Rußland angefacht werden.

Graf W. A. Bobrinski sagte in glühender Rede, daß unsere Stimme in Berlin und Wien, und nicht nur am Bosporus gehört werden müsse, denn was für Slaven, was für Russen sind wir denn, wenn wir dulden, daß man uns demütigt? Das russische Volk bleibt seinen slavischen Idealen treu, nur die russische Intelligenz läßt sie im Stich, und die muß man auf den rechten Weg zurückführen.

Der Bulgare Kuschelew führte aus, daß die Türken seit 200 Jahren nicht aufgehört hätten, den Glauben der Balkanvölker anzutasten, was sie aber aufgaben, tun jetzt die Österreicher.

Der Tscheche, Professor Schtschepanek, erzählte, worauf Österreich im Falle eines Krieges hoffe — es hoffe auf unsere revolutionäre Jugend und auf die Unterstützung der Polen, die in Krakau bereits eine Sabotage gegen die Russen organisierten —. Die Tschechen laden Rußland auf 1915 zur Feier Hussens ein, dieses ersten Kämpfers für das Slaventum.

Die Stimmung wurde immer gehobener. Man verlangte Absendung von Telegrammen — Unterstützung Montenegros. Brjäntschaninow schlug vor, ein Telegramm an den Minister Ssasonow zu richten.

Man stritt, die Erregung wurde sehr groß, man wählte eine Kommission und diese arbeitete den folgenden Text aus:

„Tief niedergeschlagen infolge der grenzenlosen Nachgiebigkeit der russischen Diplomatie, welche die slavischen und folglich auch die russischen Interessen preisgibt, trauern die Teilnehmer am Slavenbankett darüber, daß unsere Diplomatie, ohne Glauben an die Macht und an den Patriotismus des russischen Volkes, es versäumt, eine in der Ge-

schichte einzigartig dastehende Gelegenheit zu benutzen, um ihre Pflicht dem Slaventum gegenüber zu erfüllen. Wir rufen Ihren Patriotismus an, in der Hoffnung, daß falls Ihre Tätigkeit durch Einflüsse paralysiert wird, die dem Slaventum feindselig sind, Sie in Ihrem russischen Herzen einen würdigen Ausweg aus Ihrer schwierigen Lage finden werden."

Unterzeichnet vom Präsidenten A. P. Skugarewski.

Der Text des Telegramms wurde einstimmig angenommen und darauf dreimal die Nationalhymne gesungen."

Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung an Herrn Ssasonow, seinen Abschied einzureichen.

Es kann kaum zweifelhaft sein, daß eine irgendwo in geräuschloser Heimlichkeit tagende Versammlung der russischen Revolutionäre mit Jubel von dieser zum Kriege treibenden Begeisterung der russischen Nationalisten und Panslavisten Akt nehmen, und in ihrer Weise diesen Bestrebungen in die Hand arbeiten wird.

Die jüngste Lettre de Russie des Journal des „Débats" stellt die auswärtige Lage als höchst bedrohlich dar. Die öffentliche Meinung Rußlands sei erregt, weil die Regierung der Abtretung Skutaris an Albanien zustimme. Alexander III. hätte sich nimmermehr dazu bereitgefunden, auch sei jenes künftige Albanien nicht ernst zu nehmen; es sei wohl nur bestimmt, in Zukunft der Apfel der Zwietracht zwischen Rußland und Österreich zu werden. Der Brief deutet an, daß man Rumänien durch Abtretung des 1878 annektierten Teils von Bessarabien gewinnen könnte. Er feiert den General Ratko Dmitrief als den „bulgarischen Skobelew" und eifert dagegen, daß Österreich nicht auch in seinen südlichen Provinzen demobilisiere. Der Gesamteindruck, den man gewinnt, entspricht durchaus dem Bilde der in Rußland vorherrschenden Stimmung, das wir oben entworfen haben.

Einen wütenden Ausfall gegen Sir Edward Grey bringt die „Nowoje Wremja" vom 29. März. Sie findet es höchst sonderbar, daß der englische Minister des Auswärtigen auf dem Balkan das Nationalitätsprinzip vertrete, und bemerkt höhnisch, Sir Edward Grey habe sich offenbar erinnert, daß in Indien nicht Engländer, sondern 300 Millionen Inder leben, und daß auch Ägypten von Nicht-Engländern bevölkert sei; in Cypern lebten Griechen, in Malta Italiener, im Sudan Neger und Araber usw. „In Sir Edward Grey ist das Nationalgefühl erwacht,

und er will eine große historische Ungerechtigkeit gutmachen. Weshalb sollte er aber nicht mit Indien, Ägypten, Sudan, Cypern, Malta, Afrika, Südamerika anfangen?" In diesem Ton geht es crescendo weiter — dem Angriff auf England schließt sich eine Philippika gegen Österreich und gegen Rumänien an, dem es vornehmlich darum zu tun sei, die reiche jüdische Gemeinde Skutaris zu gewinnen — kurz, die Herren von der „Nowoje Wremja" haben sich so gesteigert, daß eine weitere Steigerung kaum noch möglich scheint.

4. April 1913: Effektive Blockade der montenegrinischen Küste.
7. April: Rede des deutschen Reichskanzlers über die auswärtige Politik.
8. April: Eröffnung des ersten chinesischen Parlaments.
10. April: Herzog und Herzogin von Cumberland Gäste des Deutschen Kaisers in Homburg v. d. H.
13. April: Attentat auf König Alfons von Spanien.
Beleidigung deutscher Reisender in Nancy.
14. April: Generalstreik in Belgien.
16. April: Zehntägiger Stillstand zwischen der Türkei und den Verbündeten.
18. April: Genugtuung Frankreichs wegen des Zwischenfalls in Nancy.
19. April: Die Verbündeten nehmen die Friedensvorschläge der Mächte an.
20. April: Verlobung des ehem. Königs von Portugal mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Hohenzollern.
21. April: Frankreich zieht Truppen aus Algier zur Bekämpfung Marokkos heran.
23. April: Kapitulation von Skutari. Die Montenegriner ziehen in Skutari ein.

---

23. April 1913.

Als am 18. März 1863 im Palais du Luxembourg eine erregte Debatte über die polnische Frage stattfand, in welcher damals die öffentliche Meinung Frankreichs mit Leidenschaft gegen Rußland Partei nahm, griff auch der Prinz Napoleon in die Verhandlung mit einer Rede ein, die in den Satz ausmündete: „Je ne veux pas la guerre, mais je ne veux pas non plus la paix.“ Mit diesen widerspruchsvollen Worten läßt sich wohl am treffendsten die Stimmung bezeichnen, die heute durch Frankreich geht, und mit der nicht nur wir, sondern ganz Europa zu rechnen hat, da ja ein deutsch-französischer Krieg ohne allen Zweifel in einen Weltkrieg ausmünden kann. Dem Vordersatz entspricht die Haltung des offiziellen Frankreich und wahrscheinlich auch der Wunsch der ungeheuren Mehrheit der Franzosen, dem Nachsatz das Spiel hinter den Kulissen und jenes System nicht abbrechender Provokation und wohlangebrachter Nadelstiche, die darauf berechnet sind, zu reizen, und die antideutsche Erregung, welche die Boulevardblätter seit Jahr und Tag schüren, nicht abflauen zu lassen. Sie sind aber an sich zu unbedeutend, als daß zu fürchten wäre, daß die deutsche Regierung ihretwegen das Schwert ziehen sollte. Das „je ne veux pas non plus la paix“ könnte als Devise dieses Treibens gelten, und in der Tat

hat es Europa in Atem und in der steten Erwartung eines Konflikts zu halten verstanden. Schon im April des vorigen Jahres schrieb bei Beurteilung dieses Resultats die „Saturday Review“: „Niemand in England dürfe übersehen, daß im französischen Volke der Chauvinismus stetig zunehme, daß die französische Regierung ihn lebendig zu erhalten bemüht sei und ein Teil der Presse es billige.“ Namentlich ging das Bemühen dahin, die Vorstellung von dem unvergänglichen Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen lebendig zu erhalten, und wir haben es noch in frischer Erinnerung, mit welchem Jubel von der französischen Presse die Pamphlete von Hansi, speziell seine „Geschichte des Elsaß den kleinen Kindern des Elsaß und Frankreichs erzählt“, begrüßt wurden, und vollends, als in Anlaß des Balkankrieges von Petersburg und Moskau aus die Parole gegen den Germanismus ausgegeben wurde, ist das provokatorische Treiben der französischen Presse immer anmaßender geworden. Man kann heute mit Bestimmtheit sagen, daß es zum Kriege geführt hätte, wenn nicht die Zuversicht, mit der man in Paris und in Petersburg auf die Hilfe Englands rechnete, dank der Haltung des englischen Ministerpräsidenten und Sir Edward Greys in ihren Fundamenten erschüttert worden wäre. Aber die Erregung blieb trotz allem die gleiche.

Der Korrespondent eines russischen Blattes, Herr Victorow, erzählt, daß man ihn bei seinem kürzlichen Besuch in Paris, im Hotel scheel und feindselig angesehen habe, weil man ihn für einen Deutschen hielt, daß aber, als er sich als Russe zu erkennen gab, ihm alle Türen offen standen. Unter Führung eines etwas angeheiterten Cicerone besucht er darauf Fontainebleau. — „Alle Franzosen“, schreibt er, „werden durch Cidre angeheitert. Es ist dort ebenso schwer, einen ganz Betrunkenen als einen absolut Nüchternen zu finden. Dieses „Angeheitert sein“ ist offenbar ein charakteristischer Zug des französischen Wesens.“ Herr Victorow knüpft hieran die Wiedergabe einiger Gespräche, die er geführt hat: „Ich habe über Eueren Krieg mit den Japanern gelesen. Ihr habt Euch tapfer geschlagen. Aber man sollte doch nicht so weit von der Heimat Krieg führen. Man hat Euch nicht besiegt. S i e — und der Cicerone machte ein finsteres Gesicht — sie glaubten, auch u n s besiegt zu haben, aber das ist ja nicht wahr. Wir wollen es jetzt nur nicht, sonst wäre es schon unser. Wir werden es aber nehmen...“ Er sprach, erklärt Victorow, von Elsaß-

Lothringen. Dann erzählt er weiter: In einem Saal des Schlosses von Versailles, bei der Statue Napoleons, fragte ein kleines Kind: „Hat er die Deutschen so gut geschlagen?" „Ja, ja..." Und die Augen des Kindes glänzten freudig. In einem abgelegenen Küstenstädtchen der Normandie, das äußerlich finster aussah, in Wirklichkeit aber freundlich und anziehend war, erzählte ein französischer Schuster, dem der unrasierte Bart in Stoppeln stand, mit Behagen die legendäre Geschichte seines Städtchens und schloß völlig unerwartet folgendermaßen: — Aber wir sind doch reicher als sie! Sie haben uns eine Kontribution auferlegt und gedacht, wir würden nicht zahlen, aber wir griffen in die Tasche und zahlten. Wir sind reicher als sie und werden immer reicher bleiben!..."

Alle diese unzusammenhängenden Erinnerungen, fährt Victorow fort, kamen mir ins Gedächtnis, als ich von dem Incident de Nancy las. Er kommt zum Schluß, daß beide Nachbarstaaten gleichsam Pulverkeller seien, und daß es nicht einmal eines Funkens bedürfe, um sie zum Explodieren zu bringen, sondern daß der Boden elektrisch so gespannt sei, daß jedes unvorsichtige Betreten, und sei es in Filzschuhen, die Katastrophe herbeiführen könne. Als Beweis der gleichen Erregung in Deutschland erzählt er, daß in den Straßen von Berlin die Gefangennahme eines französischen Spions in Köln ausgerufen worden sei, daß in den Cafés von nichts anderem gesprochen wurde, die Nachricht sich aber als falsch erwies. Auch habe man ihn gewarnt, nach Paris zu reisen, das lasterhaft und teuer sei und dazu schlechte Eisenbahnen habe! Die so gezeichnete Parallele des deutschen und französischen Chauvinismus läßt den ersteren doch recht harmlos erscheinen.

Die Affäre von Nancy ist nun, soweit das Verhältnis von Regierung zu Regierung in Frage kommt, glücklich erledigt. Wir haben durch die Versetzung des Präfekten und die Absetzung der beiden Polizeibeamten genügende Satisfaktion erhalten und wollen uns nicht darüber aufhalten, daß es sich als unmöglich erwiesen hat, die Personen festzustellen, die sich in so völlig unqualifizierbarer Weise den deutschen Besuchern Nancys gegenüber benommen haben. Daß unsere Regierung keine Enquete auf französischem Boden anstellen kann, liegt ja auf der Hand. Nur eine Klage der beleidigten Personen könnte zur Feststellung der Helden von Nancy führen, die ihre Tapferkeit durch Anspeien, Beschimpfen und tätliche Angriffe auf

Reisende, unter denen Damen waren, betätigten. Aber es ist wahrscheinlich, daß in diesem Fall die französischen Zeugen versagen werden. Das Wesentliche wäre eine wahrheitsgetreue Darstellung des Vorganges und eine Veröffentlichung der von Herrn Ogier aufgenommenen Protokolle, von denen ja nur ein Auszug an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Daß wir sie bekommen werden, ist jedoch sehr zweifelhaft, man wird sich mit der Maßregelung der Beamten und dem Bedauern begnügen müssen, daß die französische Regierung unserm Botschafter gegenüber zum Ausdruck gebracht hat.

Jedenfalls steht nunmehr vor aller Welt fest, daß es sich nicht, wie der „Temps" am 15. schrieb, um ein „vulgaire fait divers" gehandelt hat, und daß es falsch war, daß, wie dieses gehässige Blatt mit sicherer Stirn behauptete, kein französischer Beamter „ni comme acteur ni comme temoin" dabei gewesen sei. Die „Times" hat zu diesem „accident" sehr bestimmt und würdig Stellung genommen, aber, soweit wir sehen, hat kein französisches Blatt den Mut gehabt, ihre Ausführungen zu wiederholen. Die „Times" schrieb:

„Wir wollen keinen Augenblick annehmen, daß gerade jetzt, da die mühevolle diplomatische Arbeit der Großmächte in der Balkanfrage Früchte zu tragen scheint, der Zwischenfall von Nancy ernstere Folgen nach sich ziehen wird. Wir selbst wollen dem Beispiel des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen folgen, der die Angelegenheit mit anzuerkennender Zurückhaltung behandelt hat. Das Benehmen der Studenten ist nach unsern englischen Anschauungen um so weniger zu entschuldigen, als sich einige Damen in Gesellschaft der deutschen Herren befanden. Die Studenten haben offenbar nicht mit dem nötigen Takt gehandelt. Wir nahmen seinerzeit in England die Gelegenheit wahr, strenge Kritik an der Aufführung übermäßig patriotischer Theaterstücke zu üben... Wenn das Publikum der Hauptstadt sich durch Sensationen zu einer lächerlichen Aufregung hinreißen läßt, so ist die Wirkung solcher Stücke noch verderblicher in den Garnisonstädten an der Ostgrenze Frankreichs. Trotzdem wurde ein Machwerk wie „Fritz der Ulan" in der französischen Garnisonstadt Nancy aufgeführt und die Deutschen wohnten dieser chauvinistischen Aufführung zufälligerweise bei."

Auch falls sie bewußt an der Aufführung teilgenommen hätten, entschuldige dies die Behandlung nicht, die ihnen zuteil wurde; für einen Engländer sei eine weitere Charakteristik unnötig. „Die schlechten

Manieren der französischen Buben und ihres Pöbelgefolges in den Straßen von Nancy verdienen nicht nur unseren Widerwillen, sondern eine Bestrafung nach den französischen Gesetzen, insbesondere weil Damen belästigt worden sind." Hier findet also der „Temps" die „facheuses allusions à notre chauvinisme", die deutscherseits fielen (un ministre allemand c'est permis — schreibt unverschämterweise der „Temps"), aus englischem Munde wieder, und wenn der „Temps" weiter schreibt, daß die „dispositions du peuple allemand" jeden Augenblick zu einem Konflikt führen könnten, ist dies eine bewußte Verkehrung der Wahrheit. Nicht von Deutschland, sondern von Frankreich her droht die Gefahr eines Konflikts, und es wirft ein helles Licht auf die von der französischen Regierung verfolgten Endziele, wenn gerade jetzt der französische Ministerpräsident es für nützlich befunden hat, in Paris die Töne anzuschlagen, durch welche seit den Tagen des Ministeriums Clemenceau der französische Chauvinismus lebendig erhalten wurde. Auch die von einer gefährlichen Spionage zeugenden Dokumente, die bei dem in Aschaffenburg verhafteten Hauptmann des französischen Generalstabs, Sarrauy, gefunden worden sind, werfen ein höchst bedenkliches Licht auf die Richtung der französischen Politik. Das alles kombiniert sich mit einer Selbstgerechtigkeit, die auch heute noch dem „Temps" erlaubt, von der Kaltblütigkeit und Unparteilichkeit zu schreiben, mit der er die letzten Zwischenfälle beurteilt habe. Aber Herr Barthou sorgt offenbar um seinen Ministersitz und muß Töne anschlagen, die dem französischen Bedürfnis nach großen Worten entsprechen, der „Temps" aber bleibt sich stets gleich. Habeat sibi, für uns ist die Angelegenheit erledigt. Daß sie vergessen wird, wollen wir nicht hoffen. Erst jetzt haben wir von den gleich skandalösen Vorfällen erfahren, die sich bei der Notlandung des Z 4 in Lunéville abgespielt haben. Sie sind empörend, und der Dank, den wir der französischen Regierung gesagt haben, gilt nur ihrer Diplomatie, nicht den französischen Autoritäten oder gar der feindseligen und pöbelhaften Haltung der Bevölkerung von Lunéville.

Ebensowenig wie die Stimmung in Frankreich, ist die Haltung des nichtoffiziellen Rußland erfreulich. Es scheint wenig bekannt zu sein, daß, wie wir schon oben andeuteten, kurz vor der Ssasonowschen Kundgebung wir unmittelbar vor einem russisch-österreichischen Kriege mit all den Konsequenzen, die er haben mußte, gestanden haben. Auch

täuscht man sich in der Annahme, daß die zum Kriege treibenden Elemente in Rußland definitiv unterlegen sind. Die Slavenbankette, die, wie die Bankette vor Ausbruch der Revolution des Jahres 1905, eine Nachahmung der französischen Reformbankette sind, die dem Sturze Louis Philipps vorausgingen, sind ebensowenig beseitigt worden, wie die Kampagne gegen Ssasonow und die fortgesetzte aufreizende Preßtätigkeit gegen Österreich und Deutschland, welche durch die Affäre Bravura eine neue, höchst bedenkliche Ergänzung erhalten hat. Vielmehr wird es ausdrücklich als ein Verdienst von diesen Kreisen in Anspruch genommen, daß die kriegerische Stimmung des russischen Offizierkorps und die Ovationen, die ihnen das Volk mit den Rufen: Nieder mit Österreich, zu den Waffen! darbrachte, in der Welt der österreichischen Slaven einen ungeheueren Eindruck gemacht habe. „In Wien weiß man genau, daß Herr Ssasonow und seine austrophile Politik nicht ewig dauern und daß das russische Selbstbewußtsein wachsen und sich weiter entwickeln wird. Früher oder später wird Österreich auf dem Schlachtfelde damit zu rechnen haben. Wer aber in diesem Kampfe den endlichen Sieg davontragen wird, ist nicht schwer zu sagen. Es genügt, an die nicht eben glückliche Geschichte der österreichischen Kriege der letzten Zeit zu erinnern." So ist in der „Nowoje Wremja" vom 18. April zu lesen.

Parallel damit bringt dasselbe Blatt Angriffe gegen Deutschland wegen der angeblichen Erwerbung einer Konzession auf die Bahn Samsun—Siwas, und gegen England wegen der Erwerbung von Koweit, wegen der Flottendemonstration gegen Montenegro und in Anlaß der „Sophismen" von Sir Edward Grey, der den Freiheitskrieg der Balkanslaven für erledigt erklärt habe, und in den Kämpfen um Albanien Streitigkeiten von nur lokaler Bedeutung erblicke. Die Petersburger Wjedomosti vom 11. April aber haben einen wahren Brandartikel gegen Deutschland veröffentlicht, dessen Unterstützung Österreichs und der Türken Rußland veranlaßt habe, jenen ungünstigen Vertrag mit England abzuschließen, der es nötigte, auf weiterer Ausdehnung seines Einflusses in Tibet und Südpersien zu verzichten und sich den Ausgang zum Persischen Golf versperren zu lassen, und das alles nur, um sich der Hilfe Englands gegen den gemeinsamen Feind, Deutschland, zu sichern.

Solche Stimmen, deren wir noch viele anführen könnten, ver-

dienen sicher Beachtung. Sie sind es, die den törichten Starrsinn Montenegros und die zweideutige Haltung Serbiens ermutigen, und wenn jetzt der Stillstand zwischen Bulgarien und der Türkei perfekt geworden ist, und ein Friedensschluß in naher Aussicht steht, läßt sich erwarten, daß nach demselben und falls wirklich, wie befürchtet werden muß, ein Krieg unter den Verbündeten von gestern zum Ausbruch kommt, die panslavistische Partei in Rußland aufs neue ihr Haupt erheben wird. Schon jetzt verlangt sie, daß Rußland sich in Albanien Garantien für Wahrung der Rechte des griechisch-orthodoxen Teils der Bevölkerung sichere, und als neues Aktionsobjekt hat sie das kleinasiatische Armenien ausersehen, um es vor deutschen und amerikanischen Einflüssen zu schützen. Es ist überall das Suchen nach einer Gelegenheit zu Konflikten und nur das eine erfreulich, daß die russische Regierung, wenn sie nicht dem Einfluß dieser Elemente rettungslos verfallen will, genötigt ist, in ihrer ablehnenden Haltung zu beharren und bei der Friedenspolitik zu bleiben, zu der Herr Sasonow sich bekannt hat. Noch besteht äußerlich das europäische Konzert, wie die Fortsetzung der Blockade zeigt, welche die internationale Flotte unter Oberbefehl des Admirals Cecil Barney in Vertretung der europäischen Großmächte in den montenegrinischen Gewässern durchgeführt hat. Aber daß an Durchbrechung des Konzerts in Rußland und Frankreich gearbeitet wird, ist sicher. Der „Temps" tut es, indem er Österreich beschuldigt, einen Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien anzufachen, und reicht auch in diesem Fall und mit den gleichen Argumenten der Aktion der russischen Kriegspartei die Hand. Sind ihre Pläne aufgeschoben, so sind sie doch nicht aufgegeben. Wie Frankreich durch seine dreijährige Dienstpflicht die kriegslustigen Elemente vorläufig abzufinden bemüht ist, sucht man in Rußland sie durch neue Rüstungen auf die Zukunft zu vertrösten. Am 16. April hat in Petersburg die Duma in geheimer Sitzung alle Forderungen des Kriegsministers und des Marineministers bewilligt. Es handelte sich namentlich um Reorganisation der Artillerie und um Steigerung des Rekrutenkontingents für 1913.

Nur kurz sei noch darauf hingewiesen, daß die Witterung den Zusammenstößen zwischen Mongolen und Chinesen ein Ziel gesetzt, daß die Annahme der Bill, welche den Ausländern die Erwerbung von Grundbesitz in Kalifornien verbietet, in Japan böses Blut gemacht hat, aber gewiß nicht in einen offenen Bruch ausmünden wird, daß

König Alfons XII. wiederum glücklich einem anarchistischen Attentat, das sein Leben bedrohte, entgangen ist. Der Mörder stammt aus Barcelona, dem Mittelpunkt republikanischer und anarchistischer Agitation. Der König ist im Begriff, in Frankreich einen Besuch zu machen, und das Gerücht will vom bevorstehenden Abschluß eines spanisch-französischen Bündnisses wissen. Ob es zustande kommt oder nicht, kann der übrigen Welt gleichgültig sein. Die allgemeine Lage wird dadurch nicht beeinflußt. Endlich ist ein Besuch der amerikanischen Flotte im Mittelmeer angekündigt. Es sollen 21 Schlachtschiffe sein. Die mörderischen Kämpfe der Franzosen in Marokko dauern fast ununterbrochen fort und dezimieren langsam, aber stetig die Bevölkerung des unglücklichen Landes.

25. April 1913: Auszug von Tripolitanern nach Tunis.
26. April: Essad Pascha proklamiert ein autonomes Königtum Albanien.
Eröffnung der Weltausstellung in Gent.
27. April: Demonstration der Royalisten in Lissabon.
28. April: Vertagung des Deutschen Reichstages zum 21. Mai.

---

30. April 1913.

In Rußland fiel der Ostersonntag dieses Jahres auf den 14./27. April. Am Aschermittwoch, den 10./23., erfolgte die sogenannte „Eroberung" von Skutari, und wie zu erwarten war, ist die Nachricht mit Jubel aufgenommen worden. Die nationalistische Erregung kombinierte sich mit jener merkwürdigen mystisch-religiösen Bewegung, die unter anderm an der erstaunlichen Zahl von Heiligsprechungen zu erkennen ist, die unter der jetzigen Regierung erfolgten, und eben jetzt durch die Heiligsprechung Hermogens fortgesetzt wurde. Die lange Reihe der Wunder, die am Grabe dieses neuesten Heiligen von einer Kommission des heiligen Synod als echt bezeichnet worden sind, wird nun durch das politische Wunder der „Eroberung" Skutaris vermehrt, und in diesem Sinne in fast blasphemischer Weise gedeutet:

„Bevor die Osterglocken bei uns erklangen, verbreitete sich die freudige Nachricht von der heiligen Auferstehung und von dem Mysterium, das sich in einem Bergwinkel des Balkans vollzogen hat. Kein mittelalterliches Bild, das die Leiden des Herrn darstellt, ist so voller Symbolik wie dieses Bild, das die Vorsehung vor den Augen des heutigen Europa entfaltet hat.

Der Anfang des Mysteriums aber war der Handel mit Montenegro um 30 Millionen Silberlinge. Der österreichische Judas küßt das montenegrinische Volk mit verräterischem Kuß und läßt das Geld vor den Ohren des Königs klingen. Aber auch das Mysterium des Gartens Gethsemane folgte darauf. Nach zwei Nächten langer Qual beschloß der König die „Auferstehung des Volkes". Und die ausgemergelten

einäugigen Tschernagorzen trugen ihr Kreuz zum alten Skadr (Skutari), und ihr Blut floß unter den Schmähungen und dem Spott des umstehenden Volkes, begleitet vom Hohn und dem Haß der diplomatischen Pharisäer; so stiegen sie auf den Berg und erwarteten, gekreuzigt zu werden von der internationalen Wache, welche die Ufer blockierte.

Und wirklich, wie durch ein Wunder vollzog sich die Auferstehung des Volkes: das Grab, das Europa mit den schweren Steinen der internationalen Verständigung gedeckt hatte, erwies sich machtlos, den auferstehenden Geist niederzuhalten. Und das Geschwader, das das Grab umringte, stob auseinander bei dem nie gesehenen Schauspiel. Es war ein Volk auferstanden, das Jahrhunderte unter dem Stein der Geschichte gelegen hatte, und es zeigte, daß es etwas Höheres gibt als Panzerkreuzer und Dreadnoughts, etwas Stärkeres als die Stimme des Volkes, das in rasender Grausamkeit ruft: Kreuzige ihn!

Christus ist erstanden, trotz der Wache, trotz der Befehle des Pilatus und der Forderung der grausamen Juden. Und so ersteht alles Große, Heroische und Ewige in der Welt. Es aufersteht wider Erwarten und erschüttert die staunende Welt, und es sammeln sich dann die Wolken, und der Donner dröhnt, und die Erde öffnet sich... Aber dieser Donner klingt freudig, und die Wolken leuchten hell: denn mit ihnen erheben sich die Toten aus ihren Gräbern und die Sonne leuchtet ihnen wieder, und sie kehren zu einem durch den Tod vertieften, neuen verklärten Leben zurück..."

So rhapsodiert ein Herr A. Rennikow in der „Nowoje Wremja" vom 26. Wenn nur die Wirklichkeit nicht in so schreiendem Gegensatz zu der hier versuchten Apotheose der Montenegriner stände! Wie ist doch der Verlauf der Ereignisse gewesen, deren Zeugen wir seit dem Oktober des vorigen Jahres waren? Wir glauben uns doch zu erinnern, daß die vier verbündeten Nationen sich zu einem Befreiungskampfe erhoben hatten, dessen Devise lautete: Der Balkan den Balkanvölkern! Aber sie hatten bereits im voraus bei Verteilung der Beute dasjenige Balkanvolk, das durch Jahrtausende seine alten Sitze behauptet hatte, als unberechtigt ausgeschaltet, und aus der Parole: den Balkan den Balkanvölkern die andere Parole gemacht: den Balkan den Balkanslaven, und, soweit es sein mußte, den Griechen. Diese Parole ist aber von Europa nicht anerkannt worden. Rußland legte sein Veto dagegen ein, als die Bulgaren das Kreuz auf der Hagia Sofia

aufzurichten dachten, denn das war eine Aufgabe, welche Rußland sich selber für die — nahe oder ferne — Zukunft vorbehielt, Europa aber erinnerte sich Albaniens und beschloß durch seine Vertreter in London einmütig, daß ein selbständiges Albanien als Staat ins Leben treten sollte. Wir erinnern uns der Interessen, die für Österreich-Ungarn und für Italien mit dem Entstehen dieses Albaniens albanesischer Nationalität verbunden waren, und wie zäh der Kampf um die Grenzen des neuen Staates von der Diplomatie in London geführt wurde. Rußland, dem wie immer Frankreich Gefolgschaft leistete, wünschte die Grenzen möglichst eng zu ziehen, um die von Albanien abgeschnittenen Gebiete den Serben, Griechen, Montenegrinern zuzuweisen und zugleich Serbien dadurch zu Zugeständnissen an Bulgarien zu veranlassen, um auf diesem Wege die Dankbarkeit der vier Königreiche sich zu sichern. Es galt, das bereits in der Ära Iswolski verfolgte Ziel des Balkanbundes unter russischem Protektorat zu erreichen, und da das ohne Verluste für einen Teil nicht möglich war, sollte Albanien, das von den Interessen Rußlands am weitesten abliegt, das Opfer werden. Nun liegt auf der Hand, daß vor allem die Interessen Österreich-Ungarns eine andere Lösung verlangten. Die beiden Mächte, welche entgegengesetzte Interessen vertraten, konnten zusammengehen, solange es sich darum handelte, einen Frieden zwischen den Verbündeten und der Türkei herbeizuführen. Auch sind diese Bestrebungen im Begriff, von Erfolg gekrönt zu werden. Der definitive Friedensschluß, der es den Balkanstaaten möglich machen wird, ohne Mittun der Türkei an die Regelung ihrer besonderen Interessen zu gehen, steht wohl unmittelbar bevor. Sie betreffen zurzeit fast ausschließlich territoriale Fragen. Weit schwieriger stellte sich die Frage der Grenzen Albaniens, aber auch darüber kam es, abgesehen von der noch offenen Südgrenze, zu einmütigen Beschlüssen aller Mächte; freilich dank der starken Nachgiebigkeit Österreichs, das sich dazu bequemte, die Westgrenze Serbiens weit tiefer in albanesisches Gebiet eindringen zu lassen, als seinen Interessen und den ethnographischen Verhältnissen entsprach. Die Mächte fanden es dagegen durchaus billig, den Wunsch Österreichs zu befriedigen und Skutari dem künftigen Albanien zuzusprechen. Darüber, daß Albanien nicht wieder an die Türkei zurückfallen sollte, hatte man sich schon vorher geeinigt. In diese Sachlage haben nun die inneren russischen Angelegenheiten eingegriffen. Die öffentliche Meinung Rußlands, oder was man so zu nennen gewohnt

ist, d. h. eine Gruppe von Zeitungen und die Koalition der Panslavisten und Nationalisten, hatte jeden Schritt der russischen Diplomatie seit Beginn der Krisis mit Mißtrauen begleitet. Die Angriffe auf den Ministerpräsidenten Kokowzew und auf Herrn Ssasonow nahmen einen bedrohlichen Charakter an, und wurden, wie geflissentlich verbreitet ward, von gewissen einflußreichen Hofkreisen unter der Hand unterstützt. Namentlich leidenschaftlich wurde die Parteinahme für Montenegro in seinen Kämpfen um den Besitz von Skutari. Als König Nikolaus, trotz der nicht mißverständlichen Willensäußerung Europas, der auch Rußland, durch das Organ des Grafen Benckendorff, sich angeschlossen hatte, die Belagerung Skutaris fortsetzte, und da er selbst nicht zum Ziel kam, sich der Hilfe Serbiens versicherte, wurde dann jene Flottendemonstration beschlossen, die in eine Blockade ausmündete, und der Rußland zwar zugestimmt hatte, an der es aber „pour sauver la face" nicht teilnahm. Serbien erklärte darauf, daß es seine Truppen von Skutari zurückziehe, aber seine schweren Geschütze blieben in der montenegrinischen Position und außerdem — wie behauptet wird, aber noch nicht einwandfrei bewiesen ist, — serbische Truppen in montenegrinischer Uniform. König Nikolaus aber schwor nach allen vier Himmelsrichtungen, daß er eher sterben, als auf die Eroberung von Skutari verzichten werde, auch von Kompensationen an Land und Geld an Stelle von Skutari nichts wissen wolle.

Nun kann kein Zweifel sein, daß er während des ganzen Verlaufs des Krieges mit Geld und Waffen unterstützt worden ist. Die Beweise dafür sind veröffentlicht worden. Es ist nicht denkbar, daß das kleine Land sich sonst in Feld und Haus hätte behaupten können. Auch ist man in Montenegro so sehr daran gewöhnt, Almosen zu empfangen, daß man sie in Cetinje wie einen Tribut entgegennimmt. Früher waren, je nach der politischen Lage, bald Österreich, bald Rußland die Zahlenden, mitunter beide, da in Montenegro die rechte Hand nicht zu wissen brauchte, was die linke bereits erhalten und in Sicherheit gebracht hatte. In letzter Zeit scheint auch Frankreich an Montenegro tributpflichtig geworden zu sein. Eine weitere Hilfe, vor allem aber eine dauernde Ermutigung brachten die Slavenkomitees in Rußland. Aber auch diese Hilfe hätte König Nikolai nicht nach Cetinje geführt, wenn nicht eine große Intrige eingesetzt hätte. Denn darüber kann jetzt kaum noch ein Zweifel sein, daß die letzten Kämpfe um Skutari nichts anderes waren

als Scheinkämpfe, und zwar auf Grund eines abgekarteten Spieles, und daß Verrat die Tore Skutaris geöffnet hat. In diesem Fall böte sich wohl Gelegenheit, über Silberlinge zu philosophieren.

Schon vor etwa acht Tagen tauchte gleichzeitig im „Temps" und in der „Nowoje Wremja" der Vorschlag auf, Albanien der Türkei als autonome Provinz zurückzugeben und die Verwaltung einem türkischen Vali zu übertragen. Ob dieser pfiffige Gedanke in Paris oder in Petersburg ausgeheckt wurde, steht nicht mit Sicherheit fest; doch wurde uns schon vor geraumer Zeit aus Petersburg mitgeteilt, daß in den dortigen slavophilen Kreisen ähnliche Kombinationen erwogen würden. Auch ist der Gedanke so übel nicht. Auf ein türkisches Albanien kann in Konstantinopel allezeit ein Druck ausgeübt werden. Er ist aber in ganz anderer Weise verwirklicht worden, als offenbar geplant war. Der Held und eigentliche Verteidiger Skutaris gegen die Montenegriner, Hassan Riza, ein Schüler deutscher Kriegskunst, der bei uns im großen Generalstabe gedient hat, wurde am 8. Februar dieses Jahres in den Straßen Skutaris ermordet, als er ein Diner verließ, zu dem ihn Essad Pascha geladen hatte, ein Albanier, der es verstanden hatte, durchzusetzen, daß ihm das Kommando von Skutari übertragen wurde. Essad hatte, sobald er die Nachricht von der Unabhängigkeitserklärung Albaniens erhielt, die albanesische Fahne an Stelle der türkischen hissen lassen und stand deshalb in schroffem Gegensatz zu Riza, der für die Ehre der türkischen Fahne eintrat. Es gilt heute für höchst wahrscheinlich, daß der Mord auf Befehl Essads erfolgte. Dieser Mann nun hat die Kapitulation Skutaris unterzeichnet, aber noch steht nicht fest, unter welchen Verpflichtungen Montenegro gegenüber. Da ihm mit seinen Truppen freier Abzug nach Albanien zugestanden wurde, könnten sich merkwürdige Verwicklungen ergeben. Es heißt, er habe sich zum König von Albanien proklamiert, lauter Dinge, die der Bestätigung bedürfen, die aber das Intrigenspiel, vor dem wir stehen, noch weiter komplizieren. Inzwischen hat Österreich erklärt, daß es unter keinen Umständen die Zugehörigkeit Skutaris zu Montenegro anerkennen werde, und die Botschafterkonferenz in London hat in Cetinje erklären lassen, daß Skutari geräumt und den Mächten übergeben werden müsse. Dagegen hat nun Montenegro protestiert und damit ist die Frage in ein Stadium getreten, das aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Einmarsch österreichischer Truppen mit oder ohne Mandat der Mächte führen wird.

Wir hoffen, mit Mandat der Mächte. Der österreichische Einmarsch aber muß erfolgen, denn es ist nicht möglich, sich dem zu entziehen, da ein weiteres Zurückweichen Österreichs ohne Verzicht auf sein Ansehen als Großmacht ausgeschlossen ist. Die Theorie der Petersburger Nationalisten, daß der Fall von Skutari eine neue Lage geschaffen habe, durch welche die Verpflichtungen, die Rußland in Petersburg auf sich genommen hat, alle Geltung verlieren, ist völlig unhaltbar. Ein Staat, der heute sein Wort gibt, und es morgen zurücknimmt, verliert allen Glauben, und es scheint uns ganz ausgeschlossen, daß Ssasonow bereit sein könnte, sich zu einem derartigen Schritt zu verstehen. Der „Temps" freilich ist anderer Ansicht. Er ist der Überzeugung, daß es sich nur um einen österreichischen Bluff handele. Man tue gut, ihm keinerlei Bedeutung beizumessen. Ein Kollektivdruck der Mächte auf Montenegro wäre ein unverzeihlicher Fehler. Österreich werde nichts tun: „Elle n'agira pas". Das Abkommen zwischen Essad und König Nikolai gebe eine elegante Lösung. Man habe Albanien erfunden, um gegen die Balkanstaaten vorzugehen, aber bevor Albanien geboren sei, hätten die Balkanstaaten sich ihre Hypothek gesichert. „C'est bien joué!" Gewiß, aber nur für Falschspieler! Die Schlußbetrachtung des „Temps" aber sagt: „Wir wiederholen, eine Gefahr ist nur vorhanden, wenn die Mächte der Tripleentente eine österreichische Drohung ernstnehmen, der keine Tat folgen kann."

Nun, wir meinen, daß das Ansehen Österreichs, zu dem dazu Deutschland steht, nicht so gesunken ist, daß derartige Ausfälle eines Blattes, dessen Beziehungen zu dem französischen Ministerium des Auswärtigen notorisch sind, ohne Entrüstung gelesen werden können. Wir können nur mit größtem Ernst wiederholen, daß es ein sehr gefährlicher Irrtum wäre, an einen österreichischen Bluff zu glauben. Der „Temps" stärkt mit seinen Argumenten die in Rußland zum Kriege drängende Partei, und wenn er wirklich die geheimen Gedanken der leitenden französischen Staatsmänner wiedergegeben hat, wüßten wir auch, was wir von den Zielen der Herrn Pichon und Poincaré zu halten haben. Das weit besonnenere und selbständigere „Journal des Débats" schlägt vor, den Verzicht Montenegros auf Skutari durch Kompensationen an Land nordöstlich von Skutari auszugleichen. Das wäre aber wiederum albanesisches Territorium. Uns scheint — obgleich wir nicht einsehen, daß Montenegro irgendeinen Anspruch auf

Rücksicht von seiten der Mächte hätte — weit praktischer, ihm ein Stück des Gebiets zu überlassen, das jetzt Serbien für sich beansprucht. Was aber England betrifft, über dessen politische Absichten der „Temps" verfügt, als ob er auch an den Beratungen des Foreign office teilgenommen hätte, so zweifeln wir nicht daran, daß Sir Edward Grey von einmal fest gegebenen Zusagen nicht zurückweicht. England wird dabei bleiben, daß Skutari den Albanesen zufallen soll und politischen Programmen, die das entgegengesetzte Ziel verfolgen, gewiß nicht zustimmen.

Die Agitation in Rußland ist im Steigen, trotz des rastlosen Eingreifens der Regierung, die keinen Tag hingehen läßt, ohne den Zeitungen Geldstrafen aufzuerlegen. Auch neue Slavenbankette sind in Vorbereitung. Kundgebungen auf den Straßen werden gewaltsam auseinandergesprengt. Die politische Atmosphäre bleibt aber trotzdem antiösterreichisch und antideutsch. Auch die Frage der Meerengen ist in diesem Zusammenhange den politischen Zuständen des Augenblicks wieder nähergerückt. Eine Resolution, die von einem Verein linksstehender Gelehrter, Professoren und Politiker slavischer Tendenz nach drei Vorträgen „über die Bedeutung der Meerengen für Rußland" gefaßt wurde, lautet:

„Die jetzige Lage der Meerengen schafft eine gefährliche Fiktion von Sicherheit gegen einen plötzlichen Angriff von der See her an unsern am Schwarzen Meer gelegenen Küsten. Sie mindert die internationale Bedeutung Rußlands, macht die Schwarze Meerflotte wertlos, erschwert ihre Entwicklung und ist ein ernstes Hindernis für eine aktive Politik Rußlands im nahen Orient. In Wirklichkeit ist die Möglichkeit, die Dardanellen zu schließen, für uns ökonomisch ebenso schädlich, wie das Eindringen einer feindlichen Flotte in das Schwarze Meer gefährlich ist. Daher ist es eine dringende Aufgabe unserer Politik, sich tatsächlich des Bosporus zu bemächtigen und die Dardanellen zu „demilitarisieren". Die Entscheidung der Meerengenfrage in der angezeigten Richtung ist unerläßlich für die Lebensinteressen Rußlands, und zwar jetzt gleich, denn sonst wird nach dem Balkankriege Deutschland als der faktische Beherrscher der Ufer des Bosporus erscheinen."

Also auch da wieder Deutschland! Übrigens ist der russische Marineminister soeben von einer Inspektion der Flotte des Schwarzen Meeres zurückgekehrt und, wie es heißt, hat er sich sehr befriedigt ausgesprochen.

Die Abberufung des russischen Militärbevollmächtigten, Obersten Sankewitsch, aus Wien und die Affäre Bravura hat beide Persönlichkeiten in Rußland populär gemacht. Die Tätigkeit beider Herren fällt in das Gebiet der politischen Spionage und Agitation und zurzeit wird auf beiden mit höchster Anspannung gearbeitet.

Bei der Korrektur obiger Zeilen trifft die Nachricht ein, daß, wie wir voraussahen, Österreich für einen weiteren Aufschub der Entscheidung in der Skutarifrage auf der Londoner Konferenz nicht zu haben gewesen ist. Es wird nunmehr selbständig vorgehen, und vielleicht hat seine Aktion bereits begonnen. Wir können das nur billigen. Österreich verteidigt seine Ehre und die Ehre Europas, mit der, unter dem ermunternden Zuspruch französischer und russischer Hetzblätter, Montenegro ein freches und frevelhaftes Spiel getrieben hat. Jacta alea esto. Was der „Temps" einen „Bluff" nannte, ist Wirklichkeit geworden, und unsere Hoffnung geht nun dahin, daß die Regierungen in Petersburg und Paris nicht vor den gewissenlosen Schreiern kapitulieren werden, die seit Jahr und Tag auf einen Krieg hinarbeiten. Unter allen Umständen steht aber fest, daß Deutschland seinen österreichischen Verbündeten nicht im Stich lassen wird.

1. Mai 1913: Die Skutarifrage vor der Botschafterkonferenz in London.
3. Mai: Die Pforte erklärt sich bereit, die Feindseligkeiten einzustellen und eine Friedenskonferenz in London zu beschicken.
5. Mai: Montenegro ist bereit, Skutari zu räumen.

---

7. Mai 1913.

Die erfreuliche Nachricht, daß König Nikolai von Montenegro Skutari bedingungslos zu räumen willig ist, scheint sich zu bestätigen. Sie wird von mehreren Seiten als authentisch gemeldet, und zwar soll der König dem Druck der Mächte der Tripleentente, zumal dem kategorisch ausgesprochenen Willen des Kaisers von Rußland nachgegeben haben. Nun sind wir freilich der Meinung, daß die Vorbereitungen Österreichs, über deren sehr ernsten Charakter kein Zweifel bestehen konnte, wohl das gewichtigste Argument gewesen sein werden, aber darüber zu streiten trägt nicht aus. Das Wesentliche ist, daß die Räumung Tatsache wird, daran aber werden wir, nach allem, was vorhergegangen ist, erst glauben können, wenn die Montenegriner die Stadt verlassen haben. So sehr es feststeht, daß an dem Willen der Großmächte, ihre Londoner Beschlüsse aufrechtzuerhalten, nicht zu zweifeln ist, ebenso sicher ist es, daß unsichtbare Einflüsse bemüht waren, die Ausführung dieses Willens zu durchkreuzen und dem König Nikolai die Hoffnung zu stärken, daß ein Deus ex machina ihm schließlich doch seine Wünsche erfüllen werde. Bisher haben wir keinerlei Anlaß gehabt, anzunehmen, daß die Entschlüsse, die in Cetinje gefaßt, und die Zusagen, die dort gegeben wurden, etwas anderes bedeuteten, als diplomatische Winkelzüge in einem Spiel, dessen Einsatz für den König, wie er zu glauben schien, die Zukunft seiner Dynastie war. Der letzte dieser Winkelzüge war die Meldung von den tapferen Kämpfen, die zur Erstürmung von Skutari und zur Kapitulation Essad Paschas führten, während es sich in Wirklichkeit um ein abgekartetes Spiel handelte, von dem wir bisher nur zwei der Mitspieler, den König und

den Pascha kennen; aller Wahrscheinlichkeit nach war es aber ein Spiel, mindestens zu Vieren. Wir wollen also die wirkliche Räumung von Skutari abwarten, und auch, wenn sie erfolgt ist, abwarten, welchen Preis der König sich ausbedungen hat, und wer ihn zahlen soll. Gegen Kompensationen an Land hat Österreich-Ungarn sich mit starkem Nachdruck ausgesprochen, und es ist schwer denkbar, daß es von diesem Standpunkt abgehen sollte, ohne seinerseits sich eine Entschädigung für die schweren Opfer zu sichern, die es seit nunmehr über sieben Monaten hat auf sich nehmen müssen.

Abgeschlossen ist die Lösung der Balkanfrage unter keinen Umständen. Sie wäre, wie in England die linksliberale „Nation" vor einigen Tagen mit Recht sagte, soweit es sich um Skutari handelte, schon längst zum Abschluß gekommen, „wenn nur ein einziger russischer Seekadett" an der Flottendemonstration der Mächte teilgenommen hätte. Das aber wollte die „öffentliche Meinung" Rußlands gerade nicht, und das arg in die Enge getriebene Ministerium glaubte ihr gehorchen zu müssen. „Das geniale Spiel des Königs von Montenegro — so läßt die „Nowoje Wremja" sich schreiben — hat alle Karten Österreichs in Verwirrung gebracht. Urteilen Sie selbst. Albanien, das Österreich so sehr bemüht war, ins Leben zu rufen, hat unerwarteterweise sich selbst gefunden. An die Spitze des Fürstentums ist Essad Pascha getreten, den die Verteidigung von Skutari so trefflich empfohlen hat. Er hat eine Armee von 25 000 Mann schlagfertiger Truppen, die ihn zum faktischen Herrn Albaniens macht, und dieser letztere Umstand entscheidet nach Völkerrecht die Anerkennung des so entstandenen Reiches. Albanien aber gibt Skutari den Montenegrinern zurück und tritt dem Balkanbunde bei. Was bleibt da dem Grafen Berchtold zu tun übrig? Er kann doch nicht die offenkundige Dummheit begehen, zu verlangen, daß Skutari den Albanesen gegen ihren eigenen Wunsch überlassen wird? Jedoch die österreichischen Diplomaten werden auch darauf verfallen, jetzt aber wahrscheinlich dabei nichts erreichen. Die Masken sind gefallen! Jedermann sieht, daß Österreich nicht für Albanien, sondern für sich selbst sorgen will. Dann aber ist auch klar, was die Tripleentente zu tun hat. Sie kann offenbar die österreichischen Wünsche nicht gutheißen. Mag Österreich sie selbst verteidigen. Es wird, wie ich versichern darf, sich bald überzeugen, daß es nicht so leicht ist, mit dem Balkanbunde fertigzuwerden."

Diese Ausführung gewinnt freilich einen beinahe komischen Charakter, nachdem jetzt König Nikolai erklärt hat, oder erklärt haben soll, daß er für Montenegro auf Skutari verzichte; man kann, um mit den Worten jener Korrespondenz der „Nowoje Wremja" zu reden, „doch nicht die offenkundige Dummheit begehen, zu verlangen, daß Skutari den Montenegrinern gegen ihren Wunsch überlassen werde".

Als Österreich auf der Londoner Konferenz mitteilte, daß es selbst entschlossen sei, einzugreifen, falls Montenegro nicht unverzüglich Skutari räume, lautete der Kommentar, den am 30. April der „Golos Moskwy" dazu gab: „Was die österreichische Diplomatie jetzt treibt, übersteigt alles Maß des Erträglichen. Auf der Botschafterkonferenz verlangt Österreich in ungewöhnlich dreister Form, daß Skutari in kürzester Frist von den Montenegrinern geräumt werde, widrigenfalls ... usw. immer crescendo, bis zur Drohung mit den 700—800 000 Bajonetten der Balkanslaven, denen Österreich nur wenig entgegenzusetzen habe, da es doch nicht denkbar sei, daß es in seiner Naivetät die russische Grenze entblößen werde, andererseits aber nicht übersehen könne, daß Rumänien gewiß nicht versäumen werde, die vier Millionen Rumänen in Siebenbürgen zu befreien, wie denn die Lage Österreichs kritisch werde, sobald Rumänien dem Balkanbunde beitrete. Eine Kampagne gegen Österreich würde zudem alle Schwierigkeiten beseitigen, die unter den Balkanverbündeten bestehen, und allen Teilen Kompensationen bringen. Welchen Sinn hat es, bei einer derartigen Lage Österreich zu fürchten, und es durch die Autorität des europäischen Konzerts zu stützen? Wenn Österreich seinem Untergang entgegengeht, liegt kein Anlaß vor, es dabei zu stören."

Daß diese hochmütigen, aller Wirklichkeit ins Gesicht schlagenden Ausführungen vornehmlich dahin zielten, den Montenegrinern den Nacken zu steifen, liegt auf der Hand. Es kombiniert sich diese Aktion mit der fortgesetzten Untergrabung der Stellung Herrn Ssasonows, dessen Rücktritt der „Golos Moskwy" als in den nächsten Tagen bevorstehend ankündigt. Er fügt hinzu, daß als Kandidat für die Nachfolgerschaft Ssasonows Witte genannt werde, der am 7. und 10. Mai in Zarskoje Sselo vom Zaren empfangen werden solle. Offenbar handelt es sich jedoch nur um Kombinationen, die darauf zurückzuführen sind, daß die nationalistische Rechte des Reichsrats einen überaus heftigen Protest gegen die Leitung der auswärtigen Politik Rußlands erlassen

hat, und daß bei den Ordensverleihungen, die zu Ostern stattfanden, sämtliche fünf Gesandte auf dem Balkan Auszeichnungen erhielten, darunter Herr v. Hartwig, der Panslavist stärkster Observanz ist, den Annenorden erster Klasse, während Herr Ssasonow übergangen wurde und Witte zu der ungewöhnlichen Verleihung des Wladimirordens erster Klasse ein sehr huldvolles Handschreiben des Zaren erhielt. Jedenfalls haben die zum Kriege gegen Österreich treibenden Kreise daraus den Schluß gezogen, daß an höchster Stelle man ihren Gedanken näherstehe, als der Schein bisher glaubhaft machte.

Die Unterstützung dieser Bestrebungen von Frankreich her dient ebenfalls dazu, sie zu ermutigen. Das Amüsanteste nach dieser Richtung hin ist von seiten der „Ligue Celtique Française" geschehen, die bemüht ist, den Franzosen auszureden, daß sie in irgendeinem organischen Zusammenhange mit der lateinischen Welt ständen; sie seien keltischer Rasse und den Slaven nahe verwandt, die überall mit den Germanen kämpften und stets mit den Gallen, einem der wichtigsten keltischen Stämme, verbunden waren. Es habe eine keltisch-slavische Rasse gegeben, was mit allerlei, wie uns scheint, sehr laienhaften Behauptungen zu beweisen versucht wird. Interessant ist auch die politische Moral, die aus dieser vermeintlichen Tatsache gezogen und folgendermaßen formuliert wird: „Das Bewußtsein der keltisch-slavischen Verwandtschaft kann jedenfalls ein wichtiges politisches Element in den Beziehungen verschiedener europäischer Völker zueinander werden. Auch die Angelsachsen sollten wissen, daß sie mehr keltisch-slavischer als teutonischer Herkunft sind... und deshalb verspricht die französisch-keltische Liga allen slavischen Völkern Europas ihre Unterstützung und fordert sie auf, gemeinsam zum Heil des Kelto-Slavismus zu arbeiten." Wir hätten dieses sehr ernst vorgebrachte Kuriosum nicht erwähnt, wenn es nicht zeigte, zu welchen Opfern man in Frankreich der alliance Franco-Russe zuliebe bereit ist. Bisher war es der Stolz der Franzosen, die geistige Spitze des lateinischen Sprachstammes darzustellen und die union latine — natürlich unter französischer Hegemonie — eines ihrer meist gepflegten politischen Ideale! Aber seit geraumer Zeit ist darin eine Wandlung eingetreten, und es ist nicht unmöglich, daß es die Ereignisse der letzten Zeit sind, die den Umschwung zum Durchbruch gebracht haben.

Schon was sich während der tripolitanischen Kampagne abspielte,

verstimmte lebhaft. Man gönnte den Italienern ihre raschen Erfolge nicht; der stolze Aufbau der italienischen Marine erregte Mißtrauen, die Hoffnung, Italien vom Dreibunde zu lösen, die Herr Barrère seit Jahren nährte und stets als nahe bevorstehend ankündigte, erwies sich als ein Phantom, und vollends die Tatsache, daß Italien in der albanesischen Frage Hand in Hand mit Österreich geht, erscheint völlig unerträglich. Daher war die Losung der gesamten französischen Presse, daß eine italienisch-österreichische Aktion um jeden Preis verhindert werden müßte. Das „Journal des Débats" vom 5. Mai, das die Nachricht von dem Verzicht König Nikolais auf Skutari noch nicht erhalten hatte, beschwört England in Gemeinsamkeit mit Frankreich, Truppen in Antivari und Dulcigno zu landen und eventuell nach Skutari marschieren zu lassen. „Weshalb", rufen die „Débats" aus, „sind nicht auch russische Schiffe da!" „Glücklicherweise sind englische und französische Schiffe bereit, und für sie ist der Augenblick gekommen, der Ausführung eines internationalen Beschlusses einen internationalen Charakter zu verleihen, um das Gleichgewicht auf dem Balkan und in Europa zu retten! Es ist zurzeit das einzige Mittel, die Unabhängigkeit und die ökonomische Entwicklung Serbiens und Montenegros zu retten... Die Anwesenheit internationaler Truppen in Skutari wird die Sicherung der Interessen Serbiens sein. Das muß man heute überall verstehen, zumeist in Petersburg. Es ist kein Augenblick zu verlieren. Wir rechnen darauf, daß es wenigstens in Paris nicht der Fall sein wird."

Man fragt dabei wohl, wozu all der Lärm? Die Skutarifrage ist, falls König Nikolai Wort hält, wofür wir übrigens unsere Hand nicht ins Feuer legen wollten, tatsächlich gelöst. Was außerdem vorliegt, ist der Wunsch Österreichs und Italiens, die durch Essads Verrat und Djavid Beis Vorgehen gefährdete Ordnung in Albanien anzubahnen und aufrechtzuerhalten. Djavid, der sich in Valona festgesetzt hatte, ist inzwischen von Essad geschlagen worden und seine Truppen sind zersprengt und gefährden in bedenklichster Weise die Sicherheit des Landes. Daß, wenn diese Wirren sich steigern, oder nur fortdauern, die Herstellung einer Autonomie Albaniens sich als undurchführbar erweisen muß, liegt auf der Hand. Damit ist aber der Fall eingetreten, den der österreichisch-italienische Vertrag von 1901 vorsieht, der nach der Formulierung der „Neuen Freien Presse" sagt: Für den Fall, daß die Durchführung der Autonomie Albaniens sich als unmöglich herausstellt,

werden Österreich und Italien sich über die Maßregeln einigen, die für diesen Fall in Betracht kommen. Das sei die jetzt eingetretene Lage, und wir glauben annehmen zu können, daß die Einigung bereits erfolgt ist. Zudem ist von der österreichischen Regierung offiziös erklärt worden, daß von einer Teilung Albaniens keine Rede sei.

Überlegt man die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene Lage, so ist offenbar die Skutarifrage von der albanesischen zu trennen. Die erstere ist in ihrem gefährlichsten Stadium, dem Versuch, die Stadt Montenegro anzugliedern, erledigt, das weitere ist minoris momenti; die albanesische Frage aber hat dadurch, daß eine normale Entwicklung, wie sie allseitig gewünscht wurde, höchst unwahrscheinlich geworden ist, einen Charakter angenommen, der es Österreich unmöglich macht, den gleichgültigen Zuschauer zu spielen. Trotz aller Bemühungen, die Gegensätze zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland auszugleichen, scheint ein Konflikt zwischen ihnen fast unvermeidlich geworden zu sein. Was man das Gleichgewicht auf dem Balkan nennt, d. h. die neue Lage, welche die Eroberung türkischen Territoriums geschaffen hat, droht darüber zusammenzubrechen und bei der offenkundigen Feindseligkeit seiner beiden nächsten Nachbarn, Serbiens und Montenegros, ist Österreich, wenn es sich anders als ein Auch-Balkanstaat behaupten will, genötigt, seine Stellung und seinen Einfluß in Albanien zu festigen, während anderseits Italien nicht dulden kann, daß eine neue Seemacht sich in Valona festsetzt. Alle Wahrscheinlichkeit aber spricht dafür, daß ein in Zwist und Bürgerkrieg lebendes Albanien diese Position den Griechen abgeben müßte. Essad hat ja gezeigt, daß er in dieser Hinsicht nicht eben bedenklich ist. Endlich, und das muß doch unterstrichen werden, das systematische Aufhetzen der Serben gegen Österreich durch die Führer der öffentlichen Meinung Rußlands macht es zu einer Selbsterhaltungspflicht der habsburgischen Monarchie, auf der nordwestlichen Seite der Halbinsel sich in starker Aufstellung zu behaupten. Das Interesse Deutschlands an diesen Balkanproblemen ist nur ein indirektes. Alle unsere Wünsche gehen auf einen baldigen, nach Möglichkeit friedlichen Ausgleich der bestehenden Gegensätze. Wir wünschen allen Balkanstaaten Jahre friedlicher Arbeit, und daß sie nicht zu Werkzeugen fremder Interessen und fremder Leidenschaften werden. Daß der Balkanbund ein Werkzeug des ruhelosen russischen Panslavismus und seiner antiösterreichischen Spitze wird, müßten wir als eine Gefahr betrachten. Auch

sehen wir mehr Gegensätze des Denkens, der Gesittung und des Volkscharakters zwischen ihnen, als Momente der Einigung. Seit sie nebeneinandersitzen, haben sie sich stets als natürliche Gegner betrachtet und nicht einmal die Waffenbrüderschaft der letzten Monate hat diese Gegensätze beseitigen können, sie sind vielmehr vertieft worden. Zwischen Serben und Bulgaren haben bereits die ersten Scharmützel stattgefunden, die Serben sind aus Istib vertrieben worden, zwischen Bulgaren und Griechen kann es jeden Tag zu Zusammenstößen kommen, im Athos drohen Großrussen und Kleinrussen übereinander herzufallen. Es gärt eben überall und in Serbien, dessen Haltung meist in Frage kommt, befindet sich Paschitsch der erregten öffentlichen Meinung des Landes gegenüber in einer ähnlichen Lage wie Ssasonow in Petersburg.

Die „Neue Freie Presse" bringt aus den Granville Memoiren in Erinnerung, daß Lord Goschen und Bismarck sich bei einem Gespräch über die orientalische Frage darin geeinigt hatten, daß eine Besetzung Albaniens von seiten Österreichs eine dem allgemeinen Interesse entsprechende Maßnahme wäre. Seither sind die österreichisch-italienischen Verträge hinzugekommen und die Lage ist dadurch wesentlich modifiziert worden. Aber so ziemlich alle Politiker, welche die Balkanfrage seit der Krisis des Jahres 1908 mit kritischem Blick verfolgt haben, sind darin einig, daß die Rückgabe des Sandjak Nowybazar an die Türkei ein schwerer Fehler war, und ebenso, daß die Nichtbesetzung des Sandjak im Oktober vorigen Jahres ein Fehler war, der mindestens ebenso schwer wog. In beiden Fällen wäre die Entwicklung notwendig eine ganz andere, und wie sich mit Bestimmtheit sagen läßt, eine für Österreich weit günstigere geworden.

Bei der ungeheuren Bedeutung, die der orientalischen Frage zukommt, müssen wir uns die Besprechung der andern Probleme der Weltpolitik, an denen es wahrlich nicht fehlt, für ruhigere Tage vorbehalten und uns mit der Angabe der Stichworte begnügen. Daß die Stellung der Türkei, als Türhüter der Dardanellen, ein Moment der Schwäche, nicht der Stärke ist, haben wir schon mehrfach hervorgehoben. Es gärt in Armenien und in Syrien, an dem Frankreich sich in verdächtiger Weise wieder lebhafter zu interessieren beginnt. Die arabische Frage drängt sich in den Vordergrund. In Persien nimmt der russische Einfluß stetig zu. Man will den jungen Schah für mündig erklären, und wird ihn dann wohl besser lenken können, als den Regenten und den

Medjlis. Die mohammedanische Bewegung in Indien macht der englischen Regierung ernstliche Sorgen, in Französisch-Hinterindien steht man vor einer gefährlichen Krisis, in der, wenn wir richtig sehen, Erscheinungen zutage treten, die in Zusammenhang mit der von Japan geleiteten panasiatischen Bewegung stehen. Die chinesische Republik ist von den Vereinigten Staaten von Nordamerika anerkannt worden, die übrigen Mächte werden wohl folgen, sobald die Präsidentenwahl erledigt ist. Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf Juanschikai fallen, aber im Süden regt sich ein gefährlicher Widerspruch, und es scheint, daß die Freundschaft zwischen Juan und Sunjatsen sich bereits überlebt hat. Die Gefahr eines russisch-chinesischen Krieges besteht fort, aber man temporisiert beiderseits aus guten Gründen. Immerhin kann kaum ein Zweifel sein, daß hier der Punkt liegt, an dem Rußland meist verwundbar ist. Japan liegt mit Kalifornien in Streit und ist bereit, die Entscheidung über die Konfliktspunkte dem Haager Schiedsgericht zu überlassen, das ohne Zweifel für Japan entscheiden würde, und dieselbe Verlegenheit steht den Vereinigten Staaten in dem Streitfall mit England über die Panamafrage bevor. Da nun Amerika mehr als jede andere der Großmächte den Gedanken schiedsrichterlichen Ausgleichs politischer Streitigkeiten vertritt, ergibt sich hier ein Gegensatz von Prinzipien und Interessenfragen, auf dessen Lösung man wohl gespannt sein kann.

Da wir schließen, ist die Entscheidung in London gefallen. Nikolai von Montenegro hat wirklich auf Skutari verzichtet, und die Räumung Skutaris wird unter Aufsicht der Flottenoffiziere eines europäischen Geschwaders erfolgen, also etwa so, wie der oben wiedergegebene Artikel des „Journal des Débats" verlangt.

7. Mai 1913: König Alfons XIII. in Prag.
Das Unterhaus lehnt die Bill, die Wahlrecht der Frauen beantragt, mit 47 Stimmen Mehrheit ab.
Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses.
13. Mai: Die Vereinigten Staaten erkennen den Präsidenten Huerta von Mexiko nicht an.

14. Mai 1913.

Die letzten acht Tage haben dahin geführt, daß die zeitweilig sehr naheliegende Gefahr eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Rußland jetzt als beseitigt angesehen werden kann. Das ist um so erfreulicher, als die Wahrscheinlichkeit dafür sprach, daß ein solcher Krieg auch uns zu den Waffen gerufen hätte, da Frankreich gebunden ist, unter allen Umständen der von Petersburg ausgegebenen Parole Folge zu leisten. Herr Ssasonow hat aber, trotz des Andrangs der Panslavisten, bis zum letzten Augenblick ihnen standgehalten und die energischen Mahnungen, die er nach Cetinje richtete, haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, den Starrsinn des Königs Nikolai zu brechen. Skutari wird von 1000 Mann internationaler Truppen besetzt werden, zu denen auch wir ein Kontingent von 100 Bajonetten stellen, und diese Mannschaften werden in Albanien bleiben, bis die serbischen, montenegrinischen und türkischen Truppen das „autonome Fürstentum Albanien" geräumt haben. Zum Teil ist das schon geschehen. Essad Paschas Rolle ist ausgespielt. Die Londoner Konferenz hat seine mit König Nikolai getroffenen Abmachungen für null und nichtig erklärt, er selbst mit seiner Mannschaft ist nach Konstantinopel zurückgerufen worden und der Versuch Rußlands, Albanien unter einem türkischen Vali als autonome türkische Provinz organisieren zu lassen, ist an dem allseitigen Widerspruch gescheitert. Jetzt ist man in Petersburg bemüht, für Montenegro eine Kompensation an Land und Geld in London zu erbitten und es ist nicht unmöglich, daß dieses Ziel, soweit es sich um eine Geldunterstützung handelt, erreicht wird. Den Montenegrinern trägt man wegen ihrer Tapferkeit im Felde doch allgemein menschliche Sympathien

entgegen, und die Not im Lande ruft so viel Mitleid wach, daß man geneigt ist, deshalb mit minderer Strenge dem Könige gegenüber ins Gericht zu gehen. Ihn aber nach all seinen Intrigen noch durch Gewährung eines Geschenks an Land und Leuten gleichsam zu belohnen, liegt um so weniger Grund vor, als Montenegro sich nur auf Kosten der Albanesen vergrößern ließe, wenn anders man nicht Gebiet, das heute serbisch ist, dazu nehmen will. Dagegen würden aber die ohnehin mit ihrem Anteil an der Beute nicht zufriedenen Serben protestieren und sie zu einem Verzicht zu zwingen, fühlt, soweit wir sehen, niemand sich berufen.

Ganz erledigt ist der rumänisch-bulgarische Streit. Beide Teile haben sich der Entscheidung gefügt, die sie vom Petersburger Kabinett erbeten hatten. Silistria mit seinen Befestigungen und einem Rayon von 13 km ringsherum fällt an Rumänien, während der rumänische Anteil an der Dobrudscha von Popina an der Donau durch die Hügelreihe begrenzt wird, die bis zum Cog Schabla am Schwarzen Meere führt, das bulgarisch bleibt. Der rumänische Hafen Constanza und das bisher allen Angriffen von Westen her ausgesetzte Mangalia werden erst jetzt in gesicherter Lage sein. Man nimmt wohl mit Recht an, daß Rumänien aus Mangalia einen Kriegshafen ersten Ranges machen wird. Daß es in Bukarest eine Gruppe gibt, die sich mit diesen Erfolgen nicht zufriedengeben will, kann nicht wundernehmen im Hinblick auf die großartigen Erfolge Bulgariens; wir sind aber der Meinung, daß die Politik König Carols, der ohne Schwertschlag durch das bloße Gewicht seiner Machtstellung und seines Ansehens das für Rumänien Notwendige zu erringen wußte, die weisere war, und nicht die Philipescos, der auch jetzt noch durch einen Krieg mit Bulgarien größere Erfolge erringen will. Wir dürfen mit Sicherheit annehmen, daß die rumänischen Kammern das Petersburger Protokoll gutheißen werden. Sehr bezeichnend war es, wie die russische Presse während des ganzen Verlaufs der Krisis Rumänien bald umschmeichelt, bald bedroht hat. Das Ziel dieser Taktik war, Rumänien zum Anschluß an die russisch-französische Kombination zu gewinnen, um so einen Mitkämpfer mehr gegen Österreich zu haben, dessen Zertrümmerung nach wie vor das Ziel aller Wünsche der panslavistischen Kreise Rußlands ist. Wie sie den Niedergang der Türkei als einen Erfolg ihrer Bestrebungen beanspruchen, meinen sie nach derselben Methode in Zukunft — und zwar

in baldiger Zukunft — auch mit Österreich-Ungarn aufräumen zu können. Darüber kann niemand im Zweifel sein, der Geschichte und Politik des russischen Panslavismus und seiner Parteigänger verfolgt hat. Die „Moskow. Wjedomosti" drücken das folgendermaßen aus: „Österreich ist zusammengeklebt aus Völkerschaften, die sich gegenseitig hassen; es ist unfähig, sie so zu vereinigen, daß ihre staatlichen Grundlagen sie befriedigen und dauern. Die Auferstehung der slavischen Welt, die bisher von den Türken geknechtet wurde, bedeutet für Österreich ein wirkliches Memento mori.

„Nein! Die Existenz des heutigen Österreich ist allen schädlich, wird für alle eine Quelle des Blutvergießens, und gereicht niemandem zu Nutz. Eine richtige Politik würde jetzt verlangen, daß Österreich seinen eigenen Kräften überlassen wird, und nur darauf achten, daß niemand ihm zu Hilfe kommt. Wenn aber infolge eines Zusammenstoßes mit dem Balkanbunde Österreich zu zerfallen beginnt, sollte das europäische Konzert für eine vernünftige Liquidation der Erbschaft des neuen politischen Leichnams Sorge tragen, aber die Liquidation nicht so quälend lange hinziehen, wie es mit dem türkischen kranken Manne geschah." Diese hochmütigen und selbstgerechten Ausführungen stehen nun freilich in schreiendem Gegensatz zur Wirklichkeit, die wir auf der Balkanhalbinsel verfolgen, wo Serbien, Bulgarien und Griechenland mit gefälltem Bajonett einander gegenüberstehen und nur auf den Abschluß des Friedens mit der Türkei warten, um ihre Händel auszutragen. „Es liegt auf der Hand," schreibt der „Manchester Guardian", „daß Bulgarien sich nicht berauben lassen und seine Interessen mit all der ihm eigenen Energie zu verteidigen wissen wird. Noch hat das offizielle Bulgarien sich nicht geäußert. Werden die Minister interpelliert, so ist die Antwort stets, daß sie auf die Loyalität der Bundesgenossen rechnen. Aber diese Art Schweigen bedeutet nichts. Die bulgarische Regierung ist sich der Gefahren der jetzigen Lage durchaus bewußt und versäumt nichts, um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Ohne Unterbrechung werden Truppen im Süden und im Südwesten konzentriert, und gleich nach Abschluß des Friedens mit der Türkei werden die Armeen von Tschataldscha und Bulair auch hingesandt werden, ganz wie es mit der Armee von Adrianopel geschah. Wird es also zu einem neuen Kriege kommen? Das ist möglich und den Großmächten fällt die Aufgabe zu, den Versuch zu machen, ihn

abzuwenden durch alle diplomatische Geschicklichkeit, über die sie gebieten."

Die Frage ist nur, ob mit diplomatischen Mitteln hier etwas zu erreichen sein wird. Bulgarien wird ihnen weniger zugänglich sein als Montenegro, und seit Bulgarien sich mit Rumänien verständigt hat, steht es auch Maßnahmen, wie man sie in Skutari ausspielt, fast unangreifbar gegenüber. Österreich, das allein praktisch eingreifen konnte, hat keinerlei Anlaß, der Verwirklichung der bulgarischen Wünsche entgegenzutreten, andererseits aber ist Serbien nicht bereit, freiwillig auf den Teil Mazedoniens zu verzichten, den es beansprucht, und endlich ist es nicht ausgeschlossen, daß auch die Frage über den Besitz Salonikis aufs neue kritische Formen annimmt. Das alles läßt die Idee von einem Kampf der Balkanföderation gegen Österreich im Licht einer ungeheuren Unwahrscheinlichkeit erscheinen und der Schluß liegt nahe, daß jenes drohende Nachspiel des Balkankrieges in hohem Grade ernüchternd auf die slavischen Elemente der habsburgischen Monarchie wirken muß, die heute den Einflüsterungen der russischen Panslavisten ihr Ohr zu leihen Neigung zeigen. Auch eine andere Seite dieser slavischen Frage verdient wohl beachtet zu werden. Hat man wirklich ein Recht in Rußland, Österreich wegen seiner „zusammengeklebten" Völkerschaften zu verhöhnen? Es gibt bekanntlich keinen Staat, der aus so vielen heterogenen Völkerschaften besteht, wie Rußland. Von Finnland ausgehend, über die Ostseeprovinzen, in denen nur das deutsche Element die nachglühenden revolutionären Elemente der Esten und Letten niederhält, durch Littauer und Polen zur Ukraine und zum Kaukasus sehen wir nichts als Unzufriedenheit, und wer sich ein Bild der Entwicklung machen will, die sich dort vorbereitet, der lese das Buch von Stephen Graham: Changing Russia („Russische Wandlungen"), das die Zustände an der Ostküste des Schwarzen Meeres und im Ural schildert, wie sie sich gestaltet haben, nachdem der russische Bauer durch die Industrialisierung des Landes aus seinen alten Bahnen gerissen worden ist. Grahams Betrachtung mündet in die folgenden erschütternden Sätze aus: „Man mag annehmen, daß das Aufgehen des Russen in Handelsinteressen (commercialisation), die Verweltlichuug seines Lebens ihm nicht schadet, da es der bürgerlichen Bevölkerung Englands, Frankreichs und Deutschlands unter ähnlichen Verhältnissen gelungen ist, in bessere Bahnen einzulenken. Aber das wäre ein Irrtum;

wenn einst die russische Bevölkerung ganz verderbt sein wird, wird sie die verräterischste, nichtswürdigste und gefährlichste in Europa sein. Dem verdorbenen Russen ist alles möglich; in der Tat seine Lieblingsmaxime lautet — wie er glaubt von Nietzsche übernommen — daß „alles erlaubt ist" und unter „Allem" versteht er jeden Greuel, alle schreckliche und unerhörte Bestialität, alle Grausamkeit, alle Falschheit, alle Ausschweifung... So selbstsüchtig wie es möglich ist zu sein, grob, plump, häßlich, ungetreu in der Ehe, unzüchtig, unrein, offenbar unfähig, das Gute und Wahre bei seinen Nachbarn und im Leben zu verstehen — so ist der russische Bourgeois." Es knüpft sich daran noch eine weitere Reihe von Charakteristiken, die uns in die Reihen der russischen Fabrikarbeiter führen und das bestätigen, was uns jetzt Tag für Tag in den russischen Tagesblättern als „Hooliganentum" vorgeführt und in russischen Sittenromanen geschildert wird. Der bekannte Publizist Menschikow hat dieses Thema kürzlich in der „Nowoje Wremja" unter dem Titel: „Rettet, was zu retten ist" sehr eingehend und offenbar in höchster patriotischer Sorge behandelt. Es mache sich — schreibt er — ein Räuberwesen breit wie in den Tagen Pugatschews: die Hooligans, die den Gutsbesitzer von seinem Gut vertreiben, den arbeitsamen Bauer zum Auswandern veranlassen, weil in dem verwilderten Dorfe ein gesittetes Leben immer unmöglicher werde. Während des siebenjährigen Bestehens des russischen Parlamentarismus sei der Kampf mit der Anarchie in den Dörfern um keinen Schritt vorwärtsgekommen. Es breite sich etwas Sarmatisch-Skythisches über Rußland aus und verdränge die Wurzeln des europäischen Bürgertums...

Dies alles aber sind nur bestimmte Nährböden der Krankheiten, unter denen das heutige Rußland zu leiden hat; auf ihnen wuchert die kritiklose revolutionäre Gesinnung, die, wie in den Tagen vor Ausbruch der Revolution des Jahres 1905, die Schüler ergreift, wuchern die gleich kritiklosen sozialistischen Ausschreitungen der Arbeiter und wohl auch jener Größenwahn, der einerseits alte Kulturstaaten zu zertrümmern vorschlägt, und anderseits danach trachtet, Persien, Armenien, die Mandschurei und die Mongolei sich zu eigen zu machen, nur um sie zu besitzen und schließlich ebenso zugrunde zu richten, wie jetzt Finnland zugrunde gerichtet wird.

Wir schließen unsere Betrachtung mit dem Hinweis auf zwei Bücher, die uns ganz andere Interessen nahelegen. Das erste ist die

Studie eines Franzosen über deutsche Verhältnisse William Martin: La crise politique de L'Allemagne contemporaine. Paris 1913. Der Verfasser ist Dr. juris und Korrespondent des „Journal des Débats". Er hat in zehn Kapiteln alle Seiten unseres politischen Lebens kritisch zu erfassen gesucht und wir wollen gleich vorausschicken, daß diesem Buch ein gründliches Studium vorhergegangen ist. Er gibt uns auch die Versicherung, daß er durchaus unparteiisch schreiben wolle und wir wollen nicht zweifeln, daß er glaubt, unparteiisch gewesen zu sein. Dennoch läßt sich seine Arbeit nur als völlig irreführend bezeichnen. Herr Martin hat mit dem Scharfsinn einer stark ausgesprochenen Antipathie alles durchforscht, was ihm an unseren Institutionen Anzeichen des Niederganges und des Verfalls zu beweisen schien, und wie wir nicht bestreiten wollen, mit dem Finger deutlich auf Stellen hingewiesen, an denen er Schäden entdeckte oder zu entdecken glaubt. In dieser Hinsicht verdienen seine Ausführungen die Beachtung aller derjenigen, denen an der Besserung des Bestehenden liegt und wir hoffen, daß das Buch in unseren Ministerien und bei unseren Abgeordneten Beachtung finden wird. Der Fehler in der Anlage und Durchführung dieser Studie deutschen politischen Lebens liegt aber darin, daß Deutschland gleichsam aus dem Zusammenhang mit dem übrigen Europa losgelöst und isoliert wird, wo es sich um Probleme handelt, die ganz Europa gemein sind. Es ließe sich zu jedem seiner zehn Kapitel ein Parallelkapitel schreiben, das zum Vergleich die entsprechenden französischen Zustände gegenüberstellt, und dann würde sich wohl die Frage aufwerfen lassen, wo trotz allem das Fundament des politischen Lebens das festere und gesundere ist. Mit den Einwänden, die wir in Detailfragen zu erheben haben, halten wir zurück, das führt über den Rahmen unserer Wochenschau hinaus; sie werden jedem deutschen Leser von selbst auffallen. Am einseitigsten ist die Behandlung der Fragen, welche die auswärtige Politik Deutschlands betreffen.

Auf ein ganz anderes Gebiet führt uns das Buch von Dr. Fritz Wertheimer: Deutsche Leistungen und deutsche Aufgaben in China, Berlin, Verlag von Julius Springer, das namentlich den Fachleuten und unsern kolonialen Kreisen empfohlen sei. Es ist eine überaus gründliche und sachverständige Arbeit, die mit einer vortrefflichen historisch-politischen Einführung in Chinas politische und wirtschaftliche Lage nach der Revolution beginnt und danach in acht Kapiteln die deutschen

Leistungen und die deutschen Aufgaben in China darlegt: Politische Leistungen und Aufgaben. Land- und Forstwirtschaft in China. Die Entwicklung des Verkehrswesens. Bodenschätze und Industrialisierung. Vom Handelsgeschäft in China. Tsingtau. Deutsche Kulturaufgaben in China. Die deutschen Schulen in China.

Jeder dieser Abschnitte bringt nicht nur lebhafte Anregung, sondern auch gründliche Belehrung, wenn auch der Verfasser sich gelegentlich in Utopien verirrt, und bei seinen Anforderungen an Kenntnis der chinesischen Sprache, mit einer Entwicklung rechnet, die bestenfalls nach Jahrzehnten verwirklicht werden kann. Aber seinen guten Willen verkennen wir nicht. „Es kann" — schließt der Verfasser — „nicht oft genug betont werden, daß jeder Tag in China kostbar ist, daß diese Revolution in China Furchen gepflügt hat, die der Saaten harren und in die andere den Samen streuen, wenn wir uns nicht beeilen werden. Wir haben Dutzende von Millionen ausgegeben, um in Tsingtau den Rohbau eines Hauses fertigzustellen, dessen Inneneinrichtung zum Teil noch fehlt. Wir haben eine Station, die Funken ausstrahlen kann, wenn man ihr erst die jetzt dringend nötigen weiteren Mittel zum Arbeiten gibt. Wir haben den Platz an der Sonne, der nur etwas einbringen kann, wenn man ihn weiter entwickelt. Wir sind an einem einzigen Orte in China großzügig und zukunftsgewiß vorgegangen, wir dürfen aber auch nicht all die anderen Orte vergessen (was gewiß nicht geschieht), an denen andere Aufgaben harren. Der erste Schritt verpflichtet uns zu weiteren. Sie sind nicht kriegerischer, nicht militärischer Natur, sie entspringen keinem Landeroberungsgelüste. Sie sind friedlich und bezwecken Ausdehnung des deutschen Handels und der deutschen Kultur. Diese Schritte müssen getan werden, und je schneller und fester sie getan werden, desto größer wird der Nutzen für Deutschland und für China sein."

Von den letzt eingelaufenen Nachrichten seien noch folgende charakteristische Notizen hervorgehoben: Der „Temps" läßt sich aus Petersburg schreiben: In gewissen russischen Kreisen und zwar speziell unter den Liberalen, wird mit Befriedigung hervorgehoben, daß der Kaiser nur in seiner Eigenschaft als Vetter des Deutschen Kaisers nach Berlin reisen wird. Weder der Minister des Auswärtigen, noch der Ministerpräsident werden ihn begleiten. Man sagt in Kreisen, die dem Hofe nahestehen, daß diese Reise eine ausgezeichnete Gelegenheit für den Zaren sein wird, seinen andern Verwandten, König Georg, zu

treffen. Er wird auch dem Deutschen Kaiser sagen können, welches die Geistesrichtung der leitenden russischen Sphären ist, und daß sie unerschütterlich fest zu der Gruppierung stehen, der Rußland angehört, besonders jetzt mehr als je, nachdem die Balkankrisis beendigt ist.

Die gleiche nicht zu verkennende Tendenz zeigt die folgende Notiz desselben Blattes: Man organisiert für den 25. Mai Empfänge und Festlichkeiten zu Ehren des französischen Geschwaders, dessen Besuch unter Führung des Admirals Le Bris angekündigt ist.

17. Mai 1913: Präsident Wilson tritt im Streit Japans mit Kalifornien für letzteres ein.
19. Mai: Kundgebungen gegen die dreijährige Dienstzeit an vielen Orten Frankreichs.
20. Mai: Eröffnung der Jahrhundertausstellung in Breslau.
21. Mai: König und Königin von England in Berlin.

21. Mai 1913.

Der ungeheure Lärm, mit dem in Frankreich für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht in Kammer und Presse eingetreten wurde, hat den erwünschten Erfolg noch nicht gehabt, und die Kampagne um den Schutz des „bedrohten" Vaterlandes mündet allmählich in einen Parteikampf um die leitende Stellung im Staate aus. Und das ist — so wenig gerade dieses Schlagwort ausgegeben wird — wohl begreiflich. Denn daß das Land einen Angriff von deutscher Seite nicht zu erwarten hatte noch zu erwarten hat, wußte im Grunde jedermann jenseits der Grenze. Wir haben nichts aus Frankreich zu holen, und unsere Heeresvermehrung galt und gilt der Abwehr eines zeitweilig unmittelbar bevorstehenden Angriffs der französisch-russischen Kombination, von dem wir wissen, daß er in bestimmten französischen und russischen Kreisen nur als aufgeschoben, nicht als aufgegeben betrachtet wird. In Paris sowohl wie in Petersburg haben die Regierungen nur unter dem Druck einer sie belagernden öffentlichen Meinung sich den Anschein gegeben, als ob die Vorbereitungen zu dem „großen Kriege" ernst gemeint seien. Mit dem Augenblick, da in Petersburg feststand, daß wir Österreich nicht im Stich lassen würden, war auch dort der Entschluß gefaßt, mit allen Mitteln auf einen Ausweg hinzuarbeiten, der den russischen Nationalisten erträglich scheinen konnte und doch den russisch-österreichischen Krieg, der den andern zur Folge haben mußte, ausschloß. In Frankreich, wo niemand den Gedanken gefaßt hat, ohne den Bundesgenossen im Osten mit uns anzubinden, war damit auch der Glaube an die Möglichkeit des Krieges geschwunden, und diejenigen, die nur widerwillig die Last der dreijährigen Dienstpflicht

unter dem Druck der Erregung, welche die Kriegsgerüchte brachten, auf sich zu nehmen bereit schienen, begannen sich nun auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen. Denn wie lagen nunmehr die Verhältnisse tatsächlich? In betreff der orientalischen Frage hatte sich ein europäisches Konzert zusammengefunden, in welchem Dreibund und Triple-entente eifrig bemüht waren, das Feuer auf dem Balkan zu löschen, den österreichisch-russischen Gegensätzen ihre gefährliche Spitze abzubrechen und die Feuer, die trotz allem noch auf dem Balkan weiterglimmten, so zu lokalisieren, daß ein Weiterzünden als ausgeschlossen betrachtet werden konnte. Dazu kam noch, daß Rußland sich wieder der minder gefährlichen asiatischen Seite der orientalischen Frage zuzuwenden begann, und im fernen Osten von den mit der chinesischen Revolution zusammenhängenden Problemen mächtig angezogen wird. Die eingebildete „deutsche Gefahr" wurde also immer mehr in eine nebelhafte Ferne gerückt und der Appell an den Patriotismus wurde danach kritischer als bisher unter die Lupe genommen. Man begann sich zu fragen, wem der Erfolg der Regierung zugute kommen werde, und die nüchterne Antwort lautete: Dem Ministerium Barthou. Dem aber gönnte man den Triumph um so weniger, als zu seinem Programm auch die den Radikalen verhaßte Wahlreform gehört. Das „Journal des Débats", das von vornherein mit aller Entschiedenheit für den dreijährigen Dienst eingetreten ist, charakterisiert das folgendermaßen: „Es handelt sich einfach darum, das Ministerium Barthou zu stürzen, um an seine Stelle ein Ministerium Doumergue-Augagneur zu setzen, das Herr Caillaux in der Kammer und Herr Clemenceau im Senat stützen wird, da diese beiden Männer selbst vom „pouvoir" entfernt worden sind. Das ist das Ziel. Als Mittel aber soll das Militärgesetz dienen, um erst eine Allianz mit den vereinigten Sozialisten herbeizuführen und dann, im Namen der Vertreter der Linken, ein unförmliches Gegenprojekt vorzubringen, das der neue Block, dank Herrn Jaurès und den Antimilitaristen, der Regierungsvorlage vorziehen wird." Offenbar ist die Annahme der „Débats" zutreffend, und auch das scheint richtig zu sein, daß der alte Haß der Combisten gegen „Reaktion und Klerikalismus" hier mitspielt. In der Tat haben sich, seit Herr Poincaré am Ruder ist, die Anzeichen gemehrt, daß Frankreich eine Versöhnung mit der Kurie sucht, und den „Republikanern" ist nach wie vor der Klerikalismus der Feind. Auch ist die Absicht offen-

bar, indirekt den Präsidenten selbst durch Bekämpfung der Wehrvorlage zu treffen. Wichtiger noch ist die Opposition, die dem Ministerium in den Kreisen der Armee selbst entgegentritt. Die Ereignisse, die sich in Toul, Paris und Belfort abgespielt haben, scheinen weit ernster gewesen zu sein, als der Telegraph gemeldet hat. Man wird auf Berichte von Augenzeugen warten müssen, um zu einem richtigen Urteil zu gelangen.

Wie immer der Ausgang sein mag, das eine ist sicher, daß es sich in diesem Kampf der Meinungen nicht um eine mehr oder minder feindselige und mißtrauische Stellung gegen Deutschland handelt, in dieser Frage nehmen alle Parteien den gleichen Standpunkt ein, die Differenz liegt nur in der Frage nach der Zweckmäßigkeit und der Notwendigkeit der Maßregel. Uns ist bei diesem Gezänk eine Erzählung Turgenjews in Erinnerung gekommen, die auf den Juni 1848 zurückgeht. Turgenjew gibt ein Gespräch wieder, das er mit einem der zahlreichen Agenten Louis Napoleons in Paris hatte. Im Lauf der Unterhaltung sagte der Mann: „Die deutsche Philosophie, die ich übrigens gar nicht kenne, hasse ich, wie ich alle Deutschen hasse! Und die Augen dieses Fremdlings flammten plötzlich auf. Ich hasse sie, denn ich bin ein Patriot! Aber Sie, als Russe, müssen die Deutschen ja auch hassen? Und als Turgenjew widersprach — wenn nicht, um so schlimmer für Sie.“ So war es, und ist es geblieben. 1848 aber gab es noch kein Sedan zu rächen und kein Elsaß-Lothringen wiederzuerobern.

Eine gewisse Genugtuung hat in Frankreich der Besuch König Alfons XII. und der angebliche oder wirkliche Beitritt Spaniens zur Tripleentente gebracht. Aber auch das ist gleichgültig und wird an der Weltlage ebensowenig ändern, wie etwa die Ersetzung des Ministeriums Barthou durch ein Ministerium Doumergue.

In den letzten Tagen sind durch die deutschen wie durch die russischen und französischen Zeitungen zahlreiche einander vielfach widersprechende Angaben über die Verhandlungen Englands mit der Türkei gegangen. Soeben ist nun ein, wie es scheint, korrekter Bericht in der „Times“ veröffentlicht worden, nach welchem in der Tat eine Konvention zum Abschluß gelangt ist, deren Text wir teils wörtlich, teils im Auszuge wiedergeben:

England erkennt die Suzeränität der Pforte über Koweit an, das als ein autonomes „Kaza“ des Osmanischen Reichs gelten soll.

Die Pforte verpflichtet sich, nicht in die inneren Angelegenheiten Koweits, noch in die Erbfolge einzugreifen und erkennt ausdrücklich die Gültigkeit der Konventionen an, die zwischen dem Scheich und der englischen Regierung abgeschlossen worden sind.

Die Pforte verzichtet auf die Suzeränität über die Halbinsel El-Katr, über die Bahreininseln und über die Territorien der befreundeten Scheichs.

Die Pforte erkennt das Recht Englands an, in Zukunft, wie es bisher geschah, die Beleuchtung, das Legen von Baken (Seezeichen) und die Polizei des Golfs zu besorgen.

Aus der Notwendigkeit, die Autonomie des Scheich von Koweit zu sichern, ergibt sich, daß die Bagdadbahn nicht nach Koweit geführt werden kann. Der neue Endpunkt der Bahn wird Basra sein. England beansprucht keinen Anteil an dem Bau der Bahn von Bagdad nach Basra. Unter den jetzigen Verhältnissen könnte es nur zu gleichem Recht mit Deutschland, Frankreich und Rußland daran teilnehmen, von der Türkei zu schweigen. Präferenztarife und besondere Vergünstigungen sind ausgeschlossen. In dem Verwaltungsrat der Bagdadbahn wird für die Strecke Bagdad—Basra England durch zwei Direktoren vertreten sein. Die französische Regierung, deren Interessen in anderen Teilen des Osmanischen Reiches liegen, ist auf dem laufenden der Verhandlungen gehalten worden. Auf die Vereinbarung mit der Türkei sollen Verhandlungen zwischen London und Berlin folgen, die wahrscheinlich schon eingeleitet sind.

In engem Zusammenhang mit der Bagdadbahnfrage steht die der Schiffahrt auf Euphrat und Tigris, für welche England gewisse Rechte und Privilegien besitzt, die wahrscheinlich bestätigt und aufrechterhalten werden. Wahrscheinlich wird eine Kommission, in der England stark vertreten ist, in voller Unabhängigkeit alle Fragen, welche die Schiffahrt, die Erhaltung der Häfen in den Flüssen und an den Ufern des Shat-el-Arab betreffen, zu regeln haben. Die Rechte des Scheichs von Mohammere am Shat-el-Arab werden aufrechterhalten werden.

Wir haben damit eine dankenswerte Zugabe zu einer Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erhalten und können das Ergebnis wohl dahin zusammenfassen, daß die in gutem Gang befindlichen Verhandlungen eine wichtige Ergänzung zu dem Potsdamer Abkommen bringen, das uns die Verbindungen mit Hannekin und damit

den Handelsweg nach Persien hinein sichert. Auch das ist ein Vorteil, daß England die Schiffbarkeit des Shat-el-Arab aufrechterhalten wird, da der Zugang zum Euphrat und Tigris bisher durch die Sandbänke des Stromes erschwert wurde. Aus der Einleitung der „Times" zu ihrer Mitteilung ergibt sich, daß England seinen Widerspruch gegen die Erhöhung des Zuschlags zu den türkischen Zöllen fallen läßt, was eine der Voraussetzungen zur Sanierung der ökonomischen Verhältnisse der Türkei ist. Mit besonderer Genugtuung begrüßen wir das einträchtige Zusammenwirken Englands mit Deutschland in dieser wichtigen Frage. Es wird aller Wahrscheinlichkeit zu der sehr erwünschten Beschleunigung des Bahnbaues nach Bagdad und Basra führen.

Der Friedensschluß der Balkanverbündeten mit der Türkei ist leider immer noch nicht perfekt geworden, scheint aber unmittelbar bevorzustehen. Nicht ausgeglichen sind dagegen die zwischen Serbien und Bulgarien fortdauernden Gegensätze. Es liegt in der Tat so, wie William Martin in dem neulich besprochenen Buche sagt: Serbien hat vornehmlich Albanesen und Bulgaren gewonnen, Bulgarien Griechen und Rumänen, Griechenland endlich spanische Juden. Die Mischung der Rassen ist so stark in Mazedonien, daß eine ehrliche Anpassung des Nationalitätsprinzips auf unüberwindliche Hindernisse stößt. Daß es gelingt, den drohenden Zusammenstoß zu verhindern, steht keineswegs fest, aber — wie wir oben sagten — man hofft, den Brand zu lokalisieren. Die wesentliche Schwierigkeit, die man hat bestehen lassen, bietet unzweifelhaft wie in den Tagen, da Napoleon und Alexander I. die Türkei teilen wollten, die Frage: Konstantinopel und die Dardanellen. Es ist völlig undenkbar, daß Rußland auf das Ziel seines historischen Ehrgeizes verzichtet haben sollte. Aus dem Innern Rußlands kommen unerfreuliche Nachrichten. Der gewiß nicht als Schwarzseher verdächtige Verfasser der russischen Briefe der „Débats" schreibt z. B.: „Hier in Petersburg tritt die revolutionäre Agitation, die zu ruhen schien, mit neuer Stärke hervor. Die Verhaftungen in den Vorstädten werden immer häufiger, und die beunruhigendsten Gerüchte sind im Umlauf. Man versichert von verschiedenen Seiten her, daß die Agitation auf dem Lande zunimmt, und man erwartet neue Unruhen. In den Fabriken der Hauptstadt haben die Metallarbeiter und die der Textilindustrien fast sämtlich die Arbeit niedergelegt. Die Polizei ist übermäßig angestrengt und sehr beunruhigt. Das geht so weit, daß ich die friedfertigsten Leute, die

jedem Abenteuer abgeneigt sind, sagen höre, es sei zu bedauern, daß die Krisis nicht durch einen europäischen Krieg gelöst worden sei." Dieser Brief datiert vom 7. Mai, seither hat am 14., dem russischen 1. Mai, in Petersburg eine Massendemonstration von Arbeitern stattgefunden, an der Studenten und Kursistinnen, ganz wie vor Ausbruch der Revolution des Jahres 1905, teilgenommen haben. Man sang die Marseillaise und trug rote Fahnen. Der verstärkten Polizei, den berittenen Schutzleuten und der Gendarmerie gelang es nur mühsam, die Menge, die sich immer wieder zusammenballte, auseinanderzusprengen. Die Zahl der Verhaftungen betrug zwar nur 112, aber seither finden fast ununterbrochen Haussuchungen und neue Verhaftungen statt, nicht nur in der Residenz, sondern auch in Provinzialstädten. Die deutsche „Petersburger Zeitung", die nicht zu Übertreibungen neigt, sagt: „Es ist klar, daß hier eine große Gefahr unaufhaltsam anschwillt." Auch wir sehen die Lage als ernst an. Die Unzufriedenheit strömt aus so zahlreichen Quellen, geht auf sehr verschiedene Motive zurück und richtet sich überall gegen die Regierung, gegen ihre auswärtige, wie gegen ihre innere Politik, gegen die Fortschritte, die sie durchzusetzen bemüht ist, wie gegen die Mißgriffe, die auf sie zurückgeführt werden, gegen die Duma, deren geringe Leistungsfähigkeit durch das unvollkommene Wahlsystem, dem sie entstammt, erklärt wird, wie gegen den heiligen Synod, der nach allen Seiten anstößt. Die Zensur wird unbarmherzig gehandhabt, und soll jetzt durch neue Preßgesetze noch verstärkt werden, die der Minister des Innern der Duma vorlegen wird. Es ist kaum anzunehmen, daß Herr Maklakow damit durchdringen wird. Ein Charakteristikum der Stimmung gibt die Entscheidung der Gerichte aus Anlaß einer Klage der Mitglieder des Konseils des Unterrichtsministeriums gegen den Redakteur des „Peterburgski Listok" wegen Verleumdung. Das Blatt hatte die Tätigkeit des Unterrichtsministers Cassso, der mit wirklichem Ernst darauf ausgeht, Schule und Universität zu reformieren, folgendermaßen charakterisiert: „Der Minister hat die Professoren auseinandergefegt und sowohl die höhere wie auch die niedere Schule demoralisiert." Das Gericht sprach darauf den Angeklagten frei. Gewiß ein würdiges Seitenstück zu jenem Wilnaer Geschworenengericht, das alle Studenten freisprach, die sich durch Fälschung von Abiturientenzeugnissen den Zugang zur Universität erobert hatten.

Aufmerksamkeit verlangt die Weiterentwicklung der Parteikämpfe in China und der sich zuspitzende Gegensatz zwischen Japan und Kalifornien. Es scheint, daß beides vor einer entscheidenden Wendung steht, so daß ein sicheres Urteil voraussichtlich bald möglich sein wird. Dasselbe gilt von dem Konflikt zwischen Botha und Hertzog in der Nationalitätenfrage Englisch-Südafrikas.

22. Mai 1913: Großherzoginwitwe Luise von Baden, Zar und Zarin, Herzog und Herzogin von Cumberland in Berlin.
23. Mai: Kämpfe von Griechen und Bulgaren an der Chalkidika.
24. Mai: Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise mit Herzog Ernst August. Silberne Hochzeit des Prinzen Heinrich.
25. Mai: Protestversammlung gegen die dreijährige Dienstpflicht in Paris.
27. Mai: Sir Edward Grey verlangt von den Balkandelegierten Unterzeichnung der Präliminarien des Friedensvertrages.

---

28. Mai 1913.

Wir haben schöne Festtage hinter uns liegen und sie klangen harmonisch aus. Die Wünsche, mit denen unser Volk sie begleitet hat, konnten einen schöneren Ausdruck nicht finden als den Kaiser Wilhelm in seiner von Herzen kommenden und warm ins Herz dringenden Ansprache an der Festtafel im Rittersaal des Königlichen Schlosses nach vollzogener Trauung ihnen gab. Daß neben unserem Kaiser noch der König-Kaiser von Großbritannien und der Kaiser von Rußland dieses glückverheißende Hochzeitsfest mitfeierten, ist gewiß nicht ohne tiefere Bedeutung. Es ist wenig über ein Jahr her, daß in vollem Ernst hüben und drüben die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit eines deutsch-englischen Zusammenstoßes erwogen wurde, und noch zu Anfang dieses Jahres schien es keineswegs ausgeschlossen, daß wir im Zusammenhang mit der Balkankrisis zu den Waffen würden greifen müssen, um unserem bedrohten Bundesgenossen Hilfe zu leisten. Der 24. Mai hätte sehr wohl unseren Kaiser im Felde treffen können und seine Söhne mit ihm. Daß es anders gekommen ist, nehmen wir dankbar hin. Die Wolken sind dem Sonnenschein des Friedens gewichen, und daß England und Rußland nicht fehlten, um an unserer Freude teilzunehmen, hat wesentlich dazu beigetragen, dem 24. Mai seinen besonderen Charakter zu geben.

Europa befindet sich im Zeichen einer politischen Entspannung, von der wir hoffen, daß sie, soweit wenigstens als die führenden Mächte in Frage kommen, von längerer Dauer sein wird.

Allerdings ist noch keineswegs der große Brand im Orient völlig gelöscht. An die Stelle des Krieges ist ein Stillstand, kein Friedensschluß getreten, und die Diplomaten in London, die an der Formel arbeiten, die alle Gegensätze ausgleichen soll, haben das erlösende Wort noch nicht gefunden. Auch die Leidenschaften, die der Balkankrieg wachrief, sind nicht zur Ruhe gekommen. Wir haben sie in der panslavistischen Agitation Rußlands und in der chauvinistischen Überhitzung Frankreichs zur Genüge kennen gelernt. Das alles aber erscheint uns nicht wunderbar, wenn wir überlegen, daß wider alles Erwarten, gleichsam über Nacht, das große Problem der europäischen Seite der orientalischen Frage zur Lösung gestellt wurde und daß es eine Lösung fand, die gleichfalls aller Wahrscheinlichkeit widersprach. Das Bündnis von Bulgaren, Serben, Montenegrinern und Griechen, die sich seit den Tagen des Berliner Kongresses, der keinen Teil befriedigt hatte, als Todfeinde bekämpften, war eine dieser Unwahrscheinlichkeiten. Die geduldige, im tiefsten Geheimnis arbeitende russische Diplomatie auf dem Balkan hatte den Bund zustandegebracht, und damit jene zweite Unwahrscheinlichkeit herbeigeführt, daß der Bund der Kleinen, der verachteten Rajah von ehemals, durchführte, woran das mächtige russische Reich seit den Tagen Peters des Großen immer wieder gescheitert war.

Wir kennen das Minimum der Vorteile, die Rußland von dem Zusammenbruch der Türkei erwartete. Der Kaiser Nikolaus hat es in einer Aufzeichnung formuliert, wenige Tage bevor er im Februar 1853 dem Fürsten Menschikow jene Sendung anvertraute, die in den Krimkrieg ausmündete. Seine Erwägungen verdienen wohl auch heute noch Beachtung. Er fragte sich, ob es für Rußland möglich sei, die ganze europäische Türkei zu gewinnen, und antwortete: Unmöglich! Konstantinopel und die Dardanellen zu nehmen, bringe große Übelstände, Konstantinopel allein zu halten, sei unmöglich, für ebenso unmöglich hielt er die Herstellung des byzantinischen Reiches und die Vereinigung Konstantinopels mit Griechenland. So blieb er schließlich beim Gedanken einer Teilung der Türkei zwischen Rußland, Österreich, England und Frankreich stehen, und als mindest schlechte aller Kombinationen erscheint ihm die folgende:

Für Rußland: Die Donaufürstentümer und Bulgarien bis Küstendji.
Serbien und Bulgarien unabhängig.
Die Küsten des Archipels und der Adria an Österreich.

Ägypten an England, vielleicht auch Cypern und Rhodos.

Candia an Frankreich.

Die Inseln des Archipels an Griechenland.

Konstantinopel Freistadt. Im Bosporus russische Garnison, in den Dardanellen österreichische Garnison. Völlige Handelsfreiheit.

Das Türkische Reich in Kleinasien.

Das ist sehr viel bescheidener als die Forderungen Alexanders I. bei seinen Verhandlungen mit Napoleon waren, und doch sehr viel weniger als die Wirklichkeit Rußland gebracht hat. Am interessantesten ist wohl der Gedanke, daß Bosporus und Dardanellen nicht in den Besitz e i n e r Macht fallen dürfen, der Verzicht auf die Dardanellen für Rußland aber ist wohl nur aus den politischen Verhältnissen der damaligen Zeit zu erklären. Nikolai wollte sie Österreich geben, weil er sich des jungen Kaisers Franz Josef unbedingt sicher glaubte. Die Zeiten sind aber seither andere geworden. Rußland hat sich als Kompensation für seinen Anteil an der türkischen Beute schon vorher halb Asien geholt und sich die Entscheidung der Frage Konstantinopel und Meerengen für die Zukunft reserviert. Denn so, und nicht anders ist es zu verstehen, daß Rußland, was an ihm lag, getan hat, um Konstantinopel und die Meerengen den Türken zu sichern und sie dem vier Königbunde zu verbieten. Die Gegner von 1853, England und Frankreich, stehen heute Rußland zur Seite, der Gegner wurde Österreich, und nichts scheint uns dafür zu sprechen, daß es auf die Dauer Rußland möglich sein wird, die Balkanslaven in Eintracht zu erhalten und sie an die russische Interessenpolitik zu fesseln. Bei aller Leidenschaftlichkeit, die in den südslavischen Stämmen lodert, sind sie doch außerordentlich zähe in Verfolgung ihres Vorteils, und es kann fraglich erscheinen, ob der Haß gegen die Türken, der sie zusammengeführt hat, so stark ist, wie der Stammeshaß, der sie voneinander, und das Interesse, das sie von Rußland trennt. Auch das Band der gleichen Zugehörigkeit zur griechisch-orthodoxen Kirche ist weit schwächer als man geneigt ist anzunehmen.

Wie Patriarchat und Exarchat sich bekämpft haben, und russische und griechische Mönche in den Athosklöstern einander gegenüberstehen, ist auch der Gegensatz zwischen Serben und Bulgaren trotz Waffenbrüderschaft und Konfessionsgemeinschaft so lebendig geblieben, daß wir in den letzten acht Tagen alle Zeit vor dem Ausbruch eines Krieges zwischen diesen Bundesgenossen von gestern standen. Zwischen Bulgaren

und Griechen aber ist die Erbitterung so gestiegen, daß es kaum möglich scheint, zu verhindern, daß aus den Gefechten, die sie einander liefern, wirkliche Schlachten werden.

Die Unstimmigkeit der Verbündeten hat es auch bisher unmöglich gemacht, aus dem Stillstande mit der Türkei zu einem Präliminarfrieden zu gelangen, obgleich auf der Hand liegt, daß, bevor dieser Friede abgeschlossen ist, eine Teilung des von der Türkei abgetretenen Gebiets nicht vorgenommen werden kann. Das ist eine der Verlegenheiten der Londoner Botschafterkonferenz. Nun hat Bulgarien sich an Rußland mit der Bitte gewandt, als Schiedsrichter in dem Streit mit Serbien zu fungieren und es scheint, daß das Petersburger Kabinett sich dazu bereit gefunden hat, bisher aber verlautet nichts von einer Neigung Serbiens, sich dem eventuellen russischen Schiedsspruche zu unterwerfen.

Sehr verstimmt zeigt sich die russische Presse über das englisch-türkische Abkommen in betreff Koweits, der Bagdad-Bassorabahn und einer Reihe, wie uns scheint, noch apokrypher Zugeständnisse, welche die Pforte England gewährt, das dagegen die Verpflichtung übernimmt, die Armenier zu beruhigen, fremde Einmischung in Armenien nicht zu dulden, und gleich nach Abschluß des Friedens eine Anleihe von drei Millionen Lstrl. zu gewähren, die zur Regulierung der armenisch-kurdischen Frage benutzt werden soll, während eine weitere Anleihe von angeblich 30 Millionen Lstrl. zur Reorganisation der Verwaltung und der Wehrkraft der Türkei bestimmt sei. Das wichtigste aber sei, daß England die Integrität aller asiatischen Besitzungen der Türkei auf Grund der Konvention von 1878 über Cypern, garantiere. Es ist schwer zu sagen, was an diesen Nachrichten Phantasie und was Wirklichkeit ist. Da sich jetzt bestätigt, daß die Türkei in der Tat Cypern endgültig den Engländern abtritt, wäre jene Garantie des territorialen Bestandes der asiatischen Türkei nur recht und billig. Aber gerade darüber entrüstet sich die „Nowoje Wremja", wie denn der Gedanke, daß die Türkei in Kleinasien und namentlich an der kaukasischen Grenze zu neuem Leben gelangen könnte, ihr als eine erneute Schädigung Rußlands erscheint. Auch die in England vielgefeierte Frau Olga Nowikow teilt diese Entrüstung. Es handele sich darum, die ganze asiatische Türkei unter englische Vormundschaft zu stellen und daraus ein neues Ägypten zu machen.

Wir glauben aus diesem Gemisch von Wahrheit und Übertreibung nur den einen sicheren Schluß ziehen zu können, daß die Türkei allerdings bemüht ist, sich den Schutz Englands, wenn nicht anders durch Opfer wie Koweit und Cypern es sind, zu sichern. Das Angebot des einen und die Zusage des andern Teiles aber sind wohl verständlich und wir haben von unserem Standpunkt aus dagegen nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß, wie wir Grund haben anzunehmen, unsere Interessen dabei nicht zu kurz kommen. Die aber stehen bekanntlich im direkten Zusammenhange mit dem materiellen und moralischen Gedeihen Vorderasiens.

Während diese Dinge sich im nahen Orient teils vorbereiten, teils vollzogen haben, hat in Frankreich der Antimilitarismus und Anarchismus in bedenklichster Weise seine Macht an der Armee erprobt. Es ist nicht bei den Meutereien in Toul, Belfort, Reuilly geblieben, sie haben sich durch ganz Frankreich gezogen und hätten noch einen weit größeren Umfang angenommen, wenn nicht die Regierung in der Person des energischen Kriegsministers Etienne durchgreifende Entschlossenheit gezeigt hätte. Aber das Material, das die französischen Zeitungen, zumal der „Temps", zusammengebracht haben, um die sozialistische und monarchistische Unterhöhlung der Armee zu beweisen, zeigt doch ein erstaunliches Bild von der Zerrüttung aller Grundlagen eines gesunden politischen Lebens in Frankreich. Die dritte Republik hat den Sozialismus in seinen radikalsten Ausläufern zur Herrschaft in den unteren Schichten der Bevölkerung geführt, das Freimaurertum sozialistischer und antireligiöser Färbung beherrscht die oberen Schichten der Bevölkerung, so daß man heute in Frankreich Sozialist oder Freimaurer sein muß, um etwas zu bedeuten. Natürlich geht die damit verbundene politische Korruption, die zu einem Protektionswesen führt, über welches niemand mehr geklagt hat, als anständige französische Zeitungen und Journale in Art der „Débats" und der „Revue politique et parlementaire", Hand in Hand mit jener anderen Korruption, die kürzlich so drastisch zutagegetreten ist, als in der Kammer Herr Georges Berry die Frage der Spielbank von Enghien zur Diskussion brachte und einen Bericht der Geheimpolizei vorlas, in dem es hieß: „Wir besitzen die vollständige Liste der Deputierten und Senatoren, die von der Spielbank von Enghien Geldbezüge erhalten haben." Der Bericht wurde für gefälscht erklärt, aber der Minister des Innern Klotz

mußte zugeben, daß es jetzt in Frankreich 135 Spielkasinos gibt, die Spielhöllen nicht mit eingerechnet. Man hat sich damit begnügt, ihre Tätigkeit auf die Fremdensaison zu beschränken, und mit 338 gegen 220 Stimmen beschlossen, daß sie fortbestehen sollen. Die Namen jener angeblich oder wirklich bestochenen Senatoren und Abgeordneten zog Herr Klotz vor nicht zu nennen. Der Präsident der Kammer, Herr Deschanel, ließ trotz des „furchtbaren Geheuls": Die Namen, die Namen! abstimmen, und damit war die Sache erledigt — es sei denn, daß sie als politisches Machtmittel bei anderer Gelegenheit wieder lebendig wird. Wir meinen, daß solche Tatsachen in irgendeinem andern Parlament undenkbar wären, und daß im Vergleich damit die Insubordination der Sozialisten noch als ein peccatum veniale erscheint.

Die englische Regierung hat bei der Nachwahl in Newmarket eine Niederlage erlitten und den bisher von den Liberalen behaupteten Parlamentssitz einem Unionisten überlassen müssen. Diesem Ausfall der Wahl, der von der Opposition mit lautem Jubel begrüßt worden ist, schreibt man symptomatische Bedeutung zu, und da Anfang nächster Woche die zweite Lesung der Homerulebill im Unterhause bevorsteht, hoffen die Unionisten einen Sieg zu erlangen. Sicher ist das keineswegs, da die Art des Widerstandes, zu dem die Provinz Ulster sich vorbereitet, über den Kreis der Liberalen hinaus laute Entrüstung erregt. Der „Manchester Guardian" nennt die Tätigkeit der Ulsterleute anarchistisch und setzt sie in Parallele mit den antienglischen Strömungen in Indien. In der Tat richtet sich die Erbitterung nicht nur gegen die regierende liberale Partei, sondern auch gegen den König und das königliche Haus. Einer der Ulstermänner formuliert das folgendermaßen: „Wir wollen Sr. Majestät klipp und klar sagen, daß wir fest entschlossen sind, für die mit unserem Blut erworbenen Rechte zu fechten. Wir wollen Homerule nicht haben. Wenn wir dazu gedrängt werden, wird Se. Majestät sehen, was wir tun werden. Setzt er seinen Namen unter die Bill, so wird es für ihn und seine Familie verhängnisvoll sein. Unsre gottesfürchtigen (sainted) Vorfahren haben einen Wilhelm gerufen, ihre Rechte zu verteidigen; wir, ihre Söhne, könnten einen anderen Wilhelm rufen, auf daß er uns gegen einen treulosen König und gegen ein käufliches, überständiges Opera-buffa-Parlament verteidige." Diese, in der Tat unerhörten und direkt revolutionären Sätze, finden sich in einem Brief, der

aus einer Orange Loge bei Belfort dem „Manchester Guardian" zugegangen ist. Die Entrüstung des großen liberalen Blattes ist sehr verständlich, aber wir glauben nicht, daß eine so plumpe Agitation Eindruck machen kann. Sie wird Bonar Law und seine Anhänger schwer kompromittieren und vielleicht mehr als alles übrige dazu beitragen, der Homerulebill, die doch ein Werk der Versöhnung bedeutet, zum Siege zu verhelfen. Die andere spezifisch englische Äußerung des politischen Anarchismus, das Treiben der Suffragetten, dauert nach wie vor fort und hat in der Bevölkerung eine solche Erbitterung hervorgerufen, daß das öffentliche Reden für die Suffragetten lebensgefährlich ist. Das haben am 25. Miß Sylvia Pankhurst und ihre Freundinnen erfahren, als sie im Londoner Viktoriapark zu demonstrieren versuchten. Sie konnten nur mühsam von der Polizei vor der wütend anstürmenden Menge gerettet werden. Ohne Prügeleien scheinen jetzt öffentliche Versammlungen dieser fanatisch erregten, hysterischen Frauen überhaupt nicht mehr zu verlaufen. Die Erbitterung der Menge gilt aber nicht dem Frauenstimmrecht, sondern den Mitteln, durch welche es durchgesetzt werden soll.

Ein erfreuliches Zeichen in der Wandlung der Zeiten ist, daß am 24. in Pretoria ein Denkmal für den Präsidenten Krüger enthüllt werden konnte, und daß Lord Gladstone die zur Feier Versammelten durch eine Botschaft beschickte, in der es hieß, daß alle politischen Parteien darin einig wären, das Andenken des ausgezeichneten Mannes zu ehren, der seine Lebensarbeit dem Dienst seiner Volksgenossen geweiht habe. Der Ministerpräsident, General Botha, der ebenfalls eine Botschaft der Versammlung zugehen ließ, wies, nachdem auch er Krüger verherrlicht hatte, auf den andern großen Südafrikaner, Cecil Rhodes, hin. Die Ideale keines von beiden hätten voll verwirklicht werden können, aber ein harmonischer Abschluß sei jetzt durch die gleiche Liebe beider Rassen gefunden, die demselben Vaterlande gelte. Das ist vielleicht noch ein Zukunftsbild, aber der Weg ist damit gezeigt, den das holländisch-englische Südafrika gehen muß, wenn es nicht zum zweitenmal einen Kampf auf Leben und Tod heraufbeschwören will.

In Marokko geht die Politik der „friedlichen Durchdringung" systematisch weiter. Das heißt, die Franzosen berichten von täglichen Kämpfen, in denen ihre Infanterie und Artillerie den anstürmenden marokkanischen Reitern „des pertes importantes" beibringt und sie

selbst meist nur geringe Verluste erleiden. Aber das Ende dieser Kämpfe ist nicht abzusehen, und man hat den Eindruck, daß es sich um eine systematische Schlächterei handelt, und daß der Ausgang dieser mörderischen Politik unberechenbar ist.

Auch die Italiener werden ihrer tripolitanischen Eroberung nicht froh. Sie haben am 16. Mai bei Derna eine schwere Niederlage erlitten, bei der sieben Offiziere und 80 Soldaten gefallen, 27 Offiziere und 223 Gemeine verwundet wurden.

Die Antwort der Vereinigten Staaten auf den Protest Japans gegen das kalifornische Gesetz, das den Erwerb von Grundbesitz Fremden verbietet, hat in Tokio nicht befriedigt. Der japanische Botschafter in Washington ist beauftragt worden, die japanische Auffassung des Streitfalls Bryan gegenüber zu vertreten, auch den Vorschlag, das neue kalifornische Gesetz einem Referendum zu unterziehen, lehnt Japan ab, weil es an einen günstigen Ausgang nicht glaubt. So ist die Gesamtlage entschieden kritisch. Trotzdem halten wir einen Konflikt nicht für wahrscheinlich, da beide Teile ihn fürchten.

In Mexiko dauert der Bürgerkrieg fort. Die Präsidentenwahl ist verschoben, aber von den verschiedenen Kandidaten scheint General Huerta die besten Aussichten zu haben; er ist von England und Frankreich formell anerkannt worden, die Vereinigten Staaten haben ihm bisher die Anerkennung noch versagt. Sie scheinen abwarten zu wollen, ob es ihm gelingt, eine Armee zusammenzubringen, die stark genug ist, die Ordnung herzustellen.

30. Mai 1913: Die Türkei und die Balkanverbündeten unterzeichnen den Präliminarvertrag.
Der kanadische Senat lehnt die Flottenvorlage der Regierung ab.
Demission des Ministeriums Romanones in Madrid.
3. Juni: Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause.
4. Juni: Demission des ungarischen Kabinetts Lukacs.

---

4. Juni 1913.

Es ist, soweit ich sehe, in unsrer Presse eine merkwürdige Enthüllung des „Gil Blas" nicht beachtet worden, die auf die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich ein sonderbares Licht wirft. Sie ist vom Pariser Korrespondenten des „Manchester Guardian" vom 31. Mai wiedergegeben und kommentiert worden, und scheint uns wichtig genug, ihrem wesentlichen Inhalt nach hier reproduziert zu werden.

Den Ausgangspunkt gibt die Berufung Clemenceaus zum Präsidenten der Republik Herrn Poincaré, und das Angebot, das dieser dem alten Ministerstürzer machte, in Gemeinschaft mit Herrn Briand ein neues Ministerium zu bilden, um die dreijährige Dienstpflicht durchzusetzen, da der Präsident Herrn Barthou offenbar die Kraft nicht zutraute, das ihm gesteckte Ziel auch wirklich zu erreichen. Daß Herr Barthou sich sobald ein Vertrauensvotum von der Kammer erkämpfen würde (312 Stimmen gegen 240), ließ sich offenbar nicht voraussehen, und so konnte es geschehen, daß Herr Poincaré an den Patriotismus Clemenceaus appellierte und um diesen zu gewinnen, ihm ein politisches Geheimnis anvertraute, das der „Gil Blas" darauf der Öffentlichkeit mitteilte. „Ich habe," schreibt der Korrespondent des „Manchester Guardian", „ausgezeichnete Gründe, um sagen zu können, daß die Quellen, aus denen der „Gil Blas" schöpfte, nicht autoritativer sein konnten, als sie tatsächlich sind. Dieser Artikel ist allerdings „halb offiziell" und meine eigenen Informationen bestätigen den Inhalt. Man wird zugeben müssen, daß er höchst überraschend ist (rather startling)."

Herr Poincaré habe zugestanden, daß die Forderung der drei-

jährigen Dienstzeit für die französische Armee Frankreich durch Rußland oktroyiert (imposed) worden sei, das für den Fall einer Weigerung mit Kündigung des Allianzvertrages drohte. Der „Gil Blas" erzählt nun, daß Herr Poincaré Clemenceau gesagt habe, daß, als er (der Präsident) in Petersburg war (10. August 1912), man ihm zu verstehen gab, daß ernste Ereignisse zu erwarten seien und daß früher oder später die österreichische Frage zu schweren internationalen Verwicklungen führen werde. Auch erinnerte man ihn daran, daß zur Zeit, da die russisch-französische Allianz abgeschlossen ward, in Frankreich dreijährige Dienstzeit galt, und daß der seither eingeführte zweijährige Dienst eine Schwächung bedeute. Zugleich erhielt er die freundliche Warnung, daß es in Petersburg eine deutsch-freundliche Partei gebe, die stets darauf zurückkomme, daß die französische Armee der deutschen nicht gewachsen sei, und daß eine der Balkanmächte, die sich dem russisch-französischen Bündnis anzuschließen wünsche, nur zögere, weil ihr Frankreich im Vergleich zu Deutschland nicht stark genug scheine. „Das waren die Gründe," fährt der „Gil Blas" wörtlich fort, „die Herrn Poincaré und seine Regierung bestimmten, den Antrag auf Einführung der dreijährigen Dienstzeit zu stellen, um nach außen hin den Eindruck hervorzubringen, den unsere Bundesgenossen davon erwarteten. Deshalb wurde Herr Delcassé nach Petersburg geschickt. In der Tat, man bedrohte uns mit einem Bruch (rupture) der russisch-französischen Allianz, weil wir nicht stark genug seien, oder weil es wenigstens so scheine." Der Korrespondent des „Manchester Guardian" bemerkt dazu: Das ist eine erstaunliche Geschichte, und die Indiskretion der Veröffentlichung noch erstaunlicher. In gutem Englisch heißt das „the French Government has been blackmailed by Russia", Rußland hat an der französischen Regierung eine Erpressung ausgeübt. Die Gegner der dreijährigen Dienstzeit mögen sich beim „Gil Blas" bedanken. Kann wirklich angenommen werden, daß die französischen Soldaten willig ein neues Dienstjahr auf sich nehmen werden, nur um Rußland zu gefallen? „Frankreich ist also eine russische Provinz", sagte mir heute eine wohlbekannte Persönlichkeit, und eine andere: „Nur Chauvinisten können ihr Vaterland in eine so demütigende Lage versetzen".

Nun haben seit zwei Tagen in der französischen Kammer die Debatten über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit begonnen. Aber nicht nur hat die gesamte französische Presse die „Enthüllung"

des „Gil Blas“ totgeschwiegen, auch die heftigsten Gegner der Regierung haben während der Kammerverhandlungen geschwiegen, was ihrem patriotischen Takt gewiß zur Ehre gereicht, aber schwerlich geschehen wäre, wenn sie glaubten, daß Ministerium und Präsident in der Lage seien, den schweren Verdacht, der auf ihnen ruht, zurückzuweisen. Man ist eben bereit, um die russische Allianz zu wahren, auch das scheinbar Unerträgliche hinzunehmen.

In derselben Korrespondenz wird hervorgehoben, daß in den radikalen Kreisen eine starke Erbitterung wider den Präsidenten sich rege, dem sie vorwerfen, daß er in unkonstitutioneller Weise seinen persönlichen Willen dem Parlamente und der Nation aufzuzwingen suche. Unsere Leser werden sich erinnern, daß schon lange vor der Präsidentenwahl, die Herrn Poincaré an die Spitze Frankreichs führte, in einer Reihe von Blättern, vornehmlich aber im „Temps“, eine Kampagne eingeleitet wurde, deren Ziel es war, dem Präsidenten der Republik die Stellung zurückzugewinnen, die er vor den Tagen Grévys eingenommen hatte, was ja an sich nur zu billigen, aber in rein parlamentarischen Staaten schwer durchzuführen ist. Mac Mahon ist an dem Versuch gescheitert, und wir wissen noch nicht genug von Herrn Poincaré, um ein sicheres Urteil darüber abzugeben, ob er in der Tat der starke Mann ist, nach dem das nicht radikale Frankreich sich sehnt.

In England ist heute Sir Edward Grey die meist populäre Persönlichkeit geworden. Liberale und Konservative wetteifern in Anerkennung der Verdienste, die er sich ohne Zweifel erworben hat, und stimmen darin dem Urteil zu, das auch bei uns in den letzten Monaten zum Durchbruch gekommen ist. Wir wissen nicht, wie weit der „Manchester Guardian“ recht hat, wenn er Sir Edward die grundsätzliche Auffassung zuschreibt, daß er im Gegensatz zu dem bisher geltenden System der Allianzen und Gegenallianzen darauf ausgehe, dem europäischen Konzert die Geltung eines „Instruments der Gerechtigkeit“ zu schaffen. Konservative und Liberale hätten irrtümlich geglaubt, daß England ein drittes Mitglied der russisch-französischen Allianz sei, aber das sei eine gefährliche Ketzerei. Sir E. Greys Bemühungen, ein Konzert der Mächte herbeizuführen, habe zur Folge herzlichere Beziehungen zu Deutschland gehabt und die Rivalitäten der europäischen Gruppen erheblich geschwächt. Das Konzert sei in Wirklichkeit die logische Antithese des Gruppensystems der Allianzen, und für Europa

die beste Hoffnung, daß der Friede erhalten bleibe, ohne daß Recht und Gerechtigkeit geopfert würden. Das ist gewiß richtig vorausgesetzt, daß das Ziel erreicht wird, von dem wir heute leider noch recht weit entfernt sind.

Aber es bedeutet immerhin einen wesentlichen Fortschritt, daß nunmehr, wenngleich nicht der Friede, so doch der Vorfriede zwischen den Balkanverbündeten und der Türkei unterzeichnet worden ist. Die großen Mächte, ohne jede Ausnahme, haben das ihrige getan, um dieses Ergebnis herbeizuführen und die Vorbehalte, die von den Verbündeten nach der Unterzeichnung des Präliminarfriedens formuliert wurden, ändern nichts an der Tatsache, daß die Hauptfrage, die Liquidierung des europäischen Teils des orientalischen Problems, nunmehr erledigt ist. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Monarchen, die an den Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin teilnahmen, darin eines Sinnes waren, daß alles geschehen müsse, um die Türkei in ihrem jetzigen Bestande integer zu erhalten. Es läßt sich aber nicht übersehen, daß trotz allem noch eine Reihe gefährlicher Konfliktsmomente übriggeblieben sind; weniger solche, welche die Türkei direkt in ihren europäischen Besitzungen treffen könnten, obgleich die Frage der Inseln noch offen geblieben ist und ohne Zweifel wichtige türkische Interessen berührt werden, als die bekannten Gegensätze zwischen Bulgarien und Serbien, zu dem Griechenland in Beziehungen steht, von denen man anzunehmen geneigt ist, daß sie den Charakter eines antibulgarischen Bündnisses tragen könnten. Nun hat zwar unter Einwirkung des „Konzerts" eine Besprechung zwischen den Ministerpräsidenten von Serbien und Bulgarien in Zaribrod, also auf bulgarischem Territorium, stattgefunden, aber von einer Verständigung verlautet bisher nichts Sicheres. Die Aussicht, daß man schließlich doch dazu gelangt, liegt vornehmlich in der großen Gefahr, die ein Krieg über beide Teile bringen würde, wohl auch in der Tatsache, daß beide Teile, Griechenland mit eingeschlossen, pekuniär fast erschöpft sind, und daß sich ihnen für Kriegszwecke an keiner Stelle ein Kredit eröffnen würde. Der beste Ausgang wäre gewiß, daß beide Teile sich dem ursprünglich vereinbarten russischen Schiedsspruche unterwürfen, um durch diese, beiden Balkanstaaten befreundete Macht die Grenzrichtung bestimmen zu lassen. Rußland hat aber bestimmte Bedingungen gestellt, von deren Annahme es die gewiß nicht bequeme Aufgabe des Schiedsspruches in

Abhängigkeit setzt: 1. beide Teile sollen Frieden schließen, 2. ihren Allianzvertrag erneuern, 3. es sollen Verhandlungen zwischen Griechenland und Bulgarien den serbisch-bulgarischen parallel gehen und endlich Bulgarien sich bereit erklären, zu dulden, daß der Vertrag von 1912 ein wenig zu seinen Ungunsten modifiziert wird. Die russischen Zeitungen schwanken unsicher in ihren Sympathien zwischen Serben und Bulgaren hin und her. So veröffentlicht die „Nowoje Wremja" Äußerungen von „höchst kompetenten" „ausländischen" Diplomaten, von denen der eine sich entschieden für die serbischen Ansprüche, der andere für den bulgarischen Standpunkt ausspricht; die slavische Gesellschaft in Petersburg aber hat ein gleichlautendes Telegramm an Geschow und Paschitsch gerichtet, in welchem es beide beschwört, im Hinblick auf das geheiligte Andenken der Moskauer Slavophilen Chomjäkow und Aksakow und deren Nachfolger, die so viel für die Balkanslaven getan haben, sich an die Entscheidung des Zaren zu wenden, dessen gerechter Spruch ihnen den Ausweg aus allen Schwierigkeiten weisen werde.

Auch wir halten das, wie gesagt, für das Richtige und glauben zugleich, daß auf diesem Wege, für den Augenblick wenigstens, der Frieden auf der Balkanhalbinsel erhalten werden kann. Auch ist es wohl möglich, daß nach erfolgter Entscheidung beide Teile sich an ihre neuen Grenzen gewöhnen. Haben sie doch genug zu tun, um die schweren Wunden zu heilen, die der Krieg, trotz seines glorreichen Ausgangs, ihnen geschlagen hat. Aber wer möchte mit Sicherheit behaupten, daß der durch Jahrhunderte bewahrte nationale Gegensatz, der seit gegen 20 Jahren in kaum unterbrochene, blutige und grausam durchgeführte Kämpfe ausmündete, nun plötzlich ruhen wird?

Sehr wenig erfreulich sind die Betrachtungen der „Nowoje Wremja" vom 29. Mai über die asiatische Türkei, da ihre Spitze sich mit gleicher Entschiedenheit gegen Deutschland und England wendet und, was bei den Betrachtungen dieses Blattes nie fehlt, sich auch gegen das russische Auswärtige Amt richtet, dem alle Unfähigkeiten vorgeworfen werden. Natürlich ist das Potsdamer Abkommen, bei dessen Abschluß man den Warnungen der „Nowoje Wremja" nicht Rechnung getragen hat, der Quell alles Übels. Von demselben Tage datiert ein Leitartikel: „Das Vertrauen schwindet", der sich direkt gegen den Ministerpräsidenten Kokowzew richtet und an gepflegter Bosheit nichts zu wünschen übrig

läßt. Der Verfasser dieses Artikels, Herr Menschikow, stellt zugleich fest, daß die junge vierte Duma ihrer Vorgängerin nicht ähnlich sehe und eine für die Regierung höchst unangenehme Physiognomie zeige. Eine doppelte Opposition, von der äußersten Rechten wie von seiten der radikalen und der revolutionären Parteien, stehe ihr gegenüber, und wenn man die Duma auflöse, werde es noch schlimmer werden. Aber vielleicht geht das alles vorüber. Tiefer greifend als das lärmende Treiben der Panslavisten ist die Bewegung, die zurzeit durch die Dreihundertjahrfeier der romanowschen Dynastie hervorgerufen wird. Sie trägt zugleich einen religiösen und einen dynastisch-nationalen Charakter. Dem ersten ist durch die Heiligsprechung des Patriarchen Hermogen Rechnung getragen worden, die am 25. Mai in Moskau vom Patriarchen von Antiochien unter Assistenz der Metropoliten von Moskau und Petersburg, bei ungeheurem Andrange des Volkes vollzogen wurde. Die dynastisch-nationalen Festlichkeiten werden in Kostroma, dem Stammsitz der Romanows, in Gegenwart des Zaren und der Kaiserlichen Familie ihren Höhepunkt erreichen. Es ist entsetzlich, daß bei alledem die anarchistischen Anschläge in Rußland kein Ende nehmen. Die „Russkije Wjedomosti" bringen die Nachricht, daß in Alexandrowsk im Gouvernement Jekaterinoslaw, an der großen Eisenbahnstraße, die in die Krim führt, ein Polizeikommando unter Führung eines Gendarmerieoffiziers im Arbeiterviertel eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen hat, die auf Mitteilungen über Unterminierung des Eisenbahndamms zurückgeführt werden.

Daß im Innern, im Hinblick auf solche Möglichkeiten, der russischen Regierung wichtigere Aufgaben gestellt sind als diejenigen, die es sich nach außen hin immer aufs neue zum Ziel nimmt, das kann keinem unparteiischen Beobachter zweifelhaft sein. Stephen Graham, dessen Buch über das sich wandelnde Rußland (Changing Russia, London, John Lane, 1913) voller Sympathie für Rußland ist, läßt seine Betrachtungen in den Satz ausmünden: „Die Zeit muß kommen, da Rußland aufhört, sich auszudehnen, und da es anfangen muß zu überlegen, was es aus dem Lande und den Völkern zu machen hat, über die es regiert". „Aber vielleicht wird Rußland wieder im Felde geschlagen, und wieder eines Teils seines Territoriums beraubt werden? Rußland ist im ganzen schwach in Kriegszeiten — schwach, weil die

Kriegsleitung korrumpiert ist, und die Soldaten von dem höchstgestellten Offizier bis zum neuen Rekruten korrumpiert werden können. Es ist schwach, weil es keine des Namens werte Marine besitzt und all seine Munition und seine Geschütze importieren muß; schwach auch, weil nationale Traditionen in der Armee fehlen. In der Mandschurei schritten die Priester vor der Front mit Kreuzen und Heiligenbildern; es war eine furchtbare Erschütterung, daß dies geschah und doch Niederlagen folgten. Und der Krieg mit Japan war töricht und schmählich in tausendfacher Hinsicht, ganz wie unser Krieg in Transvaal, und er nahm den Bauernsoldaten den Nationalstolz und das Selbstvertrauen, ganz wie bei uns. Natürlich vergoldet man jetzt die Kriegsgeschichte und Scheinsiege werden aufgeputzt, aber die kommenden Geschlechter glauben dem, was der Vater dem Sohn erzählt, nicht dem, was die Geschichtsbücher ausmalen.

Rußland gewinnt und behauptet sich noch, durch seine Diplomaten, durch seinen Mut vorwärts zu schreiten, wenn das übrige Europa sich davor scheut, durch die überlegene Geschicklichkeit seiner Minister und Botschafter, durch seine Gleichgültigkeit gegen Handelsinteressen, durch seine Jugend. Rußland dringt vorwärts wie ein junger Mann und erobert aus bloßer Freude an der Sache. Aber es bleibt die Frage, was wird es tun, wenn es in die mittleren Jahre gelangt und es keine schwachen Nationen zum Ausrauben mehr gibt?" (pg. 141.) Trotz der Übertreibungen im positiven wie im negativen Sinn ist der Grundgedanke Grahams gewiß treffend. Die Gier nach Land ist eine Krankheit nicht nur des russischen Bauern, sondern sie hat von oben bis unten das gesamte Rußland erfaßt und darüber werden die wichtigsten Zukunftsfragen vernachlässigt. Graham schildert auch die Gefahren der Proletarisierung, die mit dem Übergang der Bauern zur Fabrikarbeit verbunden ist. Wir meinen, daß hier vornehmlich der Schaden ruht. Rußland steht noch vor der Schwelle einer sozialen Fürsorge und hat doch nach dieser Richtung größere Pflichten zu erfüllen, als jedes andere Kulturvolk.

Es sind kürzlich statistische Angaben über die sozialen Verhältnisse in Petersburg für 1912 veröffentlicht worden. Die graphische Darstellung ergibt, daß in bezug auf die Sterblichkeit Petersburg durch das größte Grab in Europa bezeichnet wird. Der Mann mit dem Beil

in der Hand, der die Zahl der täglichen Morde in Petersburg bezeichnet, ist um einen Kopf größer als sein Gegenbild in London und Wien und wird für Berlin durch das Bild eines Knaben angegeben. Fügt man diesen statistischen Bildern noch den Effekt der russischen Flasche hinzu, so kann man kühn sagen, daß Rußland in vieler Hinsicht die erste Stadt Europas ist. Diese bittere Bemerkung stammt von einem Leitartikler der „Nowoje Wremja".

5. Juni 1913: Erklärung Churchills zur kanadischen Flottenfrage.
Salar ed Dauleh plündert in Persien.
6. Juni: Aufstand der Rifkabylen gegen Spanien.
7. Juni: Graf Stephan Tisza mit Bildung des ungarischen Kabinetts betraut.
11. Juni: Das englische Unterhaus nimmt die Homerulebill in zweiter Lesung an.

---

11. Juni 1913.

Die im kanadischen Senat am 29. Mai gefallene Entscheidung, der zufolge die Bill des kanadischen Unterhauses, die der englischen Marine drei Schlachtschiffe bewilligte, einem Referendum zu unterwerfen ist, darf nicht so verstanden werden, als ob zwischen Senat und Unterhaus ein Gegensatz der Meinungen darüber bestände, ob Kanada sich an der maritimen Verteidigung Großbritanniens beteiligen will, oder nicht; es handelt sich vielmehr nur um eine Meinungsverschiedenheit darüber, in welcher Form Kanada seine Seehilfe leisten soll. Die von Laurier geführte liberale Opposition, die jedoch im Senat die Mehrheit hat, will eine von Kanada selbst gebaute unabhängige Flotte schaffen, die sie, wo kanadische Interessen mit den Reichsinteressen zusammenfallen, dem „Empire" zu Dienst stellen will; der Ministerpräsident Borden, der die konservative Majorität des Unterhauses führt, vertrat dagegen, den Ratschlägen der englischen Admiralität folgend, den Plan, England das Geld zum Bau von drei Dreadnoughts zu zahlen, die in England gebaut, mit englischen Matrosen bemannt und unter Kontrolle der englischen Admiralität bleiben sollten, bis Kanada soweit sei, eine eigene Marine zu unterhalten. Die Abneigung der Liberalen gegen das Bordensche Projekt ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß sie als Folge eine größere Abhängigkeit der kanadischen Politik von der englischen erwarten und eine Beeinflussung ihrer inneren Angelegenheiten befürchten. Es scheint also, da Borden nicht nachgeben will, in Kanada ein ähnlicher Konflikt zwischen Ober- und Unterhaus bevorzustehen, wie er in England bereits durchgekämpft wird, nur mit dem Unterschied, daß in Kanada der Angriff gegen den

Senat von den Konservativen ausgeht. Auch ist die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen. Wohl aber hat sich der Reflex dieser überseeischen Gegensätze sofort in England fühlbar gemacht. Mr. Churchill erklärte am 5. Juni auf eine Anfrage des Unionisten Lee, daß infolge der Ablehnung der kanadischen Flottenvorlage die Regierung beschlossen habe, den Bau von drei sogenannten Kontraktschiffen, der programmmäßig im März 1914 beginnen sollte, schon diesen Herbst in Angriff zu nehmen, so daß sie bereits 1915 dienstbereit sein würden. Der „Manchester Guardian", der wie andere liberale Blätter diese Erweiterung des englischen Flottenprogramms entschieden bekämpft, kommt dabei zu folgenden Erwägungen. Mr. Churchill habe mehrfach so gesprochen, als ob diese drei kanadischen Schiffe eine Erweiterung des englischen Flottenplans bedeuteten, bei anderer Gelegenheit aber ausgeführt, daß der Flottenplan um diese drei Schiffe vermindert werden könnte. „Als sie versprochen wurden, bedeuteten sie eine Vermehrung und es wurde keine Reduktion unseres Programms vorgenommen; als das Versprechen suspendiert wurde, weil der Senat die Flottenvorlage abgelehnt hate, wurde es plötzlich notwendig, unsrem Programm ein Plus zuzusetzen. Aber Mr. Churchill kann nicht dem Parlament an einem Tage sagen, daß die kanadischen Schiffe nicht in Rechnung zu stellen sind, wo es sich um die Bedürfnisse des laufenden Jahres handelt, und jetzt, da die Lieferung verschoben ist, ins Parlament kommen und sagen, daß neue Maßregeln getroffen werden müssen. Dieses zweideutige Verhalten (ambiguity) steht in Widerspruch zur gesamten Theorie der parlamentarischen Kontrolle der Politik durch die Finanzen. Aber — fährt der „M. G." fort — diese Zweideutigkeit trifft nicht nur die Stellung der Regierung zum Parlament in Westminster. Sie vergiftet (infects) unser Verhältnis zu Deutschland und gefährdet die Besserung der Beziehungen, welche die Politik Sir Edward Greys herbeigeführt hat. Denn wenn es einen klaren und unzweideutigen Satz in der Erklärung gab, mit der Mr. Churchill den Anschlag für dieses Jahr einbrachte, so war es der, durch welchen er Deutschland eine Verständigung auf der Basis von 60 v. H. Überlegenheit bot. Es ist ganz richtig, daß er bei diesem Angebot die kanadischen Schiffe ausdrücklich nicht mitrechnete. Aber das hatte seine guten Gründe. Die kanadische Regierung behielt sich vor, für den Fall, daß sie einen Krieg, in den England verwickelt wird, mißbillige, ihre Schiffe zurückzurufen und sie so zu stationieren,

daß sie am Kriege nicht teilnehmen sollten. Er konnte sie daher nicht mitzählen, wenn er das Stärkeverhältnis zwischen England und Deutschland abschätzte. Aber die Lage ist eine ganz andere, wenn er vorschlägt, das Äquivalent dieser Schiffe der Flotte zuzufügen und zur unbeschränkten Verwendung der Admiralität zu stellen. Wir sagen „zuzufügen", weil, obgleich formal jetzt noch keine Vergrößerung des Schiffbauprogramms eintritt, die zugestandene Absicht dahin geht, unsere Stellung zu Deutschland für das Jahr 1916 zu verstärken. Wir können diese Beschleunigung nicht in Einklang mit dem Angebot jener 60 v. H. bringen; es ist eine Zurücknahme des Angebots und eine Ersetzung desselben durch etwas ganz anderes." Diese Ausführungen werden noch eingehend bewiesen, aber wir brechen ab. Die englische Kritik sagt, was sich jedem Unbefangenen aufdrängt. Eine Polemik gegen Mr. Churchill und gegen das Kabinett, mit dessen Zustimmung er ohne Zweifel seine Erklärung abgab, liegt uns um so mehr fern, als wir zu jeder Zeit die Ansicht vertreten haben, daß es Sache jedes Staatswesens ist, selbst darüber zu entscheiden, welches die Rüstungen sind, die es zur Behauptung seiner Sicherheit braucht. Das Kabinett muß ja wohl seine Gründe haben, um Herrn Churchill carte blanche in allen Marineangelegenheiten zu geben und offenbar überzeugt sein, daß es trotz allem die Leitung der auswärtigen Politik des Reiches in fester Hand hält.

Was von Churchill gilt, gilt auch von Herrn Poincarés Vorlagen zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. Wenngleich, nach den Enthüllungen des „Gil Blas", noch immer zweifelhaft ist, ob es sich dabei um französische oder um russische Interessenpolitik handelt, bleibt es doch Sache der Franzosen, darüber zu entscheiden, ob sie die Lasten der Regierungsvorlage auf sich nehmen wollen oder nicht. Alle Wahrscheinlichkeit spricht für die Annahme durch Kammer und Senat, und man liest mit Vergnügen die klingende Rhetorik, die zur Verteidigung der Vorlage seit dem 2. Juni aufgewandt wird. Die Rede von Lefèvre anzuhören, muß ein Genuß gewesen sein, wie etwa die Deklamation eines Schauspielers. Er hat wesentlich dazu beigetragen, den Gegnern den Boden unter den Füßen zu entziehen. Freilich nur den Gegnern im Parlament. Im Lande dauern die Demonstrationen gegen die dreijährige Dienstzeit fort, nicht nur in den Kasernen, auch an der Sorbonne haben einflußreiche Stimmen, wie die von

Professor Seignobos, sehr entschieden Stellung gegen das Projekt genommen. Aber wir zweifeln nicht daran, daß es schließlich durchdringen wird; hat doch Frankreich eine Zeitlang geduldig den fünfjährigen Dienst getragen, zu dem es wohl wird einmal zurückgreifen müssen, wenn es an dem Gedanken festhält, mit den natürlichen Ergebnissen der allgemeinen Wehrpflicht bei uns gleichen Schritt zu halten. Es tritt jedoch immer mehr zutage, daß Herr Barthou die große Entscheidung, die ihm den Sieg bringt, zwar als Minister erleben, aber nicht als Minister überleben wird. Die drei Vertrauensvoten, die ihm die letzte Zeit brachte, galten weniger ihm als der Notwendigkeit einer Lage, die zwar als höchst unbequem empfunden ward, von der man sich aber nicht lossagen konnte, ohne den Schein zu erregen, daß ein Rückzug in einer großen nationalen Frage angetreten werde. Die Zukunft scheint den Männern um Herrn Caillaux zu gehören, der bei der finanziellen Behandlung des Problems sich den Vertretern der Regierung entschieden überlegen gezeigt hat. Die Finanzfragen, die bei der Liquidierung der Balkankatastrophe von durchschlagender Bedeutung sind, rücken aber gerade jetzt immer mehr in den Vordergrund der französischen Interessen. Die kleinen Rentiers, die ihre Ersparnisse zu nicht geringem Teil auch in Balkanwerten angelegt haben, sehen mit Sorgen den Ergebnissen jener Finanzkommission entgegen, die jetzt in Paris tagt, um festzustellen, wie die Verpflichtungen geregelt werden sollen, welche die Sieger von der besiegten Türkei übernehmen müssen, und die Kapitalisten fühlen sich durch die drohende, höchst unpopuläre „nationale Einkommensteuer" beunruhigt, die einen progressiven Charakter trägt und nur etwa 250 000 Personen treffen wird, nämlich diejenigen, deren Einkommen 10 000 Frcs. übersteigt. Dazu kommt, daß das Budget für 1913 noch immer nicht votiert ist; kurz, die Unzufriedenheit ist groß, und das Kabinett Barthou wird dafür büßen müssen.

Auf dem Balkan ist die Lage wiederum ganz unsicher geworden. Sie läßt sich wohl dahin zusammenfassen, daß drei Könige, oder sagen wir lieber die Bevölkerung von drei Königreichen, jetzt, da der Präliminarfriede mit der Türkei abgeschlossen ist, Vorbereitungen treffen, um übereinander herzufallen, während alle Großmächte bemüht sind, den Ausbruch eines Krieges, der den Charakter eines Bürgerkrieges tragen würde und weitere Verwicklungen veranlassen könnte, zu verhindern. Nur Montenegro scheint nicht zu diesem gefährlichen

Spiel zu gehören. Die Verhandlungen in London sind abgebrochen, ohne daß eine Verständigung erreicht worden wäre, das Zusammentreten einer Konferenz in Saloniki, auf welcher Vertreter der vier Mächte den Ausgleich finden sollten, ist unwahrscheinlich geworden und die für den Fall eines Mißerfolges in Aussicht genommene Petersburger Konferenz übt nur geringe Anziehungskraft aus. Zurzeit ist die Spannung aufs äußerste gestiegen. Jede der streitenden Parteien will auf Kosten der andern gewinnen und fürchtet bei einem Schiedsspruch um Opfer angegangen zu werden, die sie fest entschlossen ist, zu verweigern. Die „Nowoje Wremja" charakterisiert die Lage nicht übel folgendermaßen: „Die Bulgaren und die Serben halten so einhellig und so entschieden an ihren entgegengesetzten und unvereinbaren Ansprüchen fest, sind so sehr von ihrem guten Recht durchdrungen, werfen einander mit solcher Erbitterung Ungerechtigkeit, Egoismus, schamlose politische Forderungen vor, beurteilen so verächtlich die Fortschritte und die Ziele der anderen, bedrohen einander so gottlos mit Krieg und Vernichtung und stehen so leichtfertig vor der Frage der Zukunft des Balkans, daß ihre geistige Verfassung sich nur als nicht normal bezeichnen läßt. Sie stehen in der akuten Form der spezifischen Balkanpsychose, die jedem wohlbekannt ist, der als erfahrener Beobachter in kritischen Momenten die Stimmungen auf dem Balkan beobachtet hat." Das steht nun freilich in schreiendem Gegensatz zu den Tönen, die auf den Slavenbanketten zu Petersburg und zu Moskau angeschlagen wurden, und gereicht auch denen nicht zu Ruhm, die die Urheber jenes Balkanbundes gewesen sind. Die „Times" hat sich jüngst durch einen ihrer Korrespondenten in einer Serie von Artikeln den Zusammenhang der Entstehung dieses Bündnisses erzählen lassen. Es läßt sich aber mit aller Bestimmtheit sagen, daß ihr Geschichtsbild völlig falsch ist. Der Balkanbund ist von Rußland und von niemandem sonst gemacht worden. Die Herren Iswolski, Tscharykow, Giers und Hartwig haben sich in den Ruhm — wenn anders es ein Ruhm ist — zu teilen, und erst die Zukunft wird zeigen, ob sie damit ihrem Vaterlande einen großen Dienst geleistet haben. Die russische Orientpolitik, wie sie bis in die Tage Alexander III. verstanden wurde, hat ihr Ende erreicht. Eine neue Zeit hat begonnen, und zunächst erkennen wir noch nicht, auf welchem Wege die großen Mächte verhindern werden, daß auf den blutigen Anfang eine blutige Fortsetzung folgt.

Auch die Lage in dem Rest der europäischen und in der noch ziemlich intakten asiatischen Türkei ist verworren und unsicher. Die Regierung liegt in den Händen jener Jungtürken, die mit ihren unklaren Idealen und ihren schlecht berechneten und noch schlechter durchgeführten Reformen die Fundamente des Staates untergruben. Sie fürchten für ihre Stellung und fürchten den Augenblick, da sie Rechenschaft über ihr Tun werden ablegen müssen. Noch hat die Ermordung Nazims Paschas keine Sühne gefunden; immer aufs neue hören wir von Verbannungen und Verhaftungen, man hat den Eindruck, daß es sich darum handelt, Nebenbuhler und Rächer zu beseitigen.

Mittlerweile aber hat auch die Frage der Zukunft der asiatischen Türkei eine bedenkliche Wendung zu nehmen begonnen. Das armenische Problem, das einen fast ebenso verzweifelten Charakter trägt, wie das mazedonische, um dessen Lösung heute Bulgaren und Serben bewaffnet einander gegenüberstehen, rückt in den Vordergrund. Alle Welt ist darin einig, daß die Armenier Schutz finden müssen, wenn sie nicht wehrlos den ungezügelten Instinkten der Kurden zum Opfer fallen sollen, aber bisher hat noch niemand Mittel und Wege zu wirksamem Schutz gefunden. Die Bestimmungen des Berliner Kongresses sind ebenso ein toter Buchstabe geblieben wie die Reformversprechungen der Türkei. Man denkt jetzt der Türkei durch Instruktoren behilflich zu sein, und wenn wir richtig kombinieren, hat die türkische Regierung sich mit einer entsprechenden Bitte an England gewandt, das ja durch seinen Cypernvertrag in türkischer Schuld steht. Aber wo im Orient England auftritt, rückt ihm Rußland zur Seite und russische Instrukteure in Türkisch-Armenien werden begreiflicherweise nicht gern gesehen. Es ist das Gebiet, in welches bei jedem russisch-türkischen Kriege die russischen Truppen siegreich vorrückten und das sie schließlich — wenn auch nicht ohne Gewinn —, immer wieder preisgeben mußten. Auch liegt der Gedanke an die Entwicklung nahe, die Persien genommen hat, seit Rußland bemüht war, es zu „reformieren" und durch seine Instrukteure zu „reorganisieren". Als es 1907 für diese Aufgabe auch England heranzog, ist es nicht eben besser geworden. Persien ist noch heute das am schlechtesten regierte Land der Welt, wenn wir von den Ländern völliger Barbarei absehen. Vestigia terrent: es ist verständlich, wenn die Türken sich die vom Kaukasus hinabsteigenden Erzieher vom Leibe halten möchten, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß es ihnen gelingt, sie abzuwehren,

zumal das französische Kapital und die französischen Eisenbahnunternehmungen im Dienste der russischen Diplomatie stehen. Wir werden auf die außerordentliche politische Bedeutung dieser Fragen wohl noch häufig zurückkommen müssen und lassen sie heute liegen, um noch mit einigen Worten uns dem eigentlichen Rußland zuzuwenden.

Am 1. Juni hat Kaiser Nikolaus seinen Einzug in Kostroma gehalten, dann ist er in Jaroslaw, Rostow, Nischny Nowgorod gewesen und jetzt weilt er in Moskau. Überall ist der Jubel des Volkes groß gewesen, wir haben von keinem Mißton gehört, der die Feier jener Erinnerung an die Erhebung der Romanows gestört hätte. Weitergehende Schlüsse daraus zu ziehen, aber wäre irreführend. Am 2. Juni hat in der Duma der jetzige Führer der Oktobristen, Schidlowski, der tiefen Unzufriedenheit Ausdruck gegeben, die durch das Reich zieht. Sie richtete sich namentlich gegen den Minister des Innern Maklakow und gegen den Finanzminister und Ministerpräsidenten Kokowzew und mündete in eine Resolution aus, die mit außerordentlicher Schärfe die gesamte innere Politik des Reiches verurteilte und alle Parteien vereinigte. Die Rechte hatte nur einige Abschwächungen durchgesetzt. Eine neue Niederlage erlitt der Ministerpräsident durch die blutige Kritik, die Graf Bennigsen an den Zuständen im Trans-Amur-Gebiet ausübte, für deren Vortrefflichkeit Herr Kokowzew emphatisch eingetreten war und die er durch eine, auf seinen Antrag, vom Zaren getroffene Entscheidung gerechtfertigt hatte. Es ist nicht abzusehen, wohin diese Stimmungen führen werden; während die Festfreude verklingt, wird das Verlangen nach „weitgehenden Reformen" bleiben. Die Frage ist, wie die Regierung sich dazu stellen wird? Was man von ihr verlangt, ist ein völliger Systemwechsel; zunächst spricht kein Anzeichen dafür, daß sie geneigt ist, darauf einzugehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie sich begnügen, Armenien zu reformieren.

Vor diesen wichtigen Tatsachen der großen Politik treten Ereignisse, die in ruhigen Zeiten allgemeines Aufsehen erregt hätten, in den Hintergrund. Wir denken dabei nicht an die Ministerwechsel in Spanien und in Ungarn, das sind leider chronische Erscheinungen, noch an den sich fortspinnenden Bürgerkrieg in Mexiko oder an den Übergang der Kammermajorität im Commonwealth von Australien von der Arbeiterpartei, die seit 1910 regierte, auf die Liberalen, die jetzt mit einer Stimme Majorität versuchen werden zu herrschen; wichtiger ist, daß zwischen

Japan und Kalifornien ein Ausgleich noch nicht gefunden ist, daß in Französisch-Hinterindien die aufständische Bewegung fortdauert und daß in Vorderindien eine gefährliche antienglische Verschwörung aufgedeckt worden ist, deren Urheber nunmehr sich vor Gericht zu verantworten haben werden. Offenbar handelt es sich um eine Agitation sehr gefährlichen Charakters, die an Erscheinungen erinnert, welche dem großen Aufstande von 1857 vorausgingen. In Marokko dauern die Kämpfe zwischen Franzosen und Eingeborenen und zwischen Spaniern und Mauren fast ohne Unterbrechung fort; zu greifbaren Ergebnissen aber führen sie weder hier noch dort. Die ganze Nordküste Afrikas ist in Gärung und es wird noch viel Zeit und viel Blut kosten, ehe eine Periode äußerlicher Ruhe wieder eintritt.

12. Juni 1913: Prinz Said Halim wird zum Großwesir ernannt.
13. Juni: Der Deutsche Reichstag nimmt in zweiter Lesung die Wehrvorlage an.
16. Juni: 25jähriges Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms.

---

18. Juni 1913.

Während Berlin noch im Festschmuck der Jubiläumstage steht, die ein in der Huldigung für unsern Kaiser einiges Deutschland gezeigt haben, läßt sich die lange Reihe der Stimmen, die uns aus den Organen der ausländischen Presse entgegenklingen, wohl dahin zusammenfassen, daß dem Ergebnis der Kaiserlichen Regierungsarbeit, der Gesinnung, die sie bestimmte, den vorausschauenden Gedanken, die unserm Volke Ziel und Richtung seiner Arbeit steckten, dem festen Willen endlich, der an dem festhielt, was Entschluß geworden war, eine weltweite Anerkennung zuteil geworden ist. Ein englisches Blatt formuliert das folgendermaßen: „Ein Mann, der intellektuell sich selber gegenüber ehrlich ist, findet überall Bewunderer und Sympathie, selbst unter Leuten, die nichts mit ihm gemein haben. Die meisten Menschen nehmen fertige Ansichten auf und leben in ihnen wie in einer schützenden Muschel. Anders Männer vom Typus des Kaisers. Auch wo seine Ansichten über viele Fragen fixiert sind, hat man doch stets den Eindruck, daß sein Geist neuen Ideen zugänglich, sein Temperament großmütig und impulsiv bis zum Fehlgreifen ist. Bei all seinem Enthusiasmus für die Armee ist er vielleicht der beste Freund des Friedens in Europa, ein weit besserer jedenfalls als der Zar, der in seinem Zirkular, das die erste Haager Konferenz zusammenrief, sentimentale Betrachtungen über den Fluch des Militarismus anstellte. Und bei all seinem Verlangen nach einer starken Flotte, ist er wahrscheinlich der beste Freund, den England unter den Herrschern Europas hat. Es ist nicht immer eines Mannes Lebensphilosophie das Wesentliche, wohl aber, was der Mann ist. Der Kaiser, das fühlen die meisten Engländer, auch wenn sie wenig Sympathie für seine An-

sichten haben, „der Kaiser ist ein Mann, auf dessen Freundschaft man bauen kann, unfähig zum Verraten und warm in seiner Empfindung."

Am 16. Juni schließt dasselbe Blatt (der radikale „M. Gn.") einen dem „Deutschen Kaiser" gewidmeten, rückhaltlos anerkennenden Leitartikel mit folgender Betrachtung: „Des Kaisers Eifer für die Flotte steht im Zusammenhang mit seinem Wunsch, den neuen kommerziellen Interessen seines Landes zu dienen. Ohne Flotte wäre Deutschlands Handel und Schiffahrt nur geduldet, und Deutschlands Flottengesetz ist daher ein integraler und untrennbarer Teil seiner Wandlung zu einer modernen Handelsmacht. Daß England darin eine Drohung für sich erblickte, ist natürlich, war aber trotz allem erstaunlich unklug. Denn eben die Handelsinteressen, welche die Flotte ins Leben gerufen haben, sind ein Band zwischen England und Deutschland, das über kurz oder lang seinen Ausdruck in einem politischen Abkommen finden kann. Sollte diese politische Verständigung nicht praktische und nützliche Formen annehmen, so wird es die Schuld des Kaisers nicht sein, und die Zeit kann kommen, da, nachdem England und Deutschland sich politisch verständigt haben, wir für eine starke deutsche Flotte dankbar sein werden, die bereit ist mit der unsrigen zusammenzuwirken, um eine gemeinsame Politik zu unterstützen." Ähnliche Gedanken klingen aus aller Welt an uns heran.

Im Grunde beneiden sie uns alle um ihn, und wir meinen, daß inmitten der großen politischen Krisis, in der wir stehen, und im Hinblick auf die weitern Krisen, deren vorausfallende Schatten wir am Horizont aufsteigen sehen, Deutschland mit vollem Vertrauen zu seinem Kaiser aufschauen kann: es ist niemals besser vorbereitet gewesen, inmitten aller Stürme seine Würde zu wahren und für seine Zukunft einzutreten.

Daß die orientalische Krisis ihren Abschluß noch nicht gefunden hat, kann unmöglich übersehen werden. Zwar hat im Augenblick, da die Balkanverbündeten bereits alle Vorbereitungen getroffen hatten, um übereinander herzufallen, ein Machtwort des Zaren einen augenblicklichen Stillstand und einen Aufschub zur Folge gehabt. König Peter und König Ferdinand haben sich genötigt gesehen, das Telegramm, das mit der Ungnade des Zaren drohte und Zwangsmaßregeln für den Fall des Ungehorsams in Aussicht stellte, nach einigem Zögern zu beantworten. Beide beteuern ihre Ergebenheit, was ja selbstverständlich

ist, Bulgarien ist auch bereit, der Sommation nach Petersburg zu gehorchen, um dort gehört zu werden und danach den Schiedsspruch des Schutzherrn aller Slaven entgegenzunehmen; aber es zeigt keine Neigung, den Boden des Teilungsvertrags aufzugeben, den es am 13. März 1912 vor Ausbruch des Krieges unter russischer Ägide mit Serbien abgeschlossen hatte; die Antwort König Peters aber zählt ausführlich alle Beschwerden auf, die Serbien gegen die bulgarische Regierung zu erheben hat und schließt mit der Versicherung, daß er, König Peter, volles Vertrauen in die Billigkeit und in den Schutz Rußlands setze. Vom russischen Schiedsspruche ist in der Antwort keine Rede. Man scheint in Serbien zu erwarten, daß Rußland seinen Schutz den serbischen Interessen durch Verdrängen der Bulgaren aus dem Gebiete des Wardar beweisen werde. In Bulgarien hat Paschitsch darauf hingedeutet, der „Mir" die Andeutung aufgegriffen und dahin kommentiert, „daß eine auswärtige Macht Serbien das Tal des Wardar versprochen habe", was wiederum in Petersburg die „Retsch", trotz eines Dementi der „Petersburger Telegraphenagentur" ausdrücklich bestätigte, und zwar in folgendem Wortlaut: „Es ist in kompetenten Kreisen bekannt, daß Vorschläge dieser Art Paschitsch von Hartwig gemacht worden sind — vielleicht aus eigener Initiative." Jedenfalls glaubt man in Sofia an die Authentizität der Nachricht und die Erbitterung darüber ist nicht gering. Die proportionale Abrüstung, die Rußland vorgeschlagen hat, ist bisher nicht verwirklicht worden, in Belgrad wie in Sofia haben die leitenden Minister demissioniert und die Aussicht, daß ihre Nachfolger sich fügsam zeigen werden, ist nur gering. Auch in der Antwort beider Könige bricht die üble Laune durch, die durch alle Balkanstaaten zieht. Sie mußten ihr Ausdruck geben, da mit der Veröffentlichung der Antworten zu rechnen war, und die Dynastien nicht stark genug sind, um gegen den Strom des Volkswillens zu schwimmen, wie er namentlich in den Reihen der beiderseitigen Armeen zum Ausdruck kommt. Doch ist der Gedanke eines serbisch-bulgarischen Krieges nach allem, was seit dem Oktober geschehen ist, ein so ungeheuerlicher, daß sich immer noch auf eine bessere Wendung hoffen läßt, als ein Interim sie bieten kann.

Das Telegramm Kaiser Nikolaus II. hat aber noch eine andere Seite, die Beachtung verdient. Der Schlußsatz dieses aus Moskau, den 26. Mai / 8. Juni, datierten Telegramms lautet: „Ich halte es für

notwendig, zu erklären, daß der Staat, der den Krieg beginnen würde, dafür vor dem Slaventum verantwortlich sein wird, und daß ich mir die volle Freiheit vorbehalte, zu bestimmen, welche Stellung Rußland etwaigen Folgen eines derart verbrecherischen Krieges gegenüber einnehmen würde." Nach der Entschiedenheit, mit der Nikolaus II. der Rhetorik der Slavenpresse entgegengetreten war, ist diese Wendung auffallend. Sie geht entschieden weiter als der Anspruch Nikolaus I., der von der Türkei verlangte, daß sie sein Recht, für die Interessen der griechisch-orthodoxen Kirche jederzeit eintreten zu dürfen, urkundlich anerkennen solle. Die Weigerung der Türkei mündete 1853 bekanntlich in den Krimkrieg aus. Ein Anspruch, das Slaventum als solches zu vertreten, ist aber weder von Nikolaus I. noch von seinen Nachfolgern erhoben worden und tritt uns im Telegramm vom 8. Juni 1913 zum erstenmal entgegen. Dieser Anspruch ist ein Eingriff in die souveränen Rechte anderer Staaten, und kann nicht einmal in betreff der Balkanstaaten erhoben, geschweige denn geltend gemacht werden, ohne eine Herausforderung Österreich-Ungarns zu bedeuten, das in Bosnien und in der Herzegowina fast zwei Millionen Untertanen rein slavischen Geblüts hat. Da nun ausgeschlossen ist, daß Rußland eine Bedrohung der österreichischen Stellung hat ankündigen wollen, läßt sich nur annehmen, daß es sich um eine Ungeschicklichkeit in der Formulierung des Telegramms handelt, die von der russischen Diplomatie in Wien vielleicht schon zurechtgestellt worden ist. Daß Bulgaren, Serben und Griechen (die ja keine Slaven sind) Frieden halten, ist ein allgemein europäisches, kein besonderes slavisches Interesse, ganz abgesehen davon, daß von allen europäischen Völkern die Bulgaren vielleicht diejenigen sind, die sich am wenigsten durch sentimentale Erwägungen bestimmen lassen. Endlich fragt man sich, wie Rußland anders als auf dem Wege diplomatischer Beeinflussung auf die feindlichen Vettern einwirken könnte. Bulgarien hat in den Tagen Alexanders III. zehn Jahre lang gelebt, ohne irgendwelchen Verkehr mit dem offiziellen Rußland, Serbien aber liegt ganz außerhalb des Gebiets direkten russischen Eingreifens. In beiden Staaten ist das Selbstgefühl und der nationale Stolz außerordentlich stark entwickelt, wir glauben nicht, daß sie mit Worten abzufinden sind; wenn aber unglücklicherweise die Bemühungen um Versöhnung der Rivalen, an der, wie gesagt, ganz Europa interessiert ist, scheitern und ein neuer Balkan-

krieg ausbrechen sollte, so läge die Aufgabe, zu verhüten, daß Interessen der Gesamtheit verletzt werden, niemandem näher als dem beiden Staaten benachbarten Österreich-Ungarn.

Übrigens beginnt man sich jetzt in Rußland weit mehr für innere als für auswärtige Angelegenheiten zu interessieren. Auf das Mißtrauensvotum, das die Duma, wie wir vor acht Tagen ausführten, dem Ministerpräsidenten erteilte, sind gleich erregte Angriffe gegen den Minister des Innern und gegen den Justizminister gefolgt, der fortgesetzten Vorstöße gegen den Minister der Volksaufklärung zu geschweigen. Bei Besprechung des Etats des Finanzministeriums gipfelte der Redner der Rechten, Markow, seine Ausführungen mit den Worten: „Der Finanzminister hat die Duma geeinigt. Diese Einigung äußerte sich in zwei Worten (Zwischenruf links: Abschied nehmen!) Nein: Stehlen (ist) verboten!" Die Vertreter des Finanzministeriums verließen darauf demonstrativ den Saal und das Gesamtministerium hat nachträglich erklärt, fernbleiben zu wollen, bis ihm von der Duma Genugtuung gegeben werde. Das aber ist bisher nicht geschehen. Noch heftiger, wenngleich in der Form weniger beleidigend, war der Angriff auf den Justizminister, den der Redner der Kadetten, Maklakow (der Bruder des Ministers des Innern), unter stürmischem Beifall des Zentrums und der Linken führte. Das Echo in der Presse gibt die so angeschlagenen Töne verstärkt wieder und schließlich stimmen sogar Organe der Regierung in den Chor mit ein. So schreibt die „Rossija" in Anlaß eines Mordprozesses, dessen traurige Helden zwei junge Männer der „Gesellschaft" waren, unter der Spitzmarke „Die neunte Welle": „Mit administrativen Maßregeln kann man der „neunten Welle" von Schlamm, Blut und Schmutz, die sich gegen uns auftürmt, nicht begegnen. Angesichts elementarer Notstände ist gesellschaftliche Hilfe, gesellschaftliche Initiative notwendig. Wo ist sie? Es ist keine Spur von ihr zu merken. Familie, Kirche und Schule, das sind die drei Grundlagen, auf denen sich unser Rußland halten kann. Aber die Kirche — schweigt. Durch äußere Umstände gefesselt, zeigt sie nicht die Kraft, die in frühern Zeiten unser dunkles Volk vor geistiger Verwilderung gerettet hat. Die Schule ist in ihren Formen versteinert und reagiert nicht auf die Stimme des Lebens, die schreckliche, verzerrte Formen annimmt. Die Familie — o weh! wo ist sie, jene feste russische Familie, die uns soviel starke, herrliche Charaktere gegeben und ihren Mitgliedern unerschütterliche, mora-

lische Grundsätze eingeflößt hat?" Man versteht diesen Pessimismus, wenn man die Akten des Prozesses Dalmatow liest. Es ist ein Gegenstück zu dem Bilde, das Rodionow in seinem der Wirklichkeit entnommenen Roman: „Unser Verbrechen" [1]) von den bäuerlichen Verhältnissen des heutigen Rußland entworfen hat. Charakteristisch ist, daß all dieser Pessimismus in die Zeit der langen Reihe aneinanderschließender Festlichkeiten fällt, welche die dritte Zentenarfeier der Romanows begleitet haben.

„Unsere Lage — schreibt die „Nowoje Wremja" — ist wesentlich schlimmer geworden. Man kann die beunruhigenden Anzeichen dafür überall beobachten. Wiederum zeigt sich eine höchst geringschätzige Stellung der Gesellschaft ihren Überzeugungen und ihren Willensäußerungen gegenüber. Die Wünsche der Duma werden systematisch ignoriert; im Gebiet der Finanzen und der Gesetzgebung beginnt man die Duma ganz zu umgehen. Die Reformbewegung stockt völlig. Es geschieht nichts, um das Gebiet der Selbstverwaltung zu erweitern, wie es doch das ganze Land verlangt. Wo aber etwas geschehen ist, annulliert es der Reichsrat. Endlich läßt sich ein Bestreben der Regierung erkennen, die Rechte der Volksvertretung in beschränkendem Sinne auszulegen.

Es ist nicht möglich, daß alle diese Tatsachen die Gesellschaft nicht beunruhigen und aufregen sollten. Auch unterliegt keinem Zweifel daß die Unzufriedenheit steigt. Unzufrieden sind die Vertreter aller Strömungen des politischen Gedankens der Gesellschaft, alle Parteien. Jede von ihnen ist unzufrieden in ihrer Weise und aus verschiedenen Gründen, aber sie alle fließen zusammen in den Strom der allgemeinen Unzufriedenheit. Der Stimmung des Landes aber gibt die Duma Ausdruck, die schon so häufig einmütig in Verurteilung des heutigen „Kurses" demonstrierte."

Man gewinnt den Eindruck, daß sich schwere innere Erschütterungen vorbereiten. Die Minister zwar behaupten sich trotz der Angriffe der Volksvertretung, und auch die Duma wird nicht aufgelöst, weil man sich vor einer schlechteren, d. h. noch feindseligeren fünften Duma fürchtet, aber es gärt in allen Kreisen der Bevölkerung und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Rußland entweder einer Ära noch strafferer

[1]) Verlag von Jonk und Poliewski. In der meisterhaften Übersetzung von V. v. Rautenfeld.

Reaktion, etwa wie Plehwe und Stolypin sie im Sinne hatten, entgegengeht, oder revolutionären Erhebungen, wie sie gleichfalls schon dagewesen sind.

In Frankreich dauert der Kampf um die dreijährige Dienstzeit fort. Es ist gewiß kein gutes Zeichen, daß die Regierung und die Parteien, die für sie eintreten, kein besseres Argument vorzuführen wissen, als das stete Aufreizen gegen Deutschland. Vor wenigen Tagen hat der Kriegsminister Etienne für notwendig befunden, sich in diesem Stil rhetorisch zu üben, der „Temps" und die „Débats" lassen keinen Tag hingehen, ohne die deutsche Gefahr in Parade vorzuführen, und selbst die „Revue des Deux Mondes" nährt ihre Leser mit Material, das agitatorischen Zwecken dient. So lesen wir im Januarheft 1913 einen Brief Sorels vom 14. Februar 1871, in dem es heißt: Wir haben, was uns fehlte, ein politisches Ziel: nach außen Allianzen, im Innern Militärreform; zusammenfassend und überall, in geistiger, materieller, moralischer und militärischer Hinsicht, die Revanche (en résumé et partout, intellectuellement, matériellement, moralément, militairement, la revanche), und im Mai 1913, nach der Nancyaffäre, deren nicht wir, sondern die Franzosen sich zu schämen haben, lesen wir in derselben „vornehmen" Revue: „Übrigens sind wir an dieses deutsche Gebaren gewöhnt, wir sehen es an mit dem philosophischen Sinn der Alten, wenn trunkene Heloten vor ihnen standen." Der Verfasser dieser Betrachtung aber ist Francis Charmes de l'Académie française.

Für die Verstärkung ihrer Armee könnten die Franzosen bessere Gründe ins Feld führen als solche Armseligkeiten: Marokko ist in Flammen und die Aussicht, den Brand, der gleichzeitig das spanische Gebiet erfaßt hat, zu löschen, ist sehr gering, wenn Frankreich sich nicht entschließen sollte, das Doppelte und Dreifache an Truppen und Mitteln zur Niederwerfung der Erhebung des todesmutigen, für seine Selbständigkeit kämpfenden Volkes aufzuwenden. Aber vielleicht ist Frankreich genötigt, Rücksichten zu nehmen, die ihm nicht gestatten, sich so weit in außereuropäische Abenteuer zu vertiefen. Jetzt sind 60 000 Mann in Marokko, der „Eclair" fordert 200 000 und das könnte vielleicht genügen, einen drohenden heiligen Krieg abzuwenden. Zur völligen Unterwerfung Marokkos genügt es gewiß nicht.

Die Ermordung Mahmud Schefket Paschas ist, wie jetzt feststeht, von den Gegnern des Komitees Freiheit und Fort-

schritt ausgegangen. Es ist ein blutiger Zirkel, in dem sich die Geschichte der Türkei bewegt. Die Aussicht ist sehr gering, daß sie jetzt an einem Wendepunkt angelangt sein sollte. Helfen könnte ein energischer Herrscher, der Klugheit, Erfahrung und Mut verbindet. Nichts spricht dafür, daß man ihn finden wird. Sultan Murad V. ist der Mann offenbar nicht.

Das englische Ministerium hat die zweite Lesung der Homerulebill glücklich überstanden, sieht aber jetzt einer sehr peinlichen Verhandlung in der Marconiaffäre entgegen. Ob sich eine Wandlung in der englischen Orientpolitik vorbereitet, läßt sich noch nicht erkennen. In der gefährlichen armenischen Frage geht Sir Edward jedenfalls mit Rußland Hand in Hand.

In Spanien hat der Sieg des liberalen Ministeriums Romanones zu einem Anschluß zahlreicher Republikaner an das Ministerium geführt. Das wäre im Interesse der Monarchie sehr erfreulich, wenn die Erfahrung nicht lehrte, daß bei politischen Bündnissen die radikalere Richtung infolge der Konzessionen, die ihr gemacht werden, schließlich den Sieg davonzutragen pflegt.

19. Juni 1913: Verbannung von 470 Türken, die an der Ermordung Mahmud Schefket Paschas Mitschuld tragen, nach Sinope.
22. Juni: Demission des serbischen Ministeriums Paschitsch.
24. Juni: Poincaré in London.
Liberales Ministerium Cook in Australien.
25. Juni: Paschitsch zieht sein Entlassungsgesuch zurück.

---

25. Juni 1913.

Das drohende Telegramm, das Kaiser Nikolaus II. am 8. Juni an die Balkanstaaten richtete, hat die erwartete Wirkung nicht gehabt, und auch die hochpolitische Kundgebung, die in der Form eines Dankschreibens an Herrn Ssasonow an die Öffentlichkeit trat und darauf hinwies, daß Kaiser Wilhelm und König Georg V. in ihrer Beurteilung des Balkankonfliktes mit dem Zaren eines Sinnes seien, hat nicht dahin geführt, daß die vier Könige ihren Streit der Entscheidung des Zaren überlassen hätten. Die Petersburger Konferenz, die durch ihre Verhandlung dem russischen Schiedsspruch den Boden vorbereiten sollte, ist bisher nicht zustande gekommen, die vorgeschlagene Herabsetzung der militärischen Aufrüstung der einzelnen Bundesgenossen ist nicht erfolgt und es ist nicht möglich, daran zu zweifeln, daß ihnen die liebste Entscheidung die wäre, welche ein Krieg bringen müßte. Bulgarien bleibt bei dem Anspruch, den ihm der Vertrag vom 13. März 1912 urkundlich und unter russischer Garantie zugesichert hat. Serbien steht im Bündnis mit Griechenland, dem die Bulgaren, wenn irgend möglich, Saloniki entreißen möchten, und ist keineswegs geneigt, auf seine Stellung in und um Monastir zu verzichten. Auch hat es gegen den Vertrag vom 13. März eine ganze Reihe von Einwendungen geltend zu machen, deren Berücksichtigung als eine der Voraussetzungen betrachtet wird, die allein eine Beschickung der Petersburger Konferenz nützlich erscheinen lassen. Jene serbischen Vorbehalte sind aber nicht ohne weiteres zurückzuweisen. Serbien wirft den Bulgaren vor, daß sie die versprochene militärische Unter-

stützung nicht gewährt haben, während Serbien mehr leistete als ausbedungen war, und infolge dieser serbischen Hilfe die Erfolge Bulgariens größer waren als der Vertrag von 1912 vorsah, die serbischen aber geringer. Dasselbe Recht, auf das Bulgarien seine Stellung in Adrianopel, Kavalla, Porto-Lagos und Dedeagatsch gründe, spreche dafür, daß Serbien Monastir behalten müsse, endlich könne Serbien nicht darauf verzichten, territorial mit dem griechischen Gebiet verbunden zu sein. Es ist interessant, die Haltung der russischen Presse diesen Gegensätzen gegenüber zu verfolgen. Von den hohen Tönen der Slavenbankette ist außerordentlich wenig zu hören und namentlich nach der Rede des Grafen Tisza klingt überall die Sorge durch, daß die natürliche Vormundschaft Rußlands über die „bratuschki", die kleinen slavischen Brüder, einer neuen Orientierung weichen könnte. Der „Golos Moskwy" bringt seine Auffassung der Lage, die wohl am besten die heute vorherrschende Stimmung wiedergibt, folgendermaßen zum Ausdruck: „Leider hat Schwindel die Köpfe auf dem Balkan erfaßt; der Größenwahn ist zu einer epidemischen Krankheit geworden und das ist in der Antwort des Zaren Ferdinand stark zum Ausdruck gekommen. Sie zeigt außerdem deutliches Mißtrauen gegen Rußland, obgleich ohne die Hilfe Rußlands die Bundesgenossen überhaupt nichts zu verteilen gehabt hätten. Jetzt stimmen sie einem Schiedsspruch nicht zu, und weil sie ein aktives Eingreifen Rußlands fürchten, stellen sie sich das unwürdige Ziel, den Gegner zum Angriff zu provozieren. Weshalb sie es tun, ist leicht zu verstehen. In der Depesche des russischen Zaren war gesagt, daß Rußland der Gegner dessen sein werde, der den Krieg beginne; man muß daher so operieren, daß die gegnerische Macht als die angreifende erscheint. Deshalb schickt Serbien eine Note nach Bulgarien, die auf Demobilisierung anträgt, und teilt der russischen Regierung mit, die Antwort werde zeigen, welches die wahren Absichten Bulgariens seien; fast gleichzeitig damit aber spielt sich die Komödie des Rücktritts von Paschitsch ab, um zu zeigen, daß es für Serbien unmöglich sei, in der Frage der Teilung ein Kompromiß zu schließen. Auf den serbischen Antrag aber antwortet Bulgarien mit einem Gegenantrag, der ganz unannehmbar ist. Nimmt man hinzu, daß die Mißverständnisse an der Grenze kein Ende nehmen, daß jeder Teil dem anderen vorwirft, daß er Stammesgenossen verfolge usw., so sieht man, wie naiv grob das Spiel der Diplomatie dieser kleinen Balkanvölkchen ist.

Das war die Lage, als ein zweites Ereignis eintrat, das immer noch nicht ausreichend gewürdigt wird: Das Allerhöchste Reskript an den Hofmeister S. D. Ssasonow, das dessen Tätigkeit guthieß.... Dieses Dokument steht in engem Zusammenhang mit der Allerhöchsten Depesche, in letzterer aber war deutlich gesagt, daß ein Eingreifen Rußlands unvermeidlich sei. Die russische Regierung kann ihre Ansichten nicht im Verlauf einer Woche geändert haben. Auch ist die Gutheißung der Politik Ssasonows nichts anderes als die Billigung eines Programms, das darauf ausgeht, mit aller Macht das Balkanbündnis aufrechtzuerhalten.

Das Allerhöchste Reskript hat freilich einen ganz andern Sinn. Rußland hat offenbar auf dem Balkan freie Hand, und deshalb sind alle Hoffnungen auf eine Einmischung Österreichs fahren zu lassen. Was aber Rußland bei einer derartigen Lage tun kann, ist leicht zu erraten.

„Wir verstehen gewiß die Psychologie der Balkanslaven. Man muß aber auch unsere Psychologie verstehen. Man darf nicht den Verdacht hegen, daß wir den Slaven Übeles wünschen, und deshalb sagen wir, nehmt die Einladung zur Zusammenkunft in Petersburg an. Sonst ... sonst wird es für euch nichts zu teilen geben."

Diese letztere Drohung ist recht unverständlich. Was soll denn aus dem von der Türkei abgetretenen Gebiet werden? Es ist ebenso undenkbar, daß die Türkei es zurückgewinnt, wie, daß eine andere Macht, z. B. Rußland, sich auf diesem Boden festsetzt. Aber vielleicht soll damit auf Begründung eines autonomen Mazedoniens hingewiesen werden, und das ist allerdings eine Kombination, von der im Laufe der endlosen Londoner Verhandlungen die Rede gewesen sein soll, die aber wohl durch die Geschichte der letzten Jahre und die nicht abbrechenden Kämpfe der serbischen, griechischen und bulgarischen Banden um Leib und Seele der Mazedonier endgültig widerlegt ist. Die Psychologie der Balkanvölker aber möchten wir dahin definieren, daß sie auf einem entschlossenen Stammesegoismus ruht, den Jahrhunderte gezüchtet haben und der ein dauerndes Bündnis zwischen ihnen ausschließt.

Wir halten daher den russischen Vermittlungs- und Versöhnungsversuch zunächst für gescheitert und ebenso den Versuch, den Balkanbund unter russischer Ägide zu erneuern. Wohl aber glauben wir annehmen zu dürfen, daß selbst für den Fall, daß es den sehr ernsten

Friedensmahnungen der Großmächte nicht gelingen sollte, den drohenden Balkankrieg zu verhindern, dieser unter allen Umständen lokalisiert bleiben wird. Das sicherste Mittel, den Frieden zu erhalten, wäre jetzt ein Zurücktreten Griechenlands von seinem serbischen Bündnis, was wohl sofort auch die noch wegen Saloniki bestehenden Schwierigkeiten beseitigen würde. Aber leider sind die griechisch-bulgarischen Gegensätze ebenfalls so stark zugespitzt, daß für die nüchterne Überlegung nur wenig Raum übrig bleibt. Daß die Türkei den Hader der Balkankönige militärisch ausnutzt, erscheint uns im Hinblick auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die überall einer Konsolidierung der geschwächten Pforte entgegenstehen, ganz unwahrscheinlich, zumal der Versuch der Türken, die verlorenen Territorien zurückzugewinnen, vielleicht die einzige Voraussetzung wäre, unter der Serben, Bulgaren, Griechen und Montenegriner sich wieder die Hände reichen könnten.

Der Besuch des Präsidenten der französischen Republik in England hat eine Reihe höchst interessanter Charakteristiken Herrn Poincarés in der englischen Presse hervorgerufen. Sie sind im allgemeinen sehr günstig gehalten, und es kann als sicher gelten, daß die nie versagende englische Gastfreundschaft ihm in vollstem Maße zuteil werden wird. Der Wunsch, in freundschaftlichen Verhältnissen zu Frankreich zu stehen, ist in England allgemein verbreitet, und abgesehen von anderen Erwägungen, die sich aus der Nachbarschaft beider Staaten ergeben, auch darauf zurückzuführen, daß man Frankreich weder politisch noch wirtschaftlich fürchtet. Die Klugheit, mit der Poincaré sich zum Haupt Frankreichs emporarbeitete, findet rückhaltlose Anerkennung, wenngleich bei allem Lob, das seinem Intellekt gespendet wird, ihm große schöpferische Eigenschaften und durchgreifende Initiative abgesprochen werden. Er sei nicht ohne einen Anflug von Zynismus, aller Illusionen bar, ein Opportunist, der vielleicht an nichts weniger glaube, als an die demokratische Staatsordnung, die er vertrete. Der Pariser Korrespondent des „M. G." faßt sein Urteil über ihn so zusammen: „Die große Schwäche in Poincarés Charakter liegt darin, daß er leicht zu beeinflussen ist. Die Politik, die er so geschickt ausführt, wird ihm gewöhnlich von anderen eingegeben. „C'est l'homme de son entourage" sagte jemand, der ihn gut kannte, und seine politische Laufbahn scheint es zu bestätigen. Als Minister des Auswärtigen wurde er stark von Herrn Iswolski beeinflußt und zeigte wenig eigene

Initiative. Der Einfluß, den der Besuch in Petersburg im August 1912 auf ihn ausübte, war handgreiflich. Die dreijährige Dienstzeit, deren glühender Verteidiger er geworden ist, entstammt nicht seiner Initiative. Zeitweilig scheint Herr Briand einen bedeutenden Einfluß ausgeübt zu haben. Jetzt soll es ein wohlbekannter Journalist sein. Gewiß ist Herr Poincaré von Natur weder Militarist noch Chauvinist, und er wäre der letzte, ein Vaterlandsretter à la Boulanger zu werden. Nichts ist daher lächerlicher, als die Bemühungen der Nationalisten, ihm diese zweifelhafte Würde aufzunötigen. Aber seine Freunde scheinen ihn davon überzeugt zu haben, daß es seine Pflicht sei, die Stellung des Präsidenten zu einem tätigeren und einflußreicheren Faktor der französischen Politik zu machen, als es bisher der Fall war, und man muß abwarten, ob er Erfolg haben wird." Das deckt sich ganz mit unseren Beobachtungen, und der einflußreiche Journalist, der heute Herrn Poincarés Ohr hat, ist, wenn wir uns nicht täuschen, Herr Tardieu vom „Temps", was den Leitartikeln des Blattes noch einen pikanten Beigeschmack gibt. Tatsache ist jedenfalls, daß noch nie für einen Präsidenten in Frankreich eine Reklame gemacht ist, die der gleichkäme, die Herrn Poincaré auf Schritt und Tritt begleitet. Was aber die dreijährige Dienstpflicht betrifft, so läßt sich nicht hart genug die Heuchelei verurteilen, mit der in der französischen Kammer und Presse immer aufs neue behauptet wird, daß es sich um eine Gegenmaßregel gegen unsre Rüstungen handele. Herr Paul Benazet hat das soeben wieder folgendermaßen ausgedrückt: Ce que l'Allemagne recherche, c'est de réaliser une attaque brusquée, und der „Temps" bemerkt dazu, das sei die Überzeugung aller aufrichtigen Leute! Da tut es doch not, nochmals an den wirklichen Zusammenhang zu erinnern, in dem der Gedanke in Frankreich zum Durchbruch kam, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen: Herr Poincaré traf am 10. August 1912 in Petersburg ein und am 16. August fanden die Veröffentlichungen Ssasonows und Poincarés über das Ergebnis ihrer Verhandlungen statt. Es wurde schon damals dank der Redseligkeit der französischen und russischen Presse bekannt, daß die offiziellen Mitteilungen nur Bruchstücke der Verhandlungen geboten hatten. Rußland hat damals eine Marinekonvention mit Frankreich abgeschlossen und die Verpflichtung übernommen, seine Truppen wieder, wie es in den Tagen Alexanders III. der Fall war, in den Westprovinzen zu konzentrieren. Auch die Reise des Groß-

fürsten Nikolai Nikolajewitsch, der mit solcher Ostentation die französischen Truppen inspizierte, stand im Zusammenhang der damals getroffenen Vereinbarungen. Erst der Artikel des „Gil Blas" vom 25. Mai 1913 hat uns davon unterrichtet, daß die Einführung der dreijährigen Dienstzeit eine russische Forderung war, die Herr Poincaré sich damals durchzuführen verpflichtete. Herr Barthou hat in seiner Rede vor der französischen Kammer einen Versuch gemacht, die Tatsache zu beschönigen, indem er sagte, daß es eine Voraussetzung von Allianzen sei, daß die alliierten Staaten gleiche Anstrengungen machen müßten. Aber die Wahrheit trat durch die Erklärung des Finanzministers Dumont zutage, der gestehen mußte, daß ihm Telegramme des französischen Botschafters in Petersburg vorgelegt worden waren, um ihn und Herrn Massé, der sie ebenfalls sah, davon zu überzeugen, daß die französisch-russische Allianz gefährdet sein würde, falls die dreijährige Dienstpflicht nicht durchgesetzt werde. In der Kammer erklärte nun Dumont, „er habe die dreijährige Dienstpflicht loyal angenommen, damit der französische Botschafter nicht im Auslande der Schande verfalle", eine Äußerung, die mit Recht in der Kammer Sensation machte! Herr Poincaré hat in Petersburg also im August 1912, da von einer Vermehrung der deutschen Armee keinerlei Rede war, Rußland gegenüber das Versprechen gegeben, alles was an ihm liege, zu tun, um die Annahme der dreijährigen Dienstzeit durchzusetzen. Dieses Programm hat ihm zur Präsidentschaft geholfen, und wenn sich von unserm Standpunkt nichts dagegen einwenden läßt, da es Sache der Franzosen ist, ob sie ihre Politik von Petersburg oder von Paris aus dirigieren lassen, so haben wir doch sehr viel gegen die Unwahrheiten und Verdrehungen einzuwenden, die in Umlauf gesetzt werden, um Deutschland für Rüstungen Frankreichs verantwortlich zu machen, deren offensive Tendenz durch das Datum der Geburt dieses Planes bewiesen wird.

Übrigens zweifeln wir nicht daran, daß trotz der fortdauernden Opposition der Sozialisten und der „C. G. T." (Congrégation générale du travail) Barthou die dreijährige Dienstpflicht durchsetzen wird, und wir können es nur billigen, wenn gegen die Antimilitaristen in der Armee mit Nachdruck und strengen Strafen eingeschritten wird. Weniger Aussichten auf Erfolg bietet die Reform des Wahlrechts, da Senat und Kammer einander schroff gegenüberstehen und das Ministerium sich der Gefahr nicht aussetzen will, die das Eintreten

für ein bestimmtes Programm bringen könnte. Herr Barthou will im Amt bleiben und ist vorsichtiger als Briand, der den Mut seiner Überzeugungen hatte.

Eine bedenkliche Wendung drohen die persischen Angelegenheiten zu nehmen. Die ratlose persische Regierung kann der Truppen des „tollen Prinzen" Salar ed Dauleh nicht Herr werden, und Rußland scheint sich mit der Absicht zu tragen, wieder einmal einzugreifen. „Angesichts der dem kraftlosen Iran drohenden Gewitter darf Rußland nicht untätig bleiben. Es hieße offene Türen einrennen, wenn man nachweisen wollte, wie kolossal die Bedeutung der in die Sphäre Rußlands fallenden Nordprovinzen Persiens ist, also des Gebiets, das am meisten durch die „Feldzüge" des tollen Prinzen zu leiden hat. Rußland hat, kraft historischer Notwendigkeit, eine natürliche aggressive Bewegung, die nach Südosten führt, und früher oder später werden unsere Grenzpfähle aus den Gouvernements Eriwan, Jelissawetpol und Baku in die Südgrenze der Gouvernements Täbris und Kermanschach übertragen werden. Es kann uns daher nicht gleichgültig sein, in welchem Zustande Rußland diese Provinzen erwerben wird, ob als Salzwüsten, wie drei Viertel von Persien, oder in ihrem jetzigen Zustande, da sie nach kurzer Kulturarbeit die Kornkammern von Transkaukasien und Iran werden können. Die Einmischung Rußlands wird, kraft des Vertrages über die Einflußsphären, nicht den geringsten Protest Englands zur Folge haben. Es wird aber genügen, sofort vier Sotnien und zwei Bataillone hinzuschicken, um mit den Abenteuern des „tollen Prinzen" zu liquidieren und ihn selbst nach Rußland zu schaffen. Gibt man ihm eine anständige Pension aus der persischen Staatskasse, so wird er sich bald mit der Rolle eines Politikers a. D. zufriedengeben." So schreibt Herr Mamontow im „G. M.". Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß derartige Zeitungsartikel die Vorläufer von Maßnahmen der russischen Regierung zu sein pflegen, und sind nicht ganz sicher, ob England wirklich so absolut gleichgültig einer Entwicklung gegenübersteht, deren „natürliche aggressive Bewegung" nach Südost weiterführen könnte, als sich zurzeit übersehen läßt. Das Interesse Rußlands für Armenien deutet auf eine gleichnatürliche Bewegung nach Südwest hin, die aber kann niemandem gleichgültig sein, der an der Zukunft von Türkisch-Vorderasien interessiert ist.

Die „Nowoje Wremja" macht bereits darauf aufmerksam, daß von den 11 Armeekorps der Türkei nur drei in Europa ihr Standquartier haben; von den übrigen Korps ständen sechs an der russischen Grenze, so daß Rußland, die 25 000 Kurden nicht mitgezählt, mit 240 000 türkischen Bajonetten zu rechnen habe. Das bedeute eine Bedrohung des Kaukasus, und es müsse daher dafür gesorgt werden, daß die kaukasische Armee vermehrt, das Projekt der die Höhen überschreitenden Bahn verwirklicht, und die Flotte des Schwarzen Meeres erneuert werde, damit Rußland für ewige Zeiten die Stellung behaupten könne, die ihm im nahen Orient gehöre. Außer dem Kaukasus stellt die „Nowoje Wremja" noch die russische Stellung in Aserbeidjan als von der Türkei bedroht vor, was gerade jetzt wohl ein außerordentlich überraschendes Argument ist. Die Türkei hat wahrlich genug eigene Sorgen, unter denen das Interesse Rußlands für die Reformierung Vorderasiens gewiß nicht die geringste ist. Es fehlen in der Tat nur noch die russischen Instruktoren, um auch dort persische Zustände großzuziehen.

Das liberale englische Kabinett hat durch die Marconiaffäre ohne Zweifel eine Schlappe erlitten, wenngleich die persönliche Ehre der in den Prozeß verflochtenen Minister völlig integer dasteht. Das ist auch allseitig anerkannt worden, und der vornehme Ton, in dem Balfour für seine politischen Gegner eintrat, kann überall in unsern Tagen verwildeter politischer Sitten als Vorbild dienen. Wir erwarten, daß Herr Neratow, der russische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, mit gleich reinen Händen die Beschuldigungen abschütteln wird, die ihm jüngst angehängt worden sind. Zunächst haben wir den Eindruck, daß sein Gegner der Kategorie gefährlicher Querulanten angehört, die man so häufig unter Männern findet, die sich in ihrem berechtigten Ehrgeiz geschädigt glauben. Die großes Aufsehen erregende Angelegenheit ist dem 1. Departement des Senats zur Untersuchung überwiesen worden. Auch der Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Kammerherr Artzimowitsch, wird sich vor diesem höchsten Gerichtshofe wegen der gegen ihn erhobenen Klage auf Fälschung von Dokumenten zu verantworten haben.

26. Juni 1913: Abschaffung des königlichen Vetorechts in Norwegen.
28. Juni: Rumänien verbietet die Ausfuhr nach Bulgarien.
30. Juni: Annahme der Wehrvorlage durch den Deutschen Reichstag.
Heftige Kämpfe zwischen Serben und Bulgaren am Wardar.
1. Juli: Die Bulgaren werden in Saloniki von den Griechen entwaffnet.
2. Juli: König und Königin von Italien zum Besuch des Kaisers in Kiel.
Erneute Kämpfe am Wardar.

---

2. Juli 1913.

Herr Poincaré mit Gefolge und mit den zwei Tonnen Tafelgold, die er mit sich führte, ist glücklich nach Paris zurückgekehrt und hat, wie es scheint, allerdings einen Rekord an Beifallsbezeugungen errungen. Keiner seiner Vorgänger ist in den Straßen Londons so laut begrüßt worden und keiner hat eine bessere Presse gehabt. Das „Journal des Débats" bringt uns das Echo dieser Stimmen. England sei Herrn Raymond Poincaré bereits dankbar gewesen wegen der Reden, die er in Nizza und Cannes bei Enthüllung der Monumente der Königin Viktoria und König Eduards VII. am 12. und 13. April 1912 gehalten habe. Nachdem aber die Londoner ihn selbst gehört, sei ihre Sympathie zur Bewunderung geworden. Und diese Bewunderung hätten die Ansprachen des Präsidenten allerdings verdient, da sie in klaren und kräftigen Worten, parfois avec émotion, Gedanken von ergreifender Wahrheit (d'une vérité saisissante) Ausdruck gaben und den Engländern, die „sensibles à la grandeur" seien, habe Herr Poincaré einen tiefen Respekt eingeflößt. (M. Poincaré leur a évidemment inspiré un profond respect.) Die englische Presse trage ihm ein grenzenloses Vertrauen entgegen, „une confiance sans réserve", und auch die leisen Vorurteile, die einige radikale Blätter germanischer Tendenz hegten, seien geschwunden, da man erkannt hätte, wie falsch die Verdächtigungen der pangermanistischen Zeitungen seien. „Nach den Londoner Unterredungen hat man gute Gründe (de fortes raisons) zu hoffen, daß die britischen und französischen Streit-

kräfte eng verbunden sein werden, um fortzufahren, das Gleichgewicht im Orient und Okzident zu verteidigen." Die „Agentur Reuter" schlägt zwar nicht die überschwenglichen Töne der „Débats" an, und ist auch vorsichtiger in betreff der erzielten Resultate, läßt aber keinen Zweifel darüber, daß Herr Poincaré mit den Ergebnissen seiner Englandfahrt durchaus zufrieden ist. „Er ist unter allen Gesichtspunkten tief bewegt (ému) gewesen durch den Empfang, der ihm in London von seiten der Bevölkerung, des Königs und der Regierung zuteil wurde. Er kann nur nochmals ausdrücken, wie sehr die Entente zwischen England und Frankreich durch diesen Besuch gekräftigt worden ist. Die obige Erklärung hat M. Pichon im Namen des Präsidenten abgegeben. M. Pichon hat ihr hinzugefügt: Die Unterredungen, die ich mit Sir Edward Grey gehabt habe, haben mir nicht nur den Eindruck früherer Arbeit (de l'oeuvre du passé) bestätigt, sondern dazu bewiesen, daß die Gesichtspunkte beider Kanzleien über die Fragen allgemeiner Politik und namentlich, was die Erhaltung des Friedens betrifft, absolut und vollständig übereinstimmen. In dieser Hinsicht und in dieser Gedankenfolge wird der Besuch des Präsidenten ein weiteres Element des Friedens unter den Völkern der Erde sein."

Bekanntlich hat die von uns hervorgehobene Äußerung der „Débats" in der europäischen Presse zur Vermutung geführt, daß der Londoner Aufenthalt des Präsidenten der französischen Republik eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen England und Frankreich zur Folge gehabt habe. Das ist ganz bestimmt falsch, und es ist auch heute dabei geblieben, daß keinerlei militärische oder maritime Verpflichtung Englands Frankreich gegenüber besteht. Der „Economist" vom 28. Juni drückt das folgendermaßen aus: „It cannot be too frequently repeated that we are under no military or naval obligations to France." Es entspreche weder dem Interesse noch den Neigungen Großbritanniens, sich als ergänzendes Gewicht in der europäischen Diplomatie benutzen zu lassen. Im Hinblick auf seine weltumfassenden Verantwortlichkeiten wäre es eine unmögliche Position für England, durch eine Aktion russischer oder französischer Diplomaten in Angelegenheiten gebunden zu sein, die von keiner vitalen Bedeutung für England sind. Eine Allianz könne nur auf völliger Gemeinschaft der Interessen ruhen, eine solche Gemeinschaft bestehe aber nicht in der

Tripleentente. „Unser gemeinsames Interesse mit Rußland liegt in der Aufrechterhaltung guten Regiments in den Teilen der Welt, an welchen beide Mächte interessiert sind. Unser gemeinsames Interesse mit Frankreich ist die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens — und das ist ein Bestreben, das wir ebenso mit Deutschland und tatsächlich mit allen Mächten teilen." Der „Manchester Guardian", der dieselben Gedanken ausführt, bemerkt dabei, daß Herr Poincaré, als Parteipolitiker nicht dem Verdacht entgehe, in seiner Militärpolitik zu sehr unter russischem Einfluß zu stehen und läßt sein politisches Ideal in dem Wunsch nach einer deutsch-englisch-französischen Verständigung gipfeln. „Das wäre die wahre Tripleentente, die nicht notwendig mit der bestehenden unvereinbar sein muß, aber unvergleichlich sicherere Bürgschaften für Frieden und Fortschritt bieten würde. Das Objekt unserer Verständigung mit Frankreich war, wie der König jüngst treffend sagte, den Frieden zu fördern. Durch Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland, und indem wir selbst mit Deutschland Freundschaft schließen nach dem Muster unserer Verständigung mit Frankreich, würden wir durch eine neue und unzerbrechliche Kette die Eintracht der Völker festigen."

Dieser Wunsch nach einer deutsch-englisch-französischen Verständigung ist uns namentlich in letzter Zeit häufig von englischer Seite entgegengetragen worden, niemals von französischer. In Deutschland besteht kein Haß gegen Frankreich, wenn wir gleich oft ärgerlich sind wegen der endlosen rhetorischen Provokationen, die sich die französische Eitelkeit nicht versagen kann; wir haben aber nicht den geringsten Grund, einen Gegensatz aufrechtzuerhalten, dem keinerlei Interessenfragen eine Berechtigung verleihen. Die Voraussetzung, daß diese Verständigung Wirklichkeit wird, liegt in Frankreichs Händen und hängt von der rückhaltlosen Anerkennung des Frankfurter Friedens ab.

Elsaß und Lothringen sind ebenso und mit demselben Recht für Frankreich verloren, wie Calais für England, Savoyen für Italien oder wie Gibraltar für Spanien. Will Frankreich das nicht anerkennen, so dauert der bewaffnete Friede fort, bis er einmal gebrochen wird, und da Frankreich seine auswärtige Politik zudem noch in Abhängigkeit von der russischen gestellt hat, deren Wandlungen unberechenbar sind, spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Allianz dereinst das Signal zu der großen Abrechnung geben wird, die wir nicht brauchen und nicht

wünschen. Wir stehen, nachdem der gestrige glückliche Tag uns die Annahme der Wehr- und Deckungsvorlagen gebracht hat, gerüstet da, wie noch nie vorher, und werden in Ruhe und Würde uns unseren Frieden zu wahren wissen.

Wir freuen uns aber, behaupten zu können, daß in dem Wunsche, den jetzt auf dem Balkan drohenden Krieg unter allen Umständen zu lokalisieren, alle Großmächte einig sind. Serben, Bulgaren und Griechen zum Frieden zu zwingen, liegt keine völkerrechtliche Möglichkeit vor, solange die direkten Interessen der außerhalb des Konflikts stehenden Staaten nicht verletzt werden, aber im höchsten Grade zu bedauern wäre es, wenn die schon jetzt fast täglich stattfindenden Gefechte in einen wirklichen Krieg ausmünden sollten. Alle Beteiligten haben dabei mehr zu verlieren, als zu gewinnen, und das Schlimmste liegt wohl darin, daß selbst der Sieg des einen Teiles einen andauernden Frieden nicht in Aussicht stellt. Es ist zehrender Nationalhaß, der sich nicht stillen läßt, und man muß mit Sicherheit erwarten, daß, wenn die Bulgaren siegen sollten, Serben und Griechen unbarmherzige Unterdrückung zu erwarten haben, und umgekehrt die Bulgaren, wenn der Sieg den Serben und Griechen zufällt. Daß der Petersburger Schiedsspruch alle Begehrlichkeiten befriedigen könnte, ist ausgeschlossen, auch nicht sicher, ob die vier Königreiche ihre Vertreter nach Rußland schicken werden, und falls sie es tun, ob sie sich dem Spruch fügen werden. Endlich spielt die Sorge Rumäniens um ein zu großes Anwachsen der bulgarischen Machtstellung mit. Es ist natürlich, daß König Karol die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts auf dem Balkan wünscht und für den Fall einer weiteren Vergrößerung Bulgariens Kompensationen ins Auge faßt, zumal das Petersburger Protokoll nur einen Teil der rumänischen Forderungen erfüllt hat. So ist der Gesamtausblick keineswegs beruhigend. Nehmen wir hinzu, daß die Ermordung Mahmud Schefket Paschas in Konstantinopel zu einer wahren Orgie der Rache an den Gegnern des Komitees geführt hat, ohne daß Aussicht wäre, dadurch den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Anhängern des Alten und den jetzt siegreichen Neuerern zu tilgen, so ist es nicht möglich, im Ernst zu glauben, daß die orientalische Frage zu einem Ruhepunkt von längerer Dauer gelangt sein sollte. Es ist der erfreulichste Punkt der englisch-französischen Verhandlungen während der Poincaré-Tage, daß beide Westmächte sich dahin geeinigt haben, an dem Status

der asiatischen Türkei nicht zu rütteln, denn das läßt hoffen, daß die in Armenien drohenden Schwierigkeiten nicht in ein Eingreifen russischer Kommissare und Instruktore ausmünden. Das eben jetzt veröffentlichte Blaubuch über Persien gibt ein wahrhaft erschütterndes Bild von den Folgen, welche das Einschreiten Rußlands nach sich gezogen hat. Die englischen Blätter bringen umfangreiche Auszüge aus der 11 Monate umfassenden „Korrespondenz in persischen Angelegenheiten", die eine lange und monotone Geschichte von Anarchie, Gesetzlosigkeit, Blutvergießen, Verbrechen und finanziellem Zusammenbruch erzählt. Unter dem 7. August 1912 faßt der englische Gesandte in Teheran, Sir W. Townley, in einem Bericht an Sir Edward Grey die Lage folgendermaßen zusammen: Täbris ist in äußerster Verwirrung, man erwartet den Sepehdar, dessen Ernennung zum Generalgouverneur von Aserbeidjan übel aufgenommen worden ist. Alle Basare sind geschlossen, aufreizende Reden werden überall gehalten und man hat Waffen an die Bevölkerung verteilt. Während des Juli sind die russischen Truppen, die im Felde gegen die Schachsewennen stehen, um 2000 und einige Mann verstärkt worden. In Ispahan gilt wie stets weder Gesetz noch Recht; Räuberei und allgemeine Verwirrung überall. Der Distrikt Jezd wird von Marodeuren geplagt. In Schiras ist der arabische Unterstatthalter völlig unfähig, einen Schein von Ordnung aufrechtzuerhalten, und viel Blutvergießen ist die unvermeidliche Folge. In Karman hat das allgemeine Rauben und Plündern wieder angefangen. In Kermanschah ist der Gouverneur Prinz Ferman-Ferma mit seinem Witz am Ende, er hat kein Geld, seine Truppen zu löhnen. Das ist, schreibt der „Economist", offenbar der gewöhnliche Bericht über einen normalen Monat. Es knüpft sich daran die folgende Betrachtung: „Das erste und sofortige Bedürfnis für Persien ist die Herstellung von Gesetz und Ordnung, und deshalb die starke moralische und finanzielle Unterstützung der persischen Regierung durch Rußland und Großbritannien, wie es dem Geist der Konvention von 1907 entspricht. Dauern die jetzigen Verhältnisse fort, so wird eine Teilung unvermeidlich werden, und Rußland wie Großbritannien werden genötigt sein, aus ihren Sphären Protektorate zu machen. Ganz abgesehen von dem Verrat, den solch ein Schritt Persien gegenüber bedeuten würde, sprechen die ernstlichsten Bedenken gegen die Idee der Protektorate. Erstens wäre es höchst unerwünscht, daß wir mit weitern

Verpflichtungen dieser Art belastet werden; zweitens würde es Anlaß zu Eifersüchteleien und Anlaß zu internationalen Streitigkeiten geben; endlich haben wir starke Zweifel an der Fähigkeit Rußlands, fest und zugleich milde ein Protektorat auszuüben. Nichts in der Geschichte Rußlands überzeugt uns, daß Rußland geeignet ist, mit Weisheit und Großmut die Geschäfte eines Landes zu kontrollieren, das es nicht durch Truppen besetzt hat. Persien braucht einen starken Mann, der fest unterstützt wird. Mr. Morgan Shuster war vielversprechend, da wurde er durch russischen Einfluß beseitigt und M. Mornard hat nur geringen Spielraum. Die schwedische Gendarmerie wirkt unzweifelhaft günstig, wird aber durch die Leere der Kassen gelähmt. Das Blaubuch spricht oft von Anleihen, aber man muß gestehen, daß das einzige Ergebnis bisher eine Reihe unzureichender Vorschüsse war. Eisenbahnbau ist gleichfalls ein schreiendes Bedürfnis, aber die Herstellung gesetzlicher Ordnung muß vorausgehen. Man muß aber als wahrscheinlich annehmen, daß Sir Edward Grey mit dem mächtigen Widerstande von Rußland zu rechnen haben wird, wenn er an eine kräftige Politik zur Regeneration Persiens schreiten will. Aber Deutschland hat, wie wir häufig betont haben, Interessen im mittleren Orient, die es nicht vernachlässigen darf. Könnte Sir Edward nicht von dem jüngsten rapprochement zwischen Downingstreet und der Wilhelmstraße den Vorteil gewinnen, daß Deutschland seine moralische Unterstützung einem kraftvollen Versuch gewährt, Persien aus dem Sumpf, in dem es erstickt, herauszuziehen. Das europäische Konzert würde gewiß ein solches Bemühen sowohl vom moralischen als vom politischen Standpunkte aus, als längst notwendig und wünschenswert, billigen. Sir Edward Grey hat kürzlich wohlverdiente Glückwünsche für seine Haltung in der Balkanfrage entgegennehmen können. Eine andre Aufgabe von großer Schwierigkeit erwartet ihn, und es bietet sich ihm die vielleicht letzte Gelegenheit, die Ehre der britischen Politik im Middle East wiederherzustellen."

Wenn Sir Edward einen solchen Versuch machen sollte, wird ihm die moralische Unterstützung Deutschlands ganz gewiß nicht fehlen. Wir zweifeln aber daran, daß Frankreich sie ihm bieten würde, weil es genötigt ist, im Orient, wie überall, russische Politik zu machen. Das Ziel Rußlands bleibt das warme Meer und Landgewinn. Das ist noch kürzlich in der Duma sehr energisch zum Ausdruck gekommen.

„Rußland", sagte der Abgeordnete Engelhardt, „hat von jeher unentwegt den offenen Meeren zugestrebt. Unentschieden ist in dieser Hinsicht die Frage des nahen Orients geblieben, wo der Ausgang aus dem Schwarzen Meere noch immer in feindlicher Hand liegt, und wo nach dem Kriege unsre Bedeutung stark geschwächt ist. Vergleichen wir die Entfernung der Häfen des fernen Ostens und des Schwarzen Meeres vom Zentrum, die Dichtigkeit der Bevölkerung und den Handelsumsatz, so kommen wir zum Schluß, daß unsere Tätigkeit im fernen Osten einen passiven, auf Befestigung des Erworbenen gerichteten Charakter haben mußte. Aktivere Aufgaben haben wir im nahen Orient, wo von jeher unsere Politik durch drei Prinzipien bestimmt wurde: Rechtgläubigkeit, Slavismus und Meerengen. Haben wir erst die Meerengen, so dringen wir durch das Mittelmeer und den Suezkanal in die Weltstraßen ein, und dort können wir unserem Alliierten, Frankreich, die Hand reichen." Es ist bei dieser Zukunftsphantasie wohl absichtlich das nähere Ziel, die Erreichung des Persischen Meerbusens, übergangen worden, das Rußland nie aus den Augen verloren hat, und in den großen Tagen der „freiwilligen Flotte" fast schon erreicht zu haben meinte. Den heutigen politischen Konjunkturen entsprechend wurde der Plan verschoben und durch den Gedanken der transpersischen Bahn, nach Indien ersetzt, die zu einem andern warmen Meer führen sollte. Aber auch das scheint jetzt, wie wir gleich anfangs angenommen haben nicht zur Ausführung zu kommen. In England regen sich Bedenken und die „Société d'Études", an der doch vornehmlich französisches Kapital beteiligt ist, scheint den Glauben an ihr Unternehmen selbst verloren zu haben.

Am 1. Juli ist der Balkankrieg nun doch eine Wirklichkeit geworden: drei Armeen stehen einander nicht nur gegenüber, sondern haben das Ringen um den Sieg bereits begonnen. Die vierte Armee, die montenegrinische, scheint im Begriff zu sein, sich der antibulgarischen Kombination anzuschließen. Jeder beschuldigt den andern, den Krieg systematisch vorbereitet und böswillig begonnen zu haben! In Wirklichkeit ist es unmöglich zu sagen, wen die Schuld trifft. Noch wissen wir nicht, was Rumänien tun wird, und wie die Türkei sich zu verhalten gedenkt. Das geschlagene türkische Heer sieht wohl schadenfroh zu, wie die Sieger von gestern sich heute gegenseitig zerfleischen, und vielleicht steigt ihm Hoffnung auf, wenn jene erschöpft zu Boden

sinken, den günstigen Augenblick zu benutzen, um zurückzugewinnen, was doch endgültig verloren ist. Die Hoffnung würde in eine verhängnisvolle Enttäuschung ausmünden.

Auch über Rußlands Haltung läßt sich zurzeit noch nichts Bestimmtes sagen. Daß Herr Ssasonow alles, was in seiner Macht lag, getan hat, um den Frieden zwischen den Alliierten vom Oktober 1912 aufrechtzuerhalten, ist weltkundig. Aber der moralische Einfluß Rußlands hat sich nicht als durchgreifend erwiesen. Allerlei trübe Erinnerungen aus früheren Jahren haben ihn gelähmt, und so wie die Dinge heute liegen, wäre das Verhängnisvollste ein direktes Eingreifen Rußlands als Teilnehmer an den Balkankämpfen. Die Machtfrage muß zwischen den Kriegführenden allein ausgefochten werden. Solange sie nicht direkte Interessen anderer verletzen, kann Europa zuschauen, die Protagonisten in Fragen des nahen Orient: Österreich-Ungarn und Rußland ebenso, wie die übrigen weniger direkt in Mitleidenschaft gezogenen. Das orientalische Gewitter bleibt am besten an den Balkan gefesselt, sobald es über ihn hinwegzieht, um sich auf anderem Boden zu entladen, wird die Weltlage wieder gefährlich.

3. Juli 1913: Bulgarien fordert von Griechenland Genugtuung.
4. Juli: Armee und Flotte in Griechenland erhalten Befehl zum Vorgehen gegen Bulgarien.
Sieg der Griechen bei Kilkisch, der Serben bei Kotschana.
Bulgaren dringen am Timok in Serbien ein.
5. Juli: Schlacht bei Krivolatsch zwischen Serben und Bulgaren.
Blutige Unruhen in den Bergwerken von Johannesburg.
6. Juli: Abbruch der diplomatischen Beziehungen Serbiens und Griechenlands mit Bulgarien.
Beginn der Nordlandreise Kaiser Wilhelms.
7. Juli: Annahme der dreijährigen Dienstpflicht in der Chambre.
8. Juli: Das Unterhaus nimmt Home Rule in dritter Lesung an.
9. Juli: Die Serben besetzen Istib.

---

9. Juli 1913.

In Frankreich sind die Debatten über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit durch die vorgestrige Annahme des entscheidenden Artikels 18 der neuen Heeresvorlage zum Abschluß gebracht worden. Mit 339 gegen 223 Stimmen hat die Deputiertenkammer jenem Passus zugestimmt, der für jeden waffentauglichen Franzosen die Dienstzeit im aktiven Heere auf drei Jahre festsetzt. Die Ablehnung des Antrages Paul Boncour und Messimy, der die Dienstzeit auf zwei Jahre und sechs Monate als Kompromiß durchsetzen wollte, war die letzte Etappe vor dem endgültigen Siege der Regierung. Unter 578 Stimmenden vereinigte sie 312 für sich, während die Opposition die immerhin bedeutende Zahl von 266 Stimmen dagegensetzte. Diese Minorität bestand aus 71 vereinigten Sozialisten (socialistes unifiés), 114 radikalen Sozialisten, 40 Mitgliedern der radikalen Linken, 10 der demokratischen Linken, 26 Sozialrepublikanern, 1 Progressisten, 1 Liberalen und 3 keiner Partei Angehörigen, unter denen wir Herrn Ernest Roche hervorheben. Diese Abstimmung hat unter dem Druck der von Barthou gestellten Vertrauensfrage stattgefunden, wie denn unseres Wissens noch niemals ein französisches Ministerium so häufig in so kurzer Zeit sich von einer geängstigten Majorität versichern ließ, daß es das Vertrauen des Landes nicht verloren habe. Die letzte Rede Barthous hat die Kammer sogar in den Departements zu affichieren beschlossen,

was offenbar notwendig war, da der Widerspruch im Lande noch nachhaltiger ist, als in den Reihen der Volksvertretung. Die Ursachen dieser Opposition in einer Frage, in der Frankreich einmütig zu sein pflegt, sind nicht schwer zu erkennen. Vorausgegangen ist eine seit Jahren gepflegte antimilitaristische Agitation, die namentlich in der Armee selbst Fuß gefaßt hat und zu den an Meuterei grenzenden Kundgebungen geführt hat, über deren Bestrafung jetzt die Gerichte entscheiden. Eine zweite Ursache liegt wohl darin, daß der Glaube an einen drohenden deutschen Angriff überhaupt nicht vorhanden ist. Diejenigen unter den gebildeten Franzosen, die sich stellen, als ob sie an die deutsche Gefahr glaubten, wissen sehr wohl, daß sie einem von Petersburg ausgegebenen mot d'ordre folgen, und daß sie Herrn Poincaré und Herrn Delcassé und die von diesen übernommenen Verpflichtungen zu verteidigen haben. Ihre Stellung wird noch weit schwieriger werden, wenn nach Einführung der dreijährigen Dienstzeit sich herausstellen wird, daß das Opfer pro nihilo gebracht worden ist, und daß, was schon jetzt als unbedingt sicher angenommen werden darf, weder Herr Ssasonow noch Kaiser Nikolaus II. die geringste Neigung haben, einen Krieg mit Deutschland vom Zaune zu brechen oder sich ihn von Frankreich oktroyieren zu lassen. Die verbündeten Balkanvölker, die nach der Berechnung der Pariser und Petersburger kriegslustigen Kreise Österreich-Ungarn in den Rücken zu fallen bestimmt waren, scheiden als Faktor für Unternehmungen außerhalb der Balkanhalbinsel aus; an das Eingreifen Englands zur Unterstützung eines russisch-französischen Angriffskrieges gegen Deutschland und seine Bundesgenossen glaubt heute ebenfalls niemand mehr, der sich ein nüchternes Urteil gewahrt hat, zumal die russisch-englischen Interessen je länger je mehr in Asien auseinandergehen. Es kommt noch eins hinzu: Der Balkankrieg ist ein furchtbarer Schlag für die sogenannte slavische Idee. Die Vorstellung von der Zusammengehörigkeit aller Slaven unter der historischen Führerschaft Rußlands, die stets mehr dem Wunsche kleiner Kreise, als der Wirklichkeit entsprach, läßt sich heute nicht mehr aufrechterhalten.

Und ganz ebenso bricht die Vorstellung von der leitenden Stellung Rußlands als Haupt der griechisch-orthodoxen Kirche in sich zusammen. Der heilige Synod hat nicht einmal in Rußland die Autorität, die er beansprucht. Je mehr er die Führung beansprucht, um so mehr entgeht sie ihm. Die neuen Heiligen vermögen den Glaubenseifer des

Volkes nicht zu beleben; wo er sich regt, nimmt er sektiererische Gestalt an, und neben dem anarchistischen Mystizismus von Tolstoi, der die höchstgebildeten ebenso wie die unteren Schichten des Volkes ergreift, erstehen die wunderlichsten Neubildungen, gegen welche die Gerichte einzuschreiten genötigt sind. Der Prozeß, der eben jetzt gegen eine neue Mutter Gottes mit ihrem Stab an Erzengeln geführt wird, ist ein überaus charakteristisches Zeichen der geistlichen Bedürfnisse, die in den aus ihrer sicheren Ruhe aufgestörten bäuerlichen Kreisen entstehen, während bis in die höchsten Schichten der Gesellschaft hinauf Persönlichkeiten, wie der vielgenannte Rasputin und der jetzt kassierte Priester Iliodor Anhang und Schutz finden. Die offizielle Kirche aber wird immer intoleranter und über die Grenzen Rußlands hinaus anspruchsvoller. Wir denken dabei an die Konflikte in Athos, namentlich aber an die Kampagne gegen die angeblichen Christenverfolgungen in Galizien, bei der es sich darum handelt, den Nachweis zu erbringen, daß die unierten Ruthenen verhindert werden, in den Schoß der griechisch-orthodoxen Kirche „zurückzutreten". Es kombiniert sich damit der Feldzug, der gegen das allerdings mit großem Erfolg vorrückende Polentum im Kiewschen geführt wird. Während der Revolution und zur Zeit der radikalen Strömung, welche die erste und zweite Duma beherrschte, wurde das Gesetz aufgehoben, das den Polen den Ankauf von Land in den außerhalb des „Zartums Polen" liegenden Westprovinzen verbot. Die Folge ist, wie die „Nowoje Wremja" klagt, der massenhafte Übergang russischen Grundbesitzes in polnische Hände gewesen, so daß jenes bereits durch die vordringenden deutschen Kolonisten „bedrohte" Gebiet ganz in nichtrussische Hände zu fallen Gefahr laufe und teils katholisch teils protestantisch werden könnte. Natürlich sind das ungeheuere Übertreibungen, aber sie dienen als wirksames Agitationsmittel in den Händen der Nationalisten, die eben jetzt am Werk sind, in Finnland die Russifikationspolitik zum Siege zu führen, die unter dem wohlklingenden Schlagwort: „Kampf für die Gleichberechtigung der Russen", das Schwedische wie das Finnische aus dem offiziellen staatlichen Leben zu tilgen bemüht ist. Freilich führt dies nur zu einem Siege „auf Papier", das heißt, die Verordnungen werden erlassen, aber die Finnländer weigern sich, sie auszuführen. Die Zahl der ihres Amtes entsetzten und mit Gefängnis bestraften gebildeten Finnländer nimmt stetig zu, und es läßt sich nicht absehen, wohin dieser Kampf zwischen

den Vertretern des Landesrechts und der Politik der Regierung führen wird. Zu einer Russifizierung der Bevölkerung jedenfalls nicht, da das Russische mit seinen zahlreichen Zischlauten für die finnländische Zunge ebenso unaussprechlich ist wie z. B. den ihnen stammverwandten Esten. Das alles sind Erscheinungen, die einen chronischen Charakter tragen, und die, solange das heutige System der inneren Politik Rußlands sich behauptet, keine Änderung erfahren werden. Die Opposition dagegen ist aber im Steigen; trotzdem hat sie der Regierung fast ohne jeden Widerspruch alles gewährt, was sie an Mitteln zur Stärkung ihrer Land- und Seemacht forderte.

Wir kommen damit auf den Ausgangspunkt unsrer Betrachtung zurück. In Frankreich, wo von Petersburg aus diese Förderung des Allianzgedankens schon vor Annahme des Budgets für Armee und Marine durch die vierte Duma eifrig propagiert wurde — so z. B. in einem Petersburger Briefe des „Journal des Débats" —, wird dadurch das Programm Poincarés zwar zum Sieg geführt werden, die Hoffnung auf eine nahe bevorstehende aktive Kooperation beider Mächte ist aber sehr tief gesunken. Die politische Krisis in England, die auf die Möglichkeit eines Übergangs des Regiments an die Unionisten hinweist, hätte bei einer andern Weltlage in Frankreich das Ideal der Umwandlung der Tripleentente in eine Allianz der drei Mächte wieder in den Vordergrund gerückt, man weiß aber in Paris sehr wohl, daß dieses Ziel sich jetzt unter keinen Umständen wird erreichen lassen.

Die neue Wendung des orientalischen Problems macht es England unmöglich, sich politisch zu binden, und richtet mehr als je die Gedanken der englischen Politiker aller Parteien auf die Notwendigkeit, der heranreifenden asiatischen Form dieses Problems gegenüber sich volle Freiheit der Aktion zu sichern. Der Ausgang des Kampfes, den Bulgarien jetzt um die Hegemonie auf der Balkanhalbinsel führt, denn dies ist der eigentliche Sinn des Krieges, der zwischen der serbisch-griechisch-montenegrinischen Koalition und Bulgarien mit so unerhörter Erbitterung geführt wird, berührt die englischen Interessen direkt ebenso wenig, wie die Interessen Deutschlands. Erst bei der nachträglichen Regulierung der Ergebnisse des Kampfes werden sie sich geltend machen, und England dürfte dann aller Wahrscheinlichkeit nach den Absichten der Mächte des Dreibundes näherstehen als denen der französisch-russischen Kombination, gleichviel ob Liberale

oder Unionisten dann am Ruder sein werden. In den jetzigen Streitfragen Partei zu ergreifen, haben wir nicht den geringsten Anlaß. Wir bedauern den Ausbruch des Krieges, der allen Teilen furchtbare Verluste an Menschenleben, Nationalvermögen und politischen Zukunftsaussichten bringen muß, aber wir sehen nicht, mit welchem sittlichen Recht sich das Verhalten des einen oder des andern Teils verdammen ließe. Sie glauben alle in ihrem Recht zu sein und unter dem Zwang von politischen Notwendigkeiten zu handeln, in denen ein Zurückweichen ihnen nicht vereinbar mit ihrer Ehre scheint. Wenn nur die Hälfte der Vorwürfe wahr wäre, welche die Gegner gegeneinander mit allem Anschein der Wahrhaftigkeit erheben, hat eine ungeheure Verwilderung sich vollzogen. Das Bewußtsein einer nationalen Zusammengehörigkeit ist völlig zurückgetreten. Die Serben sprechen von den „tatarischen Physiognomien" ihrer bulgarischen Brüder von ehemals, alle Teile werfen sich treulose Hinterlist, Vertragsbruch und Lüge vor, und schon ist das Schlagwort ausgegeben, daß die bulgarische Tyrannei weit ärger sei, als die türkische je gewesen ist, die Bulgaren aber geben denselben Vorwurf den Serben und Griechen zurück. Was Wunder, daß Rumänien diese Lage zu seinem Vorteil auszunutzen bemüht ist, daß die Türken mit ihrer Forderung, Wiederherstellung der ursprünglich vorgeschlagenen Grenzlinie Enos—Midia, hervorgetreten sind, und daß alle bisher auf der Pariser Konferenz gepflogenen Verhandlungen über die finanziellen Fragen des ersten Balkankrieges ins Stocken geraten sind. Der russische Schiedsgerichtsgedanke ist völlig gescheitert, ein Schiedsspruch Europas wird erst post bellum möglich sein, und auch dann wird es fraglich bleiben, ob die Balkanstaaten sich fügen werden. Sie haben bisher bewiesen, daß die Wünsche des Konzerts der Großmächte ihnen außerordentlich wenig imponieren. Es fehlt an einem Exekutor dieses Willens und das ist vielleicht das beste an der jetzigen Lage. Dagegen scheint die albanische Frage schon jetzt eine Wendung zu nehmen, die spätere Gegensätze zwischen Österreich und Italien einerseits und der russisch-französischen Kombination andererseits zur Folge haben könnte. Unter diesen Umständen ist der Kieler Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit seinem italienischen Bundesgenossen besondere Bedeutung beizulegen. Es läßt sich wohl mit aller Bestimmtheit sagen, daß der Dreibund auch die jetzige Krisis in voller Einmütigkeit bestehen und zu friedlichem Ausgang für Europa

führen wird. Es scheint uns aber ein Symptom kommender Dinge zu sein, daß die russische Presse mit leidenschaftlicher Heftigkeit sich gegen Italien zu wenden beginnt. Wir werden, kündigt der „Golos Moskwy" an, unsre Beziehungen zu Italien revidieren müssen, das uns offenbar in den Weg tritt. Die Italiener werden sich bald davon überzeugen, was für drohende Folgen sie damit heraufbeschwören.

Ernste Verwicklungen kann der Ausstand der weißen Minenarbeiter in Johannesburg haben, da er die sehr bedenkliche Frage des Rassengegensatzes schwarzer und weißer Arbeiter in den Vordergrund rückt. Hier meldet sich ein Zukunftsproblem an, das alle afrikanischen Kolonien in mehr oder minder akuter Form angeht.

10. Juli 1913: Die rumänische Armee überschreitet die bulgarische Grenze.
11. Juli: Sieg der Griechen bei Demishissar.
12. Juli: Protest König Konstantins gegen bulgarische Grausamkeiten.
Die türkische Armee beginnt die von den Bulgaren geräumten Orte zu besetzen.
Die bulgarische Flotte flieht nach Sewastopol.
17. Juli: Revolution in den südchinesischen Provinzen.
Kabinett Rodoslawow-Genadiew in Bulgarien.
22. Juli: Die Türken ziehen in Adrianopel ein.
24. Juli: Bulgarien bittet um Einschreiten der Großmächte gegen die Türkei.
25 Juli: Rumänien ladet Serbien, Montenegro und Bulgarien zu Stillstands- und Friedensverhandlungen in Bukarest ein.
Die Griechen besetzen Dedeagatsch.
26. Juli: Auflösung des böhmischen Landtags. Sistierung der Autonomie Böhmens.
27. Juli: Sieg der Griechen bei Sirmitli.
29. Juli: Einzug des türkischen Thronfolgers in Adrianopel.
30. Juli: Beginn der Friedenskonferenz in Bukarest.
31. Juli: England lehnt die Beschickung der Weltausstellung in San Franzisko ab.
1. August: Rußland verzichtet auf Vorgehen gegen die Türkei.
3. August: Straßenkämpfe in Kampur zwischen Mohammedanern und englischer Polizei.
4. August: Die französische Militärdeputation Joffre in Petersburg.
6. August: Rückkehr Kaiser Wilhelms von der Nordlandsreise.
8. August: Rußland und Österreich sprechen sich für Revision des Bukarester Vertrages aus.
9. August: Die Türkei lehnt es ab, Adrianopel zu räumen.
10. August: Endgültige Unterzeichnung des Friedens von Bukarest.
11. August: Staatssekretär Dr. Solf reist nach Südwestafrika ab.
12. August: Sir Edward Grey im Unterhause über die Balkanfragen.
13. August: Serbien ordnet die Demobilisierung seiner Armee an.

---

13. August 1913.

Am 3. November 1443 hatte König Ladislaus von Ungarn, der Sohn König Wladislaw Jagiellos von Polen und Littauen, bei Nisch nach blutigem Ringen Sultan Murad II. aufs Haupt geschlagen. Nur die Härte des Winters hatte den König veranlaßt, nachdem er die Balkanpässe bereits überschritten hatte, Kehrt zu machen. Der Eindruck seiner Erfolge aber war ein so gewaltiger, daß Murad am 12. Juli 1444 den zehnjährigen Frieden von Szegedin abschloß, der den Ungarn die Suzeränität über die Walachei, die Rückgabe von Serbien, 24 Festungen, die Freiheit aller Gefangenen, eine Kriegskontribution von 150 000 Goldgulden und 25 000 türkische Krieger für jeden Krieg, den König Ladislaus

führen wolle, zusicherte. Dieser Friede war am 1. August ratifiziert worden. Auf Rat und Verlangen des päpstlichen Pönitentiarius hat der König den beschworenen Frieden gebrochen. Er rückte aufs neue mit Heeresmacht über die Donau, und am 10. November traf ihn das Verhängnis bei Varna. Sein Heer ward vernichtet, er selbst erschlagen und den Türken konnte niemand mehr wehren, auch gegen Konstantinopel den tödlichen Schlag zu führen. So brachten wenige Wochen, in jähem Wechsel von höchster Hoffnung zu tiefster Verzweiflung, eine weltgeschichtliche Entscheidung.

Ähnlich, wenngleich minder tragisch, hat sich das Geschick Bulgariens in den letzten Monaten abgespielt. Als am 30. Mai der Londoner Präliminarfriede abgeschlossen wurde, stand Bulgarien ruhmgekrönt als der mächtigste politische Faktor auf dem Balkan an der Seite seiner Kampfgefährten und Bundesgenossen da. Die Siegesbeute war über alle Erwartung groß, und was errungen ward, war dem einmütigen Zusammenwirken Aller zu danken. Ein Präliminarvertrag über die Verteilung des gewonnenen Territoriums war durch die Ereignisse nach zwei Seiten überholt worden; über Albanien hatten die großen Mächte verfügt, es wurde selbständig; im Süden war man gegen alle Wahrscheinlichkeit bis hart vor die letzten Schutzwehren Konstantinopels vorgedrungen. Es war nur billig, wenn Serbien und Griechenland Ansprüche erhoben, die im Verhältnis zu den Opfern standen, die sie über ihre Vertragspflichten hinaus gebracht hatten. Aber den siegestrunkenen Bulgaren blendete die Gier nach Land den Blick, und vielleicht noch mehr der, auch während der gemeinsamen Kämpfe gegen die Türkei fortglimmende, alte Haß gegen Serben und Griechen. Sie wollten nicht nur behalten, was sie errungen hatten, aber allein nicht hätten erringen können, sondern beanspruchten auch Gebiete, die unzweifelhaft Eroberungen der andern waren. Schon Anfang Juni hatten sich die Gegensätze so zugespitzt, daß ein Krieg unvermeidlich schien. Trotz der ungeheuren Verluste, die der Türkenkrieg gebracht hatte, rüsteten alle Teile. Der Versuch Rußlands, durch einen Schiedsspruch die Gegensätze auszugleichen, scheiterte an dem Widerspruch der Balkanstaaten. Die Lage wurde immer kritischer. Wo Serben und Griechen, die ein gemeinsames Interesse eng zusammenschloß, bulgarischen Truppen gegenüberstanden, kam es zu Zusammenstößen, und es ist nachträglich festgestellt und dokumentarisch bewiesen worden, daß Bulgarien in

arger Überschätzung seiner Leistungsfähigkeit bewußt darauf hinarbeitete, den Krieg unvermeidlich zu machen. Aber noch bot sich ihm die Möglichkeit, ihn unter leidlich günstigen Aussichten zu führen. Rumänien war bereit, neutral zu bleiben, wenn ihm Silistria und eine Grenzberichtigung an der Dobrudscha zuteil würde. Auch war man einer Verständigung, dank dem Eingreifen Rußlands ganz nahegekommen. Aber im letzten Augenblick scheiterte das Werk. Es ist noch nicht endgültig festgestellt worden, was Bulgarien veranlaßte, diese Chance zurückzuweisen. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um ein falsches politisches Manöver, Rußlands und Frankreichs. Während Rumänien ermuntert wurde, Bulgarien gegenüber eine feste Sprache zu führen, gab man zugleich Bulgarien zu verstehen, daß es sich wegen der rumänischen Mobilisierung keine Sorgen zu machen brauche. Offenbar wurde in Petersburg wie in Paris die Stoßkraft Bulgariens überschätzt. Man scheint gemeint zu haben, daß rasche Erfolge Bulgariens Rumänien veranlassen würden, sich mit Demonstrationen zu begnügen. Bekanntlich war der Verlauf ein anderer. Am 8. Juli war der serbisch-griechische Krieg gegen Bulgarien auf der ganzen Linie entbrannt. Am 14. Juli mußte der bulgarische Gesandte Bukarest verlassen und in Sofia erkannte man nun, daß es Rumäniens bitterer Ernst war. Auf den Schlachtfeldern aber erlitt Bulgarien eine Niederlage nach der andern, ohne auch nur einen einzigen wirklichen Erfolg erringen zu können. Es wurde ein blutiger, abscheulicher Krieg, in dem bulgarischerseits Unmenschlichkeiten begangen worden sind, die eine Schande des 20. Jahrhunderts bleiben werden, und nur in den Greueln eine Parallele finden, die von den tatarischen Horden verübt wurden, die im Dienst der letzten Ruriker Groß Nowgorod und Livland verwüstet haben. Auch was an Repressalien von seiten der erbitterten Gegner Bulgariens verbrochen worden ist, kann nicht scharf genug getadelt werden. Als Zar Ferdinand im Oktober vorigen Jahres sein Heer mit einem Kreuzzugsmanifest ins Feld führte, schob man die Greuel, die von seinen Truppen verübt wurden, auf den religiösen Fanatismus dieses Bauernheeres, aber fast noch entsetzlicher waren die Ausschreitungen, die jetzt an den glaubensverwandten ehemaligen Kampfesbrüdern begangen wurden. Überall geschlagen, unter ungeheuren Verlusten hat sich Bulgarien schließlich physisch und moralisch fast verblutet. Es blieb ihm nichts übrig, als den Frieden zu schließen, so wie die Sieger ihn dik-

tierten. Er ist am letzten Sonntag (10. August) unterzeichnet worden, in Bukarest, nach dem Programm, das König Karol von Rumänien im Einverständnis mit Serbien und Griechenland, immer noch gnädig genug, den Bulgaren diktiert hat. Der Text des Friedensvertrages liegt vor jedermanns Augen. Bulgarien bleibt trotz allem größer als es vor Beginn des Türkenkrieges war, es erreicht in Lagos und Xanthi das Ägäische Meer, aber es ist heute nächst Montenegro der schwächste der Balkanstaaten, und so wie die Dinge liegen, kann es nicht darauf rechnen, in absehbarer Zeit dieses Verhältnis umzustoßen. Die Türken aber haben die unerwartete Gunst der Lage benutzt, um Adrianopel und Kirkilisse zu besetzen, ihre Armee zu verstärken und sich darauf einzurichten, ihre Position zu behaupten.

Während Rumänien, Bulgarien und Serbien demobilisieren, macht die Türkei keine Anstalten, ihre militärische Aufstellung zu mindern, und das ist bei der Unsicherheit der politischen Atmosphäre wohl verständlich. Sie geht auf zwei Ursachen zurück. Erstens darauf, daß Österreich und Rußland auf eine Revision des Bukarester Friedens hinarbeiten, und zweitens auf den Gegensatz, in dem die Ansprüche der Türkei zu den Bestimmungen des Londoner Friedens vom 30. Mai d. J. stehen. Österreich und Rußland — deren Balkanpolitik bisher im schärfsten Gegensatz stand — stimmen darin überein, daß sie den Bulgaren günstigere Grenzen sichern wollen, wobei freilich nur das Ziel, nicht die Motive beider Mächte identisch sind. Rußland glaubt, sich nicht weniger bulgarenfreundlich zeigen zu dürfen, als Österreich, während diesem — wie wir glauben zu unrecht — eine Schwächung des zu groß gewordenen Serbien meist am Herzen liegt. Es würde uns klüger scheinen, wenn Österreich auf eine endgültige Verständigung mit Serbien ausgehen wollte, das jetzt, da es sich nach Osten hin orientiert hat, im eigensten Interesse gewiß die ihm zugestreckte Hand Österreichs ergreifen würde. Der eigentliche Grund, der die russische Diplomatie eine Revision des Bukarester Friedens wünschen läßt, liegt darin, daß den Griechen Kawala zugesprochen wurde. Daß Serbien sich nach Westen auf Kosten Bulgariens vergrößert, beunruhigt das Petersburger Kabinett sehr wenig, wohl aber, daß Serbien sich den Griechen solidarisch verbunden zeigt. Denn Kawala liegt dem Ausgang der Dardanellen zu nahe, und da Griechenland auf dem Wege ist, eine Seemacht von Bedeutung zu werden, auch aller Wahrscheinlichkeit

nach schon bald in nahe und freundschaftliche Beziehung zur Türkei treten wird, die säkuläre Politik Rußlands aber ein schwaches Griechenland verlangt, sieht man hier einen Strich durch alte russische Berechnungen gemacht, und das will man in Petersburg nicht dulden. Daher auch die sehr tiefgehende Erbitterung, die in Rußland das Eintreten Frankreichs für das gute Recht Griechenlands hervorgerufen hat. Diese Unzufriedenheit gilt übrigens aller Welt, und die „Nowoje Wremja" hat das in einem Leitartikel vom 9. August, dessen Spitze sich gegen Herrn Ssasonow richtet, sehr drastisch zum Ausdruck gebracht. In Montenegro habe der russische Gesandte, durch dessen Hände viele Millionen Rubel für das montenegrinische Volk gegangen seien, nicht mehr Einfluß als der Kawas der österreichischen oder griechischen Gesandtschaft; Bulgarien, das zwar nicht offiziell aber doch sehr wirksam während des Krieges von Rußland unterstützt worden sei, handele, als ob es auf Erden überhaupt kein Rußland gebe; Serbien, zu dessen Schutz Rußland eine halbe Million Reservisten unter die Fahnen gerufen habe, beantworte den russischen Vorschlag, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen, in einem Ton, der es bisher unmöglich gemacht habe, den Wortlaut der Antwort zu veröffentlichen; Rumänien, dem Rußland die Besetzung der Dobrudscha gestattete, habe gegen Rußlands Willen den Türken die Bahn zu einem neuen „Hunneneinfall" freigemacht; Griechenland nehme zwar russische Subsidien aber nicht russischen Rat an, obgleich es seine nationale Existenz zunächst Rußland danke; die Türkei endlich, die durch Rußland 1908 vor einem bulgarischen Kriege gerettet wurde, höre in Konstantinopel jedermann, nur die Stimme der russischen Diplomaten verhalle dort ohne jede Wirkung. Den Gipfel des Undanks zeige aber das Verhalten Frankreichs, das von der Revision des Vertrags von Bukarest nichts wissen wolle und entschlossen sei, den Griechen Kawala zu lassen. In der Tat, die Welt ist undankbar, und wir verstehen den Jammer der „Nowoje Wremja" wohl, hoffen aber, daß er wirkungslos verklingen und der Bukarester Frieden unangetastet bleiben wird. Die von Deutschland von Anbeginn vertretene Politik, daß die Regelung der Balkanfrage, wie der Ausgang des Krieges sie gestaltet hat, den Balkanvölkern selbst überlassen werden müsse, hat die allerbeste Aussicht, durchzudringen. Die bedeutsamen Telegramme,

die zwischen König Carol und Kaiser Wilhelm gewechselt worden sind, werfen ein helles Licht auf die Verdienste, die unser Kaiser sich um den Ausgang der Bukarester Verhandlungen erworben hat; auch wir wünschen mit König Carol, daß der Friedensschluß ein definitiver bleibt, und meinen, wie das schon am Montag von der „Kreuz-Zeitung" ausgesprochen worden ist, „daß eine Revision des Bukarester Vertrages nicht nur den ganzen eben erst überwundenen Komplex von Gefahren von neuem heraufbeschwören würde, sondern, daß gerade der vorliegende Friedensvertrag den Interessen des Dreibundes und vor allem auch denjenigen Österreich-Ungarns am meisten entspricht, sofern man in Wien keine Augenblickspolitik zu treiben beabsichtigt". Das scheint auch die Überzeugung der besonnensten österreichischen Blätter zu sein. Zu alledem kommt noch in Betracht, daß die Balkanstaaten an Menschenmaterial schwere Verluste — größere als wir im Deutsch-Französischen Kriege — erlitten haben und daß sie finanziell erschöpft sind. Sie brauchen Jahre der Erholung, um diese Wunden zu heilen und große Mittel, um den Verpflichtungen gerecht zu werden, die sie dem eigenen Lande und dem Auslande schuldig sind. Ein Pariser Korrespondent des „Economist" wirft in diesem Zusammenhange die Frage auf, ob es nicht möglich sei, diese Staaten zu verpflichten, ihre militärischen Ausgaben zu beschränken, und die Redaktion des Blattes tritt lebhaft im Interesse der europäischen Gläubiger dieser Staaten für den Gedanken ein: Die zwischen den Balkanstaaten auftauchenden Zwistigkeiten müßten auf Grund zwischen ihnen abzuschließender Verträge Schiedsgerichten überwiesen werden. Nur dann sei Aussicht, daß die ungeheuren Verluste, die Frankreich erlitten habe (die Angaben schwanken zwischen zwei und fünf Milliarden) und die nicht geringen Verluste Englands und Deutschlands allmählich ausgeglichen würden. Der Gedanke erscheint auch uns glücklich, vorausgesetzt, daß es Mittel gibt, die in Frage kommenden Staaten freiwillig zur Annahme solcher Verpflichtungen zu bewegen, da ein Zwang sich von selbst verbietet, weil er einen Exekutor für den Fall des Ungehorsams voraussetzt. Das ist ja die Klippe, an der die wohlgemeinten Pläne unsrer Pazifizisten stets scheitern. Ungelöst ist zurzeit noch die Frage über die Zukunft Adrianopels und Kirkilisses. Daß die Okkupation dieser Städte in Widerspruch zu den Bestimmungen des Londoner Friedens steht, liegt ja auf der Hand, ebensosehr aber die Tatsache, daß die Lage heute eine andere

ist, als sie am 30. Mai war, und daß der Türkei kein Vorwurf daraus gemacht werden kann, daß sie bemüht ist, den Vorteil, der sich ihr bot, nach Kräften auszunutzen. Um sie dessen zu berauben, was sie wiedergewonnen hat, würde es ebenfalls eines Exekutors bedürfen, eine solche Exekution aber würde eine europäische Gefahr bedeuten, da sie in ihren Konsequenzen unberechenbar ist. Günstiger läge die Sache, wenn die Türkei selbst zur Überzeugung käme, daß sie Adrianopel nicht anders als durch einen militärischen und finanziellen Aufwand behaupten kann, der über ihre Kräfte geht, und sich mit Kompensationen für das Aufgeben der besetzten Gebiete begnügen wollte. Es scheint, daß sie in solchem Falle auf lebhaftes Entgegenkommen rechnen könnte, da alle Welt nach einer endlichen Lösung der noch bestehenden Schwierigkeiten verlangt. Alle Welt, mit der einen Ausnahme des Zaren Ferdinand von Bulgarien! Der Tagesbefehl, den er an seine Armee richtet, atmet Rache und kündigt neue Kämpfe an, die erfolgen sollen, sobald Bulgarien wieder erstarkt sein wird. Zar Ferdinand hat damit der Türkei das stärkste Argument in die Hand gespielt, das gegen eine Räumung Adrianopels spricht, und den Serben und Griechen die Notwendigkeit ihres Zusammenstehens auf das nachdrücklichste vor Augen geführt. Die Konsequenz dieses Tagesbefehls müßte ein Balkanbund ohne Bulgarien sein, das sich nunmehr vor aller Welt als der gemeinsame Feind aller anderen deklariert hat. Man kann aus dem schlecht erwogenen Tagesbefehl König Ferdinands nur den Schluß ziehen, daß ihm die Stellung seiner Dynastie auf das äußerste bedroht erschien, und er so zu dem gefährlichen Grundsatz gelangt ist: Ich bin ihr Führer, also muß ich tun, was sie wollen.

Daß sich infolge der während der Orientkrisis zutage getretenen Interessengegensätze *Wandlungen in der Gruppierung der Mächte* vollziehen, ist *höchst unwahrscheinlich*, soweit die nächst absehbare Zukunft in Frage steht. Frankreich wird trotz Kawala mit all seinen Saugarmen an Rußland festhalten und ebenso England seine Entente mit Frankreich nicht fallen lassen. Aber England ist aus Rücksicht auf seine mohammedanischen Untertanen in Indien genötigt, mit höchster Vorsicht in persischen und türkischen Angelegenheiten vorzugehen, und es will immerhin etwas bedeuten, daß Lord Curzon das englisch-russische Abkommen von 1907 im Parlament einen Fehler nannte. Zwischen Frankreich und Rußland aber hat trotz der

blutigen Zeitungspolemik wegen Kawala der Gedanke zukünftiger Waffenbrüderschaft gerade jetzt wieder in Anlaß der in Petersburg weilenden französischen Militärdeputation besonders lebhaften Ausdruck gefunden. Der General Joffre — schreibt der „Temps" vom 11. August —, Generalstabschef und designierter Generalissimus, stellt sich in Krasnoje Sselo mit konstitutionellen Vollmachten und einer Autorität vor, die keiner seiner französischen Vorgänger gehabt hat. Er wird unterstützt von General d'Amade, Kommandanten des sechsten Korps, dem glänzenden Vertreter der französischen Infanterie, und von mehreren Generälen anderer Waffen... diesen Generälen sind mehrere Obersten beigeordnet, während die Direktoren der zweiten und vierten Abteilung unsres Generalstabs vornehmlich den General Joffre unterstützen, der eine, soweit die früheren franko-russischen militärischen Beziehungen in Frage kommen, der andere für Eisenbahnfragen und Konzentrationstransporte... Es schließt sich hieran die unwahre Behauptung, daß unsere Militärvorlage Frankreich zur Annahme der dreijährigen Dienstzeit genötigt habe —, während, wie wir schon am 25. Juni nachwiesen, Poincaré im August 1912, als von einer Vermehrung der Armee bei uns keine Rede war, in Petersburg auf russischen Wunsch die Verpflichtung übernahm, den dreijährigen Dienst einzuführen, — und endlich das Programm der Verhandlungen des Generals Joffre: Soll Rußland die Zahl seiner Truppen erhöhen? oder sein militärisches Material (outillage) aufbessern? Soll es sein Eisenbahnnetz ausdehnen, um eventuell seine strategischen Transporte zu beschleunigen? Daß diese Fragen gerade jetzt, da die französische Militärmission zu längerem Aufenthalt in Rußland sei, beraten würden, gebe dem herzlichen Empfang, der ihr zuteil würde, einen besonderen Charakter, meint der „Temps". Wir können ihm darin nur zustimmen, glauben aber trotzdem, mit großer Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß Kaiser Nikolaus II. an einem von Frankreich provozierten Kriege gegen Deutschland nicht teilnehmen würde. Man überschätzt in Frankreich Äußerungen von Männern, die zwar sehr hoch stehen, aber der Kaiser nicht sind, der aber ist es, in dessen Hand die Entscheidung liegt.

14. August 1913: Inkrafttreten des deutsch-russischen Abkommens über Schutz von Werken der Literatur und Kunst.
15. August: Schluß der englischen Parlamentssession.
17. August: Protest Bulgariens gegen den Vormarsch der Türken.
18 August: Attentat auf den Banus von Kroatien.

---

20. August 1913.

Eine Revision des Bukarester Friedens durch den in London tagenden europäischen Areopag für orientalische Angelegenheiten, wird nicht stattfinden. Die Konferenz ist in die Ferien gegangen, und ihr Mandat gilt für erledigt. Auch hat Sir Edward Grey ihr die Leichenrede gehalten, die sie verdiente, und wir wollen das Lob, das er ihr erteilt, nicht mindern. Es ist gewiß richtig, daß sie alles getan hat, was in ihren Kräften lag, um den Konflikt zu lokalisieren, was, wie heute auch die Gegner zugeben müssen, namentlich dem Zusammenhalten von Deutschland und England in kritischen Augenblicken zu danken gewesen ist. Vor ihrer Verabschiedung hat die Konferenz ihr letztes Wort über die Abgrenzung Albaniens und über den Dodekanes, die zwölf von Italien besetzten Inseln gesagt. Italien wird sie ausliefern, sobald die Bedingungen des Friedens von Ouchy erfüllt sind, das heißt, sobald der letzte türkische Soldat Cyrenaika verlassen hat. Hier zeigen sich aber starke Gegensätze der italienischen und der französischen Wünsche. Das „Journal des Débats", das wie die übrigen französischen Blätter unter Führung von „Temps" und „Matin", in heftiger Polemik mit der italienischen Presse liegt, und die finstersten Bilder über die ökonomische Zukunft Italiens entwirft, auch darauf aufmerksam macht, daß Luzzatti einem „pèlerinage financier" nach Paris nicht entgehen könne, zitiert folgende Äußerungen der italienischen Presse: „Wenn Italien und die Türkei wissen, daß sobald die Räumung des Dodekanes vollzogen ist, die Mächte intervenieren werden, um sie Griechenland zuzusprechen, so läßt sich wohl voraussehen, daß die Türkei und Italien sich darüber

verständigen werden, daß die Auslieferung möglichst spät stattfindet." So schreibt die „Gazetta del Popolo" vom 10. August. Der „Corriere d'Italia" und andere Blätter des Trust, zu dem er gehört, schrieben am 8. August: „Wenn die Inseln nicht unser Eigentum werden, was noch nicht sicher ist, liegt kein Grund vor, sie Griechenland abzutreten." „Unsere Kollegen — fahren die „Débats" fort — konstatieren auch mit Befriedigung, daß die italienische Diplomatie Hand in Hand mit der österreichisch-ungarischen geht. Endlich findet sich an der Spitze der gestern in Paris eingetroffenen „Tribuna" folgende philosophische Betrachtung: „Die Franzosen sind natürlich und aus Überzeugung nicht fähig, die Legimität der Argumente und der Interessen, ja nicht einmal der Existenzberechtigung anderer Nationen zu verstehen. Es liegt für sie auf der Hand, daß jene schmählich einen Platz an der Sonne usurpieren, wenn sie es sich nicht zur Ehre rechnen, freudig und in aller Bescheidenheit, der unwiderstehlichen und unvergleichlichen Größe der „Nation par excellence" zu dienen, die einzig und allein im Absoluten aufgeht, ja selbst die absolute Zivilisation und das absolute Recht ist."

Daß man sich in Frankreich über diese vielleicht zu stark pointierte Charakteristik des Durchschnittsfranzosen ärgert, ist ja begreiflich. Ebenso verständlich aber, daß Italien die tatkräftige Mißgunst übel aufnimmt, mit der Frankreich sich jeder Stärkung der italienischen Stellung im Mittelmeer entgegenstemmt. An sich könnte es nur erwünscht sein, wenn Italien einige jener zwölf Inseln als Stützpunkt seiner Marine behalten könnte, zumal Griechenland mit Kawala naturgemäß auch der Besitz von Thasos zufallen muß, das ihm ursprünglich nicht zugedacht war. Damit aber berühren wir ein weiteres ernstes Problem. Es ist ja allbekannt, daß Rußland den Siegeszug der Bulgaren zum Stehen brachte, weil es unter keinen Umständen ein bulgarisches Konstantinopel dulden wollte. Erst die Erfolge, durch die Serben, Griechen und Rumänen die Gefahr beseitigten, die sie und mit ihnen Rußland von einem zu mächtigen Bulgarien gefürchtet hatten, wandten den Bulgaren die Gunst Rußlands wieder zu, während die Petersburger Politik die Gefahr nunmehr in einem zu starken und zu ehrgeizigen Griechenland erblickte. Es galt jetzt, die Bulgaren, die heute durchaus russenfeindlich sind, aufs neue an Rußland heranzuziehen, und das war der Anlaß, von den Griechen die Rückgabe Kawalas an Bulgarien zu fordern, traf also die Frage, in der französische und russische Interessenpolitik

sofort aneinandergerieten. Die Wiederbesetzung Adrianopels durch die Türken bot eine weitere Gelegenheit, das Interesse Rußlands für Bulgarien zu betätigen, und wohl in Zusammenhang damit verbreitete sich in Sofia das von Petersburg sofort dementierte Gerücht, daß Rußland Truppen in Midia gelandet habe, um die Türken aus Thrazien zu vertreiben, und daß ein großes russisches Geschwader am Bosporus kreuze. Man darf wohl annehmen, daß hier die Quelle der vom „Echo de Paris" verbreiteten Alarmnachricht von einem bevorstehenden russisch-türkischen Kriege zu finden ist, was mindestens einer hoffentlich nicht eintretenden Möglichkeit vorgreift. Daß Rußland seine Flotte im Schwarzen Meer für alle Eventualitäten bereithält, ist längst bekannt, auch ist es richtig, daß die beiden russischen Stationäre nach Sewastopol zurückgekehrt sind, aber ebenso bekannt ist, daß die russische Flotte eine so große Armee nicht transportieren kann, wie Rußland sie zu einem Angriff auf die jetzt gerade sehr starke türkische Stellung in Thrazien brauchen würde. Ein Angriff auf Türkisch-Kleinasien ist aber aus Gründen der allgemeinen Politik als ausgeschlossen zu betrachten. Schon das zeitliche Zusammenfallen des Konflikts um Kawala mit jener angeblich bevorstehenden Aktion macht sie unwahrscheinlich. Es dürfte vielmehr richtig sein, was am 15. Juli aus London nach Petersburg telegraphiert wurde: „Die diplomatischen Kreise haben sich überzeugt, daß Rußland, im Hinblick auf die allgemeine Abneigung der Mächte und die entschiedene Billigung des Bukarester Vertrages durch Deutschland, nicht Neigung zeigen wird, auf Revision des Vertrages zugunsten Bulgariens zu bestehen und Deutschland die Stellung eines Beschützers der übrigen Balkanvölker zu verschaffen. Die russische Diplomatie geht sehr vorsichtig der Türkei gegenüber vor. Ein militärischer Druck wird nicht in Aussicht genommen, sondern nur ein finanzieller, durch Weigerung jeder finanziellen Hilfe und Ablehnung eines Zuschlags zu den Zöllen, was, wie man meint, genügen wird, die Pforte zur Räumung Adrianopels zu veranlassen. Aber Männer, welche die türkische Politik kennen, weisen darauf hin, daß die Türkei es wunderbar versteht, ohne Geld auszukommen, und daß es viel Zeit kosten wird, ehe ein finanzieller Druck Früchte trägt. Realpolitiker meinen, die Besetzung Adrianopels durch die Türken sei ein günstiger Faktor für den Frieden. Solange die Türken in Adrianopel stehen, würden die Bulgaren nichts gegen die anderen Balkanstaaten unternehmen, vielmehr sich

bei ihnen um Unterstützung gegen die Türken bemühen, und das könne zu einer Annäherung in anderen Fragen führen. Die Türkei hat durch ihre Politik die Bildung des Balkanbundes gefördert und kann seine Wiederherstellung herbeiführen." Das ist ganz richtig gedacht und entspricht wohl dem russischen Interessenstandpunkt. Der Schluß aber aus der Gesamtheit der hinter uns liegenden Tatsachen ergibt, daß der Bukarester Frieden nicht mehr ist, als eine Etappe in der zu einer Lösung drängenden orientalischen Frage: ein Stillstand, von dem man hoffen muß, daß er möglichst lange dauert und den die Türkei, wenn sie klug ist, benutzen müßte, um ihre Stellung in Kleinasien zu sichern.

Für sie liegt die Gefahr darin, daß die zersetzende Rolle, die in Europa Mazedonien zufiel, in Kleinasien durch die armenische Frage gespielt wird. Man kann mit großer Bestimmtheit behaupten, daß die politische Lebensfähigkeit der Türkei davon abhängt, ob sie die armenische Frage zu lösen vermag. Es gibt heute 1 270 000 Armenier in den sechs Wilajets des eigentlichen Armeniens und in Cilizien, in den übrigen Gebieten der asiatischen und europäischen Türkei 580 000, in Summa mindestens 1 850 000 Köpfe. 90 v. H. von ihnen gehören der gregorianischen Kirche an, die übrigen sind katholisch oder protestantisch. Sie sind ein besonderer Zweig des indoeuropäischen Stammes, der im Laufe der Zeit fremdes, namentlich semitisches Blut aus Assyrien aufgenommen hat. Das Unglück der heutigen Armenier sind die Kurden, ein halb nomadisches Volk, ebenfalls indoeuropäischen Ursprungs und den Persern nahe verwandt. Sie stehen in ihrer Kultur tief unter den Armeniern und sind gewohnt von altersher, diese zu berauben und zu mißhandeln, ohne daß die türkische Regierung je imstande gewesen wäre, ihre Schutzpflichten den Armeniern gegenüber zu erfüllen. In den Tagen Abdul Hamids, der selbst ein Verfolger der Armenier wurde, man denke an das entsetzliche Gemetzel von 1896, fehlte es auch am Willen dazu, und noch 1909 konnten sich ähnliche Greuel in Adana wiederholen. In einer vortrefflich gearbeiteten Studie von Léon Lamouche in der „Revue politique et parlementaire" vom 10. August wird nun der Gedanke ausgeführt, daß die armenische Frage weder eine politische noch eine nationale sei. Die Armenier Kleinasiens könnten weder wünschen, ein besonderer Staat zu werden, noch gebe es bisher einen Grund, der ihnen die Annexion durch Rußland erwünscht machte;

sogar der Wunsch, eine autonome Provinz zu bilden, sei ausgeschlossen, da sie in all ihren Sitzen einer muselmanischen, meist kurdischen Majorität gegenüberstehen würden. Auch sind sie loyale Untertanen der Türkei trotz allem geblieben. Die armenische Frage verlange zu ihrer Lösung nur die Einführung von Gerechtigkeit und Sicherheit in der türkischen Verwaltung. Im Prinzip sei beides bereits durch gesetzliche Bestimmungen den Armeniern gesichert, aber wie immer, fehle es in der Türkei an der Ausführung des Gesetzes, wobei die Schuld denjenigen zufalle, die berufen sind, sie auszuführen. Lamouche macht nun, um diesem Übel abzuhelfen, eine Reihe von Vorschlägen, die uns alle Beachtung zu verdienen scheinen. Da die Auswahl der Beamten sich als die wesentlichste Schwierigkeit erweist, schlägt er vor, der Armee eine Anzahl Offiziere zu entnehmen, energische, tapfere und gebildete Männer, wie der Friede sie jetzt disponibel mache. An solchen Elementen fehle es nicht, und ihnen könne man die wichtigsten Posten der Vali und Mutasserif übertragen. Zur Seite müsse man ihnen Zivilagenten stellen, die sich auch aus den Reihen der sehr zahlreichen armenischen Beamtenschaft nehmen ließen, wie denn die Posten eines Vali, Mutasserif und Kaimakan, wo die Bevölkerung in der Mehrzahl christlich sei, mit Christen besetzt werden müßten. Die Oberaufsicht der Verwaltung will Lamouche ausländischen Inspektionen übertragen, jedoch so, daß ihre endgültig getroffenen Entscheidungen von türkischen Beamten zu zeichnen und auszuführen wären, und daß jene Inspektoren direkt dem Minister des Innern unterstehen. Es schließen sich daran Vorschläge, die dem häufigen Wechsel der Beamten entgegenwirken sollen, ein Plan zur Reform der Gendarmerie, die mit Hilfe der Armee die Kurden tatsächlich niederhalten soll, Organisation von Dorfwachen und endlich Disziplinierung der Kurden, indem man sie unter Offizieren der regulären Armee zu leichten Kavallerieregimentern zusammenfaßt. Die Umbildung des Beamtentums, Ernennung der Inspektoren, Vollendung der Organisation der Gendarmerie und Bildung von Dorfwachen, das alles ließe sich schnell ausführen. Von den ausländischen Inspektoren hofft er den Antrieb zu weiten Reformen, die allmählich eingeführt werden könnten. Das Wesentliche bleibe, Ordnung zu schaffen und den Missetaten der kurdischen Begs und Aghas ein Ziel zu setzen. Große Schwierigkeiten biete die Beschaffung einer besseren Justiz, aber ein Anfang sei bereits

durch die Einführung von Friedensrichtern gemacht und auf diesem Boden ließe sich weiterarbeiten.

Gewiß hat Lamouche recht, wenn er sagt, daß es eine Lebensfrage der türkischen Regierung sei, rasch und ernstlich diese armenische Frage anzugreifen, und daß Europa kaum minder daran interessiert sei, da ernste Ereignisse in Armenien Folgen haben könnten, deren Wichtigkeit unberechenbar sei und deren Ende sich nicht absehen lasse. Das gesamte Material über die armenische Reformfrage findet man im Buch von Schopoff: „Les reformes et la protection des Chrétiens en Turquie", Paris 1904. Die politische Seite, die der Türkei Schwierigkeiten machen wird, liegt in der Wahl der Inspektoren. Sie dürften unter keinen Umständen der Türkei oktroyiert werden, sondern müßten ihrer freien Wahl überlassen sein, da nur bei gegenseitigem Vertrauen eine ersprießliche Tätigkeit möglich ist, und die Erfahrungen, die das benachbarte Persien von europäischer Hilfe gemacht hat, nicht eben zur Nachahmung auffordern.

Zurzeit steht Persien unter dem Zeichen einer erregenden Wahlagitation. Die Wahlen sollen zum erstenmal nach dem neuen Wahlgesetz, das einen Zensus einführt, stattfinden und der Medjlis zu Ende des Herbstes zusammentreten. Um diese Zeit erwartet man auch die Rückkehr Nasr ul Mulks, des Regenten, der über Wien nach Teheran zurückkehren soll, und gewiß Lausanne nicht gern verläßt, da er genau weiß, welche Stürme ihn in der Heimat erwarten. Bachtiaren und Gendarmen stehen in so heftigem Gegensatz, daß Oberst Jalmersen ein Ultimatum an die Regierung richtete und mit dem Abzug aller schwedischen Instruktoren drohte, wenn man die Bachtiaren nicht entwaffne. Das soll dann auch geschehen sein, aber wer kann dafür bürgen, daß sie lange Ruhe halten. Die russische Presse berichtet auch von neuen Unruhen. Burudjird und Choremabad sind von einem der Prinzen Sergam es Sultane besetzt und ausgeplündert worden. Tuserkau (?) wird von 700 Räubern belagert und die terrorisierte Bevölkerung bittet um Hilfe von der Regierung. Man hofft auf die Zukunft, aber bisher haben diese Hoffnungen noch immer getäuscht.

Ruhig scheint es zurzeit nur in Afghanistan zu sein, das sich bisher das Interesse seiner englischen und russischen Freunde vom Leibe zu halten verstanden hat, sonst gärt es überall in Asien, und die türkischen

wie die chinesischen Wirren schlagen mit ihren Wellen bis in das Herz Englisch-Indiens hinein. Uns ist eine Broschüre in japanischem Text, aber mit englischem Titel zugegangen: Why should not Japan help India in her War of Independence? Der Verfasser nennt sich Hasan a Hotano, Herausgeber von „El Islam" und Autor von „The Asiatic Union". Man kann sich danach wohl den Inhalt konstruieren. Die „Preßassociation" verbreitet über den Bürgerkrieg in China eine Korrespondenz aus Peking, in der es u. a. heißt: Wenn das offizielle Japan in seiner Politik korrekt ist, bleibt die Tatsache doch bestehen, daß Japaner mit allem in Verbindung gestanden haben, was der Revolution vorausging und in ihrem Verlauf geschah. Japaner haben die Führer der Rebellen finanziert, mit Waffen versorgt und sind jedem Führer, bei jedem Treffen eng verbunden gewesen. So wird noch jetzt der rebellische Gouverneur Li Lieh Chun, der erste Urheber der Rebellion, von dem japanischen Kapitän Aoyagi begleitet. Jedenfalls bedeutet die Sympathie Japans für den Süden eine schwere Verlegenheit für Juanschikai.

Ein französischer Kenner, Fernand Farjenel, meint ebenfalls, daß Japan mit seinen Sympathien, und, wie es heißt, mit seinen verkleideten Offizieren, auf seiten des Südens stehe, der dem diktatorischen Walten Juanschikais seinen konstitutionellen Republikanismus entgegensetzt. Mit Mutsuhito sei das göttliche Prestige des Kaisers von Japan verschwunden, sein Sohn Joshihito sei bereits ein konstitutioneller Monarch geworden und ein demokratischer Geist wehe durch das Reich.

Parallel damit habe die japanische Politik einen anderen Charakter angenommen. Es wurden allerlei Missionen, darunter eine parlamentarische, nach China geschickt und diese brachten die Überzeugung heim, daß die Zukunft dem republikanischen Süden gehöre und Juanschikai eine nur ephemere Zukunft habe. Dazu komme der Einfluß Suniatsens, der kürzlich in Japan gewesen ist und dort namentlich die Finanzpolitik des Diktators bekämpfte, die eine Gefahr für die gesamte gelbe Rasse bedeute. Wenn Japan sich den 400 Millionen Chinesen anschließe, müßte ihm in naher Zukunft die Herrschaft im Stillen Ozean gehören. In Japan hätten, so führt Farjenel weiter aus, diese Ideen gezündet, namentlich aber die Befürchtung, daß China

unter den Einfluß Rußlands fallen könnte, das hinter der Kulisse Juan leite, der bereits durch einen Geheimvertrag die Mongolei den Russen preisgegeben habe. So steige ein ernstes und großes Problem am Horizont auf: Der Kampf der vereinigten Gelben gegen das, was sie die „gelbe Invasion", die „Invasion des Goldes" nennen, und der gelben Gefahr entgegensetzen. Noch brauchten sie fremde Kapitalien, aber sie wollen sie nicht zu Herren haben. Japan beginne in der neuen Schachpartie, die im fernen Osten zwischen den verschiedenen Mächten gespielt werde, seine Steine aufzustellen. Der erste japanische Zug sei die mehr oder minder offene Unterstützung der Verteidiger des parlamentarischen Regiments gegen Europa, das die Diktatur unterstütze. Japan verspreche den chinesischen Republikanern mit dem Prestige seiner Militärmacht alle Versuche zu unterstützen, die sie machen würden, um Kredit zu finden, und kleine Anleihen abzuschließen, um die Provinzen des Südens zu reorganisieren und diplomatisch-finanzielle Kombinationen, wie die des Konsortiums, matt zu legen. Jedenfalls handele es sich um eine Entwicklung, die gefährlich sei und Frankreich werde in Hinblick auf die Indochine wohl tun, ihr die äußerste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Auch an anderen Stellen scheint man unruhig zu werden. Die „Nowoje Wremja" gibt einen Artikel des „Nizi-Nizi" wieder, der unter dem Titel „Rußland und der ferne Osten" die neuen Pläne Rußlands darlegt und ausführt, daß die Annäherung an Japan politische Vorteile suche und daß es sinnlos wäre, an russische Freundschaft zu glauben. China sei eingeschüchtert, die Mongolei annektiert worden, die weiteren Absichten verdächtig. Die Lage in dem Japan benachbarten China werde bedenklich und man könne nicht wissen, welchen Augenblick Rußland wählen werde, um seine Anschläge zu verwirklichen. Vielleicht bedeutet folgendes aus Tokio an die „Nowoje Wremja" am 16. August gerichtete Telegramm einen weiteren Schachzug: „Es ist zuverlässig bekannt, daß die japanische Regierung Motono, den japanischen Botschafter, beauftragt hat, von Petersburg die Zustimmung dazu zu erlangen, daß der Plan der Teilung der Mandschurei sofort ausgeführt werde." Endlich wäre noch zu erwähnen, daß auch in dem Konflikt zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten von Nordamerika indirekt die japanische Frage eine Rolle spielt.

Als Kuriosum sei zum Schluß erwähnt, daß 114 Sträflinge der spanischen Galeren von Santone dem Könige eine Supplik eingereicht haben, in welcher sie bitten, daß man ihnen gestatte, ihre Verbrechen im Kampf gegen die Marokkaner zu büßen. Sie berufen sich dabei auf das Beispiel der französischen Fremdenlegion, wozu wir unseren Glückwunsch sagen.

23. August 1913: Schluß des Friedenskongresses im Haag.
24. August: Bulgarisch-türkische Verhandlungen über Adrianopel.
27. August: Kaiser Wilhelm in Posen.

---

27. August 1913.

Der Bukarester Friede ist von den an ihm beteiligten Mächten ratifiziert worden. Sie demobilisieren, und eine Revision ihres Vertrages, die zunächst von Österreich und Rußland ins Auge gefaßt wurde, scheint aufgegeben zu sein. Man darf wohl annehmen, daß Kawala endgültig in griechischen Besitz übergegangen ist. Der russische Widerspruch hat sich den Interessen der französischen Finanzwelt gegenüber als ohnmächtig erwiesen, und das Zusammengehen der beiden Verbündeten ist auch — und zwar aus denselben Gründen — in den Fragen, welche die Türkei betreffen, nicht unbedingt sicher. Zwar hat, nachdem feststand, daß Rußland auf seinen ursprünglichen Plan verzichtet habe in militärischer Offensive gegen die Türkei vorzugehen, Frankreich sich bereitgefunden, an dem Druck teilzunehmen, der die Türken veranlassen sollte, ihre Truppen aus Thrazien, jenseits der Maritza zurückzuziehen, und diesem Wunsch ist, wie ein Petersburger Telegramm vom 20. August meldet, der Großwesir bereit gewesen, sofort nachzukommen. Es scheint jedoch, daß die Räumung noch nicht vollständig hat vollzogen werden können, weil eine furchtbare Panik die Bevölkerung ergriff, als sie hörte, daß die Bulgaren wiederkommen würden. Man will ihr Zeit lassen, sich auf griechischen oder türkischen Boden zu retten. Nach den Berichten, die von englischen, französischen (Pierre Loti) und neuerdings auch von russischen Korrespondenten eingelaufen sind, die Gelegenheit hatten, die Spuren der Bulgaren zu verfolgen, übersteigen die Greuel, die von bulgarischen Komitadschis, aber auch von regulären bulgarischen Truppen vollzogen worden sind, so sehr alles menschlich Erträgliche, daß die Feder sich sträubt, auf die

Einzelheiten einzugehen. Das Ermorden der völkerrechtlich geschützten Gefangenen ist noch das mindeste; Freude an grausamer Verstümmelung und bestialische Sinnlichkeit kennzeichnen dies Treiben, und es ist wohl verständlich, daß sich die öffentliche Meinung Europas nicht für den kalten Grundsatz begeistern kann, daß, da die Londoner Vereinbarungen Adrianopel den Bulgaren zugesprochen haben, es der Rache der Bulgaren auch ausgeliefert werden müsse. Wir hoffen, daß die Untersuchungen, die jetzt im Gange sind, um das Tatsachenmaterial festzustellen, zu dem Entschluß führen werden, prinzipiell die Bulgaren von nicht ausschließlich bulgarischem Boden fernzuhalten. Sie haben in dem letzten Kriege, wie der General Fitschew bestätigt, über 100 000 Mann verloren. Die Gesamtbevölkerung beträgt weniger als vier Millionen. Sie werden genug zu tun haben, durch angestrengte Arbeit die Schäden zu heilen, die dieser ungeheure Verlust an Menschenmaterial bedeutet, wohl auch den Anlaß finden, über die blutige Strafe nachzudenken, die ihr Übermut und ihre unmenschliche Kriegführung ihnen eingetragen haben. Auch glauben wir nicht, daß Rußland den Bulgaren heute anders gegenübersteht, als zur Zeit, da es Rumänien und Serbien ermunterte ihnen entgegenzutreten. Vielmehr ist der russische Standpunkt ganz richtig von einem Moskauer Blatt formuliert, wenn es sagt: „Rußland hat historische Pflichten auf dem Balkan zu erfüllen, Pflichten sich selbst gegenüber; es hat dort alte Rechnungen, die längst hätten getilgt werden müssen und die jetzt abzuschließen sind. Früher oder später wird es geschehen müssen. Wir haben bereits eine lange Reihe günstiger Gelegenheiten vorüberziehen lassen, längeres Zögern würde zur endgültigen Niederlage des ohnehin schon stark erschütterten Prestige Rußlands führen. Nicht Bulgariens wegen, sondern um seiner selbst willen muß Rußland ein entscheidendes Wort sagen. Es muß dies Wort schon heute sagen, morgen wird es vielleicht zu spät sein." Es fragt sich nur, ob der Druck, den Frankreich in Gemeinsamkeit mit Rußland in Konstantinopel spielen läßt, genügen wird, auch in der Frage Adrianopel die Türkei zum Nachgeben zu bewegen. Daß sie sich dagegen mit Hand und Fuß sträuben muß, liegt auf der Hand, da sie Ungehorsam der Armee und eine Revolution in Konstantinopel zu fürchten hat, wenn sie Adrianopel den Bulgaren ausliefern wollte. Sie ist daher mit diesem Gegner in Verhandlung getreten und zeigt sich bereit, Kompensationen an Land und Geld für Adrianopel zuzugestehen.

Man darf annehmen, daß die Türkei dabei unter der Hand die Unterstützung Frankreichs finden wird, das heute mehr als je unter der Herrschaft seiner hohen Finanz steht. Der „Economist" führt als Gewährsmann für die letztere Tatsache einen französischen Senator an, der u. a. die interessante Tatsache mitteilt, daß die Opposition der Sozialisten wesentlich zur Annahme der dreijährigen Dienstzeit beigetragen habe; sie habe es den anderen Parteien zu schwer gemacht, gegen die Regierung aufzutreten. Das Gesetz sei sehr sorgenvoll auch von denen votiert worden, die dafür eintraten, und das neue Budget, das die Wohlhabenden besonders schwer treffen werde, habe diese Sorge noch gesteigert. Neue Anleihen wären auch notwendig und müßten auf die Rente drücken. Das Ziel des französischen Bankiers sei, die schweren Verbindlichkeiten zu fundieren, die auf dem Balkan, in Mexiko usw. übernommen wurden, und aus dem ungeheuren Enthusiasmus, den die Zeitungen Griechenland entgegenbringen, lasse sich schließen, daß die erste Aufgabe sein werde, die französischen Kapitalisten zu veranlassen, griechische Obligationen zu kaufen. Diese Bewegung werde durch reiche griechische Patrioten unterstützt, die die Vorstellung in Umlauf setzen, daß Griechenland im Begriff sei, eine Großmacht wie Italien zu werden. Wäre das der Fall, so müßte Griechenland zu einem vernünftigen Satz borgen können, aber weder die Prophezeiung eines großen hellenischen Reiches, noch die rosigen Berichte französischer Korrespondenten hätten verhindern können, daß die sechsprozentigen griechischen Obligationen, die nach fünf Jahren tilgbar sind, in Paris zu 93 angeboten werden. Das Schlimmste sei, daß die Anleihen unproduktiv zu Rüstungen verwendet werden dürften. Das „Journal des Economistes" berichtet aus der 1. Sitzung der Balkan-Finanzkommission, daß Frankreich 1682 Millionen und Deutschland 570 Millionen Frcs. türkischer Schuld besitze, abgesehen von der schwebenden Schuld, die für Deutschland 91 und für Frankreich 48 Millionen Frcs. betrage.

Übrigens macht das Verhältnis von Presse und Finanz auch in England Sorgen. Mr. Robert Donald, Herausgeber des „Daily Chronicle", einer der erfahrensten englischen Journalisten, hat jüngst in York über die Presse und ihre Zukunft gesprochen und darauf hingewiesen, daß heute Neunzehntel aller englischen Zeitungen Gesellschaften mit beschränkter Haftung gehören und das habe zur Folge, daß sie käuflich geworden seien (commercialised). Zeitungen im Besitz eines Privat-

mannes seien fast verschwunden. Auch der Privatbesitzer suche Gewinn und finde ihn, aber da er von Aktionären unabhängig sei, habe er es vorgezogen, lieber weniger zu gewinnen, als seinen Grundsätzen untreu zu werden. Bei korporativem Besitz liege das Interesse der Aktienbesitzer in der Dividende, die auch auf Kosten der Prinzipien zu beschaffen sei. Noch schlimmer sei es, wenn eine Aktiengesellschaft Serien von Zeitungen besitze und so Trusts entstehen, die ähnlichen Einfluß ausüben, wie die wirtschaftlichen Trusts in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wie demoralisierend das wirken muß, liegt auf der Hand und wir haben es zu spüren gehabt, als die Harmsworth-Presse das Ziel verfolgte, Deutschland und England gegeneinander zu verhetzen. Auf die Beziehungen dieses Konzerns zu bekannten New Yorker Blättern haben wir mehrfach hingewiesen. Ein Beispiel dafür ist uns kürzlich in der „Evening Post" entgegengetreten, die in ihrem Feuilleton den Roman eines Engländers Frank Savile, „the secret" abdruckt, der bestimmt ist, den Amerikanern die Vorstellung beizubringen, daß Deutschland darauf ausgehe, sich Nikaraguas zu bemächtigen, um von dort aus den Panamakanal in Abhängigkeit zu bringen. Ein braver Engländer bringt die teuflischen Pläne der deutschen Intriganten zum Scheitern, und die Moral der Geschichte ist, daß England und die Vereinigten Staaten ein Bündnis schließen, um Deutschland zu bekriegen, dessen Habgier gebrochen werden müsse. Uns liegt nur ein Auszug aus diesem Roman vor. Danach ist er nicht ohne Talent geschrieben, und die Niedertracht der Deutschen wird den Lesern recht plausibel gemacht. Das sind doch Methoden, gegen welche die Leser und die anständige Presse protestieren sollten. Die Friedensgesellschaften hätten hier ein Ziel, das sich erreichen ließe, wenn sie systematisch solchen Vergiftungen der öffentlichen Meinung entgegentreten und sie an den Pranger stellen wollten, den sie verdienen. Aber freilich, was sollen wir dazu sagen, wenn auf dem jetzt tagenden 20. Friedenskongreß im Haag einer unsrer Landsleute, Professor Ludwig Quidde (München), Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften, einen Vortrag hält, in dem er behauptet, daß Deutschland die Verantwortung für die übermäßigen Rüstungen Europas zu tragen habe. Deutschland habe das Signal zu dem Rüstungsfieber gegeben und erst unter dem Druck der deutschen Rüstungen habe die französische Demokratie die dreijährige Dienstzeit annehmen müssen. Herr Quidde

ist Historiker und sollte doch den obersten Grundsatz geschichtlicher und politischer Forschung kennen, daß man die Tatsachen, die man behauptet, auch beweisen muß. Er scheint den Zeitereignissen blind gegenübergestanden zu haben und die Gefährdung der politischen Stellung seines Vaterlandes nicht zu begreifen. Wir empfehlen ihm, die schöne Rede seines Landesherrn, des Prinzregenten von Bayern zu studieren, um historischen Sinn, deutschen Patriotismus und deutsche Pflichten kennen zu lernen. Sein Verhalten erinnert mutatis mutandis an den Mann, von dem eben jetzt ganz Frankreich redet, nachdem es über 40 Jahre lang sich verschworen hatte, ihn zu behandeln, als wäre er ein Toter. Jetzt ist er gestorben, Emile Ollivier, der Mann, den die französische Nation als den Sündenbock ihrer eigenen Schuld verstoßen hatte. Und doch hat es vielleicht keinen Franzosen gegeben, der mehr den Typus der Nation darstellte als er: den feurigen, sich an seinen Worten berauschenden Optimisten, den von der eigenen Unfehlbarkeit in aller Naivetät überzeugten Pazifisten, den Freund der Einigung Deutschlands und zugleich den Mann, der die Kriegsfackel anzündete, um diese Einigung zu verhindern, zuletzt den Prediger der Revanche, bis zu dem Augenblick, da dem Achtundachtzigjährigen die Augen zufielen. Er hat seinen Lebensabend, und der begann schon 1871, daran gesetzt, die Geschichte des empire libéral, die zugleich seine Rechtfertigung sein sollte, zu schreiben. In 16 Bänden liegt sie vor, der Anfang des 17., der uns bis vor Metz führt, wurde in der „Revue des deux mondes" veröffentlicht, er sollte bis zum 4. September führen, dann wollte Ollivier abschließen. Das ist ihm versagt worden, und man kann es kaum bedauern. Sein letztes Werk war eine Rechtfertigung Bazaines, die historisch gleichfalls sehr anfechtbar ist. Im Grunde — und das ist gleichfalls höchst charakteristisch — haben die Franzosen ihm eine Phrase nicht verzeihen können: Nous l'acceptons le coeur léger! nämlich die Verantwortlichkeit für den Krieg! So dachte fast die ganze Kammer und ganz Paris und wie immer, dem Beispiel der Hauptstadt folgend, ganz Frankreich. Der wirklich Schuldige aber war nicht Ollivier, sondern der Herzog von Grammont. Die wenigen, die wie Thiers dem Herzoge und dem Ministerpräsidenten widersprachen, mißbilligten nur die Wahl des Augenblicks; den Krieg gegen Deutschland, das nicht einig werden sollte, wünschten auch sie, und wir zweifeln nicht daran, daß der Mann des leichten Herzens

auch heute nicht fehlen wird, wenn der Zeitpunkt der Kammer und den Ministern günstig scheinen sollte.

Wir finden nicht, daß die Rede Herrn Pichons in Lons-le-Saunier ein politisches Meisterstück ist. Fast jede seiner Äußerungen bedarf der Korrektur. Am Ende der orientalischen Krisis stehen wir gewiß nicht, sondern an einer Ruhepause von der sich hoffen läßt, daß sie nicht von allzu kurzer Dauer sein wird. Daß diese Krisis mehrmals die Gefahr eines Krieges zwischen den Großmächten hervorgerufen habe, ist eine Behauptung, die von der Voraussetzung auszugehen scheint, daß ein Konflikt zwischen zwei Großmächten notwendig in einen allgemeinen Krieg hätte ausmünden müssen, was keineswegs der Fall war. Endlich haben in Beurteilung der Orientkrisis gerade Rußland und Frankreich Gegensätze dargestellt, die ihren Grund in Interessenkonflikten hatten, die, wie wir oben gezeigt haben, einen finanzpolitischen Untergrund hatten. Auch verschweigt Herr Pichon die wichtige Tatsache, daß Deutschland und England für Erhaltung des Friedens sich eingesetzt haben, was mehr als alles übrige dahin gewirkt hat, daß er erhalten blieb. Aber vielleicht ist es zuviel verlangt, daß ein französischer Minister nicht dieser Tatsache gegenüber die Augen schließt.

Während der drohende amerikanisch-mexikanische Konflikt sich zum Besseren zu wenden scheint, beginnen die russisch-japanischen Beziehungen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Wir erinnern uns, daß unmittelbar vor der orientalischen Krisis eine lebhafte Fehde zwischen der japanischen und der russischen Presse geführt wurde. Jetzt ist sie wieder aufgenommen worden. Die in Dalny erscheinende offiziöse japanische Zeitung „The Manjurian Daily News" — so schreibt die „Nowoje Wremja" vom 22. August — hat angezeigt, daß von jetzt ab die südliche Mandschurei von der japanischen Regierung als das Gebiet angesehen wird, wohin japanische Auswanderer aller Professionen zu dirigieren seien, d. h. daß dieses Land formell als japanische Kolonie betrachtet wird. Kurz vorher wurde die Kontrolle der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft vom Ressort des Ministeriums der Wege auf das Kolonialdepartement übertragen und die Koreanische Bank in eine Kolonialbank mit der Instruktion umgebildet, nicht nur Korea, sondern auch die Mandschurei zu bedienen. Bereits sind Filialen in den größten Städten des Gebiets eröffnet worden. Das Kapital beträgt 10 Millionen Rubel oder Yen (die gleichwertig

sind) und 25 Millionen Banknoten sind ausgegeben worden — eine Summe, die für die Kolonisation Koreas und der Mandschurei ganz ausreichend ist. So wird die Südmandschurei in naher Zukunft eine japanische Kolonie sein, aber nicht in dem Sinne, wie wir die Nordmandschurei eine russische Kolonie nennen. Der Unterschied liegt darin, daß Rußland auf das sorgfältigste die Souveränität Chinas schützt und allen Ausländern die Tore der Mandschurei weit öffnet (?), wobei unsern Landsleuten nur die schmale Enteignungszone der Eisenbahn zugänglich ist. In der Südmandschurei aber ignorieren die Japaner die Souveränität Chinas, fordern ihre Untertanen auf, das Land zu überschwemmen und bringen die Ausländer in eine Lage, die es ihnen unmöglich macht, etwas auszurichten. Sogar in Dalny, dem Haupthafen, besteht die ausländische Kolonie nur aus 96 Köpfen; das Hauptelement bilden die Konsulate mit ihrem Personal und deren Familien.

Der neue Kurs der japanischen Kolonie fiel mit dem Versuch der Chinesen zusammen, eine neue Revolution zu organisieren. Die Japaner zeigten sich ihr sehr sympathisch, um China zu schwächen und so die gegen die Südmandschurei und gegen die anstoßende innere Mongolei gerichteten Pläne leichter zu verwirklichen. Die zweite Revolution hatte kein Glück, aber Japan hat seine Absichten nicht aufgegeben und ist darangegangen, seine Stellung in der Mandschurei endgültig zu festigen.

Diese Maßregeln Japans schaffen ihm eine im Vergleich zu Rußland privilegierte Stellung in der Mandschurei. Mit andern Worten, das politische Gleichgewicht, das sich auf die Identität der russischen und der japanischen Interessen in diesem Lande gründet und in idealster Weise verwirklicht werden soll, wird verletzt.

Rußland kann nicht stummer Zeuge eines solchen Kurses der japanischen Politik sein. Wir sagen noch mehr: die Lage Rußlands, als des Beschützers der Souveränität Chinas in der nördlichen Mandschurei, welche Japan durch seine Kolonie ganz von China abschneiden will, wird völlig unvernünftig. Für wen sollten wir ferner diesen von China abgeschnittenen Bissen aufbewahren?"

Mit diesem Fragezeichen schließt die „Nowoje Wremja", von der man nie wissen kann, wann sie offiziös und wann sie auf eigene Rechnung schreibt. Im vorliegenden Falle sind wir geneigt, an eine In-

spiration durch die asiatische Abteilung des Auswärtigen Amts zu glauben. Übrigens sieht man in Rußland leicht Gespenster. Ein Herr Merkulow führt in demselben Blatte aus, daß China im Begriff sei, auf friedlichem Wege das Priamurgebiet zu erobern. Die auch von uns gebrachte Nachricht, daß die japanische Regierung der russischen die Teilung der Mandschurei vorgeschlagen habe, wird von „Agence d'Extrême Orient" für unwahrscheinlich erklärt und auf Verhandlungen der 13 japanischen Gesellschaften zurückgeführt, die sich mit chinesischen Angelegenheiten beschäftigen. Diese Gesellschaften bestehen meist aus japanischen Revolutionären, die in ein demokratisches China übersiedeln möchten, da das Leben in Japan für sie schwierig wird. Sie sind also Gegner von Juanschikai und für Sunjatsen und Hwangsching. Auf einer Versammlung in Tokio berieten sie über die Lage in China und erklärten mit vielem Zynismus, daß Juan zwar im Innern die Oberhand behalten werde, man ihm aber im Auswärtigen schaden könne, wenn Japan in der Mandschurei interveniere und diese Provinz mit Rußland teile. Ein Bericht über diese Versammlung wurde allen nationalistischen Zeitungen Tokios mitgeteilt und sie billigten einmütig den Plan, in der Mandschurei zu intervenieren. So sei wahrscheinlich das Gerücht von der Teilung entstanden. Was übrig bleibt, ist jedenfalls die Tatsache, daß die russische Presse eine Aktion im fernen Osten wünscht. Der „Golos Moskwy" will sie gegen China richten. „Die Einigung der Mongolei und der Abfall der Mandschurei kommen den Interessen Rußlands entgegen... Jetzt ist der letzte glückliche Augenblick, mit der chinesischen Gefahr gründlich aufzuräumen. Es wäre ein Verbrechen, ihn nicht auszunutzen. Rußland muß die Einigungsbestrebungen der Mongolei und das Streben der Mandschurei nach Selbständigkeit unterstützen. Jetzt handelt es sich vornehmlich um materielle Hilfe. An Material fehlt es weder in der Mongolei noch in der Mandschurei, um brauchbare Kadres zum Kampf gegen China zu bilden. Wir wiederholen es — jetzt ist der letzte Augenblick, die Sicherheit unserer Besitzungen im fernen Osten radikal und zu unserem Vorteil zu begründen. Man muß benutzen, was ein glücklicher Zufall uns direkt in die Hände spielt!"

28. August 1913: Kaiser Wilhelm in Breslau.
Einweihung des Carnegieschen Friedenspalastes im Haag.
29. August: Taifun in Tokio.
3. September: Eintreffen der bulgarischen Friedensdelegierten in Konstantinopel.

---

3. September 1913.

Die Ferien, welche die leitenden Staatsmänner fast überall in Europa sich gönnen, können als günstiges Zeichen gelten, daß die Frage, die uns elf Monate lang in Atem gehalten hat, der Konflikt im nahen Orient, zu einem Ruhepunkte gelangt ist, der zwar keinen endgültigen Abschluß bedeutet, aber dem Problem doch seinen akuten Charakter genommen hat. Der Friede von Bukarest ist eine Realität geworden, und die Verhandlungen, die zwischen Bulgaren und Türken stattfinden, haben beste Aussicht, zu einer Verständigung zu führen, die der Türkei Adrianopel und den Bulgaren eine bessere Grenze in Thrazien sichert als sie nach dem großen Umschwung, der sich in ihrer Stellung vollzogen hatte, erwarten durften. Der russische Gedanke des finanziellen Boykotts der Türkei ist aufgegeben worden, und zwar nicht nur, weil Deutschland allein davon nichts wissen wollte, wie in Rußland behauptet wird, sondern weil England und Frankreich ebenso gut wie wir erkannten, daß er nicht durchführbar sei, wenn man sich nicht ins eigene Fleisch schneiden wollte. Sir Edward Grey hat das noch kürzlich unzweideutig zum Ausdruck gebracht, und es gilt bereits als sicher, daß eine türkische Anleihe auf dem französischen Geldmarkt noch vor den unvermeidlichen Anleihen der übrigen Balkanstaaten ausgelegt werden wird. Auch irren wir wohl nicht in der Annahme, daß die Verhandlungen, die zwischen der Deutschen Bank und französischen Banken geführt werden, im Zusammenhang mit dieser détente stehen. Das wesentliche Ergebnis dieser Verhandlung für uns wird darin bestehen, daß die Kapitalien, durch welche Frankreich an der Bagdadbahn beteiligt war, von der

Deutschen Bank übernommen werden, was das Unternehmen der Bagdadbahn zu einem national-deutschen machen würde. Noch ist die Vereinbarung der Bankkonsortien jedoch nicht perfekt, aber wir haben guten Grund zur Annahme, daß es bald soweit sein wird. Es steht dann freilich noch die Zustimmung der beiderseitigen Regierungen aus, die, wie andern Versionen gegenüber nachdrücklich hervorzuheben ist, über diese Verhandlungen in keinen Meinungsaustausch getreten sind. Jedenfalls arbeitet Deutschland auf vorderasiatischem Boden an einem großen Kulturwerk, dem die rüstig fortschreitenden Bewässerungsarbeiten wüstliegender Landstriche noch größere Bedeutung geben, und das ist eine Saat in die Zukunft gestreut, von der wir hoffen, daß sie herrlich aufgehen wird. Die Verluste, welche die Türkei in Europa erlitten hat, können hier eingeholt werden, so daß der Vorteil, den der Bau dieser großen Bahn für Deutschland bedeutet, zugleich der Türkei den Weg zeigt, auf dem sie erstarken und sich behaupten kann. Vergleicht man damit die russisch-französischen Eisenbahnprojekte, die alle einen strategischen Charakter tragen, der nicht bestimmt ist der Türkei zu dienen, so tritt der Unterschied für jeden Einsichtigen handgreiflich hervor. Es wäre ein Wunder, wenn die zur russischen Grenze und an die Küsten des Schwarzen Meeres führenden Bahnen, nicht einmal Werkzeuge der vordringenden russischen Politik werden und nicht zu Abhängigkeiten führten, wie sie in Aserbeidjan, dem Juwel Persiens, wie die „Nowoje Wremja" es nennt, bereits bestehen.

Wir bemerken dabei, daß das Projekt der Öffnung der Dardanellen für die russischen Kriegsschiffe wieder auftaucht und wohl im Zusammenhange damit der sehr begreifliche Wunsch Italiens, nicht alle von ihm okkupierten Inseln in griechische Hände übergehen zu lassen. Das eine wie das andere sind jedoch nicht Tagesfragen, und sie schon jetzt zu diskutieren, scheint uns nicht opportun. Aber Herr Barthou, der französische Ministerpräsident, der sich in Bellagio von einem Korrespondenten des „Corrier della Sera" hat ausfragen lassen, hat es für nützlich befunden, recht deutlich zu erklären, daß Italien sich den Gedanken an Gewinnung einer Stellung im östlichen Mittelmeer aus dem Kopf schlagen müsse. In diesem einen Punkt müsse das Londoner Protokoll durchaus in Kraft bleiben. Aber darin liege keine Feindseligkeit Frankreichs gegen Italien, und wenn man sage, daß Herr Poincaré kein Freund Italiens sei, so wäre das erstens falsch, zweitens aber habe es nichts zu bedeuten, da

er, Barthou, und Herr Pichon die auswärtige Politik Frankreichs bestimmten; die französischen Rüstungen habe kein Land weniger zu fürchten als Italien, und er, Barthou, und Herr Pichon hätten sogar die Initiative zu einem „Comité France et Italie" ergriffen, um alte Händel in Vergessenheit zu bringen. Sein Ziel sei eine solide und aufrichtige Freundschaft, und er sehe nicht, welche Frage beide Nationen trennen könnte. Nun, aus so beredtem Munde werden die Italiener es wohl glauben, ihre Träume vergessen und sich der frischen französischen Freundschaft erfreuen, deren Früchte offenbar auf anderm Boden, als dem des Dodekanes gesucht werden sollen.

Übrigens wendet sich das allgemeine Interesse nunmehr von diesen Fragen ab und dem komplizierten Probleme zu, das sich zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko auftürmt. Präsident Wilson kann es nicht über sich gewinnen, den provisorischen Präsidenten Huerta von Mexiko anzuerkennen, wie es die europäischen Großmächte getan haben. Er ist feinfühliger und kann sich des Verdachts nicht entschlagen, daß an Huertas Händen Blut klebt und zwar das des Präsidenten Madero, der bekanntlich von Huerta gefangen genommen war und bei einem Befreiungsversuche erschossen wurde. Madero ist eben eines der vielen Opfer, die der von ihm entzündete Bürgerkrieg gekostet hat, und wäre der von ihm verdrängte Porfirio Diaz noch am Regiment, so stände wahrscheinlich in Mexiko noch heute alles zum besten.

Es ist daher lächerlich, Huerta für den Ausgang des Mannes verantwortlich zu machen und wir fürchten, daß wenn Präsident Wilson unter den Bewerbern um den Präsidentenstuhl Mexikos nur einen Mann dulden will, „an dem kein Falsch ist", d. h. der nicht Anlaß zum Tode andrer mexikanischer Bürger gegeben hat, dieser Stuhl überhaupt wird leerstehen müssen. Aber, wie Sydney Brooks in der „Fortnightly Review" ausführt, es handelt sich um weit wichtigere Dinge als um die Besetzung des mexikanischen Präsidentensitzes. Die imperialistische Welle, die nach dem Kubanischen Kriege durch Amerika flutete, hat den Vereinigten Staaten außer dem ganz unverdaulichen Besitze der Philippinen eine neue Entwicklung der Monroedoktrin gebracht. Während sie bis dahin behauptete, daß europäische Mächte auf den amerikanischen Kontinenten nicht neue politische Interessen erwerben dürften, und den übrigen amerikanischen Staaten unter gewissen Voraussetzungen

den Schutz der Vereinigten Staaten zusicherte, brachte Präsident Roosevelt die neue Doktrin auf, daß es Pflicht der Vereinigten Staaten sei, zu tun, was die Monroedoktrin Europa zu tun verbot. Gegen beide Neuerungen protestierten die Demokraten, und man war daher gespannt, was ihr Präsident tun werde, als das Regiment auf die demokratische Partei überging. In betreff ihrer Stellung zur Philippinenfrage liegen nun bisher weder vom Präsidenten Wilson noch von seinem Staatssekretär Bryan Äußerungen vor, wohl aber haben sie die neue Monroedoktrin übernommen und deshalb, so führt Brooks aus, ist die Politik so wichtig, die jetzt von der Regierung in Washington gegen Mexiko und gegen Zentralamerika verfolgt wird. Die erste Handlung Bryans war, die Prinzipien des Abkommens mit Kuba auf Nikaragua anzuwenden. Kuba ist autonom, aber die Vereinigten Staaten kontrollieren die auswärtige Politik der Insel. Genau so verleiht der neue Vertragsentwurf mit Nikaragua den Vereinigten Staaten ausschließliches Kanalrecht, eine neue Marinebasis und Kontrolle der auswärtigen Beziehungen Nikaraguas. Er gewährt auch das Recht zu intervenieren, wenn es notwendig werden sollte, die Unabhängigkeit Nikaraguas oder Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Das ist eine Anwendung der Rooseveltschen Monroedoktrin. Der Nikaraguavertrag ist aber vom Senat so zugerichtet worden, daß man ihn vorläufig zurückgestellt hat. Aber für die Richtung der amerikanischen Politik findet Brooks ihn doch von Interesse. Die Affäre mit Mexiko liege aber anders, als der Fall von Nikaragua. In Mexiko sei von Intervention anderer Mächte keine Rede, sondern es handele sich um Aufrechterhaltung eines einigermaßen anständigen Regiments im Innern. „Präsident Wilson mag noch so sehr beteuern, daß er die Unabhängigkeit Mexikos respektiere, im Effekt läßt seine Politik sich nur mit der Theorie vereinigen, daß, da die Vereinigten Staaten, kraft der Monroedoktrin, Mexiko gegen fremde Intervention gesichert haben, sie dadurch Rechte in bezug auf die inneren Angelegenheiten Mexikos erhalten haben, wie keine andere Nation sie hat. Man kann sich einen stärkeren Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines Staates nicht vorstellen, als die Forderung des Präsidenten Wilson, daß bald Wahlen stattfinden sollen, und daß der fungierende Präsident nicht als Kandidat für die Wiederwahl auftreten dürfe." Das war allerdings der Inhalt der Mission Lind, über deren Ausgang, trotz der optimistischen Nachricht,

daß Huerta sich in allen Punkten dem Machtwort Wilsons gebeugt habe, noch nichts feststeht. Wir möchten vielmehr annehmen, daß die Lage sich verschärft, da die groteske Aufforderung Wilsons, daß alle Bürger der Vereinigten Staaten Mexiko verlassen sollen, doch dahin gewirkt hat, daß sehr zahlreiche Flüchtlinge das Land verlassen. Demnach scheint nur noch zweierlei möglich zu sein, entweder eine Demütigung Huertas, die im Effekt einer Preisgabe der politischen Selbständigkeit Mexikos gleichkäme, oder ein Krieg, dessen schließlicher Ausgang kaum zweifelhaft sein kann, der aber sehr lange dauern, sehr kostspielig und sehr blutig sein dürfte, und mehr an den Burenkrieg der Engländer, als an den Krieg mit den Spaniern um Kuba erinnern würde. Wenn Präsident Wilson erklärt, daß er keinen Krieg wolle, so fragt sich doch, ob er stark genug ist, seinen Willen durchzusetzen.

Es ist nicht ohne Interesse zu verfolgen, mit welchen Gedanken man in Rußland diesen Konflikt begleitet. Die „Nowoje Wremja", die fest überzeugt ist, daß über kurz oder lang „der ganze amerikanische Kontinent unter das unverhüllte Protektorat der Vereinigten Staaten treten wird", und daß Europa keinen Finger rühren werde, um das zu verhüten, ist dagegen des Glaubens, daß die Vereinigten Staaten auf ein Eingreifen Japans gefaßt sein müßten. Es sei noch nicht so lange her, seit ein Spezialgesandter des Kaisers von Japan auf Huertas Einladung Mexiko besucht habe. Dieser Gesandte sei mit größten Ehrungen empfangen worden. Nicht nur in Mexiko, sondern auch in den zentralamerikanischen Staaten sei in allem Ernst davon gesprochen worden, wie sehr der Abschluß eines Schutz- und Trutzvertrages mit Japan zu wünschen sei. Das wäre das Interesse aller durch die Monroedoktrin bedrohten Staaten. Kämen nun die Japaner diesen Staaten zu Hilfe, so würden die Vereinigten Staaten, deren stehendes Heer nur 79 000 Mann zähle, allerdings in eine schwierige Lage kommen. Nun sei freilich der Plan eines zentralamerikanisch-japanischen Bündnisses bisher noch im Stadium unbestimmter politischer Erwägungen, aber es lasse sich nicht übersehen, daß die Mexikaner eine außerordentliche Gesandtschaft nach Japan geschickt haben und daß die Arbeit emsig gefördert werde. Das alles gebe interessanten Möglichkeiten Raum, die für Rußland nicht unwichtig seien. Je früher die Japaner in das Fahrwasser der amerikanischen Politik hineingezogen werden, um so schwieriger wird es ihnen sein, in China

zu arbeiten. Das aber wird ein direkter Vorteil für Rußland sein."

In Rußland fürchtet man nämlich, trotz des nationalen Antagonismus, der ohne Zweifel Chinesen und Japaner trennt, den Abschluß eines Bündnisses zwischen den Regierungen von Tokio und Peking. Eine Korrespondenz der „Nowoje Wremja" weiß darüber das Folgende zu erzählen: Als kürzlich Baron Motono durch Mukden fuhr, um den aus Port Arthur kommenden Botschafter zu treffen, kam auch der Generalgouverneur Fukusima hin. Die Vertreter Japans und Chinas tauschten Visiten aus. Motono blieb drei Tage in Mukden. Der Generalgouverneur von Mukden empfing ihn auf das herzlichste. U. a. fand ein Meinungsaustausch über folgende Fragen statt: 1. Die Möglichkeit, ein japanisch-chinesisches Bündnis zu schließen. 2. Auslieferung der chinesischen Monarchisten, die in den japanischen Konzessionen eine Zuflucht gefunden haben. 3. Für den Fall eines Krieges mit der Mongolei Transport chinesischer Truppen auf der Südmandschurischen Bahn. 4. Hilfe Japans in einem Kriege Chinas mit der Mongolei. 5. Anerkennung der chinesischen Republik. Das Ergebnis war, daß beide Teile entsprechende Anträge in Tokio und Peking stellten. Da Herr „Konschin", dem das Blatt seine Nachricht zu danken gehabt hat, offenbar zu den Verhandlungen nicht zugezogen worden ist, müssen, falls die Tatsachen richtig sein sollten, entweder die Wände im Palast des Generalgouverneurs von Mukden Ohren haben, oder die Post nach Peking wenig sicher sein. Die dritte Möglichkeit, daß wir es mit einem politischen Phantasiestück zu tun haben, soll zu Ehren Herrn Konschins nicht angenommen werden. Aber es kommen auch solche Dinge vor.

Mit der Lage in der Mongolei ist man in Petersburg keineswegs zufrieden. Die Mongolen sind nach ersten kleinen Erfolgen mit ihren russischen Anführern aus der Südmongolei herausgedrängt worden. Auch im Rayon von Kalgan geht es den Mongolen schlecht, es fehlt an Waffen, Munition und Geld. Der Finanzminister habe jüngst ganz Urga um 3 Tausend Rubel gegen Verpfändung der Tabune, der Pferdeherden, angegangen. In den leitenden Kreisen Urgas ist man tief verstimmt. Man ist mit dem Chutuchta unzufrieden. Der Chutuchta aber ist der einzige Mann, der unerschütterlich an Rußland festhält. Man spricht davon, ihn zu stürzen und einen der Fürsten als Chan zu proklamieren. Es gibt mehrere Kandidaten.

Das Einüben der Truppen durch russische Instruktoren geht in Chutschshir-Balan offenbar erfolgreich vorwärts. Man hat zwei Regimenter mongolischer Reiter formiert. Die früher von dem Esaul Wassiljew eingeübten alten Sotnien sind alle zur aktiven Armee geschickt worden. Die russischen Instruktoren sind über das schnelle Verstehen der Mongolen erstaunt. So führten sie, nachdem es ihnen nur zweimal vorgemacht war, das Schützengefecht ganz vorzüglich aus. So lautet ein Bericht aus Urga.

Der Chutuchta ist ein Säufer und Schlemmer und man versteht wohl, daß die Mongolen ihn los werden wollen. Merkwürdig aber ist das Eingeständnis, daß die Stimmung in Urga den Russen feindselig ist, und daß der Vorteil bisher auf seiten der Chinesen liegt. Es ist eine echt orientalische Intrige, die sich so auf den Hochebenen Asiens abspielt, und wie uns scheint, könnte das Spiel gefährlich werden.

Charakteristischerweise beginnt man wieder in Rußland sich für Indien zu interessieren: Der „Golos Moskwy" vom 31. August bringt die folgende Korrespondenz aus Konstantinopel, in der ohne Zweifel die orientalische Phantasie mitredet:

„Gestern hatte ich Gelegenheit, den indischen Muselmann Dr. Ibrahim Bei, der aus Kalkutta hier eingetroffen ist, zu sprechen.

Auf meine Frage nach den letzten Unordnungen in Indien erzählte er:

„Merkwürdig, daß man sogar bei euch in Rußland so wenig von unserm Leben weiß, von unserer wachsenden Unzufriedenheit mit den Engländern und von dem bevorstehenden schicksalsschweren Ausgang. Rußland sollte sich mehr für uns interessieren.

Die Engländer haben sich bisher bemüht, die Hindu mit Muselmanen und Gebern zu verfeinden. Sie bestachen die Muselmanen, verliehen ihnen Privilegien und waren auf jede Weise bemüht, ihre Gunst zu erlangen. Die Hindus sind, wie ihre Religion befiehlt, ein friedfertiges Volk. Sie sterben vor Hunger, begnügen sich mit einem Verdienst von 8 bis 10 Kopeken und ertragen schweigend Armut und Entbehrungen. Der Balkankrieg, der uns die Gefahr zeigte, daß das Ottomanische Reich verschwinden könnte, hat bei den indischen Mohammedanern den Wunsch erregt, ein Wort zur Verteidigung der Hauptsäule des Islam zu sagen. Das Verschwinden der Türkei würde dahin

führen, daß die Kraft des durch die ganze Welt verstreuten Islam zusammenbricht.

Wir haben verstanden, daß wir alle Kraft daran setzen müssen, um den sinkenden Islam zu stützen. Unsere Kraft ist groß, sobald sie sich mit der Kraft des gesamten indischen Volkes verbindet, und wir sind entschlossen, eine Versöhnung mit den Indern aller Stämme und Religionen herbeizuführen.

Die energischen Bengalen, die gebildeter sind als alle übrigen Inder, haben unserem Vorschlag ihre Zustimmung erteilt. Sie haben eine Proklamation erlassen, die in Hunderten von Millionen Exemplaren durch das ganze Land verbreitet wurde. Dies ist der Inhalt der Proklamation:

„O indisches Volk.

Weißt du, daß du aus 300 Millionen Seelen bestehst? Weißt du, daß du dich leicht von denen befreien könntest, die über sieben Meere und Ozeane gefahren sind, um sich unseres schönen, einst reichen und glücklichen Landes zu bemächtigen. Seht ihr nicht, daß alljährlich Tausende bei uns Hungers sterben. Sind diejenigen, die uns in den weiten Rachen des Hungers werfen, nachdem sie unser Korn geraubt haben, unsere Gebieter?

Es ist Zeit zu begreifen, daß wir das Land selbst regieren können!

Brüder, Hindu und Mohammedaner! Die Zeit zu handeln ist gekommen! Wir sind noch stark. Erhebt euch, Brüder! Unsere Hiebe werden einen Widerhall im fernen Ägypten und in Arabien finden. Wir wollen der Gerechtigkeit die Bahn freimachen."

Das ist die Proklamation, die Unruhen in den Hauptzentren Indiens zur Folge hatte, und die Engländer veranlaßt, eilig zu erklären, daß sie die Türkei unterstützen würden. Aber für die Unterstützung in der Adrianopeler Frage hat England sich Konzessionen in Arabien ausbedungen."

Diese Korrespondenz ist Chabib unterzeichnet. Die Veröffentlichung im „Golos Moskwy" aber gibt nicht undeutlich zu verstehen, wie sehr die Tatsache in Rußland erbittert hat, daß Adrianopel türkisch geblieben ist. Daß in Indien der englischen Herrschaft eine wirkliche Gefahr drohe, scheint uns jedoch im höchsten Grade unwahrscheinlich.

Auch was von den inneren Verhältnissen im europäischen Rußland verlautet, ist wenig erfreulich. Die Russifizierungspolitik in Finnland

geht gewaltsam und unter Mißachtung aller rechtlichen Formen weiter. Die Maßregelung der Presse, speziell die der Arbeiterpartei, hat einen erstaunlichen Umfang angenommen, ebenso die Haussuchungen und Arretierungen, die gleichfalls vornehmlich die Arbeiterkreise treffen. Es läßt sich nicht übersehen, daß eine starke sozialistische Agitation diese Kreise erregt und daß sie sich ihrer Macht bewußt sind. Mit bloßen Repressivmaßregeln ist die Bewegung nicht einzudämmen. Sie wächst mit dem gewaltigen Aufschwunge, den die russische Industrie in den letzten Jahren genommen hat. Soziale Reformen in großem Stil könnten helfen. Aber dazu scheinen ebenso die Mittel wie der Wille zu fehlen. Verfolgt man die russischen Zeitungen, so kann man sich dem Eindruck nicht entziehen, daß neue Erschütterungen bevorstehen. Es braut sich etwas zusammen, ohne daß es möglich wäre, zu sehen, was sich vorbereitet.

6. September 1913: König und Kronprinz von Griechenland in Berlin.
7. September: Kämpfe zwischen Jung- und Alttürken in Adrianopel. Enver Bey verwundet.
Frankreich beschließt einen Admiralitätsrat zu schaffen.
8. September: Eröffnung der türkisch-bulgarischen Friedenskonferenz.
Erstes öffentliches Auftreten des Staatssekretärs Bryan in einem Varieté.
9. September: Untergang des Marineluftschiffs „L. 1."

---

10. September 1913.

Die Polemik, die in jüngster Zeit zwischen der französischen und der deutschen Presse über die Fremdenlegion im Gange ist, rechtfertigt wohl die Frage, wieweit wir ein Interesse daran haben, Deutsche, die in die französische Fremdenlegion eingetreten sind, für Deutschland zurückzugewinnen. Man wird dabei unterscheiden müssen zwischen denjenigen, die aus Lust an Abenteuern, zum Teil in noch unmündigem Alter, sich verkauft haben, und der übrigen Masse. Daß wir die ersteren zu retten bemüht sein müssen, versteht sich von selbst. Die Umgebung, in welche diese jungen Leute geraten, ist eine sittlich so überaus bedenkliche, daß die wenigsten ungeschädigt an Leib und Seele nach Ablauf der fünf Jahre, für die sie gebunden sind, in Elternhaus und Heimat zurückkehren werden. Es ist auch auf Requisition der deutschen Regierung häufig gelungen, ihre Rücklieferung zu erreichen. Nach dieser Richtung hin kann der Staat nicht mehr tun, als zu reklamieren, und soweit dies möglich ist, die Agenten der Fremdenlegion von Deutschland fernzuhalten, wenn er aber ihrer habhaft wird, sie streng zu bestrafen. Der „Temps" behauptet, daß den verschiedenen Rekrutierungsbureaus monatlich 15 Deserteure zugehen, die sich regelmäßig darüber beklagen, schlecht ernährt und mißhandelt worden zu sein. Die Zahl ist offenbar übertrieben, wenn sie für Deutschland gelten soll, und das muß sich ziffernmäßig nachweisen lassen. Daß die Leute bei uns schlecht ernährt werden, ist, wie jedermann weiß, eine Unwahrheit, und die Angabe, mißhandelt worden zu sein, wahrscheinlich die Antizipation eines schlechten Gewissens, das Bestrafung für ein Dienstvergehen fürchtet. Ein Aus-

lieferungsvertrag mit Frankreich, der uns berechtigte, Deserteure zurückzufordern, existiert nicht. Bis zum 18. Jahrhundert, als das Werbesystem allgemein im Schwange war und der Landsknechtsgeist den Übergang von einer Armee zur andern mehr als ein gewagtes Abenteuer denn als ehrlose Handlung erscheinen ließ, beurteilte man den Überläufer sehr nachsichtig. Seit den Tagen der allgemeinen Wehrpflicht denkt man darüber in allen Staaten anders. Es ist völlig ausgeschlossen, daß irgendeine Armee des Kontinents einen französischen Deserteur in ihre Reihen aufnehmen sollte. Man würde mit Recht darin eine Minderung der Ehre des Regiments sehen, dem der Deserteur eingereiht werden müßte. Regimenter von minderer Ehre gibt es eben nur in der Fremdenlegion Frankreichs. Mit Ausnahme der ausgezeichneten Offiziere, die Frankreich seiner kontinentalen Armee entnimmt, um die bunt zusammengewürfelte Masse der Legionäre zu disziplinieren und zusammenzuhalten, sind die Soldaten dieser Legion die einzigen, für die es kein Avancement gibt; sie werden stets an den meist exponierten Stellen verwendet, als Menschenmaterial, mit dem man verschwenderisch umgehen kann, dessen Wunden nicht zählen und dessen Hinterbliebene keinen Anspruch auf Entschädigung haben. Es sind Leute, die niemand nach ihrer Vergangenheit fragt, die sich einen beliebigen Namen beilegen, der sie wie eine Tarnkappe vor der strafenden Gerechtigkeit schützen soll, wenn ein Verbrechen auf ihnen lastet: Des individus véreux, d. h. wurmstichige Existenzen, für die es in der Heimat keinen Platz mehr gibt. Ich sehe nicht, welches Interesse es für Deutschland haben kann, diese Elemente nach Deutschland zurückzuziehen. Mögen sie in Marokko oder Tonking, wie früher in Algier und Mexiko eine Sühne für eine unlautere Vergangenheit zu finden suchen, im übrigen aber die Zahl jener „outlows" mehren, an denen es Frankreich ja nicht mangelt. Wir haben keinen Grund, die Franzosen darum zu beneiden, und es ließe sich erwägen, ob in betreff der Fremdenlegionäre nicht der indelebile Charakter der deutschen Staatsangehörigkeit aufzuheben und die Rückkehrenden als unliebsame Ausländer zu behandeln wären.

Wenn man den Apologien der französischen Zeitungen Glauben schenken wollte, so wäre die Fremdenlegion freilich ein ideales Institut. Das ist aber bewußte unehrliche Schönfärberei. Alle Dialektik hilft nicht darüber weg, daß es jedem Verbrecher, der dem Arm der Polizei

entgeht, möglich ist, in der Legion ein Unterkommen zu finden, das ihm, wie der „Temps" zynisch bemerkt, verschlossen bliebe, „si la police allemande était mieux faite", d. h. wenn der Steckbrief der Anwerbung vorausgegangen wäre! Wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt, daß das Institut der Fremdenlegion wenig geeignet ist, die Sympathien der zivilisierten Welt hervorzurufen, so ist das daher noch sehr euphemistisch ausgedrückt. Erstaunlich ist uns nur das eine, daß aus den Kreisen der französischen Armee kein Protest gegen die Kameraden mit dem falschen Namen laut wird, denen keiner von ihnen Satisfaktion geben würde. Man hat zwar am 27. April 1906 der Fahne der Legion den Orden der Ehrenlegion verliehen, aber kein einziger Fremdenlegionär kann diese Auszeichnung erringen, und wenn er Wunder an Tapferkeit verrichtet. Er ist taré und bleibt es, ein Paria des Abendlandes, und trägt doch die Uniform von Frankreich. Aber welche Schamlosigkeit ist es, wenn in der französischen Zeitschrift „La Vie" ein Herr Anselme Laugel behauptet und das „Journal des Débats" es wiederholt, „daß bei uns die Soldaten aus dem Elsaß für unwürdig betrachtet werden, Posten zu bekleiden, die ihrer Intelligenz und ihrer natürlichen Lebendigkeit entsprechen, und nur gut sind, in untergeordneter Stellung als Kanonenfutter zu dienen". Dieser Satz, den zu widerlegen unter unserer Würde ist, leitet eine giftige Ausführung ein, die beweisen will, daß die Elsässer Weine durch betrügerische Praktiken der Weinbauern des Rheins, der Mosel und der Pfalz vom deutschen Markt ferngehalten würden. Es ist ein Spezimen des Systems von Unwahrheiten und Hetzereien, mit denen die französische Presse im Elsaß arbeitet, und das trägt mehr als alles übrige dazu bei, in Deutschland kein Vertrauen Frankreich gegenüber aufkommen zu lassen. So wird fortgesetzt eine Saat ausgestreut, die bestimmt ist, Bitterkeit und Haß zu verbreiten, und deren Früchte einmal zu ernten, das Ziel der französischen Politik zu sein scheint.

Die Gerüchte vom Rücktritt Delcassés als Botschafter in Petersburg sind zuerst in der Pariser „Liberté" aufgetaucht und haben danach viel Anlaß zu Gerede gegeben. Einerseits wurde von einem gesellschaftlichen Mißerfolge des Botschafters gesprochen, er sei als Persönlichkeit für den sehr aristokratischen Petersburger Hof nicht die geeignete Persönlichkeit gewesen, auch seien Pichon und Poincaré mit ihm nicht zufrieden; dann hieß es, mit Erledigung der Balkanfrage

sei seine Mission erfüllt gewesen und er gehe einer großen innerpolitischen Laufbahn entgegen. Jetzt erklärt die „Nowoje Wremja", alle diese Gerüchte seien falsch und der Botschafter werde nach Petersburg zurückkehren, sobald Ssasonow nach Erledigung seines Urlaubs die Leitung des Auswärtigen Amtes wieder übernehme. Das dürfte auch zutreffen. Delcassé hat trotz der Differenzen, die zwischen der russischen und der französischen Orientpolitik bestanden, doch den großen Erfolg der Militärmission Joffres eingeleitet, die einen weit intimeren Charakter getragen hat, als alle vorausgegangenen russisch-französischen Verbrüderungen auf militärischem Boden, und ebenso ist es wohl auf seine Initiative zurückzuführen, daß der Generalquartiermeister des russischen Generalstabes, Generalmajor Danilow, nebst den Obersten Anojew und Tschermojew an den Manövern teilnehmen wird, die an der deutschen Grenze zwischen Nancy und Belmont stattfinden.

In den Fragen auswärtiger Politik arbeitet Frankreich jetzt vor allem dahin, in Athen Fuß zu fassen, indem es sowohl in Südalbanien wie im Ägäischen Meer bemüht ist, für die griechischen Wünsche einzutreten, ohne doch mehr geben zu können als Worte. Dabei wird der gegen Italien und Österreich-Ungarn angeschlagene Ton immer unfreundlicher, wobei namentlich in der albanesischen Frage die russische Presse eifrig sekundiert. Eine albanesische Nation existiere nicht, als Staat sei Albanien von Wien erfunden worden und deshalb Österreich für alles verantwortlich, was auf diesem Boden geschehe, zumal in Valona der österreichische Einfluß dominiere. Bekanntlich habe die Londoner Konferenz bestimmt, daß nach Verlauf von sechs Monaten ein Fürst ernannt werden solle, und daß bis dahin sich die faktische Macht in Händen einer Kommission aus sechs Vertretern der Großmächte und einem Vertreter Albaniens befinden werde. Die Funktion der Kommission sei jedoch infolge österreichischer Intrigen sehr unbestimmt, da, obgleich die Londoner Konferenz ihr volle Aktionsfreiheit zusagte, sie keine Exekutivgewalt erhielt. Sogar die Polizeigewalt solle „irgendwelchen" holländischen Offizieren zufallen, von deren Ernennung aber bisher noch keine Rede gewesen sei. In Wirklichkeit regiere der berüchtigte Ismail Kemal Bei, d. h. das österreichische Ministerium des Auswärtigen. „Wir meinen — so schließt die „Nowoje Wremja", der wir diese Ausführungen entnehmen —, daß es Zeit ist, der lächerlichen Delegationskomödie ein Ende zu machen, die mit Kriegsdrohungen um sich wirft.

Die Großmächte haben das Recht und sind verpflichtet, Österreich zu sagen, daß es für alle die Unanständigkeiten (bestschinstwa) verantwortlich ist, zu denen die Regierung von Valona sich entschließt." Hier spricht die alte Überhebung und Unmanierlichkeit der „Nowoje Wremja", die zum Glück weder den Großmächten etwas vorzuschreiben hat, noch selbst Großmacht ist. Was aber die Valonafrage betrifft, so steht die letzte Entscheidung zwar noch aus, aber alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es bei Albanien bleiben wird. Wir halten die griechische Politik für zu klug geleitet, als daß sie in den Fehler Bulgariens verfallen sollte, bereits errungene Erfolge wieder in Frage zu stellen. Ein unvorsichtiges Vorgehen in der Valonafrage, zu der Griechenland namentlich von Paris aus ermuntert wird, könnte aber ernste Verwicklungen zur Folge haben, vor denen nur gewarnt werden kann. Dasselbe gilt von der Frage des Dodekanes, aus dessen Liste Rhodos zu streichen sein wird. Das Interesse beider Mächte, Italiens wie Griechenlands, könnte bei einem Zusammengehen in Fragen der Mittelmeerpolitik nur gewinnen.

Wir bedauern lebhaft, daß die internationale Kommission, die auf Carnegies Kosten den Balkan bereisen sollte, um festzustellen, wen die Schuld an den völkerrechtswidrigen Unmenschlichkeiten trifft, die unzweifelhaft während des Krieges begangen worden sind, auf Durchführung ihrer Aufgabe verzichtet hat. Die Veranlassung gab der Umstand, daß die serbische Regierung das Ausscheiden Professor Miljukows aus der Kommission verlangte. Nun ist Miljukow ein angesehener Gelehrter, über dessen Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit in ethischen Fragen kein Zweifel sein kann. Er wurde abgelehnt, weil er als politischer Freund der Bulgaren bekannt ist, und man ihm deshalb in Serbien ein unparteiisches Urteil nicht zutraute. Daß dies als Beleidigung empfunden wurde, und nun auch die übrigen Mitglieder der Kommission ihr Mandat niederlegten, ist begreiflich. Inzwischen ist aber von bulgarischer Seite im facsimile nebst französischer Übersetzung, eine Reihe von 14 griechischen Feldbriefen veröffentlicht worden, die alle von Soldaten des 19. Regiments der 7. Division stammen, und deren Echtheit nicht zweifelhaft sein kann. Der Inhalt stellt sich dem Schlimmsten zur Seite, was den Bulgaren nachgesagt worden ist, so daß man sich dem Schluß nicht entziehen kann, daß der Kulturgrad der Soldateska hüben und drüben und ebenso ihr Haß dem Feinde gegenüber der gleiche gewesen ist. Hier liegt die Tragik dieses Balkan-

krieges. Er hat die Luft nicht geklärt, sondern neue Konflikte für die Zukunft vorbereitet.

Die Verhandlungen, die jetzt zwischen Bulgaren und Türken im Gange sind, scheinen, wenn nicht in ein Offensiv-, so doch in ein Defensivbündnis ausmünden zu wollen und den Türken Adrianopel und Kirkilisse zu sichern. Nebenher aber spielen sich wunderliche und nicht eben beruhigende Dinge ab. Im türkischen Lager ist blutiger Zwist ausgebrochen. Enver Bei wurde verwundet, eine Reihe anderer Offiziere erschlagen. Noch fehlen genauere Nachrichten, um die Tragweite dieses Kampfes zu ermessen, aber mit aller Bestimmtheit läßt sich sagen, daß ein Bürgerkrieg und das Wiederausbrechen des Haders zwischen Jungtürken und Alttürken alles wieder zweifelhaft machen könnte, was die überraschend günstige Wendung der letzten Monate der Türkei gebracht hatte. Gleich erstaunlich ist die Nachricht von der angeblichen Absicht der Bulgaren, von der griechisch-orientalischen Kirche zur römisch-katholischen überzutreten, zumal kein gewichtiger Grund vorliegt, die Möglichkeit eines solchen Schrittes zurückzuweisen. Es ist bereits früher, und zwar ebenfalls aus politischen Motiven, davon die Rede gewesen, und 1860 haben Übertritte in großer Zahl stattgefunden. Bulgarien sieht in der gräcisierenden Kraft des Patriarchats von Konstantinopel den gefährlichsten Feind und haßt die Griechen noch mehr als die Serben. Endlich sind die Gegensätze zwischen Serben und Montenegrinern keineswegs erledigt und an der montenegrinisch-albanesischen Grenze reißen die Scharmützel nicht ab. Nehmen wir hinzu, daß eben jetzt ein Zusammenstoß zwischen russischen und türkischen Truppen im vielumstrittenen Gebiet des Wansees stattgefunden hat, und daß in Arabien der Mahdi von Asir die Friedensverhandlungen mit der Türkei plötzlich abgebrochen hat, so daß eine neue Expedition gegen ihn nicht mehr zu vermeiden ist, so ergibt sich ein wenig beruhigendes Bild der Gesamtlage im nahen Orient. Wir erwähnen in diesem Zusammenhange noch, daß dem „Golos Moskwy" aus Kairo telegraphiert wird, daß die ägyptische Presse hartnäckig dabei bleibt, daß in nächster Zeit die englisch-ägyptischen Truppen einen Feldzug nach Abessinien unternehmen würden. Die italienische und die französische Presse, die sich gleichfalls mit dieser Frage beschäftigt haben, machen kein Hehl daraus, daß sie ihre Stellungen von Massaua und Assab beziehungsweise von Obok und Djibuti aus auf Kosten Abessiniens zu erweitern gedenken,

was, wie die „Kölnische Zeitung“ jüngst ausführte, dem englischen Interesse widerspricht, das auf Erhaltung des Statusquo im Roten Meere gerichtet ist und deshalb, ebenso wie wir, die Erhaltung der Selbständigkeit Abessiniens wünscht. Daß hier ein Zukunftsproblem liegt, läßt sich nicht übersehen, an eine schon jetzt bevorstehende Entscheidung aber glauben wir nicht. Noch ist die politische Atmosphäre zu gespannt für derartige Extratouren, zumal sich nicht absehen läßt, welche Wendung die Dinge in Mexiko und im fernen Osten nehmen werden, wo sich ein japanisch-chinesischer Konflikt vorzubereiten scheint.

Über die mexikanischen Verhältnisse sind die Nachrichten noch widerspruchsvoll. Zunächst hat man den Eindruck von einer diplomatischen Niederlage des Kabinetts von Washington. Genaueres wird sich erst am 15. September sagen lassen, wenn der interimistische Präsident Huerta dem Unionskongreß seine Botschaft vorlegen wird, die endgültige Entscheidung aber kann nicht vor dem 26. Oktober, dem Tage der Präsidentenwahl, fallen. Der in New York erscheinende „Japanese American Commercial Weekly“, der botschaftsoffiziös ist, billigt nachdrücklich, daß Felix Diaz, der mexikanische Spezialgesandte, in Tokio nur als Privatperson empfangen worden ist. Das sei aus Freundschaft für Amerika geschehen, das Japan näherstehe, als Mexiko, und beweise zugleich, daß Japan sich mit keinerlei Absichten auf Mexiko trage. Doch ist der folgende Satz in diesen Ausführungen merkwürdig: „Das Schicksal Mexikos hängt in hohem Grade von der Haltung der Vereinigten Staaten ab, ganz wie das Schicksal Chinas in Abhängigkeit von der Haltung Japans steht.“ In der Tat ist die Parallele auffallend: Hier wie dort ein noch nicht anerkannter Präsident der Republik, und in beiden Staaten ein Bürgerkrieg, der seinem Ausgang entgegengeht. Scheint durch den Fall von Nangking Juanschikais Sieg gesichert, so sind ihm neue Schwierigkeiten durch die drohende Haltung erwachsen, die Japan infolge der Hinrichtung oder Ermordung dreier Japaner in Nangking angenommen hat; die Vereinigten Staaten von Nordamerika erhoben gleiche Beschwerden ihrer in Mexiko geschädigten Untertanen wegen. Zurzeit aber ist der chinesisch-japanische Konflikt der ernstere, weil für den Fall, daß in Japan jetzt wirklich mit Annexion der Südmandschurei Ernst gemacht werden sollte, kein Zweifel sein kann, daß Rußland in der Nordmandschurei zugreifen würde. Die Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß in Japan wie

Washington noch geraume Zeit gezögert wird, bevor es zu einer ernsten Aktion kommt. Was wir sehen, trägt den Charakter eines diplomatischen Vorpostengefechts. Vielleicht führen finanzielle Erwägungen Japan dazu, seinen politischen Ehrgeiz zu zügeln. Der „Economist" kommt in einem sehr luciden Artikel zum Ergebnis, daß Japan im Jahre 1911 eine Schuldenlast von 265 000 000 Pfund Sterling hatte, die in den letzten zwei Jahren um 15 000 000 Lstr. reduziert worden sei. Die Einkommensteuer betrage bereits 22 v. H. und es wäre Wahnsinn, wenn Japan, statt seinen Kredit für die industrielle Entwicklung der Nation zu verwenden, ihn durch neue extravagante Ausgaben für Heer und Flotte aufbrauchen wollte. Der Fall der japanischen Werte sei eine ernste Warnung, und die japanischen Politiker könnten sicher sein, daß, falls sie nicht ernstlich und erfolgreich zu einer ökonomischen Wirtschaft übergingen, der europäische Markt sich ihnen versagen würde.

In Frankreich hat es in letzter Zeit politische Unbequemlichkeiten — böse Angriffe Clemenceaus auf die Regierung, schwere Vergehungen der Polizeibeamten usw. — und materielle Verluste gegeben. Bei den Manövern haben die Eisenbahnen versagt und auf der Reede von Toulon haben die Fahrzeuge des 1. Geschwaders 400 Kisten verdächtigen Pulvers versenken müssen.

11. September 1913. General Ameglio weist den Bürgermeister von Rhodos aus.
12. September. China erklärt sich bereit, Japan Genugtuung wegen der Ereignisse in Nanking zu gewähren.
14. September. Graf Andrassy übernimmt die Führung einer neuen ungarischen Oppositionspartei.
16. September. Kirkilisse bleibt nach Vereinbarung zwischen Bulgaren und Türken bei der Türkei.

---

17. September 1913.

„Internationale „Zwischenfälle" herbeizuführen ist niemals schwer, aber wir haben selten einen dümmeren (sillier) gesehen als jenen, der eben jetzt in Anlaß der Rede König Konstantins in Berlin aufgebauscht worden ist. Der Deutsche Kaiser liebt zu seinen Manövern als Gäste Befehlshaber mit frischer Kriegserfahrung zu laden. Lord Roberts wurde gelegentlich so eingeladen. König Konstantin ist, abgesehen davon, daß er tatsächlich die griechischen Truppen bis zu seiner Thronbesteigung kommandierte, des Kaisers Schwager. Was war natürlicher, als daß er nach Berlin kam, auf einem Bankett mit den hervorragendsten deutschen Generälen sprach und eine liebenswürdige Rede hielt, in welcher er den Erfolg seiner Armeen auf ihr Studium „der erprobten Grundsätze preußischer Kriegskunst" zurückführte? War, was er sagte, Schmeichelei und nicht Wahrheit, so haben weniger hervorragende „afterdinner speakers" sich gleich liebenswürdiger Unaufrichtigkeiten schuldig gemacht. Wenn es aber, wie weit wahrscheinlicher ist, Wahrheit war, weshalb sollte es jemanden verdrießen? Es gibt schwerlich eine Armee in Europa, die dem vornehmsten Mittelpunkt des militärischen Denkens in Europa nicht viel Dank schuldig wäre, ganz, wie es keine Flotte gibt, die nicht den Grundsätzen britischer Marinetaktik folgte. Wir wissen nicht, wem die Palme der Torheit in dem, was nun folgte, gebührt, der französischen Presse oder der griechischen Regierung. Der „Temps" gefällt sich in Vorlesungen, die Griechenland und seinem „unerfahrenen" Monarchen gelten, und warnt vor der Tücke des Dreibundes; der

König — behauptet der „Temps" — habe sich kompromittiert und Mißtrauen in Frankreich erregt. Und auch das griechische Ministerium des Auswärtigen ist geschäftig: der Gesandte in Paris geht zu Herrn Pichon und versichert, daß, was gesagt wurde, nicht offiziell gewesen sei; in Athen wird eine Erklärung veröffentlicht, die den König sehr wenig zeremoniell anfaßt, und man verspricht uns eine weitere Erklärung von Herrn Venizelos, wenn er nach Athen zurückkommt. Auf Herrn Venizelos setzen wir noch einige Hoffnung. Er ist gewiß ein zu gewitzigter Mann und hat zuviel Humor, um sich zu solchen diplomatischen Absurditäten herzugeben. Was aber die französiche Presse betrifft, so hat sie sich erst kürzlich zur Überlegenheit Creuzots über Krupp, und der französischen Waffen Griechenlands über die deutschen Waffen der Türkei, Glück gewünscht. Da Frankreich das „Material" geliefert hat, kann es die Ehre der „Grundsätze" dem Deutschen Kaiser und seinem Generalstabe lassen."

So faßt der „Manchester Guardian" sein Urteil über den vielbesprochenen „Zwischenfall" zusammen, aber es ist ganz ausgeschlossen, daß die französische Eitelkeit die Sprache gesunder Vernunft hören könnte. Sie kann es nicht verwinden, daß andere gelobt werden, wo die Grande Nation mitgespielt hat, und nimmt den Kotau, zu dem das offizielle und nichtoffizielle Griechenland sich bereitgefunden hat, zwar mit gebührender Herablassung entgegen, gibt aber dabei zu verstehen, daß noch mehr geschehen müsse und König Konstantin selbst ein Canossa in Paris zu erwarten habe. Die Methode der Selbstberäucherung, die seit Jahr und Tag von der französischen Presse geübt wird, raubt der Nation das gesunde Urteil und scheint unvermeidlich zu den verhängnisvollsten Täuschungen führen zu müssen. Man kann sich übrigens kaum eine Vorstellung von der Reklame machen, mit der die französische Presse die Reise begleitet, die Herr Raymond Poincaré jetzt durch Mittel- und Südfrankreich in Begleitung von Madame Poincaré und Herrn und Frau Klotz macht. Die Berichte des „Temps" aus Tulle vom 12. und 13. September sind darüber besonders charakteristisch. Sie ersparen uns weder den veston noir, den der Präsident angetan hat, noch die Toilette der Frau Präsidentin (tailleur à carreaux [1]) noirs et blancs, avec ceinture

[1]) Eine sinnige Anspielung auf den Namen Poincaré.

de cuir et col de tulle blanc, recouvert d'un manteau de voyage en laine grise et un voile teinte cendrée), noch endlich, daß neben dem „vive le président" auch bereits „vive Raymond" gerufen wird. Man erinnert sich an die berühmte Rundreise des dritten Napoleon vor dem Staatsstreiche des 2. Dezember, wo auch schließlich auf das „vive la République" das „vive Napoléon" und endlich das „vive l'Empereur" folgte! Es kann kaum ein Zweifel sein, daß Frankreich wieder nach einem Herrn sucht, nur ist uns noch nicht bewiesen, daß Herr Poincaré mit seinem Ehrgeiz auch die Kraft und Klugheit verbindet, die der Präsident der zweiten Republik zu Anfang seiner Laufbahn in so hohem Grade besaß. Auch in England scheint man an Herrn Poincarés Aussichten zu glauben. Waverley im jüngsten seiner Artikel über das „unbekannte England" schreibt nämlich: „Man spricht hier viel von Herrn Poincaré und kündigt ihm allgemein die höchste Bestimmung an (les plus hautes destinées), wodurch offenbar auf eine Krone hingewiesen wird."

Das schwere Unglück, das unser Luftschiff „L 1" betroffen hat, rief, wie nicht anders zu erwarten war, in der nichtdeutschen Welt divergente Empfindungen hervor. Blieb uns das rein menschliche Mitgefühl nicht versagt, so ist uns doch von vielen Seiten her zu verstehen gegeben worden, daß wir in dem Zeppelintypus unserer Luftflotte die unfehlbare Waffe nicht gefunden hätten, die unsere Überlegenheit begründete. Man hat uns die lange Reihe der Verluste, die wir erlitten haben, vorgerechnet, und war bereit, sie zu überschätzen. Der Berliner Korrespondent des „Temps" hat es solchen Stimmen gegenüber doch nützlich gefunden, seinen Landsleuten herzuzählen, was noch übriggeblieben ist: „Z 1" in Leipzig, „Z 2" in Köln, „Z 3" in Metz, „Z 4" in Königsberg, „Z 5" in Gotha. An Stelle des untergegangenen „L 1" trifft schon am 1. Oktober „L 2" in Helgoland ein und für den Kriegsfall würden noch die der Gesellschaft „Delag" gehörenden Fahrzeuge des Zeppelintypus: „Hansa", „Viktoria Luise", und „Sachsen" mobilisiert werden. Dazu kämen „P 2" in Metz, „P 3" in Königsberg und im Oktober „P 4" in Johannisthal; 3 halbstarre Schiffe des Typus Groß in Tegel, 1 Siemens-Schuckert und 2 Schütte-Lanz. Was aber die Flieger betreffe, so werde vor Ablauf eines Jahres jedes deutsche Armeekorps ein aktives Geschwader von 6 und ein Reservegeschwader von 6 Aeroplanen besitzen, auch

hätten bereits gegen 200 Offiziere ein Diplom als Flieger. Offenbar soll damit einerseits eine Warnung erteilt und anderseits ein Ansporn zu konkurrierender Arbeit gegeben werden, wogegen sich nichts einwenden läßt. Dem gleichen Zweck dient der Hinweis darauf, daß an eine Entmutigung Deutschlands infolge der Verluste an Luftschiffen und an Menschenleben nicht zu denken sei. Man erinnere sich der Konsequenz, mit der Kaiser Wilhelm an seinen Flottenplänen festhielt, und wird gut tun, daran zu glauben, daß es mit unserer Luftflotte nicht anders sein wird. Wir verstehen Verluste zu tragen und wissen, daß diejenigen, die ihr Leben im Kampf um Beherrschung der Luft hingeben, ebenso fürs Vaterland bluten wie einst ihre Väter vor den Toren von Metz und Paris.

Interessant ist eine Nachricht der Londoner „Central News": Eine Anzahl einflußreicher Männer habe ein Komitee gebildet, um ein neues Luftschiff zu bauen, das halb soviel kosten soll wie ein Zeppelin und alle Vorteile desselben, aber keinen seiner Mängel besitzen werde. Dieses Luftschiff werde armiert sein und einen weiteren Aktionsradius haben als irgendein starres Schiff von gleichem Umfange. Es handelt sich um die gemeinschaftliche Erfindung der Herren John Wulfing und Aladar de Bajda. Ihr Luftschiff wird eine Tragkraft von 43 v. H. gegen 30 v. H. Maximalleistung anderer Flugzeuge haben, 360 PS, 338 Fuß Länge, größter Diameter 32 Fuß, kubischer Inhalt 413 910, totale Tragkraft 20 000 lb., totes Gewicht 16 000, netto Tragkraft 12 000, unabhängige Schnelligkeit 56 englische Meilen in der Stunde, Steuerung durch Propellerstoß, Gerüst aus länglichen Stahlrohren, die durch Taue oder Draht verbunden sind. Das Luftschiff soll, wenn es an der Spitze gefesselt wird, einem Luftdruck von 100 Meilen in der Stunde widerstehen und im Gegensatz zu dem Zeppelin zusammenziehbar sein (deflated and reduced in size). Die Admiralität habe versprochen, das Unternehmen zu unterstützen und stehe mit den Erfindern in Verhandlung.

Nun, man kann nur wünschen, daß die Herren Wulfing und Aladar mit ihrer Erfindung recht behalten, und daß das Experiment, das sie vorhaben, zu einem wirklichen Erfolge führt. Der Kampf um die Beherrschung der Luft hat vor allem einen ungeheuren Fortschritt, der der gesamten Menschheit dienen soll, zum Ziel. Die Verwendung der Luftschiffe zu Kriegszwecken ist eine durch politische Ver-

hältnisse bedingte Notwendigkeit, mit der sich nicht rechten läßt. Aber zum Glück ist Frieden noch der normale Zustand in den Beziehungen der europäischen Nationen zueinander, und es kann nicht zweifelhaft sein, daß je sicherer die Luftschiffahrt ihr Element beherrscht, um so größer auch die wirtschaftlichen und handelspolitischen Wandlungen sein werden, welche die Zukunft bringen muß. Jeder Fortschritt nach dieser Richtung ist ein Gewinn und bleibt ebensowenig ein Arcanum wie andere Fortschritte der Wissenschaft.

Aufsehen hat in England eine Broschüre Lord Eshers, des bekannten Mitgliedes des Landesverteidigungskomitees, erregt. Sie führt den Titel: „Die maritime und militärische Lage der englischen Inseln" und ist mit dem Pseudonym „Islander" gezeichnet. Die Autorschaft Lord Eshers aber ist für niemanden ein Geheimnis. Er geht von dem Gedanken aus, daß England bewußt die Politik der „splendid isolation" aufgegeben habe, und gleichviel, ob es sich um eine Allianz oder eine Entente, um eine urkundliche Verpflichtung oder um eine ehrliche Verständigung handele, sich leicht genötigt sehen könnte, zu den Waffen zu greifen infolge von Streitigkeiten, die nicht England beträfen. (To take up arms in quarrels which are not her own.) Eine solche Politik, die er nur vom militärischen Standpunkt aus beurteilen wolle, müßte aber für England in einen „disaster" ausmünden, weil sie sich nur durch Einführung der Wehrpflicht nach kontinentalem Muster behaupten lasse. Sir Edward Grey wiederhole die Fehler, die Chamberlain während des Burenkrieges sich zu schulden kommen ließ. Entweder müsse England seine Politik oder seine Heeresorganisation ändern. Es knüpft sich daran der Nachweis, daß unter den jetzigen Verhältnissen die englische Heeresorganisation kontinentalen Heeren nicht gewachsen sei, und im Zusammenhang damit der Vorschlag, durch neue Methoden der Kriegführung zu Wasser und zu Lande diesen Nachteil auszugleichen. Die Beurteilung dieser Vorschläge überlassen wir Fachleuten; was uns interessiert, ist, daß von einer der Regierung sehr nahestehenden Seite wiederum der Charakter der Verpflichtungen, die England Frankreich und eventuell Rußland gegenüber auf sich genommen hat, so dargestellt wird, daß wir an dem militärischen Charakter derselben kaum noch zweifeln können.

Das ist aber eine Tatsache von höchster Wichtigkeit, weil wir bei der Tendenz der regierenden öffentlichen Meinung Frank-

reichs den Schluß daraus ziehen müssen, daß uns ein Krieg über kurz oder lang aufgenötigt werden kann. Offenbar wird in England die von Sir Edward Grey im Parlament abgegebene Erklärung, daß England nicht gebunden sei, nicht als positiv verpflichtend betrachtet. Es fehlt, um mit dem „Manchester Guardian" zu reden, „a perfectly unambiguous statement of the facts on official authority", d. h., doch eine Mitteilung des Textes der geschlossenen Vereinbarungen in unzweideutiger Form und aus dem Munde von Mr. Asquith. Eben jetzt zeigen die Veröffentlichungen aus den Memoiren des Grafen Hayashi, über die Verhandlungen Japans mit Rußland und England, die in die englisch-japanische Offensiv- und Defensivallianz vom 30. Januar 1902 ausmündeten, wie vieldeutig und machiavellistisch diplomatische Verhandlungen geführt werden können. Es wird von allerhöchstem Interesse sein, den vollständigen Text dieser unbedingt authentischen Aufzeichnungen zu erlangen, aus denen wir u. a. erfahren, daß der dem Fürsten Bülow angebotene Anschluß an dieses englisch-japanische Bündnis mit der antirussischen Spitze von ihm abgelehnt wurde, wie Hayashi angibt, wegen der damals zwischen England und Deutschland bestehenden Mißhelligkeiten, wie wir annehmen, weil er an einer antirussischen Kombination nicht teilnehmen wollte. Über die Zweckmäßigkeit dieser Zurückhaltung wird man verschiedener Meinung sein können, und auch heute, nach der langen Reihe der hinter uns liegenden Erfahrungen wird man schwanken können. Fürst Bülow hielt an den alten Überlieferungen der russenfreundlichen Politik Preußens fest; daß wir keinen Dank dafür finden würden, ließ sich um so weniger vorhersehen, als Deutschland während des Russisch-Japanischen Krieges und während der russischen Revolution die einzige europäische Macht war, die den Zaren nicht im Stich ließ. Das trug uns den Haß der revolutionären, radikalen und liberalen Parteien Rußlands ein und deren Einfluß hat die weitere politische Haltung des Zarenreichs bestimmt. Das englisch-japanische Bündnis aber dauert noch heute, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auch die deutsch-englische Kombination von Dauer gewesen wäre. Erst weil sie scheiterte, kam es zur englisch-französischen Entente vom 8. April 1904 und damit zu jener politischen Lage, mit der wir in den letzten 9 Jahren zu rechnen gehabt haben.

Im nahen Orient ist es zu wichtigen Entscheidungen noch

nicht gekommen, doch gewinnt die sich vorbereitende bulgarisch-türkische Verständigung immer mehr an Boden. Ob es der Türkei gelingt, zugleich zu einer Verständigung mit Griechenland zu gelangen, ist weniger wahrscheinlich, aber nicht unmöglich. Daß die griechischen und die serbischen Grenzen aneinanderstoßen, bleibt nunmehr vollendete Tatsache, und damit scheint sich für Österreich die Möglichkeit zu bieten, auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen mit Serbien und Griechenland seinem Handel den unbehinderten Ausgang nach Saloniki zu sichern, was dann dem Interesse aller Beteiligten entsprechen würde. Unklar ist noch immer die Frage der Inseln; die Anzeichen weisen darauf hin, daß die Entscheidung sich noch lange hinziehen kann.

Die vorübergehend sehr akute Krisis im fernen Osten schien durch das Entgegenkommen, das China den verhältnismäßig maßvollen Forderungen Japans gegenüber gezeigt hat, merklich gemindert, aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung sind diese Forderungen nunmehr gesteigert worden, und es fragt sich, ob damit den Chinesen nicht zuviel an Demütigungen zugemutet wird. Da Japan die Aufständischen auf jede Weise, wenngleich nicht offiziell, unterstützt hat, kann man die Erbitterung der chinesischen Regierungstruppen wohl begreifen, und es ist charakteristisch, daß anderen Ausländern kein Haar gekrümmt worden ist. Die russischen Beziehungen zur Mongolei reifen offenbar einer Entscheidung entgegen. Eine neue mongolische Delegation ist unterwegs nach St. Petersburg, um Klarheit in die wirtschaftliche Stellung des Landes zu bringen und die Zugeständnisse zu machen, die von dem Chutuchtu in Urga gefordert worden sind. Auch sollen gegen 50 mongolische Knaben in russischen Schulen untergebracht werden; endlich sind, wie ein Petersburger Telegramm des „Temps" meldet, bedeutende Bestellungen in russischen Fabriken gemacht worden.

Die mexikanisch-amerikanischen Beziehungen sind unverändert. General Felix Diaz ist überhaupt nicht in Japan gewesen, die japanische Regierung hat ihm zu verstehen gegeben, daß sein Besuch nicht gewünscht werde; man will in Tokio in Hinblick auf die Differenzen mit Kalifornien, die immer noch fortdauern, den Vereinigten Staaten keinen Anlaß zu Klagen geben. Bedenklich ist, daß die mexikanischen Rebellen eine große Zahl amerikanischer Bürger gefangen genommen haben. Es läßt sich noch nicht erkennen, welche Stellung der vielbeschäftigte Staatssekretär Bryan in dieser Frage

einnehmen wird. Präsident Huerta wird mit Recht darauf hinweisen können, daß es gerade die Haltung der Vereinigten Staaten ist, die ihm die Unterdrückung der Rebellion erschwert und derartige unliebsame Tatsachen möglich macht.

Neuerdings scheint sich in den Vereinigten Staaten eine starke Bewegung gegen die katholische Propaganda zu organisieren. Uns liegt die Nummer 6 der Monatshefte der „Guardians of Liberty" vor, die mit außerordentlichem Nachdruck gegen jede politische Beeinflussung seitens der katholischen Kirche protestiert und namentlich die Freiheit der Schulen beschützen und die Überlassung von Staatsmitteln und Ländereien zu irgendwelchen religiösen Zwecken verhindern will. Diese Bewegung, deren Spuren bereits seit einigen Jahren zu verfolgen sind, steht in Zusammenhang mit dem wachsenden Einfluß, den das wohlorganisierte katholische Episkopat gewonnen hat. Schon Ranke in seiner Geschichte der Päpste hat diese Entwicklung vorhergesehen und angekündigt.

18. September 1913. Unterzeichnung der Hauptprotokolle der türkisch-bulgarischen Verständigung.
21. September. Rede König Konstantins von Griechenland in Paris.
23. September. Die mexikanischen Konstitutionalisten sprengen einen Eisenbahnzug in die Luft.
24. September. Serbien mobilisiert die Morawa-Division.

---

24. September 1913.

Ein sehr interessantes und politisch aktuelles Buch hat soeben Jaques Bardoux, Professor an der école des sciences politiques zu Paris veröffentlicht. Es führt den Titel: L'Angleterre radicale. Essai de psychologie sociale (1906 bis 1913) und ist in der bekannten Pariser Verlagsbuchhandlung von Felix Alcan erschienen. Es ist eine Fortsetzung der unsern Lesern bekannten 1906 und 1907 erschienenen Bände: Essai d'une psychologie de l'Angleterre contemporaine, von denen der erste den Nebentitel „les crises belliqueuses", der zweite „les crises politiques" führt. Von demselben Verfasser sind außerdem biographische Skizzen englischer Staatsmänner: „Silhouettes d'Outre-Manche" 1909 und „Victoria, Eduard VII. et George V.", 1911, bei Hachette erschienen. Bardoux ist ein ausgezeichneter Kenner englischer Zustände, wie denn überhaupt in Frankreich die Studien zur Geschichte des heutigen England zahlreicher und eindringender sind, als die entsprechenden deutschen Arbeiten. Die neueste Publikation von Bardoux ist wohl die reifste seiner Arbeiten und kann jedem, der sich mit der englischen Politik beschäftigt, nur angelegentlich empfohlen werden. Er teilt seinen Stoff in drei Hauptabschnitte: Die vordringende soziale Strömung (la poussée sociale), die Gefahr für das Reich (Der Nationalismus in Indien und Kanada, die Drohung Deutschlands, der Idealismus der Pazifisten), die kommende Krisis und ihre Faktoren (Konkurrenz der Fremden, revolutionäre Aufstände und Vordringen der Sozialisten, die Flottenpanik und das straffere Anziehen der imperialistischen Bande, Homerule-Bill und die Zukunft der Parteien).

Bei sehr gründlicher Fundamentierung seiner Ausführungen, gelangt Bardoux zu einem unserer Überzeugung nach viel zu weitgehenden Pessimismus. Der Fehler des Buches liegt eben darin, daß es bestimmt ist, gewisse Thesen des Verfassers zu beweisen, die dem politischen Tagesinteresse Frankreichs dienen sollen. Bei scheinbarer Sachlichkeit sollen sie den englischen Leser, für den der Inhalt der Studien Bardoux' weit mehr bestimmt ist, als für den französischen, dahin führen, sich diese Thesen zu eigen zu machen und durch Verwirklichung derselben zu dem Resultat zu leiten, das Herr Bardoux von seinem Standpunkt aus für das meist erwünschte hält. Dieser alles bestimmende Grundgedanke aber ist: Niederwerfung der Macht Deutschlands, die an sich als ein mit allen Mitteln zu beseitigendes Übel dargestellt wird. Die englischen Radikalen und Liberalen und die englischen Sozialisten aller Farben, welche diese Notwendigkeit nicht einsehen wollen, die Pazifisten, die von einer Verständigung mit Deutschland träumen, arbeiten, wie Bardoux ausführt, am Untergange Englands, den Konservativen, die auf dem rechten Wege waren, fehlen die Führer. Man hat Deutschland aufkommen lassen und bisher noch immer den rechten Augenblick versäumt, es niederzuwerfen. „Die teilweise Neutralität, welche Großbritannien 1870 aufgedrungen wurde durch die Skrupel der Liberalen, die Sympathien der Königin und den Groll der Soldaten, ist eines der Beispiele, welches beweist, daß Mangel an Voraussicht der wahre Fehler der englischen Politik ist"... Nur Louis Blanc habe erkannt, daß die Bildung eines Militärstaats im Herzen Europas für England eine größere Gefahr bedeute als einst die kurzlebigen Siege Napoleons. Niemand habe vorausgesehen, daß die deutschen Siege einen Organismus ins Leben rufen würden, der dem deutschen Volke gestatten werde, die Binnenzölle zu beseitigen, das Eisenbahnwesen zu entwickeln, Schutzzölle zu errichten. Die Annexion von Elsaß-Lothringen habe der keimenden Industrie die kostbare Unterstützung der phosphorhaltigen Mineralien von Metz und die berühmten Gewebe von Mülhausen zugeführt. Die Zahlung der fünf Milliarden, die dem französischen Sparstrumpf entnommen wurden, habe es möglich gemacht, daß die seit einem halben Jahrhundert aufgespeicherten Erfindungen der deutschen Wissenschaft auch ausgebeutet werden konnten. „Die Gefahr, welche direkt Großbritannien in seiner mate-

riellen Existenz bedroht, dankt der Niederlage Frankreichs seine Entstehung." Das will wohl sagen, daß, wenn Frankreich gesiegt hätte, unsere Entwicklung, die geistige wie die materielle, ein halbes Jahrhundert lang nicht hätte aufkommen können! Wir sind Frankreich gegenüber gewiß großmütiger gewesen und Herr Bardoux vergißt, daß Frankreich es dem Umstande, daß wir die von ihm befürwortete Politik des Neides nicht übten, zu danken hat, daß es heute der zweitgrößte Kolonialstaat der Welt ist.

Die zweite These Bardoux' ist, daß es ein unverzeihlicher Fehler Greys war, die Tripleentente nicht in eine Triplealianz umzuwandeln. Seine militärischen Unterhaltungen mit Frankreich hätten bestimmte vorsichtig gezogene Grenzen nicht überschritten, abgesehen vielleicht von der das Mittelmeer betreffenden Flottenfrage. Das habe Sir Edward Grey bei seinem Amtsantritt versprochen. An dem Tage, da Lord Haldane nach Berlin aufbrach, um die „Landwehr" zu studieren, habe Grey um diesen Preis die Neutralität derjenigen seiner Kollegen im Kabinett erkauft, die Anhänger einer Allianz mit Deutschland waren. In Balmoral habe er die Möglichkeit gehabt, der Entente die Festigkeit einer Allianz zu geben, und gewiß hätten an seiner Stelle die Konservativen sich gern bereitgefunden, dafür den Preis einer Teilung Persiens zu zahlen. Grey aber habe diese unverhoffte Aussicht vorüberziehen lassen, um den Forderungen der Radikalen zu gehorchen. Wie könne man darauf rechnen, daß eine solche Chance sich wiederholen werde? Was Grey durch den Verzicht auf die Teilung Persiens erreichte, sei die Einheitlichkeit und Dauer des Kabinetts gewesen, auch habe er sehr geschickt verstanden, die Begehrlichkeit der Pazifisten einzuschränken. Freilich sei das nur bei den damaligen Majoritätsverhältnissen im Parlament möglich gewesen. Wenn einmal die Arbeiter über 100 bis 120 Stimmen, die Iren nach Einführung des Homerule über 40 verfügen, die letzten Whigs verschwunden seien, und der Erbe Sir Edwards genötigt sei, die Ratschläge einer Kommission für auswärtige Anglegenheiten anzuhören, die von einer radikal-sozialistischen Unterhausmehrheit kontrolliert wird, dürfe man annehmen, daß er dann den blinden Idealisten, den Anhängern der splendid isolation, siegreich Widerstand zu leisten, die Möglichkeit haben werde?

Die Sympathien Bardoux' gehören den Torys, obgleich auch sie, wie er betont, den deutsch-englischen Banketten beigewohnt haben,

aber er hofft, daß die Scheu, mit der sie heute alles vermeiden, was dafür sprechen könnte, daß sie eine Kriegspartei sind, nicht von Dauer sein werde. „Diese Skrupel werden weichen, wenn die Zeit der Wahlen kommt. Ihre Redner werden ihre Lieblingsthemen aufnehmen. Sie werden mit vollendeter Kraft patriotische Töne anschlagen, und an Gelegenheit wird es nicht fehlen. Die nächtlichen Spazierfahrten der Zeppelins, die militärische Hilfe der Dominien, das Gleichgewicht auf dem Mittelmeer, die Krisis im Bestande der Territorialarmee — das alles wird das Problem der Sicherheit Englands auf die Tagesordnung bringen." Auch sei es möglich, daß sie siegen, wenngleich nicht wahrscheinlich. Das Jahr 1906 scheine, wie das Jahr 1832, der Ausgangspunkt für eine dauernde, nur von kurzer Ebbe unterbrochene, soziale Wendung zu werden, „à moins que... comme disait l'abbé Wetterlé" d. h. wohl die Torypartei hat Aussicht, all die Gefahren, die Bardoux so eingehend, so beredt und mit einem so ungeheueren statistischen Material den Engländern vorführt, zu überwinden, wenn sie es nicht bei Worten bleiben läßt, sondern ernst macht mit den Gedanken, die der Abbé Wetterlé nützlich fand, nicht voll auszusprechen.

Um es kurz zu sagen, das Buch von Bardoux ist *ein in wissenschaftlichem Gewande zum Kriege gegen Deutschland aufforderndes Pamphlet*, das eben wegen seines wissenschaftlichen Inhalts und des Scheins von Sachlichkeit, den es hervorkehrt, doppelt gefährlich ist. Bardoux schmeichelt und bekämpft zugleich den englischen Radikalismus und dessen Anhang, weil dieser pazifistisch ist, und trägt alles zusammen, was ihm an Gründen irgend handlich ist, um die Vorstellung zu erwecken, daß es sich um eine Entscheidung letzter Stunde handelt, von der das Wohl und Wehe Englands — und gleichzeitig die Aussicht auf Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens und vielleicht noch mehr abhängt. Wir haben alledem den einfachen Satz entgegenzustellen, daß alle die eingebildeten Gefahren, die England von deutscher Seite drohen sollen, zergehen würden wie schillernde Seifenblasen, sobald Deutschland und England sich die Hände zu festem Verbande reichen. Auch Frankreich könnte dann in guter Ruhe an den Ausbau seiner Interessen innerhalb der eigenen Grenzen und in seinen Kolonien gehen. Wir haben nichts von ihnen zu begehren. Aber wir glauben allerdings, daß, so lange alles Sinnen und Trachten der Nation auf eine Revanche geht, die sie aus eigener Kraft nicht zu

suchen wagt, so lange sie den Frankfurter Frieden als einen Waffenstillstand betrachtet, der zusammenbricht, sobald sie ihrer „Freunde und Alliierten" sicher ist, daß so lange auch die Spannung fortdauern muß, die Europa nicht zu Atem kommen läßt. Wir haben aber nur geringe Hoffnung, daß eine derartige Wandlung sich in der Gesinnung der Franzosen vollzieht. Die lächerliche Affäre, zu der die Rede König Konstantins aufgebauscht worden ist, die Aufnahme, die des Königs Rede in Paris gefunden hat, obgleich sie alles an Anerkennung bot, was irgend vernünftigerweise erwartet werden durfte, das fortdauernde Aufreizen der Stimmung in Elsaß-Lothringen, und was sonst an Symptomen jeder neue Tag bringt, zeigt uns, daß sich jenseits unsrer Grenzpfähle nichts geändert hat.

Merkwürdig ist eine Kampagne, die der „Eclair" bereits durch 15 Nummern gegen Herrn Iswolski und Herrn Poincaré führt, und die ihren Abschluß noch nicht gefunden hat. Dem ersteren wird vorgeworfen, daß er gegen seinen Chef, Herrn Ssasonow, Politik gemacht habe und noch mache, dem letzteren, daß er zum Schaden der Interessen Frankreichs das Werkzeug Iswolskis und Tittonis geworden sei. Die beiden letzten Artikel dieser Serie suchen zu beweisen, daß Herr Tscharykow, der russische Botschafter in Konstantinopel, und Herr Louis, der französische Botschafter in Petersburg, das Opfer dieser Kabalen geworden seien. Man wird eine Entgegnung der angegriffenen Staatsmänner abwarten müssen, um sich ein festes Urteil zu bilden; zunächst erscheinen die Herren Iswolski und Poincaré aufs äußerste in betreff ihrer „bonne foi" bloßgestellt.

Die Arbeiterbewegung in England, die einen sehr bösartigen Charakter anzunehmen drohte, beginnt erfreulicherweise abzuflauen. Nur in Dublin will es nicht besser werden. Dort aber spielen noch andere Faktoren mit, auf die in anderem Zusammenhang eingegangen werden soll. Ausstände in großen Handelszentren wie Liverpool, Birmingham, Manchester gefährden stets allgemein europäische Interessen und machen sich auch über Europa hinaus fühlbar. Niemand aber ist mehr daran interessiert als wir, daß Handel und Wandel in England nicht stocken. Die Identität der englischen und deutschen Interessen tritt gerade jetzt handgreiflich bei den japanisch-chinesischen Differenzen zutage. Eine Sonderstellung, wie sie Japan unter Vorwänden erstrebt, die mehr den Ansprüchen erregter

Pöbelmassen, als der Einsicht der japanischen Staatsmänner ihren Ursprung zu danken scheinen, widerspricht dem Prinzip der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und der offenen Tür, in dem England und Deutschland einmütig zusammenhalten. Daß es bei Aufrechterhaltung dieses Prinzips bleibt, ist aber um so notwendiger, als gleichzeitig immer wahrscheinlicher wird, daß die japanische Aktion sich schließlich gegen die Mandschurei richten wird. Die öffentliche Meinung Rußlands drängt gleichfalls darauf, daß die mandschurische Frage erledigt werde. „Immer und immer wieder", schreibt der „Golos Moskwy" vom 20. September, „müssen wir zu der Frage zurückkehren, an deren Ernst die Regierung nicht glauben will. Die mandschurische Frage muß gleich jetzt entschieden werden, denn auf eine günstigere Gelegenheit zu warten, ist positiv unmöglich. China befindet sich in einem Zustande völliger Auflösung und kann keinerlei ernsten Widerstand leisten, wenn man an ihm eine leichte Operation vornimmt. Japan aber kommt uns selbst entgegen. Die stürmische Kampagne, die jetzt in den Hauptzentren Japans für Annexion der Mandschurei und Mongolei geführt wird, hat die japanische Regierung bereits gezwungen, mit durchgreifenden Forderungen vorzugehen. Es liegt aber auf der Hand, daß Japan sich für Annexion der Mandschurei nur entschließen kann, wenn keinerlei Widerspruch Rußlands vorliegt; ebenso klar ist aber, daß Rußland nur ruhig bleiben wird, wenn es seinen Anteil an der Beute erhält. Es ist nicht möglich, eine solche Gelegenheit vorüberziehen zu lassen. Man darf nicht vergessen, daß vom Schicksal der Mandschurei — dieser Kornkammer des fernen Ostens — die Integrität unsrer Besitzungen im fernen Osten abhängt. Eine glänzende Bestätigung dieses Gedankens brachte das Jahr 1910, als die chinesischen Autoritäten den Kornhandel in der Mandschurei anhielten. Infolge dieser Verfügung gerieten Blagoweschtschensk und Chabarowsk in die allerkritischste Lage. Diese Städte sind der Hauptmittelpunkt für die Ausfuhr mandschurischen Getreides fast im ganzen Priamurgebiet, für welches es bei dem Mangel eigner Saaten ganz unentbehrlich ist. In nicht minder schwierige Lage gerieten die Gebiete von Wladiwostok und Ussuri. Dort hat man sich beeilt, nach Aufhebung des Freihafens eine Reihe von Dampfmühlen zu bauen. Sie sind alle ohne Ausnahme auf das Mahlen mandschurischen Korns angewiesen, denn den Weizen des Ussuri kauft die Intendantur fast ganz für die Kronsmühlen im Dorfe Tschernigowka auf. Ein Aus-

fuhrverbot aus der Mandschurei würde ihre Schließung zur Folge haben. Auch unsere in der Mandschurei stehenden Truppen waren in verzweifelter Lage. Sie hungerten buchstäblich und konnten weder Fourage noch Proviant erhalten. Dieses Experiment bestätigt vollständig den Gedanken, daß unsere Besitzungen im fernen Osten ohne die Mandschurei nicht existieren können, und daß, wenn China erstarkt, es uns Schach und matt setzen kann, sobald es verbietet, Getreide aus der Mandschurei auszuführen.

So kommen wir zu einem unwiderleglichen Schluß: Wir brauchen die Mandschurei, nicht um unsere Eroberungsleidenschaft zu befriedigen, sondern aus staatlicher Notwendigkeit. Bismarck liebte zu sagen, daß ein Staat nicht berechtigt sei zu schwanken, wo es sich um Sicherung seiner Besitzungen handle. Dieses Prinzip wenden wir im gegebenen Falle an!"

Sollte Japan wirklich seine „Satisfaktion" in der Mandschurei suchen, so glauben wir allerdings, daß der russischen Regierung nichts übrig bleiben wird, als diesem Beispiel zu folgen, und das ist auch insofern nicht unbedenklich, als die mongolische Frage der mandschurischen aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Fuße folgen wird. In Urga ist, nach russischen Nachrichten, ein Agent der japanischen Regierung eingetroffen, um u. a. von den Autoritäten daselbst zu erfahren, wie sie über eine Annäherung der Mongolei an Japan und über Wiedereinsetzung der mandschurischen Dynastie in China denken. Die Minister des Chutuchtu haben ausweichend geantwortet, aber durch ein Telegramm nach Peking den Besuch eines chinesischen Bevollmächtigten abgelehnt. Das klingt sehr wenig beruhigend. Die Wiedereinsetzung der Mandschudynastie würde ohne blutigen Bürgerkrieg und ohne Eingreifen Japans nicht durchzuführen sein, und da nichts dafür spricht, daß diese russischen Nachrichten ganz aus der Luft gegriffen sind, wäre schleunige Anerkennung der chinesischen Republik nur zu empfehlen. Auch darin scheint uns das deutsche und das englische Interesse identisch.

Der Regent von Persien, Nasr ul Mulk, ist am 18. endlich in Enseli eingetroffen und dort von dem Stellvertreter des russischen Konsuls in Resht begrüßt und beglückwünscht worden. Zurzeit finden gerade die Wahlkämpfe für den Medjlis statt, bei denen Demokraten, Babiden, die geistlich-nationale und die reaktionäre Partei

sich leidenschaftlich bekämpfen. Der Tag der Wahl ist vom Regenten noch nicht festgesetzt worden.

Mit merkwürdiger Hartnäckigkeit hält sich das Gerücht vom bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Kokowzew, an dessen Stelle Kriwoschein treten solle. Die letzten Wochen sind jedoch so voller Gerüchte gewesen, daß wir nur der vollendeten Tatsache Glauben schenken werden. Nicht ohne Interesse sind die eben jetzt veröffentlichten Angaben des Statistischen Zentralkomitees des russischen Ministeriums des Innern. Danach betrug die Bevölkerung Rußlands für den 1. Januar 1912 171 059 900 Köpfe, von denen auf das europäische Rußland ohne Finnland und Polen 122 550 700 fallen, auf Finnland 3 140 000, auf Polen 12 776 100, auf Kaukasien 12 228 100, Sibirien 9 577 900, auf Zentralasien 10 727 000 Einwohner. Die drei Ostseeprovinzen zählten 2 718 200. Nach Konfessionen sind in Prozenten russisch-orthodox 69,90, mohammedanisch 10,83, katholisch 8,91, protestantisch 4,85, mosaisch 4,05. Von je 1000 Einwohnern sind 799 Analphabeten. Die Staatsschuld beträgt 8 811 380 169 Rubel S. Das ist 30 Millionen weniger als im Vorjahr. Was aus dem Innern Rußlands herüberklingt, ist nicht eben erfreulich. Der russischen „Börsenzeitung" wird aus Charkow von einem glücklicherweise rechtzeitig entdeckten großen terroristischen Attentat berichtet. Es haben zahlreiche Verhaftungen von Eisenbahnbeamten und von Bewohnern der Villenkolonie Jushnaya stattgefunden. Wahrscheinlich hat es sich wieder um eine Untergrabung der Eisenbahn gehandelt.

Vor den Übertreibungen, die über den steigenden Wohlstand der Bauern verbreitet werden, warnt die russische „Petersburger Zeitung" auf das nachdrücklichste, und das wird uns von Kennern der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands bestätigt; wir halten um so mehr für Pflicht, es hervorzuheben, als auch bei uns diese Übertreibungen in Umlauf gesetzt werden. Wie es tatsächlich auf dem Lande aussieht, zeigen die ausgezeichneten und aller Schwarzfärberei unverdächtigen Artikel einer Frau Smirnowa in zwei eingehenden Feuilletons der „Nowoje Wremja". Rußland steht vor einer furchtbaren Verwilderung und Verarmung des Bauernstandes, der durch den Fluch des Hooliganunwesens und der Branntweinpest zugrunde gerichtet wird. Dagegen haben die Einnahmen des Fiskus vom Branntweinmonopol sich um 10 v. H. gesteigert. Wir finden wohl noch Gelegenheit,

auf dies dunkele Kapitel näher einzugehen. Auch die Zunahme des Sektenwesens, das die abenteuerlichsten Formen annimmt, ist ein bedenkliches Symptom vernachlässigter Pflichten der russischen Pfarrgeistlichkeit. Man hat kürzlich dem früheren Minister Stolypin in Kiew ein Denkmal errichtet, und er hat es gewiß verdient, weil es ihm wirklich ernst war, auf die Regeneration des Volkes hinzuarbeiten. Aber er glaubte nicht, daß die Generation, die in der Periode der werdenden und der gewordenen Revolution erwachsen sei, zu retten wäre. Seit er als Opfer seiner Bestrebungen ermordet ward, ist es zwar äußerlich ruhiger geworden, aber die Zügel werden lockerer gehalten, und gerade das erträgt das russische Volk nicht. Die nationalistische Richtung ist in ihrer slavophilen Tendenz zwar durch die Balkankatastrophe ad absurdum geführt, feiert aber im Innern des Reichs und in den Grenzmarken nach wie vor ihre Triumphe. Daß sie nicht zum Besten des Ganzen dienen, zeigen schon jetzt die Tatsachen und wird die Zukunft noch mehr zutage treten lassen.

Der zwischen der Türkei und Bulgarien so gut wie abgeschlossene Frieden hat der ersteren Adrianopel, Demotika und Kirkilisse zurückgebracht. Ob er auch zu einem türkisch-bulgarischen Bündnis geführt hat, wissen wir nicht. Daß damit der Frieden auf dem Balkan als solcher noch nicht gesichert ist, zeigen die Ereignisse der letzten Woche. Es gährt in Albanien, wie uns scheint durch Schuld der Serben; auch die serbisch-montenegrinischen Beziehungen sind keineswegs erfreulich. Der nie erloschene dynastische Gegensatz kombiniert sich auch hier mit alter Stammesfeindschaft. Endlich haben die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei noch keinen Abschluß gefunden. Je früher es geschieht, um so vorteilhafter wird es für beide Teile sein.

25. September 1913. Einfall von Albanern in serbisches Gebiet. Militärische Maßnahmen Serbiens.
27. September. Japanisches Ultimatum an China.
28. September. Einweihung des Berliner Osthafens.
China leistet den Japanern die verlangte Genugtuung.

---

1. Oktober 1913.

In den erschütternden Feuilletons der Frau Smirnowa, die das Treiben der russischen Hooligans in Stadt und Land schildern, finden wir u. a. die folgende Betrachtung: „Unser Volk nennt sich rechtgläubig, es geht in die Kirche, betet zu Gott, aber was weiß es vom rechten Glauben? Der Knabe, der beim Examen in der Landschaftsschule das erste Gebot vorliest und dabei sinnlose Worte bildet, ist in Wirklichkeit ein kleiner Heide, der nichts vom Christentum weiß. Sein Vater und seine Mutter wissen oft nicht mehr. Deshalb fallen sie mit solcher Begier den Sektierern und falschen Propheten zu, um von ihnen das Wort Gottes zu hören. Wer diese Saat in ihre Seelen streuen will, findet ein ungeheures Auditorium. Sie verlassen die Schenke und gehen zu den „Brüdern", oder zum Mönch Innokenti, oder zu den Stundisten. Zu dem Mönch Innokenti sind ganze Dörfer bis an das andere Ende Rußlands gezogen; sie haben ihr Hab und Gut verkauft, ihr Geld Gott geopfert und alles weggegeben, nur damit „batuschka" (Väterchen) ihnen vom Reiche Gottes erzähle. Die Schenke war vergessen, und der Mönch zog das Volk zu sich. Das hat aber nicht die Kultur getan, sondern ein listiger Mönch, der die vertrauensseligen Bauern ausplünderte, indem er sie mit dem Untergang der Welt und dem jüngsten Gericht schreckte. Die Kultur, in der Person Petersburgs, beeilte sich, dem ein Ende zu machen; man nahm den Mönch fest und schickte die Bauern in ihre Heimatdörfer zurück. In Petersburg wunderte man sich darüber, daß diese Leute ihre Wirtschaft aufgaben, Hab und Gut für ein Nichts verkauften, um einem Reiche Gottes auf Erden nachzujagen. Man hielt diese Bauern einfach für verrückt. Aber die Bauern antworteten: das geschieht, weil wir die Seele höher schätzen, als Kühe, Hütte und Land.

Solange wir lebten wie das Vieh, soffen und stahlen, nanntet ihr uns „Rechtgläubige", als wir aber durch unsern Batuschka das Leben in Gott kennen lernten, da wurden wir „Abtrünnige". Was waren wir, bevor wir ihn hatten? Ungetaufte Hunde. Wir nannten uns Christen und lebten dem Bauche!" Man hat ihnen den Mönch genommen, und was soll weiter geschehen? Wer wird seine Stelle einnehmen. Das Volk hat sich bereits in den Gedanken gefunden, daß sein einziger Trost Wodka heißt..."

Wir heben diesen Abschnitt aus den traurigen Schilderungen der Frau Smirnowa hervor, weil er auf eine Bewegung hinweist, die von großer Bedeutung für die innere Entwicklung Rußlands werden kann. Es handelt sich um die neue Ketzerei der sogenannten Imjäslawzen, die „Verehrer des Namens", die unter den russischen Mönchen auf dem Berge Athos entstanden ist und behauptet, daß der Name Gottes heilig und Gott selbst sei. Die Kunde davon gelangte nach Petersburg und der Heilige Synod delegierte den Erzbischof Nikon, um die Mönche eines besseren zu belehren, und falls sie halsstarrig bei ihrer Irrlehre bleiben sollten, die Führer der Bewegung und ihre hartnäckigsten Anhänger nach Rußland zurückzuführen. Nikon langte auf dem „Donetz" zu Athos an, alle seine Bemühungen führten jedoch nicht zum Ziel. Den weiteren Hergang schildert Nikon folgendermaßen: „Da traf der Dampfer „Cherson" ein, der zur Aufnahme der „Aufrührer" bestimmt war. Um 3 Uhr nachmittags gingen Zivilbeamte und Offiziere ins Kloster. Die „Imjäslawzen" hatten sich in den Räumen versammelt, in denen ihr Hauptführer Jeremias wohnte. Alle Eingänge und Ausgänge waren besetzt worden, so daß nur der eine zum Hafen führende Ausgang übriggeblieben war. Die Imjäslawzen wurden danach fast drei Stunden lang ermahnt, freiwillig auf den Dampfer zu kommen. Es war erfolglos. Offenbar wollten sie Blutvergießen herbeiführen, um den Ruhm von Märtyrern zu gewinnen. Sie leisteten hartnäckig Widerstand: sangen, beteten und beugten ihre Stirn zur Erde. Endlich blies ein Horn: „schießen". Das war das Signal, die Hähne der Wasserleitung zu öffnen. Statt zu schießen setzte man jetzt die Dampfspritzen in Aktion. Trotzdem ging es nicht ohne Verletzungen für diejenigen ab, die sich vor den starken Wasserstrahlen durch Bretter oder Heiligenbilder zu schützen suchten. Erst dann begannen sie zu fliehen und man nötigte sie auf den

„Cherson". Verwundete, d. h. leicht Verletzte, gab es gegen 25, deren Wunden verbunden wurden, und nach 2—3 Tagen konnte der Verband abgenommen werden." Offenbar wird hier ein recht brutales Vorgehen beschönigt. Es waren mehrere hundert Mönche, die so nach Odessa geschafft wurden, wo man ihnen ihre Mönchstracht nahm und Verzicht auf ihre Irrlehre verlangte. Dazu aber haben sie sich nicht verstanden, und es ist kaum zu bezweifeln, daß ihre Lehre sich verbreiten wird, da sie in dem Hieroschimnik Antonius einen leidenschaftlichen und geschickten Vertreter gefunden hat. Der Mann hieß einst Alexander Ksaverjewitsch Bulatowitsch, war Zögling des Petersburger Lyzeums, danach Gardehusar im Leibregiment des Kaisers und Mitglied des Offiziersehrengerichts. Er brachte es bis zum Rittmeister und nahm 1900 seinen Abschied, um nach Abessinien zu reisen, das er zweimal besuchte. Bei seiner Rückkehr tat er den Entschluß kund, Mönch zu werden, und führte seine Absicht trotz allen Widerspruchs, auf den er stieß, auch wirklich aus. Er wurde im Alexander-Newski-Kloster zum Mönch geschoren und schien bald danach verschollen. Erst die Katastrophe auf dem Athos zeigte, daß er dort in strenger Mönchspflicht als Bruder Antoni lebte und der eigentliche Führer der Imjäslawzen war. Zwischen ihm und dem Heiligen Synod ist es nun zu einer mit großer Erbitterung geführten Polemik gekommen, in welcher Antoni behauptet, daß nicht seine Anhänger, sondern die Männer des Hl. Synod Ketzer seien, und daß, wenn man die Imjäslawzen weiter verfolgen solle, sich eine Bewegung entzünden könne, die ganz Rußland umfassen werde. Die Autorität, auf die er sich beruft, ist Johannes Chrysostomos und, was für Nikon und den Synod ein harter Schlag ist, auf eine frühere Schrift Nikons selbst, in welcher dieser wie Chrysostomos wörtlich sagt: „Der Name Gottes ist immer heilig. Durch ihn werden unsere Sakramente erfüllt. Er besiegelt die Heiligkeit unserer Eide und Versprechungen. Durch ihn besiegen wir unsere Feinde, die sichtbaren und die unsichtbaren. Der Name Gottes ist dasselbe wie das unfaßbare Wesen Gottes, das sich den Menschen offenbart." Die Lehre der Imjäslawzen aber sagt fast wörtlich ebenso: „Der Name Gottes ist Gott selbst und die göttliche Kraft." Die ganze Frage hat aber noch dadurch einen besonders erregenden Charakter angenommen, daß die Imjäslawzen durch ihren Bevollmächtigten, den Hieromonachos Dementi, beim Synod eine Klage eingereicht haben, in welcher sie behaupten, daß die Verfolgung der

Imjäslawzen infolge von Bestechung des verstorbenen ökumenischen Patriarchen Joakim und seiner Konstantinopeler Synode erfolgt sei. Der Erzbischof Nikon ist nun auch seinerseits mit einem neuen Angriff vorgegangen, in dem er seinen Gegnern vorwirft, daß sie eine zweite Ketzerei aufgebracht hätten, indem sie lehrten, daß die Jungfrau Maria den Heiland aus ihrer Seite geboren habe!

Herr Sabler, der Oberprokureur des Hl. Synod, hat sich nun dadurch aus dieser großen Verlegenheit zu helfen gesucht, daß er durch den Synod erklären ließ, daß, da der Athos zum Gebiet des Konstantinopler Patriarchen gehöre, vor diesen und nicht vor den russischen Synod die Angelegenheit kompetiere. Die Entscheidung über die in Rußland befindlichen Athosmönche, die inzwischen gefangen gehalten werden, würde dem Konstantinopler Patriarchen mitgeteilt werden. Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, daß damit die ganze Angelegenheit erledigt sein dürfte. Alles weist darauf hin, daß parallel mit der furchtbaren Verwilderung der russischen Dorfjugend eine religiöse Bewegung durch das Land zieht, die von der offiziellen Kirche nicht befriedigt wird. In den höheren Kreisen der Gesellschaft mündet das religiöse Bedürfnis in einen Mystizismus aus, den sich Persönlichkeiten, wie der vielgenannte Rasputin (der übrigens wieder in Petersburg ist), zunutze zu machen verstanden haben, und andererseits hat man gesucht, ihn durch die ganz ungewöhnlich große Zahl der Heiligsprechungen, die in den letzten Jahren stattfanden, zu befriedigen. Aber Rasputin, Innokenti und Iliodor waren Unternehmer und Ausbeuter und scheinen ausgespielt zu haben. Jene, Bulatowitsch, Jeremias und Dementi und die zu ihnen stehenden Imjäslawzen aber sind lautere, von der Wahrheit ihrer Lehre überzeugte Persönlichkeiten, und wenn die Regierung sie nicht mundtot zu machen vermag, wird ohne Zweifel die Zahl ihrer Anhänger stetig wachsen. Die Askese, die zugleich von der neuen Sekte gepredigt wird, ist ein weiteres Moment, das die Massen anzieht. Man darf nicht vergessen, daß, was in Rußland nicht in den Kreis der „Gebildeten" gehört, orientalisch denkt und empfindet, und allem Wunderbaren und Extremen leicht zugänglich ist.

Man feiert jetzt in Rußland die Erinnerung an das Mailänder Edikt Konstantins d. Gr. als ein Fest christlicher Gewissensfreiheit, auch ist durch das berühmte Manifest vom 31. Oktober 1905 die Gewissensfreiheit für Rußland feierlich proklamiert worden. So sehr man

sie nachträglich verklausuliert hat, wäre die Verfolgung von Leuten in keiner Weise zu rechtfertigen, die mit dem Namen Gottes Vorstellungen verbinden, die sich nicht fassen lassen, die aber gewiß niemanden schlechter machen, weil er sie hegt, vielmehr den Mißbrauch dieses Namens ausschließen. Es ist mittelalterlicher Inquisitionsgeist, der in diesen russischen Prälaten steckt und nur Unheil anrichten kann. Im Interesse Rußlands ist zu wünschen, daß jede Verfolgung der Imjäslawzen aufhört; aber dazu scheint keine Aussicht zu sein. Man greift zu anderen Mitteln. Das Ministerium der Volksaufklärung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der in Rußland die allgemeine Schulpflicht einführen will, dessen Prüfung aber noch dem Ministerrat, dem Reichsrat und der Duma vorbehalten ist. Es ist eine ganz außerordentlich schwierige Aufgabe, die wahrscheinlich ohne Heranziehung der Dorfgeistlichkeit überhaupt nicht zu lösen ist und eine Aufbesserung dieser elend gestellten Klasse voraussetzt; auch wird es sehr schwer fallen, die erforderliche Zahl von Lehrern und Lehrerinnen zu finden. Der Enthusiasmus, der einst das „Gehen ins Volk" zur Folge hatte, ist längst verraucht, vor allem aber, es ist keine Aussicht, daß der Unterricht an sich eine Besserung der Sitten herbeiführt, solange der Fluch der Branntweinpest jene Hooligans züchtet, von deren Betrachtung wir ausgingen. In Rußland aber werden täglich für zwei Millionen Rubel Wodka vertrunken, und gerade die rohesten Hooligans, von denen Frau Smirnowa berichtet, hatten die Dorfschule absolviert.

Es sind in der Tat ungewöhnlich ernste Probleme, mit denen Rußland zu rechnen hat, und diese Probleme weisen nach innen, nicht nach außen hin. Herr Ssasonow ist in Paris gewesen, und Herr Kokowzew weilt jetzt dort. Beide haben mit Herrn Pichon konferiert, und man ist offenbar sehr zufrieden miteinander; Herr Ssasonow hat gesagt, daß er nächsten Monat zurückkehren und die durch die Balkankrisis geschaffene Lage im engsten Einvernehmen mit der französischen Regierung beraten werde. Der Admiral Essen hat in Brest davon gesprochen, daß die russische und die französische Flotte vielleicht bestimmt seien, Seite an Seite zu kämpfen, und Ernest Judet, der jetzt seine gegen die Politik Iswolskis gerichtete Artikelserie zu glücklichem Abschluß geführt hat, mündet, wie zu erwarten war, in Warnung vor der perfiden deutschen Politik aus: Nur ja nichts überstürzen, sonst gerate man in eine hinterlistig gestellte deutsche Falle. Abwarten, bis die Frucht reif ist,

lautet seine Parole. Er deutet an, was heute jedermann in Frankreich und darüber hinaus weiß, daß Rußland noch nicht fertig sei. Das Spiel müsse mit kaltem Blut und methodisch zu Ende geführt werden. Vor Megalomanen (wie Iswolski und Delcassé) und Mystifikatoren (wie Tittoni) wird nochmals gewarnt. Sie könnten alles verderben.

Die hier folgende englische Note schlägt der „Temps" an. Mit vielen Komplimenten für die regulären englischen Truppen, weist er auf die Schwächen der Reserven und der Territorialarmee hin. Die ersteren seien nicht imstande, die ihnen zugewiesene Rolle zu spielen, der letzteren aber fehle es an allem, so daß der Plan Haldanes als gescheitert betrachtet werden müsse. Auch sei die reguläre Armee weniger zahlreich als 1903. Das alles verlange tiefgreifende Reformen, und durch eine Reihe aufregender Fragen sucht der „Temps" den Engländern nahezulegen, mit der „National service league" aufzuräumen, die doch nur eine „Farce" sei, und zu anderen radikal reformierenden Organisationen zu greifen: Entweder die Flotte durch weitere 50 Superdreadnoughts zu verstärken oder Spezialreserve und Territorialarmee „sur des bases nouvelles" zu verschmelzen, was doch nichts anderes bedeuten kann, als die allgemeine Wehrpflicht in England einzuführen. Uns nimmt nur wunder, daß er den Engländern nicht noch französische Instruktoren vorschlägt.

Wer klar zu denken vermag, wird doch zum Schluß kommen müssen, daß, wenn England wirklich vor diesen Alternativen stehen sollte, es sie nur der Tatsache zu danken hat, daß es die Last der französischen Revanchegedanken mit seiner Entente 1904, und die andere Last des territorialen Ehrgeizes der Russen durch das Abkommen von 1907 auf seine Schultern genommen hat. Beides sind Realitäten, die keine Sophistik beseitigen kann, die deutsche Gefahr aber ist ein Phantom, das, wie es scheint, ebenso schwer zu bekämpfen ist wie andere Gespenster, die einer erregten Phantasie vorgegaukelt werden können.

Höchst amüsant ist es, daß der „Temps" sich gegen den Vorwurf der „Tribuna" verteidigt, die Hegemonie auf dem Mittelmeer anzustreben. Das sei niemals das Bestreben Frankreichs gewesen, und doch ist es noch nicht lange her, seit uns aus französischem Munde die Lehre vorgetragen wurde, daß die Méditerranée ein lateinisches Meer sei, worunter dann ein französisches verstanden wurde. Als Eng-

land seine Position im Mittelmeer schwächte, um sich im Kanal und in der Nordsee zu konzentrieren, war der Jubel in Paris groß, weil man dort unmittelbar am Ziel zu stehen meinte. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies eine Illusion war, und seither schwärmt man für die Gleichgewichtstheorie und wirbt um die „künftige Großmacht" Griechenland, wie der „Temps" schmeichelnd versicherte. Das sind die Illusionen, denen mehr oder minder offen nachgejagt wird. Aussicht auf Verwirklichung haben sie nicht. Die Vorherrschaft im Mittelmeer gehört vielmehr England, sobald dieses Ernst damit machen will, weil es unter keinen Umständen den Schlüssel zum Suezkanal fahren lassen kann. Das ist eine Binsenwahrheit, mit der jeder Politiker rechnet, der Realitäten, nicht Wünsche und Hoffnungen in Anschlag zu bringen gewohnt ist.

Daß das Komplott in Anam für Frankreichs Kolonialbesitz in Hinterindien eine wirkliche Gefahr bedeutet hat, wird jetzt offen zugestanden. „Ihr Ziel war, uns aus der Indochine zu verjagen, um dort ein Königreich zu begründen, wie ein Teil wünschte, oder eine Republik daraus zu machen, wie andere planten. Cuong Dé war bereit, sich König oder Präsident zu nennen, ganz wie beliebt werde. Um dies Ziel zu erreichen, wollte man auf das Volk einen Eindruck durch eine Reihe von Attentaten machen, die bestimmt waren, die Franzosen zu demoralisieren und, einen nach dem andern, die hohen Zivil- und Militärbeamten sowie die franzosenfreundlichen Mandarine zu beseitigen." Danach sollte Tonkin erobert werden, und die Aktion hatte bereits begonnen, als plötzliche Verhaftungen diese Pläne zum Scheitern brachten. Der Gewährsmann des „Temps", Jean Rodes, der Verlauf und Zusammenbruch der anamitischen Erhebung ausführlich erzählt, behauptet mit großer Bestimmtheit, daß die Verschwörer von China aus unterstützt worden seien, und zwar vom Gouverneur von Kanton und vom Bruder Suniatsens. Jean Rodes knüpft daran die folgende in ihrer Naivetät kaum zu übertreffende Bemerkung: „Endlich hat man erfahren — und das ist ein Beweis besonders verächtlicher Undankbarkeit und Falschheit — daß 1908, zu eben der Zeit, als wir den chinesischen Revolutionären in Tonkin eine Zuflucht gewährten und so weit gingen, ihnen die Hilfe einiger unserer Offiziere bei ihren Anschlägen auf Jünnan zu leihen, eben diese Chinesen sich bereits mit den revolutionären Anamiten gegen uns verständigt hatten." Gewiß,

das war nicht hübsch von den Chinesen, aber was soll man dazu sagen, daß die französischen Autoritäten in Anam, gewiß nicht ohne Zustimmung der französischen Regierung, eben damals, wider alles Völkerrecht die chinesischen Revolutionäre gegen die chinesische Regierung, mit der Frankreich in Freundschaft und Frieden lebte, zu unterstützen keinen Anstand nahmen und ihnen französische Offiziere zur Verfügung stellten?! Aber allerdings, Jünnan ist ein altes Ziel französischer Politik, und die Franzosen werden gehofft haben, in Jünnan zu ernten, wo sie den chinesischen Revolutionären behilflich waren, die Saat auszustreuen. Nur darf man sich nicht über andere entrüsten, wenn man so skrupellose Politik macht.

Was sich in Ulster vorbereitet, hat den Anschein, eine „loyale Revolution" für 1914 gegen das regierende Kabinett für den Fall zu organisieren, daß Homerule dann Gesetz geworden sein sollte. Uns will die ganze Aktion Sir Edward Carsons, seine provisorische Regierung und seine Armee mehr wie eine Komödie als wie eine ernstgemeinte Aktion erscheinen. Es werden mit viel Geräusch Anläufe genommen, aber man wird bereit sein, die Stimmen derjenigen nicht in den Wind zu schlagen, die von dem gefährlichen Sprung abmahnen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht für einen Ausgleich, und die Vermittler sind bereits in Tätigkeit. Wir wünschen ihnen, sowohl Lord Loreburn wie dem Earl Grey, den besten Erfolg, und den Iren ihr Homerule, das bestimmt ist, zu beseitigen, was eine Reihe schwerer Jahrhunderte an Bitterkeit in ihrem Empfinden zurückgelassen hat. Soweit wenigstens als das überhaupt möglich ist. Wenn die Versöhnungspolitik der Liberalen, die in Südafrika so glänzende Früchte getragen hat, auch in Irland mehr als den Schein einer Versöhnung erreicht, so wird sie sich rühmen können, Großes geleistet zu haben.

Die Wendung, welche die Dinge auf dem Balkan annehmen, wird von Tag zu Tag unerfreulicher. Bereits drängt sich der Gedanke auf, daß ein dritter Balkankrieg noch in diesem Jahre entbrennen könnte. In Albanien, für das Rußland bereits ein Generalkonsulat beschlossen hat, hat die Londoner Konferenz dem Nationalitätsprinzip so schlecht Rechnung getragen, daß ganz albanische Gebiete in serbische Hände gefallen sind. Da Serbien diese neuen Untertanen sehr hart anfaßt, reichen die Albaner diesseit und jenseit der Grenze einander die Hände, und was sich jetzt vollzieht, trägt bereits den Charakter eines begin-

nenden Krieges. Ganz unsicher scheinen die montenegrinisch-serbischen Beziehungen. Die Frage der Teilung des Sandschak steht zwischen ihnen, und eine weitere Gefahr bringt der auf beiden Seiten in den Kreisen des Volkes vorhandene Wunsch, die alten Gegensätze fallen zu lassen und sich zu einem Ganzen zusammenzufinden. Ob das mit Erhaltung der beiden Dynastien vereinbar ist, erscheint fraglich. Der schwächere Teil wird weichen müssen, wenn er nicht von außen her geschützt wird, das aber könnte neue Gefahren heraufbeschwören. Ganz unsicher sind auch die griechisch-türkischen Beziehungen geworden. Die Verhandlungen führen um keinen Schritt weiter und werden durch den griechischen Anspruch auf Besitz des ganzen Archipels außerordentlich erschwert. Der Einsatz bei Wiederaufnahme des Krieges aber würde für beide Teile so groß sein, daß er unter Umständen zu einem ähnlichen Verlust an Land und Leuten für Griechen oder für Türken führen könnte, wie ihn Bulgarien erfahren hat. Sicher wäre beiden Teilen der Verlust an Menschenleben und eine neue Belastung ihres ohnehin hohen Schuldkontos. Wäre es da nicht klüger, sich zu bescheiden und der Zukunft zu überlassen, wofür die Gegenwart zu hohe Opfer fordert?

Mit unserm Urteil über den bulgarisch-türkischen Friedensschluß halten wir zurück, da wir den authentischen Text noch nicht kennen.

In Mexiko hat die Spannung nachgelassen, soweit der Gegensatz zu den Vereinigten Staaten in Frage kam. Zwischen China und Japan ist gleichfalls Aussicht auf Besserung der gegenseitigen Beziehungen, nachdem Juanschikai es durchgesetzt hat, daß den Japanern die von ihnen verlangten Höflichkeiten erwiesen wurden. Wesentlich beigetragen zu der versöhnlichen Haltung Japans hat wohl die Tatsache, daß die europäischen Mächte einer Festsetzung Japans auf zentralchinesischem Boden sehr ablehnend gegenüberstanden. Unklar ist dagegen noch immer die mandschurische und die mongolische Frage und ebenso das Verhältnis zwischen Japan und Rußland. Auch da stehen wir vor Wandlungen, die zunächst noch vorsichtig vorbereitet werden, was aber eine plötzliche und überraschende Entscheidung nicht ausschließt.

2. Oktober 1913. Unruhen in Deutsch-Südwestafrika.
Warnung Österreich-Ungarns an Serbien.
3. Oktober. Griechenland ruft Reserven ein.
Der ermäßigte Zolltarif der Vereinigten Staaten von Nordamerika tritt in Kraft.
4. Oktober. Rückkehr König Konstantins nach Athen.
6. Oktober. Juanschikai wird auf fünf Jahre zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt.
7. Oktober. Poincaré trifft in Madrid ein.
König Ferdinand von Bulgarien reist ins Ausland.
8. Oktober. Alle Mächte erkennen die chinesische Republik an.

---

8. Oktober 1913.

Mit großem Enthusiasmus leitet die französische Presse die bevorstehende Reise des Präsidenten der Republik nach Spanien ein, und wie stets sekundiert dabei die russische Presse. Offenbar ist Herr Poincaré ihr Mann, und nachdem er so prompt seiner Verpflichtung nachgekommen ist, die dreijährige Dienstzeit in Frankreich wieder einzuführen, erwartet man weitere Leistungen von ihm. „Unser französischer Korrespondent", schreibt die „Nowoje Wremja", „weist auf den bevorstehenden Abschluß des neuen französisch-spanischen Bündnisses hin. Dieses Bündnis eröffnet, nach seiner Ansicht, sehr weite politische Perspektiven. Der König, der jung und kühn ist, träumt nicht umsonst von großen Taten. In Hinblick auf die in naher oder späterer Zeit möglichen europäischen Verwicklungen, will er bei seinem feurigen und ritterlichen Charakter, nicht untätig die Hände falten. Vielleicht wird, was Alfons XIII. nicht glückte, solange er allein stand, sich verwirklichen, wenn er im Einvernehmen mit Frankreich, England und Rußland handeln wird." Die „Nowoje Wremja" teilt die Ansicht ihres Gewährsmannes. Ein Bündnis werde, wenn gleich nicht unterzeichnet, so doch dem Abschluß sehr nahe gebracht werden, wenn Herr Poincaré in Spanien seine Visite abstatte. Schon würden in Madrid die großartigsten Vorbereitungen dazu getroffen, und der symbolische Charakter derselben sei unverkennbar. So werde Herr Poincaré den Säbel, den Philipp II. geführt habe, zum Geschenk er-

halten (der beiläufig bemerkt, ein unglücklicher Säbel war, und mit dem Niedergang der Weltmacht Spaniens untrennbar verknüpft ist), auch werde der Präsident seine Reise mit einer Inspizierung der spanischen Flotte in Kartagena abschließen, und an der Revue würden auch einige englische und französische Schlachtschiffe und Kreuzer teilnehmen. Das Ergebnis werde eine völlige Niederlage der deutschen Politik und ein Sieg der französischen Staatsmänner sein. „Frankreich rechnet darauf, daß die spanische Flotte (an deren Ausbildung die Engländer energisch arbeiten), in naher Zukunft eine sehr wichtige Größe werden könne, um das Gleichgewicht auf dem Mittelmeer aufrechtzuerhalten, an dessen Zerstörung Italiener und Österreicher arbeiten. Dann hoffen die Franzosen ohne Zweifel darauf, daß für den Fall eines großen europäischen Krieges die spanische Armee ihnen nützlich werden kann, entweder durch Übernahme politischer Verpflichtungen in Nordafrika (aus dem die Franzosen ihre Truppen abziehen müßten) oder sogar durch Überlassung eines oder zweier Armeekorps an Frankreich. Fügt man hinzu, daß das Bündnis mit Spanien den Franzosen den Rücken sichert und, für den Fall einer Niederlage der französischen Flotte, ihnen die Verbindung mit ihren afrikanischen Besitzungen über Spanien und durch die Straße von Gibraltar freihält, so werden die Vorteile, die Frankreich erlangt, augenscheinlich. Nicht minder nützlich kann das Bündnis für Spanien werden. Für Spanien wird der Nutzen sogar realer und unmittelbarer sein. Spanien braucht jetzt eine ungeheure Dreimilliardenanleihe, um den Ausbau seiner Flotte zu beendigen, seine Häfen instand zu setzen und um sein großes Eisenbahnprogramm zu verwirklichen. Es braucht auch Geld für Marokko, da jede Kolonie zu Anfang ihrer Existenz ein ungeheures Kapital verschlingt. Geld aber können die Spanier am besten auf dem Pariser Markt erhalten. Kein Wunder, daß die deutschen Zeitungen zürnen. Der Anschluß Spaniens an die Tripleentente ist ein direkter Schlag, der die kriegerischen Absichten des Dreibundes trifft."

Damit schließen diese törichten Betrachtungen, an denen die Vorstellung, daß man sich in Deutschand über die spanisch-französische Verbrüderung aufregt, vielleicht die lächerlichste ist. Wir messen ihr gar keine politische Bedeutung bei, und wissen, daß es sich bei all dem Lärm, den man in Paris und Petersburg anschlägt, und der crescendo folgen wird, erstens darum handelt, eine neue Reklame für Herrn Poincaré

in Szene zu setzen, und zweitens, die stark erschütterte Stellung des Kabinetts Romanones durch den Schein eines Erfolges aufzuputzen. Es scheint uns nicht einmal sicher, daß Frankreich geneigt sein wird, drei Milliarden für diesen Zweck aufzubringen; Spanien wird mit sich handeln lassen und sich mit einer bescheideneren Summe zufriedengeben. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß die Fortsetzung des marokkanischen Krieges höchst unpopulär ist, und daß, weil eine Stärkung der Kriegspartei durch den französischen Besuch erwartet wird, der Präsident nur auf offiziellen Beifall, keineswegs auf die Sympathien des Volkes zu rechnen hat. Auch sind alle Vorbereitungen getroffen, um ihn nach Möglichkeit den Augen der Menge zu entziehen. Der Madrider Korrespondent des „Temps" telegraphiert darüber: „Folgende Maßregeln sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung von den Autoritäten aus Anlaß der Reise Herrn Poincarés (der am 5. Oktober nachmittags Paris verlassen hat) getroffen worden: Am Tage seines Eintreffens werden auf dem Wege vom Nordbahnhof zum königlichen Palais sich nur die Personen befinden, die offiziell für den Empfang des Präsidenten der Republik bezeichnet worden sind. In drei Reihen wird die Infanterie an jeder Seite Spalier bilden, außerdem werden Plotons Kavallerie an den Seiten und gegenüber dem Bahnhof aufgestellt sein, vom Ort der Ankunft bis zum Gitter des Campo del Mao. Dieselbe Vorsorge wird auf der Esplanade des Platzes San Martial getroffen. Am Aussteigeplatz werden nur der König, die Infanten und der Ministerpräsident sein. Die Minister bleiben im Wartesaal, ebenso die Behörden und die offiziellen Delegationen, deren Mitglieder einen Ausweis über ihre Identität vorzulegen haben. Der Ostplatz gegenüber dem Palais darf nicht betreten werden. Nur die Stadträte von Paris und die Delegierten des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft Frankreichs, werden sich dort aufstellen dürfen. Die beiden Staatsoberhäupter werden an keiner anderen öffentlichen Veranstaltung als an der Galavorstellung im königlichen Theater teilnehmen." Diese Vorsichtsmaßregeln haben ihren guten Grund. Es handelt sich darum den Präsidenten vor Attentaten zu schützen, wie sie so häufig den König in ernste Lebensgefahr gebracht haben. Der von Frankreich ausgegangene pyrenäische Anarchismus ist in Madrid ebensosehr zu fürchten wie in Portugal, und die spanischen Anarchisten sind leidenschaftliche Gegner der marokkanischen Politik der Regierung. So ist die Eile verständlich,

mit der dieser spanische Besuch, der schon Mittwoch, den 8. Oktober, ein Ende nimmt, betrieben wird, und ebenso die Umsicht, mit der man bemüht ist, den Präsidenten den Augen des Volkes zu entziehen. Er wird vornehmlich an sicherem Ort frühstücken und dinieren, und inzwischen wird Herr Pichon die große diplomatische Aktion vollziehen, von der die „Nowoje Wremja" eine Beschleunigung des großen Krieges erwartet, dessen bevorstehenden Ausbruch sie uns jeden Morgen an die Wand malt.

Um es kurz zu sagen: Was auf dieser spanischen Expedition Frankreichs herauskommt, ist für die Weltpolitik absolut gleichgültig. Für Spanien wäre das beste, wenn es die Gelder, die es von Frankreich erwartet, benutzen wollte, um die Riffkabylen für einen Frieden zu gewinnen, den es nicht erzwingen kann, ohne noch weit größere Opfer zu bringen, als die sind, die es seit seinen unglücklichen Verträgen mit Frankreich 1904 und 1905 tragen mußte.

Man kann mit großer Bestimmtheit vorhersagen, daß sehr bald nach Herrn Poincarés Rückkehr nach Paris die Frage eines Konkordats mit Rom auftauchen wird. Das Signal dazu hat der frühere Minister und hervorragende Geschichtsschreiber Hanotaux durch einen Aufsatz in der „Revue Hebdomadaire" gegeben, der mit großem Nachdrucke auf die Notwendigkeit hinweist, die diplomatischen Beziehungen zur Kurie wieder aufzunehmen, um das am Boden liegende Protektorat Frankreichs über die Katholiken des Orients wieder aufzurichten. Obgleich nun Hanotaux nicht ohne eine gewisse Koketterie erklärt, daß er nur in seinem Namen rede, „je ne suis admis auprès des puissants du jour dans aucune „chambre close", je ne passe pas aucun „couloir secret", ist doch nicht zweifelhaft, daß seine Anregung längst empfundenen Wünschen derjenigen entspricht, die ein Bündnis mit „cette enorme chose qu'est le catholicisme dans le monde" suchen. Man möchte die Politik wieder aufnehmen, die dem dritten Napoleon seine große Laufbahn sicherte, und von der er nach seinem Sturze die Wiederherstellung seiner Dynastie erhoffte. Der „Eclair", das „Journal des Débats", der „Temps" haben den Gedanken sehr sympathisch aufgenommen. „Quand irons nous à Rome?" fragt der „Eclair" und die Tatsache, daß der „Temps" dafür eintritt, weist auf Zusammenhänge mit dem Elysée und Quai d'Orsay hin. Es ist doch sehr fraglich, ob

demgegenüber der Widerspruch von Clemenceau und Cambon, die in letzter Zeit viel orakeln, durchdringen wird. Für Herrn Poincaré aber wäre die Wiederherstellung der Beziehungen zu Rom unzweifelhaft ein ungeheurer Erfolg. Es fragt sich nur, was Rom fordern wird.

In Italien hat die Kurie dem Klerus die Teilnahme an den für den Oktober zu erwartenden Neuwahlen untersagt, und Giolitti ist vollkommen Herr der Lage. Seit Sonnino aus nationalem Interesse auf jede Opposition verzichtet, kann die Regierung sicher sein, daß sie eine Kammer erhält, die von vornherein entschlossen ist, die Wege zu gehen, die ihr gewiesen werden. Der starke politische Sinn des Italieners kommt dabei zur Geltung: Die kräftige auswärtige Politik Giolittis deckt alle Klagen, die über Mißstände im Innern laut werden. So ist es stets in Italien gewesen, und darin liegt die Stärke der Nation. Die Probleme der auswärtigen Politik aber sind noch nicht erledigt. Einmal bleibt in Libyen noch sehr viel zu tun, militärisch wie wirtschaftlich, dann kommt das rege Interesse an der albanischen Frage, die eben jetzt in ein entscheidendes Stadium zu treten scheint, dazu die großen und kleinen Rivalitäten, die trotz des politischen Bündnisses zwischen Italien und Österreich fortbestehen, ohne es ernstlich zu schädigen, endlich die Mittelmeerfrage, die mit der libyschen und mit der großen Politik in engem Zusammenhang steht.

Wir sind übrigens geneigt, trotz der unzweifelhaften Gefahren, welche der Abschluß der beiden Balkankriege gebracht hat, und obgleich von einem bereits stattfindenden dritten und einem bevorstehenden vierten Kriege gesprochen wird, die Lage auf dem Balkan bis auf weiteres optimistisch zu beurteilen. So schmerzlich es den Albanern sein muß, daß ganz albanisch bevölkerte Gebiete den Serben zugefallen sind, und so leicht vorauszusehen war, daß der Versuch gemacht werden würde, die Entscheidungen der Londoner Konferenz umzustoßen, läßt sich doch nicht übersehen, daß an diesen Entscheidungen zwar gerüttelt werden kann, daß sie sich aber nicht umstoßen lassen. Serbien wird die ihm gesetzten Grenzen nicht überschreiten, in Albanien, das erst fertig sein wird, nachdem es einen Landesherrn erhalten hat, ist es nicht stark genug, eine Änderung zu erzwingen. Daß Bulgarien jetzt eine Revanche suchen und den Serben in den Rücken fallen sollte, ist aus naheliegenden Gründen nicht anzunehmen. Wenn auch in gewissen politischen und militärischen Kreisen kriegerische Ab-

sichten überwiegen, ist doch die Regierung zu klug, um sich neuen Gefahren auszusetzen. Das Land braucht Zeit, um sich zu erholen, Kredit, um aufzurichten, was der Krieg zerstört und zertreten hat, Anleihen sind aber nur für ein Bulgarien zu haben, das Frieden halten will und Garantien für seine friedliche Haltung zu geben vermag. Der türkisch-bulgarische Friede hat den Bukarester Vertrag ergänzt, und die noch bestehenden Schwierigkeiten gelten den griechisch-türkischen Differenzen, die sich auf zwei Hauptpunkte reduzieren lassen, in denen uns die griechischen Ansprüche übertrieben scheinen. Die Griechen wünschen, daß alle Griechen, die auf türkischem Boden leben, als griechische Untertanen gelten sollen, was tatsächlich undurchführbar ist; sie wollen anderseits nicht zugeben, daß die Erträgnisse der Wakufbesitzungen dem Islam für seine religiösen Zwecke auch auf neugriechischem Boden gesichert bleiben. In beiden Fragen ist die Türkei um so mehr entschlossen, ihren Willen durchzusetzen, als sie die einzige der Balkanmächte ist, die jetzt nach Beendigung des Balkankonfliktes weit stärker gerüstet und in geordneteren Verhältnissen dasteht, als bei Ausbruch des Krieges und während desselben der Fall war. Es kommt noch eine andere Tatsache dazu — falls es wirklich eine Tatsache sein sollte und nicht nur ein Manöver der französischen Finanzisten, um Stimmung für die große türkische Anleihe zu machen —, daß nämlich, wie der „Temps" mit außerordentlicher Bestimmtheit behauptet, das Komitee „Einheit und Fortschritt" sich wirklich zu einem vernünftigen und aussichtsvollen Programm umgedacht habe. Während das Komitee bisher rücksichtslos europäische Anschauungen dem Islam aufdrängen und die Bevölkerung zugleich sprachlich türkisieren wollte, sei es jetzt zur Überzeugung gekommen, daß der Islam als solcher sehr wohl, wie die Muselmänner Indiens bewiesen hätten, mit höherer Kultur vereinbar sei. In den moslemischen Schulen soll fortan für den Unterricht, und in Justiz und Verwaltung für die Verhandlungen die Sprache der Majorität der Bevölkerung gelten. Die sehr energischen Forderungen, welche die Araber in dieser Hinsicht geltend machten, habe das Komitee alle anerkannt, und auch den Kurden Reformen zugesagt. Die Armenier und alle übrigen Nichtmuselmänner sollen volle Toleranz genießen und die unerläßlichen Garantien für gerechte Verwaltung und Justiz erhalten, endlich wolle das Komitee in Zukunft nur eine politische parlamentarische Gruppe sein, deren Führer die Zügel ergreifen werde, wenn seine Partei über

die Majorität verfüge. Der Parteiführer solle zwei Gehilfen erhalten von denen der eine an der Spitze der Partei „Einheit und Fortschritt" im Parlament stehen, der andere das Zentralkomitee leiten werde.

Auch der „Temps" sieht übrigens ein, daß hier immer noch Grundanschauungen vertreten werden, die nicht notwendige Voraussetzungen für die Fortexistenz der Türkei sind, und rät zu einem bescheideneren und praktischeren System der Vertretung. Der Orient verlangt autokratische, nicht parlamentarische Regierung und bedarf vor allem ehrlicher Verwaltung. Bisher soll beides sich nicht als vereinbar gezeigt haben, und die letzten Erfolge der Türken gehen darauf zurück, daß während des Höhepunkts der Krisis der Parlamentarismus tatsächlich zu völligem Schweigen gebracht war und der autokratische Wille der Führer des Heeres entschied. Nur bei fortdauerndem Druck dieses Willens haben die geplanten Reformen Aussicht, durchgeführt zu werden, und da über einen Teil derselben, wobei wir speziell an die arenmische Frage denken, zwischen der türkischen Regierung, dem Komitee im Heer und den Mächten Einmütigkeit herrscht, läßt sich an einen Erfolg glauben. Der Wille des Heeres und damit auch der der türkischen Regierung richtet sich aber jetzt nächst der ablehnenden Haltung in den beiden oben aufgeführten Punkten Griechenland gegenüber vornehmlich darauf, Chios und Mytilene dauernd der Türkei zu erhalten. Sollte Griechenland die Überlegenheit seiner Flotte benutzen, um mit Hilfe der Sympathien, die es ohne Zweifel auf beiden Inseln findet, sich ihrer zu bemächtigen, so kann ein griechisch-türkischer Krieg als unvermeidlich angenommen werden. In solchem Fall werden 60 000 Griechen gegen 250 000 bis 300 000 Türken zu kämpfen haben, und der Ausgang könnte nicht zweifelhaft sein. Das sollte in Athen erwogen werden. Jedes annehmbare Kompromiß wäre um so mehr ein Gewinn, als für den Fall großer türkischer Erfolge anzunehmen ist, daß man in Konstantinopel lieber die verbündeten Bulgaren in Kawala und Saloniki sehen würde als die Griechen.

Im fernen Osten ist es zu einer nicht ganz sicheren Verständigung zwischen Japanern und Chinesen gekommen, nachdem die letzteren sich bereitgefunden haben, die Entschuldigungen zu leisten, welche Japan verlangte. Aber die Japaner haben einen Teil ihres Geschwaders noch immer in Jangtse liegen, und die Gegenentschuldigung, die China zu fordern hatte, haben sie nicht geleistet. Parallel damit

gehen die Verhandlungen Chinas mit dem Hutuchtu von Urga und der russischen Regierung über die Zukunft der Mongolei, für welche offenbar auch Japan ein lebhaftes Interesse hegt. Es liegen uns aber bisher nur russische Zeitungsberichte darüber vor, so daß ein objektives Urteil schwer zu finden ist. Soviel sich erkennen läßt, scheint es Rußland vornehmlich darauf anzukommen, daß China die volle Unabhängigkeit der Mongolei anerkennt, und es sieht aus, als ob man sich wegen der militärischen Machtentfaltung Chinas in der nördlichen Mandschurei in Petersburg Sorgen zu machen beginnt. Der „Golos Moskwy predigt nach wie vor Krieg, aber wir überzeugen uns immer mehr davon, daß seine Stimme nicht bis an die Sängerbrücke reicht.

9. Oktober 1913. Französisch-spanische Flottenrevue in Cartagena.
10. Oktober. Tod des Fürsten Katsura in Tokio.
11. Oktober. Staatsstreich des Präsidenten Huerta in Mexiko. Auflösung des Kongresses.
12. Oktober. Austausch der Ratifikationen des bulgarisch-türkischen Friedensvertrages.

---

15. Oktober 1913.

Zwei Ereignisse von welthistorischer Bedeutung haben wir zu registrieren: die Anerkennung der chinesischen Republik nach erfolgter verfassungsmäßiger Wahl Juanschikais zum Präsidenten und die tatsächliche Vereinigung der Gewässer des Stillen und des Atlantischen Ozeans, nachdem Präsident Wilson durch einen Fingerdruck im Weißen Hause zu Washington den elektrischen Funken ausschickte, der den Deich von Gamboa sprengte und damit das letzte der Hindernisse beseitigte, die seit unendlichen Zeiträumen die Fluten von Ost und West getrennt hatten. Daß dieser letzteren Tatsache eine weit größere Bedeutung zukommt wie der ersteren, leuchtet sofort ein. Wir dürfen hoffen, daß der Panamakanal ein bleibendes Kulturwerk sein wird, wenn nicht was immerhin möglich ist, Mutter Erde ihre vulkanischen Kräfte spielen läßt und in einem Augenblick zerstört, was Menschenwitz und zäher Wille in Jahrzehnten errichtet haben. So, wie das Werk heute steht, scheint es alle Bürgschaften dauernden Bestandes zu bieten. Es ist weniger großartig, als der einst von Lesseps erdachte Plan, eine direkte Verbindung, ohne Zuhilfenahme von Schleusen, zwischen beiden Meeren herzustellen, aber es ist Wirklichkeit geworden, während Lesseps scheiterte durch eigene Schuld und infolge der unsauberen Habgier derjenigen, die sich an ihn klammerten, und die ihn schließlich zu ihrem Werkzeug machten. Hinter dem amerikanischen Unternehmen stand der Wille und die berechnende und entschlossene Umsicht eines Riesenstaates, dem Idealisten Lesseps zerbrach die gewissenlose französische Hochfinanz jener Jahre das Rückgrat und den Erfolg seiner Arbeit. Trotzdem glauben

wir, daß sein Gedanke sich schließlich als der siegreiche bewähren wird. Man darf schon heute annehmen, daß über kurz oder lang dem Panamakanal ein Nikaraguakanal folgen wird, wenn, wie wahrscheinlich ist, die Ansprüche der am Welthandel beteiligten Nationen sich größer erweisen sollten als die Leistungsfähigkeit des Kanals. Der Einfluß, über den bereits heute die Politik der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Nikaragua gebietet, bereitet jene Zukunftswahrscheinlichkeit vor, und wir wüßten nicht, was ihr bei Ausführung des Planes, wenn einmal sie beschlossen ist, hindernd in den Weg treten könnte.

Daß die den Verträgen widersprechende Begünstigung der amerikanischen Schiffahrt vor der ausländischen nicht behauptet werden würde, ließ sich voraussehen. Der Gedanke gehörte noch der republikanischen Regierung; die demokratische hat sich nach einigem Schwanken entschlossen auf den Rechtsboden gestellt und läßt sicht an dem Vorsprung genügen, den ohnehin ihre geographische Lage den Amerikanern sichert. Der Hauptvorteil wird offenbar dem Handel von New Orleans und Schanghai zufallen, danach Japan, und man darf annehmen, daß auch das alte Streben Rußlands nach einem eisfreien, geschützten Hafen am Stillen Ozean mit erneuter Energie zum Ausdruck kommen wird. Endlich läßt sich nicht übersehen, daß auch Australien durch die Eröffnung des Kanals gewinnt, zunächst noch als Objekt und Ziel des Welthandels, in Zukunft einmal als sehr respektabler Mitbewerber. Auch wird man sich in Sydney und Melbourne, in Auckland und Wellington sicherer fühlen als bisher. Die Bedeutung, welche man dort der Anwesenheit einer amerikanischen Flotte beimißt, ist von der letzten Weltreise der amerikanischen Kriegsgeschwader her noch in frischer Erinnerung. Ihre Anwesenheit wurde als eine Art Assekuranz gegen die Gefahren betrachtet, durch welche man sich in Australien und Neuseeland von Japan bedroht glaubte, weil die geringe Kraftentfaltung der englischen Kriegsmarine in diesen Gewässern nicht genügende Sicherheit zu bieten schien. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die überlegene Stellung, die Japan in der Südsee einnahm, wesentlich gemindert sein wird, sobald einmal die Seemacht der Vereinigten Staaten dauernd im Großen Ozean Fuß faßt. Auch die nicht unwahrscheinliche Herstellung der Unabhängigkeit der Philippinen würde daran nichts ändern. Amerika kann sie freigeben, aber nicht dulden, daß sie sich freiwillig oder gezwungen Japan anschließen, und

unter allen Umständen wird es Hawai behaupten. Der neue Machtfaktor, der auf diese Schaubühne tritt, muß sich so nach allen Richtungen geltend machen, und damit hat die europäische wie die asiatische Politik zu rechnen.

Die Gunst Amerikas wird vor allem China zuteil werden. Wie Deutschland legt auch Amerika außerordentlichen Wert darauf, daß das Prinzip der offenen Tür in China aufrechterhalten werde, und im Zusammenhang damit auf Erhaltung der Einheitlichkeit und Integrität des chinesischen Territoriums. Die Unterwerfung des Aufstandes in Südchina und die Wahl Juanschikais zum Präsidenten der chinesischen Republik ist daher in Washington sehr beifällig aufgenommen worden, während in Japan die Regierung zwar ihr „Gesicht zu wahren" verstand, die populäre Meinung dagegen, von einflußreichen Persönlichkeiten geführt, im entgegengesetzten Lager stand und mit Sunjatsen die gescheiterten Hoffnungen des Südens beklagte. Daß diese nationalistische, ihrem Wesen nach demokratische Richtung aber auf die Dauer vom Einfluß auf die Regierung fernzuhalten sein wird, ist mehr als fraglich. Die Regierung hat eben jetzt den Mann verloren, der am kräftigsten und erfolgreichsten das Prinzip der Autorität auf japanischem Boden vertrat, den Fürsten Taro Katsura, den man wohl den Bismarck Japans genannt hat. Man nennt als wahrscheinlichen Nachfolger Katsuras den Grafen Teranchi und den Baron Goto; ob sie zugleich Erben seines Ansehens sein werden, steht jedoch durchaus nicht fest. Wie dem auch sei, das Eine ist jedenfalls sicher, daß der Mann, der nunmehr auf sechs Jahre zum Oberhaupt Chinas gewählt worden ist, nach innen wie nach außen mit ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen zu kämpfen haben wird. Im Innern ist zunächst mit der Finanzfrage zu rechnen, die so gelöst werden muß, daß sie der Selbständigkeit Chinas keinen Abbruch tut, und dazu scheinen die einleitenden Entscheidungen getroffen zu sein, danach mit der Gefahr, die dem Leben Juanschikais von seiten seiner fanatischen Gegner droht. Es sind nicht Anarchisten, sondern zu allem entschlossene politische Feinde, die ihn beseitigen wollen, und die Scheu, die trotz allem den „Kaiser" von China schützte, kommt dem Präsidenten doch nur in weit geringerem Maße zugut. Was aber die Gefahr von außen her betrifft, so gipfelt sie nächst der bereits erwähnten Haltung der öffentlichen Meinung Japans, die übrigens, wie der „Ekonomist" vom 11. Oktober berichtet, von den japanischen

Ministern des Krieges und der Marine unter der Hand geschürt wird, in den Schwierigkeiten, welche die mongolische und die tibetanische Frage bringen.

Was die erstere betrifft, so läßt sie an der Hand sehr eingehender Berichte, die dem „Manchester Guardian" von einem Korrespondenten zugegangen sind, der kürzlich aus der Mongolei zurückgekehrt ist, sich dahin zusammenfassen, daß es Rußland gelungen ist, durch diplomatische Überrumpelung des Ta Lama die Unterzeichnung der oft erwähnten Konvention von Urga zu erlangen, die der damalige russische Gesandte Korostowetz durch den Chutuchtu formell bestätigen ließ. Der Chutuchtu aber ist der fleischgewordene Gott der Mongolen und niemand in der Mongolei mächtiger als er. „Die Russen — schreibt unser Gewährsmann — hatten schon lange erkannt, daß sie, wenn dieser Mann zu ihnen stand, alles tun könnten, was ihnen beliebt. Sie suchten daher seine Zuneigung zu gewinnen, was sich nicht als eine schwierige Aufgabe erwies. Denn von diesem hohen Würdenträger der Lama-Kirche werden schlimmere Dinge in Urga erzählt, als jemals über irgendeinen Papst geschrieben worden sind. In seinen Palast fließt stetig ein Strom von Gold, das nicht immer aus mongolischer Quelle stammt." Die Konvention des Ta Lama wurde auch von andern leitenden Mongolen, die Geldspenden brauchen konnten, unterzeichnet und so gelangte Rußland an die erste Etappe seines Ziels. Es erkannte die Mongolei als unabhängigen Staat an und erhielt dafür eine Reihe von Zugeständnissen, die schließlich dahin ausmünden werden, daß die Mongolei russisch wird. Artikel 1 und 6 geben russischen Untertanen das Recht, überall in der Mongolei zu leben, Land für landwirtschaftliche Zwecke zu pachten, in allen Städten und Ortschaften zu pachten und zu kaufen, Geschäfte zu betreiben und zu bauen, wo es ihnen gefällt. Artikel 2 berechtigt sie, abgabenfrei zu importieren und zu exportieren. Nach Artikel 3 darf die russische Bank überall Filialen begründen. Artikel 12, 13, 14 berechtigen russische Untertanen, alle Straßen und Flüsse der Mongolei zu benutzen und auf eigenen Schiffen die aus der Mongolei nach Rußland führenden Flüsse zu befahren, an den Ufern Handel zu treiben, Weideland für ihre Herden zu verlangen und es abgabenfrei drei Monate lang zu benutzen, wo es immer sei. Artikel 8 und 9 begründen den Anspruch Rußlands, überall in der Mongolei Konsulate zu errichten und russischen Kaufleuten Konsularrechte zu verleihen. Endlich bestimmt Artikel 16, daß

Rußland unbeschränktes Recht habe, für russische Untertanen gemischte Gerichtshöfe einzusetzen, und Russen, Chinesen und Mongolen als Geschworene zu berufen. Diesen Vertrag, der die Mongolei tatsächlich in russische Hände gibt, der sie aber formell als selbständige Macht betrachtet, will Rußland der chinesischen Regierung, die eine selbständige Mongolei nie anerkannt hat, oktroyieren. China soll außerdem genötigt werden, auf jede Einwanderung von Chinesen in die Mongolei zu verzichten, und keinerlei oberherrliche Rechte in Zukunft auf diesem Boden auszuüben. Es scheint nun, daß England jetzt im Begriff ist zu tun, was die „Times" bereits am 3. Dezember 1912 verlangte, nämlich in Tibet nachzuahmen, was Rußland in der Mongolei tut, so daß Juanschikai mit dem Verlust von zwei Dependenzen und der gleichzeitigen Abschließung zweier Auswanderungsgebiete zu rechnen hätte. Hier stehen wir ohne Zweifel vor einem Zukunftsproblem. Rußland mobilisiert bereits seine in Ssemiretschensk stehenden Truppen und versorgt die Mongolen mit Gewehren und Munition, während England für die Selbständigkeit des Dalai Lama von Lhassa eintritt und auf Entfernung der chinesischen Beamten und Truppen aus Tibet dringt. Beides scheint uns nicht unbedenklich. Rußland gegenüber verstärken die Chinesen ihre Truppen in der nördlichen Mandschurei; ein Einschreiten Englands in Tibet aber droht die ohnehin nicht unbedenkliche Gärung in Indien zu steigern. Man scheint hüben und drüben zu vergessen, daß mit einer panasiatischen Bewegung zu rechnen ist, die zu den merkwürdigsten Ereignissen führen könnte. Die „Nowoje Wremja" freilich zieht aus dem Widerstande, den Juanschikai den Zumutungen entgegensetzt, die an ihn herantreten, den Schluß, daß er nicht mehr bei vollem Verstande sei. Er habe „das seelische Gleichgewicht" völlig verloren und scheine zu glauben, daß Rußland keinerlei Interessen in der nördlichen Mandschurei und in der Mongolei habe. Offenbar erwarte man in Peking, daß Rußland nicht nur gleichgültig zuschaue, wie China seine Macht in Gebieten wiederherstelle, die in die Sphäre der legitimen Interessen Rußlands fallen, sondern daß dieses sogar bei einem Konflikt mit Japan auf chinesischer Seite stehen werde. Daran aber sei nicht zu denken usw. in den Tönen, die der „Nowoje Wremja" geläufig sind. Am bedenklichsten ist uns bei alledem die Gleichung Mongolei-Tibet, da sie mit Notwendigkeit zum weiteren Schluß führt, daß auch in Persien die russische und englische Politik zu gleichen Kom-

promissen gelangen wird, und daß darauf in nächster Zukunft eine afghanische Frage mit ähnlichen parallelen politischen Schachzügen auftaucht.

Die Spanienfahrt des Präsidenten der französischen Republik hat nunmehr mit einer Flottenparade in Cartagena ihren Abschluß gefunden. Auch das englische Schlachtschiff „Invincible" ist am Platz gewesen, um, wie die „Débats" erklären, es recht sichtbar zu machen, daß die Mittelmeerentente zwischen Frankreich und Spanien auch eine „Entente hispano-anglo-française" sei. Auch die Phrase von dem Mittelmeer als einem lateinischen Meer ist wieder gebraucht worden. Wir legen alledem keine Bedeutung bei. Die zunächst in Frankreich auftauchende Freudenbotschaft, daß Spanien der Tripleentente beigetreten und damit das „Gleichgewicht" der Mächte wiederhergestellt worden sei, hat man nachträglich dementiert, aber selbst wenn die Nachricht zuträfe, würde sie an der Weltlage nichts ändern. Das wesentlichste Ergebnis ist die steigende Popularität von Herrn Poincaré, der auf der Rückreise in Marseille wiederum seine Kunst bewährt hat, den Leuten das zu sagen, was sie gern hören. Als zweites fühlbares Resultat wird sich eine stärkere Bedrängnis der Marokkaner, zunächst wohl Raisulis, ergeben. Eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Spanien und Frankreich, die bisher in erbittertem Zollkriege einander gegenüberstanden, ist in Aussicht gestellt, aber noch nicht erreicht worden. In Aussicht steht auch eine namhafte Verstärkung der spanischen Flotte; auch das läßt sich in Ruhe abwarten.

Auf dem Balkan sind die türkisch-bulgarischen Vereinbarungen, die nach dem Friedensschluß noch ausstanden, definitiv zu beiderseitigem Wohlgefallen erledigt. Dagegen sind die griechisch-türkischen Verhandlungen noch in der Schwebe, und es scheint, daß sie noch einige Wochen in Anspruch nehmen werden. Es war ein gutes Zeichen, daß die Türkei mit ihrer Demobilisierung begonnen hatte, sie scheint aber infolge der Haltung Griechenlands ins Stocken geraten zu sein. Wir hoffen zuversichtlich, daß es zu einem Kriege nicht kommen wird. Beide Teile haben alle Ursache, ihn zu vermeiden und sich den Wünschen des Gegners, soweit irgend möglich, entgegenkommend zu zeigen. In den albanischen Dingen sehen wir noch immer nicht klar. Es steht nicht fest, auf wessen Seite die Schuld am Ausbruch der Feindseligkeiten liegt. Die Behauptungen beider Teile stehen einander strikt gegenüber, und es läßt sich nur

schwer die Vermutung abweisen, daß die von der Londoner Konferenz bestimmte Nord- und Ostgrenze Albaniens so gezogen worden ist, daß sie einen Konflikt unvermeidlich machte. Auch haben wir trotz der gegenteiligen Versicherungen Serbiens den Eindruck, daß das Ziel der Belgrader Politiker dahin geht, neue strategisch wichtige Punkte zu gewinnen.

Die Annäherungsversuche, die in letzter Zeit von Wien aus Rußland gegenüber gemacht worden sind, haben in der russischen Presse eine recht schnöde Zurückweisung gefunden. Das geschah auch in Anlaß der Rosenschen Denkschrift, die von der „Post" veröffentlicht wurde und für ein Zusammengehen Rußlands mit Deutschland und Österreich eintrat. Daran ist bei der politischen Richtung des heutigen Rußland nicht zu denken, und das wird sich, so lange die französisch-russische Allianz fortlebt, nicht ändern. Es wäre töricht, sich darüber Illusionen hinzugeben.

Der sogenannte Ritualmordprozeß in Kiew erregt in Rußland und weit darüber hinaus in allen jüdischen Kreisen die öffentliche Meinung aufs höchste. Wie wir glauben, durchaus mit Unrecht. Fälle finsterster Aberglaubens kommen überall vor. Man denke an den Hexenglauben in Südfrankreich und an die damit in Zusammenhang stehenden Morde, die in letzter Zeit so große Sensation machten. Am 14. September dieses Jahres hat in New York ein katholischer Priester namens Schmidt ein junges Mädchen aus Ungarn, Anna Aumüller, ermordet. Der Mann gestand, er habe ihr erst Gewalt angetan, ihr danach die Kehle durchschnitten und etwas von ihrem Blut getrunken, ihren Körper danach in acht Stücke geschnitten, einen Teil verbrannt und das übrige in den Fluß geworfen. Schmidt soll für wahnsinnig erklärt werden. Wer aber wollte daraus verallgemeinernde Schlüsse ziehen? Daß in Rußland bei der tiefen Finsternis, in der die elende Judenschaft dort lebt, auch ein Aberglauben bestehen kann, der mit Christenblut religiöse Wahnvorstellungen verbindet, die vielleicht erst durch die umlaufenden Blutlegenden entstanden sind, ist sehr wohl denkbar. Aber die Tatsache eines so vollzogenen Mordes würde doch nichts gegen die Gesamtheit der Juden oder gegen die jüdische Glaubenslehre beweisen. Die Gefahr liegt darin, daß, falls jener Beilis sich als der Mörder erweisen sollte, halb Rußland einen Ritualmord annehmen und eine Judenverfolgung durch den Pöbel die Folge sein

würde. Der Antisemitismus sitzt in Rußland sehr tief im Gefühl des Volkes, und das Verhalten während der Revolution hat wesentlich dazu beigetragen, ihn zu steigern. In Amerika aber hat der Fall Schmidt sehr erheblich dahin gewirkt, der wachsenden, gegen den politischen Einfluß der organisierten katholischen Kirche gerichteten Agitation neue Nahrung zu geben. Sehr merkwürdig ist, was der „American Citizen" vom 27. September dieses Jahres in Text und Anlagen über diese Bewegung schreibt. Sie hat auch in Kanada an Boden gewonnen.

16. Oktober 1913. Absetzung von fünf französischen Generälen.
Der Kreuzer „Hertha" geht nach Veracruz ab.
17. Oktober. Untergang des Marineluftschiffs „L 2" mit gesamter Mannschaft.
18. Oktober. Einweihung des Völkerschlachtdenkmals.
Ein serbisches Expeditionskorps rückt in Albanien ein.
19. Oktober. Österreich fordert Rückzug der Serben binnen acht Tagen.
21. Oktober. Ssasonow in Berlin.

22. Oktober 1913.

Eine Reihe schwerer Unglücksfälle kennzeichnet den Verlauf der letzten Woche. Zuerst war es die entsetzliche Katastrophe in den Kohlengruben von Cardiff (Wales), die 418 Arbeiter in ein Feuergrab einschloß, aus welchem verhältnismäßig nur wenige gerettet werden konnten; dann folgte, genau 18 Monate nach dem Untergang der „Titanic", der Untergang des holländischen Auswandererschiffes „Volturno", das den doppelten Schrecken von Feuer- und Wassertod brachte, endlich die Zerstörung unseres Marineluftschiffs, bei der die gesamte Mannschaft ein grauenvolles und qualvolles Ende fand. Es waren kaum Minuten, in denen sich die Katastrophe des „L 2" vollzog. Anfang und Ausgang fielen beinahe zusammen, aber was sich an Empfindungen und Gedanken in diesen Augenblicken zusammengedrängt hat, wer vermag es zu erfassen? Zeit ist ein relativer Begriff, die Gedanken arbeiten mit Blitzesschnelle, und die Summe von Schmerzen, die von allen Seiten her die Nerven traf, entzieht sich jedem Vergleich. Nun sind sie zur ewigen Ruhe eingegangen; wir gedenken ihrer als heldenmütiger Kämpfer im Dienst des Vaterlandes und im großen Ringen der Menschheit um Beherrschung der Natur. In diesem Kampfe hat keine Nation so große Opfer gebracht wie die deutsche. Wir haben trotz aller Enttäuschungen immer von neuem angefangen, und noch hat es zu keiner Zeit an Männern gefehlt, die bereit waren, ihr Leben für das große Ziel einzusetzen. Wir werden auch jetzt nicht ermatten und nicht zurückweichen, und wenn wir die Opfer schmerzlich bedauern, wissen wir auch, daß sie nicht um-

sonst gestrebt und gelitten haben. Friede ihrer Asche, ein Phönix wird aus ihr erstehen und ihr Name für immer verbunden bleiben mit der Geschichte des kühnsten Fluges, den die Gedanken der Menschheit je genommen haben.

Der Untergang des Luftschiffes „L 2" und seiner Mannschaft fiel schmerzlich in den Festjubel hinein, der sich an die Zentenarfeier der Leipziger Schlacht knüpfte. Es sind jetzt 50 Jahre hingegangen, seit unser unvergeßlicher Heinrich v. Treitschke jene Ansprache an das dritte deutsche Turnfest zu Leipzig hielt, die als Vorfeier der Völkerschlacht ein prophetisches Bild der Zukunft entwarf, für die er lebte, und deren Verwirklichung erlebt zu haben das Glück seiner Tage wurde. Voll Dankbarkeit blicken auch wir auf den Jahrhunderttag der Schlacht zurück und in die Zukunft hinaus. Kraftvoller als je steht das Deutsche Reich heute da. Vor allem entschlossen, zu bewahren und auszubauen, was sein ist, und die Gedanken heilig zu halten, die den Alten, die das Reich gebaut haben, die Kraft ihrer geistigen Schwingen verliehen und den Glauben erhielten an die neue Losung all Deutschlands: Mit Gott für Kaiser und Reich. Wie damals ist auch heute Preußen das Rückgrat des Reiches. Mit ihm steht es, und jeder Abfall von ihm wäre ein Abfall vom Reiche, jede Zwietracht in Preußen schädigt es, und deshalb tragen auch wir Preußen mehr als alle übrigen, die Verantwortung für die Zukunft des Reiches.

Seit einem Menschenalter hat es vielleicht keinen Zeitpunkt gegeben, da diese Verantwortlichkeit größer gewesen wäre, als gerade jetzt. Die Zeichen der Zeit deuten auf Sturm und machen es wahrscheinlich, daß der deutsche Friede zur Neige gehen könnte, den uns die Weisheit unseres großen ersten Kaisers und seines Reichskanzlers und danach durch weitere 25 Jahre Kaiser Wilhelm II. sicherte. Mit der Möglichkeit, wenn nicht mit der Wahrscheinlichkeit, müssen wir wenigstens rechnen, daß auch wie vor 43 Jahren der moralische Zwang an uns herantritt, unsere Grenzen zu verteidigen und unsere politische Ehre zu wahren. Die Einmütigkeit des Deutschen Reichstages, als die Forderung an ihn herantrat, durch neue Opfer unsere Wehrkraft zu Wasser und zu Lande nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern erheblich zu steigern, gab der Welt den Beweis, daß es sich nicht um die Bekämpfung von Phantomen handelte, sondern um wirkliche Gefahren, denen vorgebeugt werden mußte. Alles, was seither an Wandlungen der Weltlage

sich vollzogen hat, dient dazu, diesen Satz zu bestätigen, und ganz neuerdings ist uns wieder durch Sir Winston Churchill trotz der honigsüßen Phrasen, mit denen er seine Rede über die Beziehungen zwischen Deutschland und England einleitete, dargelegt worden, daß in England ein, wie es scheint, unausrottbares Mißtrauen gegen Deutschland gepflegt wird. Sein Vorschlag eines „Feierjahres" im Flottenbau ist so gedacht, daß er das maritime Übergewicht Englands mit der gegen Deutschland gerichteten Spitze, durch den Schein einer Konzession, die in Wirklichkeit keine ist, ein für allemal überwältigend feststellen will. Es ist ganz ausgeschlossen, daß dieser Vorschlag, der zudem offiziell als nichtexistent zu betrachten ist, da ein Verkehr von Staat zu Staat durch das Medium eines after dinner-speach unerhört ist, und falls er Usus werden sollte, eine Verrohung des Völkerverkehrs bedeuten würde, als solcher irgendwelche Beachtung in Deutschland finden sollte. Die Prämissen, von denen Winston Churchill ausgeht, vertragen zudem keine Kritik. Er spricht, als ob Frankreich und Rußland, deren Flottenprogramm wir seiner Beachtung empfehlen, als politische Faktoren überhaupt nicht in Betracht kämen. Wir halten dagegen die russisch-französische Allianz für eine reale Tatsache, und die Marinebudgets, mit denen sie arbeiten, gleichfalls für Realitäten. Die Frage einer Limitierung der Schiffsbauten kann nur mit Ernst angefaßt werden, wenn diese französischen und russischen Faktoren mit in Rechnung gestellt werden, es sei denn, daß England offiziell die Erklärung abgibt, daß es bei einem Friedensbruch seitens dieser Mächte unter allen Umständen neutral bleiben werde.

Wir möchten Sir Winston Churchill aber noch einen andern Gedanken zur Erwägung vorlegen. Es ist eine notorische Tatsache, daß alle Gegner Englands ihre Hoffnungen auf einen Bruch zwischen England und Deutschland setzen. Man muß als bestimmt annehmen, daß das in Indien glimmende Feuer zu hellen Flammen emporlodern wird, sobald englische und deutsche Schlachtschiffe einander feindlich gegenüberstehen. Nicht nur die Hindus, sondern ebenso die Mohammedaner Indiens werden den Augenblick nicht ungenutzt vorüberziehen lassen, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß diese Erhebung, falls sie stattfindet, wie ein laufendes Feuer weiterzünden wird. Wir wollen das Bild nicht weiter ausmalen, obgleich das Material dafür in aller

Welt zu finden ist, und uns dahin präzisieren, daß kein schlechterer Dienst Großbritannien erwiesen werden kann, als der, mit dem Winston Churchill, in seiner patriotischen Kurzsichtigkeit, jetzt provozierend an die Öffentlichkeit tritt. Wir haben an dieser Stelle unserer Überzeugung mehr als einmal Ausdruck gegeben. Wer den Frieden erhalten will, und das wünschen wir sehr aufrichtig, arbeite auf eine intime Verständigung zwischen England und Deutschland hin. Sie würde mit einem Schlage dem Kriegslärm ein Ende machen, denn wenn sie nicht darauf rechnen können, daß England uns mit seiner Flotte in den Rücken fällt, werden weder Frankreich noch Rußland es wagen, uns herauszufordern. Wir aber haben weder an Rußland noch an Frankreich Forderungen zu richten, noch etwas von ihnen zu holen.

Daß der Lärm, den das Einrücken der Serben in die Grenzen des von den Großmächten auf der Londoner Konferenz ins Leben gerufenen albanischen Staates zur Folge hat, in einen neuen Balkankrieg ausmündet, glauben wir noch nicht. Das Bedenkliche der Lage liegt darin, daß die Serben nach den Erfahrungen, die ihnen das letzte Jahr gebracht hat, offenbar der Überzeugung sind, daß sie sich über die Albanien betreffenden Bestimmungen der Mächte ebenso hinwegsetzen können wie über die früheren Entscheidungen derselben. Sie scheinen nicht nur darauf auszugehen, ihre Grenzen erheblich nach Westen auszudehnen, sondern sich sogar das Adriatische Meer zum Ziel genommen zu haben. Bedenklich ist zudem die Haltung Frankreichs, das offenbar bemüht ist, diese serbischen Ungehörigkeiten zu einem Konflikt zwischen Dreiverband und Dreibund aufzubauschen. Denn nur so läßt sich die Schärfe der Antwort erklären, die der Vertreter Pichons, Herr Palaeologue, dem Grafen Somssich, österreichisch-ungarischem Geschäftsträger, erteilte, und die parallelgehende höchst insolente Sprache des „Temps", der natürlich bemüht ist, den Serben den Nacken zu steifen. Auch hat Serbien, falls der Telegraph richtig orientiert ist, bereits das österreichische Ultimatum abgelehnt. Offizielle Äußerungen Rußlands und Englands stehen noch aus. Es scheint aber, nach der Haltung der Presse zu urteilen, darauf abgesehen zu sein, den Mächten des Dreibundes, denn Italien und Deutschland finden das Vorgehen Serbiens gleich ungerechtfertigt, eine diplomatische Niederlage beizubringen, und das allerdings könnte in eine höchst gefährliche Lage ausmünden. Nun sind wir freilich der Meinung, daß, wenn Frankreich

sich trotz der fünf Generäle, die es nach den letzten Manövern mit so großem Eklat beseitigt hat, archiprêt fühlt, dies in Rußland keineswegs der Fall ist. Aber allerdings könnte in den argbedrängten Regierungskreisen der Gedanke aufkommen, die steigenden inneren Schwierigkeiten durch eine auswärtige Aktion abzulenken. Eine Wendung gegen Österreich aber würde bei der so sorgfältig gepflegten chauvinistischen Richtung, trotz der großen Enttäuschung, welche dieses Jahr in betreff der Balkanbrüder brachte, immer populär sein. In den Kreisen der Opposition — und heute opponiert in Rußland alles, was nicht selbst Regierung ist — aber wird von einem Kriege, wie immer er ausfallen mag, ganz wie 1905 eine tiefgreifende Wendung in der inneren Politik des Reiches erwartet. Seit wir diese Zeilen schrieben, ist die erfreuliche Nachricht eingetroffen, daß Serbien die offizielle Erklärung abgegeben hat, daß es sich rückhaltlos dem österreichischen Ultimatum unterwerfe und seine Truppen aus den Grenzen Albaniens hinausziehe. Es war höchste Zeit und wird hoffentlich zu einer Ernüchterung des serbischen Größenwahns führen. An den prinzipiellen Betrachtungen, die wir an die Wahrscheinlichkeit des Krieges und an die Haltung Frankreichs knüpften, haben wir jedoch nichts zu ändern. Um die jetzt in Rußland vorherrschende Stimmung verständlich zu machen, müssen wir etwas zurückgreifen. Zu Ende September fand in Kiew in Anlaß der Enthüllung des Stolypindenkmals ein Kongreß städtischer Vertreter statt, den die Regierung unter der Bedingung genehmigt hatte, daß politische Fragen weder direkt noch indirekt in den Reden berührt werden sollten. Neun Tage lang ging auch alles in Ruhe vor sich. Als aber der geschäftliche Teil abgeschlossen und damit der eigentliche Kongreß beendet war, erhielt Herr Gutschkow, der ehemalige Führer der Oktobristen, das Wort zu einer Abschiedsrede. Er sprach unter atemlosem Schweigen der Versammlung: Es sei eifrig und mit Geschick gearbeitet und manche Schwierigkeit des städtischen Lebens auch glücklich gelöst worden. Aber sie — die städtischen Vertreter — hätten doch das Gefühl, daß das praktische Ergebnis ihrer Arbeit gleich Null sei, denn über den Munizipalitäten stehe ein Etwas, das jede Anstrengung und jede fruchtbare Initiative zunichte mache. Dieses „Etwas" sei die allgemeine politische Lage des Landes. Hier erhob sich der anwesende Polizeibeamte und erteilte dem Präsidenten eine „Verwarnung", aber Gutschkow fuhr unter lauten Beifallsrufen fort: Die Emp-

findungen, die alle Anwesenden erfüllten, müßten in einer Resolution verkörpert werden, damit sowohl die Regierung wie das Volk sie kennen lernten. Während die Resolution verlesen werden sollte, wurde der Vertreter der Polizei sehr aufgeregt und erhob sich von seinem Sitze, aber Gutschkow kam ihm zuvor und sagte: „Aller fernere Aufschub in der Realisierung der notwendigen Reformen und weitere Abweichungen von den Prinzipien, die das Manifest vom 17. Oktober 1905 angekündigt hat" — hier erteilte die Polizei eine dritte Verwarnung und verlangte vom Präsidenten, daß er die Versammlung schließe. Der Präsident setzte seine Glocke in Bewegung, ein Beifallssturm der Versammlung brach aus und Gutschkow beendete seinen Satz — „bedroht das Reich mit schweren Erschütterungen und furchtbaren Konsequenzen." Nach diesen Worten erhob sich alles im Saal und drängte zu Gutschkow. Unter allgemeinem Gelächter erklärte der Präsident, daß, da die Resolution über die Vollmacht hinausgreife, die dem Kongreß erteilt sei, er sie nicht zur Abstimmung bringen könne.

Der „Manchester Guardian", der diese Szene wiedergibt, bemerkt dazu: „So endete eine denkwürdige Demonstration, die eine gleiche Bedeutung hat und gleiche Folgen nach sich ziehen kann, wie der berühmte Semstwokongreß in Moskau vom November 1904 am Vorabend des Ausbruchs der Revolution."

Nicht ohne Interesse ist es, dieser englischen Stimme eine russische anzuschließen, die wir einem Privatbriefe aus Petersburg entnehmen: „Unglücklicherweise besteht eine wirkliche Unzufriedenheit mit der Regierung, die sich speziell gegen die Herren Kokowzew und Maklakow richtet, die wohl versprechen, aber keine der am 17. Oktober angekündigten Reformen ausführen. Ebenso unzufrieden ist man mit den Gouverneuren und den übrigen Provinzialbeamten, deren Willkür alle Grenzen übersteigt. Sie setzen sich über die Gesetze hinweg und erkennen nichts an, als ihr Gutdünken. Die Unzufriedenen sind jetzt die gemäßigten Elemente, was besonders beunruhigend ist und sehr fanatisch auf dem Kiewer Kongreß in den Reden von Nowikow und Gutschkow zutage trat, die den Mut hatten, die Dinge mit ihren richtigen Namen zu benennen. Die Session der Duma wird schlecht sein. Es gibt keine Majorität, und man ist aufs äußerste gegen Cassso und Sabler erregt. Die Regierung kann unmöglich weiter nach rechts gehen, Männer aber,

die eine Politik wahrer Reformen durchführen und die Unzufriedenen beruhigen würden, sind nicht zu finden."

Auch dieser Brief weist in seinem ferneren Verlauf in nicht mißverständlicher Weise darauf hin, daß eine zweite russische Revolution die Folge sein könnte, da die Verblendung der leitenden Kreise größer sei, als man sich vorzustellen vermöge. Nun steht in dieser Woche ein Kongreß des oktobristischen Stadtkomitees in Petersburg bevor, der, falls der rechte Flügel der Partei nicht durchdringen sollte, was möglich ist, gleichfalls in eine Kriegserklärung an die Regierung ausmünden dürfte. Das ist die innere Lage, die noch durch die Verstimmung der Presse über die steten Maßregelungen, denen sie unterliegt, verschärft wird, wobei betont werden muß, daß die hohen Geldstrafen, die ihr diktiert werden, meist die Folge von Artikeln sind, welche die Arbeiterverhältnisse behandeln. Nun läßt nach den Erfahrungen von 1905 sich zwar hoffen, daß die Regierung auf anderem Wege als auf dem der Ablenkung nach außen hin versuchen wird, der Unzufriedenheit im Lande Herr zu werden; sicher aber ist es nicht, und die kaum zur Ruhe gelangte chauvinistisch-nationalistische Tendenz könnte über Nacht wieder lebendig werden. Viel wird dabei von der Haltung Frankreichs abhängen, dessen Presse in Rußland größeren Einfluß ausübt, als meist angenommen wird. Die Presse aber hetzt, wie wir glauben, weniger aus Lust, einen Krieg auf sich zu nehmen, als in der Hoffnung, dem Dreibund eine Schlappe beizubringen. Natürlich gehen solche Bestrebungen unter der Devise: Schutz des Weltfriedens vor den Anschlägen des Dreibundes. Eben jetzt soll diesem unwahren Schlagwort ein Denkmal gesetzt werden. Es gilt Sadi Carnot und wird von dem ehemaligen Präsidenten Emil Loubet als Vorsitzendem eines Pariser Komitees errichtet, zum Andenken an die Verdienste Carnots um das französisch-russische Bündnis. Das Modell des Denkmals zeigt die Büste Carnots auf einer Säule, an deren Fuß der Genius des Friedens die Hände Frankreichs und Rußlands zusammenschließt. Rußland zur Seite steht das Symbol der „Ehrlichkeit" und zur Seite Frankreichs eine Frauengestalt, welche die „Gerechtigkeit" symbolisiert. Beides offenbar sehr sinnig ausgewählt.

Wir erwähnen nur in aller Kürze, daß die Verhältnisse in Mexiko, wie immer wahrscheinlicher wird, zu einem Bruch zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der großen mittel-

amerikanischen Republik drängen. Gerade dadurch aber scheint Huertas Stellung gestärkt worden zu sein. Seiner Gegner im Parlament hat er sich durch einen Staatsstreich entledigt, und die Bevölkerung steht zu ihm. In Washington ist man durch die Haltung der europäischen Mächte, namentlich Englands, verstimmt. Man hatte merkwürdigerweise erwartet, daß Europa seine Anerkennung Huertas rückgängig machen und sogar helfen werde, Huerta zu verdrängen. Das aber wird keineswegs beabsichtigt. Die Absicht geht vielmehr dahin, das Ergebnis der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen abzuwarten und als fait accompli anzuerkennen. In China gewinnt Juanschikai offenbar stetig an Ansehen. Er hat bisher keinerlei Neigung gezeigt, auf die Souveränität Chinas über die Mongolei zu verzichten, und die Mongolen beginnen bereits der faktischen Abhängigkeit, in der sie jetzt von Rußland stehen, überdrüssig zu werden. Ebenso fest tritt Juan ausländischen Anleihen entgegen, die mit einer politischen Kontrolle verbunden sind, dagegen fördert er systematisch private Unternehmungen, die zur Erschließung Chinas beitragen. Offenbar will er Herr der Lage nach innen wie nach außen bleiben.

Nach Persien ist der Regent nun tatsächlich zurückgekehrt. Er hat im Einverständnis mit dem Kabinett beschlossen, die Wahlen für den Medjlis auf nächsten Herbst zu verschieben. Dann wird die Krönung des jungen Schahs bereits vollzogen sein. Bis dahin will man Ruhe haben, was notwendig zu sein scheint, da die Erregung in Persien groß ist. Die „Nowoje Wremja" meldet nicht ohne Hohn, daß die „äußerst optimistische" Zeitung „Dawane Dolot", das Organ der demokratischen Partei, behaupte, die Ruhe in Persien sei bereits hergestellt, und den Abzug der russischen Truppen fordere. Die Einmischung Englands und Rußlands in die inneren Angelegenheiten Persiens müsse aufhören usw. Das aber ist allerdings höchster Optimismus.

In Kleinasien hat Frankreich seinen Eisenbahnvertrag mit der Türkei in Sicherheit gebracht, und der Inhalt des Vertrages ist bereits von der „Agence Havas" veröffentlicht worden. Frankreich erhält folgende Eisenbahnkonzessionen: Samsun—Siwas—Charput—Arghana; Arghana—Bitlis—Wan (bei Arghana findet der Anschluß an die deutsche Bahn Arghana—Diarbekr statt); Erzerum—Erzinghia—Siwas; Trebizonde—Erzerum; von Samsun—Siwas eine Zweigbahn nach Kostomuni.

In Syrien Rajak—Ramleh. Endlich gewährt die Pforte den Franzosen Konzessionen in den Häfen Jaffa, Caiffa und Tripoli (Asien) am Mittelmeer, und in Ineboli und Heraklea am Schwarzen Meer. Rußland verlangt, daß die französischen Bahnen mit den russischen verbunden werden, und daß ein russischer Delegierter zur Dette publique herangezogen werde.

Aber die „Agence Havas" meint, daß die Pforte sich nur schwer dazu entschließen werde; das glauben wir auch, doch der „Golos Moskwy" macht zu diesem Vertrage die bitterböse Bemerkung: „Wenn man an der Seine mit den Interessen Rußlands markten sollte, so wird Rußland sich als der „Freundschaftsbande" ledig betrachten und bemüht sein, die eigenen Interessen über den Kopf Frankreichs hinweg und unabhängig von den Franzosen zu führen. Herr Poincaré ist ein zu erfahrener Politiker, um nicht zu verstehen, wohin das zuletzt führen könnte." Das ist die erste derartige Drohung, die uns nach der russischen Revolution aufgefallen ist. Der „Golos Moskwy" vergißt aber, daß Herr Poincaré auch ein sehr erfahrener Finanzkünstler ist.

Zum Schluß sei auf eine hochinteressante „diplomatische Untersuchung" von Dr. Hans F. Helmolt („Weser-Zeitung" vom 11. und 12. Oktober) hingewiesen. Sie weist schlagend die ganz irreführenden Darlegungen Dr. H. Friedjungs im „Greifen" über den Inhalt des Dreibundes zurück, und sei hiermit angelegentlich empfohlen.

23. Oktober 1913. Frankreich protestiert gegen die Erhöhung der Einfuhrzölle in Mexiko.
25. Oktober. Demission des Kabinetts Romanones in Madrid.
26. Oktober. Huerta wird zum Präsidenten der mexikanischen Republik gewählt.
28. Oktober. Die Konstitutionalisten in Mexiko sprengen einen Militärzug in die Luft.

---

29. Oktober 1913.

Der Verein für Erhaltung des Deutschtums im Auslande hat zum Zentenartage der Leipziger Schlacht eine wundervolle Radierung von Erich Heermann (Kunstverlag von Langewort in Breslau) den Landsleuten in der Fremde gestiftet. Sie stellt die Burg Hohenzollern dar, und zwar so, daß man vom Tal aus den ganzen von der Burg gekrönten Berg übersieht, darunter die Inschrift: „Hie guet zolre allweg". Am Fuß des Blattes prangt die Kaiserkrone. Das Ganze ist überaus eindrucksvoll und hat uns eine englische Ausführung in Erinnerung gebracht, die, im Anschluß an die bevorstehende Thronbesteigung des Herzogs von Braunschweig, auf den Segen hinweist, den Deutschland aus der Tatsache gezogen hat, daß es im Gegensatz zu der Zentralisation, die in aller Welt zu beobachten ist, nach Herstellung der Reichseinheit, seine historischen Bestandteile, abgesehen von den Wandlungen, die der Reichsdeputationshauptschluß und der Sommer 1866 brachten, als Selbständigkeiten mit eigener Dynastie lebendig erhalten hat. „Jeder Deutsche hat zwei Vaterländer — seinen eigenen Staat und seine Nation, und sein Patriotismus vertieft sich, indem er sich verdoppelt." Die Nationalität aber soll, trotz der Zugehörigkeit zu einem fremden Staatskörper, unseren Landsleuten im Auslande mit der Sprache erhalten bleiben, und alle dahingehenden Bestrebungen verdienen die wärmste Anerkennung. Die Engländer haben vor uns den Vorzug voraus, daß, wo immer sie hinwandern, ein national beackerter Boden ihnen entgegentritt, und das ist doch das vornehmste Band, das trotz aller Interessengegensätze die großen Kolonien an das Mutterland fesselt. Wenn einmal der Tag kommt, da unsere Kolonien, speziell

Südwest, eine stattliche deutsche Bevölkerung tragen können, dürfen wir in dieser Hinsicht auf eine parallele Entwicklung hoffen, und die Zeichen der Zeit scheinen darauf hinzuweisen, daß diese Wandlung sich in rascherem Tempo vollziehen wird, als die schweren und langsamen Anfänge wahrscheinlich machten. Wir sind der Meinung, daß in den wesentlichen Fragen Staatssekretär Solf die rechten Wege eingeschlagen hat, und wollen über Differenzen nicht streiten, die in der Auffassung gewisser Probleme zwischen ihm und den kolonialen Autoritäten bestehen. Das ist unvermeidlich und wird ausgeglichen werden.

Rascher als sich erwarten ließ, hat, zum Ärger der in aufreizender Haltung verharrenden französischen Presse, Serbien sich dem österreichischen Ultimatum gefügt, was neben der Tatsache, daß die Mächte des Dreibundes fest zusammenstanden, wohl vornehmlich darauf zurückzuführen ist, daß auch Sir Edward Grey die provozierende Haltung Serbiens mißbilligte. Auch ist es sehr erfreulich, daß Minister Churchill mit seinem Flottenfeierjahr am eigenen Herde eine völlige Niederlage erlitten hat. Alle wirklich bedeutsamen Organe der englischen Presse haben ihm die Gefolgschaft versagt. Namentlich drastisch ist die Abweisung, die er in einem Artikel voll köstlicher Ironie im „Economist" erfährt. Er mündet für Mr. Churchill in den nicht mißzuverstehenden Rat aus, als erster Lord der Admiralität gefälligst zu resignieren, da sein Gewissen ihm nicht gestatte, von seinem Marineprogramm auch nur ein Jota aufzugeben. Winston Churchill ist ohne Zweifel ein Mann von ungewöhnlicher Begabung und Energie, aber noch ungewöhnlicher ist das Feuer seines Temperaments und die Glut seiner Phantasie, die sich völlig über Realitäten hinwegzusetzen vermag, die nun einmal als solche vorhanden sind und sich nicht wegdiskutieren lassen.

Greift Mr. Churchill mit seiner Marinepolitik in das Gebiet der auswärtigen Politik ein, so hat fast gleichzeitig, aber im Namen des Gesamtministeriums, der Führer des linken Flügels, D. Lloyd George, eine radikale Agrarreform angekündigt, deren Ziel dahin geht, der stetigen Abnahme des englischen Bauernstandes dadurch abzuhelfen, daß der Großgrundbesitz mobilisiert und parzelliert werden soll. Es ist der Ankündigung dieses Planes eine Enquete vorausgegangen, deren Material veröffentlicht worden ist, und das keinen Zweifel darüber läßt, daß Reformen der englischen Agrarverhältnisse unerläßlich sind. Alle bisherigen Anläufe nach dieser Richtung hin haben den

Niedergang nicht aufhalten können. Es wandern nach wie vor die besten Elemente der bäuerlichen Bevölkerung nach Kanada oder Australien aus, während ein anderer Teil direkt in die Reihen der Fabrik- oder Grubenarbeiter übergeht. In gleichem Verhältnis aber nimmt der Umfang der Felder ab, die dem Kornbau dienten, um Wiesenflächen, Parkanlagen oder Jagdgründen Platz zu machen. Es ist also durchaus nicht abzuweisen, daß hier von der Regierung reformierend eingegriffen werden muß. In seiner jetzigen Form aber trägt das Projekt Lloyd Georges einen revolutionären Charakter, und wir halten es für ausgeschlossen, daß es ohne sehr wesentliche Veränderungen Gesetz werden könnte. An Stelle des Board of agriculture soll ein Landwirtschaftsminister mit fast diktatorischen Vollmachten treten, um die Pacht- und Lohnverhältnisse zu regeln und die Ländereien zu expropriieren, die seiner Meinung nach zu Unrecht der Landwirtschaft entzogen worden sind. Es spielen hierbei, wie sofort einzusehen ist, überaus wichtige juristische, finanzielle und soziale Fragen mit, und es kann wohl als sicher gelten, daß man sie nicht übers Knie brechen wird. Die „Landreform" wird nicht angegriffen werden, bevor die Homerule und die Welsh Disestablishment-Bill Gesetz geworden sind. Bis dahin fließt aber noch viel Wasser die Themse hinab und wird die Agrarfrage nach allen Richtungen hin geprüft und diskutiert worden sein. Der „Economist" widmet ihr bereits einen Artikel, der jede Überstürzung ablehnt, und stellt Ausführungen über Detailfragen in Aussicht.

Es wird aber nützlich sein, bei dieser Gelegenheit das Porträt hierherzusetzen, das Jaques Bardoux in seinem mehrfach zitierten Buch über „Das radikale England" von Lloyd George entwirft: „D. Lloyd George ist der bekannte Vertreter des linken Flügels der Nonkonformisten und dissidentischen Protestanten. Er sieht fast wie ein Franzose aus. Sein braunes Haar trägt er zurückgekämmt, die Stirn ist vorzeitig gefurcht, die Augen sind brennend und unruhig. Er trägt einen schwarzen Schnurrbart, ist ein Kelte walisischer Herkunft und redet gestikulierend und in wohlklingenden Perioden wie ein Franzose. Sein Vater war Schulmeister in Manchester, ein Onkel, der Schuhflicker war, erzog den Knaben in einer Dorfschule aus Mitleid. Aber Lloyd George bildete sich selbst durch Lektüre fort, überwand in Ehren alle Schwierigkeiten, wurde Advokat und stieg rastlos empor, bis er dank seiner Arbeitskraft und seinem Talent Minister wurde. In diesem langen Kampf mit

sich selbst und mit anderen hat er sich den demokratischen Leidenschaften nicht entfremdet, vielmehr stieg sein Durst nach Gerechtigkeit und Gleichheit. Man muß ihn gehört haben, wie er in keltischem Dialekt zu den Grubenarbeitern in Wales spricht, oder wie er eine Versammlung Arbeiter in London durch seine Beredsamkeit hinreißt, um den Charakter seines religiösen Radikalismus zu verstehen. David Lloyd George dient mit gleicher Leidenschaft den Interessen seiner methodistischen Glaubensgenossen, wie denen seiner Wähler, den Trade-Unionisten." Er ist ein Jahr jünger als Sir Edward Grey, das ist 50 Jahre alt, während Winston Churchill 42 ist, aber man kann zweifelhaft sein, bei welchem von ihnen das Feuer jugendlichen Anstürmens sich lebendiger erhalten hat. Zwischen ihnen besteht eine Art innerer Verwandtschaft, während Sir Edward einen ganz anderen, man möchte sagen englischeren Typus darstellt. Dieser Staatsmann, dessen gutem Willen, die Beziehungen Englands zu uns besser zu gestalten, wir alle Anerkennung zollen, steht gerade jetzt vor der außerordentlich schwierigen Aufgabe, die sehr bedeutenden Interessen Englands in Mexiko zu wahren, ohne darüber in Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu geraten. Die schwer zu verstehende Politik Präsident Wilsons, die aus Motiven sentimentaler Natur, unter Beteuerung voller Selbstlosigkeit, in die innere Angelegenheit Mexikos eingreift, als handele es sich um Haiti, scheint über kurz oder lang zu einem Konflikt führen zu müssen, der nicht nur die beiden Republiken schwer schädigen muß, sondern auch die Interessen der europäischen Mächte ernstlich bedroht. Nicht mit Unrecht weist man der Haltung Amerikas die Verantwortung dafür zu, daß es Huerta nicht gelungen ist, die Revolution der Carranzisten niederzuwerfen. Die Einnahme von Torreon durch General Villa und die Festnahme deutscher, englischer und französischer Untertanen als Geiseln, mit deren Hinrichtung gedroht wird, falls die Regierungstruppen den Versuch machen sollten, die Stadt wiederzugewinnen, zeigt, wie gefährlich die Lage sich zugespitzt hat, und wie sehr die Gegner Huertas sich über alle völkerrechtlichen Ordnungen hinwegsetzen. Bisher liegen nur ein deutsches und ein französisches Kriegsschiff in Veracruz, es sollen vier amerikanische unterwegs sein; schwer verständlich wäre es, wenn England müßig zuschauen wollte. Aber es ist ein alter Grundsatz englischer Politik, sich unter keinen Umständen in ernsten Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu setzen, und Sir Edward wird

die Mittel finden müssen, auch unter den jetzigen Umständen, ohne der Würde Englands zu vergeben, diese Richtlinie einzuhalten. Was aber die gefangenen Deutschen in Torreon betrifft, so hoffen wir, daß das Ansehen unseres Gesandten in Mexiko hinreichen wird, ihre Befreiung durchzusetzen. Es scheint übrigens schon jetzt sicher zu sein, daß die auf den 26. Oktober festgesetzten Wahlen zu keinem Ergebnis geführt haben, so daß Huerta seine provisorische Präsidentschaft fortzuführen hätte. Auch ist er, nach allgemeinem Urteil, die einzige Persönlichkeit, von der man annimmt, daß sie Charakter und Mut in ausreichendem Maße besitze, um die Krisis zu überwinden. Von den übrigen Kandidaten schien der von Huerta und der Priesterpartei unterstützte Gamboa die besten Garantien zu bieten. Daß aber seine Wahl eine Änderung der völlig unberechenbaren Politik des Weißen Hauses zur Folge haben würde, ist keineswegs sicher. Es scheinen neben den sentimentalen Beweggründen der amerikanischen Staatsmänner sehr realistische Erwägungen mitzuspielen, die aber pflegen der Welt meist nur als vollendete Tatsachen entgegenzutreten.

In Frankreich dauert die Rundreise des Präsidenten noch fort und ebenso die Flut seiner Reden, die stets in einer Verherrlichung des Ortes gipfeln, in dem er sich gerade aufhält. Für den Nichtfranzosen hat das längst einen komischen Charakter angenommen, mitunter einen befremdenden, so z. B. wenn in Dreux der Präsident des Generalrats von den Bauern des Departements rühmt, daß sie aufgehört hätten, beim Klang des „Angelus" ihr Kreuz zu schlagen und daß sie die Melodie ihrer alten Weisen (offenbar der geistlichen Gesänge) vergessen, dafür aber den sozialen Problemen sich zugewandt hätten, und wenn darauf der Präsident in seiner Gegenrede den intellektuellen und moralischen Fortschritt dieser Bevölkerung rühmt. Nebenher ist es kaum glaublich, was er an Schmeicheleien entgegennimmt und mit Zinsen wiedergibt. Schön ist es nicht, aber notwendig mag es sein, denn, wie der „Eclair" vom 21. Oktober ausführt, Frankreich steht zurzeit in einer dreifachen Krisis: Wahlkrisis, Ministerkrisis und Präsidentenkrisis. Die erste faßt die Proportionalwahl ins Auge, die zweite den Ansturm gegen das Ministerium Barthou, die dritte gilt der Stellung des Präsidenten, was der „Eclair" folgendermaßen formuliert: „Die Aufgabe besteht darin, dem ganzen Organismus Frankreichs neues Blut zuzuführen, die Republik neu aufzubauen, eine Re-

gierung einzusetzen, welche die alten Schäden beseitigt, dem Präsidenten das Mandat und die Rolle eines Piloten zu übertragen an Stelle des Scheins und der Repräsentation, mit der man sich bisher im Elysée zufrieden gab... Das Land will als Präsidenten der Republik einen Mann haben, der weder ein einfacher Figurant, noch der servile Exekutor parlamentarischer Phantasten ist..., einen Präsidenten, der präsidiert, das heißt, wirksam regiert, oder mindestens die allgemeinen Interessen kontrolliert, deren stete Sorge und Hut ihm gehört." Das ist, nachdem „Temps" und „Débats" sich schon lange in ähnlichem Sinn ausgesprochen haben, recht ungeschminkt ausgedrückt: es handelt sich um eine Revision der Verfassung, die dem Präsidenten Unabhängigkeit vom Parlament und durchgreifende Autorität dem Ministerium gegenüber schaffen soll. Die Parallele mit Louis Napoleon tritt immer deutlicher hervor, aber um wie vieles geistvoller und selbständiger war der Mann des 2. Dezember? Hinzuzufügen wäre nur, daß zu diesen drei Krisen als vierte eine finanzielle hinzutritt, die, wenn wir den mit der Regierung in Kontakt stehenden Organen Glauben schenken dürfen, ebenfalls so gelöst werden soll, daß sie die Autorität des Präsidenten steigert.

Die letzte Petersburger Korrespondenz des „Temps" bestätigt die Sorgen, mit denen wir vor acht Tagen auf die Wendung in den inneren Angelegenheiten Rußlands hinwiesen. Ein Aufruf des Zentralkomitees der Oktobristen beschwört die Mitglieder der Partei, das Schicksal des Landes nicht in die Hände der Revolutionäre zu geben. Das entspreche, schreibt jener Korrespondent, der jetzigen Stimmung, selbst Menschikow sage, „es rieche nach 1905", Gutschkow sei höchst pessimistisch gestimmt und fürchte ernste Ausschreitungen, nur die offiziöse „Rossija" leugne, daß eine oppositionelle Stimmung existiere. Eine große oppositionelle Kundgebung fand am 19. Oktober in Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Moskauer „Rußk. Wjedom." statt, aber sowohl die Versammlung im Saal des „Literarisch-künstlerischen Vereins" wurde gleich nach der ersten, das politische Gebiet streifenden Rede polizeilich geschlossen, wie danach auf dem Bankett dem Festredner Fürsten Dolgorukow von dem Polizeibeamten die Fortsetzung seiner Rede verboten. Er hatte von den Prinzipien der Kultur, des Bürgersinns und der politischen Freiheit gesprochen, die die gefeierte Zeitung vertrat, und dann fortgefahren: „Über die

große russische Ebene — wehen heftige Stürme hin —, der russische Frost ist hart, die Winternacht lang und Feuer selten. Ohne einen Herd, der Licht und Wärme spendet, wird der russische Wanderer das Morgenrot nicht erblicken." Offenbar ist es die Art, wie diese Worte gesprochen und verstanden wurden, die das Einschreiten der Polizei und das Verbot weiteren Redens zur Folge hatte. Man versuchte nun die eingelaufenen Telegramme zu verlesen; auf ein Telegramm des Mitgliedes des Reichsrats und Präsidenten der Kaiserlichen Geographischen Gesellschaft, Ssemenow, folgte das Verbot, weitere Telegramme zu verlesen, und als Fürst Dolgorukow darauf sein Präsidium niederlegte, der Befehl, das Lokal zu räumen. Am 23. Oktober wiederholte sich, gleichfalls in Moskau, eine ähnliche Szene, als der Abgeordnete Nowikow über die Tätigkeit der dritten Duma referierte, aber es bedurfte einer dreimaligen Aufforderung der Polizei, ehe die Versammlung unter den Rufen: Ungesetzlich, willkürlich! sich entschloß, auseinanderzugehen. Kein Zweifel: die Zeichen deuten auf Sturm, und die neuen von der Regierung getroffenen oder vorbereiteten Maßregeln steigern die Erregung. Der Oberprokureur des Heiligen Synod, Sabler, der den Fanatismus seines Vorgängers Pobedonoszew teilt, ohne etwas von dessen Gelehrsamkeit und Geist geerbt zu haben, hat große Erbitterung dadurch erregt, daß er die Kirchenschulen der Kompetenz der Duma entziehen will, und der Minister des Innern, Maklakow, ist unterwegs nach Livadia, um vom Kaiser einen Gesetzentwurf bestätigen zu lassen, der den Zeitungen den Abdruck der in der Duma gehaltenen Reden ohne vorausgegangene Zensur verbieten soll. So ist das Mißtrauen auf beiden Seiten groß, und hier wie dort bereitet man sich für einen Kampf vor, der unvermeidlich scheint. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die vierte Duma sehr bald aufgelöst werden wird. Inzwischen ist die Pest in Nowotscherkask mit großer Heftigkeit ausgebrochen und bereits bis Zaritzyn gelangt. Es fehlt an Ärzten, und die Presse erzählt von Ärzten, die sich weigern, die infizierten Orte zu besuchen. Das alles ist höchst unerfreulich. Daneben spielen noch unbegreifliche administrative Torheiten. Bekanntlich wird nur ein bestimmter Prozentsatz von Juden an den Universitäten zum Studium zugelassen. Es werden Konkurrenzexamen veranstaltet und diejenigen aufgenommen, die am besten bestanden. Neuerdings hat man zu der Methode gegriffen, das Los darüber entscheiden zu lassen, wer Student werden soll, was ent-

schieden unpraktisch ist; wenn man die Fähigen beseitigen will, wäre es wirksamer, diejenigen zuzulassen, die das Examen nicht bestehen. Nicht weniger unbegreiflich ist eine Verfügung des Kurators von Odessa, die den jüdischen Schülern die Teilnahme am Turnunterricht verbietet.

Höchst unerquicklich ist der Eindruck, den, je länger je mehr, der Beilis-Prozeß in Kiew macht. Es wird auf beiden Seiten schamlos gelogen, und Elemente werden als Zeugen pro und contra herangezogen, deren Unglaubwürdigkeit auf der Hand liegt. Wie immer das Schlußurteil lauten mag, es wird ein leidenschaftliches Anwachsen des russischen Antisemitismus zur Folge haben und anderseits Öl in das Feuer der ohnehin tieferbitterten Liberalen und Radikalen tragen.

Großes Aufsehen erregt auch die Tatsache, daß der vielgenannte Grigori Rasputin aus Jalta in Petersburg eingetroffen ist und dort mit hohen Geistlichen in Beziehung getreten ist, die seiner Richtung nahestehen. Der „Golos Moskwy" nimmt an, daß es sich um die brennenden Konfliktsfragen innerhalb des Synods handelt.

Von politischen Ereignissen notieren wir den Sturz des Ministeriums Romanones in Madrid. Es wird durch ein konservatives Ministerium ersetzt werden, was nur erfreulich sein kann, da in Spanien der Radikalismus in den letzten Jahren immer mehr an Boden gewonnen hat. Die angeblich völlig niedergeschlagene Revolution in Portugal ist offenbar nicht die letzte gewesen. Vermögen die Royalisten auch nichts auszurichten, so scheinen sich jetzt neue revolutionäre Gruppen gegen die Regierung erheben zu wollen; das Ende der Wirren, die seit der Ermordung des Königs Carlos das unglückliche Land nicht zur Ruhe kommen lassen, ist offenbar noch nicht eingetreten.

Die Wahlen in Italien haben die Stellung des Ministeriums Giolitti noch weiter gestärkt. Die Zahl der Sozialdemokraten ist erheblich zurückgegangen und so das Experiment mit dem allgemeinen Wahlrecht scheinbar geglückt. Es sind $5^1/_3$ Millionen neuer Wähler hinzugekommen, und das ist nicht unbedenklich, da das Gesetz bisher nur die Ehrlosen und die Analphabeten ausschloß. Die griechisch-türkischen Verhandlungen stehen unmittelbar vor einem glücklichen Abschluß.

1. November 1913. Herzog Ernst August tritt die Regierung von Braunschweig an.
4. November. Unruhen im ungarischen Abgeordnetenhause. Die Parlamentswache muß einschreiten.

---

5. November 1913.

Die vierte Duma, die ihre zweite Session bereits am 28. Oktober begonnen hat, und die französische Kammer, die am 4. d. Mts. zusammentritt, haben die Herbstkampagne der europäischen Vertretungskörperschaften eröffnet. Sie stehen beide vor außerordentlich schwierigen Aufgaben. In Rußland handelt es sich darum, einen Modus vivendi zwischen der überwiegend oppositionellen Majorität der Kammer und der Regierung zu finden, die nach wie vor den Sitzungen fernbleibt, weil sie eine Genugtuung für die angetane Beleidigung nicht erhalten hat, und die Aussicht, daß es nachträglich geschehen sollte, zunächst noch sehr gering ist. Der Gegensatz zwischen der Praxis der Regierung und den Wünschen der Dumamajorität ist aber größer, als es zur Zeit der ersten Session war, die am 28. November vorigen Jahres eröffnet wurde. Damals ist fast das gesamte Interesse von den auswärtigen Angelegenheiten absorbiert worden, man glaubte an einen bevorstehenden Krieg und war, aus sehr verschiedenen Beweggründen, ihm nicht abgeneigt. Die große Enttäuschung der Balkankriege, die die Stellung Rußlands im nahen Orient gemindert und zu einer Annäherung an die Türkei geführt haben, wirkte außerordentlich ernüchternd, und da die innerpolitischen Erfolge, die man unter allen Umständen von einem Kriege glaubte erwarten zu dürfen, ausblieben, reifte der Entschluß, sie auf anderem Wege zu erringen. Das Programm der Duma richtet sich auf Reformen im Innern, d. h. auf Erfüllung der Zusagen vom 17./30. Oktober, welche die Opposition als noch ausstehend betrachtet, während nach dem Standpunkte, den die Regierung einnimmt, alles Wesentliche, soweit es bei den russischen Verhältnissen gewährt werden kann, bereits Wirklichkeit geworden ist. Zurzeit stehen

die Gegensätze so schroff einander gegenüber, daß, da die Macht in den Händen der Regierung liegt, eine Auflösung der Duma als wahrscheinlicher Ausgang erwogen wird. Noch aber läßt sich hoffen, daß, wenn der Ministerpräsident Kokowzew zurückkehrt, von dieser höchst bedenklichen Maßregel absehen wird und die erregte öffentliche Meinung des Landes durch Zugeständnisse befriedigt wird, die sie beruhigen. In der „Nowoje Wremja" hat der Bruder des früheren Ministerpräsidenten, Alexander Stolypin, sich in Hinblick auf diese Möglichkeit verhältnismäßig optimistisch geäußert. Aber er wendet sich zugleich sehr entschieden gegen die Bestrebungen, die er der Rechten zuschreibt: „Wenn die Regierung, aufgehetzt von unversöhnlichen Reaktionären, die Verantwortung für einen radikalen Bruch auf sich nehme und den Reformplan vernichten sollte, der im Manifest vom 17. Oktober angekündigt war, dann müßte das Signal von der roten Gefahr gehißt werden ... und der Verband vom 17. Oktober ... als letzte Mauer sich der blutigen Welle entfachter Gewalt und erregter tierischer Leidenschaften entgegenstellen, um das ehrlichen Herzen teuere jahrhundertalte Heiligtum unserer historischen Vergangenheit zu retten." Der Schlußsatz will wohl sagen, daß er die monarchische Grundlage des Staates, für den Fall einer Beseitigung der Verheißungen des Oktobermanifestes, für gefährdet hält. Dasselbe soll offenbar ein Artikel andeuten, der ausführlich den Verlauf der Borkikatastrophe vom 17. Oktober 1888 erzählt, aus der wie durch ein Wunder Kaiser Alexander III. und die mit ihm aus Livadia nach Moskau zurückkehrende kaiserliche Familie sich rettete.

Die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des Oberprokureurs Sabler erhalten sich; man bringt sie, was nicht unbedenklich ist, in Zusammenhang mit der Anwesenheit Grigori Rasputins in Petersburg, dessen Einfluß bei Hofe — falls das Gerücht recht behalten sollte — sich stärker erwiesen hätte als der Sablers. Als Nachfolger des letzteren wird Herr Domanski, der Gehilfe (Unterstaatssekretär) des Oberprokureurs genannt. Es darf bei Beurteilung dieser Gerüchte, die vielleicht nur Wünsche sind, nicht übersehen werden, daß Sabler zahlreiche Feinde in den Reihen der Geistlichkeit selbst hat. Er hat es bisher verstanden, die Berufung des heißersehnten russischen Konzils zu verhindern, von dem eine Reform der Kirche und namentlich eine Befreiung von der Diktatur erwartet wird, die der Oberprokureur unzweifelhaft im Hei-

ligen Synod ausübt. Auch der Verlauf des Beilisprozesses trägt zur allgemeinen Unzufriedenheit bei. Es läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß das ungeheuere Material, das die Aussagen der Zeugen — von denen keiner Zeuge gewesen ist — gebracht haben, keinen greifbaren Hinweis auf den oder die Mörder des Knaben Juchtschinski bietet. Die Urteile der medizinischen und psychologischen Experten aber stehen einander schroff gegenüber. Ebenso schroff bekämpfen sich die politischen Parteien in dieser Frage. Was zur Rechten und zur Geistlichkeit gehört, *glaubt* an einen Ritualmord, alles, was links steht, hält ihn aus Prinzip für undenkbar. Jedenfalls wird der Spruch der Jury, wie er immer ausfallen mag, zu einem gefährlichen politischen Ereignis.

Die Fragen auswärtiger Politik beschäftigen mehr die Presse als die Gesellschaft. Immerhin verdient es Beachtung, daß der „Golos Moskwy" auf energisches *Vorgehen in Kleinasien und in Persien* dringt, „das langsame, aber unablässige historische Vordringen Rußlands zu den warmen Gewässern des Indischen Ozeans hat seine bestimmten Etappen". Die erste sei der Vertrag von Gülistan vom 12. Oktober 1813 gewesen. Dann hätten die Ereignisse, die dem Kriege von 1877 und 1878 vorausgingen und diesen Krieg selbst herbeiführten, die ungeheuere strategische Bedeutung Bajazets und des Chanats Maku gezeigt, deren Besitz eine Lebensfrage für Rußland sei; nicht um in Kleinasien einzudringen, daran denke niemand in Rußland, sondern um seine von der Türkei bedrohten Flanken zu schützen. Seit dem Vertrage von Gülistan seien hundert Jahre hingegangen, niemand werde Rußland aggressiver Absichten bezichtigen können, wenn es jetzt einen Schritt weiter vorrücke. Es handelt sich also um eine weitere Etappe „zu den warmen Gewässern des Indischen Ozeans", ganz wie das Amurgebiet seinerzeit eine Etappe zum „warmen Großen Ozean" wurde, und wie neuerdings der Varangerfjord als Etappe „zum warmen Golfstrom" ins Auge gefaßt wird. Das Bedürfnis nach Wärme ist eben außerordentlich groß, und die Naivetät erstaunlich, mit der das Recht Rußlands, sich auf Kosten seiner Nachbarn auszudehnen, als die selbstverständliche historische Mission des Staates in Anspruch genommen wird. Der Vertrag, der eben jetzt zwischen China und Rußland abgeschlossen ist und die Autonomie der äußeren Mongolei unter Suzeränität Chinas anerkennt, ist ebenfalls eine Etappe, ganz wie die Nordmandschurei.

Für die sofortige Annexion der Mandschurei tritt die russische Presse ebenfalls lebhaft ein, und zwar, weil angeblich Japan und China einen Geheimvertrag abgeschlossen hätten, welcher den Japanern die Kolonisation nicht nur der südlichen, sondern auch der nördlichen Mandschurei freigebe, dazu wichtige Konzessionen an Eisenbahnen, Waldgebieten und Bergwerken. Japan habe sich dagegen verpflichtet, die territoriale Integrität Chinas mit Einschluß der nördlichen Mongolei, „die unter russischem Protektorat steht", zu behaupten. „Dieser Vertrag — schreibt der „Golos Moskwy"— bringt uns im fernen Osten wieder in eine höchst schwierige Lage. Die Aufgabe, die Japan sich stellt, führt unabwendbar entweder zu einem neuen Kriege oder zu schimpflichem Verzicht auf die Nordmandschurei und in naher Zukunft zum unvermeidlichen Verlust aller unserer Besitzungen im fernen Osten, da sie sich ohne die Nordmandschurei nicht behaupten lassen. Es wäre sehr gut, wenn diese Mitteilung, die auf die „Nowoje Wremja" zurückgeht, sich in dem Sinne als falsch erwiese, daß es noch verfrüht ist, von ihr als von einer vollendeten Tatsache zu reden. Dann wäre dieser „Zwischenfall" eine gute Lektion für unsere Diplomatie. Sie sollte endlich verstehen, zu welchen gefährlichen Konsequenzen ihr Trippeln auf einem Fleck, ihre Scheu vor entschiedenem Handeln führt und einsehen, daß es nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage gibt: eine Verständigung mit Japan über Teilung der Mandschurei. Aber Eile tut not, sonst wird es zu spät sein." Bis uns das Gegenteil bewiesen wird, halten wir die Nachricht über den japanisch-chinesischen Vertrag für eine Ente. Japans Hände reichen nicht bis in die Mongolei hinein und zu einem zweiten Kriege mit Rußland fehlen ihm Lust und Geld. Weit wichtiger aber ist das Drängen auf eine Annektierung der nördlichen Mandschurei, das ohne Zweifel Verwicklungen zur Folge haben würde, und das wohl einen Teil des Programms der Hintermänner des Moskauer Blattes bildet. Richtig ist dagegen, daß gerade jetzt eine „Probemobilisierung" in fünf Kreisen des Fergsanagebietes stattfindet. Ein Teheraner Telegramm der „Nowoje Wremja" meldet, daß Salar ed Dauleh im russischen Konsulat in Kermanschah erklärt habe, daß er ein überzeugter Freund Rußlands und ein Feind Englands sei, das ihn 1910 dem Exschah ausgeliefert habe, als sein Zug gegen Teheran, den er auf englischen Antrieb unternahm, in einen Mißerfolg ausmündete. Er kritisiert die persische Politik Rußlands während der letzten drei Jahre, „sie

sei aus Liebedienerei gegen England auf falschen Wegen gewesen, indem sie das Eindringen der schwedischen Elemente duldete und die wesentlichen Interessen Rußlands vernachlässigte." Wie es scheint, wird Salar russischer Pensionär werden und Persien verlassen.

Dem Zusammentritt der französischen Kammer ist ein überaus lebhafter Parteikampf und eine nachdrückliche Reklame für das Programm der Regierung vorausgegangen. Das auf dem Kongreß zu Pau festgestellte Programm der Radikalen, das sich vornehmlich gegen die Finanzpolitik des Ministeriums Barthou und gegen die dreijährige Dienstpflicht richtet, wird von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Caillaux vertreten, dem man die Absicht zuschreibt, Barthou zu stürzen und zugleich eine Präsidentschaftskrisis herbeizuführen. Aber er hat nicht mehr als 136 Anhänger in der Kammer, und die Majorität steht zu Barthou. Die Gefahr für das Kabinett liegt darin, daß im Lauf der Debatten ein Abfall in den Reihen der Regierung stattfinden könnte, und das ist im Hinblick auf die unerhört ungünstige Lage der französischen Finanzen und auf die großen Anforderungen, welche an die Opferwilligkeit und Steuerkraft des Landes gestellt werden, nicht unmöglich. Der „Economist" widmet dieser Frage den an die Spitze der Wochennummer vom 1. d. M. gestellten Leitartikel mit der Überschrift: „Das enorme Defizit des französischen Finanzministers."

Die Ausgaben für 1914 würden nach einer Reuter-Korrespondenz 800 Millionen Franken mehr betragen als 1913, und zwar ein Mehr von 475 Millionen für das Kriegsministerium (etwa 200 Millionen für Marokko), 170 Millionen infolge der verlängerten Dienstzeit und 33 Millionen für Sold. An Ausgaben für die Marine würden 48 Millionen mehr zu fordern sein. Um dieses ungeheure Defizit zu decken, hat der Finanzminister nur drei Einnahmequellen vorgeschlagen: eine Einkommensteuer, für welche die Kammer sich schon längst ausgesprochen hat, die aber jetzt im Senat liegt, eine Kapitalsteuer und was er euphemistisch eine „Rektifikation" der Besteuerung ausländischer Werte nenne. Damit ist aber immer noch die Hälfte des Bedarfs nicht gedeckt, und der „Economist" macht die amüsante Bemerkung: Das erinnere ihn an eine Karikatur, die Peel als Finanzminister, auf einer leeren Kiste sitzend und in einem vertrockneten Teich nach einem Budget angelnd, darstellte. Frankreich sei in einer besonders unglücklichen Lage, weil das Volk unter einem drückenden System von Abgaben leide, das den Preis

aller Artikel allgemeinen Bedarfs steigere: Nahrung, Schuhwerk, Bekleidung jeder Art. Zahlreiche Industrien seien in schlimmer Lage, und sogar Lyon bitte um mehr Schutz. Mehr Schutz aber würde geringeres Einkommen bedeuten. Schon jetzt seien viele der französischen Zölle prohibitiv, so daß eine Herabsetzung sich aus rein fiskalischen Gründen empfehlen würde. Es schließt sich daran eine dem „Daily Telegraph" entnommene Tabelle, die nicht ohne Intresse ist. In Pfunden Sterling berechnet, haben in Frankreich ein Einkommen von

200 000	Pfund	jährlich	20	Personen
40 000	„	„	85	„
20 000	„	„	360	„
4 000	„	„	3 400	„
2 000	„	„	9 800	„
1 000	„	„	51 000	„
400	„	„	123 000	„
200	„	„	294 000	„
40	„	„	8 000 000	„

Da in Frankreich für die Einkommensteuer nur die Klasse in Betracht gezogen wird, die 200 Lstr. = 5000 Fr. und mehr jährlich einnimmt, ist davon nur ein Ertrag von 4 Millionen Lstr. oder 100 Millionen Fr. zu erwarten, während in England, wo die Einkommensteuer mit 160 Lstr. einsetzt, 45 Millionen Lstr., also mehr als zehnmal soviel als in Frankreich, einlaufen.

Der „Economist" schließt mit der „Times"-Nachricht, daß Dumont vor die Kammer mit dem Antrag treten werde, eine Anleihe von 1 300 000 000 Fr, zu genehmigen. Diese Nachricht ist aber, wenn man dem „Temps", den „Débats" und dem „Eclair" Glauben schenken darf, bereits überholt; es handelt sich um eine Anleihe von 2 Milliarden, und wir hören bereits Stimmen, welche meinen, das werde nicht genügen. Der „Economist" meint, diese Finanzpolitik werde ohne Zweifel die Kraft der französischen Banken und des französischen Handels schwächen. Der Ausblick sei dunkel, aber er hoffe, daß die öffentliche Meinung Frankreichs sich rechtzeitig äußern werde, um eine finanzielle Katastrophe zu verhindern. Das hofft offenbar auch Herr Caillaux, und darin liegt seine Stärke. Sie wird wahrscheinlich erst fühlbar werden, wenn die Folgen der zu großen Anspannung sich in Frankreich spüren

lassen und die Erfahrung gelehrt haben wird, daß diese Opfer einem Phantom, keiner Realität gebracht worden sind.

Höchst merkwürdig ist die Wendung, welche das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Mexiko nimmt. Man darf wohl sagen, daß zurzeit die Politik des Präsidenten Wilson und des Staatssekretärs Bryan von niemandem in Europa verstanden wird. Der Präsident predigt Frieden und tut alles, um einen Krieg unvermeidlich zu machen. Er will aus sentimentalen Gründen nicht den einzigen Mann am Ruder lassen, der es in Mexiko führen kann, und zwar, weil er ihn eines Verbrechens zeiht, das niemals erwiesen worden ist; dagegen tritt er mit den mexikanischen Revolutionären in Beziehung, deren ruchlose Kriegführung und Mißhandlung amerikanischer Untertanen notorisch ist. Dieses Verhalten aber hat er in einer Rede, die er in Mobile (Alabama) hielt, in bezug auf Mexiko und Südamerika dahin erklärt, daß es auf Moralität und nicht auf Opportunismus beruhe. „Ich erkläre," sagte er, „daß die Vereinigten Staaten fortan nicht darauf ausgehen werden, auch nur einen Zollbreit Landes gewaltsam zu erobern." Dann griff er die Politik materieller Interessen an, die von den Regierungen einiger Staaten (gemeint sind offenbar England, Frankreich und Deutschland) im lateinischen Amerika verfolgt werde. Es sei die Aufgabe der Vereinigten Staaten, ihm zu helfen, die materiellen Interessen anderer Länder abzustreifen, damit es sich seiner konstitutionellen Freiheit voll erfreuen könnte! Und das erklärt er in dem Augenblick, da er in das Verfassungsleben Mexikos eingreift und die Revolution schützt, die sich gegen die konstitutionelle Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko erhoben hat. Im weiteren Verlauf seiner Rede hat dann Präsident Wilson erklärt, daß er den südamerikanischen Republiken helfen wolle, sich von europäischen Einflüssen zu befreien. Nach Eröffnung des Panamakanals würden sie sich den Vereinigten Staaten von Nordamerika zuwenden, die nicht, wie andere, materielle Interessen verfolgen. Alle Nationen des amerikanischen Kontinents würden eine Familie der Menschheit bilden, die sich den Prinzipien widmet, von denen alle Freiheit ausgeht.

Man wird gespannt sein, ob die Denkschrift, die Präsident Wilson den an der Erhaltung der Ordnung in Mexiko interessierten europäischen Mächten angekündigt hat, ähnliche Anschauungen predigt. Das wäre zu bedauern, denn sie gehören in eine bessere Welt und haben, soviel

uns bekannt ist, auch mit der historisch überlieferten Politik der Vereinigten Staaten sowie mit ihren kommerziellen Gepflogenheiten absolut nichts gemein.

Im Gegensatz zu den Befürchtungen, die neuerdings wieder in Anlaß der griechisch türkischen Beziehungen laut geworden sind, halten wir am Glauben fest, daß ein Bruch, der beiden Teilen verhängnisvoll werden kann, vermieden werden wird. Ebenso erscheint uns nicht denkbar, daß Griechenland seine Ansprüche in Südalbanien aufrechterhalten wird. Es handelt sich um eine im Prinzip entschiedene Frage, und das Wesentliche ist zurzeit, ein lebensfähiges Albanien zu schaffen.

6. November 1913. Audienz König Ferdinands bei Kaiser Franz Josef.
Die französische Kammer nimmt das Listenstrutinium an.
Unterzeichnung des russisch-chinesischen Vertrages über die Mongolei.
7. November. Die Franzosen gehen gegen die Senussi vor.
10. November. Verurteilung des Generals Faurie durch den französischen Disziplinarrat.
12. November. Der amerikanische Gesandte Lind verläßt Mexiko.

---

12. November 1913.

Mit großer Genugtuung haben wir die Nachricht begrüßt, daß zwei unserer Schlachtschiffe in Begleitung eines kleinen Kreuzers den Auftrag erhalten haben, die pazifischen Gewässer zu besuchen. Es ist ein für alle Welt verständlicher Beweis, daß unsere Beziehungen zu England günstige sind. Wir haben den sicheren Eindruck, daß das Bewußtsein der Interessengemeinschaft, die uns in vielen und bedeutsamen Fragen mit unsern Vettern jenseits des Kanals verbindet, auch von diesen immer mehr als eine nützliche und erfreuliche Tatsache empfunden wird. Während Deutschland so bewußt und entschieden gezeigt hat, daß es sich trotz der ungeheueren maritimen Übermacht Englands nicht hypnotisieren läßt durch große Worte, wie sie seit Jahr und Tag drohend gegen uns gebraucht sind, und trotz der wachsenden Flottenrüstung Frankreichs und Rußlands, die, wie wir wissen, der französischen Revancheidee dienen soll, an seinem Programm festhält, das gerade unseren realen Bedürfnissen entspricht, auch zu keiner Zeit einen direkten oder indirekten Einspruch gegen die parallele Flottenpolitik der andern erhoben hat, scheint die Hypnotisierung Churchills durch die Phantome, die er sich selbst errichtet hat, nur an Intensität zuzunehmen. Seine jüngste Rede auf dem Lordmayorsbankett, in welcher er neue Forderungen für die englische Marine ankündigt, „die wesentlich höher seien als die ungeheuere Summe, die ursprünglich im laufenden Jahre bewilligt wurde", läßt keinen Zweifel darüber zu, daß es sich für ihn um eine stetige Steigerung der englischen Seemacht handelt, die Selbstzweck ist, da vernünftige Gründe sie nicht mehr rechtfertigen können.

Nun ist es Sache der Engländer, wie lange sie sich diese Politik, die wir nicht nachmachen, gefallen lassen. Sie muß logischerweise in eine Erschöpfung der Nation ausmünden oder zu Abenteuern führen, die unter allen Umständen eine Gefahr bedeuten würden, die wir aber nicht weiter ausmalen wollen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß eine politische Verständigung, wie die besten Köpfe hüben und drüben sie zwischen Deutschland und England wünschen, nach allen Seiten hin entspannend wirken würde, und wir geben, bei der natürlichen Verwandtschaft der deutschen und der englischen Interessen, die Hoffnung nicht auf, daß dieser Wunsch einmal zur politischen Realität wird. Was nach außen hin die Interessen Deutschlands und Großbritanniens verbindet, ist vor allem das Prinzip der offenen Tür, das gegenüber der Politik, die sich in Russisch-Asien, in Japan und in den Dependenzen Frankreichs, wie der Vereinigten Staaten von Nordamerika fühlbar macht, auf ein Zusammenwirken drängt. Seit dem Streit um die Magdalenenbai hat die Monroedoktrin ihre antieuropäische Tendenz, wie kürzlich in einem amerikanischen Brief der „Kreuz-Zeitung" eingehend dargelegt wurde (Nr. 521), noch erheblich verstärkt. Der Schwerpunkt der Deklaration des Senats vom Jahre 1911 fällt auf die Tatsache, daß wirtschaftliche Maßregeln von Korporationen und Gesellschaften (wobei in der Diskussion des Senats direkt auf den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie hingewiesen wurde) als unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten stehend bezeichnet werden, sobald sie sich auf den amerikanischen Kontinent beziehen. In Verbindung mit der Rede des Präsidenten Wilson in Mobile, von der wir vor acht Tagen an dieser Stelle berichtet haben und die, wie sich unsere Leser erinnern werden, erklärte, die Vereinigten Staaten würden den südamerikanischen Republiken helfen, sich von europäischen Einflüssen zu befreien, gibt das doch eine höchst merkwürdige Auffassung von der Stellung, in der sich nach Wilsons Ansicht, diese südamerikanischen Staaten befinden. Von ihrem Recht, nach eigenem Ermessen über ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen zu entscheiden, bleibt nach dieser „Doktrin" herzlich wenig übrig. Aber zunächst sind es Worte, die hier Europa entgegengeworfen werden, und es bleibt abzuwarten, wie diese lateinischen Republiken sich dazu stellen werden. Das Eingreifen Präsident Wilsons in die mexikanischen Angelegenheiten geht aber weit

über eine bloß theoretische Stellungnahme hinaus und hat, soweit wir sehen, nirgend in aller Welt Beifall gefunden. Die aus dem Moralkodex entnommenen Gründe werden nicht als stichhaltig anerkannt, und wenn auch niemand den Vereinigten Staaten das Recht bestreitet, den Präsidenten Huerta nicht anzuerkennen, so folgt daraus doch nicht, daß sie das Recht haben, Mexiko vorzuschreiben, den jetzigen Präsidenten zu beseitigen. Daß die Carranzisten keine konstitutionelle Partei, sondern ein beutelustiger Haufe von Revolutionären und Rebellen sind, beweist ihr ruchloses Treiben. Bisher aber ist kein irgend namhafter Präsidentschaftskandidat aufgetaucht, und es scheint, daß die Regierung in Washington selbst keinen zu nennen weiß. Es ist aber ein offenkundiges Geheimnis, daß die Standard Oil Company aus sehr materiellen Gründen die Unruhen in Mexiko gefördert hat, und daß Präsident Wilson — gewiß ohne es zu wollen — das politische Werkzeug dieses mächtigen Trusts geworden ist. Dabei ist das diplomatische Vorgehen der großen nordamerikanischen Republik mit so offenkundigem Ungeschick geleitet worden, daß sich der Ausweg zu einem leidlichen Rückzuge nur sehr schwer wird finden lassen. Die „Times" gibt der allgemeinen Meinung Europas treffenden Ausdruck, wenn sie sagt: „Alles was wir wünschen, ist, daß in Mexiko möglichst bald eine dauerhafte Regierung sich festsetzt, die fähig ist, Leben und Eigentum aller derjenigen zu schützen, die in Mexiko leben. Wir werden uns freuen, wenn Präsident Wilson dieses Ziel durch einen diplomatischen Druck erreicht. Leider ist das aber noch etwas zweifelhaft, und es ist mehr als zweifelhaft, daß man mit diesen Mitteln an Huertas Stelle einen wirklich befriedigenden Präsidenten einsetzen kann."

England aber ist durch die großen Petroleumlager, die Pearson in Mexiko erworben hat, und durch sehr bedeutende Handelsinteressen außerordentlich daran interessiert, daß eine baldige Lösung der Krisis gefunden wird, und zwar um so mehr, als es gerade im Begriff ist, auf seinen Kriegsschiffen die Petroleumfeuerung einzuführen. Huerta traut man in London die Energie zu, der seit dem Sturz von Porfirio Diaz herrschenden Unordnung mächtig zu werden. Noch weit entschiedener wenden sich die Stimmen der französischen Presse gegen die amerikanische Politik. Der „Temps" geht von dem Urteil aus, das Lane Wilson, der frühere — jetzt in Ungande gefallene — Gesandte der Vereinigten Staaten in Mexiko über die Carranzisten fällt. Diese

Revolutionäre wüßten nichts von Verfassung und Demokratie. Das Wort Freiheit bedeutete für sie, das Recht zu morden, zu plündern und Eigentum zu vernichten, und ihre Führer hätten kein anderes Mittel, ihre Autorität zu wahren, als den barbarischsten Verbrechen gegenüber beide Augen zu schließen.

Dazu schreibt der „Temps": „Ist es denkbar, daß die amerikanische Regierung hoffen kann, konstitutionelle Ordnung und dauernden Frieden in Mexiko herzustellen, wenn sie sich solchen Elementen verbündet? Vom Regiment Huertas zu dem der Konstitutionalisten übergehen, heißt von der Charybdis zur Scylla gelangen. Es wäre nicht nur Fortsetzung der Unordnung, sondern eine noch schlimmere Anarchie. Der andere Ausweg, eine militärische Expedition, aber würde in einen endlosen Kleinkrieg auslaufen, neue Hekatomben kosten, alle Fremden gefährden, den europäischen Interessen, die ohnehin schon stark geschädigt sind, neue Opfer auferlegen, also ein Abenteuer sein, von welchem die Menschheit nichts zu gewinnen hat, und dessen Vorteile denjenigen zufallen würden, die seit zwei Jahren in trübem Wasser fischen und das unglückliche Mexiko zugrunde richten."

Von Huerta hat Edward Emerson in der „Fortnightly Review" das folgende Porträt entworfen: „Victoriano Huerta ist — um es mit einem Wort zu sagen — Indianer. Er selbst sagt mit Stolz von sich, er sei Vollblutazteke. Seine Freunde rühmen an ihm die Tugenden der Indianer: Mut, Geduld, Ausdauer und würdevolle Zurückhaltung. Seine Feinde dagegen wollen in ihm manche der Laster indianischen Blutes wiederfinden. Wie ich Präsident Huerta im Felde, als Privatmann und als Präsident gesehen habe, möchte ich sagen, daß er beides, die Tugenden und die Laster seiner Rasse verbindet. In der Schlacht habe ich gesehen, wie er sich mit einem Mut aussetzte, der der besten indianischen Überlieferungen würdig ist, auch habe ich nie gehört, daß ihm jemand Feigheit vorwirft. Eine seiner starken Eigenschaften als Befehlshaber war, daß er ein Mann von wenig Worten ist. Anderseits rühmen seine eigenen Soldaten ihn als einen furchtbaren und grausamen Führer, und seinen Kriegsgefangenen sind Dinge angetan worden, daß einem das Blut erstarren kann." Das wird gewiß zutreffen, sagt aber nicht mehr, als daß auf mexikanischem Boden sich Dinge wiederholt haben, die wir im letzten Balkankriege zu unserem Entsetzen kennen gelernt haben. Auch sind Juarez und Porfirio Diaz, so lange es galt,

ihre Herrschaft zu sichern, nicht anders gewesen als Huerta. Auch sie waren Indianer und hatten die guten wie die bösen Eigenschaften ihres Bluts, und doch war des alten Diaz Regierung ein Segen für Mexiko. Präsident Wilson hat sich eine ebenso schwierige wie undankbare Aufgabe gesetzt, und gewiß das wenigst geeignete Mittel ergriffen, um das Vertrauen der lateinischen Staaten Mittel- und Südamerikas zu gewinnen, und doch ist dies sein Ziel, wie uns seine Rede in Mobile gezeigt hat.

Wir sehen noch nicht, welches die schließliche Haltung Europas sein wird. Niemand hat Neigung, die Vereinigten Staaten zu provozieren, aber man sieht ihrer Politik mit entschiedenem Mißtrauen entgegen, weil sie unzweckmäßig und willkürlich ist, und weil der Augenblick kommen kann, da nichts übrig bleiben wird, als die eigenen Interessen zu wahren, so gut es eben gehen will. Daß Columbia den Augenblick geeignet findet, um aufs neue gegen die Sezession der Republik Panama zu protestieren, ist gewiß ein Symptom der Stimmung, welche die mexikanische Politik Bryans und Wilsons in Südamerika hervorgerufen hat.

Sehr bedeutsam ist die Festigung der autoritativen Stellung des Präsidenten der chinesischen Republik. Juanschikai hat es verstanden, sich seiner Gegner im Parlament durch einen mit großer Energie und Schnelligkeit geführten Schlag zu entledigen. Die Partei Kuomintang existiert nicht mehr. 68 der gefährlichsten Rebellen, unter ihnen auch Sunjatsen, haben eine Zuflucht in Japan gefunden. Aber sie werden sorgfältig beaufsichtigt, und da Japan und China in letzter Zeit sich wieder genähert haben, dazu die Aussicht auf eine neue Erhebung des Südens wohl als beseitigt gelten kann, läßt sich annehmen, daß die Gegner des Präsidenten unschädlich geworden sind. China bedarf nach den schweren Erschütterungen, die ihm die letzten zwei Jahrzehnte gebracht haben, einer Periode der Ruhe, und Junanschikai ist offenbar entschlossen, sie seinem Vaterlande zu sichern. Er hat, soweit sich von hier aus die Dinge verfolgen lassen, mit außerordentlichem Geschick operiert und auch nach außen hin verstanden, sein Ansehen zu wahren. Der Vertrag, den er jetzt mit Rußland über die Mongolei abgeschlossen hat, mag ihm schmerzlich genug gewesen sein, er war aber notwendig und bedeutet, da im Prinzip die Mongolei chinesisches Territorium bleibt und Rußland die Suzeräni-

tät Chinas über die Mongolei anerkennt, ein Minimum an unerläßlichen Zugeständnissen, die der russischen Übermacht gewährt werden mußten. Da auch Rußland sich verpflichtet hat, die äußere Mongolei nicht zum Kolonisationsgebiet zu machen, ist die gleiche Verpflichtung Chinas erträglich. Der Schwerpunkt des Vertrages liegt wohl darin, daß die Politik der Chutuchtu von Urga unter russische Tutel tritt. Aber man gewinnt doch den Eindruck, daß es sich in diesem russisch-chinesischen Vertrage um eine Entwicklung handelt, die noch in Fluß ist, ohne daß sich mit Bestimmtheit vorhersehen läßt, wem der schließliche Gewinn zufallen wird. Daß die Bestimmungen des Vertrages von beiden Teilen als ein Definitivum betrachtet werden, glauben wir nicht. Es wird interessant, zu verfolgen, wer von beiden sich zunächst über ihn hinwegsetzen wird, und das dürfte mehr von äußeren Umständen als von Prinzipien abhängen.

Trotz der optimistischen Reden, die in den letzten acht Tagen von Sir Edward Grey und den russischen Staatsmännern Ssasonow und Kokowzew über die politische Lage gehalten worden sind, hat sich der Horizont im nahen Orient wieder verfinstert. Es scheint, daß unter französischem Einfluß eine Pression auf Italien in der albanischen Frage beabsichtigt wird, und daß gleichzeitig die türkisch-griechischen Beziehungen sich wieder zuspitzen. Wir können uns kaum eine größere Torheit vorstellen als eine Erneuerung der Balkanwirren, da alle Balkanstaaten, ohne jede Ausnahme, Ruhe gebrauchen, um die Wunden heilen zu lassen, die sie sich gegenseitig geschlagen haben. Vielleicht trägt neben den guten Ratschlägen, die von allen Seiten in Konstantinopel und in Athen einlaufen, auch zur Beruhigung bei, daß die Flotten der Großmächte gerade jetzt im östlichen Mittelmeer stark vertreten sein werden. Namentlich England tritt mit einem mächtigen Geschwader auf. Der Gedanke, die Hut des Mittelmeeres ganz den französischen Freunden zu überlassen, ist offenbar aufgegeben, es soll kein lateinisches Meer werden, sondern nach wie vor die sichere Straße, die England mit Indien verbindet.

Über die inneren Verhältnisse Englands schreibt neuerdings Wawerley im „Eclair" wieder sehr pessimistisch. Du désordre partout, so charakterisiert er unter Hinweis auf Ulster, die Landreformpläne von Lloyd George, Kanada, die Zustände in Indien und in Ägypten die Lage. Wie uns scheint, übertreibend, obgleich sich nicht

übersehen läßt, daß allerdings all die erwähnten Punkte Schwierigkeiten zeigen. Ein ungünstiges Symptom für das regierende Kabinett ist die Niederlage des liberalen Kandidaten Gooch, eines der Säulen der Partei, gegen den Unionisten Wilson in Reading, während bei der Wahl in Linlithgow (Schottland) die Liberalen zwar siegten, aber eine Einbuße an Stimmen erlitten. Ob daraus merklich auf eine Wandlung der Stimmung in Schottland geschlossen und eine Niederlage der Partei in der Homerulefrage prognostiziert werden darf, scheint uns doch sehr zweifelhaft. Dagegen nehmen wir den Widerstand Ulsters ernster, als in den liberalen Blättern geschieht. Ein Kompromiß, das den Protestanten wesentliche Zugeständnisse gewährt, wird unerläßlich, und dazu scheint die Neigung im Zunehmen begriffen zu sein.

In Frankreich ist in dem Kampf der Partei Caillaux' gegen das Ministerium Barthou noch keine Entscheidung gefallen, und alles weist darauf hin, daß dieser Kampf hartnäckig und von langer Dauer sein wird. Auch nach der Annahme der Verhältniswahl R. P. wird dieser Gegensatz nicht aufhören; die Schulfrage, in welcher Herr Barthou nicht anders können wird als den „Katholiken" Zugeständnisse zu machen, das Verhältnis zur Kurie, die Frage der praktischen Durchführung der dreijährigen Dienstzeit, endlich der Rückgang der französischen Finanzmacht, der heute nicht mehr zweifelhaft ist und in der 1½ Milliardenanleihe zu peinlichem Ausdruck kommt, ohne daß sich darauf rechnen ließe, daß damit die Bedürfnisse des Staates befriedigt würden, das alles sind Objekte, um die mit Leidenschaft gerungen werden wird. Wir können den Ausgang mit aller Ruhe abwarten, glauben aber, daß die von Caillaux vertretene Richtung dem Weltfrieden förderlicher ist als der unruhige Ehrgeiz der heutigen Herren Frankreichs.

In Rußland tritt zurzeit alles zurück vor der Tatsache, daß im Kiewer Ritualmordprozesse Beilis freigesprochen worden ist. Die Geschworenen haben mit 8 gegen 5 Stimmen gegen den Antrag des Oberstaatsanwalts entschieden, und das wird wohl ziemlich genau dem Verhältnis entsprechen, in welchem die Überzeugung der Majorität und der Minorität der öffentlichen Meinung Rußlands einander gegenüberstehen. Was die Folgen dieses Verdikts der Geschworenen sein werden, ist ganz unberechenbar. Tut die Regierung ihre Pflicht, so müßten größere Unruhen niedergehalten werden können.

Als Kuriosum die Notiz, daß ein Herr Sseverzow-Polilow jüngst

ein Buch herausgegeben hat, dem er den Titel gibt „Unter gekrönten Häuptern". Er erzählt darin weitläufig, wie er in Bonn immatrikuliert worden und mehrfache Zusammentreffen mit Kaiser Wilhelm gehabt habe. Auf Anfrage in Bonn erfahren wir, daß der Mann nie immatrikuliert worden ist. Es handelt sich um eine besonders freche Eitelkeitsschwindelei. Es gibt ja Leute, die schließlich selbst glauben, was sie vorzulügen gewohnt sind.

13. November 1913. Eröffnung der griechischen Kammer der Deputierten.
14. November. General Faurie wird gemaßregelt.
15. November. Erzherzog Franz Ferdinand in London.
16. November. Ministerpräsident Kokowzew in Berlin.
18. November. Aufstand indischer Arbeiter in Natal.

---

19. Novemer 1913.

Im „Economist" vom 15. November finden wir über die Bagdadbahn einen äußerst interessanten Bericht von M. Philips Price, datiert Adana, Turkey-in-Asia, November 3. 1913. Zentral-Anatolien und die Bagdadbahn waren das Ziel der Reise des Verfassers, der offenbar eine Vorstellung von der Tätigkeit gewinnen wollte, die Deutschland auf diesem Boden entwickelt. Seine Eindrücke sind nun sehr günstige gewesen. Die Sektion Uski-Schebir-Angora, die bereits eine Dividende zahlt, ohne die Kilometergarantie in Anspruch zu nehmen, habe sehr wesentlich zum Aufkommen dieses von der Natur wenig begünstigten Gebiets beigetragen, die zweite Sektion Uski-Shebir-Konia, die den Saum der Zentralwüste Tuz im Süden umgeht, führt bei Konia zu dem Punkt, an dem die Bagdadbahn beginnt und liegt ganz im Vilajet Konia, das hauptsächlich Weizen produziert, der jedoch nicht zur Ausfuhr kommt, sondern in der Türkei konsumiert wird. Exportiert werden Gerste, Wolle, Häute, Kupfer und manganhaltige Erze. Dieser ganze Teil von Anatolien stehe natürlich unter dem ökonomischen und politischen Einfluß von Deutschland. Aber die türkischen Beamten und die Eisenbahnbediensteten, die meist Griechen und Armenier sind, sprechen Französisch. Man sieht nur wenige deutsche Ingenieure und Arbeiter an den Irrigationswerken, doch zeigt sich der deutsche Einfluß an dem allmählich vorschreitenden Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen bei den anatolischen Bauern, und Price meint, hier wäre auch Raum für englische Unternehmer. Denn, sagt er, der ökonomische Einfluß Deutschlands ist hier wie überall identisch mit der „offenen Tür" für den Handel aller Nationen. Kornschwinger und Pferdepflüge euro-

päischen Stils beginnt man in Konia zu brauchen, aber Dampfpflüge, Dresch- und Mähmaschinen sind dem türkischen Bauer noch unbekannt. Die Bewässerung von 50 000 Hektar ehemaliger Wüste ist ein großes Kulturwerk, das die Bagdadbahn kürzlich vollendet hat, und es soll nun der türkischen Regierung übergeben werden, die in 35 Jahren Kapital und Zinsen tilgen wird. Sie trägt sich mit dem Plan, hier die mazedonischen Emigranten anzusiedeln, und berechnet das Einkommen, das ihr durch die Abgaben dieser Ansiedler zufließen muß, auf 100 000 Pfund türkisch im Jahre, wobei auch das ihr zum Vorteil gereichen muß, daß mit dem steigenden Verkehr auch die Garantiezahlung (jetzt 7000 Fr.) abnehmen muß.

Die erste Sektion der Bagdadbahn steht jetzt in ihrer schwierigsten Aufgabe, der Durchtunnelung des Taurus bis Adana, wo die zweite Sektion beginnt. Im Hinblick auf die ungeheuren Kosten, die damit verbunden sind, können die Auslagen natürlich nicht sofort durch die Erschließung Mesopotamiens gedeckt werden, „aber", sagt Price, „an dem schließlichen Erfolg kann nicht gezweifelt werden; die Verwaltung der jetzt arbeitenden Sektionen ist vortrefflich und in jeder Hinsicht tüchtig. Die Züge gehen pünktlich, die Stationen sind wohl gehalten, es wird den Türken ein spezifisch deutsches Beispiel gegeben; sie haben es bereits zu gewissem Grade sich angeeignet, ... und an den Hauptstationen hat die Zeit, die ihnen bisher gleichgültig war, für die Anatolier bereits einen Marktwert erhalten. Die deutsche Politik in Kleinasien ist offenbar nur ökonomisch. Sie verfolgt bisher gewissenhaft und konsequent das Ziel, den Markt dem Handel aller Nationen offen zu halten, während sie durch die Bagdadbahngesellschaft und durch die Deutsche Bank die Entwicklung des Landes unter den Auspizien der türkischen Regierung weiter fördert. Es ist nicht daran zu denken, daß das Land jetzt von deutschen Auswanderern besetzt wird und höchst unwahrscheinlich, daß der deutsche „Michael" sein Vaterland verlassen sollte, um sich in den sonnenverbrannten Ebenen Konias niederzulassen und unter einem Volk zu leben, dessen Kultur um 200 Jahre hinter der Westeuropas zurückgeblieben ist. Wahrscheinlich werden bald deutsche Schulen in Konia und in andern Ortschaften erstehen, aber dadurch werden die Eingeborenen nur mit europäischen Geschäftsmethoden in Berührung gebracht werden. Der Fortschritt, den die Deutschen bringen, eröffnet einen günstigen Ausblick in die Zukunft Anatoliens. Eisenbahnen, Bewässerung, Entwicklung von Handel und

Bildung werden der türkischen Regierung helfen, Gesetz und Ordnung ins Land zu bringen. Die Gegensätze der Rassen und Religionen müssen dann schwinden, und eine neue Ära wird danach auf diesem alten historischen Boden erblühen. Man möchte wünschen, daß ein ähnlicher Einfluß wie ihn die Deutschen in Anatolien ausüben, auch in die armenischen Vilajets eindringen könnte! Wir würden dann nicht mehr viel von der armenischen Frage hören".

Es ist uns eine besondere Genugtuung gewesen, dieses unparteiische englische Urteil hierherzusetzen, nach all den Anfeindungen, mit denen unser großes Kulturwerk von Anbeginn bis zum heutigen Tage zu leiden gehabt hat. Ist erst der Taurus ganz überwunden, so wird beides, Eisenbahnbau und Bewässerung der mesopotamischen Ebene, in rascherem Tempo fortschreiten können, zumal auch der Bau von Bagdad aus nach Norden bereits rüstig in Angriff genommen worden ist. Auch möchten wir betonen, wie tiefgreifend der Gegensatz der Grundsätze ist, der unsere Tätigkeit in Anatolien und Mesopotamien von der französischen und russischen Praxis unterscheidet. Die Russen bauen strategische Bahnen und sind ängstlich bemüht, alles fernzuhalten, was in ihren Augen eine politische Konkurrenz werden oder die strategische Stellung der Türkei stärken könnte. Sie bauen zudem meist mit mehr oder minder verkleideter Hilfe der Franzosen, die ihrerseits wieder dort, wie überall, bemüht sind, soweit ihr Einfluß reicht, jede fremde Konkurrenz fernzuhalten. Wie das mit geschickter Umgehung übernommener Vertragsverpflichtungen geschieht, hat eben jetzt L. Hassenpflug in der „Deutschen Kolonialzeitung" in einem sehr lesenswerten Artikel „Frankreich in Marokko" nachgewiesen, den wir zwar nicht Satz für Satz unterschreiben möchten, der aber zeigt, wie Frankreich es versteht, dem Vertrage vom November 1911 zum Trotz, „jede Ausdehnung deutscher Wirtschaftstätigkeit, jede Erweiterung deutschen Landbesitzes, soweit das irgend möglich ist, im Keime zu ersticken". Daß sie es mit den Engländern in Marokko nicht anders machen, läßt sich voraussetzen. Es ist die französische koloniale Praxis allüberall, und deshalb tragen wir auch den französischen Eisenbahnplänen in Türkisch-Asien das größte Mißtrauen entgegen. Was fehlt, ist „fair play", wie die Engländer sagen; ohne dieses gibt es aber weder die Möglichkeit eines Zusammenspielens, noch eines Zusammenarbeitens.

Der „Temps" hat neulich, im Gegensatz zu seiner Haltung im ganzen Verlauf dieses Jahres, in Anlaß der deutsch-englischen kolonialen Verhandlungen und Vereinbarungen, über welche übrigens bisher authentische Nachrichten nicht veröffentlicht sind, einen deutsch-freundlichen Ton angeschlagen, offenbar in Hinblick auf die jetzt in Berlin stattfindenden Verhandlungen mit Djavid Bey. Viel Eindruck hat diese Freundlichkeit nicht gemacht, zunächst weil die deutsch-englischen Fragen ohne jedes Interesse für Frankreich sind, und weiter, weil sich so leicht eine zum System erhobene Feindseligkeit nicht über Nacht vergessen läßt. Seit Beginn der Verhandlungen über die dreijährige Dienstzeit und der großen Reklame für den zu wählenden und schließlich gewählten Präsidenten, hat dieses Blatt mit Deutschland als der bête noire gearbeitet, um den französischen Chauvinismus lebendig zu erhalten. Es ist dabei gleichfalls systematisch durch die russischen Blätter gleicher Tendenz und durch seine halboffiziösen Petersburger Korrespondenten unterstützt worden. So noch jüngst in der Nr. 19121 des „Temps", wo ein Hymnus auf die werdende russische Flotte und die Werften von Petersburg, Reval, Nikolajew und Riga angestimmt wurde, um die kritischen Äußerungen, die in gewissen französischen Blättern gegen die russische Kriegsbereitschaft laut geworden waren, zum Schweigen zu bringen. Auch kann schwerlich ein Zweifel darüber bestehen, daß die Erklärung, die unser geschätzter Gast, der russische Ministerpräsident Kokowzew, in Paris abgegeben hat, als er die völlige Übereinstimmung der Ziele der französischen und der russischen Politik nachdrücklich hervorhob, in Paris anders verstanden worden ist, als sie nach Herrn Kokowzews Absicht in Berlin verstanden werden soll. Wir wenigstens glauben nicht, daß er damit dem heute so lebendigen französischen Revanchegedanken Nahrung zuführen wollte. Auch sind, wenn wir richtig sehen, die Ziele der französischen und der russischen Politik im nahen Orient zwar so weit identisch, als sie dem deutschen Einfluß in Konstantinopel entgegenarbeiten, als sie in Athen bemüht sind, eine Annäherung an den Dreibund zu verhindern und in Vorderasien unseren materiellen Interessen Hindernisse in den Weg zu legen; im übrigen ergibt sich aus der finanziellen Lage Frankreichs in den Balkanstaaten ein Gegensatz zu der finanziell dort wenig engagierten und deshalb unabhängiger stehenden russischen Politik. Die letztere arbeitet jetzt darauf hin, in die Administration der türkischen Schuldenverwaltungen

einzudringen und die Bank von Saloniki zu einer russischen zu machen, was den Franzosen zurzeit gleichgültig, vielleicht sogar vorteilhaft erscheinen kann, auf die Dauer aber ihren Interessen strikt widersprechen muß, ganz wie der von Rußland organisierte Balkanbund nebst dem sich daraus ergebenden Balkankriege im Effekt am meisten den französischen Geldmarkt geschädigt hat. Ob das Arbeiten gegen die deutschen Interessen im nahen Orient auf besserer Voraussicht der Zukunft ruht, wird abzuwarten sein. Der russischen Politik läßt sich insofern der gleiche Vorwurf wie der französischen machen, als sie ebenfalls in eine Politik der geschlossenen Tür ausmündet, wofür die Mandschurei und die Mongolei als klassisches Beispiel dienen können. Doch wir wollen dieses Thema, für welches es an Stoff wahrlich nicht fehlt, für heute nicht weiter verfolgen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Anwesenheit von Herrn Kokowzew in Berlin dahin führen wird, diese Stacheln aus den deutsch-russischen Beziehungen zu entfernen. Wir haben keinerlei notwendige Gegensätze gegen Rußland zu vertreten, haben sie auch zu keiner Zeit gesucht, aber auch nach dieser Seite sind wir berechtigt, fair play zu erwarten, mehr zu verlangen aber liegt uns fern.

Die Spannung im Innern Rußlands scheint nachzulassen. Obgleich auch nach der endlichen Erledigung des Beilisprozesses die „Nowoje Wremja" fortfährt zu hetzen, ist es zu erheblichen Störungen nicht gekommen. In der Duma ist eine Art Versöhnung mit der Regierung erreicht worden; nachdem Herr Markow seine Entschuldigung in aller Form gemacht hat, nimmt das Ministerium die direkten Beziehungen zur Volksvertretung wieder auf, und die Gefahr einer Auflösung der Duma scheint jetzt nicht mehr vorzuliegen. Aber beseitigt ist der Gegensatz gegen die politische Richtung der Regierung nicht, er dauert fort und verlangt Opfer. Die Erbitterung richtet sich vor allem gegen den Minister des Innern, Maklakow, den sein eigener Bruder einen „gossudarstwenny schalun", d. h. „einen Staatsmann, der Dummejungenstreiche macht", genannt hat.

Welche Bedeutung der französisch-englischen Flottenkonzentration zuzuschreiben ist, läßt sich noch nicht übersehen. Sie scheint im Zusammenhang mit der südalbanischen Frage und vielleicht auch mit der Inselfrage zu stehen. In betreff der ersteren geht das Gerücht, daß Konitza nun doch den Griechen zufallen werde; was

die letztere angeht, so haben sich zwar die Mächte die letzte Entscheidung vorbehalten, aber es steht keineswegs fest, wann der Augenblick eintreten muß, in dem diese Entscheidung zu fällen sein wird. Die Geschichte kennt mehr als ein Beispiel dafür, daß ähnliche Entscheidungen ad calendas graecas verschoben werden, wofür wohl Cypern als klassisches Beispiel herangezogen werden könnte. Wir sind geneigt, diese Mittelmeerprobleme optimistisch anzusehen, nachdem der Athener Friede — der erste große Friedensschluß, den Griechenland in der eigenen Hauptstadt abgeschlossen hat — glücklich den türkisch-hellenischen Krieg beendigt hat. Weniger optimistisch sehen wir die inneren bulgarischen Verhältnisse an. Trotz aller Dementis läßt sich nicht verkennen, daß die Nation die Schuld an ihrer schließlichen Niederlage zum größten Teil dem Könige zuschreibt. Die Reden, die am 16. November in der bulgarischen Kammer gehalten worden sind, namentlich die des Ministers des Auswärtigen, Ghenadiew, nannten den König zwar nicht direkt, wiesen aber sehr deutlich auf ihn hin. War man doch seit dem Sturze von Stambulow gewohnt, in ihm den selbständigen Leiter der Politik des Staates zu sehen. Sehr viel deutlicher sind aber die gegen König Ferdinand gerichteten Angriffe der bulgarischen Presse. In der in Sofia erscheinenden „Balkanska Tribuna" Nr. 1114 ist ein „offener Brief an S. M. den Zaren der Bulgaren" veröffentlicht. Er führt das Motto „Die Macht eines Volkes liegt in der Weisheit seines Herrschers", ein Spruch, den Zar Ferdinand unter sein jüngstes Porträt gesetzt hatte.

Der Brief ist im höchsten Pathos geschrieben: „Zar! Es ist Friede, der Donner des Krieges ist verstummt, man hat die Fahnen zusammengerollt, die Truppen sind zum häuslichen Herd zurückgekehrt, und mit verbissenem Kummer, der bis zum Ingrimm steigt, zählt das Volk seine nutzlosen Siege, die zahllosen Opfer, und sucht nach denen, die schuld sind an seiner Erniedrigung.

Ja, Zar, die schuld sind an seiner Erniedrigung und an der Zertrümmerung seiner Heimat — die schuld sind, daß die großherzige Erhebung der gesamten Nation ohne Frucht blieb! Und du, der du hochgestellt bist, in dessen Seele die Volksseele sich zusammenfindet, du selbst mußt schwer leiden. Du selbst mußt mit Zittern diese Urheber des allgemeinen Unheils suchen; wenn jeder von uns erschüttert ist durch den Zusammenbruch des heiligen nationalen Traumes, dich trifft

es am meisten. Dein ist die Verantwortung, denn du bist es, der diesen Traum der Nation vernichtet hat. Jetzt ist der Tag der Abrechnung gekommen. Du, Zar, mußt selbst reden; wie Brutus mußt du zuerst Antwort stehen, und die nötigen Antworten derer geben, die dem Steuer des Staatsschiffs zunächst gestanden haben. Denjenigen, der so hoch steht, muß eine starke und harte Vergeltung treffen.

Tiefe Wunden muß man durch kühne Mittel heilen.

Steige herab von der Höhe des Thrones, wirf den zarischen Purpur von dir und stelle dich in unsere Mitte, damit in diesen Tagen, da alles gedrückt und gequält ist, da die Tränen der Volkstrauer unaufhaltsam fließen, du hören kannst, was das Volk spricht, wie es tadelt und klagt, solange das Aufbrausen des Zornes im ganzen Zartum noch verhalten ist. Dann wirst du, Zar, selbst alles tun, um die zu befriedigen, die die Hände dir zustrecken und Gerechtigkeit verlangen und Rache... Das Volk hat dir alles gegeben, was es geben konnte, das ganze Volk war auf dem Schlachtfelde und starb, und du mußtest an das Volk denken; es vertraute dir alles an — und jetzt mußt du ihm Antwort stehen... Nach den größten Erfolgen und Triumphen, nachdem Adrianopel gefallen war, als das Volk die Krönung seiner Taten und Opfer erwartete — ein plötzlicher und völliger Zusammenbruch! Und dieser Zusammenbruch war, was niemand erwarten konnte — ganz Schuld unserer Diplomatie. Wer aber hat sie geleitet und inspiriert? Wer erlangte die Beseitigung des § 17 der Verfassung, um heimliche Bündnisse schließen zu können? Wer spielte ein zweizüngiges Spiel Rußland und Österreich gegenüber.

Danew war Rußland unbedingt treu, Ghenadiew ein blinder Austrophile, aber wo warst du, Zar? Du, der nach dem Geist der Grundgesetze der Schiedsrichter zwischen den politischen Parteien und Strömungen sein solltest? Wo warst du, und weshalb hast du das Gleichgewicht nicht hergestellt und das Reich nicht auf den rechten Weg geführt? Hast du denn nicht gewußt, was Rußland wollte? Hast du nicht verstanden, was das Ziel Österreichs war? Wenn du es aber nicht verstanden hast, weshalb hast du dann durch volle 25 Jahre unsere auswärtige Politik in Händen gehabt? Was bedeuten dann deine verwandtschaftlichen Beziehungen, dein diplomatisches Talent und dein praktischer Verstand?... 25 Jahre hindurch warst du absoluter Herrscher,

und was hast du aus dem Lande gemacht? Thrazien ist verloren, Mazedonien aufs neue unterjocht, die Dobrudscha für die rumänischen Räuber abgetrennt; das verwaiste Bulgarien ist zugrunde gerichtet. Was wartest du noch Zar... Die Verantwortung trifft dich und deine Kreaturen. Jetzt, da die Macht des Volkes gebrochen ist, wird auch deine Macht fraglich.

Als der Berliner Kongreß Bulgarien schuf, war die nächste Aufgabe, das zerstreute bulgarische Volk zu sammeln. Dir fiel diese heilige Aufgabe zu, und das allein entschuldigt es, daß wir durch 25 Jahre dein drückendes Regiment getragen haben. Du hast aber deine Aufgabe nicht gelöst, und deine Mission nicht erfüllt. So verlasse denn das Volk..., dem Karawelow, Zankow, Stoilow entstammen, das ohne Fürsten und Zaren das Exarchat schuf, dessen Blut das wundervolle Epos von Schipka, Slivniza, Lüle Burgas, Adrianopel... verewigt; verlaß es, damit es eigene Wege gehe, wenn du es wirklich liebst; es wird selbst das Ufer erreichen, sich selbst Recht schaffen und selbst seine Rache befriedigen!"

Das klingt sehr wenig beruhigend und weist auf innere Stürme. König Ferdinand wird sehr energisch und sehr klug handeln müssen, wenn er sich und sein Haus in Bulgarien dauernd behaupten will. Aber der Gedanke liegt nahe, daß jede der Balkandynastien nach Niederlagen, wie sie Bulgarien durchlebt hat, in ähnlicher Gefahr geschwebt hätte.

Über die mexikanischen Angelegenheiten läßt sich nichts Sicheres sagen. Sie schwanken von Tag zu Tag zwischen Krieg und Frieden, soweit die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in Frage kommen; die Fortdauer des Bürgerkrieges scheint unter allen Umständen sicher zu sein. Die europäischen Mächte beschränken sich auf den Schutz ihrer Untertanen. Dasselbe tut Japan. In den beiden meistinteressierten Staaten, England und Frankreich, ist die Laune keineswegs rosig. „Frankreich — schreibt der „Eclair" am 14. November —, das mehr als 5 Milliarden in Mexiko angelegt hat und dort eine blühende Kolonie hat, sollte jedes Kompromiß mit der intransigenten Habsucht der Nordamerikaner vermeiden. In der großen Richtung der Weltpolitik stehen wir mit unserm Herzen zu den lateinischen Republiken des neuen Kontinents; sobald sie an Boden verlieren oder absorbiert werden, opfern wir einen Markt, kostbare Sympathien und künftige

Geschäftsfreunde. Heute sind wir die Narren (dupes) der schönen Formel, welche den Vereinigten Staaten die Sorge überträgt, die Ordnung herzustellen."

Sehr kritisch stellt sich auch der „Manchester Guardian" zur Politik Präsident Wilsons. Aber wie alle übrigen englischen Blätter billigt er Greys Entschluß, den Amerikanern nicht in den Arm zu fallen.

19. November 1913. Kaiser Franz Josef empfängt die Delegationen. General Carranza lehnt Verhandlungen mit Präsident Wilson ab.
20. November. Eröffnung des mexikanischen Kongresses durch Huerta.
22. November. König Alfons XIII. in Wien.
23. November. Studentenunruhen in Madrid.

---

26. November 1913.

Der Text des russisch-chinesischen Vertrages über die äußere Mongolei vom 23. Oktober/6. November und der des türkisch-griechischen Vertrages vom 1./14. November sind nunmehr veröffentlicht worden. Während der letztere die Fragen, über welche beide Mächte sich nicht einigen konnten, schiedsgerichtlicher Entscheidung überträgt, so daß sich mit guten Gründen auf einen Frieden hoffen läßt, der von Dauer ist, trägt der russisch-chinesische Vertrag alle Merkmale eines den Chinesen aufgezwungenen Rückzuges, der sich infolge der Zerrüttung, welche die Revolution zur Folge hatte, nicht abwenden ließ. Erkennt der Vertrag auch die Suzeränität Chinas über die äußere Mongolei an und bezeugt Rußland in einer dem Vertrage angeschlossenen Note ausdrücklich, daß das Territorium der äußeren Mongolei einen Teil des chinesischen Territoriums bilde, so wird tatsächlich jeder autonome Teil der Mongolei doch zu einer russischen Einflußsphäre gestempelt. Es ist nicht daran zu denken, daß der ganz unfähige Chutuchta von Urga und sein Ministerium ein selbständiges Regiment organisieren und aufrechterhalten können. Nachdem der chinesische Einfluß sorgfältig beseitigt worden ist, wird der russische seinen Einzug halten und die Mongolei schließlich von demselben Schicksal betroffen werden, dem alle mittelasiatischen Selbständigkeiten verfallen sind, die von Freunden Rußlands erst seine Klienten und dann Teile des russischen Reiches wurden. Daran kann nur zweifeln, wer die Geschichte des russischen Vormarsches nach Osten nicht kennt. Seit dem 17. November weilt eine mongolische Sondergesandtschaft von 29 Männern und mehreren Frauen in Petersburg. Sie wird geführt von Sainoin-Khan,

dem Ministerpräsidenten des Chutuchta, und soll, wie die „Nowoje Wremja" berichtet, erschienen sein, um zu erreichen, daß der russische Einfluß (über die Bestimmungen des Vertrags hinaus, muß angenommen werden) erweitert werde. Natürlich wollen sie auch Geld erhalten, und ihre Verhandlungen mit dem russischen Finanzministerium scheinen ein wesentliches Ziel ihrer Mission zu sein. Offenbar aus diplomatischer Quelle teilt die „Nowoje Wremja" weiter mit, daß die Mongolei zurzeit in vier Einflußsphären zerfalle: im Norden herrsche der russische Einfluß, im Süden der chinesische, im südöstlichen der japanische und endlich im südwestlichen der tibetanische, oder mit anderen Worten der englische. Das weist auf Rivalitäten hin, die früher oder später sich geltend machen werden und nicht unbedenkliche Wandlungen in der großen Politik des fernen Ostens nach sich ziehen können. Daß solche Wandlungen sich vorbereiten, dafür liegen uns heute von zwei Seiten sehr beachtenswerte Äußerungen vor. Eine Korrespondenz, die dem „Economist" aus Yokohama, 1. November, zugeht, schreibt nämlich: „Die in Tokio erscheinende Zeitung „Asahi" zitiert die Äußerung eines gewissen Ministers des Auswärtigen, der in Anlaß der japanischen Interessen in China folgendes sagt: Man muß sich erinnern, daß die Ausbreitung der industriellen Interessen Japans in China, speziell in Südchina, weit schwieriger ist, als in der Mandschurei und Mongolei. In dieser Hinsicht müssen die Japaner ihre vollste Aufmerksamkeit der englisch-japanischen Allianz zuwenden. Die Vorteile dieser Allianz für Japan liegen zu sehr auf der Hand, als daß es nötig wäre, darauf einzugehen, aber die Ausbreitung der industriellen Rechte Japans in Süd- und Zentralchina kann nicht zur Geltung gebracht werden, ohne in fast allen Fragen in Gegensatz zu den englischen Interessen zu geraten. Wie die Fortsetzung der englisch-japanischen Allianz mit diesem Interessenkonflikt zu verbinden ist, das ist eine wichtige Frage, die gelöst werden muß."

Wir kombinieren mit dem hier aufgestellten Problem eine Korrespondenz der in New York erscheinenden „Sun", die aus Tokio vom 8. November datiert ist, und die überraschende Nachricht bringt, daß die Regierung des Mikado in London vertraulich mitgeteilt habe, „sie werde sich freuen, wenn Großbritannien die Initiative ergreifen wollte, die englisch-japanische Allianz aufzuheben" („if Great-Britain should take the initiative toward the abrogation of the Anglo-Japanese

Alliance"). Diese Mitteilung datiere vom 9. Oktober; schon am 3. aber hätte Japan der britischen Regierung nahegelegt, daß der Vertrag von 1902 aufgehoben oder mindestens wesentlich modifiziert werden müsse. Der Korrespondent der „Sun" führt nun des weiteren aus, daß er dem Verlauf dieser, ihm von Personen in hoher staatlicher und sozialer Stellung anvertrauten Tatsachen sorgfältig nachgegangen sei, und ihre Bestätigung von drei verschiedenen Seiten erhalten habe.

In der ersten der nach England geschickten Note heißt es, daß die japanische Regierung zur Überzeugung gekommen sei, daß die Allianz zwischen beiden Mächten der inneren und auswärtigen Stellung Japans Schaden bringe infolge der großen Veränderungen, die sich im fernen Osten seit der ad hoc abgeschlossenen Offensiv- und Defensivallianz vollzogen hätten. Sir Edward Grey antwortete schon vierundzwanzig Stunden danach. Er gab seinem Erstaunen Ausdruck und bat um Mitteilung der Gründe, die den auffallenden Schritt Japans veranlaßt hätten. Die Antwort Japans sagte, daß man in Japan infolge zahlreicher neuerdings eingetretener Tatsachen den Eindruck gewonnen habe, daß Großbritannien den von Lansdowne und Hayashi unterzeichneten Vertrag heute nicht mehr als vorteilhaft betrachte, und deshalb würde Japan gern bereit sein, Großbritannien von den Verpflichtungen des Vertrages zu befreien, zumal er sowohl in England wie in den großen Kolonien höchst unpopulär sei. Exemplifiziert wurde das an dem Verhalten Kanadas und Australiens, das als eine Beleidigung des japanischen Namens und des japanischen Volkes empfunden werde. Vom Foreign office trafen darauf zwei umfangreiche Entgegnungen ein. Sie führten aus, daß die japanisch-englische Allianz notwendig sei, um den Statusquo im fernen Osten und die Integrität Chinas aufrechtzuerhalten. Für Verordnungen der halbsouveränen Dominien könne England ebensowenig verantwortlich gemacht werden, wie die Zentralregierung in Washington für Bestimmungen, die in Kalifornien, Nevada oder Neu-Mexiko getroffen würden.

Die Korrespondenz will dann, wiederum aus autoritativer Quelle, wissen, daß der letzte Grund, der Japan veranlaßte, die Kündigung der Allianz anzuregen, das Veto gewesen sei, durch welches Sir Edward Grey ein Eingreifen Japans in Nanking verhinderte, zu dem Heer und Flotte bereits, wie eingehend erzählt wird, alle Vorbereitungen getroffen hatten.

Wir setzen den Schluß des Artikels in wortgetreuer Übersetzung her: „In Erwägung des Dargelegten sagte einer der fortschrittlichsten Staatsmänner Japans, erbliches Mitglied des Oberhauses, dem Korrespondenten der „Sun" folgendes: „Das Ende der sogenannten „Allianz" liegt in nicht ferner Zukunft, und Japan wird der gewinnende Teil sein, wenn es die diplomatischen Fesseln zerschneidet. England liebt Japan nicht, und auch die ganze angelsächsische Rasse ist unserm Lande und unserm Volke nicht freundlich gesinnt. In Furcht vor der wachsenden Macht Rußlands im fernen Osten, freuten wir uns über die Unterzeichnung des Allianzkontraktes, obgleich Marquis Ito dem Kaiser erklärte, wir würden den Tag erleben, da wir bedauern würden, ihn abgeschlossen zu haben. Das liegt jetzt ein Dutzend Jahre zurück. Große Veränderungen haben sich seither vollzogen, und heute sehen wir mit Recht unsern besten Freund in Rußland, dessen Interessen nicht in Gegensatz zu den unsrigen stehen, vielmehr ihnen parallel laufen. Andererseits findet England heute in China eine stärkere Stütze als je vorher, und es sollte mich nicht wundern, wenn wir bald hören, daß eine „Verständigung" zwischen Peking und London besteht, die weit stärker ist, als die sogenannte Allianz. Es ist wenigstens wert, zu betonen, daß der Präsident von China sich mit Ratgebern umgibt, die eine hohe Stellung in britischen Diensten einnahmen: ich meine den Mann, der stets an seiner Seite, und diejenigen, die am Hofe, in der Armee und in den wichtigsten finanziellen Stellungen zu finden sind. Großbritannien opponiert allen unseren Bemühungen, uns politisch und wirtschaftlich auszubreiten; seine Kolonien verschließen sich unseren Auswanderern und sein Volk behandelt die japanische Flagge und das japanische Volk stets mit Geringschätzung. Weshalb sollte eine solche Allianz nicht aufhören und bald aufhören? Ich verstehe, daß es unserer Regierung lieb gewesen wäre, wenn man sich in aller Stille darüber verständigt hätte, aber ich freue mich, daß diese Tatsachen bekannt geworden sind."

Zunächst wird man noch fragen müssen, ob es sich wirklich um Tatsachen handelt. Die „Sun" hat die Korrespondenz, von der wir berichten, sofort in Washington mitgeteilt, und von dort her ist sie auf das bestimmteste dementiert worden. Immerhin, wo Rauch aufsteigt, muß ein Feuer sein, und uns erscheint, im Zusammenhang mit der oben wiedergegebenen Notiz des „Economist", als das Wahrscheinlichste, daß es sich um mehr oder minder zuverlässige Mitteilungen aus Kreisen

der japanischen Opposition handelt, die, wie bekannt ist, auf das lebhafteste ein Eingreifen Japans in Südchina wünschte. Auch erscheint uns glaubhaft, daß England seinen Einfluß geltend gemacht hat, um ein Einschreiten Japans zu verhindern. Endlich ist es Tatsache, daß in Japan eine große Erbitterung über die Haltung Kanadas, Australiens und Neuseelands herrscht. Von da zum Wunsch, die Allianz zu kündigen, ist nur ein Schritt. Bis auf weiteres halten wir es aber nicht für glaubhaft, daß der Schritt breits gemacht sein sollte.

Darin liegt ja die außerordentlich schwierige Stellung der Leiter des Foreign office, daß es eine Reihe politischer Probleme gibt, in denen die Interessen des Mutterlandes und der Kolonie auseinandergehen. England hat in Europa mit fremden Rassen nicht zu rechnen, in den schwach bevölkerten Dominien aber kann eine starke farbige Einwanderung allerdings zu einer Gefahr werden, und deshalb verteidigen diese sich dagegen durch ihre Gesetzgebung, die aber nicht nur Chinesen und Japaner, sondern ganz ebenso die farbigen britischen Untertanen Vorder- und Hinterindiens ins Auge faßt. Der Konflikt, der jetzt von Natal aus bis in Transvaal zwischen den Kolonialparlamenten und der englischen Regierung wegen Behandlung der englischen Untertanen indischen Blutes besteht, ist, wie der „Manchester Guardian" mit Recht hervorhebt, eine Frage, die das Reichsinteresse angeht. „A question not of domestic but Imperial policy", denn der Reflex, der aus Natal nach Ostindien hinüberschlägt, trifft die Lebensadern des Reiches. Wir haben mehrfach auf die Gefahren hingewiesen, die sich in Indien ausbilden. Sie haben sich seit Niederwerfung des Aufstandes von 1857 eher gesteigert als gemindert. Gaben die Erfolge Japans den ersten Anstoß dazu, so hat der Mißgriff, den die Teilung Bengalens bedeutete, sie wieder belebt und die Krisis des letzten Balkankrieges der separatistischen Opposition das bisher zu England haltende Element der indischen Moslems zugeführt. Jetzt finden wir Anzeichen, daß die Bewegung von dort aus nach Afghanistan hinüberzieht. Die Rechte der indischen Untertanen Englands in den Kolonien müssen durchaus so geregelt werden, daß sie das Ehrgefühl und das nationale Empfinden der Inder nicht verletzen, und die Forderungen, die sie erheben, sind keineswegs unbescheiden. Der „Manchester Guardian" formuliert sie aus dem Munde der Inder folgendermaßen: Schließt neue Zuwanderer aus, wenn es euch so gefällt. Verweigert uns das Stimmrecht, wenn

ihr fühlt, daß wir es ohne Gefahr für euch nicht ausüben können. Aber laßt denen, die bereits in Südafrika sind, gewisse elementare Rechte. Besteht nicht darauf, daß ein Inder sein Weib zurücklassen muß, wenn er aus Natal ins Kapland oder nach Transvaal zieht. Gestattet uns, eine mindere Klasse von Bürgern ohne Stimmrecht zu sein, aber drängt uns nicht durch Steuern aus dem Lande hinaus oder in Kontrakte hinein, die uns zwar nicht ganz zu Sklaven machen, bei denen wir aber auch nicht mehr freie Männer sind." Gewiß kann man die Inder nicht den Kaffern gleich stellen. Sie haben bewiesen, daß sie jeder Kultur zugänglich sind, und es will uns scheinen, daß die politischen Methoden, nach denen sie heute behandelt werden, wie einst die der ostindischen Kompagnie die rechten nicht sind. Aber Vorurteile zu überwinden, ist allezeit schwer und vielleicht am schwersten dort, wo die Rassengegensätze zugleich in Farbe und Religion augenscheinlich zutage treten.

Es ist schwer zu entscheiden, inwieweit diese instinktiven Gegensätze auch in dem sich täglich mehr zuspitzenden Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Mexiko mitspielen. Völlig zu eliminieren sind sie gewiß nicht. Jetzt stehen wir noch vor dem immer blutiger und grausamer geführten Bürgerkriege, in welchem es wohl am schwersten ist, den wilden Banden der Konstitutionalisten Sympathien zu wahren, sehr bald vielleicht wird ein Krieg zwischen Mexiko und der Union daraus werden; dann aber wird es schwer sein, die Politik, die von Washington aus geführt wird, von einer Mitschuld freizusprechen. Im allgemeinen aber haben wir den Eindruck, daß man in Washington bereits Neigung hat, wenn irgend möglich, einen Rückzug mit Anstand anzutreten. Vielleicht wird der Ausgang der Kämpfe, die jetzt stattfinden, den Weg dazu weisen.

Wir haben nur wenig Raum, um die europäischen Angelegenheiten der letzten Woche zu würdigen. In Frankreich dauert der Kampf zwischen Senat und Kammer über die Wahlreform und zwischen dem radikalen Ministerium Barthou und der sozialistischen Opposition unter der Führung Caillaux fort. Nebenher setzt General Faurie den Kampf gegen das Kriegsministerium und den Generalstab fort und findet dabei, was doch ein erstaunliches Zeichen politischer Unreife ist, die Unterstützung des „Temps"! Herr Judet im „Eclair" hat nicht so unrecht, wenn er von einer „Revolte in der Armee" spricht

und sein Urteil schließlich dahin zusammenfaßt: Nous nous retrouvons grace à ce désordre nouveau, aux débuts de la maudite affaire! Die verfluchte Affäre ist die auch heute noch nicht aufgeklärte Dreyfusfrage, die so viele Opfer gekostet und doch keine Sühne gefunden hat.

Die Erklärungen des Grafen Berchtold haben der „Nowoje Wremja" als Vorlage gedient, um den Nachweis zu führen, daß Österreich der russischen Politik eine Niederlage nach der andern geschlagen und den russischen Einfluß ganz aus der Balkanhalbinsel verdrängt habe. Das gilt vornehmlich Herrn Ssasonow. Nicht mehr Gnade finden die Erklärungen, die der Ministerpräsident Kokowzew Berliner Journalisten gegenüber gegeben hat. Herr Purischkewitsch meint, wenn jemand daran zweifelte, daß Minister Kokowzew keine blasse Ahnung von Rußlands Zuständen und Nöten habe, so hätte er sich jetzt davon überzeugen können. Herr Polowzew: Unser Premierminister hat einen vollständigen Mangel an Verständnis für die Bedürfnisse Rußlands offenbart. Das soll uns nicht wundernehmen, da wir ihn bekanntlich niemals für einen auch nur mittelmäßigen Staatsmann gehalten haben. Herr Krupenski: Er hätte lieber schweigen, als reden sollen. Herr Lutz: Kokowzew hat als typischer Vertreter der Bureaukratie gesprochen. Selbstverständlich kann man nur mit größter Sorge unter solchen Umständen in die Zukunft blicken, und so weiter crescendo. Die „Nowoje Wremja", die ihn besonders schlecht behandelt, ist namentlich darüber erbittert, daß er von den guten russisch-österreichischen Beziehungen gesprochen hat. In den letzten Tagen weht übrigens in der russischen Presse ein der Diplomatie etwas günstigerer Wind, seit die Gerüchte von der bevorstehenden Abdankung König Ferdinands in Umlauf sind. Man schreibt die gegen ihn gerichtete Aktion der russophilen Partei in Bulgarien zu und knüpft daran große Hoffnungen für die Zukunft. Ob mit Recht, scheint uns mehr als fraglich.

Was der Besuch des französischen Kreuzers, den der Admiral Lapeyrère führt, in Konstantinopel zu bedeuten hat, läßt sich noch nicht ermessen. Daß, wie behauptet wurde, der Zweck sein sollte, Schiffsbestellungen zu erpressen, ist doch schwer anzunehmen. Wir ziehen vor, zu glauben, daß es ein höflicher Dank für die den Franzosen verliehenen Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien sein wird, und sollten uns wundern, wenn das Beispiel keine Nachahmung fände.

27. November 1913. Eröffnung des italienischen Parlaments.
Zweite Audienz König Ferdinands bei Kaiser Franz Josef.
Abschluß des türkisch-griechischen Friedens.
28. November. Der Zwischenfall in Zabern.
Eröffnung des rumänischen Parlaments durch König Karol.
30. November. Poincaré übernimmt die schiedsrichterliche Entscheidung im griechisch-bulgarischen Streit.
3. Dezember. Rücktritt des Ministeriums Barthou.

---

3. Dezember 1913.

Die Veröffentlichung des bulgarisch-serbischen Vertrages vom 12. März vorigen Jahres nebst der von eben diesem Tage datierten Militärkonvention im „Matin" vom 25. und 26. November belehrt uns darüber, daß jeder Schritt, der während des Balkankrieges Nr. 1 von den gegen die Türkei verbündeten Mächten geschah, im voraus die Billigung und Förderung Rußlands erhalten hatte und daß auch ein Krieg gegen Österreich-Ungarn als Eventualprogramm zu den von Rußland gebilligten Plänen gehörte. Das war für diejenigen, die den Zusammenhang der Ereignisse sorgfältig verfolgt hatten, kaum eine Überraschung, und ist von der militärischen Aufrüstung, in der Rußland damals kampfbereit stand, trotz aller offiziellen Ableugnungen ganz bestimmt nicht zu trennen. Dagegen bleibt es unklar, welche Zwecke jene höchst indiskrete Veröffentlichung dieser Verträge hatte, deren Bestimmung es war, in den geheimsten Laden der Archive zu Belgrad, Sofia und Petersburg zu ruhen. Sie verletzen, wie ein zweischneidiges Schwert, nach zwei Seiten. König Ferdinand und seine Minister werden nach Wien hin bloßgestellt, und die Doppelzüngigkeit der russischen Politik wird vor aller Welt bloßgelegt. Wir können daher nicht glauben, daß, wie behauptet wird, der Botschafter Iswolski die Veröffentlichung veranlaßt hat, obgleich die Beziehungen des „Matin" zur russischen Botschaft in Paris bekannt sind, die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß es die Kreise der antirussischen Anhänger der Politik Stambulows sind, die zugleich den König und

Rußland bloßstellen wollten, was ja auch hier wie dort erreicht worden ist. König Ferdinand aber hat inzwischen seinen Frieden mit der Hofburg geschlossen, und daß er nach Sofia zurückgekehrt ist, zeigt wohl, daß die mit großer Bestimmtheit auftretenden Gerüchte von seiner Absicht, dem Thron zu entsagen, nicht ernst zu nehmen waren. Erstaunlich ist es dagegen, daß, nachdem vor aller Welt urkundlich festgestellt worden war, daß Rußland die treibende Macht gewesen ist, welche hinter dem Balkanbunde stand, die russische Presse unter der Führung der „Nowoje Wremja" sich bemüht, der Welt einzureden, daß der eigentliche Feind der Türkei — Deutschland sei. Das Argument aber, durch welches diese ungeheuerliche These bewiesen worden, ist die Haltung Deutschlands in der Frage der armenischen Reformen! Nun ist aber Tatsache, daß gerade in dieser Frage Rußland und Deutschland Hand in Hand gegangen sind, um die Türkei zu bewegen, die Durchführung dieser Reformen europäischen Instruktoren zu übertragen, für die in großen Zügen ein Programm von den Botschaftern Rußlands und Deutschlands in Konstantinopel ausgearbeitet worden war. Die Pforte hat bisher diesen Vorschlag nicht angenommen, weil sie darin einen Eingriff in ihre Souveränitätsrechte sieht. Sie will die europäischen Instruktoren, deren Hilfe auch sie für unerläßlich hält, einem türkischen Beamten unterstellen, der die oberste Aufsicht über Durchführung der Reformen haben soll. Es gehört die Logik der „Nowoje Wremja" dazu, um zum Schluß zu gelangen, daß Deutschland auf den Untergang der Türkei hinarbeite! Es wird als weiterer Beweis für diese These ausgeführt, daß Rußland, Frankreich, England bereits gesättigt seien, die Mächte des Dreibundes dagegen nicht; Österreich und Italien greifen immer mehr um sich, dann aber komme Deutschland. „Man muß" — fährt das edle Blatt fort — „gerecht sein und anerkennen, daß Berlin bisher weniger Raubgelüste gezeigt hat als seine beiden Bundesgenossen, es hat bisher faktisch der Türkei nichts entrissen. Aber diese Mäßigung wird niemanden täuschen. Sie beweist nur, daß die deutsche Politik sehr weit vorausschaut, und daß ihr Appetit ein ganz kolossaler ist, von Selbstlosigkeit kann keine Rede sein. Deutschland beeilt sich zurzeit nicht, es geht langsam und systematisch seinem Ziele zu, das es ohne einen „Weltskandal" nicht zeigen darf... und das Ende der Türkei wird in dem Augenblick eintreten, wenn Deutschland seine Rechnungen vorlegen wird." Der Schluß dieser höchst lächer-

lichen Ausführungen ist, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, da das russisch-französische Bündnis seine Stärke in Anatolien und Armenien zeigen müsse.

Derselbe Artikel versäumt auch nicht, auf unsere Militärmission in Konstantinopel hinzuweisen, ein Gebiet, in welchem die geistige und politische Sympathie von „Temps" und „Nowoje Wremja" sich wieder einmal zusammengefunden hat. Am 29. November ist dann ein zweiter Artikel über die deutsche Militärmission in der „Nowoje Wremja" erschienen, diesmal aber ist es offenbar eine Zusendung aus dem Petersburger Auswärtigen Amt, das bekanntlich die „Nowoje Wremja" häufig als Organ benutzt. Ein, wie es scheint, gleichfalls russisch-offiziöses Telegramm des „Lokalanzeigers" aus Petersburg nennt diesen Artikel „bemerkenswert sachlich", wir finden ihn bemerkenswert unverfroren, da er mit direkten Drohungen vorgeht, die formell an die Adresse der Türkei gerichtet sind, in Wirklichkeit aber uns gelten. Es mag genügen, die Schlußsätze dieser „bemerkenswert sachlichen Ausführungen" herzusetzen. „Das Korps unter deutschem Kommando mag in Konstantinopel oder in Adrianopel stehen, in beiden Fällen wird die internationale politische Lage der Türkei sich sehr wesentlich zum Vorteil der einen europäischen Macht verschieben. Wenn die ottomanische Regierung bei ihrem Willen bleibt, drängt sich den übrigen Großmächten von selbst der Gedanke einer umfassenderen Prüfung der allgemeinen Lage des ottomanischen Reiches nicht nur in Europa, sondern auch in Kleinasien auf. Uns scheint, daß Europa wie die Türkei in den letzten Jahren zu viel Aufregungen durchlebt haben, um neue Verwicklungen wünschen zu können. Die türkische Regierung muß einsehen, wohin der Versuch unausbleiblich führen wird, den wichtigsten Teil ihrer bewaffneten Macht unter fremden Oberbefehl zu stellen und selbst auf ihn zu verzichten. Niemand beabsichtigt, der Türkei in ihren berechtigten Sorgen um Ausbildung ihrer Truppen mit Hilfe von Instruktoren, die ihre Regierung aus beliebiger Nationalität wählen mag, entgegenzutreten. Wenn sie aber weiter geht, so beginnt ein so verwickelter Zusammenstoß von Rechten und Interessen, daß es vernünftig wäre, sofort darauf zu verzichten, am Faden zu ziehen, der den ganzen verwickelten Knäuel aufrollt."

Nun ist zunächst zweifelhaft, mit welchem Recht der Verfasser dieser „sachlichen Ausführungen" im Namen der übrigen Großmächte

spricht, und ebenso, mit welchem Recht er eine Vereinbarung zu hintertreiben versucht, über welche sich Deutschland mit der Türkei genau auf derselben Grundlage geeinigt hat, wie England getan hat, als es die Reorganisation der türkischen Flotte übernahm. Es ist der alte Hochmut, mit dem Rußland sich erlaubt, im Orient aufzutreten; in dem vorliegenden Falle aber hat die Frage aufgehört, eine rein orientalische Frage zu sein, und das verdient doch erwogen zu werden. Wir beobachten aber, daß seit etwa 14 Tagen die russische Presse wieder anfängt, nach außen hin aggressiv zu werden, nicht nur zum großen Orient hin, das hat keinen Augenblick ausgesetzt, sondern ganz speziell gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. So veröffentlicht am 29. November der „Golos Moskwy" einen Artikel über die polnische Frage, auf den wir die besondere Aufmerksamkeit unserer Leser lenken möchten. Der Verfasser dieses Artikels geht davon aus, daß, wie im Auslande hartnäckig versichert werde, jüngst eine Gruppe von Nationalisten einer hohen Person (gemeint ist der Zar Nikolaus II.) eine Denkschrift zugestellt habe, die auf die Notwendigkeit hinweise, einen neuen Kurs in der Polenpolitik einzuschlagen; man müsse den Wünschen der Nation entgegenkommen. Noch bestimmter spreche man im Auslande (gemeint ist Paris) von einer Denkschrift, welche der französische Generalstab überreicht habe (offenbar ebenfalls der „hohen Person"). In dieser Denkschrift richtet der französische Generalstab die Aufmerksamkeit unserer Regierung auf die Notwendigkeit, die russisch-polnischen Beziehungen zu regeln. „In der ersten Periode eines Krieges — sagt die Denkschrift — ist die russische Armee zur Untätigkeit verurteilt, da sie mit Unterdrückung eines Aufstandes in Polen beschäftigt sein wird. Das wird der deutschen Armee die Möglichkeit bieten, sich in erdrückender Stärke erst auf die französische Armee zu werfen und, wenn sie mit ihr fertig ist, rechtzeitig im Osten zu erscheinen und die russische Armee zu schlagen." Die russische Gesellschaft habe ein Recht zu erfahren, ob diese Denkschrift wirklich in den höchsten Kreisen eingelaufen sei, und was die „hohe Person" darüber resolviert habe.

In der polnischen Frage müsse die öffentliche Meinung des Landes die Tatsache anerkennen, daß die Vereinigung der jenseits der Grenze liegenden polnischen Gebiete mit dem Zartum Polen ebenso den dringenden Bedürfnissen des russischen Reichs entspreche wie denen des polnischen Volkes. Vorher aber müßten im Zartum Polen und in den

Westprovinzen Verhältnisse geschaffen werden, die den Anschluß an Rußland den ausländischen Polen als einzigen Ausweg aus ihrer jetzigen tragischen Lage erscheinen lassen, das solle man den Schreiern der wahnsinnigen Russifikatoren entgegenhalten. In Kriegszeiten zähle die deutsche Armee 112 000 polnische Soldaten, die österreichische 82 000, die russische 400 000 Polen, das gebe also im Kriegsfalle gegen 600 000 Mann. „Die Tapferkeit der polnischen Soldaten und das Heldentum der polnischen Offiziere hat in den Kriegen Napoleons wie in den Kriegen Rußlands mit Türken, Kaukasiern und Turkmenen sich bewährt. Die Möglichkeit, über die ganze Masse des polnischen Volkes für das russische Reich zu verfügen, muß sowohl von der russischen Regierung, wie von der russischen Gesellschaft gebührend gewürdigt werden." Damit schließt dieser Artikel, der die Überschrift führt: „Entscheidet die polnische Frage." Er ist gewiß ernst gemeint, und uns erscheint auch das Gerücht von jener Denkschrift des französischen Generalstabs (gemeint ist wohl die letzte französische Militärmission unter General Joffre) keineswegs unglaublich. In Frankreich hat man in letzter Zeit wieder begonnen, sich für die polnische Frage im Sinne obiger Lösung derselben zu interessieren. Das Wesentliche aber ist wohl die nicht zu verkennende Tatsache, daß seit der Reise Herrn Poincarés nach Petersburg im August vorigen Jahres die Kriegstreibereien, die von Frankreich und Rußland ausgehen, nicht aufhören wollen, eine Tatsache, auf die wir unsre Freunde jenseits des Kanals — und wir wissen, daß wir dort Gesinnungsgenossen haben — ersuchen möchten, ihre Aufmerksamkeit zu richten. Geht es in diesem Tempo weiter, so können wir über Nacht durch einen Weltkrieg überrascht werden, von dessen Ausdehnungsmöglichkeiten sich heute noch niemand eine Vorstellung machen kann.

In den inneren Verhältnissen Rußlands tritt die Schwenkung nach links immer deutlicher zutage. Die letzte Konferenz des Oktoberverbandes hat auf Antrag von Gutschkow, der wieder mehr in den Vordergrund tritt, eine Reihe von Resolutionen angenommen, durch welche sie sich den konstitutionellen Demokraten (Kadetten) entschieden nähert. Sie lauten: „Die Konferenz des Oktoberverbandes hat den Glauben an den Wunsch der Regierung verloren, den „unbeugsamen Willen" des Monarchen zu erfüllen, der im Manifest vom 17. Oktober ausgedrückt ist. Die Konferenz bestätigt mit Sorgen den sich entwickelnden Zwiespalt zwischen der Regierungsgewalt, der

Gesellschaft und den Selbstverwaltungsorganen, und ebenso die drohenden Anzeichen des Murrens und der Unzufriedenheit im Lande, die eine revolutionäre Stimmung nähren. Die Konferenz beschließt erstens, daß der Verband vom 17. Oktober mit Hilfe aller seiner Organe und einzelnen Mitglieder mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken hat, daß die anerkannten Grundsätze unbeirrt und unverzüglich im russischen Leben durchgeführt werden, und zweitens, daß die parlamentarische Fraktion des Oktoberverbandes als dessen mit den stärksten Schutzmitteln ausgestattetes Organ, einen unbeugsamen Kampf mit den schädlichen und gefährlichen Richtungen der Regierungspolitik und mit den Erscheinungen der Willkür und Verletzung der Gesetze, unter denen das russische Volk jetzt so schwer leidet, auf sich zu nehmen und gesetzgeberisch durchzuführen hat. Die parlamentarische Fraktion hat in vollem Maße alle Mittel des parlamentarischen Kampfes anzuwenden, wie die Freiheit der parlamentarischen Tribüne, das Interpellationsrecht, die Ablehnung von Gesetzesvorlagen und die Verweigerung von Krediten. Die verantwortliche Arbeit und der schwere Kampf, welche die parlamentarische Fraktion erwarten, fordern von ihr die höchste Anspannung der Kräfte, volle Einstimmigkeit in ihren Handlungen und einen festen Zusammenschluß ihrer Reihen." Es sei dabei noch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Oktobristen eine monarchische Partei sind und bleiben wollen. Es fragt sich nur, wie weit sie von ihrer Opposition, in der sie naturgemäß die gesamte Linke zu Bundesgenossen haben müssen, fortgerissen werden, und wie weit die Geduld der auf ganz anderm Boden stehenden Regierung reichen wird. Die Hauptgefahr aber liegt unzweifelhaft in der provozierenden, um sich greifenden und unzuverlässigen auswärtigen Politik des Reiches.

Es gibt auch sonst wenig Erfreuliches zu berichten. Die Carranzisten in Mexiko gewinnen stetig an Boden, und in gleichem Maße steigert sich ihre Wildheit und Zerstörungswut. Von Washington her zeigt man noch immer diesen sogenannten Konstitutionalisten ein freundliches Gesicht, während Huerta nach wie vor die bête noire ist, von der man sich mit tugendhaftem Abscheu abwendet. Da der übrigen Welt an der Person Huertas nicht mehr gelegen sein kann, als an der eines beliebigen anderen Oberhauptes, wäre man überall zufrieden, wenn die Vereinigten Staaten einen Kandidaten hätten, den sie für geeignet halten und den sie durchzusetzen verstehen. Bisher aber ist der Mann

nicht gefunden und ein Ende dieses barbarischen Bürgerkrieges, der nur zu zerstören weiß, nicht abzusehen.

In Frankreich hat Herr Barthou in der Kammer vorläufig einen Erfolg errungen, wie lange aber er und sein Ministerium sich noch werden behaupten können, wird immer fraglicher. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Zahl seiner Gegner wachsen, nicht abnehmen. Auch in England sind es nur Reden, nicht Taten, durch welche Unionisten und Liberale sich bekämpfen, die Aussichten auf ein Kompromiß in der Homerulefrage werden jedoch günstiger. An den so oft angekündigten Bürgerkrieg in Ulster glauben wir nicht, wohl aber wird viel auf den Ausfall der nächsten Ergänzungswahlen ankommen. Sind sie dem Kabinett Asquith ungünstig, so ist eine Parlamentsauflösung wahrscheinlich, und dies könnte eine große Wendung der Gesamtpolitik Englands zur Folge haben, wenn die Unionisten siegen. In Südafrika hat sich der Gegensatz zwischen Indern und der weißen Bevölkerung weiter zugespitzt. Man hat es dem Vizekönig von Indien, Lord Hardinge, sehr übel genommen, daß er sich in Madras sehr entschieden mißbilligend über die in der südafrikanischen Union verfolgte Politik ausgesprochen hat. In England treten die Liberalen für ihn ein, während die unionistischen Zeitungen ihn für die steigende Aufregung in Indien verantwortlich machen, zumal der Führer der indischen Nationalisten Gokhale sich sehr entschieden auf Hardinges Seite stellt. Die Schwierigkeit liegt darin, daß England keinerlei konstitutionelle Mittel hat, um die Regierung von Südafrika zu nötigen, ihr Verhalten den indischen Arbeitern gegenüber zu ändern. Es gibt in der südafrikanischen Union eine selbständige öffentliche Meinung, und die ist, ebenso wie es in Australien und Kanada geschieht, in Rassenfragen anders gerichtet, als dem Empfinden und den Interessen des englischen Mutterlandes entspricht.

Die in der Geschichte unsrer Armee unerhörten Ereignisse in Zabern und Dettweiler sind ohne Zweifel auf die aufreizende Tätigkeit zurückzuführen, die seit Jahr und Tag von der französischen Presse und ihren Filialen im Reichslande verfolgt wird. Die Resonanz, welche diese systematische Verhetzungspolitik auf Elsässer Boden gefunden hat, mag bedauert werden, aber wundern kann man sich darüber nicht, und wir werden jede Maßregel willkommen heißen, die geeignet ist, diesem Treiben ein Ende zu machen.

5. Dezember 1613. Der Kaiser läßt sich in Donaueschingen Vortrag über den Zwischenfall in Zabern halten.
7. Dezember. Neuwahlen zur bulgarischen Sobranje.
8. Dezember. Konstituierung des Ministeriums Doumergue.
10. Dezember. Der Kongreß in Mexiko erklärt die Präsidentschaftswahl für ungültig.

---

10. Dezember 1913.

Am 6. Juni 1912 veröffentlichte der „Takwimiwekai", das türkische Gesetzblatt, den Befehl des Sultans, durch welchen das Kommando über die türkische Flotte dem englischen Admiral Lympus übertragen wurde. Er ersetzte Konteradmiral Williams und hat jetzt seine Amtswohnung in Pera. Seine Aufgabe ist, eine neue türkische Flotte ins Leben zu rufen und ihre Mannschaft auszubilden, wobei ausdrücklich festgesetzt wurde, daß, abgesehen von Engländern, keine Angehörige einer andern Nation dazu benutzt werden dürfen. Über die Reorganisation der türkischen Werften und des Marinearsenals am Goldenen Horn ist vor 14 Tagen dazu ein besonderer Vertrag mit der englischen Firma Armstrong Witworth und Vickers Sons abgeschlossen worden, die unbestritten an der Spitze der englischen Schiffsbautechnik stehen. Es handelt sich um ein auf 30 Jahre festgesetztes Monopol. Beide Firmen werden am Golf von Ismid, der im Marmarameer, Konstantinopel gegenüber liegt, ein Schwimmdock bauen und eine Flottenbasis schaffen, deren nächste Aufgabe sein muß, die Einfahrt in den Bosporus zu schützen. Dieser Armstrong-Vickers-Gruppe überliefert die türkische Regierung das Arsenal am Goldenen Horn nebst den dazu gehörigen Maschinenanlagen und Gebäuden und ebenso das Gebäude zum Ausbau der Flottenbasis in Ismid; hierzu gibt, wie die „Times" berichtet, die englische Gruppe das Kapital, die Versuchsanlagen, die Materialien und das technische und Verwaltungspersonal, um für den Erfolg des Unternehmens bürgen zu können. Es ist ganz richtig, wenn die „Agentur Reuter" dabei bemerkt, daß die Türkei sich gewissermaßen vollständig Großbritannien in allem, was die Flotten-

verwaltung betrifft, ausliefert. Das Motiv, das zu diesem weitgehenden Vertrauen führte, kann nur die wohlbegründete Überzeugung der Pforte gewesen sein, daß Großbritannien im eigenen Interesse an der Erhaltung der Türkei und an ihrer maritimen Wehrkraft aufrichtigen Anteil nimmt, was abgesehen von anderer Erwägung sich aus der Rücksicht auf die Haltung erklärt, welche die 60 Millionen Mohammedaner Indiens während der letzten Phase der orientalischen Frage eingenommen haben. Die Firma Vickers hat außerdem, wie in der Sonntagsnummer der „Times" zu lesen ist, in Verbindung mit den leitenden Petersburger Banken, die Konzession erhalten, Rußland mit Geschützen zu versorgen, und bereits ein Kapital von 1 500 000 Pfund in Petersburg registrieren lassen. Das ihr so zugefallene Monopol wird für die nächsten 15 Jahre gelten, und in Zaritzyn an der Wolga sollen die Werke errichtet werden. Auch will die „Times" wissen, daß die bisher angenommenen Bestellungen 1 Million Pfund erreichen. Nun ist der Zusammenhang dieser speziell russischen Konzession mit dem türkischen Marinegeschäft derselben Firma um so weniger zu übersehen, als das „Bureau Reuter" ausdrücklich hervorhebt, daß man ihre politische Bedeutung erst recht erfasse, wenn man sie in Beziehungen zur britischen Marinemission setze.

Es scheint daher völlig unglaublich, daß England sich den Protesten angeschlossen haben sollte, die, wie man aus russischen und französischen Pressemitteilungen schließen müßte, in Konstantinopel und in Berlin gegen die Mission des Generals Liman v. Sanders zum Ausdruck gekommen sind. Was England, ohne daß von irgendwelcher Seite ein Widerspruch erfolgt wäre, für die türkische Marine zu tun übernommen hat, ist auf Bitte der Türkei von Deutschland für die türkische Armee übernommen worden, und das war den russischen Autoritäten vorher bekannt. Wie wir aus russischer Quelle erfahren, hat Kaiser Wilhelm auch dem russischen Ministerpräsidenten Staatssekretär Kokowzew nicht vorenthalten, daß es sich darum handelt, durch Reorganisation der türkischen Armee in ihren Fundamenten die Integrität der Türkei in ihrem jetzigen, wahrlich nicht unbedrohten Bestande zu sichern. Man kann daher sagen, daß die Tripleentente durch ihr seemächtigstes Mitglied, ganz wie der Dreibund durch seine stärkste Landmacht, in gleicher Weise an der Erreichung dieses Zieles arbeitet.

Um so erstaunlicher ist die Kampagne, die gleichzeitig, in offiziöser Färbung, in der französischen und russischen Presse am 2. Dezember

aufgenommen und bis zum heutigen Tage fortgeführt worden ist. Wie stets leitet dabei die „Nowoje Wremja" hier und der „Temps" dort, und beide ignorieren dabei völlig den Admiral Lympus, die Flottenbasis Ismid und die Aufgaben, die den Armstrong und Vickers gesetzt worden sind. Daß die „Nowoje Wremja" mit der heuchlerischen Versicherung anhebt, sie sei von jeher für ein enges Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Rußland eingetreten (!!), setzt freilich ein kürzeres Gedächtnis bei ihren Lesern voraus, als es bei uns zu finden ist. Wir haben vielmehr in sehr lebhafter Erinnerung, daß sie seit mehr als einem Menschenalter alles getan hat, was an ihr lag, um die deutsch-russischen Beziehungen zu vergiften, und daß eine Pause nur eintrat, wenn Rußland, wie während des japanischen Krieges, einer freundschaftlichen Haltung Deutschlands dringend bedurfte. Aber noch wenige Tage vor Ausbruch dieses Krieges war die „Nowoje Wremja" bemüht, die russische Politik auf die Notwendigkeit einer Abrechnung mit Deutschland als auf ihre wichtigste Aufgabe hinzuweisen. Heute schreibt sie: „Rußland hat um die Meerengen 10 blutige Kriege geführt und dabei mehr als einmal seine Existenz eingesetzt. Denn die Meerengen sind das einzige politische Programm Rußlands, über welches durch zwei volle Jahrhunderte keine Meinungsverschiedenheit bestand." Sie ist der Ansicht, daß wir durch den Potsdamer Vertrag verpflichtet gewesen seien, dieses Programm zu fördern, und spottet über „den jungen Diplomaten" (gemeint ist Herr Ssasonow), der damals die Verhandlungen führte; die Potsdamer Verhandlungen hatten aber Persien und die Bagdadbahn zum Objekt, und weder mit deutschen Militärinstruktoren noch vollends mit den Dardanellen und dem Bosporus etwas zu tun, deren Verteidigung heute voll Vertrauen der englischen Admiralität — wie wir annehmen müssen unter Zustimmung Rußlands — überwiesen worden ist. Die These, daß die Türkei durch ihre Bitte um die Mission Liman von Sanders auf „ihre selbständige staatliche Existenz" verzichtet habe, ist einfach absurd, und ebenso der an dieses Absurdum geknüpfte weitere Satz: „Wir können die Integrität der Türkei nur insoweit anerkennen, als sie selbst sich als einen souveränen Staat betrachtet. Indem sie auf ihre Souveränität zugunsten Deutschlands verzichtet, wird sie herrenloses Gut, das unter Kreditoren und Nachbarn geteilt werden kann. An die Teilung der Türkei wird man schreiten, sobald am Bosporus statt otto-

manischer Obrigkeit sich deutsche Kriesgouverneure festsetzen." Ganz dieselbe Note schlagen der „Golos Moskwy" und andere russische Blätter an, wobei die erstgenannte Zeitung sich noch die folgende Enthüllung leistet: Nachdem die Türken Adrianopel zurückgewonnen hatten, habe Djavid Pascha, um von Frankreich eine große Anleihe zu erhalten erklärt, daß die Türkei sich entschlossen habe, mit dem Dreiverbande Hand in Hand zu gehen, und die Diplomaten in Paris, Petersburg und London seien bereits voller Jubel über die neue Wendung gewesen — da plötzlich sei ein Systemwechsel in Konstantinopel eingetreten. „Den Grund dieses Frontwechsels zu entdecken, ist nicht schwer. Deutschland trieb damals die Türkei zum Kriege gegen Griechenland, hinter dem Frankreich stand. Baron Wangenheim versöhnte die Türkei mit Bulgarien und bereitete ein Bündnis zum Angriff auf Griechenland, und natürlich auch auf Serbien vor. Unter solchen Umständen war die Freundschaft mit Frankreich und der Tripleentente nicht mehr zeitgemäß. Die Türken schlugen die alte Straße nach Berlin ein, wo sie jedoch auf Mißtrauen stießen, was man Djavid Bei auch erklärte. Um den Glauben an die Aufrichtigkeit der Jungtürken zurückzugewinnen, bedürfe man einer festen Bürgschaft, und das werde die Ernennung deutscher Offiziere zu den höchsten Stellungen der türkischen Armee sein. Die Zustimmung wurde erteilt, und nun fährt General Sanders nach Konstantinopel." Es ist schwer, in wenigen Zeilen die Tatsachen mehr zu verkehren. In Wirklichkeit ist es gerade Deutschland zu danken, daß ein dritter Balkankrieg vermieden wurde, und die Mission Liman v. Sanders' nach Konstantinopel geht auf Bitten der Türkei, ohne daß deutscherseits das geringste geschah, diese Bitte zu veranlassen. Aber derartige Verdrehungen ist man bei uns gewohnt in der russischen Presse zu finden. Es ist nicht anzunehmen, daß Herr Ssasonow, der doch die Tatsachen kennen muß, und der unmöglich die englische Stellung im Marmarameer ignorieren kann, sich jene böswilligen Argumentationen zu eigen machen wird, und daß sie das Vertrauen der Türkei zur russischen Freundschaft steigern, ist höchst unwahrscheinlich. Der „Temps" vom 2. Dezember berichtet freilich, daß Rußland gegen die Mission Sanders protestiert habe, und daß England und Frankreich „se sont également émues d'une mesure qui mettait pratiquement la clef des Dardanelles entre les mains d'un général allemand". Es wird aber nicht berichtet, wohin jener Protest gerichtet worden sei. Nach Berlin, wo er eine schlechte

Aufnahme gefunden hätte, jedenfalls nicht. Falls er in Konstantinopel übergeben worden ist, was wir nicht wissen, kann er keinenfalls von England unterstützt worden sein, das sich sonst selbst desavouieren müßte. Es muß nach einer besonderen Quelle für diese Informationen gesucht werden. Irren wir nicht, so wird die französische Presse von Herrn Iswolski inspiriert worden sein, der ja, seit Herr Pichon am Quai d'Orsay herrscht, als der eigentliche Leiter der französischen Politik zu betrachten ist. Iswolskis politische Ziele aber sind wohl bekannt: im nahen Orient erstrebt er die Öffnung von Bosporus und Dardanellen, dazu hatte er sich bereits in Racconigi bekannt; es wäre nun wunderbar, wenn er die günstige Gelegenheit, die sich ihm jetzt zu bieten schien, nicht hätte benutzen wollen. Aber am Tage, nachdem dieser „Temps"-Artikel uns von der schmerzlichen Erregung Frankreichs berichtet hatte, war Herr Pichon nicht mehr im Amte, und seitdem ist es dann in Frankreich still geworden; von einer Erregung in England aber haben wir nichts gespürt.

Sehr merkwürdig ist doch der Fall des Ministeriums Barthou, wenn man sich erinnert, daß Herr Poincaré zum Präsidenten der französischen Republik gemacht wurde, weil man von ihm eine Wendung nach rechts erwartete. Während seiner kurzen Präsidentschaft steht er bereits vor dem dritten Ministerium, und jedes folgende ist mehr nach links gerückt. Auf Briand folgte Barthou, und jetzt ist Herr Doumergue ans Ruder gekommen, nachdem Ribot abgelehnt und Dupuy hat erklären müssen, daß es ihm unmöglich sei, ein Kabinett zu bilden. Ob schon jetzt, oder erst wenn Doumergue ausgespielt haben wird, Caillaux Ministerpräsident wird, ist zweifelhaft, jedenfalls gehört die nächste Zukunft den Männern um Combes, und das bedeutet, daß der Präsident der Republik die Wege wird gehen müssen, die ihm am wenigsten gefallen. Es ist erstaunlich, daß bei der Unsicherheit des politischen Lebens in Frankreich — die „Débats" berechnen, daß der Kurssturz, den der Fall des Ministeriums zur Folge hatte, die 1300 Millionenanleihe um 28 Millionen verteuere — die französische Presse mit solchem Hochmut die deutschen Verhältnisse im Anlasse der Affäre Zabern beurteilt hat. Sie schien zu glauben, daß das Reich an einem Konflikt zwischen Armee und Zivil zugrunde gehe, der Kanzler und der Kriegsminister am Ende ihrer Laufbahn ständen, und was sonst an abenteuerlichen Gerüchten in Umlauf gesetzt wurde. Das alles ist nun nicht ge-

schehen. Kaiser Wilhelm hat die Entscheidung getroffen, die nach allen Seiten hin Klarheit und Sicherheit brachte, und was an unangenehmen Eindrücken bei uns zurückblieb und das Ausland irre machen könnte an dem festen Zusammenhalten unserer Volksvertretungen in nationalen Fragen, war die beschämende Erscheinung, daß alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen, sich von der Suggestion erfassen ließen, welche die theatralisch aufgebauschte Entrüstung der Sozialdemokraten ihnen aufzwang. Man hat darüber die andere Tatsache übersehen, daß die ohne Zweifel in Zabern und in anderen Gebieten des Elsaß vorhandene auffässige Stimmung die Folge einer Agitation war, die von Frankreich ausging, sorgfältig gepflegt wurde, und schließlich in Stadtverwaltung, Schule und Haus eindrang. Auch der „Economist" spricht bei Beurteilung dieser Verhältnisse von einem „state bordering on revolte" und verfällt damit in dieselbe Übertreibung, die von der französischen Presse verbreitet wurde und bis in die Räume des Reichstags eindrang. „Ein Abgrund zwischen Armee und Volk" existiert nur in der überhitzten Phantasie sozialdemokratischer Agitatoren. Wohl aber ist ein großer Teil der Elsasser Bevölkerung vergiftet worden durch die von Frankreich angeregte und von halbfranzösierten Elsässern verfaßte Literatur der Verekelung alles Deutschen, deren Pionier jener Hansi ist, dessen „Geschichte des Elsaß den kleinen Kindern erzählt" es begreiflich macht, daß die deutschen Schulkinder von Zabern johlend hinter deutschen Truppen herziehen konnten. Die gleiche Tendenz verfolgte der Mülhausener Zislin in seinem „Durs Elsaß", und wenn heute der „Temps" die Gelegenheit günstig findet, um diese beiden Schriftsteller zu feiern, liefert er uns nur den Beweis dafür, mit welcher Schadenfreude die wahrhaft erstaunliche Entgleisung der bürgerlichen Parteien im Reichstage vom Auslande begrüßt worden ist. In einem Artikel „Hansi chez les gens de lettre" kündigt uns der „Temps" ein neues Buch dieses Humoristen an, mon village, das würden des pages brillantes et vengeresses sein, ein Album, das deutsches und französisches Wesen gegenüberstellen werde, und über welches der „Temps" ausführlich zu berichten verspricht. Nun, auch wir werden es sehen und danach uns in der Vorstellung stärken, die wir bereits von den idées vengeresses unserer französischen Nachbarn haben. Nur rede man uns nicht mehr von freundschaftlicher und versöhnlicher Gesinnung. Eben jetzt tritt uns ein neuer Anlaß entgegen, diese „freundschaftliche Gesin-

nung" zu beurteilen: Der Reflex der Tage von Zabern hat in Champigny zu einer stürmischen Demonstration der Patriotenliga geführt, die in ihren deutschfeindlichen Ausfällen weder Maß noch Anstand zu behaupten wußte. Als Erster sprach Déroulède, dessen Rede den Tag des entscheidenden Sieges feierte, der der zivilisierten Welt das Gleichgewicht geben wird, indem er Preußen nach Preußen zurückwirft, Elsaß-Lothringen mit Frankreich vereinigt, und bestimmt ist, Frankreich in all seinem Glanz, in seiner vollen Unabhängigkeit und in strahlender Glorie zu zeigen.

Der folgende Redner war Maurice Barres, Mitglied der französischen Akademie, der sich als einen „Wackes" einführte und seinen Zuhörern von den Ereignissen in Zabern erzählte, „um seiner Bewunderung und seiner Freundschaft für die Wackes von Elsaß-Lothringen Ausdruck zu geben". Er feierte den „taubstummen" Schuster Blank, dem man vorgeworfen habe, aufreizende Reden gegen das Reich gehalten zu haben, die 5jährigen Kinder, die man beschuldigt hätte, die Soldaten zu verhöhnen, und „jene Wackes" des starken und fröhlichen Elsaß, die durch ihr klingendes Lachen und ihren klaren Verstand den Panduren, als sie ihre Dummheiten begingen, ein Halt zugerufen hätten, durch welches sie im Angesicht ganz Europas ihnen die Lenden zerbrachen! Herr Galli, der danach sprach, gipfelte seine Rede mit der Erklärung, die er aus dem Munde eines französischen Sozialisten gehört haben wollte, daß es weder Sicherheit, noch Fortschritt, noch Zivilisation in Europa geben werde, solange die elsaß-lothringische Frage nicht gelöst sein werde. Es sind noch andere Reden gehalten worden, aber wir brechen ab. Wir wissen ganz genau, was wir von diesem Treiben zu halten haben. Wir wissen auch, daß die letzte französische Anleihe, die Herr Kokowzew negotiiert hat, zwar unter der Firma einer Eisenbahnanleihe für Privatbahnen geht, daß sie in Wirklichkeit aber für den Bau strategischer Bahnen durch Privatgesellschaften bestimmt ist, und daß diese Bahnen zur preußischen und zur österreichischen Grenze führen sollen, nicht um Waren, sondern um Truppen zu transportieren, wenn in Paris und Petersburg der Zeitpunkt günstig erscheint. Daß dieser Zeitpunkt heute und wohl noch einige Jahre hindurch nicht kommen kann, glauben wir ebenfalls zu wissen, und eben deshalb sehen wir mit demselben Gleichmut die Drohungen und die Freundschaftsversicherungen beider Parten kommen und gehen; wir wissen, was wir davon zu halten haben.

Die durch eine Rede des Bischofs von Udine auf die Tagesordnung gestellte Frage des bevorstehenden Verzichts der Kurie auf die weltliche Herrschaft im Kirchenstaat, die sie seit den Tagen Pio IX. mit solchem Nachdruck behauptet hat, ist durch eine Note des Präsidenten des „Volksvereins katholischer Italiener", Grafen della Torre, in Gegenwart des Kardinals Ferrari bestätigt worden. Man nimmt an, daß er zu seinen Erklärungen im Auftrage des Papstes durch Mgr. Rossi veranlaßt worden ist, und erinnert daran, daß bereits vor zwei Jahren der Bischof von Cremona, Mgr. Bonomelli, sich in gleichem Sinne ausgesprochen hat. Der italienische Patriotismus Papst Pius' X. ist aber niemals zweifelhaft gewesen.

Die letzte Novembernummer des „Independent", einer in New York erscheinenden Wochenschrift, bringt aus der Feder von Francis E. Leupp, ehemaligem Kommissar für Angelegenheiten der Indianer, eine höchst interessante Charakteristik des Präsidenten Wilson; die Mischung von schottischem und irischem Blut sei für diesen Idealisten bezeichnend, und die Tatsache, daß er sein bisheriges Leben pädagogischen Aufgaben gewidmet hat, sei auch jetzt noch in seiner Art, die Dinge anzufassen, und an seinen Methoden zu erkennen. Cleveland habe die Präsidentschaft als eine Art Diktatur behandelt, Harrison wie ein Advokat, McKinley wie ein Diplomat, Roosevelt wie ein Mann des Wilden Westens, der sich seinen Weg durch den Urwald mit der Axt zu bahnen gewohnt ist, Taft wie ein Richter, der das Für und Wider abwägt, Wilson wie ein Professor, der die Dinge an sich herankommen läßt und sie als interessantes Phänomen gleichsam aus der Perspektive beurteilt. Oder wenn man die Reihe der Präsidenten nach dem meist hervortretenden Zuge ihres Temperaments klassifiziere, würde Cleveland als der unwandelbare Präsident, McKinley als der rezeptive, Roosevelt als der erfinderische, Taft als der besonnene und Wilson als der abwartende zu bezeichnen sein. Diese letztere Charaktereigenschaft kommt offenbar in der Behandlung der mexikanischen Frage zum Ausdruck und scheint insofern zum Ziele zu führen, als die Anzeichen sich mehren, daß Huerta seine Stellung für verzweifelt zu halten beginnt. Freilich bleibt dann die Frage, was geschehen soll, nachdem er den Platz geräumt hat. In derselben Nummer des „Independent" finden wir einen längeren Bericht von Präsident Butler über die Arbeit des Carnegie-Instituts für internationalen Frieden, aus dem sich ergibt, daß die uto-

pistische Seite dieses humanitären Unternehmens vor den praktischen Aufgaben, die es sich stellt, immer mehr in den Hintergrund tritt. Dahin fallen die Studienreisen in Japan und Südamerika, die die Gesellschaft veranlaßt hat, und ebenso die Arbeiten jener internationalen Kommission, die gleichfalls im Auftrage des Carnegie-Instituts gleich nach Abschluß des Krieges die Balkanstaaten bereist hat. Die Berichte darüber werden im Januar erscheinen.

12. Dezember 1913. Vertagung des Deutschen Reichstages.
14. Dezember. Die Militärmission Liman von Sanders trifft in Konstantinopel ein.
15. Dezember. Vertagung der nordalbanischen Grenzkommission.
17. Dezember. Tod des Kardinals Rampolla.

---

17. Dezember 1913.

In der Sitzung des russischen Reichsrats vom 10. Dezember ist es bei der von der Regierung eingebrachten Vorlage, durch welche den städtischen Selbstverwaltungsorganen Russisch-Polens im mündlichen und schriftlichen Verkehr der Gebrauch der polnischen Sprache freigegeben werden sollte, zu einer merkwürdigen, das Gebiet der auswärtigen Politik betreffenden Äußerung des Ministerpräsidenten, Staatssekretärs Kokowzew gekommen. Er sagte nämlich: „Wir träumen alle davon, daß einst alle slavischen Bäche im russischen Meere zusammenfließen werden." Die Gesetzesvorlage, die ein Anlauf zur Versöhnung mit den Polen sein sollte, wurde jedoch vom Reichsrat abgelehnt, gegen das Bekenntnis des leitenden Staatsmannes zur panslavistischen Doktrin aber hat sich kein Widerspruch erhoben. Die Worte Kokowzews sind zwar ein Zitat nach Puschkin, aber es ist unseres Wissens das erste Mal, daß durch eine offizielle Äußerung von der Regierungsstelle aus der Panslavismus als Programm für die Zukunft aufgestellt worden ist, und man wird gut tun, die Tatsache nicht zu vergessen. Die politischen Appetite Rußlands sind nicht gering und scheinen die slavischen Bäche zum Verdauungstrunk aufgespart zu haben, wenn die mongolische, mandschurische und persische Mahlzeit verdaut sein wird. Daß die polnische Frage „geregelt" werden müsse, hatte jene Denkschrift des französischen Generalstabes verlangt, auf die wir aus russischer Quelle in der Wochenschau vom 3. Dezember hingewiesen haben. Übrigens hat die Niederlage des Ministeriums im Reichsrat doch großes Aufsehen gemacht. Das Organ Gutschkows, der „Golos Moskwy", faßt das Ergebnis folgendermaßen zusammen: Alles er-

wogen, hat die Regierung weder im Oberhause noch im Unterhause (die Ausdrücke sind absichtlich für Reichsrat und Duma gebraucht worden, um auf das erstrebte Endziel der Entwicklung Rußlands hinzuweisen), weder in fortschrittlichen noch in reaktionären, noch endlich in den gemäßigten politischen Kreisen eine Stütze. Alle Teile der Staatsmaschine, deren richtige Arbeit nur möglich ist, wenn sie zusammenpassen, arbeiten gegeneinander, und was noch schlimmer ist, die Hoffnung ist sehr gering, daß ein guter Mechaniker zu finden sein wird, um sie zurecht zu machen. Sogar die Mitglieder des Oberhauses, die ernannt worden sind, und auf die ganz naturgemäß die Regierung vor allem rechnen konnte, stehen in der Opposition und verwerfen einen vom Haupt der Regierung beantragten Gesetzentwurf. So stellt sich wieder die Frage von der dumpfen Hoffnungslosigkeit der Lage, daß es so nicht weiter gehen kann, daß ein großes Reich nicht so matt auf einem Fleck herumstampfen kann. Was vor zwei Tagen im Reichsrat geschehen ist, war auch keineswegs eine Überraschung im vollen Sinn des Worts. Solche „Überraschungen" sind alle Tage zu erwarten. Sie ergeben sich logisch aus den Voraussetzungen der politischen Lage: denn die Politik der Regierung ist unstät und unbestimmt, zwischen den Vertretern der Regierung und den Organen der Gesetzgebung besteht kein Vertrauen, und die Entscheidung wird durch Einflüsse herbeigeführt, die unverantwortlich sind und außerhalb der Regierung stehen." Durch die Wahl des Oktobristen Wargun Sekret zum Vizepräsidenten der Duma ist zum ersten Male ein Präsidium geschaffen worden, in dem kein einziges Mitglied des rechten Flügels Platz gefunden hat. Auf der Tagesordnung aber steht eine Reihe höchst wichtiger Fragen. Vor allem eine Interpellation über die Wahlen, aus denen vor drei Jahren die heutige Duma hervorging, obgleich die Regierung alle Anstrengung daran gesetzt hatte, eine konservative Duma zu erhalten.

Diese Beeinflussung der Wahlen aber soll in Zukunft verhindert werden. Wir glauben jedoch nicht, daß die Resultate der Interpellation über ein aufregendes Wortgefecht hinausführen werden. Von weit größerer Bedeutung wird wohl die geplante Reform des Senats sein, den man erweitern will und dessen Mitglieder pekuniär besser gestellt werden sollen. In den Motiven, die der Justizminister dem Antrag der Regierung vorausschickt, wird auf die steigende Zahl der unerledigten Sachen in den Departements des Senats hingewiesen. 1909 blieb ein

Rest von 9739 unerledigten Sachen zurück, im folgenden Jahre waren es 11 404, anno 1911 — 13 231 und im vorigen Jahre 14 761. Da scheint allerdings eine Reform dringend notwendig zu sein. Von großer politischer Wichtigkeit kann der Antrag der Regierung werden, der die Übersiedlung in die ungeheuren asiatischen Domänen der Krone, allen Ständen zugänglich machen will. Bisher (nach dem Gesetz vom 6. Juni 1904) wurden kleine Bürger, die in jene asiatischen Ländereien übersiedelten, dem Bauernstand zugezählt, Edelleute, Geistliche, Kaufleute wurden nicht zugelassen, oder in besonderen Ausnahmefällen nur auf Grund einer Allerhöchsten Genehmigung. Das soll jetzt aufhören, und die Ansiedlung jedermann unter Aufrechterhaltung seiner besonderen Standesrechte gestattet werden. Die „Nowoje Wremja" bemerkt dazu: „Es ist leicht zu verstehen, welchen Kulturfortschritt dieses Gesetz bringen kann, wenn es ins Leben tritt. Es wird dem Landbesitz im asiatischen Rußland ein festes Fundament geben, Musterwirtschaften werden entstehen, welche die hilflosen Auswanderer nicht schaffen konnten, und bisher wüstliegende Strecken, die Kapital und Kenntnisse verlangen, um zu gedeihen, werden exploitiert werden." Gewiß, das ist möglich. Wir zweifeln aber, daß der Drang nach Osten bei den gebildeten und kapitalkräftigen Russen sehr lebendig sein wird. Viele Jahrzehnte können hingehen, ehe namhafte Mengen gebildeter Ansiedler den Entschluß dazu finden, und mit der Übersiedlung wird, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch der radikale Geist, der das europäische Rußland beherrscht, nach Russisch-Asien hinübergetragen werden. Da liegen Zukunftsprobleme, die noch sehr bedeutsam werden können. Über die bäuerlichen Verhältnisse im Gouvernement Charkow berichtet in sehr lehrreicher Weise ein Herr, der K—i zeichnet. Er war beauftragt, eine Katastrierung der dortigen Landwirtschaften aufzunehmen, und hat nahe an 16 000 besondere Bauernhöfe verzeichnet. Er macht dazu die folgenden wichtigen Bemerkungen: Ich habe mich davon überzeugen müssen, daß die Teilung der Bauernwirtschaften ins Endlose geht: Sie teilen nicht nur die Felder, sondern auch das Hofland, sie teilen das lebende und tote Wirtschaftsinventar, die Gebäude, vom Hause (chata) bis zum letzten Stall, und in einigen Gemeinden, namentlich in solchen, die früheren Gutsbauern gehörten, ist die Teilung so weit gediehen, daß der Bauernhof einige 10 Quadratsaschen groß ist (ein Saschen = 6 Fuß), da diese Teilungen seit Aufhebung der Leibeigenschaft bereits durch drei Gene-

rationen gehen. In den Gemeinden ehemaliger Kronsbauern wurde bei den Teilungen ein Reservefonds für neue Höfe zurückgelassen, um die zuwachsende Bevölkerung unterzubringen; aber jetzt gibt man in diesen Gemeinden niemandem mehr neue Höfe und teilt bei Familienabfindungen die früheren Höfe in Stücke. Das Prinzip eines Vorzugsrechts am Erbe kennt das Volk nicht: hat eine Familie oder ein Hof mit gemeinsamer Arbeit eine Wirtschaft begründet, so muß bei der Teilung der Wirtschaft jeder seinen Anteil erhalten. Zuerst teilt der Hausvater den ältesten verheirateten Sohn ab; er gibt ihm ein Stück Feld und bittet die Gemeinde um einen Anteil neben dem Hof oder nimmt ein Stück seines Anteils, baut ihm eine Chata, gibt ihm einen Teil des Viehs usw., ebenso geschieht es mit den übrigen Söhnen. Nur der jüngste Sohn hat einen Vorzug; er bleibt auf dem alten Hof auf seinem Anteil und dem der Eltern und muß dafür für die Alten sorgen und sie christlich beerdigen. Die Töchter, für die es keine Anteile an Land gibt, erhalten, wenn sie heiraten, etwas vom Vieh und einen Schrein (skrynjä), der Leinen, Kleider usw. enthält. Das ist nirgends aufgezeichnetes Gewohnheitsrecht, das das Volk seit Menschengedenken geübt hat. Jetzt besteht die Absicht, durch Gesetz diese Teilungen zu beseitigen, aber es wird unendlich schwer fallen, dies Ziel zu erreichen.

Die Höfe der deutschen Kolonisten in Rußland sind niemals kleiner als 40 Deßjätinen. Die Kolonisten legen regelmäßig gewisse Prozente der Einnahmen zur Bildung eines Landfonds zurück, das für den Zuwachs der Bevölkerung bestimmt ist, und infolgedessen findet keinerlei Zerstückelung des Hofes statt.

Herr K—i scheint zu glauben, daß etwas Ähnliches den russischen Bauern helfen könnte. Das ist aber so gut wie ausgeschlossen, da der russische Bauer, abgesehen vom Kulak, dem Dorfwucherer, nicht spart. Was der geteilte Acker nicht bringen kann, wird in den Fabriken oder sonst in städtischer Beschäftigung zu beschaffen gesucht, hilft aber nicht über die Tatsache hinweg, daß der Bauer arm bleibt, während der Staat, d. h. die Regierung, zurzeit vielleicht den größten Goldfond besitzt. Die russischen Zeitungen sind ungerecht, wenn sie ihrer Regierung vorwerfen, daß sie ihr Pfund vergrabe. Es arbeitet vielmehr überall; in Paris, wo es ihr die Stimmen der Presse sichert, im fernen Osten, wo es in sehr bedeutsamer Weise die russische Beherrschung der äußeren Mongolei begründet und dem russischen Einfluß in der inneren

Mongolei eine Stätte bereitet hat, in Kleinasien, wo ihm die strategischen Bahnen Rußlands ihre Entstehung verdanken, und um ein bisher wenig beachtetes Feld der Tätigkeit zu erwähnen, in der sogenannten neutralen Zone Persiens, die bald eine russische Einflußzone geworden sein wird. „In Ispahan," schreibt eine Korrespondenz der „Nowoje Wremja", „der alten Hauptstadt Persiens, die 100 000 Einwohner zählt, herrscht jetzt der russische Einfluß vor. Die Engländer haben hier lange vor uns Fuß gefaßt, sie haben eine eigene geistliche Mission, drei Krankenhäuser usw. Aber seit ungefähr drei Jahren hat Rußland dank der Energie seines Konsulats und der seit 1910 begründeten Agentur der persischen Diskontobank einen großen Vorsprung gewonnen. Russische Waren überschwemmen den Markt von Ispahan und haben die englischen verdrängt; russische Manufaktur, Petroleum, Papier, Glas- und Blechwaren sind Lebensbedürfnisse der Einwohner geworden. Die einheimischen Kaufleute arbeiten lieber mit der russischen Bank als mit der englischen (Schahinschahbank, die seit vielen Jahren besteht), sie legen gern Geld an, verschreiben durch Vermittlung unserer Bank unsere Waren usw. Die kolossalen Erfolge, die unsere Bank in weniger als drei Jahren errungen hat, trotz der Konkurrenz der Engländer, die sich schon längst in Ispahan festgesetzt hatten, sind bewunderungswürdig, zumal die Zahl unserer Beamten nur gering ist. Das Prestige des russischen Namens und der russischen Kultur ist auch auf anderen Gebieten groß, und das ist um so wertvoller, als man nicht wie in Koswin, Täbris und Teheran sagen kann, daß es aus Furcht vor uns geschieht. In Ispahan sind nur 18 russische Kosaken, und gewiß sind sie es nicht, die der Bevölkerung eine abergläubische Verehrung für Rußland und vor den Russen einflößen..." Das alles wird wohl richtig sein und kann als weiterer Beweis dafür dienen, daß England mit seinem Abkommen von 1907 nicht eben ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Doch das ist eine Frage, mit der die Engländer sich selbst abzufinden haben. Weniger platonisch ist unser Interesse daran, daß die englische Politik sich ebenso wie die französische unter Hintansetzung ihrer traditionellen Richtung in den Dienst der russischen Politik stellt.

Wir denken dabei natürlich an den Versuch, den die Vertreter der Tripleentente in Konstantinopel gemacht haben, die Pforte einzuschüchtern, um der Militärmission Liman v. Sanders das Feld ihrer auf Reorganisation der türkischen Armee gerichteten Tätigkeit

zu beschränken. Daß Rußland, das kein Geheimnis daraus macht, daß es sich als den künftigen Herrn Konstantinopels betrachtet, durch die Aussicht erschreckt ist, daß die Türkei soweit erstarken könnte, daß sie sich selbst zu verteidigen vermag, nimmt uns nicht wunder. Ebensowenig erstaunlich ist es, daß Frankreich durch dick und dünn mit Rußland geht, c'est son métier. Der jetzige Ministerpräsident, Herr Doumergue, ist freilich nicht immer dieser Ansicht gewesen, und das „Journal Officiel" vom 9. Februar 1906 hat uns die Rede erhalten, die er damals in Aussicht einer neuen russischen Anleihe in der französischen Kammer hielt: Ich will nicht ungroßmütig sein — sagte er — wir sind immer zu großmütig. Aber ich möchte an etwas erinnern. Sollten wir den Russen nicht sagen: „Ihr gebt uns im Überfluß nur eine Ware — Wechsel. Wir kaufen sie, zahlen dafür mit Gold und nehmen nicht zu viel Aufgeld. Aber kauft dagegen doch unsere Waren." Und drei Tage danach sagte er in der Kammer: „Wir haben mit Rußland nichts auszutauschen. Wir geben ihm nur Geld und bitten ganz bescheiden, gebt uns nur etwas zurück. Es ist doch nicht zu dulden, daß wir für Rußland mit dem Blut und der Armut unserer Bauern zahlen!" Und als Rouvier ihn deswegen zur Ordnung rief, antwortete er: „Ich bin gewohnt, zu sagen, was ich denke." Aber daß Herr Doumergue sich inzwischen umgedacht hat, finden wir verständlich, und ebenso, daß er heute behilflich ist, die russischen Daumschrauben fester zu ziehen, die bestimmt sind, der Pforte eine Demütigung zu bereiten und Deutschland indirekt zu beleidigen. Völlig unverständlich ist uns dagegen das Verhalten Englands. Sir Edward Grey hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Türkei in ihrem jetzigen Bestand erhalten will. Er hat einen Admiral und zahlreiche Marineoffiziere ausgeschickt, um die türkische Flotte zu reorganisieren, was doch nur den einen Zweck haben kann, ihr die Verteidigung gegen feindliche Angriffe möglich zu machen. Dieser Admiral hat seine Residenz in Pera, ganz wie General Liman sie erhalten wird, — worin liegt der Unterschied zwischen seiner Stellung und der des englischen Admirals? Und was rechtfertigt die mißtrauische Anfrage, die England in Gemeinschaft mit Frankreich und Rußland an die Pforte über den Zweck und Umfang der deutschen Mission richtet, um, falls die Antwort den Russen nicht genügen sollte — und über die Absicht, sie nicht genügend zu finden, kann kein Zweifel sein —, „Maßregeln zu treffen, die geeignet sind, die

Interessen Rußlands, Frankreichs und Englands zu sichern". So drückt sich — offenbar offiziös — das „Journal des Débats" vom 15. Dezember aus. Es fügt noch hinzu: „Andere Mächte, wie Griechenland — dessen Schiffahrt im Schwarzen Meer und auf der unteren Donau sehr lebhaft ist — könnten dann ebenfalls nicht gleichgültig bleiben." Das klingt wie eine Drohung, und dabei behauptet der „Temps": „Le prestige de l'Allemagne n'est pas en cause!!"

Es ist übrigens interessant, daß derselbe „Temps" in Anlaß des Besuches des englischen Geschwaders in Alexandria es nicht über sich bringen kann, die kleinen Bosheiten zurückzuhalten, die sich ihm auf die Lippen drängen: Die französische Kolonie habe den englischen Blaujacken ein reizendes Fest im Garten von Rosette gegeben. Aber abgesehen davon, seien es Empfänge „protocolaires ou nationales, sans enthousiasme aucun" gewesen. Auch würden die englischen Marineoffiziere nicht wenig erstaunt gewesen sein, daß sie nach dreißigjähriger Okkupation genötigt waren, in den Läden von Alexandria Französisch zu sprechen, um verstanden zu werden. Nebenher werden dann die Engländer darauf aufmerksam gemacht, daß der Besuch des italienischen Geschwaders „nicht ein Akt der Höflichkeit, sondern nationaler Propaganda" gewesen sei. Die lateinischen Vettern zeigen einander heute kein freundliches Gesicht. Sie fühlen sich als Rivalen.

Inzwischen haben die Franzosen im Hinterland von Tripolitanien eine wichtige Eroberung gemacht. Der Oberst Largeau hat am 27. November Aïn Galaka mit Sturm genommen. Diese Eroberung, schreibt der „Temps", macht uns endgültig zu Herren von Borku und Tibesti und sichert dadurch unsere Verbindungen von Nordafrika zu Zentral- und Westafrika. Aïn Galaka war der Sitz der Senussi. Die Franzosen behaupten, das Gebiet gehöre ihnen kraft des französisch-englischen Vertrages, der die Faschoda-Affäre zum Abschluß brachte und den die Italiener ratifiziert hätten. Das letztere war mir nicht bekannt. Sicher steht jedoch fest, daß die Türkei, die allein einen rechtlichen Anspruch erheben konnte, den Vertrag niemals anerkannt hat, auch noch vor wenigen Jahren unter Zustimmung der Senussi Anspruch auf diese Gebiete erhob. Ganz abgeschlossen ist diese Besitzfrage jedenfalls noch nicht.

Die Vereinigten Staaten haben in dem Präsidenten Wilson einen durchgreifenden Herrn erhalten, und die Wellen, die seine politischen

Gedanken erregen, schlagen nicht nur an die Küsten Mexikos, Columbiens und San Domingos, sie sind bestimmt, auf das Handelsleben ganz Europas einzuwirken, Südamerika vor einer zwar nicht vorhandenen, aber immerhin möglichen zukünftigen Ausbeutung durch geldstarke Unternehmer zu bewahren und die Bürger der Vereinigten Staaten zu nötigen, ihr vieles Geld im eigenen Lande so zu verwenden, daß sie nicht durch Bildung von Trusts die Freiheit des Handels schädigen. Sein Trustgesetz soll folgende Punkte umfassen:

1. Definition der verschiedenen Monopole und Behinderungen des Handels, die für unzulässig zu erklären und als Verletzung des Gesetzes anzusehen sind. Verpflichtung der Interessenten, zu beweisen, daß sie dem Handel nicht unzulässige Schwierigkeiten bereiten werden.

2. Verbot, Mitglied des Verwaltungsrats verschiedener großer Genossenschaften zu sein.

3. Einsetzung einer Handelskommission zwischen den Staaten; diese Kommission, die entsprechende Vollmachten erhalten soll, wird Enqueten anstellen und den Gerichten behilflich sein, die auf die Auflösung der Trusts bezüglichen Gesetze auszuführen.

Weniger Beifall dürfte der Widerstand finden, den Amerika europäischen Konzessionen im lateinischen Amerika entgegensetzen will. Wir haben auf die Rede des Präsidenten in Mobile bereits hingewiesen. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Mr. Page, hat in einer Rede im Savage-Club die Absichten Mr. Wilsons als authentisch bestätigt, dabei aber nicht zum Ausdruck gebracht, daß der Präsident auch den Bürgern der Vereinigten Staaten selbst die Erwerbung von Konzessionen in den südamerikanischen und mittelamerikanischen Staaten untersagen will. Eine sehr eingehende Korrespondenz, die dem „Economist" aus Washington vom 30. November zugeht, gibt offenbar die authentische Darlegung der Gesichtspunkte, die Wilson zu seiner Kundgebung, die man bereits die „neue Monroedoktrin" nennt, bestimmt haben. In früheren Jahren hat man die Monroedoktrin allgemein als eine Art Entschuldigung Amerikas bei Interventionen zur Durchsetzung seiner Interessen betrachtet. Die Situation hat sich etwa folgendermaßen entwickelt: Fremde Kapitalisten, auch solche, die Bürger der Vereinigten Staaten sind, konnten veranlaßt werden, Kapitalien in einem Unternehmen in einem südamerikanischen Staat anzulegen. Dann würde eine politische Schwierigkeit eintreten. Eine Regierung

wird durch Revolutionäre gestürzt und könnte ausländische Unternehmungen mit schweren Abgaben belasten, oder spezielle Konzessionen könnten aufgehoben oder beschränkt werden. Die Geschädigten wenden sich an ihre Regierungen um Schutz, und sofort wird die Bitte nach Washington gerichtet, die Anerkennung der Forderung des Geschädigten zu erzwingen. Diese Bitte wird durch die Drohung unterstützt, daß man im Fall der Ablehnung die Intervention der eigenen Regierung erhalten werde, wenn aber das geschehe, sei die Monroedoktrin verletzt. Solche Zumutungen seien an die Vereinigten Staaten mehrfach nicht nur in Streitsachen, die ihren Ursprung in der Union selbst hatten, sondern auch in solchen, die fremde Länder betrafen, gerichtet worden, und es könne nicht geleugnet werden, daß eine deutliche Neigung bestand, diese Rolle zu übernehmen. Die neue Interpretation der Monroedoktrin scheint nun zu sein, daß die Vereinigten Staaten sich jedes solchen Eingriffs in die Autonomie und in die häuslichen Angelegenheiten südamerikanischer Nationen enthalten werden, und daß sie erwarten, daß andere Staaten desgleichen tun, daß sie aber in allen Fällen ihre Hilfe gewähren wollen, wo ein allgemeines Interesse besteht, Elemente zu unterstützen, die für Recht und Ordnung eintreten, und wenn dauerhafte Regierungen eingesetzt sind, darauf dringen werden, daß diese Elemente den Verlust ersetzen, den Fremde durch Angriffe erlitten haben, die zu Zerstörungen von Eigentum in der Periode der Unordnung geführt haben." Der Anspruch geht dahin, die von amerikanischen Regierungen garantierten Konzessionen zu revidieren und eventuell nicht zu dulden, gleichviel, ob sie von Fremden oder von amerikanischen Bürgern herrühren.

Das mag sehr ideal gedacht sein, ist aber im höchsten Grade tyrannisch, ein krank gewordener Beglückungswahn, für den ein geistreicher Freund, als von den ähnlichen gewaltsamen Beglückungsbestrebungen der Nihilisten die Rede war, die Bezeichnung „la bienfaiseuse" in Vorschlag brachte. Neuerdings heißt es, daß Präsident Wilson sich auch mit dem Gedanken trägt, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, nach welcher die Präsidentenwahl in Zukunft aus direkter allgemeiner Wahl hervorgehen soll. Uns will scheinen, daß alle diese Probleme noch reifen müssen, ehe sie Wirklichkeit werden können. Die Probe der neuen Politik, die wir an den mexikanischen Wirren erleben, ist nicht ermutigend. Sie hat mehr Blut gekostet und mehr Werte zerstört, als ohne das Einschreiten des Präsidenten Wilson geschehen wäre. Jetzt spricht alle

Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Bürgerkrieg noch sehr lange fortdauern wird.

Auf die überraschende Erklärung Rußlands, daß es seine Truppen aus Petschili zurückziehe, und auf die an die anderen Mächte gerichtete noch überraschendere Aufforderung, desgleichen zu tun, dürfte eine ablehnende Antwort folgen.

18. Dezember 1913. Auflösung des deutschen Komitees für die Weltausstellung in San Franzisko.
Vertrauensvotum der italienischen Kammer für San Giuliano.
Genehmigung des Bukarester Vertrages durch die rumänische Kammer.
20. Dezember. Winston Churchill in Paris.
General Eydoux wird mit Bildung eines griechischen Musterkorps betraut.

---

24. Dezember 1913.

Ein klassisches Beispiel dafür, wie unsichere innere Verhältnisse einer Großmacht in gefährlichster Weise die allgemeine Politik beeinflussen können, bietet uns heute Frankreich. Seit dem Tage, da das Ministerium Doumergue die Leitung der französischen Politik übernommen hat, arbeiten die offiziösen Organe des gestürzten Ministeriums darauf hin, eine politische Lage zu schaffen, die in Frankreich die Sehnsucht nach der Wiederkehr der starken Männer wachrufen soll, die, als Poincaré ins Amt trat, sein erstes Ministerium bildeten. Es waren die Herren Briand, Pichon und Gefolge, die die dreijährige Dienstpflicht durchgesetzt haben, den Patriotismus zum Chauvinismus erhitzten und alle Vorbereitungen zu einer frischen und fröhlichen Kampagne getroffen hatten, von der sich eine Befriedigung der französischen Nationaleitelkeit erwarten ließ. Daß Herr Briand so bald weichen mußte, war eine erste Enttäuschung, aber das Ministerium Barthou galt immerhin noch als ein zur Not erträglicher Ersatz; völlig unerträglich aber erschien der Frontwechsel, den das radikal-sozialistische Ministerium Doumergue-Caillaux anzuzeigen schien. Herr Briand hat keinen Augenblick versäumt, um sich als notwendigen Nachfolger zu präsentieren, und „Temps", „Matin", „Débats" lassen keinen Tag hingehen, ohne durch provozierende Artikel einerseits das regierende Ministerium lächerlich und verächtlich zu machen, anderseits mit dem Finger auf die wunden Stellen am Körper Europas hinzuweisen und ihr Gift hineinzuträufeln, um eine Heilung mindestens zu verzögern und vielleicht unmöglich zu machen. Erst waren es Albanien und die Inselfrage, an denen gezerrt wurde. Die Parole war, die im Widerspruch zu den Beschlüssen der Londoner

Botschafterunion stehenden Ansprüche der Griechen auf Südalbanien zu ermutigen und in der Inselfrage die bona fides Italiens zu verdächtigen. Dann kam die Ausnutzung des Zwischenfalls in Zabern, der den Franzosen den Beweis bringen sollte, daß die deutsche Armee ein isoliertes Werkzeug preußischer Tyrannei sei, gegen welches das deutsche Volk sich einmütig erhoben habe. „L'Empire lui même" — schließt der „Eclair" einen die Verurteilung v. Forstners jubelnd begrüßenden Artikel — „dans ses racines belliqueuses, en sera ébranlé". Den fruchtbarsten Stoff aber bot die Mission Liman v. Sanders. Man war sich nicht gleich klar, wie die Aktion zu führen sei: sollte Deutschland oder die Türkei zur Rechenschaft gezogen werden? Nach einigem Schwanken entschloß man sich zu letzterem, in der Annahme, dort den Punkt geringsten Widerstandes zu finden. Rußland sollte die Initiative ergreifen und, wie uns russische Zeitungen verraten haben, das Ziel sollte sein, General Liman v. Sanders mit seinen Begleitern nach Deutschland zurückzusenden. Die Korrespondenz der Mächte der Tripleentente über diese Frage scheint sehr lebhaft gewesen zu sein, wie aus den parallel laufenden Äußerungen der Presse hüben und drüben geschlossen werden muß. In Paris erfuhr man, daß Rußland auch mit Deutschland in Verhandlung getreten sei, und wir wissen, daß Berlin keinerlei Neigung gezeigt hat, sich vorschreiben zu lassen, wie es sich einer Bitte der Pforte gegenüber zu verhalten habe. Die Zurückziehung der Mission zu verlangen, hat niemand gewagt. Auch zu einer Sommation in Konstantinopel mochte man sich bei ruhiger Überlegung nicht entschließen. England, das im Hinblick auf seine Marinemission in Konstantinopel alle Ursache hatte, sich ein nüchternes Urteil zu wahren, riet zunächst, bei der Pforte anzufragen, welches die Vollmachten seien, die sie den in türkische Dienste getretenen deutschen Offizieren verliehen habe, und Rußland fand es nützlich, diesem Rat Folge zu leisten. Am 15. Dezember hat darauf Herr v. Giers seine Anfrage beim Großwesier, Prinzen Saïd Halim, angebracht und die Antwort erhalten, daß die Vollmachten des deutschen Generals weder auf die Verteidigung der Meerengen, noch auf das Recht, den Kriegszustand in Konstantinopel zu erklären, sich erstrecken. Es handle sich um Ausbildung der Truppen, und der General werde das 1. Korps kommandieren. Der „Temps", der diese Nachrichten offenbar direkt aus dem Quai d'Orsay erhalten hat, bemerkt dazu: Zwischen Lipp' und Bechers Rand... und wettert gegen

Rußland, das den günstigen Augenblick versäumt habe, um mit kategorischen Forderungen an die Türkei heranzutreten. Zwei Tage danach, am 18., kündigt der „Temps" an, daß man sicher annehmen dürfe (tout permet de prévoir), neben anderen Maßregeln werde das Petersburger Kabinett im Frühjahr oder noch früher militärisch in Armenien einschreiten, „so daß infolge einer deutschen Initiative die Integrität der asiatischen Türkei fraglich wird". Nun, wir meinen, daß Rußland es sich zehnmal überlegen wird, ehe es zu einer Maßregel greifen wird, die einer Kriegserklärung gleichkäme und die Probleme in Fluß bringen könnte, zu deren Lösung es ebensowenig vorbereitet ist, wie England Neigung haben dürfte, sie aufrollen zu lassen. Daß freilich der „Temps" den Augenblick für günstig hält, den Weltkonflikt herbeizuführen, auf den er seit Jahren hinarbeitet, ist uns nicht zweifelhaft. Aber wir halten die Verwirklichung dieser Wünsche für ebenso unwahrscheinlich, als die historische Deduktion falsch ist, durch welche dasselbe Blatt zu erweisen sucht, daß Deutschland für all das Unglück verantwortlich sei, das seit Jahr und Tag die Türkei getroffen hat. Die Katastrophen, die seit 1908 jählings aufeinanderfolgten, haben drei historische Ursachen: Erstens die Sünden und Versäumnisse des Hamidischen Systems; zweitens die durch nichts gerechtfertigte Annexion von Tunis durch Frankreich, an welche sich die Verträge knüpften, die Tripolitanien den Italienern freigaben, drittens und hauptsächlich die russische Orientpolitik, die die Balkanbündnisse zustande brachte und die Gelegenheit nutzen wollte, sich der Meerengen zu bemächtigen.

Der „Temps" argumentiert mit der Annexion von Bosnien und Herzegowina — sie geht auf Verträge zurück, deren Initiative Rußland gehört —, mit der Bagdadbahn: sie ist ein Kulturwerk ersten Ranges, das zur Stärkung, nicht zur Zersetzung der Türkei beiträgt, endlich behauptet der „Temps", daß Deutschland die unerläßliche Erhöhung der türkischen Zölle verhindert habe, während es doch notorisch ist, daß noch heute nur Rußland es ist, das sich dieser Zollerhöhung entgegensetzt, um sie möglichst teuer zu verkaufen. Es ist kläglich, einem solchen System bewußter Entstellungen und Verdrehungen entgegentreten zu müssen. Besonders unterstreichen möchten wir aber noch den folgenden Verweis, den der „Temps" vom 21. Dezember der russischen Regierung erteilt. Er lautet, wörtlich übersetzt, folgendermaßen: „Die Orientierung der russischen Politik im Hinblick auf die Schritte, welche die Ernennung

des Generals Liman v. Sanders in Konstantinopel notwendig macht, scheint recht konfus (assez confuse) zu sein. Nach Informationen aus Petersburg hätte Sir Edward Grey den Schritt der Tripleentente in Konstantinopel als einen einfachen Prolog angesehen. Deshalb drang er in Petersburg darauf, daß man sich auf eine mündliche Anfrage beschränke und auf eine Bitte um Erklärungen. Jetzt, da man offiziell die türkische Argumentation kennt, soll das englische Kabinett der Ansicht sein, daß, wie Rußland anfänglich getan hatte, die Verhandlungen in Berlin zu führen seien. In Petersburg wird jedenfalls die Eventualität einer russischen militärischen Demonstration in Armenien als verfrüht betrachtet, und wahrscheinlich wird man sich dem Rat des Kabinetts von St. James anschließen. Die morgen beginnende Weihnachtswoche ist nicht dazu angetan, nützliche Entscheidungen zu beschleunigen." Herrn Ssasonow wird nichts übrig bleiben, als sich diesen Verweis hinter den Spiegel zu stecken, und auch Sir Edward Grey hat seinen Anteil an der „konfusen Politik" zu registrieren. Er hat es nicht verstanden, sofort die entschlossenen Ratschläge auszuführen, die von der Redaktion des „Temps" gleich beim Auftauchen des Konflikts gegeben wurden: kategorische Sommation der Türkei behufs Aufhebung des Kontrakts des „preußischen Generals" und natürlich Kompensationen. Daß Deutschland sich eiligst gefügt hätte, ist dem „Temps" allezeit zweifellos gewesen. Mit diesem Argument hat er schon seit dem März 1905 gearbeitet und trotz aller Enttäuschungen hält er an ihm fest. Auf die Dauer aber könnte das zu furchtbaren Konsequenzen führen.

Übrigens haben wir Aussicht, am Mittwoch von Herrn Doumergue selbst zu hören, welches die Richtlinien der auswärtigen Politik seines Kabinetts sind. Hoffentlich stellt er dabei den sehr pessimistischen und zu nicht geringem Teil direkt mit falschen Angaben gespickten Bericht zurecht, den Herr Leygues in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten abgestattet hat. Seine Kritik trifft freilich auch das Kabinett Barthou, vor allem aber zielt auch er dahin, Deutschland zu verdächtigen. Das ist die allgemeine Tendenz, mit der wir als mit einer Realität zu rechnen haben. In Frankreich erwartet man, daß Ende Januar der entscheidende Kampf des Ministeriums mit seinen Gegnern in der Finanzfrage zum Austrag kommen werde. Die Männer um Poincaré hoffen dann, Herrn Caillaux und mit ihm Dou-

mergue und die übrigen zu Fall zu bringen, und das ist nicht unmöglich, da neuerdings auch Clemenceau, der alte Ministerstürzer, sich den Gegnern Caillaux' angeschlossen hat — ob, um selbst Minister zu werden, oder, was doch unwahrscheinlich ist, Briand wieder ans Ruder zu bringen, läßt sich nicht voraussagen. Uns kann es gleichgültig sein, aber es ist interessant, daß man Herrn Delcassé aus Petersburg hat zurückkehren lassen, damit er seinen Platz in der Kammer wieder einnimmt. Vielleicht ist er der nächste Ministerkandidat.

Die Nachrichten, die er über die Zustände in Rußland heimbringt, falls er verstanden hat, richtig zu sehen, können jedenfalls für die Partei der großen Aktion nicht sehr ermutigend wirken. Wir sind über diese Zustände aus bester Quelle neulich wieder vortrefflich orientiert worden und wollen unsere Nachrichten, in deutscher Übertragung, unseren Lesern nicht vorenthalten. Unser Gewährsmann schreibt: „Die Zeitungen legen über dem Tagesklatsch viel zu wenig Gewicht auf die Hauptsachen. Dabei haben sich die innerpolitischen Richtungen doch in letzter Zeit akzentuiert. Immer deutlicher tritt der Charakter der beiden Parteien hervor, die auf die Geschicke Rußlands den größten Einfluß ausüben: die Rechten schwören sich auf das Staatsideal ein, die Nationalisten auf das Rasseideal. Dementsprechend proklamieren die Rechten den Kampf gegen das Judentum und das Polentum, als der größten historischen Feinde des russischen Staatslebens in seiner gegenwärtigen Form; die Nationalisten aber rufen zum Kampf gegen das Germanentum als den Gegnern der slavischen Rasse auf. Der Antisemitismus der Rechten hat durch den Kiewer Ritualmordprozeß Nahrung und Anlaß zu großer demonstrativer Agitation bekommen. Zum Gedächtnis des Knaben Juschtschinsky wird eine Kirche gebaut, im Adelssaal zu Petersburg wird vor überfülltem Hause eine Agitationsversammlung gehalten, ebenso auch in anderen Städten; in der Duma rollen die Rechten die ganze Judenfrage auf, indem sie einen Antrag auf generelles Verbot des Schächtens von Tieren nach jüdischem Gesetz einbringen. Der Polenhaß trat bei der Abstimmung über die polnische Städteordnung im Reichsrat hervor; mit bedeutender Majorität wurde die Zulassung der polnischen Sprache im mündlichen Verkehr in den Stadtverordnetenversammlungen des polnischen Zartums abgelehnt, obgleich Kokowzew selbst dafür eingetreten war. Hierbei trat zutage, daß es eine Regierung im spezifisch politischen Sinne nicht

gibt. Von den Ministern, die im Reichsrat Stimme haben, waren nur drei: Timaschew (Handel), Charitonow (Kontrolle) und Ssasonow erschienen, um mit dem Ministerpräsidenten zu stimmen; dagegen waren Kasso (Unterricht), Schtscheglowitow (Justiz), Ruchlow (Wege), Kriwoscheiin (Landwirtschaft) sowie die Minister des Krieges und der Marine ferngeblieben. Daraus läßt sich folgern, welcher der beiden Strömungen jeder von ihnen mehr huldigt. Wenn Ssasonow übrigens vier Stunden im Reichsrat sitzt, um seinen Stimmzettel zugunsten der Polen abzugeben, so beweist das nur, wie sehr er der Polenfrage im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik Bedeutung beimißt. Tatsächlich sieht man denn auch im polnischen Lager das Tafeltuch als endgültig zerschnitten an und wird danach seine Politik orientieren. Begreiflich genug, daß Kokowzew und Ssasonow mit Besorgnis dem entgegensehen und befürchten, das Ausland könnte den geeigneten Zeitpunkt benutzen, das Polentum zu gewinnen. Die Nationalisten machen daher auch, im Gegensatz zu der Rechten, mit den Polen Frieden. Die Duma schickte den polenfreundlichen Ssavenko in die parlamentarische Einigungskommission, die die polnische Städteordnung weiter berät. Das Augenmerk der Nationalisten ist auf die allslavische Verbrüderung gerichtet. Nachdem sie auf dem Balkan Fiasko gemacht haben, stellen sie die Frage des Slaventums in Österreich in den Vordergrund und proklamieren schon ziemlich unverhüllt die Angliederung der von Russen überwiegend bewohnten galizischen Landesteile an Rußland. Für die „hungernden Russen" in Galizien wurde unter Beteiligung eines Abgeordneten aus dem österreichischen Parlament und anderer Vertreter „Rotrußlands" ebenfalls im Adelssaal vor gedrängt gefülltem Hause ein Meeting veranstaltet, welches ziemlich offen den Abfall von Österreich proklamierte. Die Begeisterung erreichte den Höhepunkt, als ein Galizier in die schönen Worte ausbrach: „Das russische Volk ist so groß, daß es nur auszuspucken braucht, damit in seinem Auswurf alle seine Feinde ersaufen." Die Vorkämpferin dieser Richtung ist die „Nowoje Wremja". Nun besitzen die Nationalisten wohl eine sehr einflußreiche Presse und gewinnen daher immer mehr an Boden in der öffentlichen Meinung und Stimmung, es fehlt ihnen aber an starken Männern in führender Stellung. Wenn aber wieder ein Mann vom Schlage Stolypins ans Ruder käme, so müßte der Stein in kürzester Zeit ins Rollen kommen.

Der klügste von allen — Witte — ist so diskreditiert, daß er trotz

aller Bemühungen nicht mehr hoch kommt und wohl erst im Moment der höchsten Not gerufen werden wird, um dann die Rolle Juanschikais zu spielen.

Es ist übrigens amüsant, wie alle Parteien Stolypin, diesen einzigen bedeutenden und integren Staatsmann, den Rußland in letzter Zeit hervorgebracht hat, für sich reklamieren — die Rechte wegen seines Antisemitismus, die Nationalisten wegen seines Deutschenhasses und die Nationalisten, weil er mit ihnen in der dritten Duma zusammenarbeitete, wobei sie ihm den Fußtritt nicht nachtragen, den er ihnen schließlich gab. Er wußte wohl, daß die Oktobristen ein Augenblicksprodukt waren, aus der Angst vor Revolution und Reaktion zugleich entstanden, und weder einen Anhang im Lande hinter sich noch eine politische Zukunft vor sich haben. Sie sind als starke Mittelpartei zeitweilig durch einen energischen Minister und durch das Geschick Gutschkows gehalten worden, aber dem Verfall preisgegeben bei verschärfter allgemein politischer Differenzierung (etwa wie unsere Nationalliberalen). Die Konferenz vom 10./23. November wollte die Partei retten, indem sie, der im Lande zunehmenden Unzufriedenheit Rechnung tragend, ihr eine stark oppositionelle Direktive gab, und hat dadurch nur eine Spaltung der Fraktion hervorgerufen. Bisher sind 30 Austritte erfolgt, ein Teil der Oktobristen wird sich der gemäßigten Linken, ein anderer den Nationalisten in die Arme werfen. Daß Gutschkow zu den Nationalisten übergeht, ist unzweifelhaft. Er ist nicht umsonst Aktionär der „Nowoje Wremja". Seine große Rede auf der Novemberkonferenz atmete Blutdurst, als er mit zitternder Stimme von der sträflichen Untätigkeit der Regierung während der großen Krisis des vorigen Winters sprach.

Während nun Rechte und Nationalisten um die Macht streiten und sich auch tatsächlich in dem Einfluß auf die allermaßgebendste Stelle mit abwechselndem Erfolge teilen, das divide et impera wird dort bewußt geübt, breitet sich im Lande die Opposition immer mehr aus — äußerlich unterdrückt durch die Hausknechtsmethode des Ministers des Innern, Maklakow, eines klugen, brutalen Parvenüs, der schon versuchte, „ernannte Semstwos" und Präventivzensur aller Zeitungen einzuführen, und am liebsten morgen die Leibeigenschaft proklamieren würde, wenn er es könnte. Das kann natürlich nicht hindern, daß Sozialdemokratie und Nihilismus stärker organisiert sind als je, was sich dazwischen in einigen politischen Massenstreiks (ohne wirtschaftliche Forde-

rungen) äußert, die sie als Kraftprobe und Vorübung zum großen Aufgebot inszenieren. Zugleich gehen die gebildeten Klassen: Semstwoleute, Industrielle und akademische Intelligenz immer energischer im kadettischen Fahrwasser weiter. Dem Unterrichtsminister Kassо können sie nicht verzeihen, daß er der westeuropäischen Bildung ihre Stellung als Lehrmeisterin des russischen Geisteslebens im Interesse Rußlands verschaffen will. Handel und Industrie wiederum wollen es auf die Dauer nicht vertragen, daß man sich in einem fingierten fiskalischen Wohlbefinden sonnt (defizitloses Budget von 3½ Milliarden, von denen im Jahre 1914 eine runde Milliarde auf Branntweineinnahmen kommen wird) und dabei kein Geld für die notwendigsten Eisenbahnen und andere wirtschaftliche Unternehmungen hat und auch nicht geliehen bekommt. Infolge des Geld- und Kreditmangels bleiben Kohlen-, Eisen- und andere Bergwerke unexploitiert, Wälder versumpfen, Ackerflächen gehen an extensiver Wirtschaft zugrunde und der aktiven Handelsbilanz, auf der doch auch die ganze Goldwährung beruht, droht Gefahr. Die Befürchtung liegt nahe, daß die Chauvinisten sich eines Tages mit den Revolutionären im Wunsche einer Explosion nach außen zusammenfinden, dann aber bedarf es nur eines Funkens in der Hand eines starken, gewissenlosen Staatsmannes, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen." Mit diesem Hinweis auf Zukunftsmöglichkeiten schließt mein Gewährsmann. Was er ausführt, ist ohne Zweifel ernster Erwägung wert.

23. Dezember 1913. Es bestätigt sich, daß der Negus Menelik II. gestorben ist.
25. Dezember. Serbien übernimmt einen entsprechenden Teil der türkischen Schuld.
26. Dezember. Eröffnung des japanischen Parlaments.
27. Dezember. Die Demission des Ministeriums Paschitsch wird von König Peter abgelehnt.
31. Dezember. Der Kaiser verleiht den um die Pflege und Heilung des Attachés von Winterfeldt verdienten Franzosen Auszeichnungen.

---

31. Dezember 1913.

Deutschland kann auf das scheidende Jahr mit ungetrübter Dankbarkeit zurückblicken. Es war das Jubeljahr unseres Kaisers, und die Festtage, an denen es gefeiert wurde, gaben dem Gefühl des Dankes so echten und ungekünstelten Ausdruck, daß uns noch jetzt das Herz warm wird, wenn wir unsere Erinnerung auf sie zurücklenken. Es war eine Feier, die das gesamte deutsche Volk in Nord und Süd, und weit über die Grenzen des Reiches hinaus, „so weit die deutsche Zunge klingt", wie ein Familienfest einigte, ohne jeden Mißton. Es war zugleich die Zentenarfeier der großartigen Erhebung Deutschlands, vor allem Preußens, gegen die napoleonische Fremdherrschaft, die Erinnerung an die glorreichen Schlachten der Freiheitskriege, denen das in Leipzig errichtete stolze Denkmal für alle Zeiten als Symbol freudigen Opfermutes und ausharrenden Willens dienen wird. Das Jahr 1813 hat das Fundament gelegt zum Bau, an dem ein Jahrhundert weiterarbeitete. Die Hoffnungen von 1813 leuchteten als ein Zukunftstraum unseren Vorvätern vor, für ihn haben nach mehr als einem Menschenalter unsere Väter gekämpft und gesiegt, und nachdem sie die Augen geschlossen, nachdem Scharnhorst, Blücher und Stein, Bismarck und unser herrlicher erster Kaiser, der Anfang und Vollendung erleben durfte, geschieden waren, ist den Bau zu erhalten und mit neuem Inhalt zu füllen die Aufgabe unserer Generation unter der weisen Führung unseres Kaisers, und bleibt es noch für eine weitere Zukunft.

Es liegt nicht in unserer Absicht, nochmals den Verlauf der Ereignisse zu erzählen, die wir im Laufe dieses Jahres in unseren Wochen-

übersichten zu verfolgen bemüht gewesen sind. Dagegen wird es vielleicht von Nutzen sein, ein Augenblicksbild der Gesamtlage zu entwerfen, wie sie sich uns jetzt darstellt, da die Silvesterglocken bald ihre nachdenklichen Rufe erklingen lassen: Wie steht Deutschland am Schluß des Jahres da, und wie haben sich die Geschicke der Staaten und Völker um uns her inzwischen gestaltet? Es kann ja nichts, was in der weiten Welt geschieht, uns völlig gleichgültig sein. Seit unser Kaiser die Parole ausgab, daß Deutschlands Beruf auf eine Teilnahme an der Weltpolitik hinweise, die bisher das Monopol anderer Nationen zu sein schien, seit deutsche Fahrzeuge unter dem Schutz der schwarz-weiß-roten Flagge in allen Teilen der Welt ihrer Kulturarbeit nachgehen, machen die Reflexe der Weltereignisse sich bis in das Herz unseres Vaterlandes hinein fühlbar. Denn überall ist die Ehre des deutschen Namens aufrechtzuerhalten, das deutsche Interesse zu wahren, das gute Recht Deutschlands, wo es angetastet wird, zu verteidigen. Durch unsere Kolonien, deren Durchdringung erst jetzt Wirklichkeit zu werden beginnt, treten uns neue wirtschaftliche, wissenschaftliche und ethnographische Probleme entgegen, an deren Lösung direkt oder indirekt die gesamte Nation mitarbeitet. Die sich immer lebendiger gestaltende wirtschaftliche Gemeinschaft der Welt hat einen Internationalismus im edelen Sinne des Wortes ins Leben gerufen, d. h. ein Zusammenarbeiten aller derjenigen, die sich die hohe Aufgabe stellen, auch wissenschaftlich die Welt zu durchdringen, der Natur ihre Geheimnisse abzulauschen —, eine unter dem Schutt der Jahrtausende vergrabene Vergangenheit unserer Erkenntnis zurückzuerobern und uns ihre Ideale, ihre Weisheit, ihre Kunst und ihre Schönheit zu erschließen.

Wir dürfen ohne Überhebung sagen, daß auf diesem Felde Deutschland sich einen Ehrenplatz erobert hat. In der politischen Welt Europas, der wir zunächst und zumeist angehören, ist unsere Aufgabe in diesem, an schweren Verwicklungen reichen Jahre gewiß keine leichte gewesen. Es galt: „Toujours en vedette", das heißt, auf alles gefaßt und zu allem vorbereitet zu sein. Wir haben den festen Bau des Dreibundes*), trotz mancher Gegensätze, die in der Balkanfrage zwischen Österreich-Ungarn und Italien bestanden, aufrechterhalten, die Frontstellung, die

*) Eine sehr lehrreiche, in allem Wesentlichen treffende Untersuchung über Grundlagen und Entwicklung des Dreibundes hat Dr. Hans Helmolt in der „Weser-Zeitung" veröffentlicht.

wir durch die Feindseligkeit Frankreichs und Rußlands einzunehmen genötigt sind, kraftvoll behauptet, und dank der Opferwilligkeit des deutschen Volkes, die im Reichstagsbeschluß vom 30. Juni fast einmütigen Ausdruck fand, eine Wehrvorlage erhalten, die, wie wir glauben dürfen, allen Fährlichkeiten gewachsen ist. Unsere Beziehungen zu England, die vor zwei Jahren einen so gefährlichen Charakter angenommen hatten, sind merklich besser geworden, wenn wir uns auch nicht verhehlen, daß, trotz allen Entgegenkommens von deutscher Seite und trotz der sich mehrenden Zahl unserer Freunde auf englischem Boden, sich noch immer einflußreiche Elemente regen, die uns entschieden feindselig gesinnt sind und die durch die Tatsachen widerlegte Legende von der Absicht Deutschlands, über England herzufallen, zu nähren bemüht sind. Der von Lord Esher unter dem Pseudonym „Islander" in der „Fortnightly Review" veröffentliche Aufsatz „A British Army of Adventure" geht offenbar von dieser Vorstellung aus, wenn er für eine Allianz mit Frankreich eintritt, die, wie sich mit aller Bestimmtheit sagen läßt, zur unmittelbaren Folge einen Weltkrieg haben würde. Wir können es wohl den Engländern überlassen, diesen gefährlichen Gedanken zurückzuweisen, wie es denn auch im „Manchester Guardian" vom 27. Dezember bereits geschehen ist. Er würde, ausgeführt, eine neue politische Abhängigkeit Englands begründen, wie sie bereits von Sir Edward Grey Rußland gegenüber durch den Vertrag von 1907 über Persien, Afghanistan, Tibet geschaffen worden ist. Doch auch das ist eine spezifisch englische Angelegenheit, über die man sich als politischer Zuschauer wohl wundern kann, deren Konsequenzen, wie sie bereits deutlicher zutage treten, nicht wir, sondern die Engländer selbst zu erwägen haben.

In die Balkanfragen, die den kritischsten Punkt der allgemeinen Politik des Jahres darstellten, haben wir direkt nicht eingegriffen. Aber als im Frühjahr ein österreichisch-russischer Krieg den höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit erreicht hatte, haben wir keinen Augenblick des Zweifels darüber aufkommen lassen, daß wir einen Angriff auf unsere Verbündeten einem Angriff auf uns gleichsetzen würden und damit diesen Krieg verhütet. Rußland erkannte, daß es klüger war, Frieden zu halten. Daß im Laufe der Balkanwirren die Türkei den christlichen Teil ihrer Besitzungen an die mündig gewordenen nationalen Staaten des Balkans verlor, war eine historische Notwendigkeit, mit

der sich nicht rechten läßt. Wir haben das Ergebnis, wie es sich nach den Entscheidungen, die auf dem Schlachtfelde fielen, gestaltet hat, anerkannt, aber wir bedauern, daß es mit so beispiellos barbarischer Kriegführung errungen worden ist. Die Türken haben bei weitem die größere Menschlichkeit in diesem wilden Ringen gezeigt.

Es ist keineswegs zu wünschen, daß die Besitzungen, die der Türkei in Europa und in Vorderasien geblieben sind, in andere Hände fallen. In diesem Gedanken begegnen sich die englische und die deutsche Politik. Während England bereits seit einem Jahr die Reorganisation der türkischen Flotte in seine Hand genommen hat, ist neuerdings eine deutsche Militärmission unter General L. Liman v. Sanders in türkische Dienste getreten, um die durch den Balkankrieg erschütterte türkische Armee zu reorganisieren. Die Empfindlichkeit, die darauf russischerseits zutage trat, läßt sich nur durch die Erwägung erklären, daß Rußland bei einem Angriff auf den Territorialbestand der Türkei stärkerem Widerstand begegnen könnte, als ihm lieb ist. Der in den Vordergrund gerückte Einwand, daß die Anwesenheit General Liman v. Sanders' die Selbständigkeit der Türkei gefährde, läßt sich nur als grobe Heuchelei bezeichnen, und das tritt um so mehr zutage, als Rußland gegen die Reorganisation der türkischen Flotte durch einen ebenfalls in Konstantinopel residierenden englischen Admiral nicht protestiert hat, obgleich dadurch und durch die auf englischen Werften gebauten neuen Dreadnoughts der Türkei die Inferiorität Rußlands im Schwarzen Meere zweifellos eine Frage nächster Zukunft ist. Dagegen ist Deutschland in der Frage der armenischen Reformen mit Rußland Hand in Hand gegangen, wobei die Differenz wohl darin liegt, daß Deutschland auf diesem Wege die Armenier zu zufriedenen Untertanen der Türkei machen will, während, nach den unzweideutigen Äußerungen der russischen Presse, es sich für Rußland darum handelte, Türkisch-Armenien zu einem Instrument zu organisieren, das sich gegen die Integrität der armenischen Türkei gebrauchen läßt.

Was nun die Entwicklung der übrigen europäischen Großmächte betrifft, so läßt sie sich dahin zusammenfassen, daß sie nach innen die Symptome einer steigenden Demokratisierung, nach außen hin imperialistische Tendenzen zeigt, die gleichfalls im Zunehmen sind, aber verschiedenen Charakter tragen.

Die inneren Zustände Großbritanniens charakterisiert

neuerdings ein mit großer Sachkunde geschriebener Artikel der „Frankfurter Zeitung" als einen Niedergang aller Autorität. In der Tat lassen sich Anzeichen dafür beobachten, ob es sich nun um Sir A. Griffith Boscaven vom Worcester-Regiment, um die Agitation Sir Edward Henry Carsons, um das immer rücksichtsloser werdende Verhalten der Syndikate, um das verbrecherische Treiben der Suffragetten oder um die neue Losung der Homerule all round handelt: in jedem Fall leidet die Autorität des Staates. Wenn wir trotzdem überzeugt sind, daß diese Krisis ohne ernstliche Schädigung überwunden werden wird, geschieht es, weil wir im Hinblick auf die Geschichte Englands eine sehr hohe Meinung von der gesunden Vernunft und dem seiner selbst bewußten Patriotismus der Nation haben. Daß aber seit 1906 ein neues England im Entstehen begriffen ist, kann nicht übersehen werden. Die Rolle des Oberhauses wird bald ganz ausgespielt sein, die Vorherrschaft der Aristokratie ist durchbrochen worden durch die vordringende Phalanx der Großindustriellen und des Großkapitals, und die Zeit liegt nicht mehr fern, da England genötigt sein wird, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob es den großen Kolonien ein Mitregiment in der auswärtigen Politik gewähren oder sie als Selbständigkeiten anerkennen will, die zwar bereit sind, treue Alliierte Englands zu sein, im übrigen aber ihren eigenen Interessen nachgehen wollen. Man muß Engländer sein, um darüber zu entscheiden, welcher Entschluß der weisere sein würde. In seiner auswärtigen Politik nimmt England eine nicht ganz klare Stellung ein. Es gehört zum System der Tripleentente, das ist zu einer Kombination, in der, wie sich im Laufe dieses Jahres immer deutlicher herausgestellt hat, zwei Mitglieder sich zu einer Offensiv- und Defensivallianz verbunden haben, während sie bisher als Glieder eines Defensivbündnisses galten. Ob England sich in einem beliebigen Ernstfall durch ein Einlenken in neutrales Fahrwasser den Konsequenzen entziehen kann, die sich aus dieser Verbindung ergeben, ist fraglich und darf bezweifelt werden. Unklar ist auch, trotz des Fortbestehens der Allianz, das Verhältnis zu Japan. Diese Allianz ist weder in England noch in Japan populär, in Kanada, Neu-Seeland, Australien ist sie verhaßt. Sie widerspricht den englischen Interessen im fernen Osten, ganz wie die Verbindung mit Rußland den englischen Interessen in Vorder- und Zentralasien widerspricht. Endlich kommt das eigentümliche Verhältnis Englands zur Türkei in Betracht. Die säkulare Politik

Englands, die auf Konservierung der Türkei ging, ist zuerst von Gladstone durchbrochen worden, dann wurde sie wiederum aufgenommen, in den 80er Jahren durch den Einfluß der Opposition von neuem durchbrochen, jetzt aber, nach dem Frieden von Bukarest, schien England zu ihr zurückgekehrt zu sein. Man konnte sich im foreign office der Erkenntnis nicht entziehen, daß die Türkei trotz allem das Haupt des Islam bleibt und daß England in Ägypten, im Sudan und vor allem in Indien eine islamische Macht ist. Das ergab die Notwendigkeit eines Lavierens zwischen den auf Auflösung der Türkei hinarbeitenden Interessen Rußlands und den eigenen Interessen, die nicht gestatten, daß England sich als Feind des Islam betätigt. Wir können zurzeit noch nicht erkennen, welches der Ausweg sein wird, der aus diesem Dilemma führt.

Frankreich hat dieses Jahr mit einem Anlauf begonnen, der durch die Wahl des damaligen Ministerpräsidenten Poincaré zum Präsidenten der französischen Republik aus der entsetzlichen Zerfahrenheit des französischen Parteilebens zu einem autoritativen Regiment zurückführen sollte. Das bedeutete eine Wendung, die man in Deutschland beifällig begrüßt hätte, wenn sie nicht, um Herrn Poincaré erst die Wahl zum Präsidenten, dann eine sich als Macht oktroyierende Popularität zu sichern, durch eine systematische Erhitzung des nationalen Chauvinismus herbeigeführt worden wäre. Auch hat sich nicht gezeigt, daß der jetzige Präsident der starke Mann ist, der sich aus eigener Kraft zu behaupten vermag. Seine auswärtige Politik macht der russische Botschafter Iswolski, den Rest machen die einander ablösenden Ministerpräsidenten, drei in weniger als einem Jahre, und man kann keineswegs mit Sicherheit voraussehen, ob nicht vor dem 17. Januar 1914, an dem das erste Präsidentschaftsjahr Herrn Poincarés rund wird, ein viertes Ministerium am Staatsruder stehen wird. Voraussichtlich würde es dann wieder Herr Briand sein, der, um ein Wort Heinrich von Treitschkes zu variieren, das französische Volk in seiner jüngsten Reklamerede zu St. Etienne umschmeichelt hat, wie kein Perserkönig von seinen Sklaven je umschmeichelt wurde. Es genügt wohl, einen Satz als Beispiel herzusetzen: „Dank den edlen Anstrengungen des französischen Parlaments, das die Bewunderung der ganzen Welt hervorrief (nach wohl recht allgemeinem Urteil, Frankreich mit eingeschlossen, hat doch nur selten ein kläglicheres Parlament im Palais Bourbon getagt!), steht Frankreich auf seinem Platze; es

beherrscht sich selbst und seine Geschicke; es wahrt sich die friedlich strahlende Stirn, aber es richtet seine Blicke geradeaus, weil es sich seiner Kraft bewußt ist, und weil es weiß, daß es in niemandes Macht steht, es anzutasten." Und dabei muß Herr Briand wenige Augenblicke danach seine Zuhörer daran erinnern, daß sie von einer Plutokratie regiert werden, die sich mit „skandalöser Leichtigkeit" bereichere. Das letztere, die Regierung der Plutokratie, ist eine schon lang bestehende Tatsache, die sich auch dann nicht ändern wird, wenn Herr Briand an Doumergues Stelle tritt oder Caillaux durch einen anderen Millionär ersetzt wird. Frankreich ist heute das Land, in dem der Mammon regiert, unbeschränkter als irgendwo sonst in der Welt, und daraus ist auch der Gang der auswärtigen Politik Frankreichs zu erkennen. Der Chauvinismus aber ist ein Mittel, um in die Reihen dieser regierenden Kreise einzutreten, und er wird zu nicht geringem Teil in namhaften Preßorganen vom Auslande bezahlt, das dabei seinen Vorteil findet. Wir halten ihn also für künstlich gezüchtet, aber darum für nicht weniger gefährlich, da es eine historisch nicht wegzuleugnende Tatsache ist, daß Paris durch seine Zeitungen in allen kritischen Augenblicken über das Schicksal Frankreichs entschieden hat und aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft entscheiden wird.

Nach außen hat Frankreich in diesem Jahr Spanien seiner Machtsphäre angeschlossen, Italien durch kleine Schikanen und durch die Reden des Präsidenten Poincaré empfindlich beleidigt, Griechenland an sich zu knüpfen gesucht, im Orient Rußland die verlangten Dienste geleistet; im übrigen ist es allem nachgegangen, was gute Erträge für die „épargne française" versprach, denn nach wie vor bleibt das Ideal des Durchschnittsfranzosen, sich in rüstigen Jahren von seiner Arbeit zurückzuziehen und mühelos vom Ertrag seiner Coupons zu leben.

Wir haben eine sehr hohe Meinung von denjenigen Franzosen, die außerhalb dieser großen Masse stehen, den Männern der Wissenschaft und Praxis, deren Leben in höherem Sinn für die Zukunft ihres Volkes und der Menschheit arbeitet. Aber sie stehen abseits, und jeder Redakteur des „Temps", des „Matin" oder des „Petit Journal" hat bessere Aussicht, seine Lebensauffassung der Nation zuzuführen und sich selbst einen Platz in den Kreisen der Regierung zu sichern, als jene. Es wäre noch viel zu sagen. Doch wir brechen ab; der Gesamteindruck, den wir aus

den französischen Verhältnissen gewinnen, ist im höchsten Grade beunruhigend. Möchten wir uns täuschen.

Über Italien und Österreich-Ungarn gehen wir hinweg; für beide spielt die weitere Entwicklung des Balkanproblems eine wichtige Rolle, in beiden Staaten bereiten sich Wandlungen im Innern vor. In Italien durch die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, in Österreich-Ungarn durch die Probleme, die mit Sprache und Nationalität der Reichshälften in Zusammenhang stehen. Die Folgen in Italien, wie die weitere Entwicklung in Österreich-Ungarn, sind abzuwarten und lassen sich nicht vorhersehen. Wir wünschen, daß der italienischen Wahlreform ein Vordringen der Volksbildung parallel geht, dem großen Kaiserreich an unsern Südgrenzen einen mehr als äußerlichen Ausgleich divergierender Tendenzen, die nun einmal versöhnt werden müssen, wenn nicht die Gesamtheit und jede der besonderen Nationalitäten ernstlichen Schaden leiden soll.

Über die inneren Verhältnisse Rußlands haben wir so eingehend vor acht Tagen gesprochen, daß wir nicht darauf zurückgreifen wollen. Das Charakteristische für die Beurteilung der auswärtigen Politik Rußlands ist der Rüstungseifer, der an die letzten Lebensjahre Alexanders III. und an das erste Jahrzehnt der Regierung des jetzigen Kaisers erinnert. Es liegt offenbar das Bestreben vor, sich für eine große Aktion bereit zu halten, und die russische Politik scheint gleichzeitig den nahen wie den fernen Osten als Objekt dieser Politik ins Auge zu fassen. Sie geht dabei für die Wünsche der nationalistischen Presse zu langsam vor. Obgleich Rußland das ungeheuere Gebiet der sogenannten äußeren Mongolei von China abgetrennt und sich tatsächlich untertan gemacht hat, auch die Vorbereitungen für die Unterjochung der inneren Mongolei bereits getroffen sind, die nördliche Mandschurei aber unbestritten zu russischer Dependenz geworden ist, verlangt diese Presse faktische Annexionen und drängt auf einen Konflikt mit Japan. So, um ein Beispiel anzuführen, der „Golos Moskwy" vom 27. Dezember, der einen Artikel „Gedenket der Mandschurei" mit den Worten schließt: „Wir warten auf eine mutige, kühne Politik. Wir warten auf eine Politik, die einer Großmacht würdig ist. Und wir glauben, daß der erste Schritt dazu wäre, kategorisch die Mandschurei zu fordern. Für die Japaner ist kein Raum in der nördlichen Mandschurei." In Persien ist die Teheraner Kosakenbrigade auf 1280 Mann erhöht worden, und die „Nowoje

Wremja" erkennt an, daß dies ein bedeutender Erfolg der russischen Diplomatie sei; alle Blätter, mit Ausnahme der konservativen „Semschtschina", aber verlangen energisches Vorgehen in Konstantinopel und wettern zugleich gegen Österreich-Ungarn, das von ihnen als der eigentliche Feind bezeichnet wird. Auch hier fragt man, wohin das führen soll.

In China scheint sich die Wandlung der improvisierten Republik in ein Kaisertum Juanschikais vorzubereiten. Die für den Orient, wie wir glauben, allein lebensfähige autokratische Regierungsform, für welche die Tradition von Jahrtausenden spricht, hat entschieden in China an Boden gewonnen. Das Parlament ist entlassen und wird höchstwahrscheinlich nicht mehr berufen werden. Aber Juanschikai ist ein Vertreter des aufgeklärten Absolutismus und hat einen scharfen Blick für die wahren Interessen Chinas. Er hat mit großem Geschick seinem Lande den Frieden nach außen zu wahren verstanden und ihm zuliebe zwar große Zugeständnisse an Rußland, England und Japan gemacht, aber keinen Anspruch endgültig aufgegeben. Im Orient rechnet man mit weiteren Zeiträumen als in Europa, versteht vielleicht auch tiefer in die Zukunft hinauszublicken. Aber zunächst hängt alles am Leben Juans, und die Welt muß wünschen, daß er den Fährlichkeiten, die ihn ohne Zweifel bedrohen, auch ferner glücklich entrinnt.

In Japan, das mit der Kultur und Wehrkraft Europas auch die sozialen Krankheiten Europas übernommen hat, stehen die Wünsche der sehr starken Opposition in schroffem Gegensatz gegen die Politik der Regierung, wie sich namentlich bei dem rauschenden Empfang zeigte, den der mexikanische Gesandte de la Barra in Tokio gefunden hat, während die Regierung geflissentlich bemüht ist, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Ebenso scheint die vor einigen Wochen durch die amerikanische Presse verbreitete Nachricht von der Kündigung der englisch-japanischen Allianz auf Wünsche der Opposition, nicht auf Tatsachen der offiziellen Politik Japans zurückzuführen zu sein. Unklar ist das Verhältnis Japans zu China und zu Rußland. Die Thronrede des Kaisers von Japan hat sehr nachdrücklich die guten Beziehungen Japans zu beiden Mächten hervorgehoben, während feststeht, daß die öffentliche Meinung Japans die chinesischen Revolutionäre nicht nur durch platonische Sympathie, sondern durch sehr reale Hilfe unterstützt hat. Ebenso ist kein Zweifel, daß auf dem ostasiatischen Kontinent, in der Mandschurei wie in der

Mongolei, die Zukunftspläne Japans das Gegenteil von dem sind, was China und Rußland als gutes Recht oder als Forderung für sich in Anspruch nehmen. Japan ist wohl noch mehr als China die Sphinx Ostasiens, deren Rätsel noch nicht gelöst sind.

Wir schließen mit einem kurzen Hinweis auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Präsident Wilson ist, soweit seine Überzeugungen und politischen Grundsätze in Frage kommen, keineswegs ein Rätsel. Vielmehr ist nichts einfacher und im Grunde selbstverständlicher, als die Ziele, die er sich setzt: Tugend und Ehrlichkeit „all round", aber vielleicht ist nichts komplizierter und strittiger als die Mittel, durch die diese Ziele erreicht werden sollen. Gelingt es ihm, seinen Prinzipien auch nur einigermaßen gerecht zu werden, so wird man ihn als einen großen Mann preisen, bricht er vor erreichtem Ziel zusammen, so wird man die Achseln über den Schwärmer zucken, der Wirklichkeit und Schein nicht auseinanderzuhalten verstand. Den ersten Prüfstein muß der Ausgang der mexikanischen Frage geben, aber wer kann dafür bürgen, daß dieses Problem sich nicht noch durch eine lange Reihe von Jahren weiterzieht und mit andern ernsteren Problemen verknüpft?

Schwerlich hat es in den letzten hundert Jahren eine Zeit gegeben, da die Wolken am politischen Himmel sich so weit über den gesamten Horizont ausgedehnt haben.

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abessinien u. Ägypten 242.
— u. England 242.
— u. Frankreich 242.
— u. Italien 242.
— Selbständigkeit 243.
Abdul Hamid 2. 26. 27. 214.
Adana 320. 321.
— Greuel 214.
Aderbeidjan 188.
Adria, Hafen 4.
— Serbiens Okkupation 10.
Adrianopel 27. 28. 36. 61. 62. 182. 327.
— Armee 136.
— Beschießung, Wiederaufnahme 34.
— u. Bulgarien 221.
— — Zar Ferdinands Einzug 101.
— bulgarisch 82.
— bulgarische Einnahme 93.
— bulgar.-türk. Verhandlungen 220. 221.
— deutsche Militärmission 338.
— Fall 102. 106. 326.
— Frage 1. 9. 235.
— Jung- u. Alttürken 237.
— Kapitulation 30.
— u. Rußland 221. 235.
— u. Türkei 228.
— — Wiederbesetzung 213.
— Türken, Einzug 203. 206.
— türkisch 242. 261.
— Verlust 28.
— Verproviantierung 39.
— Widerstand 58.
— Zukunft 208.
Adriatisches Meer 150.
— u. Serbien 290.
Afghanistan 216.
— Bewegung 333.
Afghanistan, engl.-russ. Abkommen 44. 372.
— Frage 284.
„African Mail" 58.
Afrika u. England 109.
— Kolonien, Rassengegensatz 202.
— Nordküste, Gärung 172.
— Südafrika, Commonwealth 32.
— — Englisch-, Nationalitätenfrage 148.
— — Gegensatz in der Bevölkerung 342.
— — holländisch-englisch 155.
— — indische Untertanen 334.
— — Versöhnungspolitik 269.
— — Union, öffentl. Meinung 342.
— Südwestafrika, Deutsch-, Unruhen 271.
Agadir 57. 97.
Ägäische Inseln 27. 28.
— Frage 160. 251. 324.
— u. Frankreich 362.
— u. Griechenland 211.
— u. Italien 211. 363.
— u. Türkei 60.
Ägäisches Meer 26.
— u. Bulgarien 206.
— u. Griechenland 240.
„Agence d'Extrême Orient" 227.
„Agence Havas" 294. 295.
„Agentur Reuter" 190. 343.
Ägypten 108. 109.
— u. Abessinien 242.
— u. England 151. 317. 375.
— -Marokko 64.
Aïn Galaka 358.
Aksakow 161.
Albanien 107. 108.
— Abgrenzung 60. 211.
— autonomes Fürstentum 118. 134.
— Autonomie 48. 130.
— u. Balkanbund 127.
— u. Europa 120.

Albanien, Frage 19. 131. 201. 240.
— u. Frankreich 362.
— Gärung 261.
— Grenzfrage 120.
— Greuel der Komitadschis 34.
— u. Griechenland 131. 241.
— u. Italien 120. 131. 275. 317.
— Kämpfe um A. 115.
— Kommission 240.
— Lebensfähigkeit 311.
— Nationalitätsprinzip 269.
— Nord-, Grenzkommission 352.
— u. Österreich 39. 120. 131. 132. 240.
— Ostgrenze 10.
— u. Rußland 116. 134.
— Schwierigkeiten 2.
— Selbständigkeit 62. 204.
— u. Serbien 4. 261. 262. 269. 275. 287. 290. 291.
— — Feindseligkeiten 284.
— — u. Österreich 58.
— u. Skutari 60. 95. 108. 120.
— Süd-, Frage 324.
— — u. Griechenland 311. 363.
— Teilung 131.
— u. Türkei 27. 120. 122.
— Unabhängigkeitserklärung 122.
Alcan, Felix 253.
Alexander, König v. Serbien 37.
Alexander I., Zar v. Rußland 29. 93. 146. 151.
Alexander II., Zar 85.
Alexander III., Zar 108. 169. 176. 185. 305. 377.
Alexandria, engl. Geschwader, Besuch 358.
— italien. Geschwader, Besuch 358.
Alexandrowsk (Gouv. Jekaterinoslaw) 162.
Alfons XIII., König von Spanien 271. 273.
— Attentat 110. 116. 117.
— in Frankreich 144.
— in Paris 134.
— in Wien 329.
Algeciras 57.
Algier 110. 238.
— Kämpfe 15.
d'Amade, General 210.
Ameglio, General 245.
„American Citizen" 286.
Amerika, lateinisches, u. Deutschland 310.
— — u. England 310.
— — u. Europa, Konzessionen 359.
Amerika, lateinisches, u. Frankreich 310.
— Südamerika, Ausbeutung 359.
— — Carnegie-Institut, Studienreisen 351.
— — u. England 109.
— — Republiken u. Verein. Staaten 313.
— — u. Verein. Staaten 310. 360.
— Verein. Staaten 133.
— — u. Amerika, Kontinent 232.
— — u. Anleihemächte 99.
— — u. Armenien 116.
— — u. China 281.
— — — Anleihe 99.
— — u. Columbien 359.
— — Demokraten u. Monroedoktrin 231.
— — diplomat. Ungeschick 314.
— — u. England gegen Deutschland 223.
— — — Hay-Pauncefote-Vertrag 15.
— — — u. Mexiko 299. 328.
— — — Panamafrage 133.
— — u. Europa 231.
— — — Handelsleben 359.
— — — Mexikopolitik 316.
— — Flotte im Mittelmeer 117.
— — u. Haager Konferenz 21.
— — Imperialismus 230.
— — u. Japan 232. 243. 280. 378.
— — — kaliforn. Gesetz 156.
— — kathol. Kirche, Bewegung gegen 286.
— — kathol. Propaganda 252.
— — u. Mexiko 50. 67. 134. 156. 230. 231. 232. 243. 299. 310. 313. 314. 327. 341. 350. 359. 379.
— — — Beziehungen 251.
— — — Bruch 293.
— — — u. japan. Frage 218.
— — — Konflikt 225. 334.
— — — Spannung 270.
— — Monroedoktrin 230.
— — u. Nikaragua 280.
— — — Kanalrecht 231.
— — u. Panamakanal 280.
— — Panama-Zollfrage 15.
— — Präsidentenwahl, Änderung 360.
— — u. Rußland 232.
— — u. San Domingo 359.
— — u. Südamerika 310. 313. 360.
— — Trustgesetz 359.
— — Zolltarif, ermäßigter 271.
— Zentralamerika u. Japan 232.
Amurgebiet 46. 306.
— chines. Kolonisation 44.
Anam u. China 268.
— u. Frankreich 268. 269.

Anam, Komplott 268.
Anarchismus 93.
Anatolien u. Deutschland 39. 320. 321.
— u. England 320.
— Integrität 39.
— u. russ.-französ. Bündnis 338.
— Zentral- 320.
Andrassy, Graf 245.
L'Angleterre inconnue 43.
Angelsachsen, Herkunft 129.
Angora 320.
Ankin 74.
Anojew, Oberst 240.
Antoni, Metropolit v. Wolhynien 38.
Antonius, Hieroschimnik 264.
Antivari 101. 130.
Aoyagi, japan. Kapitän 217.
Araber, Forderungen 276.
— u. Osmanen 60.
Arabien u. England 235.
— Frage 132.
— Schwierigkeiten 2.
— u. Türkei 242.
— — Kämpfe 27.
Araktschejew 85.
Archipel, Inseln, u. Griechenland 151.
— Küsten 150.
Ardahan 11.
Arghana 294.
Armenien u. Deutschland 116. 322. 337.
— Eisenbahnen 60.
— u. England 152.
— Frage 180. 214. 215. 216. 277. 322.
— Gärung 132.
— Problem 170.
— Reformen 337. 373.
— u. russ.-französ. Bündnis 338.
— u. Rußland 116. 138. 170. 187. 214. 337.
— — militär. Einschreiten 364.
— — Reformen 171.
— Schwierigkeiten 193.
— u. Türkei 12. 214. 215. 216. 276.
— Türkisch-, u. Rußland 60.
— — russ. Instrukteure 170.
— türk. Truppen 11.
— u. Verein. Staaten 116.
Armenier u. Kurden 170. 214.
— in Rußland 56.
Armstrong Witworth, engl. Schiffsbaufirma 343. 345.
Arriola Bongoa, Don Pedro 58.
Artzimowitsch, Kammerherr 188.
„Asahi" (Tokio) 330.
Aschaffenburg, Spionageaffäre 114.
Aserbeidjan 193. 229.
„The Asiatic Union" 217.
Asien, Gärung 216.
— Kleinasien, Eisenbahnen 294.
— — Englands Schutz 12.
— — u. Frankreich, Eisenbahnkonzessionen 335.
— — u. Rußland 306.
— — — Bahnen 83. 356.
— — u. Türkei 151. 214.
— — Unantastbarkeit 39.
— Ostasien, Statusquo 45.
— u. Rußland 151.
— — Politik 43.
— Statusquo 43.
— Vorderasien u. Deutschland 229.
— — — materielle Interessen 323.
— — u. Türkei 28.
— — Türkisch-, Zukunft 187.
— Zentralasien, Frage 103.
— — Teilung 46.
Asir, Mahdi 242.
Asquith 31. 69. 77. 78. 91. 97. 111. 250.
— Erklärung 98.
— Kabinett 342.
Assab 242.
Athen, Friedensschluß 325.
Athos 40. 132.
— Berg 263. 265.
— kirchl. Konflikte 199.
— russ. und griech. Mönche 151.
Auckland 280.
Auflus 15.
Augagneur 143.
Augusta Viktoria, Prinzessin von Hohenzollern, Verlobung 110.
Aumüller, Anna 285.
Australien, Commonwealth 171.
— engl. Einwanderung 298.
— u. engl.-japan. Allianz 374.
— u. Japan 280. 331. 333.
— liberales Ministerium 171. 181.
— u. Panamakanal 280.
— Rassenfragen 342.

B.

Bagdad 322.
— bahn 145. 146. 320.
— — u. Deutsche Bank 229.
— — u. Deutschland 320.

Bagdadbahn u. Frankreich 228.
— — gesellschaft 321.
— — u. Potsdamer Vertrag 345.
— — u. Türkei 321. 364.
— -Bassora-Bahn 152.
Bahreininseln 145.
Bajazet 306.
Bajda, Aladar de 248.
Baku, Gouvernement 187.
Bakunin 76.
Baldacci, Prof. 4.
Balfour 17. 68. 188.
Baljäsny, Oberst 106.
Balkan den Balkanvölkern 119. 207.
— Brand 143.
— u. Bulgarien, Hegemonie 200.
— Bund 150. 324.
— — u. Albanien 127.
— — ohne Bulgarien 209.
— — u. Bulgarien 18. 19.
— — Erfolge, Überschätzung 94.
— — Fortbestand 38.
— — Hader u. Türkei 184.
— — u. Jungtürken 2.
— — u. Mächte, Friedensvorschläge 110.
— — u. Österreich 127.
— — — Zusammenstoß 136. 137.
— — u. Panslavismus 131.
— — u. Rußland 27. 73. 150. 169. 183. 337. 364.
— — u. Türkei 27. 29. 73. 214.
— — — Frieden 27. 120. 136. 146.
— — — — Verhandlungen abgebrochen 37.
— — — Kompromiß 9.
— — — Präliminarvertrag 157. 168.
— — — Ultimatum 1.
— — — Vorfriede 160.
— — — Waffenstillstand 110. 152.
— — Urheber 169.
— — u. Zentralslavisches Komitee 6.
— Bürgerkrieg 168.
— Drama 52.
— u. England 77.
— u. Europa 119.
— Finanzkommission 222.
— Frage 127. 132. 372.
— — u. Deutschland 207.
— — u. Dreibund 371.
— — u. England 203.
— — u. Großmächte 113.
— Frieden 38. 261.
— — schluß 18.
— — sehnsucht 73.
Balkan, Friedensvertrag 149.
— Gleichgewicht 131. 192.
— Greuel 34.
— — u. französ. Presse 37.
— — internat. Kommission 241. 351.
— — u. Italien 34. 36.
— — u. Rußland 37.
— Katastrophe, Liquidierung 168.
— Konflikt 181.
— Königreiche u. Frankreich 1.
— — u. Rußland 1. 120.
— Krieg 49. 57. 58. 90. 241. 324.
— — barbarische Kriegführung 373.
— — u. Deutschland, Verluste 208.
— — Englands Verluste 208.
— — erster, Finanzfragen 201.
— — u. Europa, Schiedsspruch 201.
— — Frankreichs Verluste 208.
— — Grausamkeit 94.
— — Greuel 315.
— — Lokalisierung 192.
— — u. Londoner Konferenz 1.
— — u. Mächte 184.
— — Menschenverluste 208.
— — Nachspiel 137.
— — neuer 176. 177.
— — — Ausbruch 195.
— — — u. Rußland 196.
— — u. Orientfrage 61.
— — u. Rumänien 201.
— — u. Rußland 336.
— — — Schiedsgericht 201.
— — u. slavische Idee 198.
— — Stillstand 150.
— — u. Tripleentente 43.
— — u. Türkei 372.
— — zweiter 200. 201.
— Kriege 275.
— — u. Rußland, Enttäuschung 304.
— Krisis 3. 72.
— — beendet 141.
— — u. Deutschland 67. 149.
— — u. Frankreich 66.
— Lage 168. 269. 275.
— Nationalitätsprinzip 108.
— u. Österreich-Ungarn 5. 183.
— österr. u. russische Einflußsphäre 52.
— Problem 82.
— — u. Deutschland 131.
— Psychose 169.
— u. Rußland 221.
— Slaven u. Rußland 151.
— Staaten, Anleihen 228.
— — u. Frankreich, finanz. Lage 323.
— — Gegensätze 131. 132.

Balkanstaaten, Ruhebedürfnis 317.
— — u. Rumänien 62.
— — u. Rußland 323.
— — — Schiedsspruch 160. 204.
— — Schiedsgerichtsverträge 208.
— Tragödie 37.
— Völker, Stammesegoismus 183.
— u. Weltlage 196.
— Wirren, Erneuerung 317.
„Balkanska Tribuna" 325.
Balmoral 255.
Bardoux, Jaques 253. 254. 255. 256. 298.
Barney, Cecil, Admiral 116.
de la Barra, mexik. Gesandter in Tokio 378.
Barrère 130.
Barres, Maurice 349.
Barthou 114. 157. 168. 186. 187. 197. 229. 230. 342.
— u. Caillaux, Kampf 334.
— Justizminister 30.
— Ministerium 98. 143. 144. 318. 362. 365.
— — Fall 347.
— — Finanzpolitik 308.
— — Konstituierung 93.
— — Krisis 300.
— — Pyrrhussieg 104.
— — Rücktritt 336.
Barun-Sunit, Fürstentum 33.
Baschmakow, Redakteur 55. 56. 63.
Basra 146.
— Endpunkt der Bagdadbahn 145.
Batum 11.
Baudin, franz. Minister 30.
Bazaine 224.
Beilis 285.
— freigesprochen 318.
— Prozeß 303. 306. 324.
Belfort 144.
— Meutereien 153.
Belgien, Generalstreik 110.
Bellagio 229.
Belmont, Manöver 240.
Benazet, Paul 185.
Benckendorff, Graf, russ. Botschafter in London 100. 104. 121.
Bengalen, Teilung 333.
Bennigsen, Graf 171.
Berchtold, Graf 127.
— Erklärungen 335.
Beresford, Lord 21.
Berkeley (Kalifornien) 83.
Berlin, Festtage 149.
Berlin, Jubiläumstage 173.
— Hochzeitsfeierlichkeiten 160.
— Osthafen, Einweihung 262.
Berliner Kongreß 10. 11. 85. 150. 170. 327.
Berliner Lokalanzeiger 55.
Berry, Georges 153.
Bessarabien 108.
v. Bethmann Hollweg, Rede über auswärt. Politik 110.
Birmingham, Ausstände 257.
Bismarck 3. 85. 132. 259. 370.
Bitlis 294.
Blagoweschtschensk 46. 47. 258.
Blanc, Louis 254.
Blank, Schuster 349.
Blücher 370.
Bobrinski, Graf W. A. 47. 51. 52. 107.
Böhmen, Autonomie, Sistierung 203.
— Landtagsauflösung 203.
— u. Österreich 5.
Bolton, Nachwahl 16.
Bombay 83.
Bonar Law 7. 16. 20. 31. 77. 155.
Boncour, Paul 197.
Bonomelli, Bischof v. Cremona 350.
Borden, kanad. Ministerpräs. 59. 165.
Borki, Katastrophe 305.
Borku 358.
Börsenzeitung (russische) 260.
Bosnien u. Herzegowina 176.
— — Annexion 26. 364.
— — Mordstatistik 4.
Bosporus 345.
— Einfahrt 343.
— Meerengen, Neutralisierung 29.
— russ. Garnison 151.
— russ. Geschwader 213.
Botha, General, Ministerpräsident 32. 148. 155.
Boulanger 75. 185.
Bourgeois, Leon 30.
„Braß Packs" 83.
„Bratuschki" 182.
Braunschweig, Thronbesteigung des Herzogs 296.
Bravura, Affäre 115. 125.
Breslau 228.
— Jahrhundertausstellung, Eröffnung 142.
„Breslau", Kreuzer 101.
Briand 157. 185. 187. 347. 362. 366. 375. 376.
— Ministerium 18. 23. 30.
— — Zusammenbruch 98.

Briand, Ministerpräsident 64.
Brjäntschaninow 47. 52. 63. 107.
Bristol, Handel 20.
Brooks, Sydney 230. 231.
Brulard, General 15.
Bryan, Staatssekretär des Auswärtigen 74. 156. 231. 251. 310. 316.
— Varieté-Auftreten 237.
Büjük Kardistan, Greuel 36.
Bukarest, Frieden 207. 214. 228. 375.
— — Konferenz 203.
— — Ratifikation 220.
— — Revision 206. 208. 211.
— — Unterzeichnung 203. 206.
— — Verhandlungen 203. 208.
— Vertrag 213. 276. 362.
— — Revision 203.
Bukowina, Kleinrussen 52.
Bulair 136.
Bulatowitsch, Alexander Ksaveriewitsch 264. 265.
Bulgaren in Rußland 56.
Bulgarien u. Adrianopel 34. 82. 221.
— — Einnahme 93.
— u. Ägäisches Meer 206.
— u. Balkan, Hegemonie 200.
— u. Balkanbund 18. 19. 209.
— Demobilisierung 206.
— Erfolge 135.
— Flotte, Flucht 203.
— u. Frankreich 205.
— Geschick 204.
— Greuel 35. 37. 94. 203. 205. 220. 241.
— u. Griechenland, Erbitterung 152.
— — Gefechte 192.
— — Gegensätze 131. 184.
— — Genugtuung 197.
— — Händel 136.
— — Haß 204. 242.
— — Kawala 212.
— — Saloniki 181.
— — schiedsrichterl. Entscheidung 336.
— — Verhandlungen 161.
— — Zusammenstöße 132.
— u. griech.-oriental. Kirche 242.
— innere Verhältnisse 325.
— Komitadschis 34.
— König u. Presse 325.
— u. Konstantinopel 47. 102. 106. 212.
— u. Mazedonien 327.
— Niederlagen 205.
— u. Österreich 137. 326.
— Presse u. König 325.
Bulgarien u. römisch-kathol. Kirche 242.
— u. Rumänien 63.
— — Ausfuhrverbot 189.
— — Differenzen 102.
— — Dobrudscha 327.
— — Gegensätze 58.
— — Grenzüberschreitung 203.
— — u. Großmächte 60.
— — Kompensation 95.
— — Krieg 205.
— — Machtstellung 192.
— — Neutralität 205.
— — Stillstandsverhandlungen 203.
— — Streitfrage 101.
— — — erledigt 135.
— — Verhandlungen 10. 18.
— — — Abbruch 51.
— u. Rußland 19. 62. 176. 205. 207. 212. 221. 326. 335.
— — Bloßstellung 336. 337.
— — gute Beziehungen 1.
— — Hagia Sofia 119.
— — Mißtrauen 182.
— — Schiedsspruch 175.
— u. Serbien 4. 52.
— — Bündnis 150.
— — — vertrag 336.
— — Diplomatie, Spiel 182.
— — Gefechte 192.
— — Gegensätze 131. 146. 151. 160. 169.
— — -Griechenland, Krieg 195. 204. 205.
— — Händel 136.
— — Haß 204. 242.
— — Kämpfe 189.
— — Konflikt 116.
— — Krieg 175. 197.
— — Revanche 275.
— — Rußland als Schiedsrichter 152.
— — Scharmützel 132.
— — Teilungsvertrag 175.
— — Verhandlungen 161.
— — Verwilderung 201.
— — Zugeständnisse 120.
— Sobranje, Neuwahlen 343.
— u. Thasos 10.
— u. Thrazien 327.
— — Grenze 228.
— u. Türkei 26. 203.
— — Adrianopel, Verhandlungen 220. 221.
— — Bündnis 277. 346.
— — Frieden 261. 276.
— — — Konferenz 228. 237.

Bulgarien u. Türkei, Friedensschluß 270.
— — — vertrag 279.
— — u. Griechenland 346.
— — u. Serbien 346.
— — Stillstand 116.
— — Vereinbarungen 284.
— — Verhandlungen 242.
— — Verständigung 251. 253.
— — Vormarsch 211.
— Tyrannei 201.
— unabhängig 150.
— Verluste an Menschenmaterial 221.
— Waffenerfolge 106.
Bülow, Fürst 250.
Burudjird 216.
Buther, Nickolas Murray 15.
Butler, Präsident 350.
Byzanz 29.

C.

„Cabinet Committee of Defence" 70.
Caiffa 295.
Caillaux 143. 168. 308. 347. 362. 365. 366. 376.
— u. Barthou, Kampf 334.
— Partei 318.
Calais 191.
Cambon 275.
Candia u. Frankreich 151.
Cannes, Poincarés Rede 189.
Canning 65.
Canton 74.
Caprivi, Graf 17.
Cardiff, Grubenkatastrophe 287.
Carlos, König v. Portugal 93.
— Ermordung 303.
Carnegie 228. 241.
— -Institut für internat. Frieden 350. 351.
Carnot, Sadi, Präsident 93.
— Denkmal 293.
Carol, König v. Rumänien 135. 192.
— u. Wilhelm II., Kaiser, Telegrammwechsel 208.
Carranza, General, u. Wilson, Präsident 329.
Carson, Sir Edward Henry 269. 374.
Cartagena, Flottenrevue 279. 284.
Cassso, russ. Unterrichtsminister 147. 292, s. auch Kasso.
„Central News" London 248.
Chabarowsk 46. 258.
Chabib 235.
Chalkidika, Kämpfe 149.
Chamberlain, Austen 16.
Chamberlain, Joë 249.
— Programm 17. 20.
Champigny, deutschfeindl. Demonstration 349.
Charitonow, russ. Minister 367.
Charkow, Attentat 260.
— Bombenniederlage 48.
— Gouvernem., bäuerl. Verhältnisse 354.
— Haussuchungen 81.
Charmes, Francis 179.
Charput 294.
„Cherson", Dampfer 263. 264.
China u. Anam 268.
— Anleihen 74. 294.
— autokrat. Regierungsform 378.
— Bürgerkrieg 217. 243.
— deutsche Schulen 140.
— u. Deutschland 74. 139. 140. 281.
— — Mongoleifrage 40.
— u. England 74. 332. 378.
— u. Frankreich 23. 74. 218.
— Intregrität 45. 281. 331.
— u. Japan 217. 232. 233. 281. 331. 333. 378. 379.
— — Allianz 99.
— — Annäherung 316.
— — bessere Beziehungen 270.
— — Differenzen 257.
— — Entgegenkommen 251.
— — Geheimvertrag 307.
— — industrielle Interessen 330.
— — Konflikt 243.
— — u. Mongolei 233.
— — Nanking-Konflikt 245.
— — Ultimatum 262.
— — Verständigung 277.
— Kuomintang-Partei 316.
— Lage 74.
— Mandschu-Dynastie 259.
— u. Mandschurei, nördl. 278.
— — Souveränität 226.
— u. Mongolei 24. 58. 90. 116. 278. 282. 283. 294. 306. 330.
— — Politik 33.
— Nationalversammlung, Wahlen 74.
— offene Tür 281.
— Parlament entlassen 378.
— — Eröffnung 110.
— Parteikämpfe 148.
— Präsidentenwahl 133.
— u. Priamurgebiet 227.

China, Republik 378.
— — Anerkennung 99. 133. 259. 271. 279.
— Revolution 44. 140.
— u. Rußland 44. 47. 72. 80. 143. 217. 218. 283. 378.
— — Gegensätze 58.
— — Handel 45.
— — Kampf 227.
— — Krieg 90. 99.
— — — Gefahr 133.
— — u. Mongolei 44. 218.
— — — frage 24.
— — — -Verhandlungen 278.
— — — Vertrag 312. 316. 329.
— — Presse 99.
— — Vertrag 306.
— Südchina, Aufstand 281.
— Südprovinzen, Revolution 203.
— u. Tibet 283.
— u. Urga 234.
— u. Verein. Staaten 133. 281.
— — Anleihe 99.
— Wirren 217.
Chinesische Gefahr 227.
Chios 277.
Chomjäkow 161.
Choremabad 216.
Churchill, engl. Marineminister 7. 8. 21. 77. 104. 165. 166. 167. 289. 297. 299. 312.
— in Paris 362.
— Reden 57. 101. 102. 103.
Chutschshir-Balan 234.
Chutuchta 33.
Chrysostomos, Johannes 264.
Cilizien 214.
Clemenceau 21. 143. 157. 244. 275. 366.
— Ministerium 114.
Cleveland, Präsident 350.
Columbia u. Panama 316.
— u. Verein. Staaten 359.
Combes 21. 31. 347.
„Comité France et Italie" 230.
„Congrégation générale du travail" 186.
Constanza, rumän. Hafen 135.
Cook, Ministerium 181.
Coq Schabla 135.
„Corriere della Sera" 229.
„Corriere d'Italia" 212.
Craig, Captain 7.
Cremona, Bischof von 350.
Creuzot 246.
„Le Cri d'Alarme" 5.
Cumberland, Herzog von 110.
— in Berlin 149.
Cuong Dé 268.
Curzon, Lord 209.
Cypern 108. 109. 152. 153. 325.
— u. England 11. 12. 151.
Cyrenaika 211.

D.

Daily Chronicle 222.
Daily Telegraph 309.
Dainiku 106.
Dalai Lama von Lhassa 283.
Dalmatow, Prozeß 178.
Dalny 225. 226.
Damaskus 83.
Danew 326.
Danilow, Generalmajor 240.
Dardanellen 10. 206.
— u. Deutschland 124.
— Freigabe 29.
— u. Konstantinopel 146.
— u. Österreich 151.
— — Garnison 151.
— u. Rußland 29. 81. 124. 150. 151. 229. 347.
— u. Türkei 132. 151.
„Dawane Dolot" 294.
Dazien, Königreich 62.
Dede Dontscho 35.
Dedeagatsch 182.
— von Griechen besetzt 203.
Deinicke 54.
Delcassé 30. 66. 72. 76. 91. 93. 158. 198. 267. 366.
— Botschafter in Petersburg 64. 98.
— Rücktritt 239. 240.
Dementi, Hieromonachos 264. 265.
Demirhissar, griech. Sieg 203.
Demotika, türkisch 261.
Derna, Niederlage 156.
Déroulède 85. 86. 349.
Deschanel, Kammerpräsident 9. 154.
Dettweiler, Ereignisse 342.
Deutsche Bank 321.
— u. Bagdadbahn 228.
„Deutsche Gefahr" 143.
„Deutsche Kolonialzeitung" 322.
Deutsche in Rußland 56.
Deutschland u. Amerika, lateinisches 310.
— u. Anatolien 39. 320. 321.

Deutschland u. Armenien 116. 322.
— — Reformen 337. 373.
— u. Asien, Vorder- 323.
— Attentate 93.
— auswärt. Politik 110. 139.
— u. Bagdadbahn 145. 229. 320.
— u. Balkan, Frage 207.
— — Greuel 34.
— — Krieg, Verluste 208.
— — — zweiter 200.
— — Krisis 67. 149.
— — Probleme 131.
— u. Bukarester Vertrag 213.
— Chauvinismus 112.
— u. China 74. 139. 140. 281.
— — Mongoleifrage 40.
— u. Churchill 8.
— u. Dardanellen 124.
— u. England, Annäherung 96.
— — Balkankrieg 71.
— — Bankette 255.
— — Beziehungen 6. 58. 63. 159. 166.
— — — Besserung 102. 372.
— — chines. Interessen 258. 259.
— — Diplomatie, Zusammenwirken 60.
— — Drohung 253.
— — europ. Friede 191.
— — Feindschaft 86.
— — u. Fernando Po 59.
— — Flottenbau, Feierjahr 103. 289. 297.
— — Flottenverhältnis 21. 42. 167.
— — u. Frankreich, Freundschaft 71.
— — — Verständigung 191.
— — Freundschaft 65.
— — Friedenserhaltung 225.
— — Gefahr 102. 103. 256.
— — günstige Beziehungen 312.
— — Handel 257.
— — u. Indien 289.
— — u. Japan 250.
— — koloniale Verhandlungen 323.
— — Krieg 20.
— — Luftschiffe 68. 69.
— — Mißtrauen 289.
— — Niederwerfung 254.
— — offene Tür, Prinzip 313.
— — u. Orient 78.
— — u. Persien 194.
— — Preßhetze 223.
— — Rüstungen 97.
— — türk. Zölle 146.
— — Ulsterdebatte 7.
— — Venezuelaaktion 68.
— — Verdächtigungen 68. 69.
— — Verständigung 57. 58. 174. 290.
Deutschland u. England, verwandte Interessen 313.
— — Zusammenarbeiten 101.
— — Zusammenhalten 211.
— — Zusammenstoß 149.
— Erfindungen, Ausbeutung 254.
— u. Europa, Rüstungen 223.
— u. Fernando Po 59.
— Flotte u. Handel 174.
— u. Frankreich 13. 74. 76. 78. 179. 256. 266. 290.
— — Angriff 97.
— — Armeen 158.
— — Entwicklung 255.
— — Fremdenlegion 237. 238.
— — Hetzereien 239.
— — Konfliktsgefahr 114.
— — Krieg 224. 250.
— — — v. 1870/71 84.
— — — — Verluste 208.
— — — u. Rußland 210.
— — — Stimmung 110.
— — Militärvorlagen 210.
— — Mißtrauen 97.
— — Nancy, Zwischenfall 110.
— — Revanchekrieg 77.
— — Rüstungen 185. 186.
— — Verständigung 191.
— u. franz.-russ. Allianz 17.
— — Angriff 142.
— — Feindseligkeit 74.
— u. gelbe Gefahr 54.
— u. Griechenland 323.
— u. Haager Konferenz 21.
— Handel u. Flotte 174.
— Heeresvermehrung 72. 142.
— Isolierung 80.
— Jubelfeiern 370.
— u. Kolonien 296. 371.
— Luftschiffe 247.
— u. Marokko 322.
— u. Mesopotamien 39.
— u. Mexiko 300.
— militär. Forderungen 67.
— u. Nikaragua 223.
— u. Orient 34.
— — mittlerer 194.
— u. Österreich 142.
— — Bündnis 80.
— — u. Rußland 285.
— — gegen Rußland u. Frankreich 42. 43.
— — Skutarifrage 125.
— u. Panamakanal 223.
— u. Persien, Handelsweg 145. 146.

Deutschland u. Polen, Frage 89. 339. 340.
— — Russisch- 89. 90.
— polit. Leben 139.
— politische Schwüle 75.
— „Raubgelüste" 337.
— Reichstag, Vertagung 118. 352.
— — u. Wehrvorlage 288.
— u. russisch-chines. Krieg 91.
— u. russ.-franz. Angriffskrieg 198.
— u. russ.-japan. Krieg 91.
— u. Rußland 48. 54. 74. 75. 76. 115. 290.
— — armen. Reformen 373.
— — u. Bagdadbahn 345.
— — Beziehungen 84. 324.
— — chines. Krieg 91.
— — u. England 115.
— — Feindschaft 85.
— — freundl. Politik 250.
— — Freundschaft 80. 345.
— — Krieg 198.
— — Krisis von 1887 3.
— — Literaturabkommen 211.
— — Militärmission Liman 363.
— — u. Persien 345.
— — Potsdamer Vertrag 345.
— — Preßhetze 115.
— — Presseverleumdungen 39. 40.
— — Zusammenstoß 105.
— Rüstungen 103.
— — Fieber 223.
— — Verstärkung 78.
— u. Serbien 290.
— Sozialismus 93.
— u. Spanien 272.
— — u. Frankreich 272.
— u. Türkei 228. 323. 337.
— — armenische Reformen 337.
— — asiatische 161.
— — u. Balkankrieg 39.
— — griech. Krieg 346.
— — Integrität 373.
— — u. Kleinasien 39.
— — Militärmission 338. 363. 373.
— — Mißtrauen 346.
— — Schuld 222.
— — Vorderasien 153. 229.
— — Zollerhöhung 364.
— u. Verein. Staaten 223.
— Wehrkraft 58.
— Wehrvorlage 372.
— — Annahme im Reichstag 173. 189. 192.
— — u. Reichstag 288.
Deutschland, Weltpolitik 371.
Djakowa 62.
— serbisch 95.
Diarbekr 294.
Djavid Bei 130. 346.
— in Berlin 323.
Diaz, Felix, General 243. 251.
— Präsident, Proklamation 49.
— Pronunziamento 42.
Diaz, Porfirio 49. 230. 315. 316.
— Sturz 314.
Djibuti 242.
Dmitrief, Ratko, General 108.
Dobrudscha 10. 135. 205. 207. 327.
Dodekanes 230.
— Frage 241.
— Räumung 211.
Dolgorukow, Fürst 301. 302.
Doliwo-Dobrowolski 97.
Domanski, Gehilfe des Oberprokureurs 305.
Donald, Robert 222.
Dordschiew 46.
Doumergue 347. 376.
— -Augagneur, Ministerium 143.
— Ministerium 144. 362. 365.
— — Konstituierung 343.
— Ministerpräsident 357.
Draga, Königin v. Serbien 37.
Dreibund u. Balkanfrage 371.
— u. Bukarester Frieden 208.
— u. England 200.
— u. Griechenland 323.
— u. Italien 130.
— u. Spanien 272.
— u. Tripleentente 78. 290.
— — u. Balkanbrand 143.
— — Gegensatz 94.
— — türk. Politik 344.
— u. Weltfrieden 293.
Dreux 300.
Dreyfusaffäre 335.
„Droits de l'Homme" 67.
Dschulfa-Täbris-Urmia, Eisenbahn 24.
Dsungarei 23.
Dublin, Arbeiterbewegung 257.
Dubost, Senatspräsident 9.
Dühring, Professor 36.
Dulcigno 130.
Dumont, franz. Deputierter 309.
— Finanzminister 186.
Dupuy 347.
„Durs Elsaß" 348.

E.

„Echo de Paris" 213.
„Eclair" 43. 57. 179. 257. 274. 300. 309. 317. 327. 334. 363.
„Economist" 11. 12. 20. 21. 74. 96. 190. 193. 208. 222. 244. 281. 297. 298. 308. 309. 320. 330. 332. 348. 359.
Eifersucht, internationale 68.
„Einheit u. Fortschritt", Komitee, Programm 276.
Elisabeth, Kaiserin v. Österreich 93.
El-Katr, Halbinsel 145.
Elsaß-Lothringen 256.
— Annexion 254.
— Frage u. Europa 349.
— u. Frankreich 67. 111. 191. 257. 349.
— französ. Agitation 348.
— u. franz. Presse 239.
— Plebiszit 76.
— Soldaten 239.
— Weine 239.
Emerson, Edward 315.
Engelhardt 107.
Engelhardt, Dumaabgeordn. 195.
Enghien, Spielbank 153.
England u. Abessinien 242.
— u. Afghanistan 216.
— u. Afrika 109.
— Agrarreform 297.
— u. Ägypten 151. 317. 375.
— u. Amerika, lateinisches 310.
— u. Anatolien 320.
— Arbeiterbewegung 257.
— u. Armenien 152.
— auswärt. Politik 167.
— u. Bagdadbahn 145.
— u. Balkan 77.
— — Fragen 203.
— — Greuel 34.
— — Krieg, Verluste 208.
— — — zweiter 200.
— Bauern, Auswanderung 298.
— Chamberlainsches Programm 17.
— u. China 74. 332. 378.
— u. Cypern 11. 12. 151.
— „Deutsche Gefahr" 103.
— u. Deutschland, Annäherung 96.
— — u. Balkankrieg 71.
— — Bankette 255.
— — Beziehungen 6. 58. 63. 159. 166.
— — — Besserung 102. 372.
— — — günstige 312.
— — chines. Interessen 258. 259.
— — Diplomatie, Zusammenwirken 60.
England u. Deutschland, Drohung 253.
— — u. europ. Friede 191.
— — Feindschaft 86.
— — u. Fernando Po 59.
— — Flottenbau, Feierjahr 103. 289. 297.
— — Flottenverhältnis 21. 42. 167.
— — u. Frankreich, Freundschaft 71.
— — — Verständigung 191.
— — Freundschaft 65.
— — Friedenserhaltung 225.
— — Gefahr 102. 103. 256.
— — Handel 257.
— — u. Japan 250.
— — u. Indien 289.
— — koloniale Verhandlungen 323.
— — Krieg 20.
— — Luftschiffe 68. 69.
— — Mißtrauen 289.
— — Niederwerfung 254.
— — offene Tür, Prinzip 313.
— — u. Orient 78.
— — u. Persien 194.
— — Preßhetze 223.
— — Rüstungen 97.
— — türk. Zölle 146.
— — Ulsterdebatte 7.
— — Venezuela-Aktion 68.
— — Verdächtigungen 68. 69.
— — Verständigung 57. 58. 174. 290.
— — verwandte Interessen 313.
— — Zusammenarbeiten 101.
— — Zusammenhalten 211.
— — Zusammenstoß 149.
— u. Dreibund 200.
— Einkommensteuer 309.
— Ergänzungswahlen 342.
— u. europäischer Krieg 42. 43. 98.
— u. Fernando Po 59.
— Finanz u. Presse 222.
— Flotte, Bereitschaft 20.
— — Panik 253.
— — Vermehrung 312.
— u. Frankreich 77. 97. 253. 254.
— — Allianz 372.
— — Chauvinismus 111.
— — Entente 70. 190. 209. 250.
— — Faschoda-Vertrag 358.
— — Flottenkonzentration 324.
— — Freundschaft 65. 184.
— — Gegner v. 1853 151.
— — geheime Kriegsverträge 98.
— — Marokko-Ägypten 64.
— — militär. Unterhandlungen 255.

England u. Frankreich, militär. Verpflichtungen 249.
— — Offensiv- u. Defensivallianz 190.
— — u. Persien 194.
— — u. Rußland 71. 72. 105. 111. 198.
— — — Allianz 200.
— — Rüstungen 97.
— — Skutarifrage 130.
— — Streitkräfte verbunden 190.
— — u. Türkei, asiatische 192. 193.
— — Unterstützung 91.
— — Verhandlungen 192.
— u. franz. Präsident, Besuch 184.
— Frauenwahlrechtsbill, Ablehnung 134.
— Freihandel gesichert 20.
— Heeresorganisation 249.
— Homerule 269. 298.
— — all round 374.
— — Annahme im Unterhaus 197.
— — Bill 19. 155. 253.
— — — Ablehnung durch Oberhaus 34.
— — — Annahme im Unterhaus 165.
— — — zweite Lesung 180.
— — Debatten 7.
— — frage 318.
— — Kompromiß 342.
— u. Indien 57. 103. 209. 234. 289. 317. 333. 375.
— indische Untertanen 333.
— innere Verhältnisse 317. 373. 374.
— Interventionspolitik 103.
— u. Islam 375.
— u. Japan 32.
— — Allianz 250. 330. 331. 332. 374. 378.
— u. Kanada 317.
— — Flottenvorlage 166.
— u. Kleinasien 12.
— Kolonialparlamente u. Regierung, Konflikt 333.
— u. Kolonien 31. 32. 296. 333. 374.
— Konservative Partei, Krisis 16.
— u. Koweit 144. 145.
— Luftschiff, neues 248.
— Marconiaffäre 180. 188.
— Marconiaktien u. Minister 58.
— u. Marokko 322.
— u. Mexiko 156. 294. 299. 314. 327.
— militär. Rüstung 69.
— Minister u. Marconiaktien 58.
— u. Mittelmeer 268. 317.
— u. Mongolei 45. 330.
— Nationalisten u. Ulster 7.
— Neutralität 58. 65. 72.
— Oberhaus 374.
England u. Orient, ferner 103.
— — Politik 180.
— — Problem 200.
— u. Ostasien, Statusquo 45.
— Parlament, Lage 31.
— — Auflösung 342.
— — Eröffnung 77.
— — Schluß 211.
— — Vertagung 58. 75.
— u. Persien 170. 187. 209. 294. 307. 308. 356.
— — Regeneration 194.
— — Teilung 255.
— politische Krisis 200.
— Presse 6.
— — u. Finanz 222.
— Regierung u. Kolonialparlamente, Konflikt 333.
— — Wahlniederlage 154.
— u. Rhodos 151.
— u. Rußland 57. 73. 76.
— — Abkommen von 1907 209.
— — u. Afghanistan 44.
— — u. Armenien 180.
— — asiat. Politik 44.
— — Asieninteressen 198.
— — Beziehungen 11.
— — gegen Deutschland 115.
— — Entente 70.
— — u. Frankreich 43.
— — gemeinsames Interesse 191.
— — Kriegshilfe 47.
— — militär. Verpflichtungen 249.
— — u. Persien 115.
— — — Konvention 41. 193.
— — — Politik 24. 283. 356.
— — Rüstungen 97.
— — u. Tibet 115.
— — Türkeiabkommen 12.
— — Verständigung v. 1907 43. 372.
— — — Revision 46.
— u. San Franzisko, Weltausstellung 203.
— u. Serbien 297.
— u. Skutari 124.
— soziale Strömung 253.
— u. Spanien 271.
— „splendid isolation“ 70. 249. 255.
— u. Südamerika 109.
— u. Sudan 375.
— Suffragetten 155.
— — Treiben 374.
— — Unfug 74.
— Tarifreform 31.
— Territorialarmee 256. 267.
— u. Tibet 46. 283.

England u. Transvaal, Krieg 163.
— u. Tripleentente 57. 71. 78. 374.
— u. Türkei 83. 209. 228. 358. 374. 375.
— — u. Arabien 235.
— — asiatische 161.
— — asiat. Besitz garantiert 152.
— — u. Cypern 152. 153.
— — — Vertrag 170.
— — deutsche Militärmission 344. 346. 347. 357.
— — Flotte, Reorganisation 339. 373.
— — — Verwaltung 343. 344.
— — Instruktoren 170.
— — Integrität 373.
— — Konvention v. 4. Juni 1878 11. 152.
— — u. Koweit 153.
— — — Abkommen 152.
— — Marinemission 363.
— — Teilung 150.
— — Verhandlungen 144.
— — Zölle 146.
— Unionisten u. Homerule 20.
— — Parteiprogramm 31.
— u. Verein. Staaten gegen Deutschland 223.
— — Hay-Pauncefote-Vertrag 15.
— — u. Mexiko 299.
— — — Politik 328.
— — Panamafrage 133.
— Wehrpflicht, allgemeine 70. 267.
— Welsh Disestablishment-Bill 298.
— u. Wilhelm II., Deutscher Kaiser 173.
— Zeitungstrusts 223.
— u. zentralasiat. Frage 103.
Enos-Ergene-Midia, Grenzlinie 102.
Enos-Midia, Grenzlinie 102. 201.
Enseli 259.
Enver Bei 26. 39. 58.
— rettende Tat 29.
— Staatsstreich 28. 37.
— verwundet 237. 242.
Ergene 102.
Eriwan, Gouvernement 187.
Ernst August, Herzog zu Braunschweig 42.
— Regierungsantritt 304.
Ernst August, Herzog v. Cumberland 149.
Erzerum 294.
Erzinghian 294.
Esehkelibei Kilikisch 35.
Essen, Admiral 266.
Esher, Lord 249. 372.
Essad Pascha 118. 122. 126. 127. 130. 131. 134.
Esten 56. 137. 200.
Etienne, franz. Kriegsminister 30. 153. 179.
Etter, russ. Botschaftsrat in London 99.
Euphrat u. Tigris 146.
— — Schiffahrt 145.
Europa u. Albanien 120.
— u. Amerika, latein., Konzessionen 359.
— u. Armenienfrage 216.
— u. Balkan 119.
— — krieg, neuer 176. 196.
— — — Schiedsspruch 201.
— christliches, u. Balkan, Greuel 34.
— u. deutsch-franz. Krieg 110. 111.
— u. Deutschland, Rüstungen 223.
— u. Elsaß-Lothringen, Frage 349.
— Friede 160.
— — u. Tripleentente 191.
— Großmächte, Demokratisierung 373.
— — imperialist. Tendenzen 373.
— — u. Mexiko 230.
— — u. Mittelmeer 317.
— Konzert 116.
— — ein „Instrument der Gerechtigkeit" 159.
— — u. Orientfrage 143.
— — u. Österreich, Zerfall 136.
— — u. Persien 194.
— Krieg 42. 43.
— — u. Rußland, Krisis 147.
— Lage 101.
— Mächte u. Balkanbund, Friedensvorschläge 110.
— — — krieg 184.
— — Gruppierung 209.
— — u. Türkei, Kollektivnote 101.
— u. Mexiko 294.
— u. Montenegro 125.
— u. Orient, Frage 150.
— u. Persien 216.
— polit. Entspannung 149.
— u. Rußland 54.
— Rüstungen 71.
— Spannung 257.
— Unruhe 57.
— u. Verein. Staaten 231.
— — Handelsleben 359.
— — Mexikopolitik 316.
„Evening Post" 223.
Eydoux, General 362.

F.

Fallières 21. 23. 52.
Farjenel, Fernand 217.
Faschoda-Affäre 358.
Faure, Felix 66.
Faurie, General 334.
— Maßregelung 320.
— Verurteilung 312.
Favre, Jules 85.
Ferdinand, Zar v. Bulgarien 2. 174. 182. 205. 325. 327. 336. 337.
— Abdankungsgerüchte 335.
— in Adrianopel 101.
— u. Franz Josef, Kaiser 312. 336.
— Kreuzzugsaufruf 35.
— Politik 19.
— Reise ins Ausland 271.
— Tagesbefehl 209.
Ferghanagebiet 307.
Ferman-Ferma, Prinz 193.
Fernando Po 58.
Ferrari, Kardinal 350.
Finnland 137. 138.
— Gleichberechtigungsgesetz 40.
— Landtag, Präsident 48.
— Russifikationspolitik 199. 235.
— schwed. Patriotismus 56.
— Statistik 260.
— Verfassung, Zerstörung 40.
Fitschew, General 221.
Flottenfeierjahr 297.
Fontainebleau 111.
v. Forstner, Verurteilung 363.
„Fortnightly Review" 230. 315. 372.
Frankfurter Frieden 76. 191. 257.
„Frankfurter Zeitung" 374.
Frankreich u. Abessinien 242.
— Admiralitätsrat 237.
— u. Ägäische Inseln 362.
— u. Albanien 362.
— — frage 201. 240.
— u. Amerika, latein. 310.
— u. Anam 268. 269.
— Anarchismus 93.
— Anleihe 309.
— Antimilitarismus 153. 186. 198.
— Armee, Revolte 334.
— auswärt. Politik 76.
— Automobilbanditen, Verurteilung 73.
— autoritatives Regiment 375.
— u. Bagdadbahn 228.
— u. Balkan, Königreiche 1.
Frankreich u. Balkan, Krieg, Verluste 208.
— — Krisis 66.
— — Staaten, finanz. Lage 323.
— Börse 67.
— u. Bulgarien 205.
— u. Canadia 151.
— Chauvinismus 67. 111. 112. 323. 362. 375.
— chauvinist. Überhitzung 150.
— u. China 23. 74. 218.
— Combisten 143.
— u. „deutsche Gefahr" 143. 179. 198.
— u. deutsch-engl. Flottenverhältnis 42.
— u. Deutschland 13. 74. 76. 78. 97. 256. 266. 290.
— — Armeen 158.
— — u. England, Freundschaft 71.
— — Entwicklung 255.
— — Hetzereien 239.
— — Konfliktsgefahr 114.
— — Krieg 224. 250.
— — — u. Rußland 210.
— — Stimmung 110.
— — Krieg 1870/71 84.
— — — Verluste 208.
— — Militärvorlagen 210.
— — Mißtrauen 97.
— — Nancy, Zwischenfall 110.
— — Revanchekrieg 77.
— — Rüstungen 185. 186.
— — Verständigung 191.
— Dienstzeit, dreijährige 116. 157. 167. 185. 222. 223. 271. 318.
— — Annahme 197.
— — Kampf 179.
— — Kundgebungen gegen 142.
— Einkommensteuer 168. 308.
— u. Elsaß-Lothringen 67. 111. 191. 239. 257. 349.
— u. England 97. 253. 254.
— — Allianz 372.
— — Chauvinismus 111.
— — u. Deutschland, Verständigung 191.
— — Entente 70. 190. 209. 250.
— — Faschoda-Vertrag 358.
— — Flottenkonzentration 324.
— — Freundschaft 65. 184.
— — Gegner v. 1853 151.
— — geheime Kriegsverträge 98.
— — Marokko-Ägypten 64.
— — militär. Unterhandlungen 255.
— — militär. Verpflichtungen 249.
— — Offensiv- u. Defensivallianz 190.
— — Persienpolitik 194.

Frankreich u. England u. Rußland 105.
— — — Allianz 200.
— — Rüstungen 97.
— — Skutarifrage 130.
— — Streitkräfte 190.
— — u. Türkei, asiatische 192. 193.
— — Unterstützung 77. 91.
— — Verhandlungen 192.
— u. europäisches Konzert 116.
— Finanzen, ungünstige 308.
— —fragen 168.
— — — Kampf 365.
— — Krisis 301.
— — Macht, Rückgang 318.
— Flotte, Programm 289.
— — Rüstung 312.
— u. Flottenbaufeiertag 104.
— Fremdenlegion 219. 237. 238.
— Generäle, Absetzung 287. 290. 291.
— Generalstab, Denkschrift 339.
— u. Griechenland 207. 222. 240. 245. 246. 268. 346. 376.
— u. Japan u. China 218.
— innere Unsicherheit 362.
— u. Italien 229. 230.
— — Mittelmeerstellung 212.
— — Preßpolemik 211.
— — Tripoliserfolge 129. 130.
— — Schikanen 376.
— Kammer 312.
— — Dienstzeitdebatten 158.
— — Herbstkampagne 304.
— — Zusammentritt 308.
— u. Kleinasien, Eisenbahnkonzessionen 335.
— Klerikalismus 143.
— Kriegspolitik 65.
— —treibereien 95. 129. 340.
— u. Kurie 318.
— — Versöhnung 143.
— Listenskrutinium 312.
— u. Marokko 97. 110. 179. 322.
— — Kämpfe 117. 155. 172.
— — Schwierigkeiten 15.
— u. Mexiko 156. 327.
— — Zollerhöhung 296.
— Militärgesetz 143.
— —reform 179.
— u. Mittelmeer 267. 317.
— —frage 64.
— u. Montenegro 121.
— u. Orient, naher 74.
— Plutokratie 376.
— u. Polenfrage 89. 110. 340.
Frankreich, polit. Leben 153.
— Polizeibeamte, Vergehungen 244.
— Präsident u. Ministerium 64.
— — u. Presse 23.
— — Rundreise 300.
— — Wahl 14. 21.
— Präsidentenkrisis 300.
— Presse u. Balkangreuel 37.
— — deutschfeindlich 111.
— — u. Rußland 293.
— Proportionalwahl 300.
— Reformbankette 115.
— Republik, Proklamation 84.
— Revanche 179.
— — gedanke 75. 312.
— —lust 14.
— u. Rumänien 205.
— „russ. Provinz" 158.
— u. Rußland 76. 209. 357.
— — Adrianopelfrage 2.
— — Allianz 17. 65. 66. 71. 129. 158. 285. 289. 293.
— — — u. Dienstpflicht 186.
— — u. Anatolien 338.
— — u. Armenien 338.
— — u. Balkan 48.
— — —krisis 266.
— — Deutschfeindlichkeit 142. 372.
— — u. Deutschland, Krieg 198.
— — gegen Deutschland u. Österreich-Ungarn 42. 43.
— — dreijährige Dienstzeit 158.
— — Einfluß 66. 67.
— — Eisenbahnanleihe 349.
— — u. England 43. 71. 72. 111. 198.
— — Flotte 266.
— — Interessenkonflikte 225.
— — kleinasiat. Bahnen 295.
— — Kooperation 200.
— — Krieg 1870 85.
— — Kriegsbereitschaft 12.
— — Kriegshilfe 57.
— — Orientpolitik 212. 323. 376.
— — u. Österreichs Drohung 13.
— — u. Türkei 220. 221.
— — Undank 207.
— — Verbrüderung 240.
— — Verpflichtung 97.
— — Weltstraßen 195
— Schulfrage 318.
— u. Senussi 312.
— u. Serbien 290.
— Sozialismus 153.
— u. Spanien 376.
— — Anleihe 273. 274.

Frankreich u. Spanien, Bündnis 117. 271.
— — — u. Deutschland 272.
— — u. europ. Krieg 272.
— — Flottenrevue 279.
— — Mittelmeerentente 284.
— — u. Nordafrika 272.
— — wirtsch. Verständigung 284.
— Spielkasinos 154.
— Süd-, Hexenglauben 285.
— u. Syrien 132.
— u. Tripolitanien 358.
— u. Tunis, Annexion 364.
— u. Türkei 222. 322. 358.
— — Anleihe 228. 346.
— — asiat., Eisenbahnpläne 322.
— — deutsche Militärmission 346. 347.
— — Eisenbahnprojekte 229.
— — Kapital 171.
— — kleinasiat. Eisenbahnen 294.
— — Schuld 222.
— — Teilung 150.
— u. Vatikan, Konkordat 274.
— Verfassung v. 1875 22.
— Verhältniswahl R. P. 318.
— Wahlrechtsreform 186.
— — Kampf 334.
— u. Zabern, Affäre 363.
Franz Ferdinand, Erzherzog 6.
— in London 320.
Franz Josef, Kaiser 151. 329.
— Botschaft nach Petersburg 34.
— u. Ferdinand, Zar 312. 336.
— Handschreiben an Zar Nikolaus 38. 42. 52.
Friedensgesellschaften und Balkangreuel 37.
Friedjung, Dr. H. 295.
Fukusima, Generalgouverneur 233.

G.

Galizien, Christenverfolgungen 199.
— Geistlichkeit, Verfolgung 106.
— Kleinrussen 52.
— Polen u. Russen 88.
— u. Rußland 367.
— Truppenkonzentrierung 88.
Galizier in Rußland 56.
Galli 349.
Gallipoli 58. 61.
— Niederlage der Türken 42.
Gambetta, Leon 85.
Gamboa, Deich 279.
Gamboa, Präsidentschaftskandidat 300.
„Gazetta del Popolo" 212.
Gelbe Gefahr 54.
Genadiew, bulgar. Minister des Auswärtigen 203. 325. 326.
Gent, Weltausstellung, Eröffnung 118.
Georg V., König v. England 141. 149.
— u. Balkankonflikt 181.
— in Berlin 142.
— Thronrede 77.
Georg I., König v. Griechenland, Ermordung 91. 92. 93.
Germanen u. Slaven 57. 76.
— — Abrechnung 58.
— gegen Slaven u. Gallen 129.
Germanismus u. Rußland 111.
Germanische Gefahr 54.
Geschow 161.
v. Giers 169. 363.
Gibraltar 191.
— Straße von 272.
Giolitti 275.
— Ministerium 303.
„Gil Blas" 157. 158. 159. 167. 186.
Gladstone 19. 155. 375.
Gokhale, Führer der indischen Nationalisten 342.
„Golos Moskwy" 5. 6. 29. 38. 73. 80. 87. 90. 91. 128. 182. 187. 202. 227. 234. 235. 242. 258. 278. 295. 303. 306. 307. 339. 346. 352. 377.
v. der Goltz Pascha 39.
Gooch, liberal. Kandidat, Niederlage 318.
Goschen, Lord 132.
Gotha 247.
Goto, Baron 281.
Graham, Stephen 137. 162. 163.
Grammont, Herzog von 224.
Granville, Lord 59.
— Memoiren 132.
„Greif" 295.
Grévy, Präsident 22. 64. 159.
Grey, Earl 269.
Grey, Sir Edward 11. 24. 34. 45. 66. 77. 78. 102. 111. 115. 124. 149. 159. 166. 190. 193. 194. 203. 211. 228. 249. 250. 255. 297. 299. 317. 328. 331. 357. 365. 372.
— u. Balkangreuel 34. 37.
— u. „Nowoje Wremja" 108.
— Rede 101.
Griechen in Rußland 56.

Griechenland u. Ägäische Inseln 211.
— u. Ägäisches Meer 240.
— u. Albanien 131. 241.
— — Süd- 240. 311. 363.
— u. Archipel, Inseln 151.
— u. Bulgarien, Erbitterung 152.
— — Gefechte 192.
— — Gegensätze 131. 184.
— — Genugtuung 197.
— — Händel 136.
— — Haß 204. 242.
— — Kämpfe 149.
— — Kawala 212.
— — Krieg 205.
— — Saloniki 181.
— — schiedsrichterl. Entscheidung 336.
— — Verhandlungen 161.
— — Zusammenstöße 132.
— — Serbien, Montenegro, Bündnis 150.
— u. bulgar.-türk. Bündnis 346.
— u. Dedeagatsch 203.
— u. Deutschland 323.
— u. Dreibund 323.
— u. Frankreich 207. 222. 240. 245. 246. 268. 346. 376.
— Greuel 37. 241.
— Großmacht 222.
— u. Italien, Inselfrage 212. 229.
— — Mittelmeerpolitik 241.
— u. Janina 82.
— Kammer, Eröffnung 320.
— u. Kawala 206. 220.
— u. Koniza 324.
— u. Konstantinopel 150.
— u. Korfu 82.
— u. Londoner Konferenz 34.
— u. Österreich, Handel 251.
— Parteihader 82.
— Reserveneinberufung 271.
— u. Rußland 206. 207. 212.
— — u. Athos 40.
— u. Saloniki 82.
— u. Samos 84.
— Seemacht 206.
— u. Serbien, Bündnis 184.
— — — gegen Bulgarien 160.
— — Solidarität 206.
— — u. Rußland, Krieg 195.
— u. Schwarzes Meer, Schiffahrt 358.
— u. Türkei, Beziehungen 311. 317.
— — Differenzen 276.
— — freundschaftl. Beziehungen 207.
— — Frieden 94.
Griechenland u. Türkei, Friedensschluß 325. 336.
— — — Vertrag 329.
— — Inselfrage 10. 277.
— — Verhandlungen 261. 270. 284. 303.
— — Verständigung 251.
— Tyrannei 201.
— u. Valona 84.
Griffith Boscaven, Sir A. 374.
Großmächte u. Balkan, Frage 113.
— Kollektivnote 18.
Groß-Nowgorod 205.
„Guardians of Liberty" 252.
Guelluli 15.
Guisthan, franz. Minister 30.
Gülistan, Vertrag v. 1813 306.
Gutschkow, Oktobristenführer 51. 79. 292. 301. 340. 352. 368.
— Rede in Kiew 291.

H.

Haag, Friedenskongreß 223.
— — Schluß 220.
— Friedenspalast, Einweihung 228.
— Konferenz u. zentralslavisches Komitee 6.
— — erste 173.
— — letzte 21.
— Schiedsgericht 133.
Hachette 253.
Hagia Sophia 29. 119.
Haiti 299.
Haldane, Lord 255.
— Plan gescheitert 267.
Hamburg-Amerika-Linie 313.
Hannekin 145.
Hanotaux, Historiker 274.
„Hansa", Luftschiff 247.
Hansi 348.
— Pamphlete 111.
Hardinge, Lord, Attentat 83.
— in Madras 342.
Harmsworth-Presse 223.
Harrison, Präsident 350.
v. Hartwig, russ. Gesandter 129. 169. 175.
Hasana Hotano 217.
Hassan Riza 122.
Hassenpflug, L. 322.
Hawai 281.
Hay-Pauncefote-Vertrag 15.
Hayaschi, Graf 331.

Hayaschi, Memoiren 250.
Heermann, Erich 296.
Heiba 15.
Heinrich, Prinz v. Preußen, silberne Hochzeit 149.
Helgoland 247.
Helmolt, Dr. Hans F. 295. 371.
Heraklea 295.
Hermogen, Heiligsprechung 118. 162.
„Hertha", Kreuzer 287.
Hertzog 148.
Herzog, General 32.
Hindu National Association 83.
Hindus u. Muselmanen 234.
Hirst 20.
Hoche 19.
Hoedel, Attentat 93.
Hohenlohe, Fürst 34. 49.
— Mission 51. 54.
Hohenlohe-Langenburg, Fürst Hermann zu, Tod 75.
v. Holleben, Botschafter z. D., Tod 34.
Homburg v. d. H. 110.
Humbert, König v. Italien 93.
Hunan 74.
Huerta, 156. 232. 299. 315. 316. 329. 341.
— Präsident v. Mexiko 134. 230. 243. 252. 314.
— — Staatsstreich 279. 294.
— — Wahl 296.
— provisor. Präsident 60.
Hwangsching 227.

J.

Jaeckh, Dr. Ernst 34. 36.
Jaffa 295.
Jagow, G. von, Staatssekretär des Auswärtigen 1. 63.
Jalmersen, Oberst 216.
Jalta 303.
Jamamoto, japan. Ministerpräsident 42. 67.
Jangtse 277.
Janina 62. 94.
— u. Griechenland 82.
— Kapitulation 75.
— Widerstand 58.
Japan u. Australien 280. 331. 333.
— Carnegie-Institut, Studienreisen 351.
— u. China 217. 232. 233. 281. 331. 333. 378. 379.
Japan u. China, Allianz 99.
— — Annäherung 316.
— — bessere Beziehungen 270.
— — Differenzen 257.
— — Entgegenkommen 251.
— — u. Frankreich 218.
— — Geheimvertrag 307.
— — industrielle Interessen 330.
— — Konflikt 243.
— — u. Mongolei 233.
— — Nanking-Konflikt 245.
— — Ultimatum 262.
— — Verständigung 277.
— u. England 32.
— — Allianz 250. 330. 331. 332. 374. 378.
— — u. Deutschland 250.
— Genro 67.
— — u. Parlament 50.
— Kabinettswechsel 32.
— u. Kalifornien 116. 133. 142. 148.
— — Ausgleich 172.
— — Konflikt 251.
— u. Kanada 331. 333.
— Klima 40.
— u. Korea 225. 226.
— u. Mandschurei 258. 259. 307. 330. 378.
— — Süd- 225. 226. 243.
— — Teilung 218.
— u. Mexiko 218. 232. 243. 251. 327.
— Mikado u. Genro 32.
— u. Mongolei 258. 259. 330. 379.
— u. Neuseeland 280. 333.
— u. Ostasien, Statusquo 45.
— u. Panamakanal 280.
— u. Panasiat. Bewegung 133.
— Parlament, Eröffnung 370.
— — Vertagung 42.
— u. Philippinen 280.
— politische Wandlung 40.
— Revolution 40.
— revolutionäre Bewegung 50.
— u. Rußland 33. 40. 80. 218. 270. 332. 378.
— — Beziehungen 225.
— — Konflikt 377.
— — Krieg 46. 91. 99. 111. 163. 250. 345.
— — u. Mandschurei 226. 307.
— — Verhandlungen 250.
— — Vertrag 99.
— Schuldenlast 244.
— soziale Krankheiten 378.
— „Sphinx Ostasiens" 379.

Japan u. Verein. Staaten 218. 232. 243. 280.
— — gute Beziehungen 378.
— — kalifornische Gesetz 156.
— u. Wladiwostok, Fischerei 46.
— u. Zentralamerika 232.
„Japanese American Commercial Weekly" 243.
Jaroslaw 171.
Jaurès 65. 143.
Ibrahim Bei, Dr., Inder 234.
Jegorow, russ. Journalist 79. 81.
Jelissawetpol, Gouvernement 187.
Jeremias, Führer der Imjäslawzen 263. 265.
Jessen, russ. Sozialist 105.
Jezd, Distrikt 193.
Iliodor 199. 265.
Imbros 10.
Imjäslawzen 263. 264.
„Independent", (New York) 350.
Indien 108. 109.
— antiengl. Strömungen 154.
— Aufregung 342.
— u. England 57. 209. 234. 317. 333. 375.
— Englisch- 217.
— Erhebung 289.
— Französisch-Hinterindien, aufständ. Bewegung 172.
— — Krisis 133.
— Gärung 283.
— Gefahren 333.
— Hindus, Bewegung 83.
— u. Islam 235.
— mohammedan. Bewegung 133.
— Nationalismus 253.
— u. Persien, Bahn 195.
— u. Rußland 44. 234.
— u. Türkei 234.
— Unabhängigkeitsbewegung 83.
— Unruhen 234. 235.
— Vorderindien, antiengl. Verschwörung 172.
— Zukunft 103.
Indischer Ozean u. Rußland 306.
Indochine 218. 268.
Ineboli 295.
Innokenti, Mönch 262. 265.
Insarow 107.
„Invincible", engl. Schlachtschiff 284.
Joakim, Patriarch 265.
Joffre, General 210.
Joffre, franz. Militärdeputation, in Petersburg 203. 240. 340.
Johannesburg, Minenarbeiterausstand 202.
— Unruhen in den Bergwerken 197.
Johannisthal 247.
Jonnart, franz. Minister 30.
Joshihito, Kaiser v. Japan 217.
„Journal" 6. 28.
„Journal des Débats" 17. 89. 100. 104. 108. 123. 130. 133. 139. 143. 146. 153. 179. 189. 190. 200. 211. 212. 239. 274. 284. 301. 309. 347. 358. 362.
„Journal des Economistes" 222.
„Journal Officiel" 357.
Ipek 62.
— serbisch 82.
Iran 187.
Irland, Homerule 19. 154. 269.
— Versöhnung 269.
„El Islam" 217.
Islam u. England 375.
— u. Indien 235.
— u. Kultur 276.
— u. Türkei 28.
„Islander" (Pseudonym) 249. 372.
Ismail Kemal Bei 240.
Ismid, Flottenbasis 345.
— Golf von 343.
Ispahan 193.
— russ. Einfluß 356.
Isset Bei 39.
Istib 132.
— durch Serben besetzt 197.
„Istoritscheski Westnik" 84.
Iswolski 66. 76. 100. 104. 169. 184. 266. 267. 336. 347. 375.
— Ära 120.
— u. Poincaré 257.
— u. Ssasonow 257.
Italien u. Abessinien 242.
— u. Ägäische Inseln 211. 363.
— u. Ägäisches Meer 26.
— u. Albanien 120. 131. 275. 317.
— —frage 201. 240.
— auswärt. Politik 275.
— u. Balkan, Greuel 34. 36.
— — Problem 377.
— u. Dreibund 63. 64. 130.
— u. Frankreich 229. 230.
— — Mittelmeerstellung 212.
— — Preßpolemik 211.
— — Schikanen 376.

Italien u. Frankreich, Tripoliserfolge 129. 130.
— u. Griechenland, Inselfrage 212. 229.
— — Mittelmeerpolitik 241.
— u. Libyen 275.
— Marine 130.
— u. Mittelmeer, Frage 63. 275.
— — Gleichgewicht 272.
— u. Montenegro 96.
— Neuwahlen 275.
— u. Österreich, Albanienfrage 130.
— — Balkangegensätze 371.
— — Inselfrage 212.
— — Mißtrauen 39.
— — Rivalitäten 275.
— — Vertrag v. 1901 130. 131.
— — Verträge 132.
— Parlamentseröffnung 336.
— u. Rußland 202.
— u. Serbien 290.
— u. Tripolis 156. 364.
— u. Türkei, Inselfrage 211.
— u. Vatikan 275.
— Wahlen 303.
— Wahlrecht, allgemeines 377.
Ito, Marquis 332.
Juanschikai 33. 39. 99. 133. 217. 218. 227. 243. 270. 283. 294. 316. 368. 378.
— Präsident der chines. Republik 271.
— Wahl 74. 279. 281.
Juarez 315.
Juschtschinsky 306. 366.
Judet, Ernest 266. 334.
Jungtürken u. Balkanbund 2.
Jünnan 268. 269.
Jushnapa, Villenkolonie 260.
Izzet Pascha, Oberkommandierender 37.

K.

Kalgan 233.
— Bahn 45.
— chines. Truppen 91.
Kalifornien 331.
— u. Japan 116. 133. 142. 148.
— — Ausgleich 172.
— — Konflikt 251.
Kalkutta 234.
Kampur, Straßenkämpfe 203.
Kanada u. England 317.
— — Flottenvorlage 166.
— engl. Einwanderung 298.
— u. engl.-japan. Allianz 374.
Kanada, Flotte 165.
— — Vorlage, Ablehnung 157.
— u. Japan 331. 333.
— Kammer 59.
— kathol. Kirche, Bewegung gegen 286.
— Marinebill 165.
— Nationalismus 253.
— Ober- u. Unterhaus, Konflikt 165.
— Rassenfragen 342.
— Referendum 165.
Kanton, Gouverneur von 268.
Kapland 334.
Karman 193.
Karol, König v. Rumänien 206. 336.
— u. Balkankrieg 10.
— russ. Feldmarschall 62.
— u. Slaven 63.
Kars 11.
Kartagena 272.
Kassso, Unterrichtsminister 48. 49. 367. 369, s. auch Cassso.
Kaswin 356.
Katharina II., Kaiserin v. Rußland 52. 62.
Katsura, Fürst, japan. Ministerpräsident 32.
— Ministerium 50.
— Tod 279. 281.
Kaukasus 137. 188.
Kaukasien, Statistik 260.
Kawala 182. 206. 209. 210. 212. 220. 277.
— Greuel 35.
— Konflikt 213.
Kelten u. Slaven gegen Germanen 129.
Keltische Rasse 129.
Keltisch-slavische Verwandtschaft 129.
Kermanschah 193. 307.
— Gouvernement 187.
Kiachta-Urga, Eisenbahn 24.
Kiamil Pascha, Absetzung 26.
— Rücktritt 28.
— Sturz 39.
Kiangsi 74.
Kiderlen-Wächter, Beerdigung 1.
Kiel, Monarchenzusammenkunft 201.
Kiew, Beilis-Prozeß 303.
— Eisenbahnpanama 87.
— Kongreß städt. Vertreter 291.
— Polentum 199.
— Ritualmordprozeß 285. 318. 366.
— Stolypin-Denkmal 261. 291.
Kilkisch, griech. Sieg 197.
Kirkilisse 242.
— von der Türkei besetzt 206.

Kirkilisse, türkisch 245. 261.
— Zukunft 208.
Klotz, franz. Finanzmin. 30. 153. 246.
Kobdo, chines. Truppen 91.
Kokowzew, russ. Ministerpräsident 13. 24. 63. 76. 81. 86. 96. 104. 121. 161. 171. 292. 305. 317. 349. 352. 366. 367.
— in Berlin 320. 323. 324. 335.
— in Paris 266. 323.
— Rücktrittsgerüchte 260.
— u. Wilhelm II. 344.
Köln 247.
— franz. Spion 112.
„Kölnische Zeitung" 14. 243.
„Kolokol" 81.
Komitadschis, Greuel 34.
Konia 83. 320. 321.
— deutsche Schulen 321.
Königsberg i. Pr. 247.
Konitza, griech. 324.
Konschin 233.
Konstantin der Große 265.
Konstantin I., König v. Griechenland 82. 92. 93. 94.
— in Berlin 237.
— Protest gegen bulgar. Grausamkeiten 203.
— Rede in Berlin 245. 246. 257.
— Rede in Paris 253. 257.
— Rückkehr nach Athen 271.
Konstantinopel 61. 62. 204.
— Auswanderer vor den Toren 36.
— u. Bulgarien 47. 102. 106. 212.
— bulgar. Friedensdelegierte 228.
— u. Dardanellen 146.
— deutsche Militärmission 338.
— franz. Kreuzer, Besuch 335.
— Freistadt 29. 151.
— u. Griechenland 150.
— innerer Hader 37.
— u. Osmanen 28. 29.
— Patriarchat 242.
— u. Rußland 47. 76. 81. 150.
— Staatsstreich 26. 39.
— Verlust 28.
Korablew 106.
Korawelow 327.
Korea, Bank 225.
— u. Japan 225. 226.
Korfu u. Griechenland 82.
Korostowetz, russ. Gesandter 23. 282.
Kostomuni 294.
Kostroma 162.
— Zar Nikolaus' Einzug 171.
Koto, japan. Minister 32.
Kotschana, serb. Sieg 197.
Kotschubey, General 53.
Koweit 115. 144. 145. 153.
— Scheich von 145.
Krakau, Sabotage 107.
— Waffentransporte 56.
Krapotkin 48.
Krasnoje Sselo 210.
Kreta, griech. 10.
— griech. Flagge 51.
„Kreuzzeitung" 208. 313.
Krim 80.
—krieg 150. 176.
Krivolatsch, Schlacht 197.
Kriwoscheïn, A., russ. Minister 86. 260. 367.
Kroatien, Banus, Attentat 211.
— u. Österreich 5.
Kronstadt 85.
Krüger, Präsident, Denkmal 155.
Krupenski 335.
Krupp 246.
Kuba 231.
— Krieg 230.
Kukien 74.
Kurden u. Armenier 170. 214.
— Reformen 276.
Kurie s. auch Vatikan.
— u. Frankreich 318.
— Kirchenstaat, Verzicht 350.
Kurland, Gouverneur von 55.
Kurosio, japan. Strom 40.
Kursk 38.
Kuschelew, Bulgare 107.

L.

„L 1" Marineluftschiff, Untergang 237. 247.
„L 2" Marineluftschiff 247.
— Untergang 287.
Ladislaus, König v. Ungarn 203.
Lagos 206.
Lansdowne, Lord 16. 31. 331.
Langewort (Breslau) 296.
Lamouche, Léon 214. 215. 216.
Lapeyrère, Admiral 335.
Largeau, Oberst 358.
„Lateinisches Meer" 284.
Laugel, Anselme 239.
Laurier, Sir Wilfried 165.
Lausanne 216.
Lawrow 51. 52.
Le Bris, Admiral 141.

Lebrun 30.
Lee, Unionist 166.
Lefèvre 167.
Leipzig 247.
— Völkerschlachtdenkmal 370.
— — Einweihung 287.
— Zentenarfeier 288. 296.
Lemnos 10.
Lesseps 279.
Letten 56. 137.
Leupp, Francis E. 350.
Leygues 365.
Lhassa 44. 46.
„Liberté" 239.
Libyen u. Italien 275.
Ligue Celtique Française 129.
Li Lieh Chun 217.
Liman v. Sanders, General, Militärmission 344. 345. 346. 352. 356. 363. 365. 373.
Lind, amerik. Gesandter in Mexiko 312.
— Mission 231.
Linlithgow, Liberaler Sieg 318.
Lissabon, Royalistendemonstration 118.
Littauen 137.
— nationale Bewegung 88.
Littauer 56.
Livadia 302.
Liverpool, Ausstände 257.
„Liverpool Courier" 16.
Livland 205.
— Anarchistenverhaftungen 87.
Lloyd George 297. 298.
— Landreformpläne 317.
London, Botschafterkonferenz 6. 10. 18. 27. 34. 102. 152. 363.
— — u. Österreich 128.
— — u. Skutarifrage 122. 126.
— Frieden 206. 208.
— — Konferenz 126.
— Konferenz 1. 95. 96. 134. 150. 240. 269. 275. 290.
— — Entscheidung über Skutari 133.
— — erledigt 211.
— Poincarés Besuch 189.
— Präliminarfriede 204.
— Suffragettendemonstration 155.
— Verhandlungen 183.
— — abgebrochen 169.
Lons-le-Saunier 225.
Loreburn, Lord 269.
Loti, Pierre 220.
Loubet, Emil 293.
Louis, George, franz. Botschafter in Petersburg 66. 257.
Louis Napoleon 144. 301.
Louis Philippe, König von Frankreich 115.
Ludwig, Prinzregent v. Bayern, Rede 224.
Luise, Großherzoginwitwe v. Baden, in Berlin 149.
Luise, Königin v. Preußen 75.
Lukacs, Kabinett, Demission 157.
Lüle Burgas 327.
Lunéville, Notlandung d. „Z 4" 114.
Lutz 335.
Luzzati 211.
Lympus, engl. Admiral 343. 345.
Lynch, H. F. B. 24.
Lyon, Industrie, Schutz 309.

M.

McKinley, Präsident 350.
MacMahon 159.
Madero 49.
— Brüder, Verschwinden 67.
— mexikan. Präsident 42. 230.
— — Gefangennahme 60.
— — Tod 60.
Madras 342.
Madrid, Poincarés Besuch 273.
— Studentenunruhen 329.
Magdalenenbai 313.
Mahan, Admiral 57.
Mahmud V., Sultan 27.
Mahmud Schefket Pascha, Ermordung 179. 181. 192.
— Großwesir 26. 28.
Mailänder Edikt 265.
Maklakow, Kadett 147. 177. 292.
Maklakow, N. A., russ. Minister des Innern 55. 86. 100. 171. 302. 324. 368.
Maku, Chanat 306.
Malin, Hofgerichtspräsident 40.
Malta 108. 109.
Mamontow 187.
Manchester, Ausstände 257.
„Manchester Guardian" 30. 43. 64. 65. 66. 69. 70. 77. 136. 154. 155. 157. 158. 159. 166. 174. 184. 191. 246. 250. 282. 292. 328. 333. 372.
Mandl, Leopold 3. 4.
Mandschu-Dynastie 259.

Mandschurei, Abfall 227.
— Bahn 45.
— u. China, Souveränität 226.
— Frage 270.
— u. Japan 258. 259. 307. 330. 378.
— japan. Bank 225.
— Kornkammer des Ostens 258.
— Nord-, u. China 278.
— — u. Rußland 226. 243. 278. 306. 307.
— Priester vor der Front 163.
— u. Rußland 43. 138. 258. 259. 324. 352. 377.
— Süd-, u. Japan 225. 226. 243.
— Teilung 218. 227. 307.
Mangalia 135.
„The Manjurian Daily News" 225.
Manuel, ehem. König v. Portugal, Verlobung 110.
Maquard, franz. Abgeordneter 30.
Maritza 220.
Markow, Dumaabgeordneter 177.
— Entschuldigung 324.
Marokko 238.
— -Ägypten 64.
— u. Deutschland 322.
— u. England 322.
— u. Frankreich 15. 97. 110. 179. 322.
— — Kämpfe 117. 155. 172.
— „friedliche Durchdringung" 155.
— Heiliger Krieg 179.
— Krieg 273.
— Krise 7.
— u. Spanien 179. 272.
— — Frieden 274.
— — Kämpfe 172.
Martin, William 139. 146.
Massaua 242.
Massé 186
„Matin" 211. 336. 362. 376.
Maxse, Journalist 58.
Mazedonien, autonom 183.
— u. Bulgarien 327.
— bulgar. Banden 183.
— Greuel der Komitadschis 34.
— griech. Banden 183.
— Problem 170.
— Rassenmischung 146.
— serbische Banden 183.
— u. Türkei 26. 214.
— Wirren 27.
Meerengen u. Rußland 195. 345. 364.
Melbourne 280.
Méline 66.
Menelik II., Negus, Tod 370.
Menschikow 51. 72. 79. 80. 81. 86. 138. 162. 301.
— Fürst 150.
Merkulow 227.
Mesopotamien u. Deutschland 39.
— Erschließung 321. 322.
Messimy 197
Metz 224. 247. 248.
— Mineralien 254.
Mexiko 238.
— Bürgerkrieg 50. 58. 156. 171. 243. 327. 334. 342.
— Carranzisten 314. 341.
— — Revolution 299.
— u. Deutschland 300.
— u. England 156. 294. 299. 314. 327.
— u. Europa 294.
— — Großmächte 230.
— u. Frankreich 156. 296. 327.
— Greuel an Kriegsgefangenen 315.
— u. Japan 232. 243. 251. 327.
— Kongreß, Auflösung 279.
— — Eröffnung 329.
— Konstitutionalisten 296. 315. 334.
— — Eisenbahnattentat 253.
— Neu- 331.
— Petroleumlager 314.
— Präsidentenwahl 243.
— — Ungültigkeitserklärung 343.
— Revolution 49. 67.
— — Wiederausbruch 84.
— Unruhen 314.
— u. Verein. Staaten 50. 67. 134. 156. 230. 231. 232. 243. 299. 310. 313. 314. 327. 341. 350. 359. 379.
— — Beziehungen 251.
— — Bruch 293.
— — u. japan. Frage 218.
— — Konflikt 225. 334.
— — Spannung 270.
— Verhältnisse 243.
— Wirren 360. 361.
Midia 201. 213.
— -Enos, Grenzlinie 102.
— -Ergene-Enos, Grenzlinie 102.
Militarismus, Fluch 173.
Miljukow, Professor 105. 241.
Millerand, franz. Kriegsminister, Demission 9. 14.
Minsk, Gouvernement 88.
„Mir" 175.
Mittelmeer, amerik. Flotte 117.
— u. England 317.

Mittelmeer, Frage 63. 64.
— — u. Italien 275.
— u. Frankreich 317.
— Gleichgewicht 256. 268. 272.
— u. Großmächte, Flotten 317.
— Hegemonie 267.
— u. Rußland 54.
Mobile (Alabama) 310. 313.
Mogador 15.
Mohammedaner u. Komitadschi 36.
Mohammere, Scheich von 145.
Moldau 62.
Moldauer 56.
Monard 24.
Monastir 181. 182.
Mongolei, Autonomie 44. 306.
— Bahn 45.
— Bank 24.
— u. China 58. 90. 116. 282. 283. 294. 306. 330.
— — u. Japan 233.
— — Politik 33.
— chinesisch-russ. Vertrag 329.
— Einigung 227.
— u. England 45. 330.
— Frage 91. 270. 282.
— Freiheitsbewegung 24.
— Gesandtschaft 23.
— u. Japan 258. 259. 330. 379.
— russ. Instruktoren 234.
— u. Rußland 44. 57. 90. 91. 138. 218. 233. 251. 258. 259. 282. 294. 306. 324. 330. 352. 355. 377.
— — Handel 45.
— — Protektorat 23.
— u. Tibet 330.
— — Vertrag 44. 46.
— Unabhängigkeit 23. 33. 44. 278. 282.
— Zukunft 278.
Monroedoktrin 313.
— Die neue 359. 360.
Montenegro, Almosen 121.
— u. Balkan, Bürgerkrieg 168.
— — Krieg, neuer 195.
— Blockade 116. 121.
— u. Europa 125.
— Flottendemonstration 115.
— u. Frankreich 121.
— Greuel 94.
— u. Italien 96.
— Küstenblockade 110.
— u. Londoner Konferenz 95. 96.
— ökonom. Entwicklung 130.
— u. Österreich 96. 118. 121.
— — Feindseligkeit 131.
Montenegro u. Österreich, Krieg 106.
— — Skutari, Räumung 126.
— u. Rumänien 203.
— u. Rußland 19. 62. 96. 121. 207.
— — Kompensation 134.
— — Skutarifrage 121.
— — Slavenkomitees 121.
— u. Serbien 96. 123. 124. 135. 270.
— — Bulgarien, Griechenland, Bündnis 150.
— — Gegensätze 242. 261.
— — Hilfe 121.
— u. Skutari 10. 106. 131.
— — Belagerung 101.
— — Beschießung 96.
— — Einzug 110.
— — Räumung 126.
— — Verzicht 128. 130.
— Starrsinn 116.
— u. Tripleentente 126.
— u. Türkei, Krieg 106.
Morel, franz. Minister 30.
Mornard 194.
Moskau, Hermogens Heiligsprechung 162.
— oppositionelle Kundgebung 301.
— u. Polen 80.
— Presse 86.
— russ. Patriarch 100.
— Semstwokongreß 1904 292.
— Slavenbankett 169.
— Zar Nikolaus II. Besuch 171.
„Moskow. Wjedomosti" 136.
Motono, japan. Botschafter 218. 233.
Mukden 233.
Mülhausen, Gewehr 254.
Murad II., Sultan 203.
Murad V., Sultan 180.
Mürzsteg 52.
Muselmanen u. Hindus 234.
Mutsuhito, Kaiser v. Japan 217.
Mytilene 277.

N.

Nabokow 105.
Nanking 331.
— Fall 243.
Nancy, Affäre 113. 114. 179.
— Beleidigung deutscher Reisender 110.
— Manöver 240.
— Zwischenfall 112.
Napoleon I. 29. 112. 146. 151.
Napoleon III. 247. 274.

Napoleon, Prinz 110.
Nasim Pascha, Generalissimus, Tod 26. 28. 37. 39. 170.
Nasr ul Mulk, Regent von Persien 216. 259. 294.
Natal 334.
— Arbeiteraufstand 320.
— Konflikt 333.
„The Nation" 127.
National Defence Association 69.
„National Review" 58.
‚National service league' 267.
Neratow, russ. Unterstaatssekretär 188.
„Neue Freie Presse" 130. 132.
Neuseeland u. engl.-jap. Allianz 374.
— u. Japan 280. 333.
Nevada 331.
Newmarket, Nachwahl 154.
New Orleans, Handel 280.
„New York World" 15.
Nikaragua 231.
— u. Deutschland 223.
— Kanal 280.
— u. Verein. Staaten 280.
— — Kanalrecht 231.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 72. 186.
Nikolajew, Hafen 61.
— Werft 323.
Nikolaus I., Zar von Rußland 61. 88. 103. 150. 151. 176.
Nikolaus II., Zar von Rußland 76. 81. 173. 174. 198. 210. 339. 377.
— u. Balkankonflikt 181.
— in Berlin 149.
— in Kostroma 162. 171.
— in Moskau 171.
— u. Nikolaus, König v. Montenegro 126.
— Reise nach Berlin 140.
— als Schiedsrichter 161.
— u. Slavenbankett 53.
— Telegramm 174. 175. 176. 181.
— u. Wilhelm II., Kaiser 106. 141.
Nikolaus, König v. Montenegro 96. 102. 121. 126. 130. 133. 134.
— u. Nikolaus II, Zar von Rußland 126.
— u. Slavendiner 63.
Nikon, Bischof 81. 82.
— Erzbischof 263. 264. 265.
Nisch 203.
Nischny Nowgorod 171.
„Nizi-Nizi" 218.
Nizza, Poincarés Rede 189.
Nobiling, Attentat 93.
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 145. 239.
Norddeutscher Lloyd 313.
Northcliffe, Lord 16.
Norwegen, königl. Vetorecht, Abschaffung 189.
Nowikow 292. 302.
Nowikow, Frau Olga 152.
„Nowoje Wremja" 1. 2. 12. 23. 33. 38. 39. 42. 43. 47. 48. 51. 53. 54. 56. 57. 62. 72. 77. 79. 86. 88. 95. 96. 97. 99. 106. 108. 115. 119. 122. 127. 128. 138. 152. 161. 164. 169. 178. 188. 199. 207. 218. 225. 226. 229. 232. 233. 240. 241. 260. 271. 274. 283. 294. 305. 307. 324. 330. 335. 337. 338. 345. 354. 367. 377. 378.
Nowotscherkask, Pest 302.

O.

Obst 242.
Odessa, Studentenzirkel 49.
— Turnunterrichtsverfügung 303.
Ogier 113.
Okzident, Gleichgewicht 190.
Ollivier, Emile 224.
Orient, ferner 57.
— — Krisis 251.
— Frage 61. 132. 192. 214.
— — u. Europa 150.
— — — Konzert 143.
— — u. Rußland 143.
— Gewitter 196.
— Gleichgewicht 190.
— Konflikt, Ruhepunkt 228.
— Krisis 174. 209.
— — Ruhepause 225.
— mittlerer u. Deutschland 194.
— naher 74. 250.
— — Lage 317.
— — u. Rußland 195.
— Problem 160.
— — neue Wendung 200.
— u. Rußland 54. 339.
Osmanen u. Araber 60.
— u. Konstantinopel 28. 29.
Osten, ferner 227.
— — u. Rußland 218.
— — Statusquo 331.
Österreich u. Ungarn, Abtrennung 5.
— u. Albanien 120. 131. 132.
— — Autonomie 48.
— — Frage 201. 240.

Österreich, Annexionen 48.
— Armee, Zusammenbruch 73.
— u. Balkan 183.
— — Bund 127.
— — — Zusammenstoß 136. 137.
— — Krieg, neuer 177.
— — Krisis 3.
— — Politik 19.
— — Problem 377.
— — Verkehrswege 5.
— u. Böhmen, Abtrennung 5.
— u. Bukarester Frieden 208. 220.
— u. Bulgarien 137. 326.
— u. Dardanellen 151.
— Demobilisierung 108.
— u. Deutschland 142.
— — Bündnis 80.
— — u. Rußland 285.
— — gegen Rußland und Frankreich 42. 43.
— — Skutarifrage 125.
— u. europ. Konzert 136.
— Frage 158.
— u. Griechenland, Handel 251.
— innere Politik 62.
— u. Italien, Albanienfrage 130.
— — Balkangegensätze 371.
— — Inselfrage 212.
— — Mißtrauen 39.
— — Rivalitäten 275.
— — Vertrag v. 1901 130. 131.
— — Verträge 132.
— Kriege 115.
— u. Kroatien, Abtrennung 5.
— u. Londoner Botschafterkonferenz 128.
— u. Mittelmeer, Gleichgewicht 272.
— u. Montenegro 96. 118. 121.
— — Feindseligkeit 131.
— — Krieg 106.
— — Skutari, Räumung 126.
— Nationalitätenproblem 377.
— u. Orientfrage 62.
— u. Polen, Abtrennung 5.
— — Frage 89. 340.
— u. Rumänien 128.
— u. Rußland 48. 51. 52. 72. 75. 76. 78. 135. 136. 196. 378.
— — Abrechnung 13.
— — u. Albanien 39. 108.
— — Annäherungsversuche 285.
— — u. Balkan 52. 54. 62.
— — — Politik 19. 206. 335.
— — — Völker 198.
— — u. Bukarester Friede 203. 206.
— — Demobilisierung 1. 9. 75. 81. 88. 96.
Österreich u. Rußland, Drohungen 13.
— — Gegensätze 143.
— — Gegner 151.
— — gute Beziehungen 335.
— — Invasion 38.
— — Konflikt 89.
— — Krieg 80. 114. 115. 142. 291. 336. 372.
— — — Gefahr beseitigt 134.
— — Orientfrage 62.
— — poln. Aufstand 56.
— — Preßhetze 115.
— — Rüstungen 3.
— — Slaventum 176.
— u. Sandjak Nowybazar 132.
— u. Serbien 3. 4. 271. 287.
— — u. Albanien 58.
— — u. bosnisch-herzegowin. Frage 26.
— — Djakowa 95.
— — Feindseligkeit 131.
— — Handel 251.
— — Kriegsbereitschaft 10.
— — Ultimatum 290. 291. 297.
— — Verständigung 206.
— u. serb.-bulgar. Konflikt 116.
— u. Skutari 19. 122. 125.
— Slavenbefreiung 62.
— Slaventum 137. 367.
— Sprachenfrage 377.
— u. Tripleentente 123.
— — Skutarifrage 127.
— u. Türkei, Konflikt 26.
— — Teilung 150.
— Untergang 128.
— Völkerschaften 136.
— Zentralslavisches Komitee 5. 6.
— Zerfall 4. 136.
Ostrog (Wolhynien) 38.
Ouchy, Frieden 211.

P.

„P 2", Luftschiff 247.
„P 3", Luftschiff 247.
„P 4", Luftschiff 247.
Page, amerik. Botschafter in London 359.
Palaeologue 290.
Palitsch, Franziskanerpater, Ermordung 96.
Pams, Präsidentschaftskandidat 21.
Panama u. Columbia 316.
— -Kanal u. Australien 280.
— — u. Deutschland 223.
— — Eröffnung 310.

Panama-Kanal u. Japan 280.
— — u. Rußland 280.
— — u. Verein. Staaten 280.
— — Vollendung 279. 280.
— Republik, Sezession 316.
— Zollfrage 15.
Panasiatische Bewegung 133. 283.
Pangermanismus 52.
Pankhurst, Miß Sylvia 60. 155.
Panslavismus 367.
— u. Balkanbund 131.
Paris 248.
— Balkankomitee 6.
— Boulevardpresse 23.
— Churchills Besuch 77.
— Dienstpflicht, dreijährige, Protestversammlung 149.
— Finanzkommission 168.
— franz.-russ. Verbrüderung 85.
— Konferenz 201.
— Militärgesetz, Opposition 144.
— Presse u. Rußland 355.
Paschitsch 132. 161. 175.
— Ministerium, Demission 181.
— — — abgelehnt 370.
„Patrie française" 86.
Paty de Clam 14.
Pau, Kongreß der Radikalen 308.
Pazifisten, Idealismus 253.
Pearson 314.
Peel, Finanzminister 308.
Pera 343.
Périer, Casimir 22.
Persien, Aufstand 41.
— Blaubuch 193. 194.
— u. Deutschland, Handelsweg 146.
— Eisenbahnbau 194.
— u. England 170. 187. 194. 209. 255. 294. 307. 308. 356.
— engl.-russ. Vertrag 372.
— u. Europa, Hilfe 216.
— — Konzert 194.
— Finanzen 24.
— Grenzregulierung 41.
— u. Indien, Bahn 195.
— Medjliswahlen verschoben 294.
— neutrale Zone 356.
— u. Potsdamer Vertrag 345.
— Protektorate 193.
— Regierung ratlos 187.
— u. Rußland 24. 44. 47. 115. 138. 187. 193. 229. 294. 306. 307. 308. 352. 356. 377.
— — Einfluß 132.
— — Instrukteure 170.
Persien u. Rußland, Protektorat 194.
— u. russ.-engl. Konvention 193.
— Schah, Krönung 294.
— Rückkehr 99.
— schwedische Elemente 308.
— — Gendarmerie 194.
— Teilung 25. 193.
— u. Türkei, Grenzfrage 82.
— Wahlkämpfe 216. 259.
Persischer Golf 115. 195.
Peter der Große 62. 150.
Peter, Großfürst 72.
Peter, König v. Serbien 37. 174. 370.
Petersburg, Arbeiterumzüge 81.
— Bezirksgericht 40.
— Botschafterkonferenz 95.
— franz. Geschwader, Besuch 141.
— franz. Militärdeputation 210.
— Gesellschaft für Verbreitung militär. Kenntnisse 97.
— Konferenz 169. 181. 183.
— — in rumän.-bulgar. Streitfrage 101.
— Kongreß des oktobrist. Stadtkomitees 293.
— Massendemonstration 147.
— mongol. Sondergesellschaft 329.
— Mordstatistik 164.
— Presse 86.
— revolutionäre Agitation 146.
— Schiedsspruch 192.
— Schülerversammlungen 48.
— Slavenbankett 169.
— slavisches Diner 40. 47. 54. 63.
— slavische Gesellschaft 161.
— soziale Verhältnisse 163.
— Sterblichkeit 163.
— Werft 323.
— Witmersches Gymnasium 48.
„Petersburger Telegraphenagentur" 175.
„Petersburger Zeitung" 42. 43. 147. 260.
„Petersburgski Listok" 147.
„Petit Journal" 376.
Petropo, Dorf 35.
Petschili, russ. Truppen 361.
Philipesko 135.
Philipp II. 271.
Philippinen 230. 231.
— u. Japan 280.
— Unabhängigkeit 280.
Pichon 30. 96. 123. 190. 230. 239. 246. 266. 274. 347. 362.
— Rede 225.
— Minister des Auswärtigen 98.

Pinon, René 76.
Pius IX. 350.
Pius X., Papst 350.
Piskow, Gouvernement 63.
Plehwe 179.
Pobedonoszew 302.
Podolien 90.
Poincaré 23. 123. 143. 159. 167. 191. 198. 200. 210. 229. 239. 272. 295. 347. 362. 365. 375.
— Botschaft 64.
— in England 184. 190.
— u. Iswolski 257.
— in London 181.
— Madame 246.
— in Madrid 271. 273.
— in Marseille 284.
— Ministerium 30.
— in Petersburg 1912 185. 186.
— — 1913 340.
— Präsident der franz. Republik 21. 51. 64. 76. 104. 157.
— Regime 97.
— Reise durch Frankreich 246. 247.
— Rückkehr 189.
— Rundreise 300.
— u. russ. Presse 271.
— Schiedsrichter im griech.-bulgar. Streit 336.
— Spanienfahrt 284.
— der „starke Mann" 66.
— u. Tittoni 257.
— u. Vatikan 275.
— Wahl 98.
Poklewski-Koselł 99.
Polen, Antisemitismus 88.
— Frage 88. 339.
— — u. Deutschland 89.
— — u. Frankreich 89. 110.
— — u. Österreich 89.
— — u. Rußland 89. 90. 352.
— u. Moskau 80.
— u. Österreich 5.
— (Russisch-) 137.
— — u. Deutschland 89. 90.
— — Frage 367.
— — Sprache, Freigabe 352.
— — Statistik 260.
— Soldaten, Tapferkeit 340.
— u. Ukraine 56.
— Wiederherstellung 88.
— Zartum 56. 199. 339. 366.
Polowzew 335.
Poltawa, Schülerverbindungen 49.
Popina (Donau) 135.
Popowitsch, General 106.
— Oberst 37.
Port Arthur 233.
Portitsch, Stojan, serb. Minister des Innern 4.
Porto-Lagos 182.
Portugal, Anarchismus 93. 273.
— Revolution 303.
„Post" 285.
Potemkin 62.
Potschajewkloster, Heiligenbild 38.
Potsdamer Abkommen 145. 161.
Prag, Kongreß der slav. Revolutionäre 1848 76.
„Preßassociation" 217.
Pretoria, Denkmal für Präsident Krüger 155.
Preußen, Abgeordnetenhaus, Auflösung 134.
— Abgeordnetenwahlen 157.
— Befreiungsgedenkfeier 75.
— „brutale Politik" 90.
— Rückgrat des Reiches 288.
— u. Rußland 250.
Priamurgebiet 227. 258.
Price, M. Philips 320. 321.
Protitsch 5.
Pugatschew 138.
Purischkewitsch 335.
Puschkin 352.

Q.

Quidde, Ludwig, Professor 223.

R.

Racconigi 347.
Rajak 295.
Raisuli 284.
Ramleh 295.
Rampolla, Kardinal, Tod 352.
Ranke 252.
Rasputin, Grigori 199. 265.
— in Petersburg 303. 305.
Reading 318.
Redmond, Führer der Iren 19.
„Regierungsanzeiger" (russischer) 63.
Reichstadt 52.
Rein, Hauptmann 36.
Rennenkampf, General 55.
Rennikow, A. 119.
Repington, Oberst 69.
Resicht, Konsul 259.

„Retsch“ (Petersburg) 175.
Reuilly, Meutereien 153.
Reval, Werft 323.
„Revue des Deux Mondes“ 179. 224.
„Revue Hebdomadaire“ 274.
„Revue politique et parlementaire“ 153. 214.
Rhodes, Cecil 155.
Rhodos 241.
— griech. Bürgermeister, Absetzung 68.
— — Ausweisung 245.
— u. England 151.
Ribot 30. 347.
„Rjetsch“ 54.
Rifkabylen, Aufstand 165.
Riga, Werft 323.
Roberts, Lord 245.
Roche, Ernest 197.
Rochefort, Henri 85.
Rodes, Jean 268.
Rodionow 178.
Rodoslawow, bulgar. Kabinett 203.
Romanones, Kabinett 180. 273.
— — Demission 157. 296.
— — Sturz 303.
Romanow, Dreihundertjahrfeier 75.
Romanow, Aufkommen der, im 17. Jahrh. 80.
Roosevelt, Präsident 231. 350.
Rosen, Denkschrift 285.
Rossi, Mgr. 350.
„Rossija“ 51. 55. 177. 301.
Rostow 171.
Rotes Meer, Statusquo 243.
Roubier 357.
Ruchlow, russ. Minister 367.
Rumänien u. Balkan, Krieg 201.
— — — neuer 195.
— — Staaten 62.
— u. Bulgarien 63.
— — Ausfuhrverbot 189.
— — Differenzen 102.
— — Dobrudscha 327.
— — Grenzüberschreitung 203.
— — u. Großmächte 60.
— — Kompensation 95.
— — Krieg 205.
— — Machtstellung 192.
— — Neutralität 205.
— — Stillstandsverhandlungen 203.
— — Streit erledigt 135.
— — Streitfrage 101.
— — Verhandlungen 10. 18.
— — — Abbruch 51.
Rumänien, Demobilisierung 206.
— u. Frankreich 205.
— u. Montenegro 203.
— u. Österreich 128.
— Parlamentseröffnung 336.
— u. Rußland 48. 62. 108. 135. 205. 207. 221.
— u. Serbien 203.
— u. Silistria 60.
— u. Skutari 109.
— u. Slaven 63.
— u. Türkei, „Hunneneinfall“ 207.
Russisches Konzil 305.
„Russkija Wjedomosti“ 162. 301.
„Russkoje Slowo“ 39.
Rußland u. Adrianopel 221. 235.
— u. Afghanistan 216.
— u. Albanien 19. 116. 134.
— — Autonomie 48.
— — Frage 201. 240.
— Amnestie 81. 88.
— Anarchie in den Dörfern 138.
— Anarchismus 93. 104.
— anarchist. Anschläge 162.
— Antisemitismus 88. 286. 366.
— — Anwachsen 303.
— Armee 73.
— u. Armenien 116. 138. 170. 187. 214.
— — Frage 337.
— — militär. Einschreiten 364.
— — Reform 171. 373.
— u. Armenier 56.
— u. Asien 151.
— — Domänen 354.
— — Politik 43.
— auswärtige Lage 108.
— — Politik 341.
— — — u. Nationalisten 128.
— — — u. Presse 47.
— Auswärt. Amt u. „Nowoje Wremja“ 51.
— — u. öffentl. Meinung 55.
— — u. Presse 53.
— — Unfähigkeit 161.
— u. Bagdadbahn 145.
— u. Balkan 221.
— — Bund 27. 73. 150. 169. 337. 364.
— — — Aufrechterhaltung 183.
— — — Erneuerung 183.
— — Greuel 37.
— — Heer 62.
— — Königreiche 1. 120.
— — Krieg 336.
— — — neuer 196.

Rußland u. Balkan, Krieg, Schiedsgericht 201.
— — Kriege, Enttäuschung 304.
— — Krise 72.
— — Politik 19. 323.
— — Slaven 151.
— — Staaten, Schiedsspruch 160. 204.
— bäuerliche Verhältnisse 355.
— Bauernbefreiung v. 1861 85.
— Bauernwohlstand 260.
— Bevölkerung verderbt 138.
— u. Bosnien-Herzegowina, Annexion 364.
— Bourgeois 138.
— Branntwein, Einnahmen 369.
— — Pest 260. 266.
— u. „bratuschki“ 182.
— u. Bukarester Frieden 220.
— u. Bulgaren 56.
— u. Bulgarien 62. 176. 205. 207. 221. 326. 335.
— gute Beziehungen 1.
— — Bloßstellung 336. 337.
— — Erfolge 52.
— — Gegensätze 58.
— — Greuel 37.
— — Hagia Sofia 119.
— — Mißtrauen 182.
— — Schiedsspruch 175.
— — u. Serbien 152.
— — Siegeszug 212.
— u. bulgarisch-rumän. Verhandlungen 19.
— u. China 44. 47. 72. 80. 143. 217. 218. 283. 378.
— — Gegensätze 58.
— — Handel 45.
— — Kampf 227.
— — Krieg 90. 99.
— — — Gefahr 133.
— — u. Mongolei 44. 218.
— — — Frage 24.
— — — Verhandlungen 278.
— — — Vertrag 312. 316. 329.
— — Vertrag 306.
— u. chinesische Gefahr 227.
— u. Dardanellen 29. 81. 124. 150. 151.
— — Öffnung 229. 347.
— u. Deutsche Kolonisten 56. 355.
— Deutschenhaß 104.
— deutsches Element in den Ostseeprovinzen 137.
— deutschfeindliche Kundgebungen 124.
— deutschfreundliche Partei 158.
— u. Deutschland 17. 48. 74. 75. 76. 115. 290.
Rußland u. Deutschland, Ansturm 54.
— — armen. Reformen 373.
— — u. Bagdadbahn 345.
— — Beziehungen 84. 324.
— — chines. Krieg 91.
— — Feindschaft 85.
— — freundl. Politik 250.
— — Freundschaft 80. 345.
— — Krieg 198.
— — Krisis von 1887 3.
— — Literaturabkommen 211.
— — Militärmission Liman 363.
— — u. Österreich 285.
— — u. Persien 345.
— — Potsdamer Vertrag 345.
— — Preßhetze 115.
— — Presseverleumdungen 39. 40.
— — Zusammenstoß 105.
— Diplomatie 73.
— — Kritik 53.
— — Überlegenheit 163.
— doppelzüngige Politik 336.
— Duma, Auflösung 305.
— — Demonstration 178.
— — dritte 302.
— — geringe Leistungsfähigkeit 147.
— — u. Judenfrage 366.
— — Mißtrauensvotum 177.
— — u. Regierung 304. 324. 353.
— — — Zusammenstoß 177.
— — vierte 100. 162. 302.
— — — Sessionsbeginn 304.
— u. England 57. 73.
— — Abkommen von 1907 209.
— — u. Afghanistan 44.
— — Armenien 180.
— — asiat. Politik 44.
— — Asieninteressen 198.
— — Beziehungen 11.
— — gegen Deutschland 115.
— — Entente 70.
— — u. Frankreich, Allianz 200.
— — gemeinsames Interesse 191.
— — Kriegshilfe 47.
— — militär. Verpflichtungen 249.
— — Mithilfe 76.
— — u. Persien 115.
— — Abkommen von 1907 41.
— — — Konvention 193.
— — — Politik 24. 283. 356.
— — Rüstungen 97.
— — u. Tibet 115.
— — Türkeiabkommen 12.
— — Verständigung v. 1907 43.
— — Vertrag v. 1907 372.

Rußland u. England, Vertrag v. 1907, Revision 46.
— engl. Geschützlieferung 344.
— u. Esthen 56.
— u. Europa 54.
— — Konzert 116.
— Familie 177.
— Finanzetat, Besprechung 177.
— u. Finnländer 56.
— Flotte 323.
— — Ausbau 98.
— — Programm 289.
— — Rüstung 312.
— u. Frankreich 66. 67. 209. 357.
— — Adrianopelfrage 2.
— — Allianz 17. 65. 66. 71. 129. 158. 285. 289. 293.
— — — u. Dienstpflicht 186.
— — u. Anatolien 338.
— — u. Armenien 338.
— — u. Balkan 48.
— — — Krisis 266.
— — Deutschfeindlichkeit 142. 372.
— — u. Deutschland, Krieg 198.
— — gegen Deutschland u. Österreich-Ungarn 42. 43.
— — dreijährige Dienstzeit 158.
— — Eisenbahnanleihe 349.
— — u. England 43. 71. 72. 105. 111.
— — Flotte 266.
— — Interessenkonflikte 225.
— — kleinasiat. Bahnen 295.
— — Kooperation 200.
— — Krieg 1870 85.
— — Kriegshilfe 57.
— — Marinekonvention 185.
— — Orientpolitik 212. 323. 376.
— — Österreichs Drohungen 13.
— — Presse 293.
— — u. Türkei 220. 221.
— — Undank 207.
— — Unterstützung 76.
— — Verbrüderung 240.
— — Verpflichtung 97.
— — Weltstraßen 195.
— „freiwillige Flotte“ 195.
— friedensfeindliche Strömung 38.
— Friedenspolitik 116.
— u. Galizien 367.
— u. Galizier 56.
— u. gelbe Gefahr 54.
— Geldmangel 369.
— u. germanische Gefahr 54.
— u. Germanismus 111.
— Gewissensfreiheit 265.
Rußland, Grenzmarken bedroht 56.
— u. Griechen 56.
— u. Griechenland 206. 207. 212.
— — u. Athos 40.
— Heiligsprechungen 118.
— Hohenlohe-Woche 52.
— Hooligans 87. 138. 262. 266.
— — Unwesen 100. 260.
— u. Japan 33. 40. 80. 218. 270. 332. 378.
— — Beziehungen 225.
— — Konflikt 377.
— — Krieg 46. 91. 99. 111. 163. 250. 345.
— — u. Mandschurei 226. 307.
— — Verhandlungen 250.
— — Vertrag 99.
— Jmjäslawzen 263.
— u. Indien 44. 234.
— u. Indischer Ozean 306.
— Industrie, Aufschwung 236.
— innere Angelegenheiten 100. 121. 177. 301.
— — Aufgaben 162.
— — Politik 171. 200.
— — Schwierigkeiten 291.
— — Spannung 324.
— — Verhältnisse 41. 235. 340. 377.
— — Zustände 366.
— u. Italien 202.
— Juden u. Universitäten 302.
— — Frage u. Duma 366.
— Kadetten 369.
— Kaiserin-Witwe 105.
— Kirche 177.
— — griech.-orthodoxe 198.
— Klein- 80.
— u. Kleinasien 306.
— — Bahnen 83.
— — — strategische 356.
— u. Konstantinopel 47. 76. 81. 150.
— Krieg v. 1877/78 57.
— Krieg, Agitation 124.
— — Bereitschaft 18.
— — Hetzerpartei 90.
— — Leitung 163.
— — Lust 98.
— — Partei 72.
— — Pläne 55.
— — Treibereien 95. 129. 340.
— — Vorbereitungen 57.
— Krisis u. europ. Krieg 147.
— Landstreicherunwesen 87.
— Landgier 163.
— u. Letten 56.
— u. Litauer 56.

Rußland u. Mandschurei 138. 258. 259. 324. 352. 377.
— — nördliche 43. 226. 243. 278. 306. 307.
— — Teilung 218.
— Marine 163.
— u. Meerengen 195. 345. 364.
— militär. Lage 12.
— u. Mittelmeer 54.
— Mobilisierung 55.
— u. Moldauer 56.
— u. Mongolei 23. 44. 57. 90. 91. 138. 233. 251. 258. 259. 278. 282. 294. 306. 324. 330. 352. 355. 377.
— — Handel 45.
— u. Montenegro 19. 62. 96. 121. 207.
— — Kompensation 134.
— — u. Skutari 106. 121.
— Nationalgefühl 52.
— Nationalisten 81. 366. 367. 368.
— — Erregung 118.
— — u. Revolutionäre 108.
— — Triumphe 261.
— Nationalitätsprinzip 52.
— Neutralität 18.
— Nihilismus 368.
— Obscheſtwo, Erregung 57.
— öffentl. Meinung u. Regierung 121. 127.
— Offizierkorps, Kriegsstimmung 115.
— Oktobristen 79. 368.
— — Konferenz 340.
— — Zentralkomitee 301.
— u. Orient 54. 57. 339.
— — ferner 218.
— — Frage 143.
— — naher 195.
— — Politik 169. 364. 377.
— Ostseeprovinzen 137.
— u. Österreich-Ungarn 48. 51. 52. 72. 75. 76. 78.
— — Abrechnung 13.
— — u. Albanien 39. 108.
— — Annäherungsversuche 285.
— — u. Balkan 52.
— — — Angelegenheiten 54.
— — — Heer 62.
— — — Politik 19. 206. 335.
— — — Völker 198.
— — gute Beziehungen 335.
— — u. Bukarester Frieden 203. 206.
— — Demobilisierung 1. 9. 75. 81. 88. 96.
— — Drohungen 13.
— — Feindschaft 378.
— — Gegensätze 143.
— — Gegner 151.
Rußland u. Österreich-Ungarn, Invasion 38.
— — Konflikt 89.
— — Krieg 80. 114. 115. 142. 291. 336. 372.
— — — Gefahr beseitigt 134.
— — Orientfrage 62.
— — poln. Aufstand 56.
— — Preßhetze 115.
— — Rüstungen 3.
— — Slaventum 176.
— — Zertrümmerung 135. 136.
— — österreichfeindl. Kundgebungen 124.
— u. Panamakanal 280.
— Panslavisten 162.
— — Agitation 150.
— — Partei 116.
— Panslavismus als Zukunftsprogramm 352.
— u. Pariser Presse 355.
— Partei „heute" 13. 14.
— u. Persien 24. 44. 47. 132. 138. 187. 193. 229. 294. 306. 307. 308. 352. 356. 377.
— — Instrukteure 170.
— — Protektorat 194.
— u. persisch-indische Bahn 47.
— u. Petschili 361.
— u. Polen 56.
— — Frage 88. 89. 90. 339. 352. 367.
— Polenhaß 366.
— politisch-nationalist. Bewegung 49.
— Presse, aufreizend 3.
— — u. auswärt. Politik 47.
— — u. China 99.
— — Kriegshetze 51.
— — Maßregelungen 236. 293.
— — u. Poincaré 271.
— — Gesetze 147.
— u. Preußen 250.
— Proletariervereinigung 104.
— Proletarisierung 163.
— Räuberwesen 138.
— Reaktion 179.
— Regierung u. Duma 304. 324. 353.
— — — Zusammenstoß 177.
— — u. Reformen 171.
— — u. Reichsrat 352. 353.
— Reichsrat u. Regierung 352. 353.
— Revolution, Fortleben 41.
— — neue 82.
— — zweite 293.
— revolutionäre Agitation auf dem Lande 146.
— — Bewegung 49.

Rußland, revolutionäre Erhebungen 179.
— Revolutionäre u. Nationalisten 108.
— Romanowfeier 73. 75. 76. 81. 82. 87. 162. 171. 178.
— „Rotrußland" 80. 367.
— russisches Konzil 100.
— Rüstungen 116.
— — Eifer 377.
— u. Rumänien 48. 62. 108. 135. 205. 207. 221.
— u. Schiffsbaufeiertag 104.
— Schule 177.
— Schulpflicht, allgemeine 266.
— Schwarze-Meer-Flotte 61. 124. 188. 213.
— u. Serbien 3. 19. 52. 56. 58. 62. 176. 207. 221.
— — Aufhetzung 131.
— — Greuel 37.
— — Schiedsspruch 175.
— Sektenwesen 261. 262.
— Senatsreform 353.
— Skobelew-Woche 52.
— u. Skutari 95. 108.
— — Fall 123.
— u. Slaven 56.
— — Bankette 51. 55. 56. 106. 115. 124. 169. 182.
— — — Verbot 47.
— — Komitees 3. 72.
— — — u. Montenegro 121.
— slavische Politik 62.
— Sozialdemokratie 368.
— sozialdemokrat. Republik 105.
— soziale Pflichten 163.
— sozialist. Agitation 236.
— — Ausschreitungen 138.
— u. Spanien 271.
— Staatsschuld 260.
— Statistik 260.
— u. Stiller Ozean, Hafen 280.
— Synod, Heiliger 147. 198. 263. 264. 306.
— u. Tibet 47.
— u. Tripleentente 141.
— u. Tschechen 56.
— u. Türkei 11. 18. 39. 48. 61. 83. 135. 170. 203. 207. 306. 357. 358. 364. 378.
— — Adrianopelfrage 1. 213.
— — Armeeverteilung 188.
— — u. Armenien 60.
— — — Reformen 337.
— — Auflösung 375.
— — u. Balkankrieg 9.
Rußland u. Türkei, deutsche Militärmission 344. 346. 347. 365. 373.
— — Eisenbahnprojekte 229.
— — finanz. Boykott 228.
— — Freundschaft 346.
— — in Kleinasien 152.
— — Kriege 170.
— — u. Persien 41.
— — Schuldenverwaltung 323.
— — strateg. Bahnen 322.
— — Teilung 150.
— — u. Thrazien 213.
— — Truppenzusammenstoß 242.
— — Vorderasien 188.
— — Zerstörung 52.
— — Zollerhöhung 364.
— — Zusammenbruch 150.
— Universitäten u. Juden 302.
— Unzufriedenheit, allgemeine 178. 292.
— u. Urga 234.
— u. Verein. Staaten 232.
— Verfassung, Beseitigung 82.
— u. Vickers Sons 344.
— Völkerschaften 137.
— Wahlenbeeinflussung 353.
— „Weißrußland" 80.
— Westprovinzen, Truppenkonzentration 185.
— Zeitungszensur 100.
Ruthenen, unierte 199.

S.

Sabler, Oberprokureur 265. 292. 302.
— Rücktrittsgerüchte 305.
„Sachsen", Luftschiff 247.
Said Halim, Prinz, Großwesir 173. 363.
Sainoïn-Khan, Ministerpräsident des Chutuchta 330.
Sajonji, japan. Minister, Sturz 32.
Salaeb Dauleh 187. 307. 308.
— Aufstand 41.
Salisbury, Lord 69. 70.
Saloniki 184. 251. 277.
— Bank 324.
— Bulgaren, Entwaffnung 189.
— Frage 137.
— griechisch 82.
— Konferenz 169.
Samos, von Griechen besetzt 84.
Samothrake 10.
Samsun 294.
— -Siwas, Eisenbahn 115.
San Domingo u. Verein. Staaten 359.

San Franzisko, Weltausstellung 207.
— — deutsches Komitee aufgelöst 362.
San Giuliano, ital. Minister des Auswärtigen 63.
— Vertrauensvotum 362.
Sandschak Novibazar 26. 132.
— Teilung 270.
Sankewitsch, Oberst, Abberufung 125.
St. Etienne 375.
Santone 219.
Sarrauy, Hauptmann 114.
„Saturday Review" 111.
Savage-Club 359.
Savile, Frank 223.
Savoyen 191.
Schahinschahbank 356.
Schanghai, Handel 280.
Scharnhorst 370.
Schebir 320.
Schefket Pascha, siehe Mahmud Schefket.
Schidlowski, Oktobristenführer 171.
Schinos, Mörder König Georgs v. Griechenland 93.
Schipka 327.
Schiras 193.
Schlieffen, Graf, Generalfeldmarschall, Tod 1.
Schmidt, kath. Priester, Mörder 285. 286.
Schopoff 216.
Schottland, polit. Stimmung 318.
Schtscheglowitow, russ. Minister 367.
Schtschepanek, Professor 107.
Schubinsky, Dumaabgeordneter 79.
Schwarzes Meer 195.
— Ostküste 137.
Schweden 80.
Sedan 144.
Seignobos, Professor 168.
„Semschtschina" 378.
Senussi 312. 358.
Sepehdar 193.
Serbien u. Adria 10. 290.
— Hafen 4.
— u. Albanien 4. 261. 262. 269. 275. 287. 290. 291.
— — Feindseligkeiten 284.
— u. Bulgarien 4. 52.
— — Bündnisvertrag 336.
— — Differenzen 181. 182.
— — Diplomatie, Spiel 182.
— — Gefechte 192.
— — Gegensätze 131. 146. 151. 160. 169.
Serbien u. Bulgarien, Händel 136.
— — Haß 204. 242.
— — Kämpfe 189.
— — Konflikt 116.
— — Krieg 175. 197. 205.
— — Montenegro, Griechenland, Bündnis 150.
— — Revanche 275.
— — u. Rußland als Schiedsrichter 152.
— — Scharmützel 132.
— — Teilungsvertrag 175.
— — Verhandlungen 161.
— — Verwilderung 201.
— — Zugeständnisse 120.
— u. bulgar.-türk. Bündnis 346.
— Demobilisierung 203. 206.
— u. Deutschland 290.
— u. Djakowa 95.
— u. England 297.
— u. Frankreich 290.
— Greuel 37. 94. 241.
— u. Griechenl. u. Bulgarien, Krieg 195.
— — Bündnis 181. 184.
— — — gegen Bulgarien 160.
— — Solidarität 206.
— Größenwahn 3. 291.
— u. Ipek 82.
— u. Italien 290.
— Komitadschis 34.
— Königsmörder 5.
— u. Londoner Konferenz 34. 95.
— u. Mazedonien 137.
— Mobilisierung 253.
— u. Montenegro 96. 121. 123. 124. 135. 270.
— — Gegensätze 242. 261.
— Mordstatistik 4.
— öffentl. Meinung u. Regierung 132.
— ökonom. Entwicklung 130.
— u. Österreich-Ungarn 3. 4. 271. 287.
— — u. Albanien 58.
— — bosnisch-herzegowin. Frage 26.
— — u. Djakowa 95.
— — Feindseligkeit 131.
— — Handel 251.
— — Kriegsbereitschaft 10.
— — Ultimatum 290. 291. 297.
— — Verständigung 206.
— u. Rumänien 203.
— u. Rußland 3. 19. 56. 58. 62. 176. 207. 221.
— — Aufhetzung 131.
— — Schiedsspruch 175.
— u. Türkei, Schuldübernahme 370.
— Tyrannei 201.

Serbien, unabhängig 150.
— u. Ungarn 203.
— Waffenerfolge 106.
— u. zentralslavisches Komitee 6.
— zweideutige Haltung 116.
Sergames Sultane, Prinz 216.
Serres, Greuel 35.
Sewastopol 213.
— bulgar. Flotte 203.
Shat-el-Arab 145.
— Schiffbarkeit 146.
Shitomir, Heiligenbild 38,
Shuster, Morgan 194.
Sibirien, chines. Kolonisation 44. 46.
— Statistik 260.
Silistria 10. 95. 205.
— rumänisch 60. 135.
Sinope, Verbannung von 470 Türken 181.
Sirmitli, griech. Sieg 203.
Siwas 294.
— -Samsun, Eisenbahn 115.
Skiernewicze 17.
Skobelew 52. 108.
„Skodra", österr. Dampfer 96.
Skugarewski, General 47. 53. 106. 108.
Skutari 10. 19. 27. 62. 102. 106.
— u. Albanien 82. 108.
— albanisch 60. 82. 95. 120.
— Belagerung 121.
— u. England 124.
— „Eroberung" 118. 119.
— Erstürmung 126.
— Frage 131.
— — u. Londoner Konferenz 126.
— — u. Österreich 125.
— internat. Truppen 130. 134.
— Kapitulation 110.
— u. Londoner Konferenz 122.
— u. Montenegro 96. 106. 126. 131.
— — Belagerung 101.
— — Verzicht 128. 130.
— u. Österreich 122.
— Räumung 127. 133.
— u. Rumänien 109.
— u. Rußland 123.
— Scheinkämpfe 122.
— Widerstand 58.
Slavenbankett 51. 63.
Slavendiner 54. 63.
Slaven und Gallen gegen Germanen 129.
— u. Germanen 57. 76.
— — Abrechnung 58.
Slaven i. Rußland 56.
Slavisch-keltische Verwandtschaft 129.
Slavische Frage 63.
— Idee u. Balkankrieg 198.
— Welt, Auferstehung 136.
Slivniza 327.
Smirnowa, Frau 260. 262. 263. 266.
Société d'Etudes 195.
Solf, Dr., Staatssekretär 203. 297.
Somssich, Graf 290.
Sonnino 275.
Sorel 179.
Spanien, Anarchismus 93. 273.
— Anleihe 272.
— u. Deutschland 272.
— u. Dreibund 272.
— u. England 271.
— u. Fernando Po 58. 59.
— Flotte, Revue 272.
— — Verstärkung 284.
— u. Frankreich 376.
— — Anleihe 273. 274.
— — Bündnis 117. 271.
— — — u. Deutschland 272.
— — u. europ. Krieg 272.
— — Flottenrevue 279.
— — Mittelmeerentente 284.
— — u. Nordafrika 272.
— — wirtsch. Verständigung 284.
— Galeerensträflinge, Supplik 219.
— liberales Ministerium, Sieg 180.
— u. Marokko 179. 272.
— — Frieden 274.
— — Kämpfe 172.
— Ministerwechsel 171.
— u. Mittelmeer, Gleichgewicht 272.
— Radikalismus 303.
— u. Rifkabylen 165.
— u. Rußland 271.
— u. Tripleentente 144. 271. 272. 284
„Spectator" 64.
Ssasonow, russ. Minister des Auswärtigen 1. 13. 23. 51. 76. 79. 81. 86. 89. 96. 107. 108. 115. 116. 121. 123. 128. 129. 132. 134. 181. 183. 185. 196. 198. 207. 240. 317. 335. 345. 346. 365. 367.
— in Berlin 287.
— Friedenspolitik 14.
— u. Iswolski 257.
— Kundgebung 114.
— in Paris 266.
Ssavenko, Dumaabgeordneter 367.
Ssemenow, Mitgl. d. Reichsrats 302.
Ssemiretschensk 283.

Sseverzow-Polilow 318.
Ssuchomlinow, russ. Kriegsminister in Paris 12.
„Staatsanzeiger" (russischer) 55.
Stambulow 325. 336.
Standard Oil Company 314.
Stanislawski, M. W. 84. 85. 86.
Steeg, franz. Minister 30.
Stein, Freiherr vom 370.
Stephens, Henry Morse, Professor 83.
Stiller Ozean u. Rußland 280.
Stoilow 327.
Stolypin, Alexander 79. 305.
— Ministerpräsident 79. 179. 367. 368.
— — Denkmal 261.
— — Ermordung 87.
Stundisten 262.
Suarez, Vizepräsident, Tod 60.
Sudan 108. 109.
— u. England 375.
Suezkanal 195. 268.
„Sun" (New York) 330. 331. 332.
Sunjatsen 133. 217. 227. 281.
— Bruder 268.
— in Japan 316.
— in Tokio 99.
Sutschau 91.
„Swet" 39.
Swojak (Lemberg) 56.
Sydney 280.
Syrien, Eisenbahnen 295.
— u. Frankreich 132.
— Gärung 132.
Szegedin, Frieden 203.

T.

Täbris 356.
— Eisenbahn 24.
— Gouvernement 187.
— Verwirrung 193.
Tafilet 15.
Taft, Präsident 67. 350.
Tai Juanfu 91.
„Takwimiwekai" 343.
Ta Lama 282.
Tanger, französ. Gesandtschaft, Aufhebung 42.
Tardieu 185.
Tarnow, Waffentransporte 56.
Taurus, Durchtunnelung 321. 322.
Tegel 247.
Teheran 216. 356.
— Kosakenbrigade 377.
„Temps" 9. 12. 17. 29. 42. 43. 52. 63. 73. 77. 95. 113. 114. 116. 122. 123. 124. 125. 140. 153. 159. 179. 185. 210. 211. 237. 239. 245. 246. 247. 251. 267. 268. 273. 274. 276. 277. 290. 301. 309. 314. 315. 323. 334. 338. 345. 346. 347. 348. 358. 362. 363. 364. 365. 376.
Tenedos 10.
Teranchi, Graf 281.
Thasos 10. 212.
Thiers 224.
Thrazien 213.
— u. Bulgarien 327.
— — Grenze 228.
— Greuel der Komitadschis 34.
— u. Türkei 220.
Tibesti 358.
Tibet u. China 283.
— u. England 46. 283.
— engl.-russ. Vertrag 372.
— Frage 282.
— u. Mongolei 330.
— — Vertrag 44. 46.
— u. Rußland 47. 115.
— Unabhängigkeit 44.
Timaschew, russ. Minister 367.
„Times" 16. 24. 46. 69. 70. 113. 144. 146. 169. 283. 309. 314. 343. 344.
„Times of India" 83.
Timok 197.
v. Tirpitz, Großadmiral 42.
Tisza, Graf Stephan 165. 182.
„Titanic", Untergang 287.
Tittoni 267.
— u. Poincaré 257.
Tokio 330.
— japan. Gesellschaften, Versammlung 227.
— Taifun 228.
Tolstoi, anarchist. Mystizismus 199.
Tong-Shao-Si, chines. Präsidentschaftskandidat 74.
Tonkin 268.
Tonking 238.
Tono Nekolow 35.
Torre, della, Graf 350.
Torreon, Deutsche gefangen 300.
— Einnahme 299.
Toul 144.
— Meutereien 153.
Toulon 85. 244.
— Churchills Besuch 77.
Townley, Sir W., engl. Gesandter in Teheran 193.

Trans-Amur-Gebiet 171.
Transkaukasien 187.
Transvaal 333. 334.
— u. England, Krieg 163.
Trebizonde 294.
Treitschke, Heinrich v. 288. 375.
„Tribuna" 212. 267.
Triest, Albanerkongreß 68.
Tripleentente 13. 57. 71. 200. 255.
— u. Balkankrieg 43.
— u. Dreibund 78. 290.
— — u. Balkanbrand 143.
— — Gegensatz 94.
— — türk. Politik 344.
— u. England 78. 374.
— u. europäischer Friede 191.
— Flottendemonstration 18.
— Interessengemeinschaft 190. 191.
— u. Montenegro 126.
— u. Österreich 123.
— — Skutarifrage 127.
— u. Rußland 141.
— u. Spanien 144. 271. 272. 284.
— u. Türkei 346.
— — deutsche Militärmission 363. 365.
— u. Zentralslavisches Komitee 6.
Tripoli (Asien) 295.
Tripolis 57.
— Auswanderung nach Tunis 118.
— Frage, Lösung 64.
— u. Italien 156.
— u. Türkei 2. 27.
Tripolitanien u. Frankreich 358.
— u. Italien 364.
Tschataldscha 36. 58.
— Armee 136.
— — Unruhen 26.
— Kämpfe 102.
— Lager 37.
— Linie, Meutereien 3.
Tscharykow 169. 257.
Tschechen, Hussfeier 1915 107.
— in Rußland 56.
Tschermojew, Oberst 240.
Tschernigowska 258.
Tsingtau 140.
Tsiu-Wau-Chan do dordschi, Fürst 23.
Tunis, Frankreichs Annexion 364.
— Tripolitanereinwanderung 118.
Turgenjew 107. 144.
Türkei u. Adrianopel 203. 209. 228. 242.
— — Besetzung 206.
— — Wiederbesetzung 213.
Türkei u. Ägäische Inseln 60.
— u. Albanien 2. 27. 120. 122.
— Alttürken u. Jungtürken, Hader 242.
— u. Arabien 2. 242.
— — Kämpfe 27.
— Armee, Reorganisation 344.
— — Zwist 242.
— u. Armenien 11. 12. 214. 215. 216. 276.
— asiatische 193.
— — Besitzstand 60.
— — — u. Englands Garantie 152.
— — u. Deutschland 161.
— — u. England 161.
— — u. Frankreich, Eisenbahnpläne 322.
— — Integrität 364.
— — Wirren 216. 217.
— — Zerstückelung 57.
— — Zukunft 170.
— in Asien 28.
— nach Asien geworfen 107.
— Autokratie 277.
— u. Bagdadbahn 145. 321. 364.
— u. Balkanbund 27. 73. 214.
— — — Frieden 27. 136.
— — — — Schluß 120. 146.
— — — — Verhandlungen abgebrochen 37.
— — — Hader 184.
— — — Kompromiß 9.
— — — Präliminarvertrag 157. 168.
— — — Stillstand 152.
— — — Ultimatum 1.
— — — Vorfriede 160.
— — — Waffenstillstand 110.
— — — — Kündigung 34.
— — Krieg 372.
— — — neuer 195.
— — — zweiter 201.
— — — Vorteil 49.
— — Staaten, Kampf 29.
— u. Bulgarien 26. 203. 211.
— — Adrianopel, Verhandlungen 220. 221.
— — Bündnis 277. 346.
— — Friede 261. 276.
— — — Konferenz 237.
— — — Schluß 270.
— — — Verhandlungen 228.
— — — Vertrag 279.
— — u. Griechenland 346.
— — u. Serbien 346.
— — Stillstand 116.
— — Vereinbarungen 284.
— — Verhandlungen 242.

Türkei u. Bulgarien, Verständigung 251. 253.
— Bürgerkrieg 242.
— u. Dardanellen 132. 151.
— Demobilisierung 284.
— deutsche Militärmission 338. 344. 373.
— u. Deutschland 228. 337.
— — armenische Reformen 337.
— — u. Balkankrieg 39.
— — Einfluß 323.
— — griech. Krieg 346.
— — u. Kleinasien 39.
— — Militärmission 363.
— — Mißtrauen 346.
— — u. Vorderasien 153. 229.
— — Zollerhöhung 364.
— Dreadnoughts 373.
— u. England 83. 209. 228. 358. 374. 375.
— — u. Arabien 235.
— — u. Cypern 152. 153.
— — — Vertrag 170.
— — deutsche Militärmission 346. 347. 357.
— — Flottenreorganisation 339.
— — Instruktoren 170.
— — Konvention v. 4. Juni 1878 11. 152.
— — Koweit 153.
— — — Abkommen 152.
— — Marinemission 363.
— — Verhandlungen 144.
— engl. Flottenreorganisation 343. 344. 373.
— europ. Besitzstand 29.
— — Position 61.
— Flottenkommando 343.
— u. Frankreich 220. 221. 222. 322. 358.
— — Anleihe 228. 346.
— — deutsche Militärmission 346. 347.
— — Eisenbahnprojekte 229.
— — Kapital 170.
— — kleinasiat. Eisenbahnen 294.
— u. Friedenskonferenz 126.
— Geheimkomitees 2.
— Geldmangel 73.
— Geschichte, Wendepunkt 180.
— Greuel 35.
— u. Griechenland, Beziehungen 311.
— — — wieder ungünstige 317.
— — Differenzen 276.
— — freundschaftl. Beziehungen 207.
— — Frieden 94.
— — — Schluß 325. 336.
— — — Vertrag 329.
— — Inselfrage 10. 277.
— — Verhandlungen 261. 270. 284. 303.

Türkei u. Griechenland, Verständigung 251.
— Hamidisches System 364.
— u. Indien 234.
— innerer Hader 37.
— Integrität 160. 345. 373.
— u. Islam 28.
— islamische Hauptmacht 375.
— u. Italien, Inselfrage 211.
— Jungtürken 170.
— — u. Alttürken, Hader 242.
— — u. Staatsstreich 28.
— u. Kirkilisse 206.
— in Kleinasien 151. 214.
— — Wiedergeburt 36.
— Konstitution von 1908 2.
— Korruption 2.
— u. Koweit 144. 145.
— Lage 82. 170.
— — andere 208.
— u. Londoner Frieden 206.
— u. Londoner Konferenz 1.
— u. Mächte, Kollektivnote 101.
— Marine 58.
— — Reorganisation 343.
— u. Mazedonien 26. 214.
— militär. Aufstellung 206.
— Ministerwechsel 2.
— u. Montenegro, Krieg 106.
— Niedergang 103.
— u. Orientfrage 62.
— u. Österreich-Ungarn, Konflikt 26.
— Parlamentarismus 277.
— u. Persien, Grenzfrage 82.
— politische Torheiten 26.
— Reformprogramm 276.
— — Versprechungen 170.
— Revolution 26.
— u. Rumänien, „Hunneneinfall" 207.
— u. russ.-engl. Abkommen 12.
— u. Rußland 39. 48. 52. 61. 83. 135. 150. 170. 203. 207. 220. 221. 306. 357. 358. 364. 375. 378.
— — Adrianopelfrage 1. 213.
— — Armeeverteilung 188.
— — u. Armenien 60.
— — — Reformen 337.
— — deutsche Militärmission 346. 347. 365. 373.
— — Drohungen 11. 18.
— — Eisenbahnprojekte 229.
— — finanz. Boykott 228.
— — Freundschaft 346.
— — u. Kleinasien 152.
— — Kriege 170.

Türkei u. Rußland, Neutralität 9.
— — u. Persien 41.
— — Schuldenverwaltung 324.
— — strateg. Bahnen 322.
— — u. Thrazien 213.
— — Truppenzusammenstoß 242.
— — u. Vorderasien 188.
— — Zollerhöhung 364.
— u. Sandjak Novybazar 132.
— Sanierung 61.
— Schuld 222.
— u. Serbien, Schuldübernahme 370.
— u. slavische Welt 136.
— Sprachenpolitik 276.
— Staatsstreich 28.
— Teilung 146. 150. 152. 345.
— u. Thrazien 220.
— u. Tripleentente 346.
— — deutsche Militärmission 356. 363. 365.
— u. Tripolis 2. 27.
— u. Ungarn 203. 204.
— Vertreibung aus Europa 52. 57.
— u. Vickers Sons 343.
— u. Vorderasien 28. 60.
— Zölle, u. England 146.
— Zusammenbruch 54. 90.
Türken, Lob der 36.
Turkestan, Ost- 23.
Tuserkau 216.
Tuz, Wüste 320.
Tzsän-Sunit, Fürstentum 33.
Tzun, Fürstentum 33.

U.

Udine, Bischof von 350.
Ukraine 137.
— Buchhandlungen 88.
— nationale Bewegung 88.
— u. Polen 56.
Uljüsutai 24.
Ulster 317.
— Bürgerkrieg 342.
— „loyale Revolution" 269.
— u. Nationalisten 7.
— Provinz, u. Homerule 20.
— — Widerstand 154. 318.
Ungarn, Abgeordnetenhaus, Unruhen 304.
— Kleinrussen 52.
— Madjarisierung der Deutschen 62.
— Ministerwechsel 171.
— u. Österreich 5.
— u. Serbien 203.
— u. Türkei 203. 204.
Ungarn u. Walachei 203.
Union Latine 129.
Ural 137.
Urga 23. 44. 234. 259.
— Chutuchta 233. 251. 278. 282. 317. 329.
— -Kiachta, Eisenbahn 24.
— Konvention 282.
Urmia, Eisenbahn 24.
— See 41.
Uski 320.
Ussuri 258.
„Utro", Petersburger Morgenzeitung 48.

V.

Valona 130. 131. 240.
— Frage 241.
— von Griechen besetzt 84.
Varangerfjord 306.
Varna 204.
Vatikan s. a. Kurie.
— u. Frankreich, Konkordat 274.
— u. Italien 275.
Veit, Oberst 35.
Venezuela, Frage 68.
Venizelos 246.
Veracruz 287. 299.
Verein für Erhaltung des Deutschtums im Auslande 296.
Vereinigte Staaten von Nordamerika s. Amerika 334.
Versailles 112.
— Präsidentschaftswahl 21.
Vickers Sons, engl. Schiffsbaufirma 343. 344. 345.
Victorow, Korrespondent 111. 112.
„La Vie" 239.
Viktor Emanuel III., König von Italien, in Kiel 189.
— u. Wilhelm II. in Kiel 201.
„Viktoria Luise", Luftschiff 247.
Viktoria Luise, Prinzessin 149.
— Verlobung 42.
Villa, General 299.
Volksverein katholischer Italiener 35.
„Volturno", Untergang 287.

W.

Walachei 62.
— u. Ungarn 203.
Waliszewski, poln. Historiker 12. 14.
Wan 294.
v. Wangenheim, Freiherr, Botschafter 39. 346.

Wansee 242.
Wardar, Gebiet 175.
— Kämpfe 189.
Wargun Sekret, Vizepräsident der Duma 353.
Warschau 90.
Washington 359.
Wassiljew, A. W. 107.
— Esaul 234.
Waverley 43. 57. 247. 317.
Weckerle, ungar. Minister 63.
Wellington 280.
Weltfriede u. Dreibund 293.
Weltkrisis 70.
Wereschagin, Maler 47.
Wergun, D. N. 51. 52. 106.
Wertheimer, Dr. Fritz 139.
„Weserzeitung" 295. 371.
de Wet, Christian 32.
Wetterlé, Abbé 256.
Wheeler, B. Ide, Präsident der Universität Berkeley 83.
„Wjedomosti" (Petersburg) 115.
Wien 216.
„Wiener Fremdenblatt" 51.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 75. 288.
— soziale Gesetzgebung 93.
Wilhelm II., Kaiser 75. 288. 319.
— Ansprache 149.
— u. Balkankonflikt 181.
— in Breslau 228.
— u. Carol, König v. Rumänien, Telegrammwechsel 208.
— in Donaueschingen 343.
— u. England 173.
— Flottenpläne 248.
— in Homburg v. d. H. 110.
— Jubiläum 370.
— u. Kokowzew 344.
— Manövergäste 245.
— u. Nikolaus II., Zar 106. 141.
— Nordlandsreise 197.
— — Rückkehr 203.
— in Posen 220.
— Rede 42.
— Regierungsjubiläum 173.
— u. Viktor Emanuel III., König von Italien, in Kiel 201.
— u. Zabern 348.
Wilna, Fälschungsprozeß 41.
— Geschworenengericht 147.
— Hauptquartier 55.
Williams, Konteradmiral 343.
Wilson, Lane, amerik. Gesandter in Mexiko 314.
Wilson, Woodrow, Präsident 68. 142. 230. 231. 232. 279. 299. 310. 328. 358. 359. 379.
— Amtsantritt 74.
— u. Carranza, General 329.
— Charakteristik 350.
— u. chines. Anleihe 99.
— Rede in Mobile 313. 316. 359.
— Trustgesetz 359.
Wilson, Unionist 318.
v. Winterfeldt, Attaché, Heilung 370.
Winterton, Lord 7.
Witte, Graf 86. 104. 128. 129. 367.
Wladimir, der Heilige 80.
Wladislaw Jagiello, König von Polen 203.
Wladiwostok 43. 258.
— Finanzkrisis 46.
— Fischerei 46.
Wolhynien 90.
— deutsche Kolonisten 56.
Wulfing, John 248.
Wyborg, Hofgericht 40.

X.

Xanthi 206.

Y.

Yokohama 330.
York 222.
„Young India Association" 83.

Z.

„Z 1", Luftschiff 247.
„Z 2", Luftschiff 247.
„Z 3", Luftschiff 247.
„Z 4", Luftschiff 247.
„Z 5", Luftschiff 247.
Zabern, Affäre 336. 343. 347. 348 349.
— — u. Frankreich 363.
— Ereignisse 342.
Zankow 327.
Zaribrod 160.
Zaritzyn 344.
Zentralslavisches Komitee 5. 6.
Zeppelin, Luftschiffe 247. 248. 256.
Zislin 348.
Zypern siehe Cypern.

175420

HG.
S3326d

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.13

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU